

# DER FAHRENDE SKOLAST

MITTEILUNGSBLATT DER SÜDTIROLER HOCHSCHÜLERSCHAFT

Sondernummer

Bozen, Juni 1985

Lire 10.000

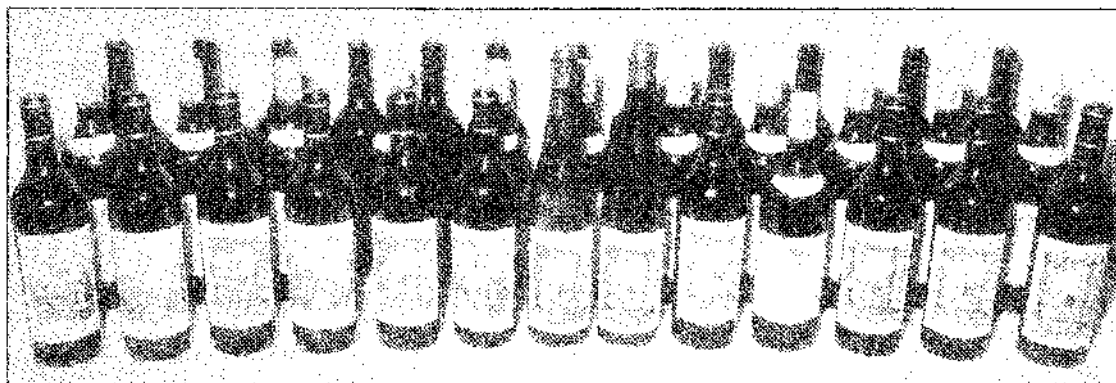
# 30 Jahre - Alles Gute!

30 Jahre Eigenleben - Betrachtungen zu jedem Jahrzehnt  
- Die SH von heute und morgen

**DER FAHRENDE SKOLAST**  
MITTEILUNGSBLATT DER SÜDTIROLER HOCHSCHÜLERSCHAFT

OF EUROPEAN UNIVERSITY  
IN THE CRISIS OF CIVILIZATION

Der I. skolast  
als  
Beilage



## Die Frau (in) der SH

Studentinnen gibts. Das ist nicht wegzuleugnen. Nur war es anfangs etwas schwer, die anderen davon zu überzeugen. Als das dann gelungen ist, kamen die Frauen dann doch nicht gemäß ihrem zahlenmäßigen Anteil zu Wort. Das läßt sich mit ein paar ausgewählten Artikeln auch nicht widerlegen. Der skolast muß hier passen und auf die nächsten 30 Jahre verweisen.

## Boden(ständige) Kultur

An der Kulturpolitik herumzukritteln war immer schon unser Steckenpferd. In der Pubertät hat's angefangen. Die Kultur war uns zu lahm, zu verbockt, zu sehr am Schwanz aufge-

zäumt, und doch hat sich der sture Esel bewegt. Wir wollten es nur nicht einsehen. Nach dreißig Jahren Kulturkampf machen wir jetzt einmal einen Strich unter die Rechnung und müssen bekennen: sie dreht sich doch!

## Wie lebt die Uni?

Fünf Fakultäten, achtunddreißig Unterrichtsräume, zehn ordentliche Professoren und neunundzwanzig außerordentliche, zwei Festsäle, eine Mensa und drei Studentenräume, und siebzehn Putzfrauen. Es war alles so schön geplant und ist doch nichts geworden. Ein pubertäres Schicksal.

## Die Welt ist klein

Ein Rückblick auf Südtirol in alten Artikeln

### Ein Studentenleben

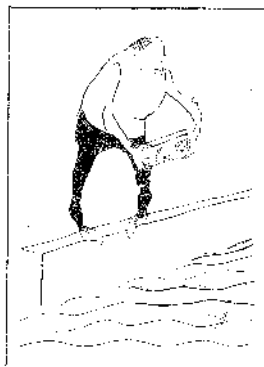
Solange die Studenten jung sind (wir sind es nicht mehr), werden sie außer den Büchern noch viel anderes im Kopf haben. Wir wollen hier verschiedene Möglichkeiten der Frei-

zeitbewältigung und Studienumgebung anhand historischer Beispiele aufzeigen. Eine Seminararbeit, die sich selber aufhebt: gaudeamus igitur!

### Parteien

### Du sollts keine andere...

Die Südtiroler Parteien kennt man ja. Es ist immer wieder gemischt worden und Herz war immer Trumpf. Wie das alles so gekommen ist, steht jetzt hier. Die parteipolitischen Auseinandersetzungen, das Brodeln im Kochtopf (Gas aufdrehen und Deckel fester zudrücken) in authentischen Artikeln und Interviews von Zeitgenossen.



## Die Kirche um das II. Vatikanum

Die letzte Entwicklung der Kirche im heiligen Land in Grundsatzartikeln mitten aus der Bewegung.

## Unsere Autonomie

Wie ist eigentlich die Südtiroler Autonomie entstanden? Darüber konnten wir auch nur andere ausfragen. Deshalb vor allem Interviews mit Zeitgenossen und Aufsätze von notorischen Kritikern, die eh schon immer...

## Medien

## Einer für alle, alle gegen einen

Eine kleine Auseinandersetzung um die Südtiroler Medienvielfalt in alten Artikeln. 30 Jahre Siret mit dem Tagblatt. 30 Jahre Herbeidiskutieren einer neuen Medienvielfalt, die dann immer anders gekommen ist, als man sie sich vorgestellt hat. Tiefgreifende Analysen unserer Mediensituation runden den Hoffnungsschimmer ab.

## INHALT

Editorial	5
Guido Denicolo: 30 Jahre Eigenleben	6
Wie es war im Anfang	8
Hellmuth Ladurner: Der Streit beginnt	10
Florian Kronbichler: 68 kommt verspätet	12
Alex Maier & Benedikt Sauer: Es lebe der 30. Parteitag	14
Aus alten skolasten:	
SÜDTIROLER PARTEIEN	15
Interview mit Dr. Magnago, Dr. Jenny, Dr. Toni Ebner, Abg. Hans Dietl, Beiträge von Pepi Zelger, Eva Klein.	
MEDIEN	33
Dr. Toni Ebner, Pepi Tinkhauser, Gerhard Becker Gelf.	
DIE KIRCHE UM DAS II. VATIKANUM	42
Joseph Cargitter, Franz Fuchs, Dr. Johannes Meßner, Josef Stricker.	
DIE FRAU (IN) DER SH	55
Martha Ambach, Christl Lunger, Mechtild Andrae, Gespräch mit Lidia Menapace, Brunhilde Platzer, Gespräch mit Grazia Barbiero und Andrcina Emeri.	
BODEN(STÄNDIGE) KULTUR	65
Karl Mitterdorfer, Konrad Neulichedl, Dr. Egmont Jenny, Pepi Zelger, Heinz Zanon, Siegfried Stuffer, Joachim Bonell, Claus Gatterer, Alexander Langer, Norbert Conrad Kaser, Offener Brief, Klaus Menapace, Gerhard Mumelter.	
WIE LEBT DIE UNIP.	97
Rainer Seberich, Christoph Pan, Hartmann Peter Hinterhuber, Hellmuth Ladurner, Beiheft zur XVII. Studientagung, Max Haller, Günther Pallaver.	
SO WIRD BILDUNG GEMACHT	113
Wolfram Gebert und Hans Notdurfter, Dr. Rainer Seberich, Christoph von Hartungen und Reinhold Staffler, Alexander Brenner-Knoll, Hellmuth Ladurner.	
UNSERE AUTONOMIE	125
Franz Gschaitzer, Dr. Dr. Silvius Magnago, Gespräch mit Dr. Kurt Waldheim, Pepi Zelger, Hellmuth Ladurner, Pepi Fontana, Gerold Meraner, Interview mit Claus Gatterer, Thomas Benedikter.	
EIN STUDENTENLEBEN	139
Wolfgang Röd, Rainer Seberich, Ferdinand Trenker, Marjan Cescutti, A.	
SHler ÜBER DIE SH	145
Rainer Seberich, Hansjörg Kucera, Georg Fulterer, Thomas Menghin, Florian Kronbichler, Günther Pallaver, Albert Strobl.	
Vorstände der Südtiroler Hochschülerschaft	155
Liste der Studientagungen der SH	155

Mitgearbeitet an dieser Nummer haben:

Elmar Ausserer  
Hannelore Battisti  
Gabriel Grüner  
Alex Maier  
Wolfgang Obwexer  
Waltraud Plagg  
Michaela Ralsner  
Benedikt Sauer  
Martha Verdorfer  
Heinrich Zoderer

skolast. Hrg. und Verwaltung: Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 24614. Redaktion dieser Nummer: die Mitarbeiter (siehe oben). Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Walter Fill. Satz und Layout: graphic line, Bozen, Dantestr. 20/a Tel. 32888. Druck: Coop. ed. Nuova Grafica CIERRE, Verona, via Betteioni 19. Preis dieser Sondernummer: L. 10.000 (Mitglieder L.7.000). Abonnement: Italien L. 10.000, Ös. 120, Brd. DM 18. Konto SH: Postsparkasse Nr. 10915395 – Südt. Landessparkasse, Bz. Ag. 1 Nr. 140000 (bitte SH als Begünstigte und skolast als Einzahlungsgrund angeben. Eintragung: Landesgericht Bz. v. st. i/56, Erlaß vom 18.6.1956. Die Illustrationen dieser Nummer wurden dem SH-Archiv und alten skolast-Nummern entnommen.

## Editorial

*„Der Mensch von heute liebt es, Jubiläen zu feiern und manchmal auch wichtige Begebenheiten, die sich jähren, herauszustellen. Die durchschnittliche Erhöhung des Lebensalters begünstigt solchen Anlaß und die menschliche Ehrsucht verlangt, daß sich die Öffentlichkeit damit befasse, auch dann, wenn die Feier besser im häuslichen Rahmen bliebe. Man kann von einer Manie der Jubiläen sprechen.“*

(Franz Huter, in: Skolast 1/1959)

Nicht ganz so alt wie die Südtiroler Hochschülerschaft, genau gesagt ein knappes Jahr jünger, nämlich 29, wird der Skolast als hauseigenes Mitteilungsblatt.

Grund genug für uns, diese umfangreiche Jubiläumsnummer herauszugeben.

Es scheint uns an der Zeit, Bilanz zu ziehen, Zeit aber auch, noch einmal an die Anfänge zu erinnern.

In dieser Nummer soll einerseits die SH-Geschichte kritisch beleuchtet werden, und zwar durch Alt-SHler, die in einer bestimmten Periode in diesem Verein aktiv waren und jetzt gewissermaßen »darüberstehen« und durch Noch-SHler, die mitten im Geschehen stehen und so etwas wie eine Standortbestimmung der SH versuchen.

Andererseits möchten wir, wie es so schön heißt, »die Geschichte selbst zu Wort kommen lassen«. Aus den 136 (hundertsechsdreißig) Skolastheften und den diversen Studientagungsbrochüren, die vom Februar 1956 bis heute erschienen sind, haben wir Artikel ausgewählt, die wir in bestimmten Themenkomplexen zusammengefaßt, hiermit noch einmal zugänglich machen wollen.

Da es sich um Reproduktionen alter Artikel handelt, konnten Mängel in Grafik und Druck nachträglich nicht vollständig behoben werden. Entwicklung läßt sich auch daran verfolgen.

An diesem Punkt stellt sich natürlich die berechtigte Frage nach

den Auswahlkriterien. Die Antwort ist schwierig, denn es gab deren mehrere – was uns über die Aktualität des Tages hinaus wichtig erschien, – was uns für die SH und den Skolast besonders typisch vorkam, – was für eine bestimmte Zeit besonders kennzeichnend war, oder ein Artikel wurde aufgenommen, weil er uns »gefallen hat«. Ausgewählt wurde mit dem Blick von heute, mit dem Blick derer, die die einzelnen Kapitel betreut haben.

Die Schwierigkeit bestand von Anfang an nicht darin, darüber zu entscheiden, was wir in diese Nummer hineinnehmen, sondern was weggelassen werden mußte. In diesem Zusammenhang sind auch die Kürzungen zu sehen, die wir aus Platzgründen vornehmen mußten, wobei wir versucht haben, nicht die Kernaussagen und Grundgedanken der Artikel zu verfälschen.

Dem Leser sei noch gesagt, daß dieses Heft nicht als repräsentativer Querschnitt der SH- oder der Skolastgeschichte konzipiert worden ist, sondern es soll vielmehr eine Art Lesebuch sein, in dem man blättern und schmökern kann. Dabei kann man sich ruhig Zeit lassen; Artikel, die in einem Zeitraum von fast dreißig Jahren geschrieben worden sind, können wahrscheinlich nicht in drei Tagen gelesen werden.

Der Umfang erlaubt es uns außerdem nicht, diese Nummer wie sonst an die Mitglieder und Abonnenten zu verschicken. Sie muß also mühevoll erworben werden.

Und keine Sorge, die nächste Jubiläumsnummer wird so schnell sicher nicht erscheinen.

eine für alle

PS: Sollte jemand über die Lektüre dieser Nummer hinaus noch Interesse haben, alte Skolasthefte auf weitere interessante Beiträge durchzuschauen, kann sie über die SH beziehen. Vergriffene Nummern können fotokopiert werden. Wir wissen jetzt, daß es sich lohnt!

## 30 Jahre Eigenleben

Dreißig Jahre sind wahrscheinlich noch keine Geschichte, aber für eine Story reicht's möglicherweise. Deshalb ist dies auch keine Geschichte der Südtiroler Hochschülerschaft. Es sind vielmehr einige sehr subjektive Überlegungen über einen sonderbaren Verein, der heuer so alt wird wie ich selber und der sich wahrscheinlich schon deshalb nicht mehr so jung vorfindet. Es ist ein Verein, der sich wie alle Dreißigjährigen nicht mehr so ernst nimmt wie früher einmal, als man zwanzig, fünfundzwanzig war. Die SH ist eben ein „trentenne“ geworden, weder alt noch jung, sondern etwas verlegen wie die meisten Dreißigjährigen, die noch nicht entschieden haben, ob sie nun endlich selbsthaft werden sollen. Also, einige Überlegungen, die nicht einmal allein von mir stammen, sondern vor fünf Jahren – als wir noch alle fünfundzwanzig und seriös waren – zusammen mit Günther Pallaver, der nun auch das SH Alter erreicht hat und dem ich daher zum gemeinsamen Trost diese Mühe widme, in einem anderen SKOLAST „Jubiläums“ Artikel angestellt worden waren. Ich übernehme einiges davon, praktisch schreibe ich ihn etwas um und hänge die letzten fünf Jahre an.

Im Unterschied zu Günther Pallaver und mir, hatte 1955 die Geburt der Südtiroler Hochschülerschaft einen bestimmten Zweck, wenn nicht gar einen Sinn. Es ging vordergründig darum, durch diesen Zusammenschluß die Anerkennung von Studientiteln und Hochschuldiplomen – wie sie im Pariser Vertrag zwischen Italien und Österreich vereinbart worden war – zu konkretisieren und voranzutreiben. Das war der äußere Rahmen. Die Gründung der SH hatte jedoch sicherlich tiefere Gründe, die Zielsetzung war wohl auf eine längere Zeit hin angelegt.

Die Hochschülerschaft entstand zu einer Zeit, als es primär darum ging, die grundlegenden Rechte der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol erst noch erstreiten zu müssen. Die Krise des ersten Autonomiestatuts hatte im wesentlichen bereits begonnen, es sollte noch eine lange Phase des intensiven Volkstumskampfes folgen. Das muß man sich als Ausgangsbasis ständig vergegenwärtigen. Dem ethnischen Überleben der Minderheit wurden mehr oder weniger alle anderen kollektiven Interessen untergeordnet, ja viele dieser Interessen erlangten überhaupt erst dadurch ihre nähere Definition und Berechtigung. Die Bemühungen um die Anerkennung von in Österreich erworbenen Studientiteln sind somit in jenem größeren Zusammenhang zu sehen, der der Südtiroler Volkspartei und den um sie kreisenden Schul- und Bildungsleuten damals vor Augen gelegen haben mag. Es ging nämlich – in diesem besonderen Bereich – um die Heranbildung einer neuen lokalen Führungsschicht, der dann eine wichtige Rolle in der zukünftigen, erweiterten politischen und administrativen Auto-

nomie des Landes zufallen sollte. Dies erscheint umso deutlicher, wenn man die enorme Lücke an ausgebildeten, qualifizierten Kadern in Betracht zieht, die der Faschismus hinterlassen hatte. Die Gründung der SH fiel also in eine Zeit, wo die meisten Bereiche, die für die deutsche Volksgruppe als vital empfunden wurden (Schule, Verwaltung, Kultur), mit einer außerordentlichen gesellschaftlichen Disziplin ständig unter ethnopolitischen Gesichtspunkten programmiert, undefiniert, bewertet, eingeordnet, hierarchisch abgerufen wurden. Sie ist daher als ein Teilaspekt der allgemeinen Reorganisation der Südtiroler Gesellschaft in politischen, aber vor allem in ständisch-korporativen Hinsicht zu betrachten.

### Die Einheitskost schmeckt nicht mehr

Der starke kirchliche Einfluß, unter welchem die SH damals stand und der bis in die sechziger Jahre hineinreichte, gewährleistete anfänglich eine konservative Entwicklung, deren Stabilität und Kontinuität den maßgeblichen politischen Kräften des Landes wohl sehr am Herzen lag. Dennoch ermöglichte es gerade auch der kirchliche Einfluß, daß die Studentenschaft allzu konservativen, engstirnigen, nationalistischen Forderungen und Direktiven der SVP einigermaßen widerstehen konnte. So verwahrte sich beispielsweise Ende der fünfziger Jahre die SH-Vollversammlung (damals trafen sich noch nicht die Delegierten der Hochschulgruppen in Bozen, sondern alle SH-Mitglieder traten aufgrund der begrenzten Zahl jährlich zur sogenannten Vollversammlung zusammen) dagegen, daß jene Studenten, die das Studium an italienischen Universitäten wählten, dem Vorwurf der mangelnden Heimmattreue ausgeliefert würden.

Ein stärkeres Auseinanderklaffen von SVP-Establishment und organisierter Studentenschaft begann sich allerdings schon bald abzuzeichnen. Es lag gewissermaßen bereits in der Natur der Sache. Eine organisierte, schon bald auf eigenen Füßen stehende, selbstbewußte neue Akademikerschicht, die eine Reihe neuer Eindrücke und Erfahrungen gesammelt hatte und diese auch bald zum Ausdruck zu bringen begann, mußte sich über kurz oder lang fast notgedrungen mit den Führungsschichten des Landes reiben, die weitgehend auf provinzialistischen, klerikal-agrarischen Kulturvorstellungen beharrten. Von dieser Führungsschicht erhielt die SH damals zwar eine maßgebende Unterstützung, aber sie verlangte auch politische und kulturelle Disziplin als entsprechende Gegenleistung. Doch gerade diese Gegenleistung schien schon damals vielen Studenten nicht mehr so selbstverständlich zu sein. Die verordnete Einheitskost begann dem einen oder anderen nicht mehr ganz zu taugen, wozu hatte man denn auch an den Hochschulen die Lust an der Vielfalt und Universalität des Wissens entdeckt?

Diese Entwicklung der frühen sechziger Jahre – und stärker dann gegen das Ende des Jahrzehnts hin – muß allerdings in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Bereits im Herbst 1961 war es zur Errichtung einer Strömung innerhalb der SVP („Richtung Aufbau“) gekommen, welche den Versuch unternahm, die Parteilinie zu korrigieren und der wirtschaftlichen (aber auch sozialen) Entwicklung neben der reinen Volkstumspolitik eine entsprechende Position zu verschaffen. Der Versuch zu demokratisieren, zu öffnen, spielte sich damals noch innerhalb der „Sammelpartei“ ab. Aber es ist bemerkenswert, daß die ersten Reibungen mit der dominanten SVP-Linie anfangs der sechziger Jahre stattfanden, als sich liberales Bürgertum und weltoffene Akademiker zu Trägern modernisierender Auffassungen machten und damit zuweilen den klerikalagrarischen Konservativen zu nahe kamen. Während dieses ersten und langsamen Wandlungsprozesses im gesellschaftlichen Bereich selbst, kam es dann allmählich auch zu Differenzierungen auf der parteipolitischen Ebene. 1964 erfolgte die Gründung der Tiroler Heimatpartei, einer bürgerlichliberalen Abspaltung von der SVP, und 1966 gründete Dr. Egon Jenny die linke Soziale Fortschrittspartei. Auch die Gewerkschaftsbewegung begann schüchtern Fuß zu fassen und selbst im Pressewesen versuchte man, dem sog. „Dolomiten“-Monopol entgegenzuzirkeln. Vor allem aber kam es auch immer mehr zu einem Gärungsprozeß unter der studentischen Jugend. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gab es bereits ausgedehnte Polemiken zwischen „Skolast“ und „Dolomiten“/SVP, weil das SH-Organ es gewagt hatte, mit dem Beizebul Jenny ein Interview über die SVP zu veröffentlichen. 1967 kam es auch zu einem gemeinsamen Aufruf der SH, der „Arbeitsgemeinschaft junger Südtiroler“ und der „kleinen experimentierbaren bozener“ gegen geistige Sterilität sowie Kultur und Pressemonopol. Der Bruch der SH mit dem Establishment wurde allmählich deutlicher.

### 68, 75 und die »Ersatz-Linkspartei«

Die sog. „68er Bewegung“ unter den Studenten wirkte sich auf die Südtiroler Hochschülerschaft und über diese mittelbar auf die Südtiroler Gesellschaft nicht so gewaltig aus wie etwa in Frankreich, Italien oder Deutschland. Auch kreuzte sie bei uns erst um einige Zeit später auf. Dennoch hinterließ die Studentenbewegung Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre wichtige Spuren. Die vielen Einflüsse, welche die Studenten vielfach an ihren Hochschulorten im In- und Ausland aufgenommen hatten, ihre Erfahrungen und Vorstellungen, versuchte man nun verstärkt auch auf die Südtiroler Realität umzusetzen. Kultur und Gesellschaftskritik erreichten so auch diese Provinz, es begann immer deutlicher eine erweiterte Hinterfragung der Südtiroler Wirklichkeit, ihrer „Alltagsmythen“, „falschen Selbstverständlichkeiten“, Tabus, Institutionen. In jene Zeit fällt auch eine wichtige Entscheidung der Südtiroler Hochschülerschaft, die man als *den* Wendepunkt bezeichnen kann. Es wurde mit den „Meraner Hochschulwochen“, jenen veralteten und vermotteten Kultureinrichtungen, gebrochen und radikal aufgeräumt. In der Literatur kam es 1969 bei einer SH-Studententagung zu einem einschneidenden Eklat, zu dem sich N. C. Kaser die Courage nahm, ohne jedoch isoliert zu sein. In der Folge gehörte es zum erklärten Programm der SH, „kritisches Ferment“ zu sein, vor allem auf den Gebieten der Bildung und Kultur neue Impulse zu geben: man denke an dieser Stelle lediglich an die Bedeutung der Universitätsdiskussionen. So kam es schließlich zu einem *realen* Bruch zwischen SVP-Regime und SH, wenn auch die offene politische Differenzierung erst ab 1975 ohne Scheu, und ohne sich weiterhin hinter dem „kritischen Ferment“ zu verstecken, zugegeben wird. Man kann sich nun an dieser Stelle fragen, ob in jenen früheren Jahren die SH gewisse Entwicklungen *vorweggenommen* hat, die später auch von anderen erkannt und aufgegriffen wurden. Es handelte

sich bei den Studenten und jungen Akademikern um eine gesellschaftliche Gruppe, die ihre Erfahrungen aus Realitäten schöpfte, die in jeder Beziehung außerhalb der Grenzen der Südtiroler Provinz lagen. Es bestand hier und da durchaus die Gefahr eines „intellektuellen Snobismus“, gegenüber der rückständigen Verhältnisse „zu Hause“, und folglich die Gefahr der Indifferenz, des Verlustes fortschrittlicher intellektueller Energien für die Auseinandersetzung im Lande selbst. Hier kommt man nun nicht umhin, eines der großen, ganz großen Verdienste der Hochschülerschaft zu würdigen, nämlich diese durchaus mögliche Entfremdung, diese zuweilen verbitterte Abkehr von einer äußerst unangenehmen Situation, diesen Verlust intellektueller Energie zumindest teilweise aufgehalten zu haben. Durch die SH, ihre Tagungen, Diskussionen, Treffen, durch den „Skolast“ konnte ein beträchtliches Maß an kritischem Denken auf Probleme des Landes angesezt werden. Gewiß, es gab keine Revolution (die hat's ja nirgends gegeben), aber an den Flanken des „Gegners“ wurde gearbeitet, und nicht ohne Erfolg, wie mir scheint.

Zugleich wurde die SH in jenen Jahren aber auch zu einer Art „Ersatz-Linkspartei“, wohl deshalb, weil die Linksparteien selbst teilweise wenig attraktiv, teilweise „italienisch“ waren. Von Bedeutung mag aber auch gewesen sein, daß der größte Teil der neuen Südtiroler intellektuellstudentischen Linken kaum einen positiven Zugang zur Organisationsfrage und somit zur traditionellen Linken fand. Dies alles förderte die zunehmende Identifizierung mit einem relativ unformalen, fast immer unverbindlichen Engagement in der SH. Diese wurde auch unter diesem Aspekt zu einem Bezugspunkt für die kritische studentische Jugend, zu einer Art „Ersatz-Linkspartei“, in der sich alles zusammenfand, was nicht bei der SVP war.

... daß sie einmal 40 sein wird

Hier haben sich jedoch gerade in den letzten fünf Jahren die Dinge im Lande ziemlich verändert. Hat die SH in einer Zeit, wo die politische, kulturelle, publizistische Differenzierung in Südtirol zweifellos um einiges deutlicher geworden ist, ihre »historische« Funktion erfüllt? Diese Frage hört man in letzter Zeit immer wieder stellen. Gemeint ist: was bleibt von der SH heute noch im Rahmen des fortschrittlichen Spektrums, wenn man einmal die logistische Flankierung der einen oder anderen Initiative (Telefon, Adresse, Fotokopiermaschine, Treffpunkt usw.) unberücksichtigt läßt? Bleiben der Hochschülerschaft also nur mehr die Stipendien, die Buden und die Studenteninformation? Was soll der „Skolast“ noch, wo heute doch jeder überall schreiben, senden und reden kann? Das sind zunächst nur einmal Fragen, aber sie sind nun mal da. Sie sollen – von mir zumindest – auch nicht beantwortet werden. Sicher scheint mir jedoch eines zu sein, daß nämlich die SH und der „Skolast“ seit einiger Zeit nicht mehr die einzigen Möglichkeiten darstellen, die ein kritischer (linker? fortschrittlicher?) junger Südtiroler Student oder Akademiker zur Verfügung hat, um sich zu engagieren und zu veröffentlichen. Es bestehen heute im politischen, kulturellen und publizistischen Bereich Möglichkeiten, die es noch vor einigen Jahren nicht gab, auch die Weise der Auseinandersetzung scheint mir um einiges „zivilisierter“ geworden zu sein. Das alles hat die Südtiroler Hochschülerschaft wesentlich mitbewirkt. Es sind die Erfolge, welche die verschiedenen SH-„Generationen“ schließlich doch auch erreicht haben, die heute die SH selbst zu spüren bekommt. Sie hat sich sozusagen selbst auf manchen Ebenen „überflüssig“ gemacht, darauf sollte sie zunächst einmal stolz sein. Wenn man dreißig Jahre alt wird, ist man zwar noch nicht alt, aber hinter einem kommt schon wieder etwas nach, das von selbst läuft. Und es ist – trotz allem – meist besser. Mit Nostalgie zurückblicken, das ist eben die größte Gefahr für die Dreißigjährigen. Die dreißigjährige SH sollte sich besser darauf einstellen, daß sie einmal vierzig sein wird. Ja, und daß dann einmal.

# Wie es war im Anfang...

## Hintergründe der ersten zehn Jahre

Der nachstehende Beitrag, der bereits im Skolast 1966/Nr. 1 veröffentlicht wurde, ist im wesentlichen eine Wiedergabe der Rede Franz v. Walthers anlässlich der 10-Jahresfeier der Südtiroler Hochschülerschaft. Wir haben uns zu diesem Wiederabdruck entschlossen, nachdem ein von uns um einen Beitrag geberenes Gründungsmitglied leider kurzfristig absagen mußte. Die Hintergründe besonders der politischen Aspekte der SH-Arbeit erscheinen uns hier sehr ausführlich dargestellt — deshalb wählen wir unter den mehreren bereits veröffentlichten Artikeln zu den SH-Anfängen diesen aus. Die Zusammenfassung der Rede für den Skolast im Jahre 1966 besorgte damals Hansjörg Kucera.

Was die Südtiroler Hochschülerschaft seit ihrem Bestehen für uns Studenten und für unsere Heimat bedeutet hat und weiterhin bedeuten wird, ist anlässlich der Zehnjahresfeier so oft hervorgehoben worden, daß es an dieser Stelle nicht mehr wiederholt zu werden braucht. Schließlich sind wir ja schon vor der Feier vom bedeutsamen Wert unserer Vereinigung überzeugt gewesen, was nun keineswegs mit überheblichem Selbstlob und genüßlicher Selbstbeweihräucherung verwechselt werden soll.

Im Mittelpunkt der Feier, die am Stephanstag im Prunksaal der Handelskammer stattfand, stand denn auch ein Festvortrag des ersten Präsidenten unserer Vereinigung, Dr. Franz von Walther, der weniger darum bemüht war, Daten, Leistungen und Veranstaltungen der Südtiroler Hochschülerschaft aufzuzählen, sondern den Versuch unternahm, die vielfältigen Aufgaben und den Standort der Südtiroler Hochschülerschaft zu bestimmen.

So erhielten die zahlreich erschienenen Ehrengäste und Vertreter des öffentlichen Lebens, von denen Landeshauptmann Dr. Magnago, der Präsident des Südtiroler Kulturinstitutes Dr. Fritz Egger, sowie Dr. Egmont Jenny — auf sein ausdrückliches Ersuchen hin — Grußworte sprachen, durch den gediegenen Festvortrag einen lebendigen Eindruck von der Art und Weise, wie sich die überwiegende Mehrheit der Südtiroler Hochschüler zu ihren wichtigsten grundsätzlichen Problemen stellt.

Im folgenden soll ein kurzer Überblick über den Vortrag von Dr. Franz von Walther gegeben werden, wobei allerdings jene Abschnitte übergangen werden, bei denen Themen zur Sprache gebracht wurden, die bereits im Aufsatz von Dr. Franz von Walther in der Jubiläumsnummer des «Fahrenden Skolasten» behandelt wurden (dies betrifft vor allem die Studientitelverhandlungen).

Nach einleitenden Worten, in denen kurz die vielen Schwierigkeiten geschildert wurden, denen die kaum gegründete Südtiroler Hochschülerschaft gegenüberstand und zu deren Überwindung vor allem Hochw. Ferrari wesentlich beitrug, kam der Festredner auf das Problem des Weltanschaulichen zu sprechen, das damals wie auch heute von einer entscheidenden Bedeutung ist. Hierzu sagte Dr. Franz von Walther wörtlich: «Dieses von Freundschaft, Vertrauen und Zuversicht bestimmte Verhältnis zwischen Hochschülerschaft und Hochw. Ferrari wirkte sich auch entscheidend auf das Weltanschauliche aus.

Um es einmal ganz offen zu sagen: Der Hochschüler, der studiert und denkt und ein offenes Herz hat, erfährt vielleicht am intensivsten, wie sich Religion und Kultur immer mehr auseinandergelebt haben. Er tut sich meist besonders schwer, das rechte Verhältnis zu Kirche und Christentum zu finden. Da er dank seiner Jugend im allgemeinen noch unbekümmert ehrlich und nicht heuchlerisch ist, lehnt er sich auf gegen alles, was seine moralischen und philosophischen Vorstellungen enttäuscht. Als jugendlicher Mensch ist er naturgemäß kompromißlos. Deshalb ist er unduldsam und hart gegenüber menschlichem Versagen.

Ist es aber nur seine Schuld, wenn er in seiner Kritik, in seinen Angriffen oft erschreckend radikal und verletzend erscheint? Ist es vielleicht nicht eher der verflachte, pedantische und vor allem lieblose Traditionskatholizismus, der ihm den Zugang zum eigentlichen Christentum so schwierig macht? Der ihm den Blick für die Tatsache trübt, daß die Kirche vor allem eine Botschaft der Freude zu verkünden hat? Die meisten von uns haben diese Phase des Protestes oder der stum-

men Rationigkeit durchgemacht. Was unseren damaligen Freundeskreis betrifft, so glaube ich für viele sagen zu können, daß wir aus diesen Schwierigkeiten wohl erst viel später — wenn überhaupt! — herausgefunden hätten, wäre uns nicht in Hochw. Ferrari ein Mensch begegnet, der unsere suchende Ehrlichkeit schätzte und unsere innersten Anliegen verstand. Trotz der vielfältigen Aufgaben, die ihn manchmal fast zu erdrücken drohten, war er in allem und vor allem der Seelsorger geblieben und zwar im höchsten Sinn des Wortes. Auch hierin niemals aufdringlich, wirkte er am stärksten durch seine echte, christliche Humanität.

Im Umgang mit Hochw. Ferrari erlebten alle, deren Organ für das Religiöse nicht gänzlich verkümmert war, ein tieferes, wesentliches Christentum: Ein Christentum, das sie vorher kaum geahnt hatten, das aber ihrer verborgenen Sehnsucht entsprach.

Hochw. Ferrari wußte wohl, daß man der weltanschaulichen Not vieler Hochschüler nicht einfach «beikommen» konnte, indem man sich durch die Beifügung «katholisch», die im Statut hätte aufscheinen sollen, über die wirkliche Lage hinwegtäuschte.

Für eine «katholische» Hochschülerschaft gab es und gibt es auch heute nur zwei Möglichkeiten!

Die erste Möglichkeit ist die: Man nimmt den katholischen Namen ernst und erblickt darin mehr als einen landesüblichen Anstrich. In diesem Fall dürfte freilich der Verband nur jene Universitätsstudenten erfassen, die sich im Besitz ihres Glaubens so gut wie sicher wähnen. Zugleich würde man aber damit nicht nur jene Hochschüler, die manchmal in einem unduldsamen Antiklerikalismus verfangen zu sein scheinen, vom Dialog völlig ausschließen, sondern auch die vielen Suchenden und Fragenden der Seelsorge entziehen.

Die zweite Möglichkeit wäre hingegen die, daß man den katholischen Namen insofern hinnimmt, als man die Religion, den oft rein völkisch verstandenen «Väterglauben», sozusagen als geistige Tracht, als Bestandteil des tirolischen Brauchtums ansieht. Dem wahren Christentum wäre damit freilich sehr wenig gedient.

Schon damals war es also klar, daß sich die Südtiroler Hochschülerschaft nicht einen Namen geben durfte, welchen nur ein Teil ihrer Mitglieder als verpflichtend empfunden hätte. Die pluralistische Lösung, die sich schließlich behauptete, war die ehrlichste, weil sie den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Daß sie auch der seelsorglichen Betreuung keineswegs hinderlich, sondern förderlich war, beweist das Wirken des unvergesslichen Pater Hugo Montjoye, unseres ersten Hochschulseelsorgers. Es ist dieser pluralistischen Formel zu verdanken, wenn P. Montjoye gerade auch solche Hochschüler ansprechen konnte, die einer betont katholischen Hochschülerschaft niemals beigetreten wären. Durch seine lebenswürdige und aufgeschlossene Art hat P. Montjoye als Seelsorger viel mehr erreicht, als es durch organisierte Methoden möglich gewesen wäre.

Durch offenherzige Aussprachen ist es damals auch immer gelungen, alle Mißverständnisse auszuräumen, welche das gute Verhältnis zwischen Hochschülerschaft und Kirche hätten stören können. Unduldsamkeit haben wir eigentlich mehr von weltlicher Seite erfahren (wobei ich keineswegs verallgemeinern möchte). Politische Intoleranz und opportunistischer Klerikalismus sind vor allem weltliche Laster.

Über die weitere Entwicklung, die die Südtiroler Hochschülerschaft auf diesem Gebiet bis zum heutigen Tag durchgemacht hat, weiß ich natürlich nur oberflächlich Bescheid. Vor

einer Erscheinung, die natürlich auch andere Bereiche betrifft, glaube ich aber dennoch warnen zu müssen: nämlich vor dem konformen Nonkonformismus. Man verteidigt weder die Selbständigkeit des Verbandes, noch die persönliche Originalität, noch das Recht zur unbedingt notwendigen Kritik, indem man mit der ganzen Umwelt zu hadern beginnt. Zivilcourage ist eine seitene Bürgertugend, auf die wir noch zurückkommen müssen. Es ist schade, wenn sie schlecht eingesetzt wird.»

In seinen weiteren Ausführungen kam der Vortragende auf die Studententitelvorhandlungen zu sprechen, die nicht zuletzt deswegen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, weil sich die Vertreter der Südtiroler Hochschülerschaft nach dem Sprichwort «Fortiter in re, suaviter in modo» zu der einzig richtigen Linie entschlossen hatten. Auch bei vielen anderen Forderungen sei dies wohl die bestmögliche und letzten Endes erfolgreichste Vorgangsweise.

Im Zusammenhang mit der Studententitelfrage stellte Dr. Franz von Walther die für die Südtiroler Hochschülerschaft bedeutsame Frage, wie weit ihr politisches Engagement reichen solle. Dabei äußerte er folgende bemerkenswerte Gedanken.

«Mit dieser Frage mußten wir uns bereits sehr früh auseinandersetzen. Von ihrer Beantwortung hing es weitgehend ab, ob der Verband seine Selbständigkeit behaupten konnte oder nicht. An Bestrebungen, die Hochschülerschaft als eine der wichtigsten Jugendorganisationen des Landes politisch in die Hand zu bekommen, hat es begreiflicherweise nicht gefehlt. Ist aber mit solchen Bestrebungen nicht häufig die Gefahr des politischen Mißbrauchs verbunden? Sind Hochschüler auf Grund ihrer politischen Bildung wirklich immer zur sicheren Feststellung fähig, ob das, wofür andere sie einsetzen möchten, wirklich gut ist? Gewisse Sorgen waren auch alles eher als unberechtigt, denn neben den Kreisen, die eine wenigstens gut geneigte Einflußnahme anstreben, gab es besonders im Ausland auch solche, die die Hochschüler für sehr bedenkliche Einsätze begeistern wollten. Ich glaube, daß die verantwortlichen Führer unserer Volksgruppe den Verbindungsmännern und Vorstandsmitgliedern der Südtiroler Hochschülerschaft dankbar sein können, wenn diese in den Jahren vor 1961 den Verband vor fragwürdigen Einflüssen bewahrt haben.»

Angesichts dieser Lage bestand nun die brauchbarste Regel darin, daß sich die Hochschülerschaft nur insofern politisch betätigte, als es um ihre unmittelbaren Verbands- und Standesinteressen ging, sich sonst aber jeder direkten Stellungnahme zum politischen Tagesgeschehen enthielt. Diese politische «Abstinenz» bedeutete freilich nicht, daß die Hochschülerschaft auch dann schweigen mußte, wenn es um Entscheidungen oder Ereignisse ging, die die Grundlage der politischen Ethik berührten. Als beispielsweise im Herbst 1961 ein paar österreichische Studenten aus dem Bürger-Kreis in Italien Sprenganschläge verübten, hatte die Hochschülerschaft durchaus das Recht, ja meiner Ansicht sogar die Pflicht, durch ihre Vertreter zu sagen, daß sie mit solchen Handlungen nicht einverstanden ist. Denn «qui tacet consentire videtur». Dieses Recht zur politischen Stellungnahme, mag diese so oder anders ausfallen oder nur im Schweigen bestehen, erwächst der Hochschülerschaft jedesmal, wenn es darum geht, sich grundsätzlich zu entscheiden. Auch in Fragen der Meinungsfreiheit und Kulturpolitik hat selbstverständlich die Hochschülerschaft immer das Recht, als Verband ihre Stimme zu erheben. Sonst aber ist es für die Selbständigkeit und Einheit der Organisation ratsam, wenn sie sich überall dort, wo eine Stellungnahme nicht unbedingt notwendig ist, eine gewisse Zurückhaltung auferlegt.

Es wäre nun aber grundfalsch, wollte man diese Zurückhaltung als Aufforderung zur politischen Interesselosigkeit auffassen. Viel eher wären wahrscheinlich die besten und intelligentesten Mitglieder der ernsthaften Anteilnahme am politischen Geschehen in der Heimat verlorengegangen, hätte sich die Hochschülerschaft auf eine fragwürdige politische Aktivierung eingelassen. Nicht die politische Aktivierung, sondern die politische Bildung muß das Hauptanliegen des Hochschülers sein. Den Bestrebungen, uns für Dinge einzuspannen, die wir nicht überblicken konnten und die im besten Fall auf eine politische Gleichschaltung hinauslief, setzten wir die frei zu gestaltende Studententagung entgegen, die nicht nur der sachlichen Information, sondern auch der freien Konfrontierung der verschiedenen Standpunkte dienen sollte.

Es war von Anfang an klar, daß mit der Studententagung allein das Problem der politischen Bildung der Südtiroler Jung-Akademiker nicht gelöst war. Sie sollte aber bestimmte Grundlagen schaffen, auf denen man weiterbauen konnte. Sollten die Hochschüler durch die Studententagungen zur Einsicht gelangt sein, daß unsere Politik wohl mit Herz und tirolerischer

Gesinnung gemacht werden muß, aber niemals vom rein Gefühlsmäßigen bestimmt sein darf, dann könnte man schon von einem großen Erfolg sprechen. Denn nicht nach Schlagworten, die die Resonanz des Irrationalen suchen, sondern nach stets neu zu erarbeitenden Gedanken soll sich unsere Politik richten. Nur dank der Vernunft können wir unsere Probleme in den Griff bekommen.

Sollten ferner die Hochschüler aus den Studententagungen gelernt haben, in demjenigen, der andere politische Ansichten hat und vertritt, nicht unbedingt und immer einen Schufft zu sehen, dann wäre ebenfalls von einem Fortschritt zu sprechen. Nicht zuletzt hatten wir bei der Einführung der Studententagung auch die richtig verstandene Einheit unseres Volkes vor Augen, die nur auf der Grundlage der Toleranz, der Aufrichtigkeit und der gegenseitigen Achtung, vor allem aber auf der Grundlage der Vernunft und einer gemeinsamen Ethik erhalten werden kann.

Bildung ist eben nicht nur eine möglichst große Sammlung von Kenntnissen, sondern auch Bereicherung der moralischen Substanz. Die politische Bildung soll deshalb auch die politischen Tugenden entwickeln, nämlich: Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß. Der Sinn für Gerechtigkeit, Klugheit und Maß ist gewiß in der Mehrheit der in der Öffentlichkeit tätigen Bürger vorhanden. Es fehlt ihnen aber nicht selten der Mut, d. h. die Tapferkeit, die Zivilcourage, auch vor dem Volke eine maßvolle und kluge Politik zu vertreten. Mit zu großer Leichtfertigkeit läßt man es oft zu, daß das Volk über die wahre Situation nicht richtig informiert werde. Es ist schlimm, wenn Politiker die Gefangenen ihrer eigenen Schlagworte werden. Es ist schlimm, wenn die Diskrepanz zwischen den Hoffnungen, die man im Volke erweckt und den Möglichkeiten, die der Eingeweihte erkennt, so groß wird, daß die Fähigkeit selbst zur positivsten Entscheidung erlahmt.

Der österreichische Bundesminister für Unterricht, Dr. Theodor Piffl-Percevic, hat bei der Eröffnung der diesjährigen Meraner Hochschulwochen zum Thema «Zivilcourage» sehr bedeutsame Gedanken geäußert. Er sagte:

«Tapferkeit im politischen Raum heißt, das was als das «bonum commune», als das Gerechte geprüft und festgestellt ist, ohne vor Gognerschaft, Kritik, Schmähung und Unannehmlichkeiten in die Knie zu gehen, weiterhin besorgen, selbst politischen Nachteile in Kauf zu nehmen, also auch Wahl Nachteile und selbst Wahlniederlagen; auch wenn es um Wesentliches geht, der Meinung, oder oft — mangels Meinung — dem bloßen Pragmatismus der eigenen Partei zu widersprechen, in der gewöhnlich unerlässlichen Parteidisziplin keine bequeme Fluchtburg sehen, in die man sich gerne zurückzieht, wenn es notwendig wäre, persönlich für Wesentliches und Endgültiges geradezustehen. Zivilcourage vor Parteifreunden und Andersdenkenden!»

Wie steht es diesbezüglich bei uns? Manches hat sich gewiß gebessert. Es wird offener geredet. Den Diskussionen ist aber noch zuviel Ressentiment beigemischt, als daß sie ein hinreichend sachliches Bemühen um Gerechtigkeit, Klugheit und Maß verriet. Niemand von uns soll sich von dieser Feststellung ausgenommen wännen.

Man muß sich dann auch vor Leuten hüten, die jetzt so tun, als hätten sie gleichsam als Pioniere die Zivilcourage in unsere Heimat gebracht, während sie noch vor kurzem die unduldsamste Handhabung der Parteidisziplin verlangten. Ein zu rasches ideologisches oder praktisches Umdenken von reifen Männern stimmt auf jeden Fall bedenklich.

Erlauben Sie mir eine ganz allgemeine Frage:

Wie groß ist der Ernst im Suchen nach einem weltanschaulich fundierten politischen Standort? Ein bedenklicher Pragmatismus scheint oft die Oberhand zu gewinnen und die weltanschaulichen Diskussionen zu beherrschen. Keiner, der in der Öffentlichkeit wirkt — sei er in der Politik, in der Presse oder anderswo tätig —, darf der gedanklichen Vertiefung und Klärung der grundsätzlichen Fragen ausweichen. Die weltanschauliche Auseinandersetzung verlangt ein zeitgemäß geschichtliches Denken. Auch soll man nicht überall die kirchliche Autorität vorschleichen, wo der Laie und nur der Laie zu eigenständigem Prüfen und Entscheiden aufgerufen ist. Selbst ein bindendes Hirtenwort entbindet nicht von personaler Entscheidung und von weiteren gedanklichen Mühen. Besonders der Akademiker darf sich hier seiner Pflicht nicht entziehen. In der Botschaft des Konzils an die Intellektuellen heißt es nicht umsonst:

«Glücklich diejenigen, die die Wahrheit besitzen und weiter nach der Wahrheit suchen, um sie zu erneuern und zu vertiefen und anderen zu schenken... Vergeßt aber nicht: Wenn Denken etwas Großes ist, so ist es vor allem eine Pflicht...»

Was wir vor allem brauchen, sind gute, neu erarbeitete Gedanken. Und wer vor dem Denken Ehrfurcht hat, wird auch fair sein gegenüber dem Andersdenkenden. Er wird aufhören, jede Kritik als Böswilligkeit zu empfinden. Auch im weitest-schaulichen Bereich wird er es dann vermeiden, sich für eine pauschale, unterschiedslose Verdammung aller kritischen Äußerungen des Gegners herzugeben. Tut man dies — trotz besserer Einsicht — aber dennoch, so überläßt man ausgerechnet jener Seite, die man bekämpfen will, das Monopol der wirksamsten und teilweise auch berechtigten Kritik. Wenn zum Beispiel unter jungen Südtiroler Intellektuellen ein gewisses geistiges und kulturelles Unbehagen vorhanden ist, so wird es deshalb, weil unter anderem auch rötliche Strömungen vorgeben, sich seiner anzunehmen, bestimmt nicht kleiner und unberechtigter für eine ernste Prüfung. Jedenfalls kann man dieses Unbehagen nicht einfach aus der Welt schaffen, indem man es als Unbotmäßigkeit ungezogener Buben abtut. Vieles ist heute bei uns in Gärung. Und es ist gut so, werden doch dadurch die Verhältnisse geklärt. Es wäre aber schade, wenn alles in wüstem Streit auseinanderfiel, während die Gefahr wächst, daß die Ernte verfault, die man einbringen müßte.

Sollte es nicht möglich sein — was unbedingt notwendig wäre —, daß alle, die sich in der Politik der gesellschaftlichen

Ethik des Christentums verpflichtet wissen, enger zusammenfinden, um sich dank dem Streben nach Gerechtigkeit, Klugheit, Tapferkeit und Maß wieder zu mutigen und fruchtbaren Entscheidungen aufzurufen? Voraussetzung dazu ist allerdings, daß wir durch gemeinsame geistige Anstrengungen geeignete Antworten ermitteln auf die grundsätzlichen Fragen. Wir müssen den Wald der Gemeinplätze wenigstens lichten. Der Fortbestand und die Entwicklung unserer Volksgruppe hängt wesentlich davon ab, ob wir imstande sind, für die Entfaltung unserer Kultur und Sprache und für das rechte und gedeihliche Zusammenleben der Volksgruppen gültige Grundsätze und gangbare Wege zu erdenken.

Dieser erstgemeinte und vollberechtigte Aufruf sollte allen von uns zu denken geben und uns auch zu entsprechendem Handeln veranlassen.

Die Südtiroler Hochschülerschaft und die Alt-Akademiker, die ihr entwachsen sind, könnten gerade auf diesem Gebiet der grundsätzlichen politischen Bildung noch weitere Initiativen ergreifen. Sie müßten dabei natürlich jeden akademischen Dünkel ablegen und eine Gemeinschaft mit allen geistig Schaffenden in Südtirol bilden, die jugendlich aufgeschlossen sind. Sie müßten eine in jeder Hinsicht soziale Gesinnung haben und auf eine wahrhaft integrierte Südtiroler Gesellschaft hinwirken.

HELLMUTH LADURNER

## Der Streit beginnt

### Streiflichter zur SH von 1965 – 1974

*Die vorliegende Darstellung des mittleren Jahrzehnts der dreißig Jahre alten Hochschülerschaft ist unvollständig und persönlich; sie ist auch nicht mit den Darstellungen der „Jugend“ und des „Alters“ abgestimmt. Wer sich eine sachliche, durch Dokumentenstudium gestützte und mit Fußnoten und Quellenhinweisen ergänzte Beschreibung erwartet, möge nicht weiterlesen. Die Beziehung war zu eng, die Liebe (oder gar Leidenschaft) zu groß, die Distanz ist zu gering.*

1.

Im Vordergrund stand die gewerkschaftliche Funktion, die Interessenvertretung der Hochschuljugend Südtirols. Besonders in den Jahren zwischen 1965 und 1974 rückten nun zwei Themen immer stärker in den Vordergrund und bestimmten die Auseinandersetzung unter den Mitgliedern und mit den gesellschaftlichen und politischen Kräften des Landes: das kulturpolitische Engagement und die Schaffung einer Hochschuleinrichtung in Südtirol.

2.

Den Rahmen für das mittlere Jahrzehnt bildete die interne Organisation der SH: die „direkte“ Demokratie (Vollversammlung der Mitglieder) wurde durch die „parlamentarische“ Verfassung (Ausschuß) abgelöst. Die Mitglieder sollten stärker die Tätigkeit des Vorstandes mitbestimmen, mitgestalten und kontrollieren. Die Ziele dieser Strukturreform, mehr Hochschüler in die Tätigkeit der SH einzubinden und den Kontakt zwischen Vorstand und Hochschulgruppen auszubauen, wurden voll erreicht. Erst dadurch konnten die notwendigen Energien freigesetzt werden, um die bisherige Tätigkeit der SH zu intensivieren und neue Themen in Angriff nehmen zu können.

3.

Die Auseinandersetzung mit der Bildungs und Kulturpolitik des Landes war obligatorisch: der bewahrenden, statischen, geschlossenen Kulturpolitik wurde der Entwurf einer in die Zukunft gerichteten, dynamischen, offenen entgegengestellt und im Skolast vorgelebt. Diese Auseinandersetzung entzündete sich an ganz bestimmten Themen (Meraner Hochschulwochen, Univer-

sitätsfrage) und wurde sehr personenbezogen ausgetragen: auf der einen Seite Landesrat Zelger als Hüter der „echten“ kulturellen Werte Tirols, auf der anderen der jeweilige Vorsitzende der SH als Zerstörer dieser Werte, als Verkünder einer kulturellen („linken“) Anarchie.

Der Anlaß betraf unmittelbar die Hochschüler: sie wollten die Gestaltung der Meraner Hochschulwochen mitbestimmen und nicht nur als Teilnehmer willkommen sein. Das (berechtigte) Ansinnen wurde (wie so oft) wegen Mißklängen im „Ton“ zurückgewiesen: die Vertreter des Südtiroler Kulturinstitutes und Landesrat Zelger waren nicht bereit oder nicht in der Lage, das echte Anliegen, das hinter den manchmal heftigen Worten sich versteckte, zu sehen. So wurde eine Initiative zu Tode geredet, die vom Ansatz her richtig war. Die Nachfolgeinstitution „Forum für Bildung und Wissenschaft“ ist wohl letztlich daran gescheitert, daß kulturell bedeutsame Aktivitäten auf Dauer nicht ohne entsprechende Strukturen (Sekretariat), die nicht ausschließlich auf freiwilliger Mitarbeit aufbauen, durchgeführt werden können. Die Verbindung zwischen Universität (Professor Thurnher), kultureller Institution (Südtiroler Kulturinstitut) und den Hochschülern (Südtiroler Hochschülerschaft) war ohne Zweifel eine günstige Voraussetzung für kulturelle Aktivitäten unter der Bedingung der Gleichberechtigung aller Beteiligten: dies wurde jedoch abgelehnt.

4.

Die Südtiroler Hochschülerschaft hat sich aus einem weiteren Grund immer intensiv mit der Bildungs und Kulturpolitik des Landes auseinandergesetzt (abgesehen davon, daß der Hochschüler sich immer als privilegiertes Kulturträger verstanden hat): sie war der Kristallisationspunkt, in welchen alle anderen Themen mündeten: Beschäftigungsfragen, ethnische Probleme, Sprachprobleme, wirtschaftliche Probleme usw. Immer wieder tauchte bei der Behandlung solcher Themen die Frage auf, ob die Bildungs und Kulturpolitik dazu beitrug, die anstehenden Probleme zu lösen. Die Antwort der SH war (mehr oder weniger) immer: Nein.



5.

Bereits in der Mitte der Sechziger Jahre waren die ersten Vorzeichen erkennbar; aber erst ein paar Jahre später war die Zeit reif für eine intensive Beschäftigung mit dem Thema des Zusammenlebens mit den Italienern in Südtirol. Die Diskussion über die Aufnahme von italienischsprachigen Hochschülern in die SH war das erste Vorzeichen.

Die provozierende Frage: Nun sag, wie hast Du's mit den Italienern? wurde ausführlich bei den Studientagungen 1968 diskutiert. Die Provokation bestand vor allem darin, diese Frage in das Thema „Zum Selbstverständnis der Südtiroler“ einzubetten. Die „Gegenprovokation“ kam spät, aber vehement: Paul Zanons Warnung Südtirol nicht „vorbehaltslos zum Experimentierfeld für einen radikalen Austauschprozeß zwischen deutscher und italienischer Kultur zu machen“, stellte nicht die von der SH eingenommene Position zu den Italienern in Frage, sondern stürzte die SH in die zweite institutionelle Krise: das Selbstverständnis und die Funktion der SH wurden in Frage gestellt. Aktualität und Versagen im Artikel Paul Zanons liegen eng beisammen: er wollte „eine neue Fragestellung“ überholten Denkkategorien beantworten.

6.

Eine Organisation für Hochschüler ohne Hochschule, eine Organisation für Hochschüler in Südtirol ohne Hochschüler in Südtirol. Zu Beginn stellte sich die Frage, wie eine Hochschülerschaft in Südtirol ihre Tätigkeit entfalten könnte, wenn die Mitglieder an den verschiedensten europäischen Hochschulen und Universitäten inskribiert waren und den größten Teil der Zeit außerhalb des Landes weilten. Hierin lag ein wichtiges Motiv für die Auseinandersetzungen mit der „Heimat“: der Hochschüler war ein Fremdkörper, er sah und beschrieb die Verhältnisse in Südtirol von „außen“ und nicht von „innen“. Die Forderung nach einer eigenen Hochschuleinrichtung in Südtirol wurde (noch) nicht gestellt.

Die Auseinandersetzung in den Sechziger Jahren um die Bildungseinrichtungen als Verteiler von Sozialchancen führte auch in Südtirol zu einer zuerst nur zaghaft, dann immer vehementer werdenden Diskussion um die eigene Hochschulinstitution im Lande. Die Forderung, die Bildungsinstitutionen für Kinder aus sozial schwächeren Familien zu öffnen, stand Pate. In Südtirol wurde überdies einer solchen Institution die Vermittlerrolle zwischen zwei Kulturen zugeordnet. Konkrete Anlässe wie die Lehrerausbildung (Reform der Oberschulen, Supplentenproblem) und die zunehmende Bedeutung der außerschulischen Aus- und Weiterbildung beeinflussten die Diskussion entscheidend. Die Leistung der SH besteht darin, trotz größter Widerstände mehrere Jahre lang die Diskussion vorangetrieben zu haben, die Leistung der Südtiroler Volkspartei besteht darin, mit geringstem argumentativem Aufwand ein so wichtiges Thema abgetan zu haben. Das Ergebnis ist typisch: eine theologische Hochschule in Brixen, eine hochschulähnliche „Expositur“ der Universität Innsbruck in Bozen in privater Hand (Südtiroler Bildungszentrum), eine Institution der Universität Padua in Brixen (Sommerkurse), Lehrgänge für bestimmte Fachrichtungen an der Universität Popolare in Bozen, der Ausbau der Universität Trient, die Grundschullehrerausbildung auf Hochschulebene in parlamentarischer Behandlung, die dritte Auflage von Sondermaßnahmen für die Supplenten. Die Südtiroler Hochschülerschaft hatte die Konzepte geliefert, gehandelt wurde anderswo und ohne Konzept.

7.

Kaum ein Verein hat sich so intensiv mit sich selber beschäftigt wie die SH: Diskussionen in den Vorständen, in den Ausschüssen, in den Hochschulgruppen, Studientagungen, immer wieder wurden die Aufgaben und die Funktionen der SH analysiert.

Drei Gruppen bestimmten die Auseinandersetzung: die Interesslosen, die Engagierten und die Etablierten. Den ersteren war jede politische Auseinandersetzung ein Greuel, vor allem die „Nabelschau“-Diskussionen über Sinn oder Unsinn der SH, die zweite Gruppe („die Linken“) engagierte sich für eine offene, pluralistische Linie und mußte damit notgedrungen in Konflikt zu den herrschenden gesellschaftlichen und politischen Kräften geraten, die dritte Gruppe stand in einem bestimmten Naheverhältnis zu der Südtiroler Volkspartei und versuchte deren Positionen darzulegen und zu verteidigen.

Die SH wurde nun ohne Zweifel von der Gruppe der Engagierten geprägt (sie bildete die Mehrheit der Hochschüler, die bereit waren, mitzuarbeiten); die Etablierten bildeten die Minderheit, hatten aber die gesellschaftlichen (Zeitung) und politischen (Partei) Machtstrukturen als Stütze. Für die gesellschaftlichen und politischen Kräfte war der jeweilige Vorstand nur für eine Minderheit der Hochschüler repräsentativ, der Vorstand verwies auf die demokratische Wahl und auf die Mehrheit im Ausschuß. Die Diskussion mündete in eine Machtdemonstration, in ein bloßes Aufzeigen eines (fiktiven) Fußvolkes, die Argumente wurden vom Tisch gefegt. Der Vorwurf ist an die Machthabenden zu richten: sie hätten die Muße und die Möglichkeit gehabt, die echten Anliegen, die echten Bemühungen, die in den manchmal verunglückten Formulierungen verborgen waren (in vielen Fällen war es ein generationenbedingter Unterschied im Sprachgebrauch), ans Licht zu heben. Das wurde versäumt.

8.

Bei der Gründung wußten sie nicht, auf was sie sich einließen: die gewerkschaftliche Problematik (Studentitelerkennung) und die Notwendigkeit, die Kontakte zwischen »Außen« (den Hochschulorten) und »Innen« (Südtirol) herzustellen, standen bei den Hochschülern im Vordergrund, die Beziehungen zu Südtirol nicht abreißen zu lassen (ethnische und kulturelle Abwanderung) war der Schwerpunkt bei den »politischen« Gründervätern.

Die Auseinandersetzung war vorprogrammiert. Bereits in den ersten Jahren des Bestehens kommt es zu sporadischen Scharmützeln: der erweiterte Horizont durch den Aufenthalt an den Hochschulorten stößt immer stärker an die (politisch dekretierten) Horizontgrenzen des Landes. Zum Ausbruch kommt es in der Mitte der Sechziger Jahre durch die aufkommende Studentenbewegung mit dem Höhepunkt im Jahre 1968 und die Veränderung der gesamten politischen Landschaft in Südtirol mit der Diskussion über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zum Staat (Autonomie versus Selbstbestimmung).

Die Studentenbewegung sollte abgewehrt werden, da sie den Anspruch etablierter Gruppen zur alleinigen Machtausübung in Frage stellte und bekämpfte. Die zu erwartende »neue Autonomie« stand immer im Wege, wenn Veränderungen diskutiert wurden. Zuerst wurde die Notwendigkeit des Zusammenhaltens betont; erst die Verabschiedung des »Paketes« würde den notwendigen Freiraum für »Experimente« schaffen. Und nach dem »Paket«? Die politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Lande hatten begriffen, daß von seiten der SH keine Gefahr droht: sie hat keine Machtbasis. Spätestens nach einem Jahr wechselt der Vorstand und der Vorsitzende; die Karten können neu gemischt werden.

9.

Wer die „SKOLAST“ durchblättert, die Themen in Erinnerung ruft, die von der SH aufgegriffen und durch die Auseinandersetzungen mit den Parteien, Verbänden und Medien denkt, muß die beachtlichen Leistungen der SH anerkennen. Wieviele Themen wurden von der SH zum ersten Mal in der Öffentlichkeit diskutiert, die heute Allgemeingut sind? Vielleicht liegt darin die größte Leistung der SH: Vorläufer zu sein, Schutt beiseite zu räumen; der Abbau wird von anderen durchgeführt.

## 68 kommt verspätet

1975 – 1985: Sicher nicht das letzte Jahrzehnt

Die letzten zehn Jahre SH

«Ob's uns passt oder nicht, solange die SH den größten Teil der Südtiroler Studenten erfaßt, werden wir uns mit ihr auseinandersetzen.» Dieser Ausspruch aus dem Mund eines SVP-Landtagsabgeordneten, dem's eher nicht paßt (Franz Paht), sagt alles: Bei allen Schwierigkeiten, die sie macht, die SH ist zu südtirolisch, als daß sie von anderen südtirolischen Organisationen – seien es nun Verbände oder selbst die Partei – einfach abgemurkst werden könnte. Sie ist eine Landesorganisation, und jeder Stand in Südtirol hat eine und nur eine Organisation. Zweitens: Ihre Gründung fällt noch in jenes erste Nachkriegsjahrzehnt, in dem gegründet wurde und offensichtlich gegründet werden mußte, was alles in Südtirol Anspruch auf Dauer und Bestand erheben kann. Die Gründer, Väter und Pären, mochten ihr Kind und Müdel für noch so schlecht geraten empfinden, sie schimpften und hielten ihm die Stange. Als ich im Sommer '74 die SH als Vorsitzender übernahm, so ganz zufällig, ohne vorher auch nur irgend etwas für sie getan zu haben, einfach so, weil niemand anders sich fand und ich der Versuchung erlegen war, auf so billige Weise zu einem so prestigevollen Titel zu kommen, damals, 1974 also, lagen die Dinge so:

Die Uni Bozen kommt

Die SH war ein Stock von gut tausend Eingeschriebenen, ein grad-grad beschlußfähiger Ausschuß, ein Vorsitzender, die Sekretärin Rita Mair und im übrigen ein Gerücht. Die soeben abgehaltene Studententagung zum Thema »Universität Bozen« hatte die Verhältnisse wieder geordnet aussehen lassen: Hier ein Häufchen engagierter Studenten, angereichert mit einem knappen Dutzend »Ältern«, für die die Frage Universität Bozen schon zu einer Art Lebensanschauung geworden war, und verziert mit einigen Fachleuten, denen an Negativen nur nachgewiesen werden konnte, daß sie eben Italiener waren. Auf der anderen Seite, aber nie anwesend, die SVP in ihren verschiedensten Erscheinungsformen. Ich selber und – sie seien mir nicht böse – auch meine Nachfolger, wir hatten keine eigenen Konzepte für eine Uni Bozen mehr entworfen. Was wir vertrauten, hatten wir größtenteils von unseren Vorgängern im Verein geerbt. Wir verlegten uns darauf, das eine und andere Pro-Argument zum möglichst geeigneten Zeitpunkt hervorzuziehen.

Direkte Auseinandersetzung mit dem Universitätsgegner Volkspartei gab es keine. Der Dialog fand sehr indirekt statt: über SH-Vorstand- und SVP-Leitungsausschüsse, die die jeweilige Gegenseite in Form von Pressemitteilungen aus der Zeitung

lesen konnte. Immer wenn die SVP sich zu einer Stellungnahme gemüßigt fühlte – ich glaub, es war insgesamt viermal –, erfaßte uns SHler ein Gefühl besonderer Wichtigkeit. »Jetzt hat sie wieder einmal auf uns eingehen müssen! Und weil ja so oft der Wunsch Vater des Gedankens ist, hörten wir aus jeder der aufeinanderfolgenden Stellungnahmen jedesmal ein bißchen mehr Schwierigkeiten heraus.

Was uns zuversichtlich machte, waren die schwachen Gegenargumente der SVP und deren zunehmende Nervosität, die in allerhand Experimenten ihren sichtbaren Niederschlag fand. Was da seit zehn Jahren zwischen Bozen-Streitergasse und Innsbruck-Innrain läuft (Werkstudentenkurse, Para-Universitäres, Studium irregulare), hat allen SH-Vorständen des letzten Jahrzehnts zumindest in der Problemstellung rechtgegeben: Es wird immer schwieriger werden, eine Universität in Südtirol nicht zu wollen. Alle Ersatzlösungen, die gefunden wurden, haben einen zu defensiven Charakter. Zu augenscheinlich ist ihre Verhinderungsfunktion.

Alle wollten unser Bestes

Doch weil ja eh nicht die SH eine Universität in Südtirol bauen wird, war es vielleicht ganz gut, daß die jüngeren Vorsitzenden sich inzwischen gesagt haben: Schwamm darüber! Seit Reinhold Stafflers und Thomas Benediktors Studententagung über Bildungspolitik (1981) redet die SH praktisch nicht mehr über die Universität Bozen. Recht hat sie, wenn wir – wir von vor zehn Jahren – recht hatten: Damit nämlich, daß die Universität so und so kommen wird. So wie die Pflichtmittelschule gekommen ist, obwohl sie die Schulpolitiker hier im Lande nicht haben wollten und der Schulamtsleiter nach zwanzig Jahren noch keine rechte Freude daran hat. So, wie heute schon jede größere Ortschaft ihre Oberschule haben will, so wird morgen das Land eine Hochschule mögen. Dann, wenn die Universität und der Gedanke daran auch nicht mehr das sein werden, was sie einmal waren.

Doch wir reden hier ja nicht von der Universität Bozen, sondern von den letzten zehn Jahren SH. Nur geht das eine nicht ohne das andere. Die Universitätsfrage brachte die SH in eine Gesellschaft, die sie sich bei Gott nicht immer selber ausgesucht hatte und mit der sie stes in einen Topf geworfen wurde. Praktisch alle Parteien (außer die maßgebende SVP), die italienische und die deutschsprachige Opposition, übernahmen die von der SH aufgestellten Forderungen fast durchwegs und unverfroren wörtlich ins eigene Programm. SH, geh du voran! hörten wir aus allen Partei-Sitzen, die nichts zählten. Der Ausdruck der Wertschätzung war uns so sicher wie schädlich. Sie wollten unser Bestes, und ich weiß nicht, ob wir gut daran

taten, es ihnen in so großem Maße zu geben. Die SVP drehte den Spieß um und verbreitete mit einigem Erfolg die Mäz, die SH sei ein reiner Brückenkopf italienischer und linker Parteien: zum Zweck der Unterwanderung noch gesunden Südtiroler Gedanken- und Kulturguts. Ja, freilich sind wir unserer Verbündeten nicht immer glücklich geworden. Sie übrigens auch nicht, wie es sich im Laufe der Jahre zeigte.

#### »Brief der 83« – Betroffenheit in der SVP

Man war genötigt, »sich abzugrenzen«. Sich einfach immer nur als Kommunisten abkanzeln zu lassen, das wollte man nicht mehr hinnehmen. Was ursprünglich als bescheidener offener Brief des Vorsitzenden Günther Pallaver und seines Pressreferenten Guido Denicoloß gedacht war, geriet zum aufsehenerregenden »Brief der 83«. In großer Aufmachung berichteten alle Medien zwischen Wien und Rom von fehlendem Demokratieverständnis, Intoleranz und Einengung politischer Freiheiten von seiten der SVP. Einige prominente und mehrere völlig unverdächtige Unterschriften hatten der Anklage unerwartet starke Resonanz verschafft. Selbst Otto Saurer, der heute in der Landesregierung sitzt, war unter den Unterzeichnern. In der SVP brach – nach den üblichen Tobreaktionen – Verlegenheit aus. Erstmals seit langem wurden Stimmen laut, die zwar nicht eine Global-Rehabilitation der SH verlangten, doch nach »Differenzierungen« riefen. Wie nachher nur mehr im Zusammenhang mit »gewissen Sprachgruppenerklärungsverweigerern« wurde offen die Notwendigkeit einer Kurskorrektur erkannt. Die kleine SH hatte für einen Augenblick die mächtige SVP vor jener inneren und außenpolitischen Öffentlichkeit, auf die auch diese nicht pfeifen kann, schlecht aussehen lassen. Die SVP vollzog eine kleine Wende. Wenn auch nicht in ihrer Einstellung, so doch im Verhalten.

#### Aufwallungen im Innenleben

Kehren wir kurz ins Innenleben der SH zurück. Es wäre verkehrt, wenn man meinte, sie hätte sich nur mit Außenstehenden angelegt. Es gab da ein recht munteres und beileibe nicht verstecktes Gehacke zwischen den Lagern. Die Auseinandersetzungen bekamen – im nachhinein geurteilt – dem Verein nicht schlecht. Sie mobilisierten jeweils viel Kraft. Ich selber übernahm – wie eingangs erwähnt – 1974 einen, gelinde ausgedrückt, ruhigen Laden, dessen aktive Mitglieder links standen. Den Großteil der nicht linksstehenden Amtsträger (Verbindungsleute und Ausschußmitglieder) störte dies nicht. Aktive Rechte gab es keine. Diese, die Rechten – ich verwende die SH-interne Sprachregelung –, wurden im Lauf des Studienjahres 74/75 von linken Studenten, die auch im damals eher unaktiven Innsbruck etwas auf die Beine bringen wollten, aus dem Schlaf gerüttelt. Eine Ermunterung aus dem Tiroler Landhaus soll auch ihre Wirkung getan haben.

Alein ihr Übereifer ließ diese neuen Innsbrucker an einer Machtübernahme in Bozen scheitern.

Ein Rundbrief mit Handlungsanleitungen, hinter dem sich alizu direkt die SVP erkennen ließ, geriet ihren Handlangern zum Burnerang. »Partei-Abhängigkeit«, die sie der SH vorwarfen, zeigten in bisher noch nie so deutlicher Form auf sie selber. Dagegen ließen sich auf einmal Leute mobilisieren, die bis dahin die SH eher »links« liegen sahen oder – weil eh' zu südtirolerisch – sowieso schon abgeschrieben haben. Meine Wiederwahl gegen Dieter Knoll im Sommer 75, die Wahl von Renate Mumelter gegen Markus Perwanger und jene von Günther Pallaver gegen Karl Campei waren allesamt »Siege gegen die Volkspartei«. So zumindest wurden sie empfunden und vorbereitet. Was danach kam, waren vergleichsweise nur mehr Scharmützel. Der »Minderheit in der SH« war die Hoffnung, einmal Mehrheit zu werden, zumindest vorübergehend verfliegen.

#### Entspannungspolitik. im Waltherhaus links – oben – außen

Die Möglichkeit, tun und lassen zu können, was sie wollten, nützten die »monocolore«-Vorstände der letzten fünf-sechs Jahre nicht aus. Das wird auch jeder, der mit ihrer Linie nicht einverstanden ist, ihnen zugutehalten müssen. Im Gegenteil: so gegen 80 leiteten die SH-Vorsitzenden (vor allem R. Staffier und Markus Mayr) eine Ära der Entspannung zwischen Waltherhaus links-oben-außen und Vintier-Passage ein. Die Vernünftigeren in der SVP hatten von einer Konkurrenz-Hochschülerschaft, etwa im Hochpappel einer JES, nie viel gehalten. Sie setzten auf »Sachdiskussion« mit der SH und stießen damit bei ihrer eigenen Partei zweifelsohne auf größere Widerstände als beim Gesprächspartner SH. Otto Saurer als Vorsitzender des SVP-Ausschusses für Schule und Kultur, und die JG-Sekretärin Martha Stocker wissen ein Lied davon zu singen. Die Stipendienfrage, das Problem der Altsupplenten und die Anerkennung der Universitätsfrage »als Frage«, all das gab eine Gesprächsebene und mitunter sogar gemeinsame Standpunkte.

Diese Entkrampfung im Verhältnis zwischen SVP und SH, wie sie in den letzten Jahren zu beobachten war, möchte ich als Beweis für die Güte und Entspannung hinstellen. Eine Entwicklung, die einiges ermöglicht hat, und die keinem der beiden Partner sichtbare Verzichte abverlangt hat. Ich wüßte keine Konzession, die die SH die Beendigung des kalten Krieges mit der SVP gekostet hätte. Sie leistete sich weiterhin alles, was sie wollte: trat in jeder Gesellschaft auf, gab Anlaß für tabiate Anfragen im Landtag, öffnete sich den Italienern. Die JG/SVP-Sekretärin Stocker redet trotzdem von einem »guten Verhältnis zur SH«. Womit bewiesen wäre: Entspannung und Abrüstung sind immer und für beide Seiten gut.

#### Ende – Aufbruch zur größten Neuerung

Zum Schluß noch etwas, was bei aller Bedeutung der vorhin geschilderten Ereignisse vielleicht das herausragende der jüngeren SH-Geschichte ist: Ihr quasi offiziell dekretierter Übergang von einem Verband »zur Wahrung der Belange der deutsch- und ladinischsprachigen Studenten Südtirols« zu einer dreisprachigen Organisation. Es spricht einiges dafür, daß diese Entwicklung von Dauer und richtungweisend sein wird. Italiener gab es ja schon immer in der SH: Blindgänger, die selbst die Stipendien-Instanzen des Südtiroler Kulturinstituts »mitgehen« ließen. Jetzt treten sie an den österreichischen Hochschulen bereits vermehrt auf, die Buden in Italien sind seit Jahren schon von »altoatesinik« frequentiert, und – was das Wichtigste ist – unsere Studenten haben offenbar keine Angst mehr vor ihren italienischen Kollegen.

Die »Anerkennung« der Italiener in der SH ging zu stetig vor sich, als daß sie von ihren Gegnern als »typische Oppositionsaktion im Schlepptau der Alternativen« abgetan werden könnte. Es gibt zu wenig und immer weniger konkrete Interessen, die ein Wieder-auf-deutsch-schalten geraten sein ließen. Daß die Entwicklung der SH hin zu einem gesamt-südtirolischen Ausdruck mit der Veränderung der ethnischen Kräfteverhältnisse am Studenten- und Akademikermarkt zusammenfällt, ist bezeichnend und erhärtet die These von der strukturellen Neuheit des Phänomens.

Die auffallende Zurückhaltung, in der SVP und die Geldgeber in Österreich ihre Mißbilligung über den Sprung der SH über den ethnischen Wall zum Ausdruck bringen, kommt schon einer halben Kapitulation gleich. Sie sehen sich nicht mehr imstande, die Entwicklung aufzuhalten. Wollen sie sich also zumindest nicht mehr blamieren. Die SH tut gut daran, ihren Gründern und Paten unnötige Peinlichkeiten zu ersparen – aus Großzügigkeit.

# Es lebe der 30. Parteitag

## Aus der Sicht der No-Future-Generation

Alex Maier & Benedikt Sauer

Szene im Waltherhaus: das Einspeichern der Mitglieder in den Computer muß unterbrochen werden, denn Kundschaft geht vor, und die Sekretärin kontrolliert die Unterlagen für die Studententitelanerkennung, die eine Neodoktorin gebracht hat. Der Vorsitzende telefoniert mit einem Landesrat, verbeugt sich vor dem Telefon, während ein Zivilciviler, frischgebackener Doktor, eine Maturantin berät, die irgendwo außerhalb von Mitteleuropa eine Kunstakademie besuchen will. Im Nebenraum finden diverse Sitzungen statt: von Stipendien bis skolasch, von Arbeitsgruppe »Jubiläumssfeier« bis Initiativkomitee »Für...« oder »Gegen...«

Der SH-Alltag. Ein hektischer Alltag. Aber nur zum Teil. Denn wenn die geschilderte Szene auch zeitgerafft ist, so zeigt sie doch das insgesamt breite Arbeitsspektrum, das der SH zu bewältigen bleibt. Die SH als Büro, als Dienstleistungsbetrieb. Hier liegt wohl ein wesentlicher Unterschied zur Hochschülerschaft nicht nur vor 30, 20 Jahren, sondern auch zu der von vor 5 Jahren. Die Nachfrage an Hilfestellungen hat dermaßen zugenommen, daß neue Schwerpunkte und Zielsetzungen in der Arbeit des Vorstandes nötig geworden sind. Die Serviceleistungen sind eine solide Basis für jede Organisation, die sich als »gewerkschaftliche« versteht. Wir möchten nicht als irgendein Verein im öffentlichen Leben mitdiskutieren, sondern unser kulturpolitisches Engagement auf die Wurzeln der Interessenvertretung beziehen.

Die SH hat ihren gewerkschaftlichen Anspruch immer sehr genau genommen. Sie will nicht nur die verschiedenen Hilfestellungen leisten, sondern in irgendeiner Form versuchen, sie politisch abzusichern. Es werden nicht nur die ganzen Formalitäten der Studententitelanerkennung erledigt, sondern man kümmert sich auch um die staatliche Anerkennung neuer Titel, wir kontrollieren Stipendiengesuche und setzen uns für bessere Stipendienbedingungen ein. Die sogenannte »kulturelle Betreuung der Studierenden« gehört auch in diesen weiteren Rahmen. Also gewerkschaftliche Vertretung im weitesten Sinn. Aber Gewerkschaft sein heißt darüber hinaus, die zukünftigen Studierenden mit im Auge zu haben, Vertretung derjenigen, mit denen wir Heutzutage nicht mehr in der SH zusammenarbeiten werden, da der Generationswechsel hier sehr rasch vor sich geht. Hierher gehört das bildungspolitische Engagement der Hochschülerschaft: die italienische Ausbildungsreform des Lehrpersonals an Volksschulen und Kindergärten betrifft auch Südtirol, also auch uns; die österreichische Reform des Lehramtsstudiums (spricht: Pädagogikum) betrifft ebenso Südtirol, also auch uns; mit der Oberschulreform und der Reform des italienischen Universitätswesens haben wir uns ebenfalls zu beschäftigen; und dies sind nur Beispiele für Änderungen der verschiedenen Ausbildungssysteme auf nationalen Ebenen, die auf Südtirols Schulsystem ihre Auswirkungen haben, und gesondert geregelt werden müssen und können.

Daß Südtirol nicht zu den Spitzreitern in der Bildungspolitik zählt, ist nicht nur ein Anreiz, sondern ist auch einfach eine Notwendigkeit, hier tätig zu werden. In einem Land, wo hinter verschlossener Tür gefundene Lösungen erst kurz vor Torschluß bekannt werden, ist es ganz gut, wenn die SH die Probleme öffentlich diskutiert und auf ein paar neue Aspekte und Stoßrichtungen aufmerksam macht. Zu unserer Verantwortung dafür, wie die kommenden Generationen studieren werden,

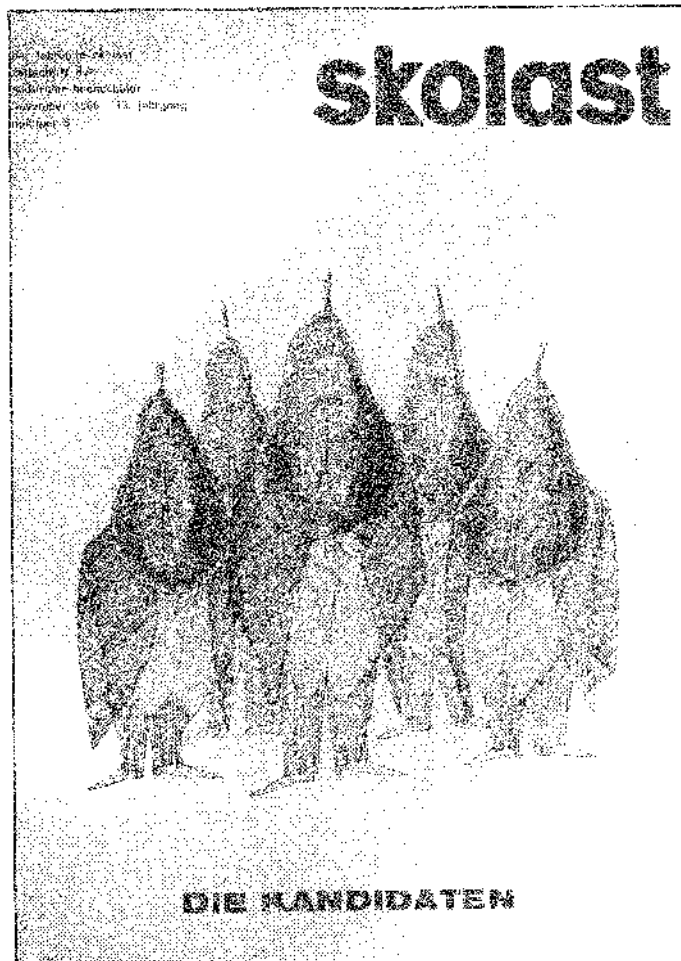
kommt das Recht, in der Bildungspolitik mitzureden, das sich die SH in langjähriger Öffentlichkeitsarbeit, in Diskussionen und Arbeitskreisen erweisen hat. Die SH ist ein Gesprächspartner in diesen Dingen, der mehr und mehr gehört wird.

Außer um die derzeitig und künftig Studierenden wird sich die SH der nächsten Jahre noch um eine weitere Kategorie zu kümmern haben: die frischgebackenen Akademiker. Jetzt macht es sich schon teilweise bemerkbar, daß für den Übertritt von Studium zu Arbeit Unterstützung und Information gesucht wird: Lehramtsstudierenden, Mediziner, Biologen sind nur einige Beispiele von Kategorien, die es mit Besonderheiten in Südtirol zu tun haben, besonders wenn sie von österreichischen Unis kommen. Fragen der Arbeitsplatzbeschaffung rücken für den einzelnen verstärkt in den Vordergrund, aber nicht, weil etwa das Gespenst der Akademikerarbeitslosigkeit drohen würde, sondern, im Gegenteil weil die Akademiker in verschiedenen Berufssparten immer mehr gefragt sind. Bis sie in ihrer angestammten Rolle sind, und dann von den entsprechenden Berufsorganisationen (Lehrerverbänden, Ärztekammer, sonstige Kammern, und auch andere) vertreten werden, kann die SH Vertretung und Information leisten. Wir spielen hier Zukunftsmusik, aber Ansätze in diese Richtung sind erkennlich.

Daß eine verstärkte Nachfrage nicht nur nach Tips und Hildegung von Formalitäten, sondern nach effektiver Interessenvertretung besteht, das zeigen die steigenden Mitgliederzahlen. Allerdings verlangen das eben dargelegte breite Spektrum der zu Vertretenden, vor allem aber die in den letzten Jahren deutlich zugenommene Studentenzahl eine breitgefächerte Beschäftigung mit Studienangelegenheiten bzw. eine Zunahme der Effizienz; insgesamt also mehr Professionalität. Und diese Professionalität sollte von einer Organisation mit relativ raschem Mitarbeiterwechsel garantiert werden. Gleichzeitig hat sich die Ausbildung spezialisiert, haben sich (wurden) die Studienordnungen in Österreich und in Italien verschärft und damit hat sich auch die Auffassung vom Studium geändert: die Uni bereitet möglichst gradlinig auf den Beruf vor, und erlaubt kaum Eskapaden. Kein Wunder, daß studentisches Engagement am Rande oder neben dieser »Berufsvorbereitung« nicht mehr en masse zu haben ist; man sehe sich nur die Wahlbeteiligung bei Hochschulwahlen an, die noch den geringsten Einsatz erfordern. Das zunehmende Erfordernis einer Vertretung einerseits und der Rückgang an persönlichem Einsatz in dieser Arbeit andererseits ist keine Diskrepanz, sondern der Tribut, der an die Leistungsgesellschaft zu zahlen ist.

Aber genau hier gilt es anzusetzen. Denn nach wie vor ist das Bildungswesen ein wichtiger Pfeiler und Streitpunkt dieser Gesellschaft; die Auseinandersetzung um die Privatschule in Frankreich ist das letzte Beispiel.

Und was bleibt von der »alten SH«? Von der »politischen und kulturellen Vordenkerin«, wie sie von den Veteranen gern gesehen wird? Es stimmt sicherlich, daß sich die SH der 80er weniger um das breite Spektrum an gesellschaftlichen Problemen kümmert, als noch Mitte bis Ende der 70er Jahre. Die alte Dame diskutiert zwar Fragen wie z.B. die offene Jugendarbeit, die sozialmedizinische Betreuung, Minderheitenprobleme u.ä., aber all dies zählt nicht zu den Schwerpunkten. Diese liegen anderswo im intensiven Einsatz im Bildungsbereich und in der möglichst effizienten und breitgestreuten gewerkschaftlichen Vertretung. Die Politik der SH wird heute hier gemacht.



## Südtiroler Parteien

# Du sollst keine andere...

Der folgende Abschnitt des Sonderskollasten enthält Artikel, die sich mit der Parteienlandschaft Südtirols seit den frühen 60er Jahren beschäftigen. Es soll hier nicht diese Parteienlandschaft in all ihren Differenzierungen wiedergegeben, sondern ältere und interessante Skolast-Artikel wieder ans Licht geholt werden.

Über manche Oppositionsparteien (vor allem über die neuesten Entwicklungen) waren keine Artikel vorhanden, sodaß schon aus diesem Grund der Anspruch auf Vollständigkeit entfallen muß.

Dem ersten Beitrag, einem Interview mit Landeshauptmann Magnago, der 1965 seine positive Einstellung zur Südtiroler Hochschülerschaft erläutert, folgt ein Gespräch mit Dr. E. Jenny, der 1965 die Sammelpartei mit sozialistischem Gedankengut ärgert.

Toni Ebner hält von der Mitte-Links-Formel äußerst wenig,

vom Skolasten hingegen sehr viel (Zitat »Im Vergleich zu anderen Studentenzeitschriften ... kann sich der Skolast wirklich sehen lassen. Die SH ist dazu ... nur zu beglückwünschen.«

Für Hans Dietl, 1967 noch als SVP-Abgeordneter, hat die Sammelpartei dann keinen Sinn mehr, wenn die Autonomie gesetzlich verankert ist, die Partei werde sich, seiner Meinung nach, in Interessensgruppen aufspalten.

Über die italienische Parteienlandschaft 1969 gibt Pepi Zelger, über die deutsche Opposition in Südtirol Eva Klein 1975 einen Entstehungs- und Entwicklungsüberblick.

Trotz mangelnder Vollständigkeit zeigen die Beiträge auf, was es an oppositionellen Gedanken (und auch an »Sammelpartei-einungen«) in der Heimat gab und gibt.

w.o.

# INTERVIEW MIT DR. MAGNAGO

(aus: skofast 1965 Nr. 2)

Am 30. März 1965 beantwortete der Landeshauptmann zehn Fragen zu Problemen der Südt. Hochschüler, die ihm Vertreter der SH gestellt hatten. Dr. Magnago sei für die freundliche Gewährung dieses Interviews herzlich gedankt.

**Frage:**

Könnten Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, uns schildern, wie die SVP die Südtiroler Hochschülerschaft sieht und wie sie zu ihr steht?

**Antwort:**

Die Südtiroler Volkspartei hat es und ja die Gründung der SH sehr begrüßt; dies vor allem deshalb, weil sie in dieser fast alle Südtiroler Hochschüler umfassenden Vereinigung nicht nur eine reine Interessengemeinschaft sieht, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die einzelnen Hochschülergruppen an den Hochschulorten geistig und kulturell zu betreuen, die Hochschüler mit Vorträgen und Tagungen über kulturelle Probleme der Heimat vertraut zu machen, und so das Zusammengehörigkeitsbewußtsein aller Südtiroler Hochschüler untereinander und zur Heimat zu stärken und zu pflegen. Unter diesen Gesichtspunkten gesehen, kann die Südtiroler Volkspartei die Tätigkeit der SH nur positiv beurteilen und wünschen, daß auch in Zukunft das Hauptaugenmerk des neuen Ausschusses in der SH in der genannten Arbeitsrichtung sich entfalten möge. Sind doch unsere heutigen Hochschüler die morgige Führungsschicht der Volksgruppe.

**Frage:**

Was tut die Partei, da sie unsere Organisation positiv bewertet und ihre Notwendigkeit einsieht, und was tun ihre Vertreter im Lande und in der Region, um unsere Gemeinschaft moralisch und finanziell zu fördern?

**Antwort:**

Die SVP fördert — wie bereits erwähnt — durch ihre aufgeschlossene Einstellung zur SH, diese mehr indirekt als direkt. Und dies scheint mir auch richtig zu sein. Es soll nämlich nicht der Eindruck erweckt werden, daß die Partei einen unmittelbaren Einfluß auf die SH ausübt. Diese vielmehr soll das Bewußtsein haben, daß die SVP wohlwollend hinter ihr steht, und oft auch das kritische Ringen um geistige Entscheidungen und innere Reife im jungen Menschen wohl zu schätzen weiß. Auch die einzelnen Exponenten und politischen Mandatäre im Parlament, Region und Land dürfen sich wohl ausnahmslos positiv zur SH äußern; vorausgesetzt, daß sie die Gewähr haben, daß auch die Hochschüler, bei aller Offenheit im Urteil, sich im Rahmen der gebotenen Gegebenheiten bewegen.

In finanzieller Hinsicht glaube ich, daß der Landesausschuß von je her — seit Bestehen der SH — diese unterstützt und dies angemessen an dem Umfang ihrer geleisteten Tätigkeit oder zu leistenden Tätigkeit.

**Frage:**

Das letzte Jahr hat das Land einen Aufwandsbeitrag von 850.000 Lire für die Südtiroler Hochschülerschaft ausgeworfen. Bei einem Jahresbudget der SH von 3.271.081 Lire (wobei viele Spesen nicht einbezogen sind, die in großzügiger Weise von anderen Instituten finanziert werden), macht das 29%.

Glauben Sie, Herr Landeshauptmann, daß dies ein angemessenes Verhältnis ist, da doch unsere Organisation wesentliche Aufgaben von öffentlichem Interesse erfüllt?

**Antwort:**

Wenn die Südtiroler Hochschülerschaft im Bilanzjahr 1964 für ihre Tätigkeit nur L. 950.000 erhalten hat, so aus folgenden Gründen:

Gemessen an dem Umfang der Tätigkeit anderer kultureller Verbände und Vereinigungen, für die der Landesausschuß Beiträge auswirft, ist der Beitrag an die Südtiroler Hochschülerschaft angemessen und sicher nicht zu niedrig. Ein Vergleich der Tätigkeitsberichte, besonders wenn man auch die Eigenleistungen heranzieht, zeigt dies augenscheinlich. Verglichen an den vorhergehenden Jahren ist der Beitrag für 1964 auch deshalb kleiner ausgefallen, weil bei der Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel allen kulturellen Vereinigungen mehr oder weniger die Beiträge etwas gekürzt worden sind. Sollte es 1965 möglich sein, neben den vielen anderen Verpflichtungen, die der Landesausschuß gegenüber dem kulturellen Leben des Landes hat, auch der Südtiroler Hochschülerschaft einen größeren Betrag zuzuwenden, so wird er ein diesbezügliches Ansuchen der Hochschüler aufmerksam prüfen und nach Möglichkeit versuchen, den Wünschen nachzukommen.

**Frage:**

Wäre es nicht angebracht, daß das Land den größten Teil des Aufwandes gesetzlich übernehme, so daß wir unsere Funktionen erfüllen können, ohne ständig mit Geldschwierigkeiten ringen zu müssen?

**Antwort:**

Eine gesetzliche Übernahme des größten Teiles des Aufwandes der SH scheint mir nicht nur nicht möglich zu sein, weil dies wohl in keinem westeuropäischen Staat der Fall ist, sondern weil man dadurch auch die Eigeninitiative der Vereinigung schmälern würde. Wird einmal die Zuwendung gesetzlich generell geregelt, so besteht Gefahr, daß auch für pseudokulturelle Leistungen Beiträge in Anspruch genommen werden können, wo eine Unterstützung durch den Landesausschuß nicht mehr zweckmäßig erscheint.

**Frage:**

In verschiedenen Studienfächern ist die Anerkennung der Studientitel durch die römischen Stellen noch nicht erfolgt. Dies betrifft sowohl österreichische, als auch fast alle deutschen Studientitel. Könnten Sie in Rom nicht Schritte veranlassen, um die baldige Anerkennung der ausstehenden Studientitel zu erreichen? Außerdem

müßte man darauf dringen, die Frist der Anerkennungsprozedur, die sich jetzt bis zu einem Jahr hinzieht, zu verkürzen?

**Antwort:**

Diese dreifache Frage möchte ich wohl folgt beantworten:

Zwischen Italien und Deutschland besteht kein Studientitelabkommen, das die Materie in dem von uns und den Hochschülern gewünschten Sinne regelt. Daher ist eine Intervention unsererseits hier wohl sehr relativ. — Zwischen Italien und Österreich besteht das Studientitelabkommen vom 4. 9. 1956. Demnach werden ein ganz beachtliche Gruppe von in Österreich erworbenen Studientiteln in Italien anerkannt. Sicher fehlt noch manches.

Wie schon seit ebendem hat die Südtiroler Volkspartei sich auch in letzter Zeit wiederum bei den zuständigen Stellen in Österreich bemüht, daß die noch nicht anerkannten Studientitel anerkannt werden. Wie bekannt, kann dies nur im Verhandlungswege zwischen Österreich und Italien geschehen.

Leider sind heute nur Teilerfolge zu buchen. Auch im Zuge der 19er Kommission ist diese Frage angeschnitten worden und sind Zusicherungen gegeben, daß im Laufe einer allgemeinen Regelung des Südtiroler Problems auch diese noch offenen Fragen gelöst werden.

Was die Kürzung der Frist der Anerkennungsprozedur anbelangt, danke ich Ihnen, daß Sie uns diese Mängel aufgezeigt haben. Wir werden über unser Parlamentarier versuchen, eine Beschleunigung herbeizuführen.

**Frage:**

Kürzlich hielt Landwirtschaftsassessor Dr. Brugger auf wiederholter Einladung der Hochschülergruppe Innsbruck ein Referat. Der Besuch dieser Veranstaltung war äußerst zahlreich und die anschließende Diskussion sehr lebhaft.

Wäre es bei diesem Interesse nicht notwendig, daß öfters Persönlichkeiten, die in Südtirol im öffentlichen Leben stehen sich für Vorträge vor Studierenden zur Verfügung stellten? Was unternimmt die Partei, um die Jugend entsprechend zu informieren und heranzubilden?

**Antwort:**

Es freut mich zu hören, daß der vor Assessor Dr. Peter Brugger in Innsbruck gehaltene Vortrag gut besucht war und von den Hochschülern bestens aufgenommen wurde.

Sicher ist die Südtiroler Volkspartei bereit, solche und ähnliche Vorträge über aktuelle Fragen der Heimat vor der Hochschülern auch in Zukunft zu halten. Bisher hat es aber mehr an den Hochschülern gelegen, daß solche Vorträge an den einzelnen Hochschulorten nicht gehalten wurden. Soviel mir bekannt ist sind sämtliche Einladungen, die an politische Mandatäre Südtirols ergangen sind immer positiv erledigt worden. Nur müssen selbstverständlich die Leute rechtzeitig angeschrieben werden.

Was die Betreuung der Südtiroler Jugend als solche anbelangt, so sieht der Statut der SVP auch im Paragraph 52 der

Rahmen dieser Betreuung vor. Ich kann Ihnen verraten, daß vor nicht langer Zeit die Parteileitung beschlossen hat, diesen Punkt des Statutes zur Durchführung zu bringen und zwar in der Form, daß nun bei allen Ortsausschüssen ein Jugendreferent ernannt wird, der Mitglied des Ortsausschusses ist, daß ein Bezirksjugendreferent ernannt wird, bzw. dann gewählt wird, und ein Landesjugendreferent.

Aufgabe dieser Referenten auf Ortsebene, auf Bezirksebene und auf Landesebene ist die politische Betreuung der Südtiroler Jugend, die politische Aufklärung und Schulung der Jugend, damit diese zu verantwortungsbewußten Mitgliedern der Gemeinschaft erzogen werden und für die Übernahme öffentlicher Aufgaben vorbereitet werden können.

Zu diesem Zweck plant die Südtiroler Volkspartei in den verschiedenen Orten Südtirols eine Reihe von Versammlungen und Veranstaltungen, die nur für die Jugend einberufen werden, wo dann (und das soll ja dann dauernd sein) Vorträge gehalten werden, Vorträge über die politische Situation in Südtirol, über die Aufgaben der verschiedenen Körperschaften, staatsrechtliche Vorträge; diese Vorträge sollen dann ergänzt werden durch Lichtbildervorträge, die Probleme Südtirols, sei es in politischer wie auch wirtschaftlicher Hinsicht berühren.

Ich möchte hier hinzufügen, daß die SVP selbst keine kulturelle Betreuung macht, also diese Vorträge nicht in dem Sinne aufzufassen sind, daß hier eine kulturelle Betreuung erfolgt, denn das ist Aufgabe der verschiedenen kulturellen Organisationen, die ja im Lande da sind und die bereits eine rege Tätigkeit entwickeln.

**Frage:**

Seit einiger Zeit müssen die in Österreich studierenden Studenten ein Aufenthalts-Sichtvermerk bei der österreichischen Polizei beantragen. Dieses kostet für mehrmalige Ausreise im Jahr 120 öS. Könnte nicht von kompetenten Stellen in Südtirol dahingehend interveniert werden, daß diese Belastung der Studentenkassa durch eine Sonderverfügung aufgehoben wird?

**Antwort:**

Dieser Aufenthaltsvermerk für in Österreich studierende Studenten ist eine allgemeine Regelung, der alle ausländischen Hochschüler unterworfen sind. Ob hier eine Ausnahme gemacht werden kann, müßte erst mit den zuständigen Stellen überprüft werden. Sicher ist aber, daß die zu zahlende Gebühr von öS 120.- also ca. 3.000 L. keine allzugroße Belastung bedeutet. Sollte es wirklich Hochschüler geben, die diesen Betrag bei allen vielen Stipendien, die sie erhalten, nicht bezahlen können, so bitte ich um Bekannngabe dieser Härtefälle.

**Frage:**

Herr Landeshauptmann, könnten Sie uns zum Abschluß noch sagen, welche Aussichten Ihrer Meinung nach Südtirol uns jungen, nachwachsenden Akademikern bietet?

**Antwort:**

Es ist schwer, diese Frage zu beantworten. Sicher ist es so, daß heute noch auf allen Gebieten, wenn wir von einigen technischen und naturwissenschaftlichen Fächern absehen, die Möglichkeit besteht,

in Südtirol als Akademiker sein Brot zu verdienen. Selbstverständlich muß der Akademiker, ich denke da etwa an den Arzt oder an ähnliche Berufe, auch auf das Land hinausgehen. Für die Zukunft bin ich optimistisch, vor allem deshalb, weil ja uns gemäß den Ergebnissen der 19er Kommission die Möglichkeit geboten sein müßte, eine Menge Staatsstellen zu besetzen.

Selbstverständlich müßte dann auch der Südtiroler Akademiker solche Staatsstellen annehmen. Ich bin überzeugt, daß dies in Zukunft auch leichter geschehen kann, nachdem laut Vorschlag der 19er Kommission auch erreicht wurde, daß grundsätzlich die Südtiroler, die Staatsstellen bekleiden, nicht aus der Provinz Bozen versetzt werden können.



# INTERVIEW MIT DR. JENNY

(1965/7)

Dieses Interview mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Jenny fand am 11. Dezember 1965 in Bozen statt. Wir haben uns dazu entschlossen, die über die Anschauungen und die Tätigkeit dieses Politikers in der Öffentlichkeit die widersprechendsten Meinungen herrschen. Mit den diversen grundsätzlichen Fragen und Antworten wollen wir einen positiven Beitrag leisten bezüglich Information und Klärung des politischen Klimas. Es ist für uns selbstverständlich, an diese Aufgabe mit möglichster Fairness und Objektivität herangegangen zu sein.

Eigentlich überflüssig ist es, hinzuzufügen, daß wir uns keineswegs mit irgendeiner im Interview geäußerten Meinung identifizieren oder in irgendeiner Weise werben wollen: auch das Erscheinen in dieser Nummer hat keinen besonderen Grund, außer dem des Zufalls und der unaufrichtlichen Aktualität.

Gerne fordern wir zu Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen zum Thema auf!

Herr Dr. Jenny, Sie wurden im Zuge des Wahlkampfes für die Landtagswahlen im November 1964 zum ersten Mal einer breiteren Öffentlichkeit durch Ihre Kandidatur bekannt. Haben Sie sich schon vorher politisch betätigt?

Meine offizielle politische Betätigung hat im Jahre 1963 mit der Ernennung zum Parlamentskandidaten der Südtiroler Volkspartei für die damaligen Parlamentswahlen begonnen. Ich hatte mich zwar schon vorher so wie jeder Bürger um politische Dinge gekümmert, und ich war auch im Dezember 1962 zum stellvertretenden Bezirksobmann der SVP des Bezirkes Bozen ernannt worden. Natürlich hatte ich in dieser Funktion keine große politische Verantwortung, dafür war ich mit den Gremien der SVP näher in Kontakt gekommen.

Sie führten den Wahlkampf 1964 als Vorsitzender eines «Arbeitskreises für sozialen Fortschritt». Viele Ihrer Wähler werfen Ihnen heute vor, daß Sie damals die Öffentlichkeit nicht genügend über Ihre Intentionen und über Ihr eigentliches Programm aufgeklärt hätten. Was können Sie dazu sagen?

Ich möchte hier richtigstellen, daß der «Südtiroler Arbeitskreis für sozialen Fortschritt» eigentlich erst im Jänner 1965, genau am 12. Jänner 1965, gegründet worden ist. Wir hatten damals, vor der Wahl, so eine Art Komitee gebildet. Dieses war sehr locker und hatte keine Statuten. Von dieser Seite wurde meine und auch die Kandidatur des Herrn Anton Stocker unterstützt. Unser Slogan war damals, mit der SVP für den sozialen Fortschritt einzutreten. Zum Vorwurf, ich hätte mich vor den Wahlen nicht offen als Sozialdemokrat ausgewiesen, muß ich folgendes bemerken: hätte ich damals irgendwelche Erklärungen abgegeben, so wäre meine Kandidatur von vornherein ganz bestimmten Anfeindungen zum Opfer gefallen. Auch sind Programm und Intentionen dann eigentlich erst später erwachsen. Erst mit der Gründung des Arbeitskreises und aufgrund der ganzen Entwicklung bin ich zur Überzeugung gekommen, daß man diese Ideen, die ich vorher locker und als persönliche Ideen vorgebracht hatte, falls man sie verwirklichen will, nur in einem gewissen Rahmen in orga-

nisatorischer Hinsicht fruchtbar machen kann.

Sie hatten also schon vor Ihrer Kandidatur sozialdemokratische Ideen?

Ja, ad personam. Das kann man ruhig sagen.

Sie sind aus gewissen taktischen Erwägungen nicht ganz aus sich heraus gegangen?

Ja, wie diese Sachen oft sind, es ergibt sich manches. Doch habe ich in internen Diskussionen in der Partei oft soziale Ideen vertreten, so daß man scherzhaft gesagt hat, das seien sozialdemokratische Thesen.

Ist es also unbillig, Ihnen jetzt den Vorwurf zu machen, Sie hätten damals nicht mit offenen Karten gespielt?

Wenn man die Sache ganz nüchtern betrachtet, kann man diesen Vorwurf sicherlich erheben. Man kann sagen, ich hätte dem Wählervolk eine präzise Marschroute und meine sozialistischen Anschauungen offenbaren müssen. Ich war aber damals der Meinung, es würde genügen, wenn ich nach erfolgter Wahl meine Ansichten innerhalb der Partei in unverbindlicher Form und ohne organisatorischen Aufwand verfechten würde. Hätte ich mich von den Klischees der Sammelpartei vor der Wahl distanziert, so wäre meine Kandidatur bei dem diktorischen Trend gescheitert.

Welche sind die Grundgedanken, die Sie zur Überzeugung brachten, Südtirol brauche eine sozialdemokratische Bewegung?

Je mehr ich mit der politischen Realität Südtirols und auch mit der politischen Führungsklasse konfrontiert worden bin, umso mehr ist in mir die Überzeugung gereift, daß hier ein demokratischer Sozialismus unbedingt notwendig ist, um dem Lande das, was man als Fortschritt bezeichnet, zu geben. Die politische Aktivität der SVP ist vollkommen dissoziiert von unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Ich finde, daß man aus einer feststehenden und einseitigen Anschau-

ung die wesentlichen Realitäten in der Südtiroler Politik einfach vernachlässigt. Der Sozialismus kann einen großen Beitrag zur Überwindung dieser Einseitigkeit leisten: er dient zur Entschärfung der nationalen Gegensätze, er betont die gesellschaftliche Gleichheit und schafft echte Aufstiegsmöglichkeiten für alle. Eine weitere Aufgabe des demokratischen Sozialismus erblicke ich besonders in der Möglichkeit, eine Umstrukturierung der Südtiroler Bevölkerung zu fördern d. h. aus unserem patriarchalischen Bauerntum hindüberzuführen in die moderne Wirklichkeit. Ich bin nicht der Meinung, daß Südtirol einzig und allein mit dem Bestehen des Bauerntums steht und fällt. Südtirol steht und fällt mit der Fähigkeit seiner Bevölkerung, sich in allen Sparten des modernen Lebens zu behaupten. Hier sind wirkliche Aufgaben für uns.

Es wird Ihnen vorgeworfen, daß Sie das Sozialprogramm und das diesbezügliche Engagement der SVP ignorieren und Ihrerseits die Probleme in theoretischen und polemischen Gedankengängen erschöpfen, ohne konkrete Lösungen anzubieten. Wie können Sie darauf antworten?

Ja, die SVP hat ein Sozialprogramm und einen Sozialausschuß. Aber der Sozialausschuß hat in den letzten drei Jahren nur einmal getagt und ist erst jetzt, nach Erstellung des «Arbeitskreises für den sozialen Fortschritt» reaktiviert worden. Ich muß dies einmal ganz unbescheiden feststellen.

Man fragt mich, was ich außer Kritik bieten könnte: was kann ich als Landtagsabgeordneter momentan unternehmen? Ich habe bei der Erstellung des Budgets, wo ja die Weichen gestellt werden bezüglich der Gelder, Kritik geübt. Ich habe zur Sozialpolitik echte Alternativen gestellt. Mir fällt gerade die Debatte zum Bau des Lehrlingsheimes in Erixen ein. Wieso kommen wir im Land dazu, für den Bau des Lehrlingsheimes in Erixen 75% der Ausgaben zu bestreiten, wenn dann dieses Heim dem KVW als Eigentum überantwortet wird und wir künftig nicht das geringste Mitspracherecht haben? Meine diesbezüglichen Einwände wurden ignoriert. Bei der Behandlung des Industriesektors habe ich beanstandet, daß dieser Sektor nicht besser betreut wird. Wir müssen uns von der Meinung loslö-



sen, daß wir ein reines Agrarland sind. Wir müssen in Anpassung an die Wirklichkeit alles tun, um die Industrialisierung zu fördern. Dazu bedarf es auch der Aufklärung. Gemeinden haben sich geweigert, Industrieunternehmen in ihrem Gemeindebereich aufzunehmen. Es ist die Schuld der Politiker, hier nicht das Terrain vorbereitet zu haben. Wäre ich Assessor für irgendwelche Fragen, würde ich eine bestimmte Richtung einschlagen. Unser Arbeitskreis hat nun z. B. gefordert, daß wir schon jetzt versuchen sollen — entgegen der Meinung des Landeshauptmannes — Südtiroler in alle Sparten des öffentlichen Dienstes hinein-zubringen. Selbst unter den heute noch ungeklärten Umständen ist die Besetzung dieser Stellen durch unsere Leute notwendig. Dies sollte publik gemacht und forciert werden. Nicht, daß es dann so geht, daß, wie kürzlich, einige Stellen bei der Post verfügbar waren und sich niemand meldete.

*Sie haben, besonders in letzter Zeit, Ihre Ideen und Anschauungen immer mehr in die Öffentlichkeit getragen und auch z. B. in den Landtagsdebatten offene Kritik geübt. War das notwendig?*

Das ist eine wesentliche Frage. Die parteiinternen Möglichkeiten sind äußerst reduziert. Die Partei, oder vielmehr die herrschende Gruppe in ihr, hat eine Manövriertfähigkeit und eine Einschränkungsmöglichkeit jeder anderen Meinungsbildung, wie sie eben für eine Einheitspartei zwangsläufig sind. Man fordert fruchtbare Kritik, hat aber keine Möglichkeit, überhaupt ernstgenommen zu werden. Der Parteiparat ist nicht erzogen worden zu diskutieren, sondern zu akzeptieren.

Meiner Ansicht nach genügt die Sammelpartei, wie sie derzeit existiert, nicht den heutigen Bedürfnissen der Südtiroler. Auch politisch nicht. Die Gegensätze der Auffassungen, die in Südtirol herrschen, können keineswegs mehr innerhalb einer Partei, sozusagen im Dunkeln, ausgetragen werden; sie müssen an die Öffentlichkeit.

*Ist Ihre Bewegung grundsätzlich bereit, im Rahmen der Sammelpartei zu bleiben und wenn ja, welche Probleme ergeben sich daraus für Sie wie auch für die Partei? Können Sie Ihre Tätigkeit und Zielsetzung mit dem Parteistatut vereinbaren?*

Meine Antwort hier ist deutlich. Wir haben immer, vor der Landtagswahl, vor der Gründung des Arbeitskreises, betont, daß wir zur Sammelpartei absolut loyal sein wollen. Wir verlangen aber, daß die SVP uns gegenüber auch loyal ist und uns anerkennt. Es hat sich aber ergeben, daß ich seit der Zeit, da ich Mandatar der SVP wurde, einer immer größeren Isolierung anheimgefallen bin. Ich bin seit November letzten Jahres nicht zu Parteiveranstaltungen geschickt worden, man hat mir keine Sprechstunden mehr übertragen. Wegen meiner Gesinnung wurde ich «aufs Eis» gelegt.

Dem können wir uns nicht fügen. Das Statut der SVP besagt, daß in der Partei alle heimatstreuen Südtiroler vereinigt sind, die nach christlichen Grundsätzen alle gesetzlichen Mittel zur Vertretung der besonderen Interessen der Südtiroler

einsetzen wollen. Wir erfüllen alle diese Punkte. Wenn man uns wirklich nicht zur Kenntnis nehmen will, müßte man in die Statuten hineinschreiben: «Alle heimatstreuen Südtiroler außer den Sozialdemokraten».

Man sagt, die Minderheit müsse sich der Mehrheit beugen. Das ist an und für sich richtig. Aber in einer Sammelpartei kann man nicht einfach mit Prozenten und Abstimmungsergebnissen operieren. Dadurch wird jede Kritik abgewürgt. Für den Niedergestimmten gibt es nur zwei Wege: entweder er beugt sich (dann kommt es nie zu einer fruchtbaren Debatte) oder er geht an die Öffentlichkeit. Mir sagt man aber: Mein Herr, Sie sind niedergestimmt worden, Sie dürfen erst recht nicht an die Öffentlichkeit.

*Herr Jenny, Sie glauben also, daß es berechtigt ist, in bestimmten Fällen die Grenzen der Parteidisziplin zu überschreiten?*

Man geht ja nicht einfach an die Öffentlichkeit, wenn einem etwas nicht paßt. Hier wird aber das Prinzip der freien Meinungsbildung innerhalb der Partei verletzt. Die Frage entsteht, wie weit man seine eigene Überzeugung einem parteipolitischen Faktor unterordnen kann. Man muß den Mut haben, in diesem Falle auch die Satzungen zu verletzen. Dies liegt im Interesse der Öffentlichkeit.

*Wie sehen Sie eine akzeptable Lösung dieser Fragen innerhalb der Partei?*

Man muß da wirklich die Statuten revidieren. Kürzlich sagte ich in einer Sitzung des Parteiausschusses, daß die katholische Kirche nach 2000 Jahren Geschichte den Mut habe, zu reformieren. Warum sollte die Partei diesen Mut nicht aufbringen? Darauf hielt man mir entgegen, daß man dann ja keine Partei mehr sei, sondern das, was früher der Deutsche Verband war. Ich sagte dazu: «Jawohl, im Jahre 1985 entspricht die jetzige, einheitlich organisierte Volkspartei nicht mehr den politischen Gegebenheiten. Es müssen die verschiedenen Richtungen in die Partei eingebaut werden.»

*Viele Südtiroler befürchten, daß eine Spaltung der Einheit der Südtiroler die Folge Ihrer Tätigkeit sein müsse, eine Spaltung, die von jeher als unheilvoll für die Erreichung unseres politischen Hauptanliegens, der Landesautonomie, empfunden wurde und wird. Teilen Sie nicht auch diese Befürchtung?*

Nein, ich teile diese Befürchtung nicht. Mit dem Gedanken der Spaltung wird viel Schindluder getrieben. Ich erkenne die Notwendigkeit der einheitlichen politischen Vertretung in unseren besonderen Anliegen gegenüber dem italienischen Staate an, das ist klar, aber man darf diese Notwendigkeit nicht dazu mißbrauchen, einer gewissen Gruppe immer wieder Privilegien zu verschaffen. Bildlich gesprochen: wir sind eine belagerte Stadt und in dieser Stadt brechen die Dächer und die Häuser ein. Die Führung der Verteidigung sagt dazu, vorerst müßte der große Kampf gewonnen werden, dann könne man diese weniger wichtigen Dinge in Angriff nehmen. — Aber was dabei an Substanz verloren geht, ist nicht zu

verantworten.

Man darf also die Möglichkeit der Spaltung nicht immer als Damoklesschwert und Schreckgespenst an die Wand malen, um den Gegner kampfunfähig zu machen. Als Landtagsabgeordneter erlebe ich es, daß eine Spaltung im Sinne von Debatte und Auseinandersetzung sehr nützlich sein kann. Durch die Angst vor der Kritik würden auch manche Angelegenheiten in nationaler Hinsicht besser stehen. Man würde sich scheuen, gewisse Dinge zu unternehmen oder zu unterlassen, weil man die Kontrolle durch die anderen fürchtet.

Ich bin also nicht der, der eine politische Spaltung befürwortet, aber ich bin auch nicht der, der die Fassade der Einheit auf Kosten einer fortschrittlichen Entwicklung in Südtirol aufrecht erhalten will.

*In Ihrer Werbeschrift vom November d. J. stellten Sie fest, daß die derzeitige Führung der SVP die Autonomie nicht mit letzter Konsequenz angestrebt habe. Welche Unterlagen berechtigen Sie zu dieser Feststellung?*

Die Unterlagen dazu gibt mir die Geschichte der Ereignisse der letzten Jahre. 1956 hat man das «Los von Trient» lanciert. Nach dem tragischen Jahr 1961 hat man das Konzept wieder geändert. Die jetzige Situation ist folgende: wir sind in der Regionalregierung in Trient nicht vertreten, wir lehnen diese Region ab. Wir haben aber in der vergangenen Legislaturperiode fast immer die Regierung unterstützt. Wir scheinen ein Hilfsvolk der DC zu sein. Ich frage mich: sind wir in der Regierung, sind wir in der Opposition? Nur nach Zweckmäßigkeit hier und da etwas herausholen, ist ein gefährlicher Weg. Der Hiesl auf dem Lande glaubt, da unten kämpfen wir wie die Löwen, aber in Wirklichkeit machen wir eine Scheinopposition. Konsequenter ist das nicht, sondern sehr zwiespältig.

Wie kann man schneller eine Autonomie erreichen? Vielleicht besteht der Weg dazu darin, daß wir in der Frage der beiden Provinzen keine Konzessionen machen. Natürlich müßten wir dann auf manchen Vorteile verzichten. Aber man würde damit verhindern, daß die Italiener am Ende gar nicht richtig wissen, wie weit unsere Wünsche gehen.

*Aber für die Schaffung einer eigenen Region Bozen oder Südtirol müßte doch die italienische Verfassung abgeändert werden?*

Ja, aber auch jetzt, mit den jetzigen Zielen einer Aushöhlung und Übertragung der Kompetenzen der Region, müßte die Verfassung abgeändert werden.

Ich möchte behaupten, daß in vielen Fragen auf unserer Seite bewußt einige Unklarheit belassen wird, um daraus neue Entwicklungen zu rechtfertigen.

Ich bin nicht derjenige, der sich in diesen Fragen mit wenig zufrieden gibt. Das sehen Sie an meiner Haltung zur Region. Aber ich bin auch hier dafür, daß wir darüber debattieren. Wir brauchen gewiß nicht zu befürchten, daß wir in den großen Fragen grundsätzlich nicht einig werden könnten. Aber wenn wir über die Methode, über den Weg diskutieren, uns



aber grundsätzlich über die Substanz einig sind, so werden die Italiener sehen, daß die Forderung der Autonomie keine partikularistische irgendeiner Gruppe ist, sondern von der breiten Bevölkerung getragen wird, unabhängig von ihrer ideologischen Zusammensetzung. Man würde sehen, daß der heutige Sozialist nicht der «vaterlandslose Geselle» vom Jahre 14 ist, sondern in Fragen Autonomie keine Kompromisse kennt.

Überhaupt wird in Italien der Gedanke der Regionalisierung und Dezentralisierung des Staates besonders von den Linksparteien getragen und es ist in diesem Zusammenhang bedeutsam, daß diese jetzt an der Regierung beteiligt sind. Die Forderungen nach einer Region von unserer Seite werden dem Staate umso verständlicher, je weniger sie in einem überholten nationalistischen Sinne vorgebracht und je mehr sie in einem sozialistisch demokratischen Sinne erhoben werden. Die Regionalisierung wird genauso in Palermo wie in Bozen gefordert, nur daß wir sie doppelt und dreifach notwendig haben und durch die Versprechungen auch eine moralische Berechtigung darauf erheben können.

Wir möchten nun zum allgemeinen,

ideologischen Teil übergehen. Man kann feststellen, daß sich zusehends in den sozialistischen Parteien Europas eine Entideologisierung der Parteiprogramme bemerkbar macht. Wie stehen Sie als Südtiroler Sozialdemokrat zum Marxismus als Weltanschauung?

Eine Entideologisierung, wie sie z. B. die deutschen Sozialisten im Godesberger Programm vorgenommen haben, lehne ich ab. Diese Partei hat dadurch fast ihr besonderes Gesicht verloren. In Österreich dagegen sind die Verhältnisse anders.

Wenn man nun den Marxismus als Grotchenfrage nimmt, so dürfen wir nicht den Fehler begehen, den die Kommunisten machen, ihn als Dogma oder als nicht kritisierbare Offenbarung hinzunehmen. Aber als Gesellschaftslehre hat der Marxismus auch im Jahre 1965 etwas zu bieten. Der Aufbau unserer modernen Gesellschaft wäre ohne die Theorien des Marx nicht denkbar, ja man kann behaupten, daß wir heute zum Teil von gewissen Erkenntnissen von ihm leben.

Somit kann man nicht den Marxismus als Ganzes über Bord werfen. Wir müssen ihn nur der wandelnden soziologischen Wirklichkeit anpassen. Man fragt

mich oft: sind Sie ein deutscher, ein französischer, ein österreichischer Sozialist? Der Sozialismus ist kein Einheitsherd, das jeder anzuziehen hat, sondern er muß auf die lokalen Gegebenheiten aufbauen. Der Sozialismus, der sich in Rußland entwickelt hat und infolge der enormen Exploitationskraft leider zum Kommunismus geworden ist, hat mit dem Sozialismus in Deutschland, Italien usw. nichts zu tun. Wir werden in Südtirol einen Sozialismus aufbauen, der den Südtiroler wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten entspricht, dabei aber die Grundsätze des Sozialismus keineswegs über Bord werfen für so opportunistisch stürzen Sie uns nicht halten.

Wo steht eigentlich Ihr Arbeitskreis? identifizieren Sie ihn mit Ihren Grundideen?

Der Arbeitskreis hat durchaus sozialdemokratisches Gedankengut zur Basis. Aus dieser Sicht wollen wir einen Beitrag zum Aufbau Südtirols leisten. Wichtig gesagt ist der Arbeitskreis also die Kernorganisation einer sozialdemokratischen Bewegung. Natürlich sind wir nicht für die Antastung des Eigentums oder für eine schrankenlose Planwirtschaft. Wir sind grob gesagt, für die Kontrolle des Kapitals. Wir wollen den Ausgleich zwischen privaten kapitalistischen Interessen und Allgemeinwohl. Unter diesen Voraussetzungen kann jeder bei uns mitkommen.

Was sagen Sie zum Klassenkampf?

In Südtirol sind wir durch den Faschismus von der industriellen Revolution ausgeschlossen worden. Man nehme nur Nordtirol zum Vergleich. Deshalb könnte man bei uns mit gutem Grund den Klassenkampf noch stärker fordern. Wir demokratische Sozialisten sind diese Sache mit größter Vorsicht angegangen; wir wollen nicht dem Kommunismus in die Hände spielen, obwohl wir wissen, daß die Verhältnisse sehr schlecht sind. Nirgends gibt es mehr Not und Armut als bei unseren Bergbauern.

Den Klassenkampf, der ja eine Realität ist, die sich von Tag zu Tag überall abspielt, haben nicht wir erfunden. Die einen nennen ihn formierte Gesellschaft, die anderen Gegensätze. Wenn ich heute z. B. in der Zeitung lese, daß endlich im Jahre 1965 unsere Verkäufer in Bozen gefordert haben, daß der heilige Abend durchgesetzt wird! ja, was ist das anders als ein verweifeltes Klassenkampf dieser Leute, die sich im Gegensatz mit ihren Brotgebern befinden. Diese sagen, am Heiligen Abend verkaufen wir soundso viele schöne Sachen. Der Arbeitnehmer kann sich gegen solche Forderungen nicht durch fromme Wünsche zur Wehr setzen, sondern mit der Drohung eines Streiks. Natürlich bin ich gegen eine Durchsetzung mit Gewalttätigkeit oder gegen die Diktatur des Proletariats.

Stimmen Sie grundsätzlich mit dem österreichischen Sozialisten in weltanschaulicher Hinsicht überein, bzw. welche Haltung haben Sie zu den Religionen? Erkennen Sie die Kirchen als öffentliche Institutionen an, die für die Gesellschaft wichtig und notwendig sind?

Natürlich stimme ich mit den österrei-

chischen Sozialisten in vielem überein. Sie sind ja gewissermaßen unsere Stammesbrüder. Auch in Österreich hat es eine gewisse Entfremdung zwischen Sozialisten und Kirche gegeben, vor allem infolge geschichtlicher Umstände. Man kann sagen, der Sozialismus ist dort antiklerikal, aber nicht antikirchlich. Auch ich mache bewußt diesen Unterschied. Heute haben sich die Gegensätze derart gemildert, auch infolge der veränderten Haltung der Kirche zu den Sozialisten, daß man sagen kann, der Graben ist überwunden worden. Die Kirche baut ja heute schon auf die pluralistische Gesellschaft und auf die Religionsfreiheit auf.

In Südtirol ist es so, daß wir die Kirche als öffentliche Institution und gesellschaftlichen Faktor ohne weiteres anerkennen, allerdings machen wir, wie gesagt, einen Unterschied zwischen Kirche und Klerikalismus. Dieser hat ja mit der Kirche als solche nichts zu tun. Wir lehnen ab, wenn kirchliche Themen zu klerikalen Zwecken mißbraucht, wenn man also politische, soziale oder andere Aspekte behandelt und dabei als Vorwand religiöse Momente vorschleibt. Das können wir nicht akzeptieren.

*Sie haben vorhin gesagt, daß der Graben, der Sozialismus und Kirche trennt, weitgehend überwunden worden ist. Dem müssen wir aber die Äußerung unseres Bischofs, Dr. Gargitter, in seinem Hirtenbrief 65 entgegenhalten, in dem er sagt, daß der Katholik den Sozialismus ablehnen müsse.*

Ja, ich achte Exzellenz Gargitter in allen Belangen der Religion; ich glaube aber nicht, daß er damit in einer so politischen Frage das gesagt hat, was die offizielle Meinung der Kirche ist. Ich habe diesbezüglich auch den Gang des Konzils verfolgt. Ich verstehe das nicht, ich finde eine Diskrepanz zwischen dem, was das Konzil beschlossen hat und dem, was hier gesagt wurde. Vor allem halte ich es für sehr gefährlich, wenn man die verschiedenen Formen des demokratischen Sozialismus mit dem Kommunismus auf eine Stufe stellt. Das halte ich für einen folgenschweren Irrtum. Ich habe diese Einstellung eigentlich in keinem westeuropäischen Lande gefunden.

*In welcher Beziehung stehen Sie organisatorisch und finanziell zur SPÖ?*

Ich habe sechs Jahre in Wien studiert und unter den Leuten der SPÖ gute Freunde gewonnen. Diese Beziehungen habe ich weitergepflegt. Wir, auch der Arbeitskreis, stehen heute zur SPÖ so, daß wir als junge Organisation auf ihren Rat hören. Wir gehen aber nicht offiziell zur SPÖ um diese Ratschläge zu holen, sondern nur zu einzelnen Leuten, die wir kennen. Finanziell sind wir ja, da wir ja nicht allzugroße Auslagen haben, ziemlich unabhängig; nur wenn wir manchmal für die Herausgabe einer Broschüre oder für einen Wahlkampf einen größeren Betrag benötigen, so wenden wir uns an diese Freunde, die uns dann auch helfen. Das sind unsere Beziehungen. In solchen Fällen würde eine allzugroße Abhängigkeit mehr schaden als nützen, weil die Gegner daraus Kapital schlagen könnten.

*Wie beurteilen Sie den von der SVP gegründeten Sozialausschuß und den Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund?*

Vom Sozialausschuß hatte ich wenig. Wie selten er getagt hat, habe ich schon erwähnt. Man hat sich eben nie richtig mit sozialen Problemen beschäftigt.

Der jetzige neubesetzte Sozialausschuß ist eine Folge unserer Agitation. Diese Reaktivierung ist der beste Beweis, daß es eines gewissen Dualismus, einer Alternative bedarf, um wichtige Fragen aufs Tapet zu bringen. Was aber beschämend ist, ist die Tatsache, daß niemand von unserem Arbeitskreis eingeladen worden ist, sich daran zu beteiligen. Warum denn? Man soll doch, wenn man es ehrlich meint, jeden mitteln lassen, der sich daran bemüht. Der Ausschluß ist mir unerklärlich. Wahrscheinlich will man wieder nur eine Fassade schaffen.

Was den Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund betrifft, so bin ich der Meinung, daß die Spaltung der Arbeiter in zwei Gewerkschaften niemals positiv ist. Nach meiner Meinung gab es beim SGB zwar Mängel, aber diese waren mehr personeller Natur und hätten durch eine Reorganisation beseitigt werden können. Unsere Politiker waren im Grunde immer desinteressiert und haben auch hier nur eine Fassade gesehen.

Erst im letzten Jahr, als ich mit den sozialistischen Grundsätzen ein bißchen getrommelt habe, ist man plötzlich wieder aktiv geworden und hat den ASGB gegründet.

Die Teilung ist wie gesagt tragisch, erstens weil wir viel zu wenig gute Leute haben, zweitens weil der Arbeiter der Bauarbeitsteilige ist. Wenn sich zwei Gewerkschaften gegenseitig bekämpfen, hält sich der Unternehmer an die mehrbietende. Für mich ist die Gründung aus politischen Motiven erfolgt.

*Bisher hat die SVP, wenn überhaupt mit italienischen Parteien, mit der Democrazia Cristiana zusammengearbeitet. Halten Sie eine Zusammenarbeit mit den italienischen Linksparteien für nützlich?*

Die DC ist zwar immer noch die staatstragende Partei und es wäre töricht, sie links liegen zu lassen, aber für uns muß es wichtig sein, daß gerade die DC den Regionalisierungsgedanken durch Jahrzehnte schärfstens bekämpft hat. Die Sozialisten haben aber dazu, wie auch in anderen Dingen (z. B. dem Trienter Prozeß) für uns immer die positivsten Stimmen abgegeben. Man müßte demzufolge den Mut haben, auch mit den demokratischen Linksparteien zusammenzuarbeiten. Ich weise darauf hin, daß gerade Saragat und Kreisky es waren, die den größten Fortschritt im Südtirolproblem durch ihre nüchternen, sachliche Behandlung erzielt haben. Natürlich, wenn ich mit den italienischen Sozialisten in manchen Dingen nicht einverstanden bin, so sage ich das auch.

*Abschließend bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Dr. Jenny, uns mitzuteilen, für wie stark Sie derzeit Ihre Bewegung halten und wie Sie die Zukunftsaussichten der Sozialdemokratie in Südtirol beurteilen?*

Niemand hantiert gerne mit numerischen Angaben. Ich möchte hier nur sagen, daß wir jetzt daran sind, vorerst ein bestimmtes Kader zu schaffen. Unser Bestreben ist, in jedem Ort, in jedem Dorf

ein paar Leute zu haben, die für unsere Ideen werben. Diesem Ziel sind wir in den letzten Monaten nähergekommen. Wir haben schon Vertretungen im Eisacktal, im Überetsch, im Unterland und Ansätze in Meran.

Wir wollen keineswegs lediglich in die Opposition gegen die Volkspartei gehen, das ist uns zu wenig. Wir wollen aktiv mitarbeiten, um brennende Fragen wie die bessere Vertretung der Arbeiterschaft, die Hebung des Bildungsniveaus, die intensive Förderung des akademischen Nachwuchses neben vielen anderen zu lösen. Der Sozialismus ist nicht der Weg zu einer Verproletarisierung, sondern umgekehrt, das, was die Bürgerschaft abwertend den Proletariat nennt, wird in höhere Schichten überführt. Es genügt nicht, daß wir uns nur auf unseren materiellen Besitz in Südtirol berufen und uns damit beruhigen. Dies wird unser Untergang sein, ebenso wie uns dann die Autonomie nichts nützen wird. Darin liegen die Fehleinschätzungen der bisherigen SVP-Politik.

Es ist ein Phänomen. Wir haben den größten Geburtenüberschuß in Europa, aber dieser wirkt nur bis zur Volksschule; bei der Mittelschule, beim Gymnasium bricht er ab und kehrt sich direkt ins Gegenteil. Die Zahl der deutschsprachigen Schüler in den höheren Schulen ist im Vergleich zu den italienischen verschwindend klein. Wir müssen aufhören mit der Mentalität: ja, wenn wir jeden Lackl studieren lassen, wer wird dann unsere Beben binden? Dies natürlich immer mit einem Seitenblick auf die Wahltechnik.

Auch der Entwicklung des Städtewesens wurde von deutscher Seite viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Hier wäre viel nachzuholen.

*Sie sagten, daß der Arbeitskreis als Organisation im Aufbau begriffen ist. Stellen Sie sich damit nicht schon außerhalb der durch das Parteistatut gezogenen Grenzen?*

Nein, denn wir haben unsere Organisation bewußt außerhalb der Partei geschaffen und vermeiden jede Deklaration einer Richtung innerhalb der Partei, da dies gegen das Statut verstoßen würde. Man kann uns in dieser Hinsicht in eine Parallele mit dem KVV setzen, der ja auch ein Verein außerhalb der Partei ist. Der KVV hat für die Wahlen ja auch Kandidaten nominiert, die dann in den Landtag eingezogen sind.

Wenn man es aber ganz genau nimmt, so stehen wir natürlich augenblicklich in einer gewissen Kraftprobe mit der Partei und fordern, daß das Parteistatut geändert wird. Wir sind keine Provokateure und wir wehren uns gegen Halbheiten, Verleumdungen und Flüsterpropaganda. Auf alle Fälle, nach Canossa gehen wir nicht. Ich habe kürzlich die Partei darauf aufmerksam gemacht, daß wir die Konsequenzen, falls sie wirklich notwendig werden, ihr selbst anlasten werden. Gewiß, wir sind eine Minderheit, aber wir wollen als solche respektiert werden. Wir werden also, wie schon gesagt, keineswegs kapitulieren. Welche Maßnahmen zu treffen sein werden, das muß dann unser Ausschuß beschließen.

*Herr Dr. Jenny, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.*

# INTERVIEW MIT DR. TONI EBNER

(1966/5-6)

WIR DANKEN HERRN DR. TONI EBNER DAFÜR, DASS ER UNS DIE FRAGEN BEANTWORTET DIE WIR IHM ANFANGS APRIL VORLEGTEN. WIR HABEN SIE INZWISCHEN NUR GERING FÜGIG ABGEÄNDERT. DAS INTERVIEW WURDE SCHRIFTLICH GEWÄHRT. (DIE REDAKTION)

Als Direktor der einzigen Tageszeitung der Südtiroler üben Sie, Herr Dr. Ebner, eine wichtige Funktion im Hinblick auf die Meinungsbildung in unserem Lande aus. Wir stellen fest, daß Sie den Versuchen der Linken, die Südtiroler Volksgruppenverteilung, d. h. die SVP zu spalten, von jeher ablehnend gegenüberstanden. Welche neuen Gesichtspunkte der Beurteilung der innenpolitischen Situation Südtirols ergeben sich nach dem seit accompli und welche möglichen Rückwirkungen könnte die Spaltung nach außen haben? Wie bewerten Sie die Chancen Dr. Jennys? Ist Ihre Gegnerschaft zur SVP nur ideologisch begründet oder ist vor allem die Überzeugung ausschlaggebend, daß das Prinzip der Einheit der Südtiroler Volksgruppe in politischer Hinsicht auch für die nächste und fernere Zukunft noch Gültigkeit hat?

Die Erfahrung lehrt uns, daß Volksgruppen in fremden Staaten einem langsamen Verfallsprozeß entgegengehen, wenn sie ihre innere Einheit in den die Existenz der Volksgruppe betreffenden Grundsatzzfragen verlieren. Diese Einheit kann sich in zweifacher Weise manifestieren: Durch Sammlung aller Volksgruppenangehörigen und Vertretung deren Rechte in einer Sammelpartei oder durch Zusammenfassung verschiedener Parteien zu einer Dachorganisation, die nach außen hin die der gesamten Volksgruppe gemeinsamen und besonders die nationalen Interessen einheitlich und geschlossen vertritt. — Die SVP ist 1945 als Sammelpartei gedacht und gegründet worden, während die deutsche Volksgruppe Südtirols nach dem ersten Weltkrieg im „Deutschen Verband“ eine Dachorganisation hatte, dem sich interessanterweise die Südtiroler Sozialdemokraten nie eingereiht haben, während die damalige Volkspartei und die Liberalen recht gut zusammenarbeiteten. — Wird eine Sammelpartei nicht mit viel Geschick und Rücksichtnahme auf alle Kreise und Richtungen, die auch innerhalb einer kleinen Volksgruppe bestehen, geführt, entfremdet sie sich zuerst wortvolle Kräfte und Mitarbeiter und dann zerfällt sie nach und nach in ihre Teile. Diesen Entfremdungs- und Zerfallsprozeß der Sammelpartei erleben wir bedauerlicherweise seit Jahren. Wir wissen wohl, wo und wann er angefangen hat, wir wissen aber nicht, wann und wie er aufhört, wenn ihm nicht bald durch entsprechende Vorkehrungen Einhalt geboten und die notwendige politische Einheit in der einen oder anderen Form wiederhergestellt wird. Nach all dem zerstückelten Porzellan wird es keine leichte Aufgabe sein, die bereits nach mehreren Seiten auseinanderstrebenden und z. T. schon auseinandergelebten Kräfte wieder zu einer Einheit zusammenzufassen. Anstatt der gegenseitigen Bekämpfung und Beschimpfung (man denke nur an die Zeiten der Wahlwerbung 1963 und 1964 und an bestimmte Reden im Landtag, Regionalrat oder Bozner Gemeinderat) sollte als erster Schritt einmal ein Burgfriede geschlossen und eine gemeinsame Plattform in den lebenswichtigen Fragen für die Volksgruppe geschaffen werden. Dann könnte man vielleicht wieder weiter gehen. Den ersten und wichtigsten Schritt müßte dabei — ich habe es schon geschrieben — die SVP machen.

Ohne Dr. Jenny das Recht auf seine (wenn auch sehr kontuse) marxistische Weltanschauung streitig zu machen, hielt ich seinen Verbleib in der sich zur christlichen Weltanschauung bekennenden SVP für nicht tragbar. Dazu mag die politisch verlorene Kandidatur und Wahl Jennys, die zu einem wesentlichen Teil der SVP angelastet werden muß, beigetragen haben.

Für diese verfahrenere Situation war es doch bezeichnend, daß Dr. Jenny vom Parteiausschuß mit großer Mehrheit auf die Kandidatenliste gesetzt wurde, während Dr. Roland Riz, der sich als Abgeordneter in Rom bereits gut bewährt hatte, vom gleichen Parteiausschuß abgelehnt wurde.

Was scheint Ihnen in der SVP in struktureller Hinsicht falsch zu sein?

Auf dem Papier dürfte hier alles in Ordnung sein. In der Praxis sehen die Dinge weniger rosig aus. So ungern es manchen hören, muß ich daran erinnern, daß der bittere Anfang eines nicht abzuhenden Endes im Jahre 1957 mit dem „demokratischen“ Hinauswählen aus der Partei des ersten Obmannes derselben, Erich Amann, begonnen hat. Ihm sind eine ganze Reihe anderer verdienter Parteiausschußmitglieder und Mandatäre der SVP gefolgt. Die Tatsache allein, daß — im Gegensatz zu allen anderen Parteien Westeuropas — kein einziger Obmann oder Generalsekretär aus der Zeit vor 1957 heute noch in irgendeiner Weise innerhalb der SVP tätig ist, zeigt, daß hier in der praktischen Struktur etwas in Ord-

nung bzw. falsch ist. Gewiß, auf Einzelpersonen sollte es in der Volkstumsarbeit nicht ankommen, aber es steht auch fest, daß sehr viel darauf ankommt, wer sie macht und wie sie gemacht wird.

Wie stehen Sie zum ASGB und SGB? Welche Möglichkeiten sehen Sie auf dem Sektor der Arbeitsbeschaffung?

Der ASGB ist (und damit ist meine Einstellung zu dieser Gewerkschaft bereits klar) aus der Erkenntnis heraus gegründet worden, daß sich die Südtiroler Arbeitnehmer innerhalb der ethnisch gemischten CSL-SGB-Gewerkschaft unter italienischer Vorherrschaft nicht durchsetzen konnten. Neben den unausgenützten Chancen in der Privatwirtschaft und -industrie sehe ich vor allem eine echte Chance der Arbeitsbeschaffung für Südtiroler in Südtirol in der staatlichen Verwaltung. Nur wurde — fürchte ich sehr — die sich 1963/64 angebotene gute Gelegenheit durch falsche Einschätzung verpaßt. Italienische Nationalisten und „Nichtnationalisten“ (inklusive der Sozialisten aller Couleurs) haben seitdem zur Verteidigung der von den Italienern „eroberten“ ethnischen wie politischen Positionen im Staatsdienst alle Hebel in Bewegung gesetzt.

Vor zirka fünf Jahren hat die Gruppe „Aufbau“ innerhalb der SVP eine Fiarole ausgegeben, die man kurz als „do it yourself“ bezeichnen könnte. Welche Schwierigkeiten standen dagegen und welche Möglichkeiten sehen Sie heute, das in Südtirol liegende Kapital in größerem Maße als bisher für neue Investitionen, die der Arbeitsbeschaffung dienen, einzusetzen? Oder hat die Kapitalknappheit auch die wirtschaftlich fest fundierten Südtiroler Kreise erfaßt?

Die vor fünf Jahren ausgegebene Fiarole hat heute noch ihre volle Gültigkeit behalten. Es war, auch wenn man den Aufbau als „kapitalistisches Unternehmen“ oder als einen „Putschversuch“ (Dr. Jenny auf der Landesversammlung 1962) abzustempeln versuchte, ein politisch-taktisches Programm, das — wie es ausdrücklich hieß — innerhalb der SVP durchgeführt werden sollte. Wenn Sie es durchgesehen haben oder nachlesen wollen, werden Sie finden, daß die SVP, die 1961 die Exponenten des Aufbaues mit allen zulässigen und unzulässigen Mitteln bekämpft und sie als „Verzichtspolitiker“ hingestellt hat, seit einiger Zeit genau nach jenem Programm vorgeht.

Lassen Sie mich an einen besonders krassen Fall der Ironie des Schicksals erinnern. Der in Oesterreich allgemein als Südtiroler-Experte angesehene Journalist Claus Gatterer doziert heute in den Spalten der „Furche“ genau dieselben Lehren, die der Aufbau im Jahre 1961 zum Programm erhoben hatte und die von einigen seiner maßgeblichen Exponenten in der Führung der SVP von 1945 bis 1957 bereits praktiziert worden waren. Im Jahre 1961 wurde der Aufbau vom gleichen Autor als Häresie und als Spaltungsversuch der SVP verteidigt.

Der Aufbau war kein wirtschaftliches Unternehmen, so sehr ihm an der Förderung auch der Wirtschaft gelegen sein mochte. Es ging um die Wiederherstellung des weithin verloren gegangenen Vertrauens, das eine wesentliche Voraussetzung für jede Investition ist. Die Südtiroler Volksgruppe ist kapitalarm. Das dürfte bekannt sein. Sie verfügt weder über Grundbesitz noch über Großindustrien noch über Großbanken. Man kann das Lachen nicht unterdrücken, wenn über die Südtiroler „Kapitalisten“ losgezogen wird, die es im landläufigen Sinne bei uns gar nicht gibt. Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind wir weitgehend von außen abhängig, wenn man von den staatlichen Stellen absieht soll. — Nur durch eine entspannte Lage und gute Beziehungen, die vor fünf Jahren fehlten, können neue und bessere Perspektiven für die Arbeitsbeschaffung eröffnet werden.

Wie sich aus der Berichterstattung Ihres Blattes ergibt, stehen Sie der Mitte-Links-Formel in Zentral- und Regionalregierung einigermaßen skeptisch gegenüber. Glauben Sie, daß eine Zentralregierung mit anderer Zusammensetzung den Forderungen der Südtiroler größeres Verständnis entgegenbrächte? Wenn ja, welche?

Auch wenn man es heute oft anders liest und gerne anders schreibt, haben sich die Mitte-Links-Regierungen von den vorgegangenen Regierungsformeln, deren wir eine ganze Reihe in den letzten 20 Jahren erlebt haben, in keiner wesentlichen Frage der Südtirolpolitik unterschieden. Tatsache ist, daß die Vorschläge der vom vielgeschmähten Innenminister Scelba — seine jahrelange Abneigung der Mitte-Links-Formel ist ja bekannt — vor fünf Jahren eingesetzten 19er Kommission in der Substanz bisher auch nicht von der Mitte-Links-Regierung

in Reinkultur verbessert worden sind, und es voraussichtlich auch nicht werden. Ich glaube in unserem Falle kommt es weniger auf die Regierungsformel als auf eine Frage der zunehmenden Einsicht an, daß gewisse Probleme mit der Zeit für eine bessere Lösung reifen. So geschieht es ja auch mit anderen Problemen im politisch-gesellschaftlichen Leben schlechthin. Leben ist Bewegung und es wäre nicht einzusehen warum sie an den Toren Südtirols Halt machen sollte.

Damit glaube ich Ihre Frage nach einer besseren Regierungsformel für die Erfüllung unserer Forderungen beantwortet zu haben. Mit einer anderen Formel dürfte sich wenig ändern. Aendern tut sich höchstens die Einstellung und Sprachregelung der einzelnen Personen und politischen Fraktionen, je nach dem, ob sie innerhalb oder außerhalb der Regierung stehen. Zwei Beispiele: Es waren die Sozialisten, von denen sich heute manche das Heil für Südtirol versprechen, die im Jahre 1948 in der Konstituante selbst gegen die bescheidenen autonomen Schulbestimmungen des Statutes heftig angekratzt sind. Saragat gehörte vielen Regierungen der Nachkriegszeit in verantwortlichen Positionen an. Hat sich nie jemand gefragt, warum er sein Südtirol zugetanes Herz nicht schon 1948 oder 1950 entdeckt hat?

*Stehen Sie der Mitte-Links-Formel nur in bezug auf Südtirol skeptisch gegenüber, oder auch in bezug auf die gesamtitalienische Entwicklung a) in politischer b) in wirtschaftlicher Hinsicht?*

Auch in bezug auf die gesamtitalienische Entwicklung. Was sie nach dem italienischen Wirtschaftswunder in wirtschaftlicher Hinsicht bisher eingebracht hat, war eine, wenn auch nicht von der neuen Formel allein verschuldete, Wirtschaftskrise, an der Italien heute noch krankt. In politischer Hinsicht hatten wir allein in den letzten drei Jahren drei bis vier offene und ebensolche latente Regierungskrisen. Meine Skepsis ist übrigens durch das jüngst beschlossene Wiedervereinigungsdokument der beiden sozialistischen Parteien bestätigt worden. Zum Unterschied beispielsweise von den deutschen Sozialdemokraten haben sie sich darin ausdrücklich zum Marxismus bekannt, den ich als Ideologie ablehne. Damit möchte ich nicht die Frage zur Diskussion gestellt haben, ob der DC unter den gegebenen parlamentarischen Kräfteverhältnissen eine andere Alternative als die Mitte-Links-Formel zur Verfügung gestanden ist oder daß dieses Experiment nicht gewagt werden sollte.

*Aus der Berichterstattung Ihres Blattes ergibt sich, daß Sie dem Vorschlag der italienischen Sozialdemokraten in Südtirol, die Region Trentino-Südtirol zu trennen, mißtrauen; daß Sie aber die Haltung der DC im Regionalrat, die dieses Projekt bekanntlich bekämpft, ebenso ablehnen. Welche Politik sollten nach Ihrer Meinung die Südtiroler einschlagen, um ihre Forderungen durchzusetzen?*

Es ist die klassische Politik, die von der SVP in den Jahren 1946 (Pariser Vertrag) und 1948 (Autonomiestatut) eingeschlagen worden ist, indem sie — nennen wir es einmal so — zum bösen Spiel gute Miene gemacht und aus der gegebenen Situation das Bestmögliche herausgeschlagen hat. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist man nun daran, wieder zur Politik „der Kunst des Möglichen“ zurückzukehren. Es wird dabei nichts Perfektes — wo gibt es auf dieser Welt schon die Perfektion? —, wohl aber wieder etwas Brauchbares (wie vor 20 Jahren und nachher) für unsere Volksgruppe herauskommen. Wir können dann mit mehr Ruhe den nächsten Jahren entgegensehen und sehen, was sich zu gegebener Zeit wieder ändern und verbessern läßt.

*Im Zusammenhang mit dem Vorschlag der italienischen Sozialdemokraten spielen Sie auf die nationalistische Vergangenheit des Sprechers dieser Partei, Regionalrat Molignoni, an. Glauben Sie nicht, daß Molignoni durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in Italien und in Südtirol eines Besseren belehrt worden sein könnte?*

Gegen Molignonis neuesten politischen Hechtsprung bin ich schon aus dem Grund mißtrauisch, weil er einer von mir schon vor Jahren verworfenen Lösung gleichkäme, die von Saragat vertilgt worden war und die darauf hinausging, die Täler und Berggemeinden den Südtirolern zu überlassen, dafür aber die Städte Bozen und Meran und damit die Talschleife der Etsch — also das Herzstück Südtirols — der dort lebenden italienischen Mehrheit zu überantworten. Molignonis Thesen werden heute nicht einmal mehr von seinen Genossen in Rom geleift. Ob er sich aus Ueberzeugung „gebessert“ hat, ist schwer zu sagen, solange er der „Dante-Gesellschaft“, die einiges auf dem Entnationalisierungssektor mit zu verantworten hat, als Vorstandsmitglied angehört. Ein Sprichwort besagt: „La volpe perde il pelo, ma non il vizio.“

*Welche Gründe haben Sie bewogen, daß Sie zuerst nicht mehr für das Parlament und dann auch nicht mehr für den Gemeinderat kandidierten? Würden Sie sich unter veränderten Umständen eventuell bereit erklären, noch einmal zu kandidieren?*

Auf diese Frage möchte ich im einzelnen nicht antworten; ganz allgemein kann ich aber sagen, daß ich mich als Mandatar

der SVP nicht mehr wohlfühlt habe, weshalb ich auf eine Wiederkandidatur von Haus aus verzichtet und so wahrscheinlich auch einigen Funktionären der SVP eine Freude bereitet habe. Wenn meine beruflichen Verpflichtungen es erlauben und der Wunsch darnach von zuständiger Stelle ausgesprochen werden sollte, würde ich unter geänderten Umständen zu einer Wiederkandidatur grundsätzlich nicht Nein sagen.

*Glauben Sie, Herr Dr. Ebner, daß das 1953 vom Kan. Gampfer geäußerte Wort vom Todesmarsch der Südtiroler noch heute gilt oder glauben Sie, daß die heutige Lage der Südtiroler Volksgruppe uns für die Zukunft Anlaß zu Optimismus, wenn auch nur zu gemäßigtem Optimismus gibt? Welche Voraussetzungen müßten nach Ihrer Ansicht die Südtiroler erfüllen, um auch in Zukunft ihre Eigenständigkeit zu bewahren?*

Die heutige Lage gibt sicher Anlaß zu einigem Optimismus. Wir brauchen uns nur etwas umzusehen, um diese Feststellung bestätigen zu haben. Denken wir beispielsweise an den Aufschwung den das Schulwesen in der Nachkriegszeit genommen hat. Im Jahre 1945 gab es garzählte 1000 deutsche Mittelschüler in Südtirol; heute haben die Hochschüler allein die 1000er Grenze erreicht. Die Entwicklung nach oben hält glücklicherweise an. Es ist gewiß noch lange nicht alles so, wie es sein sollte. Wir haben noch viel viel Aufbauarbeit vor uns. So wie ich kürzlich auf Ihrer Studientagung gesagt habe, daß wir vor gewissen Assimilations Tendenzen weiterhin auf der Hut sein müssen, bin ich der Meinung, daß wir nach wie vor alle verfügbaren Kräfte einzusetzen haben, um den Existenzkampf der Volksgruppe, der vor allem ein Wettbewerbs- und Bewährungskampf ist, bestehen zu können. In diesem Sinne hat das von vielen mißverständene Wort des Kanonikus auch heute noch seine Gültigkeit. Denn geschenkt wird uns auch in Zukunft nichts werden.

in der Konstituante selbst gegen die bescheidenen autonomen Schulbestimmungen des Statutes heftig angekratzt sind. Saragat gehörte vielen Regierungen der Nachkriegszeit in verantwortlichen Positionen an. Hat sich nie jemand gefragt, warum er sein Südtirol zugetanes Herz nicht schon 1948 oder 1950 entdeckt hat?

*Stehen Sie der Mitte-Links-Formel nur in bezug auf Südtirol skeptisch gegenüber, oder auch in bezug auf die gesamtitalienische Entwicklung a) in politischer b) in wirtschaftlicher Hinsicht?*

Auch in bezug auf die gesamtitalienische Entwicklung. Was sie nach dem italienischen Wirtschaftswunder in wirtschaftlicher Hinsicht bisher eingebracht hat, war eine, wenn auch nicht von der neuen Formel allein verschuldete, Wirtschaftskrise, an der Italien heute noch krankt. In politischer Hinsicht hatten wir allein in den letzten drei Jahren drei bis vier offene und ebensolche latente Regierungskrisen. Meine Skepsis ist übrigens durch das jüngst beschlossene Wiedervereinigungsdokument der beiden sozialistischen Parteien bestätigt worden. Zum Unterschied beispielsweise von den deutschen Sozialdemokraten haben sie sich darin ausdrücklich zum Marxismus bekannt, den ich als Ideologie ablehne. Damit möchte ich nicht die Frage zur Diskussion gestellt haben, ob der DC unter den gegebenen parlamentarischen Kräfteverhältnissen eine andere Alternative als die Mitte-Links-Formel zur Verfügung gestanden ist oder daß dieses Experiment nicht gewagt werden sollte.

*Aus der Berichterstattung Ihres Blattes ergibt sich, daß Sie dem Vorschlag der italienischen Sozialdemokraten in Südtirol, die Region Trentino-Südtirol zu trennen, mißtrauen; daß Sie aber die Haltung der DC im Regionalrat, die dieses Projekt bekanntlich bekämpft, ebenso ablehnen. Welche Politik sollten nach Ihrer Meinung die Südtiroler einschlagen, um ihre Forderungen durchzusetzen?*

Es ist die klassische Politik, die von der SVP in den Jahren 1946 (Pariser Vertrag) und 1948 (Autonomiestatut) eingeschlagen worden ist, indem sie — nennen wir es einmal so — zum bösen Spiel gute Miene gemacht und aus der gegebenen Situation das Bestmögliche herausgeschlagen hat. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist man nun daran, wieder zur Politik „der Kunst des Möglichen“ zurückzukehren. Es wird dabei nichts Perfektes — wo gibt es auf dieser Welt schon die Perfektion? —, wohl aber wieder etwas Brauchbares (wie vor 20 Jahren und nachher) für unsere Volksgruppe herauskommen. Wir können dann mit mehr Ruhe den nächsten Jahren entgegensehen und sehen, was sich zu gegebener Zeit wieder ändern und verbessern läßt.

*Den Südtirolern wird oft von verschiedenen Seiten Rückständigkeit vorgeworfen, insbesondere auf kulturellem Gebiet. Welche Möglichkeiten sehen Sie, das kulturelle Leben in Südtirol zu intensivieren durch Initiativen a) der öffentlichen Stellen b) von Seiten der kulturellen Vereinigungen?*

Sie kommen gerade von einer Studientagung, die unter dem Generalthema „Ziele und Möglichkeiten einer Kulturpolitik für Südtirol“ gestanden ist. Was soll ich zu dieser Frage noch sagen, nachdem die Fachleute gesprochen haben? Das heißt in ihrem Falle wirklich Eulen nach Athen tragen. — Aber auf einen Bei-

trag möchte ich doch verweisen, der während Ihrer Studientagung in der „Dolomiten“-Ausgabe vom 31. Juli unter dem Titel „Christ und kultureller Fortschritt“ erschienen ist. (Dort findet sich auch eine Definition für Kultur). Diese Grundsätze zu verwirklichen, wäre Programm genug.

Sie sind, Herr Dr. Ebner, in Südtirol auch durch Ihre langjährige Tätigkeit in Straßburg, sozusagen ein Fachmann für Europa-Fragen. Sehen Sie Möglichkeiten den Gedanken der europäischen Einigung in Südtirol stärker als bisher zu propagieren? Was würden Sie zur Schaffung einer Südtiroler „Europa-Union“ sagen? Wir stellen nämlich fest, daß es in allen west-europäischen Ländern „Europa-Unionen“ gibt, aber in Südtirol nicht. In Belgien z. B. gibt es, unter Berücksichtigung der dortigen Volksgruppenverhältnisse, eine „Europa-Union“ der Wallonen und eine der Flamen, wobei jede Sektion über ein eigenes „Europa-Haus“ verfügt.

Wir schiene für Südtirol die „belgische“ Lösung richtig, weil in „gemischten“ Vereinen dieser Art sonst kein Schwung hineinkommt.

Durch die besondere Lage Südtirols bedingt, ist die reistige Auseinandersetzung und der geistige Kontakt der Südtiroler fast ausschließlich auf die deutsche und italienische Kulturwelt beschränkt. In Oesterreich und Deutschland dagegen gibt es

gerade bei der studentischen Jugend enge Kontakte mit französischen, englischen, holländischen usw. Organisationen und einen lebhaften Jugendaustausch zwischen diesen Ländern. Glauben Sie, daß es auch für die Südtiroler studierende Jugend hier Möglichkeiten gäbe, die erschlossen werden sollten?

Von engen Kontakten und einem lebhaften Jugendaustausch zu sprechen scheint mir eine Übertreibung zu sein. Wollte man diese lobenswerten Erscheinungen in Prozentzahlen der jeweiligen Gesamtheit ausdrücken, würde wahrscheinlich eine ganz kleine Ziffer herauskommen. Diese Begrüßungen sollen aber gepflegt und besser ausgebaut werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich die Südtiroler über die österreichischen und deutschen Organisationen mehr als bisher daran beteiligen wollten.

wie Sie den „Skolast“ beurteilen?

Als das, was er ist bzw. sein sollte: Eine von Hochschülern für Hochschüler gemachte Zeitschrift. Im Vergleich zu anderen Studentenzeitschriften, die ich ab und zu lese, kann sich der „Skolast“ wirklich sehen lassen. Die Südtiroler Hochschülerschaft, die weder zahlen- und noch viel weniger geldmäßig an gleichartige Organisationen heranreicht, ist dazu, auch wenn man nicht mit allen Artikeln einverstanden ist, nur zu begrüßenswerten.

# Interview mit Abg. Hans Dietl

Bozen, 11. Februar 1968

(1967/1)

Herr Abgeordneter, sind Sie der Ansicht, daß man die SVP in ihrer jetzigen Konstellation noch als Sammelpartei bezeichnen kann? Sie wurde seit ihrer Gründung immer so bezeichnet.

Ich bin überzeugt, daß die SVP wie bisher immer noch als Sammelpartei bezeichnet werden kann. Die Zweifel, die mit der Fragestellung zum Ausdruck kommen, scheinen mir, wenigstens bis zum heutigen Zeitpunkt, nicht gerechtfertigt zu sein. Um auf eine letzte Tatsache hinzuweisen, die eher einige Besorgnis erregen könnte: bei der wichtigen Besprechung von morgen, Sonntag, ist nur das Präsidium eingeladen, was früher nicht üblich war -- ich zitiere die im gleichen Zusammenhang unter ähnlichem Zeichen wichtige Aussprache im Jänner 1965 in Innsbruck; damals waren wegen der großen Bedeutung und der Tragweite der zur Behandlung stehenden Entscheidung neben dem Präsidium auch die Parlamentarier, die Mitglieder der Landesregierung und die Bezirksobmänner eingeladen.

Bestehen neben der grundsätzlichen Frage: Abschluß oder nicht Abschluß auch noch andere wesentliche Meinungsverschiedenheiten?

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen dürfte man, glaube ich, wenn man das Wort „wesentlich“ in seinem echten Sinn

nimmt, von wesentlichen Unterschieden nicht sprechen können. Wesentliche Unterschiede in der Auffassung müssen begrifflicherweise -- und werden in der nächsten Zeit -- dann auftreten, wenn auf der einen Seite der Abschluß, so wie jetzt die Voraussetzungen gegeben sind, verlangt wird, währenddem die andere Seite, wie schon vorher gesagt, wichtige Argumente gegen einen überstürzten Abschluß ins Feld zu führen hat. In diesem Zusammenhang kommt der noch nicht geklärten Frage der Vorklärung große Bedeutung zu.

Darüber möchten wir Sie später noch etwas fragen, Herr Abgeordneter. Sie waren das letzte Halbjahr Parteischmankteilvertreter, führten wir Ihnen jetzt über die Partei einige Fragen stellen? Wie nimmt die Partei Kenntnis von den Wünschen, Bedürfnissen und Meinungen der Bevölkerung und wie wird die Bevölkerung von der Partei über ihre Tätigkeit informiert?

Ich glaube, die Antwort auf diese Frage wird bei uns, wie bei anderen Parteien, eine gewisse Schwierigkeit bereiten. In unserem Falle vielleicht noch mehr, weil wir Sammelpartei sind, und dadurch vielleicht eine gewisse Kritik, die sonst offen geführt wird, im Widerstreit mehrerer Parteien, weniger zur Geltung kommt. Die Haupttätigkeit im Sinne der Aufklärung

und des Kontaktes mit den Wählern liegt wohl weiterhin in der Organisation von Versammlungen in den einzelnen Orten, ferner in den Sitzungen der Bezirksausschüsse, denen die Ortsobmänner der einzelnen Bezirke angehören und in denen eben über die Ortsversammlung hinaus nähere und genauere Aufklärung gegeben werden soll, damit diese über die Ortsobmänner und Ortsausschüsse ins Volk getragen wird.

Wird dies genügend gemacht, so daß die ganze Bevölkerung von der Tätigkeit der Partei aufgeklärt wird? Kann man in Südtirol sagen, daß die Bevölkerung politisch informiert ist?

Ich glaube, man kann sagen, daß die Bevölkerung — wie der Besuch der Versammlungen in der letzten Zeit bewiesen hat — Interesse zeigt. Daß auf diese Weise genug getan wird für die Aufklärung, das möchte ich doch in Zweifel stellen. Andererseits liegt eine ähnliche Situation in allen anderen Parteien vor. Vielleicht ist bei uns der Frage der Presse zu geringe Bedeutung beigemessen worden. Ich verweise — ohne gewollte Kritik zu üben — nur um eine Tatsache festzustellen — auf das Parteiorgan, das meiner Ansicht nach zu wenig an solcher Aufklärungsarbeit — besonders im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen und mit den Entscheidungen, die bevorstehen — getan hat und tut.

Welches ist das Parteiorgan und wie oft erscheint es?

Das Parteiorgan der Südtiroler Volkspartei ist bekanntlich der „Volksbote“ und erscheint wöchentlich. Die Frage allein zeigt schon, daß man sich kaum richtig bewußt ist oder daß jedenfalls zu wenig getan worden ist, dem „Volksboten“ den Charakter eines Parteiorgans zu geben.

Wie versucht die Volkspartei, Studenten und junge Akademiker politisch zu engagieren — diese sollten ja die zukünftige Elite sein. Wird da etwas oder wird genügend getan?

Ich glaube, daß in der letzten Zeit — und hier möchte ich auf die Jugendarbeit hinweisen — auf diesem entscheidend wichtigen Sektor doch gewisse Arbeiten begonnen worden sind. Was — wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf — die Betreuung der Hochschülerschaft betrifft, so scheint mir, daß die Tagungen in Dietersheim doch auch als Kontakt zwischen Partei und Hochschülerschaft zu rechnen sind.

Sie glauben also, daß man es den jungen Akademikern schon schmackhaft macht, in der Partei mitzuarbeiten, und Sie glauben, auch diese sehen, daß sie Möglichkeiten hätten?

Ich würde es begrüßen, daß dem Parteiausschuß — wenigstens mit beratender Stimme — ein Vertreter des Vorstandes oder ein Delegierter der Südtiroler Hochschülerschaft angehört. Dadurch würde der Kontakt, glaube ich, enger sein, und es könnten viele noch herrschende Vorurteile beseitigt werden.

Glauben Sie, daß eine solche Situation mit dem Statut der SP vereinbar wäre, wo diese doch eine unabhängige und weitanschauliche angebundene Vereinigung ist?

Ich glaube, daß die Südtiroler Hochschülerschaft in ihrer Ungebundenheit nicht zu weit gehen soll, gerade in unserer besonderen Situation, und daß eine gewisse politische Bindung oder Verbindung, wie man es nennen will, doch mehr als natürlich sein müßte, und auch für die Hochschülerschaft von Vorteil.

Aus der geschichtlichen Tradition heraus nimmt die Kirche in Südtirol eine besondere Stellung ein. Inwieweit wirkt sich dies auf das derzeitige Verhältnis zwischen Kirche und Partei aus?

In der Vergangenheit hatten wir besonders in Tirol — und die Älteren wissen noch davon — eine auch für die Kirche nachteilige politische Auseinandersetzung festzustellen, und zwar damals die Auseinandersetzung zwischen der konservativen und der christlich sozialen Partei. Ich glaube, man sollte auch für die Gegenwart insofern daraus lernen, als es notwendig ist zu erkennen, daß die politischen Entscheidungen den verantwortlichen Politikern zu übertragen sind, während es natürlich und selbstverständlich ist, daß in weitanschaulichen Fragen der Kirche allein die Entscheidung zusteht.

Man sollte also auch den außerhalb der Kirche Stehenden gegenüber sehr tolerant sein?

Ich kann hier nur den Standpunkt wiederholen, den ich früher oft schon ausgesprochen habe: Wir sind Sammelpartei; wenn wir Sammelpartei bleiben wollen — und wir müssen Sammelpartei bleiben, solange die wesentlichen politischen Fragen nicht eine positive Lösung gefunden haben — wenn wir also Sammelpartei bleiben wollen, dann müssen wir jedem Südtiroler, der sich zum Programm der Partei bekennt und nicht einer extremistischen Anschauung angehört, die Möglichkeit bieten, daß er sich innerhalb der Sammelpartei auch wohlfühlen kann.

Die politische Lage in Südtirol, Herr Abgeordneter (wenn wir nun dazu überführen dürfen), ist zur Zeit gekennzeichnet durch die Annahme oder Ablehnung des sogenannten „Pake-

tes“. Können Sie die wesentlichen Punkte daraus kurz anführen, oder sind Sie diesbezüglich noch an die Schweigepflicht gebunden?

Ich würde mich nicht mehr an die Schweigepflicht gebunden fühlen, erachte es aber für nicht opportun, weil es in einer Presseunterredung zeitlich nicht möglich ist auf die einzelnen Punkte detailliert einzugehen. Um so mehr als ich doch feststellen konnte, daß man endlich laut letztem „Volksboten“ die Notwendigkeit erkennt, bevor die Entscheidung fällt, das ganze Paket zusammenzufassen und zur Kenntnis zu bringen. So ist endlich die Möglichkeit geschaffen, daß jeder, mit der Materie vertraut, auch in Kenntnis der Sachlage entscheiden kann.

Sind zwischen der österreichischen Regierung und den Vertretern Südtirols hinsichtlich der Versuche zur Lösung des Südtirolproblems auch schon gewichtige Meinungsverschiedenheiten aufgetreten?

Ich glaube, daß man in den letzten Monaten einen Rückschritt feststellen muß, und daß gewisse Ausgangspositionen, die in jahrelanger Arbeit seitens der österreichischen Diplomatie geschaffen worden, leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurden. Auf Grund der letzten Entwicklung scheint mir, daß in Italien der Eindruck verstärkt wurde, daß Oesterreich unbedingt schnell abschließen will, und daß man darüberhinaus auch in der Frage der Verankerung bereit ist, Italien soweit als möglich — um einen Ausdruck zu gebrauchen, der sehr gefährlich ist — in elastischer Weise entgegenzukommen.

Angenommen, der SVF gelingt eine tragbare Lösung; glauben Sie, daß das genügt, um die SVF in der gegenwärtigen Form als weitläufigste Partei des Landes zu erhalten?

Mir scheint, daß, solange die Grundvoraussetzungen für unsere politische Existenz und Sicherung nicht gegeben sind, die Sammelpartei aufrechterhalten bleibt und in der Lage sein wird, ihre Position als Sammelpartei weiterhin zu vertreten. Sollten die politischen Grundvoraussetzungen für die Sicherung unserer kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Existenz und Entwicklung einmal geklärt sein, dann ist es natürlich, daß auch bei uns das demokratische Spiel unter verschiedenen Parteien seinen Lauf nimmt. Dabei könnte man darauf verweisen, daß wir 1945 im Zeichen des deutschen Verbandes, also im Zusammenschluß der Südtiroler Parteien eigentlich nicht schlechte Erfahrungen gesammelt haben. Ich glaube, der Zeitpunkt wird jedoch noch in einiger Ferne sein, wo es auch möglich sein wird, bei verschiedener Wertung von Verwaltungsfragen und Fragen wirtschaftlicher und sozialer Natur in den grundsätzlich politischen Fragen eine Einigung zwischen allenfalls entstandenen Südtiroler Parteien zu schaffen.

Zu einem anderen Punkt: Nach welchem Schema und nach welcher Methode versuchen die Südtiroler Parlamentarier in Rom unsere Forderungen durchzusetzen?

Ich glaube, schon die Entwicklung seit 1948 hat gezeigt, daß im Wege von Gesetzgebung, also durch Einbringen von Gesetzesentwürfen, wenig oder nichts erreicht wird. Bisher sind das jedenfalls unsere Erfahrungen, und wer bescheid weiß und von der schwerfälligen Abwicklung der gesetzgebenden Tätigkeit und von dem Handicap des Zweikammersystems Kenntnis hat und unsere zahlenmäßige Schwäche in Betracht zieht — unter 630 Abgeordneten 3 Südtiroler, unter 320 Senatoren 2 Südtiroler —, der wird diesen Standpunkt bestätigen. Unsere Aufgabe scheint mir in erster Linie wohl darin zu liegen, bei den italienischen Kollegen soviel als möglich für unsere Sache zu werben, in den Kommissionen mitzuarbeiten und zudem, wie sich das gehört, auch Einzelfragen bei den zuständigen Ministerien und anderswo zu betreiben. Mir scheint es von besonderer Wichtigkeit zu sein, daß man in Rom den Eindruck erhält, daß es uns mit den Forderungen, die wir stellen, ernst ist, und daß wir von dem, was wir sagen, auch überzeugt sind. Denn auf diplomatischer Ebene — sowie Einsicht müssen wir haben — ziehen wir den kürzeren; wohl aber ist die Glaubwürdigkeit eine gerade in unserer Situation sehr wichtige Eigenschaft.

Welche Erfahrungen, Herr Abgeordneter, haben Sie in dieser Beziehung gemacht bezüglich der Einstellung der italienischen Politiker unseren Problemen gegenüber, und wer zeigt hier am ehesten Verständnis und Entgegenkommen?

Ich muß hier leider zu Beginn eine allgemeine Feststellung machen, nämlich: daß die Zahl der italienischen Parlamentarier, die mit unserer Frage vertraut sind, leider sehr gering ist. Wohl darf festgestellt werden, daß sie im großen und ganzen jetzt auf Grund der jahrelangen Entwicklung irgendwie mit der Problematik vertraut sind; jedoch die Frage als solche in ihren Einzelheiten ist weitgehend unbekannt. Auf Grund meiner Erfahrungen glaube ich feststellen zu können, daß in jenen Kreisen, die die Frage kennen, und durchgehend fast durch alle Parteien, ein gewisses Verständnis für die Südtirol-

Frage besteht. Und mir scheint deshalb, daß es für uns wichtig ist, auch den Eindruck zu erwecken, daß die Frage eine echte Lösung auch im europäischen Sinne finden muß, und daß wir deshalb — gerade auch unseren Freunden gegenüber, die wir haben und die die Sachlage durchschauen — nicht richtig handeln würden, wenn wir uns vorzeitig mit Kompromissen à la Autonomiestatut von 1948 abfinden würden.

Ist dieses Verständnis von seiten der italienischen Politiker heute eher gegeben als in früheren Jahren?

Ich möchte hier ein Beispiel bringen. Noch 1961 war es möglich — und ich muß es mit Bedauern feststellen —, daß von der DC angeregt, der Versuch unternommen wurde, das Staatsbürgerschaftsgesetz in dem Sinn abzuändern, daß man im Verwaltungsverfahren den Optanten der Staatsbürgerschaft hätte wieder aberkennen können. Tatsache ist, ich glaube hier in keiner Weise unrealistisch zu reden, daß ein solcher Gesetzesentwurf in der gegenwertigen Situation und auch für die Zukunft nicht — dies darf ich noch ohne weiteres vorausschicken — tragbar wäre.

Vor einigen Jahren befaßte sich der politische Ausschuß des Europarates auch mit der Südtirolfrage. Haben sich in der Tätigkeit dieses Ausschusses Perspektiven ergeben, die zur Lösung unseres Problems auf europäischer Ebene beitragen könnten? Und sehen Sie noch andere Möglichkeiten auf europäischer Ebene?

Dieser Unterausschuß unter dem Vorsitz des belgischen Sentspräsidenten Struys hat besonders im Zusammenhang mit der Neunzehner-Kommission gute Anregungen gegeben. Ich möchte nur darauf verweisen, daß man schon damals beim Gang zu den Vereinten Nationen auch ohne weiteres damit einverstanden gewesen wäre, daß von den Vereinten Nationen im Wege der Entschliebung zur weiteren Behandlung der Europarat beauftragt würde. Dadurch käme unsere Frage, die eine europäische Frage ist — aber immer über die Vereinten Nationen — in das richtige Gremium, und es wäre dann der Tatsache, daß es sich um eine politische Frage handelt, Rechnung getragen. Mithin wäre es aber notwendig, daß Italien gewisse Voraussetzungen schafft, z. B. was die Zustimmung Italiens zur Streitbeilegung betrifft. Dieses Thema kann aber in dieser Presseunterredung nicht ausführlich behandelt werden, weil es zu kompliziert ist. Ich wiederhole abschließend die Feststellung, daß Österreich, und nicht wir, für eine wirksame internationale Verankerung zuständig, also verantwortlich ist.

Was sagen Sie zur Haltung Deutschlands in dieser Frage? Man kann sich natürlich von Deutschland keinerlei große offizielle Maßnahmen erwarten. Es dürfte aber doch in Deutschland verständlich sein, daß die Regelung der Südtiroler Frage auch ein echtes Interesse der Bundesrepublik ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur darauf, daß es von den extremistischen italienischen Parteien der Linken als ein gutes Argument verwendet werden kann, die Bundesrepublik im Zeichen des Neonazismus und des Pangermanismus anzugreifen, natürlich nur in der erklärten Absicht, gegen einen NATO-Partner Stimmung zu machen. Deshalb wäre es sehr zu wünschen, daß auch von der Bundesrepublik die möglichen Initiativen — sie müssen nicht offizieller Natur sein — die notwendigen Einwirkungen auf das Verhalten Italiens, geübt werden. Sehr wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch die Haltung der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu sein und von einer positiven Stellungnahme der deutschen Öffentlichkeit, glaube ich, dürfte man sich hinsichtlich einer größeren Bereitschaft Italiens, unsere Frage zu klären, einiges erwarten.

Seit einigen Jahren bestehen in Südtirol neben der SVP zwei weitere deutsche Parteien, die durch Loslösung von der SVP entstanden sind. Inwieweit unterscheiden sich die Programme und Zielsetzungen: einerseits der THP und andererseits der SFP von der Volkspartei, bzw. der beiden untereinander?

Ob die THP, die als Abspaltung nach rechts anzusehen ist, nach dem Plakatkrieg der letzten Zeit, nach den Auseinandersetzungen um die Obmannschaft noch den Namen Partei verdient, möchte ich sehr im Zweifel stehen. Es genügt lediglich die Tatsache, daß der damals groß angekündigte Eintritt des Herrn. Altensators Dr. Raffeiner, des damaligen Chefs der THP, in den Regionalausschuß inzwischen praktisch sang und klanglos untergegangen ist. Also die Erwartungen, die man sich aus seiner Tätigkeit in der Regionalregierung von der anderen Seite gestellt hat, haben sich in keiner Weise erfüllt. Er ist also nicht durch seinen Eintritt in die Regionalregierung, wie damals die Südtiroler Wirtschaftszeitung geschrieben hat, zu einem Stachel im Fleisch der SVP geworden.

Die wichtigsten und einflussreichen Persönlichkeiten, die seinerzeit die THP gefördert haben, haben inzwischen ihre Tätigkeit klugerweise eingestellt. Was die Abspaltung nach links betrifft, so muß ich schon in aller Klarheit feststellen, daß der damalige Ausschluß des ehemaligen SVP-Landtagsabgeord-

neten Dr. Egmont Jenny in keiner Weise mit ideologischen Gründen und Motiven zu tun hat. Es war eine Frage der elementaren Einhaltung der Partei- und Fraktionsdisziplin; auch eine Sammelpartei kann es sich nicht leisten, daß man diese elementaren Spielregeln dauernd mißachtet. Was die weitere Entwicklung betrifft, glaube ich, daß die Südtiroler in ihrer übergroßen Mehrheit es für notwendig erachten, weiterhin in einer Sammelpartei vertreten zu sein, und daß es dann aber von dieser Sammelpartei abhängt, so zu handeln, und ihre politische Grundausrichtung und ihr Verhältnis zu den Grenzländern zu gestalten, daß jeder Südtiroler sich in der Sammelpartei wohlfühlen kann, wie ich schon betont habe.

Stimmen Sie also der Ansicht Dr. Jennys zu, der meint, man könnte gut Christentum und Sozialismus zusammenbringen?

Ich habe in keiner Weise auf diese Frage Bezug genommen, mir scheint aber, daß eine solche Feststellung aus dem Munde des Abgeordneten Dr. Jenny überhaupt nicht so recht bestehen kann, solange er — ich beziehe mich hier auf sein Interview mit dem „Fahrenden Skolasten“ — solange er sogar die SFP wegen ihres Wechsels im Zeichen des Codesberger Programmes, wegen ihres Abgehens von der streng marxistischen Linie kritisiert hat.

Sie glauben also, daß eine Linie wie der Austromarxismus sich auch mit einer Sammelpartei in Südtirol nicht mehr vertragen könnte? Daß die schon zu sehr ideologisch geläutert wäre?

Diese Frage steht nicht zur Debatte; ich habe ausdrücklich erklärt, daß wir extremistischen Einstellungen in der Sammelpartei nicht Raum geben können. Man kann doch nicht den österreichischen Sozialismus als einen extremen Sozialismus in diesem Sinne bezeichnen.

Wie beurteilen Sie die Aussichten der SFP? Werden die sich verlaufen wie die THP?

Ich glaube, wenn man das Bestehen einer Partei oder den Erfolg einer Partei darin sieht, daß sie bei Landtagswahlen noch ein oder zwei Mandate erringt, dann könnte ich rechnen, daß ein solches Sich-Behaupten der SFP möglich ist. Ich glaube aber nicht, daß mit einer größeren Zunahme der SFP zu rechnen ist. Im Gegenteil!

Wie noch schätzen Sie die Mitgliederzahl der SFP?

Ich habe hier keinerlei klare Anhaltspunkte, kann aber feststellen, nach auf Grund der letzten Entwicklung, daß der kleine Kreis der Führungsschicht, wenn man sie so nennen will, eher rückläufig ist.

Nun eine andere Frage, die vom Parteipolitischen in etwa wegführt: Was sagen Sie zum Pressewesen in Südtirol?

Wir haben bekanntlich in Südtirol nur eine einzige Tageszeitung, die „Dolomiten“. Es wäre deshalb, gerade weil es die einzige Tageszeitung ist, sehr zu wünschen, daß sich die „Dolomiten“, dieser ihrer Aufgabe mehr als in der Vergangenheit bewußt wird.

Die Partei legt höchsten Wert darauf, daß die Massenmedien Rundfunk und Fernsehen nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden, sondern daß wir die Programmgestaltung soweit in die Hand bekommen, um die Bevölkerung objektiv informieren und bilden zu können. Welche Forderungen stellt die Partei auf diesem Sektor?

Schon vor über einem Jahr, also vor der Errichtung des sogenannten „deutschen“ Versuchsfernsehen, hat die Partei und die Südtiroler Landesregierung, letztere einhellig, also auch mit den Stimmen der italienischen Mitglieder klar den Standpunkt vertreten, daß es bei uns notwendig wird, begrifflicher Weise notwendig wird, und im heutigen Europa selbstverständlich sein müßte, daß uns der Empfang des ausländischen Fernsehens eingeräumt wird. Diese berechtigste Forderung hat bisher noch keinerlei Erfüllung gefunden, man hat sogar den Eindruck, daß man, um dieser Forderung vorzubeugen, das sogenannte deutsche Versuchsfernsehen eingeführt hat. Mit diesem deutschen Fernsehen in Südtirol können wir nicht — auch wenn es weiter ausgebaut werden sollte — das Auslangen finden, weil unsere kulturellen Möglichkeiten viel zu gering sind. Mir scheint, daß hier vielleicht etwas in letzter Zeit zurückgesteckt worden ist, ich möchte aber weiterhin absolut darauf bestehen und hoffen, daß sich die Partei ganz klar in diesem Sinne ausspricht und daß man hierin auch im Zusammenhang mit dem allfälligen Abschluß der Verhandlungen klare Voraussetzungen vorher schaffen kann. Ich möchte also, daß man unbedingt auf der Forderung nach dem Empfang des ausländischen Fernsehens — ganz unabhängig davon, ob und inwieweit das deutsche Versuchsfernsehen weiter ausgebaut wird — besteht.

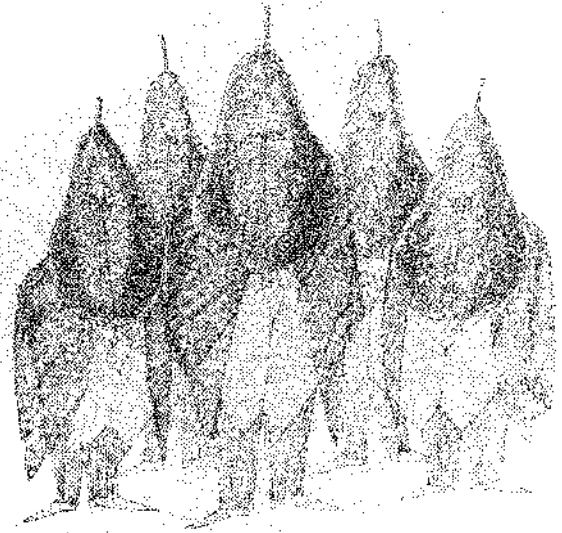
Herr Abgeordneter, Sie haben eine Zeit lang, vor Jahren, in italienischer Sprache die Zeitung „Realtà Südtiroloese“ herausgebracht. Welche Motive haben Sie dazu veranlaßt und warum haben Sie sie wieder aufgelassen?

Mir kommt vor, daß es für uns sehr wichtig ist, auch in bescheidener Form, wie es die „Realtà Südtiroloese“ war, den Versuch zu schaffen, unseren italienischen Mitbürgern die



Ver. Johannes Storz  
Gemeinschaft der  
Südtiroler Nachrichten  
Südtirol, 1963, 12. Jahrgang  
Heft 1/2

# skolast



## DIE KANDIDATEN

Möglichkeit zu bieten, unseren Standpunkt kennenzulernen. Dies umso mehr, da sie bedauerlicherweise nur einseitig und verzerrt von der italienischen Tageszeitung „Alto Adige“ informiert werden und sich nicht nur kein klares Bild machen, sondern im Gegenteil die Dinge in falscher Darstellung kriegen. Mir schien es deshalb für zweckmäßig und für notwendig, auch in dieser bescheidenen Weise mit dieser zweimal im Monat erscheinenden Zeitschrift eine Lücke auszufüllen. Ich habe damals im September 1960 diesen Versuch unternommen, mußte ihn dann aber im Juli 1961 aus verschiedenen Gründen, in erster Linie aus Gründen finanzieller Natur, einstellen. Ich wäre froh, wenn das notwendige Verständnis auch in der Partei erweckt werden könnte, daß wir nur gut daran tun, und daß es notwendig ist, ein solches Organ, wie gesagt, auch wenn es nur zweimal im Monat erscheint, herauszubringen, nicht nur für die aufgeschlossenen, politisch interessierten Teile der italienischsprachigen Bevölkerung, sondern auch und vor allem für die Information der Presse und auch für die gewählten Vertreter in Rom und in den Regionen.

Sie haben nachher die Südtiroler Nachrichten mitbegründet. Können Sie uns Auskunft geben über Auflage, Leserkreis (Inland, Ausland), über das Hauptziel?

Ich war einer der Mitbegründer der Südtiroler Nachrichten und habe nach dem Tode unseres verdienten Landtagsabgeordneten Ing. Flaikner die Herausgeberschaft an seiner Stelle übernommen. Die Südtiroler Nachrichten sind, was nicht vergessen werden darf, zu einem Zeitpunkt entstanden, aus einer Idee heraus geboren worden, als wir vor den Parlamentswahlen 1963 praktisch über keinerlei Presseorgan verfügten, in

welchem man einen der Partei nahestehenden Standpunkt klar vertreten konnte. Die Dinge haben sich später dann gebessert. Immerhin scheint es mir wichtig zu sein, daß die Südtiroler Nachrichten als ein parteinahes und nicht parteioffizielles Organ weiter besteht, neben dem Unterrichten unserer Südtiroler Öffentlichkeit auch als Verbindungsglied mit dem deutschsprachigen Ausland. Die Auflagezahl beläuft sich auf 5000 und es wäre nur zu wünschen und zu hoffen, daß es uns gelingt, sie zu vergrößern. Ich glaube, wir dürfen schon sagen, daß der Leserkreis der Südtiroler Nachrichten als qualifiziert anzusehen ist, daß also die politisch interessierten Kreise den Südtiroler Nachrichten eine gewisse Bedeutung beimessen, ganz gleichgültig, ob sie den dort vertretenen Standpunkt billigen oder nicht.

Haben Sie die Absicht, Ihre Zeitung zu einer Wochenzeitschrift zu erweitern und haben Sie besondere Pläne bezüglich der inhaltlichen Gestaltung?

Das heute allgemein feststellbare Zeitungssterben beweist, daß es sehr, sehr schwierig ist, eine Zeitung überhaupt zu halten, zudem in einem kleinen Raum wie Südtirol es ist, und noch schwieriger ist es aus rein finanziellen Gründen, eine Zeitung weiter auszubauen. Theoretisch besteht die Möglichkeit, die Südtiroler Nachrichten auch zu einer Wochenzeitschrift zu machen. Natürlich braucht es bestimmte Voraussetzungen: In erster Linie müßte eine wesentliche Steigerung der Abonnentenzahl erfolgen. Dazu kommt — es geht damit Hand in Hand — die notwendige Beteiligung am Inseratenmarkt.

Herr Abgeordneter, wir danken Ihnen für das Interview!

# ITALIENISCHE PARTEIEN IN SÜDTIROL

Pepi ZEIGER, Innsbruck

(1969/1)

Der folgende Beitrag wurde auf Grund mehrerer Informationsgespräche geschrieben, die Hellmuth LADURNER, Hans NOTDURFTER, Otto SAURER und Hansjörg DELL'ANTONIO mit den Obrünnern der im Landtag vertretenen italienischen Parteien führten. MITOLO war nur bereit, die Fragen schriftlich zu beantworten. Wir drucken seine Antworten ab, wie wir sie, erhielten.

## II. Democrazia Cristiana

Die DC konnte erstmals statt drei (1964 erhielt sie 29.593 Stimmen) vier Abgeordnete stellen (32.721 Stimmen). Man führt diesen Erfolg in DC-Kreisen nicht zuletzt auf das ausführliche und ganz klare Programm zurück, das in einer Auflage von 30.000 verteilt wurde. Der Hauptgrund ist jedoch die Wahlniederlage JENNYs, die der DC zu den Reststimmen verhalf. Die wesentlichsten Programmpunkte sind:

1. Beilegen des Streitfalles Südtirol. „I voti che abbiamo avuto nel 17 novembre 1968 sono vani che serviranno per chiudere la controversia autolesina“. Dies sei Voraussetzung für den Erfolg in der sozial-wirtschaftlichen Entwicklung. Jede Gruppe könne nur dann aus der Autonomie seine Vorteile ziehen, wenn es der ganzen Provinz gut gehe. internationale Verpflichtungen (Verankerung) lehne die DC ab, sofern sie nicht schon im Abkommen von 1948 enthalten seien. Jedoch sei der Gerichtshof von Der Haag für eine mögliche Streitschlichtung zuzulassen. Es solle jedoch nur der Pariservertrag und nicht die einzelnen Punkte des Paketes einklagbar sein. Die zur wirksamen Lösung sollten unbedingt alle Möglichkeiten, die das Autonomiestatut gewährt, ausgenutzt werden.
2. Die Zahl der in der Landwirtschaft Arbeitenden wird in den nächsten Jahren um 10.000 sinken müssen. Das fordert Industrialisierung und Berufsausbildung. Diese seien gemeinsame Angelegenheiten beider Sprachgruppen und müßten zu einem Gespräch und zur Überwindung der Trennung der Sprachgruppen führen.
3. Der Ausbau des Fremdenverkehrs und die Vermehrung der Dienstleistungsberufe. Die Hauptanstrengung müsse jedoch der Industrialisierung gelten.
4. Auf allen Ebenen sollen wieder Mitlenkeregierungen gebildet werden. Ein Einverständnis mit den Kommunisten schließe die DC jedoch für die nächste Zeit aus, wenn sich die KPI nicht ändere und zeitgerechter werde. Eine Regierungsverbindung mit der Südtiroler Volkspartei würde die DC jedoch sehr begrüßen, sowohl in der Region als auch im Land. Dies müßte auch der SVP gelegen kommen, da ja auch die DC für die Erweiterung der Provinzkompetenzen einträte. (MAGNAGO sagte uns, die SVP werde erst dann wieder in den Regionalrat einziehen, wenn die Durchführung des Paketes gesichert sei.)

Am Zeitpunkt der Gespräche — es war die zweite Novemberhälfte — stand es noch nicht fest, daß die Sozialisten in Region und Land sich von der Regierung fern halten würden. Nun haben sie sogar im Landtag das Fernbleiben der DC erzwungen. Diese beruft sich zwar auf den 54 des Regionalstatutes in dem die Vertretung der italienischen Volksgruppe im Landtag gefordert wird, so daß sich die

DC wenigstens noch indirekt und passiv an der Landesregierung beteiligen kann (muß).

Da aber die Programmvorstellung des Landtages, die voraussichtlich gleichzeitig mit dem Haushaltsplan erstellt werden wird, nur von der SVP unterzeichnet sein wird, erscheint es uns am so angemessener, jetzt die Wünsche der italienischen Parteien darzulegen.

## III. Partito socialista italiano

Die Sozialistische Partei sieht für die kommenden vier Jahre drei Hauptaufgaben:

1. Es sollen rationale Eingriffe zur Verbesserung der Landwirtschaft gemacht werden: „Dies gestaltet sich in Trient etwas anders als hier, denn in Südtirol sind die Höfe meist geschlossen. Es handelt sich hier zwar um eine archaische Ordnung, aber wenn der geschlossene Hof auch wirtschaftlich nicht ertragreich ist, so hat er doch einen gewissen menschlichen Wert, besonders weil er das Besitztum geschlossen erhält.“ In Trient wäre die Grundzusammenlegung anzustreben, so daß sich selbständige Betriebe ergeben.
2. Die zweite Aufgabe ist die Industrialisierung und die Vollbeschäftigung der in der Landwirtschaft frei gewordenen Arbeitskräfte.
3. Drittens sei der vollständige Anschluß Südtirols an das Fernstraßennetz (Autobahn Meran—Bozen, Stifserjoch-tunnel) und also an die Industriezentren anzustreben, weiters die Berufsausbildung für Jugendliche und endlich die soziale Sicherheit, die Fürsorge für Kranke, Schwache, Arbeitsunfähige usw.

Die Frage, ob die Reformen im derzeitigen Gesamtstaatlichen Aufbau auch durchgeführt werden könnten, verneint NICCOLDI. Die heutige Staatsergänzung entspreche keineswegs den wirtschaftlich-sozialen Anforderungen denn:

1. „Das Parlament ist viel zu langsam in der Gesetzgebung.“
2. Dann müßten die Gesetze derari vorgelagert werden, daß nicht mehr von den verschiedensten politischen Gruppen Abänderungen und Zusätze gefordert werden könnten. Gerade durch solche Zusätze, die meist aus wahltechnischen Überlegungen und in Rücksicht auf kleinere Gruppen angefügt werden, entstehen ungeheuerliche Gesetze, die schwer auszulegen und gar nicht organisch sind.
3. Dann haben wir eine staatliche Amtswirtschaft, von der aus die Schwierigkeiten der Provinzen nicht gesehen werden können. Dabei kommen die höchsten Generalsekretäre durchaus aus der faehistischen Beamtenschaft,

die die damalige Amtorenhäufung in Rom nicht vergessen haben. Heute kommt ein Generalsekretär sofortlich in die Stammpolle und bleibt in Amt und Würde bis er siebzig Jahre alt ist. Man wird ihn nicht anrühren dürfen, auch dann nicht, wenn er sechs Monate dazu braucht, um ein Schriftstück weiterzuleiten. Mir gefällt das amerikanische System besser und ich ließe die Minister selbst ihren Generalsekretär aufstellen und auch austauschen, so daß diese mit dem Minister auch wieder abtreten müßten. Dann könnten die Minister oder Assesoren auf ihre Leute Vertrauen haben.“

Aber auch in der Region und Provinz sieht NICCOLDI kaum Aussichten auf Verwirklichung — wenigstens nicht bei der derzeitigen Zusammensetzung des Regionalrates und Landtages.

Industrialisierung hatte Silvio NICCOLDI als zweites Ziel der sozialistischen Landespolitik angegeben. Auch da sei es die Volkspartei, die jedem Vorkämpfer Prügel vor die Füße werfe.

„MAGNAGO, BENEDIKTER und ihre Genossen verdonnern den Plan, unter Staatsbeteiligung Betriebe mit etwa 500—600 Angestellten zuerrichten. Sie fürchten die Zuwanderung — wie sie sagen. Jedoch kann das nur eine Ausrede sein, denn eine Provinz in der das Einkommen unter dem nationalen Mittel liegt, kann nicht dazu einladen.“ Mailand, Turin und Genova seien heute Zuwanderungszentren, nicht Bozen. Der wahre Grund der Ablehnung sei vielmehr ein anderer: Wenn 500 Südtiroler und 100 Italiener zusammenarbeiten, bilde sich ein ganz bestimmtes Klassenbewußtsein, das zur Folge habe, daß die deutschsprachigen Arbeiter nicht mehr unter die Kontrolle der Volkspartei gebracht werden könnten. Diese Arbeiterklasse würde ihre eigenen Interessen wirksam vertreten. „Die neue Arbeiterklasse wird sich die wirtschaftliche Freiheit erkämpfen, die eine wichtigere Voraussetzung ist für ein würdiges freies Leben als die Freiheit, in der Eppaner- oder Grieser-Musikkapelle mitblasen zu dürfen — MAGNAGO fürchtet mit der neuen Arbeiterklasse eine Gegenpartei.“

## IV. Die Kommunistische Partei Italiens

Anselmo GOCHIER, Obmann der KPI (= PCI) — die sich für die Wahl mit den Sozialproletariern (PSIUP) und den „Selbständigen Gruppen“ (mit MENAPACE, LANZINGER LANGER...) für die Landtagswahl vereinigt hatte — gibt sich

zufrieden über den Erfolg (13.548 Stimmen gegenüber 10.004 vor vier Jahren); man darf aber annehmen, daß er nicht zufrieden ist, da er sich doch wohl einen zweiten Sitz erwartet hatte (MENA-PACE hätte es beinahe geschafft). — Ziele für die nächsten vier Jahre seien:

1. Die Ausarbeitung eines Planes zur Sicherung der Landwirtschaft.
2. Ein Geldgrundstock für landwirtschaftliche Unwetterschäden.
3. Die dezentralisierte Industrialisierung, um Vollbeschäftigung zu sichern und die Auswanderung zu verhindern. Selbstverständlich seien dabei sowohl die kulturellen Überlieferungen als auch die Naturschönheiten entsprechend zu berücksichtigen.
4. Der Fremdenverkehr müsse mehr in Richtung der Massenreisen begünstigt werden, weil er dadurch sicherer werde.
5. Das Paket. „Ihr wißt, wie wir uns dazu stellen. Sowohl auf Provinz, als auch auf Nationalebene treten wir bedingungslos für eine wesentliche Erweiterung der Befugnisse der Provinz Bozen und infolgedessen auch der Provinz Trient ein ...“

Die Kommunisten und die Sozialproletarier treten überall in Italien für den Schutz der Minderheiten ein. In Südtirol haben sie „... die Notwendigkeit einer angemesseneren Verteilung der öffentlichen Stellen zwischen beiden ethnischen Gruppen als Wiedergutmachung der von der deutschsprachigen Bevölkerung unter der faschistischen Unterdrückung erlittenen Schäden stets anerkannt... Sie halten das Kriterium des ethnischen Prozents für eine technisch-juristisch geeignete Maßnahme vorübergehenden Charakters bis zur Wiederherstellung eines gerechten Gleichgewichts.“ (Stellungnahme der KPI, 1967 — zitiert nach Claus GATTERER, im Kampf gegen Rom, Wien 1968, S. 134f).

Es ist auch die einzige Partei, der es gelungen ist, deutschsprachige Mitglieder zu werben (wohl gibt es aber ladinische DC-Wähler). Diese Werbung soll nun noch verstärkt werden. Die eigene Parteiordnung haben die Kommunisten am weitesten dezentralisiert, und in den regionalen Körperschaften haben sie die Minderheiten über das Mitgliedsverhältnis hinaus berücksichtigt. „In der Autonomie Föderation Südtirols der KPI sind fünf von den 29 Mitgliedern des Provinzentralkomitees, zwei der zehn Mitglieder der Kontrollkommission und eines der drei Mitglieder des Sekretariats Südtiroler deutscher Sprache“ (1966 — GATTERER a.a.O., S. 134f). Die Landesversammlungen halten sie seit neuestem auch zweisprachig. Ebenso wird von der „Geofanten Linken“ die Herausgabe einer zweisprachigen Zeitschrift geplant. Gerüchten zufolge soll man sich um die Übernahme der BRÜCKE bemühen, die zur Zeit innere Schwierigkeiten hat. Doch nehmen wir an, daß diese Meldung falsch ist.

#### V. Partito Liberale Italiano

Die liberale Partei Italiens konnte ihren einzigen Sitz im Bozner Landtag auch diesmal halten (5.891 Stimmen gegenüber 5.444 im Jahre 1964). Als Programm gibt der Obmann der Partei Tullio AGOSTINI folgende Punkte an:

1. Landwirtschaft und Fremdenverkehr müßten als Haupteinnahmequellen entsprechend gefördert werden.

2. Erstellung eines gerechten Raumordnungsplanes. Selbstverständlich könnte die PLI die Prinzipien nicht anerkennen, auf denen der Plan ruhe, den BENEDIKTER vorgelegt hat und der dann im wesentlichen von den anderen Parteien angenommen worden ist. Dieser Plan sei ihnen geradezu aus politischen Motiven aufgezwungen worden. Die PLI trate dafür ein, daß es allen, aber auch gar allen Kräften ermöglicht werde, Industrien anzusiedeln, nicht nur österreichischen und deutschen Firmen. So etwas stehe eine Verfeinerung der Italiener dar, die die Liberale Partei nicht auf sich beruhen lassen könne.
3. Auch die Wohnungspolitik dürfe nur nach dem Bedürfnis und nicht nach einem anderen Grundsatz festgelegt werden. Dem entgegen seien die Vorstellungen von BENEDIKTER diktatorisch. Während es Wohnungen gebe, die schon seit Jahren leer ständen, lebten ganze Familien von fünf, sechs, sieben oder acht Personen in nur einer Küche und einem Zimmer. Und das nur kraft des Grundsatzes der völkischen Herabsetzung der Italiener. So etwas könne im 20. Jahrhundert nicht mehr geduldet werden.
4. Die PLI sei gegen die den Volksgruppen entsprechende Verteilung der öffentlichen Stellen. Abgesehen von der verfassungsrechtlichen Frage, die damit verbunden sei, würde dies große soziale, menschliche, politische und ökonomische Vorurteile mit sich bringen und Mißverständnisse zwischen den Volksgruppen nur vergrößern.

Es ist bekannt, daß alle Rechts-Parteien gegen die Bildung der Regionen und gegen alle Autonomien in Italien auftreten. Auf die Bitte der näheren Darlegung der Einstellung der Liberalen wird uns geantwortet:

1. „Im allgemeinen tritt die PLI für die weitestmögliche Aufgliederung der Verwaltung und für eine weite Selbstständigkeit der Ortsstellen ein.“
2. Jedoch halten wir die Bildung der Regionen für nachteilig insofern ihnen auch gesetzgebende Fähigkeiten gegeben werden sollen. Gründe dafür sind:
  - a) Die Finanzierung könnte der Staat kaum tragen. Man spricht von 1.500 Milliarden. Man weiß zwar noch nicht, ob diese Zahl stimmt, da die Kommissionen, die von verschiedenen Regierungen beauftragt wurden, die Sache zu studieren, das Ergebnis noch nicht vorgelegt haben.
  - b) Die Bildung der Regionen wäre in erster Linie einmal eine Lösung der Schwierigkeiten der Regierungsparteien in den einzelnen Gebieten. Die Kommunisten hätten dann die Mehrheit in der Toskana, Emilia Romagna, in Umbrien und heute vielleicht auch in Ligurien. Wer die Politik der Kommunisten kennt, wird sich kein Wahnbild darüber machen wie sie vorgehen werden. Ich verweise auf den Einmarsch in die Tschechoslowakei und früher in Ungarn. Italien wäre gerade in der Mitte auseinandergerissen. Die Demokratie in Italien wäre dann wahrhaft bedroht.
3. Für Südtirol aber haben wir eine andere Einstellung und haben immer schon die Errichtung einer Autonomie befürwortet, so wie sie 1948 errichtet worden ist („come è già stato attuato (!) nel 1948“). Wir haben

damals sogar daran mitgearbeitet. Außer für die deutschsprachige Bevölkerung in Südtirol befürworten wir die Autonomie auch für das Trentino. Das schon vor der Angliederung an Italien eine autonome Ordnung hatte und für das 1920 ein Autonomgesetz gebilligt wurde, das aber nicht mehr durchgeführt werden konnte.“

#### VI Italiener über die SVP und SFP

Wir möchten nun nur noch kurz andeuten.

1. Was die Italiener von der Südtiroler Volkspartei und Fortschrittspartei halten und

2. wie sie sich zur Errichtung einer Universität in Bozen stellen.

Eigentlich wollten wir zwar noch über die Stellung der Volkspartei sprechen (Föderierungsbildung in Trient und Bozen, Paket, Verankerung, Gang der Verhandlungen usw. — Vielleicht wird darüber in einer späteren Nummer berichtet), aber der Artikel müßte zu lang ausfallen. (Ja er ist schon zu lang! Zum Trost des Lesers: Da mir das Gewissen schon jetzt bösartige Vorwürfe macht: „Wie kannst du nur einen so langen und humorlosen Aufsatz den SKOLAST-Lesern zumuten!“ werde ich mich nun beeilen und bald abschließen. Außerdem werde ich den Schlussteil — den ich sogar schon geschrieben habe — weglassen. Er heißt: „Die zehn Gebote einer rationalen Politik“. Mein scharfsinniges Gewissen hat mir soeben mitgeteilt, in Ermangelung eines Witzes in diesem Aufsatz würden die Politiker die 10 Gebote als Witz auffassen. Das wäre mir aber schon gar zu viel!)

Da es fast allgemeiner Wunsch der Italiener ist, daß sich die SVP aufspalte, führen wir nur die Antwort AGOSTINI an, der für die liberale Partei spricht.

„Ich soll die politische Linie der SVP beurteilen? Das ist schwierig, denn wir sehen in der Volkspartei die verschiedensten Parteien, Ideologien, Gegensätze vereint. Das geht von sogenannten Kommunisten bis zu den ärgsten Reaktoriären. Nur der Volkstumskampf hat sie beisammengehalten. Dieser wird nicht mehr notwendig sein, wenn das Südtirolproblem gelöst sein wird. Und das ist nur zu wünschen. Es ist zu wünschen, daß sich wenigstens weitere zwei deutsch-Parteien bilden, eine links- und eine mehr rechtsgerichtete. Ich meine, daß das ein Vorteil und nicht ein Nachteil für die deutsche Volksgruppe ist, wenn sie sich mehr differenziert und wenn die Parteien ein ehrliches Programm vorlegen können, das ihnen wirklich entspricht. Daß ich dies für einen Vorteil halte für die deutsche Volksgruppe, möchte ich hier betonen, weil ich früher in diesem Punkte mißverstanden worden bin, als ich beim Parteikongreß in Bozen 1961 und beim Nationalkongreß in Rom 1962 davon sprach.“

Anderer Ansicht dürfte nur die DC sein, der es wenigstens bis zur Lösung des Südtiroler-Streites günstig erscheint, nur mit einem Verhandlungspartner sprechen zu müssen. Nachher würde auch die DC den Wunsch der Einheit der deutschsprachigen Bevölkerung nicht mehr aufrecht erhalten.

Zum Mißerfolg JENNYs bei den Landtagswahlen meint BOLOGNINI als DC-Sprecher: „Einerseits ist es schade ... auf der anderen Seite ist es günstig, daß der äußere Feind der SVP nicht mehr da ist, weil dies klare Fronten und Diskussionen innerhalb der Partei begünstigt ...“

Mit der Zeit muß dies zu ganz klaren und besonderen Folgen führen.“  
PSI und KPI bedauern JENNYs Mißerfolg ehrlich. Beide führen ihn aber auf bestimmte grundsätzliche Fehlentscheidungen der SFP zurück, die etwa darin liegen sollen, daß JENNY zuviel Volkstumpolitik betreibt, nur die Volkspartei bekämpft und nicht ausgearbeitete sozialwirtschaftliche Programme vorzulegen wisse.

#### VII. Universität Bozen

Die Democrazia Cristiana bejaht die Errichtung einer Universität in Bozen. Es ist uns aber leider nicht bekannt, wie sie sich die Universitätsordnung vorstellt und ob sie sich z. B. darauf versteht, daß Professoren die italienische Staatsbürgerschaft besitzen müßten. NICOLODI meint, es sei im allgemeinen besser, die bestehenden Universitäten auszunutzen und dafür die Stipendien zu

vermehrten oder zu erhöhen. „Wenn Sie aber meinen, daß Sie durch eine zweisprachige Universität in Bozen eine neue Generation heranziehen können... bitte, dann ist es ein politisches Unternehmen, dann hätte ich nichts dagegen. Aber dann müßten wir zuerst Euch fragen, ob ihr Studenten von der Südtiroler Hochschülerschaft dann bereit seid, in Bozen zu studieren, oder ob ihr weiterhin in der Mehrheit nach Innsbruck und Wien gehen wollt. Ich würde Euch die Entscheidung überlassen. Man müßte darüber erst eine Untersuchung machen.“  
NICOLODI ist auch davon überzeugt, daß der italienische Staat die Verpflichtung hätte, den Südtirolern das Studium im Ausland zu finanzieren, ihnen das italienische Staatsstipendium zu gewähren, wenigstens für jene Fächer die in Italien anerkannt werden. Es hätte nämlich jeder das Recht, in einem Land zu studieren, in dem man seine Sprache spricht oder auch anderswo.  
Von AGOSTINI hören wir, die liberale

Partei hätte immer daran festgehalten, Südtirol müsse eine Brücke bilden zwischen zwei vornehmen Kulturen, ganz im europäischen Sinne. Freilich dürfe die deutsche Kultur nicht nur verteidigt werden, insofern sie die Vergangenheit betrifft, sondern auch sofern sie in die Zukunft weist. Diesbezüglich sei die Kulturpolitik des Landtages geschlossen und nur auf Bewahrung bedacht.

„Da denken wir etwa auch an eine Italienisch-Österreichische Universität in Bozen, die von den zwei bedeutendsten Universitäten, nämlich von Padua und Wien abhängig sein und zwei großen Gestalten der italienischen und deutschen Kultur gewidmet werden sollte, nämlich MANZONI und GOETHE. Natürlich werden wir die Einzelheiten zusammen mit den zuständigen Leuten für Kultur der deutsch-sorachigen Gegenseite studieren müssen und vor allem mit Euch, der Jugend unseres Landes. Gerade Euch müßten wir eine besonders weite Freiheit geben, die näheren Umstände zu bestimmen.“

Eine neue politische Realität:

## Die deutsche Opposition in Südtirol

Eva Klein

(1975/2)

Wie steht es um die deutschen Oppositionsparteien in Südtirol? Welches sind ihre Programme für die weitere Zukunft und welches ihre Chancen, zunehmend im Lande Fuß zu fassen, nachdem die Südtiroler deutscher Muttersprache seit Kriegsende oder besser gesagt seit der faschistischen Machtübernahme in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts an ein Einparteiensystem gewöhnt waren, das durch zeitige Versuche, dieser Einheitspartei eine Opposition gegenüberzustellen, nur vorübergehend gestört, nicht aber wirklich unterbrochen worden war?

#### Erste Anzeichen einer Opposition

Theoretisch müßten die Aussichten der Opposition nach der Annahme des sogenannten Paketes gut sein, auch weil damit eines der Hauptargumente der Südtiroler Volkspartei zugunsten ihrer Monopolstellung gegenüber Rom getaßt ist. Darüberhinaus haben sich die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in Südtirol im Laufe der Zeit geändert, weswegen vor allem links von der SVP Platz für eine Opposition sein müßte. Doch in einem bis vor kurzem vorwiegend von der Landwirtschaft gekennzeichneten sozioökonomischen System geht jede gesellschaftliche und politische Umstrukturierung langsam vor sich. Werfen wir also vorerst einen Blick auf die Vorgeschichte der Opposition in Südtirol.

Die als Sammelpartei kurz nach Kriegsende 1945 gegründete Südtiroler Volkspartei hat sich die Erhaltung der Volksgruppe und den Kampf um ihre Rechte in Rom und auf internationaler Ebene als vorderstes Ziel ihrer Tätigkeit gesetzt, wobei andere Interessen

zumindest in den Hintergrund gerückt und zum Teil jahrelang vernachlässigt worden sind. Um diese volkstumpolitischen Ziele zu erreichen, bedürfte es der Geschlossenheit der Südtiroler gegenüber Rom, erklärte die SVP und fand mit einigen Ausnahmen so lange Glauben und Unterstützung, bis diese Ziele mit der Annahme des Paketes, das heißt eines neuen, erweiterten Autonomiestatuts, erreicht waren.

Die ersten Oppositionsversuche wurden durch die Verschärfung und Ausartung des Volkstumpkampfes in Bombenterror und Sprengstoffattentate verursacht. Nicht alle waren mit diesem Gang der Dinge einverstanden. Bereits im September 1961 vereinigten sich Exponenten der SVP in einer moderierten parteiinternen Gruppe, die nach ihrem Programm „Aufbau“-Richtung benannt wurde. 1964 war ein letztes Mal von dieser Richtung die Rede, als es hieß, drei ihr angehörende SVP-Gemeinderäte, darunter der „Dolomiten“-Chefredakteur Toni Ebner, seien von ihrem Amt zurückgetreten, um als Exponenten einer „zweiten Süd-

tiroler Partei“ bei den Regionalratswahlen im Herbst zu kandidieren.

Einen weiteren Versuch unternahm Dietrich Graf Wolkenstein senior im August 1961 mit der Gründung der Südtiroler Dableiber-Partei, die er etwa ein Jahr später in Südtiroler Demokratische Partei umbenannte. Dieser Parteigründung war kein aufregendes Glück beschieden, die SDP nahm an keinen Wahlen teil.

Bereits vorher, und zwar Anfangs 1961, war eine Sozialdemokratische Partei Südtirols gegründet worden, deren Exponenten sich kurz vor den Parlamentswahlen 1963 in undurchsichtige Affären verstrickten und auch dadurch bei den Wahlen, an denen sie teilnahmen, erfolglos blieben und dann in Vergessenheit gerieten. An den erwähnten Wahlen nahm als unabhängiger Kandidat für den Senat der erste Generalsekretär der SVP, Altsonator Dr. Josef Raffener, teil, und erzielte mit über 15.000 Stimmen einen beachtlichen Erfolg, den er den Anhängern des Aufbaus zu verdanken hatte. Die Stimmen reichten nicht für einen Sitz, doch gründete Raffener im September des gleichen Jahres die als rechtsstehende Oppositionspartei zur SVP klassifizierte „Tiroler Heimat-Partei“ und kandidierte für die Regionalratsbeziehungsweise Landtagswahlen, wobei er mit über 5.000 Stimmen ein Mandat errang und bis zum Ende der Legislaturperiode innehatte. Die Partei

selbst ging nach inneren Krisen etwa 1967 ein.

Die einzige der damals gegründeten und heute noch bestehenden Oppositionsparteien ist die Soziale Fortschrittspartei Südtirols (SFP). Sie hatte ihren Ursprung in dem vom damaligen SVP-Landtagsabgeordneten Dr. Egon Jenny im Jänner 1965 gegründeten „Südtiroler Arbeitskreis für sozialen Fortschritt“. In diesem Arbeitskreis entfaltete Jenny eine Tätigkeit, die im April 1966 zu seinem Ausschluß aus der SVP und zur Gründung der SFP führte.

Letzter Anlaß zum Ausschluß Jennys aus der SVP war ein Rundschreiben des Arbeitskreises, in dem die Politik der SVP kritisiert und schon damals eine Reform der Verwaltung, eine bessere Koordinierung der verschiedenen Ämter, eine Vereinfachung des bürokratischen Aufbaus und eine langfristige Planung auf allen Gebieten gefordert wurde, die wirklich allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen sollte, und nicht nur gewissen Funktionären oder wirtschaftlichen Privatgruppen. „Es ist notwendig, daß wir uns von den überholten Lebensformen und von den patriarchalischen Einstellungen lösen und die gesellschaftliche Umgestaltung vorbereiten“, heißt es in dem Rundschreiben wörtlich. In diesem Umbruch entstünden Schichten, für die politisch, sozial und wirtschaftlich Platz gemacht werden müsse: für Südtiroler Industriearbeiter, Eisenbahner, Beamte, Techniker und Jung-Akademiker.

Im Zusammenhang mit den Gewerkschaften ließ es in dem Rundschreiben, das als eine Art programmatische Erklärung, die noch heute ihre Gültigkeit hat, angesehen werden kann, man werde „in Zukunft zwischen Politikern unterscheiden müssen, die aus Propagandagründen viel von sozialen Fragen reden und nichts dafür tun, und solchen, die nicht zögern, in den Gewerkschaften aus fadenscheinigen Gründen die Einheit der Südtiroler Arbeiter zu spalten (gemeint war die von der SVP betriebene Gründung des ASGB), und die sozialen Probleme als karitative Aufgabe und als Wahl-schlager betrachten.

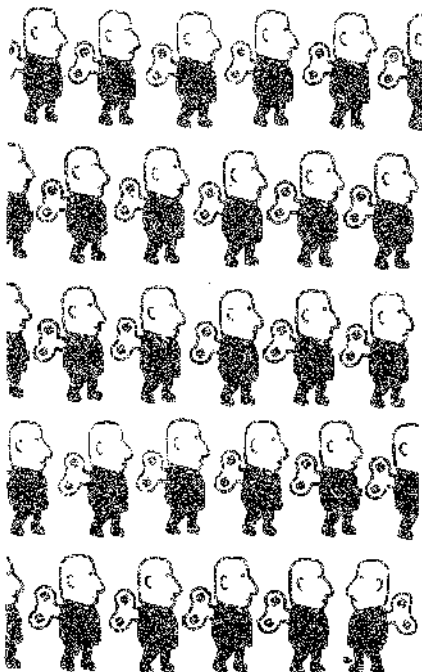
Schließlich wurde damals von Jenny die Notwendigkeit betont, die Beziehungen zu den italienischen Parteien zu überprüfen, die „von führenden politischen Kreisen Südtirols“ ständig geübt, einseitige Anpassung an die „angeblich weltanschaulich nahestehende DC und ganz besonders an den in Trient maßgebenden konservativen Flügel der Partei“ habe dem Südtiroler Volk schon „schwere Enttäuschungen und Rückschläge eingebracht“, heißt es in dem im April 1964 veröffentlichten Dokument.

Im Verlauf der Diskussion über die Haltung des Arbeitskreises und Jennys warf der „Dolomiten“-Direktor Toni Ebner seinem damaligen Nachfolger im Parlament, Hans Diel (dem später das gleiche Schicksal wie Jenny be-

schieden war), vor, ohne die notwendige Klärung im Schoße der Partei abzuwarten, den Fall Jenny hochzuspielen, „als ob er einem Bruche in der Sammelpartei Vorschub leisten wollte“. Diel selbst gab seinem damaligen Parteikollegen Jenny zu verstehen, daß „auch in der SVP bestimmte demokratische Spielregeln befolgt werden müssen“. Das kurz darauf zusammengesetzte Schiedsgericht der SVP dekretierte den Ausschluß Jennys aus der Partei, was diesen jedoch nicht dazu bewog, auf sein Landtagsmandat zu verzichten.

#### SFP: für ein modernes, freies und fortschrittliches Südtirol

Die Soziale Fortschrittspartei (SFP) trat in ihrem ersten Programmentwurf



für die Errichtung einer autonomen Region Südtirol ein, für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die allen Südtirolern Arbeit und Wohlstand sichert und der Abwanderung Einhalt gebietet und für ein modernes, freies und fortschrittliches Südtirol.

Im Verlaufe des Jahres 1966 traten drei SVP-Gemeinderäte zur SFP über, unter ihnen der derzeitige SPS-Landtagsabgeordnete Alfons Rigotti aus Kaltern und der heutige SFP-Gemeinderat von Bozen, Dr. Luis Lunger. Die Partei nahm nach einigen internen Schwierigkeiten erfolglos an den Parlamentswahlen im Frühjahr 1968 teil, bei denen sie 5.549 Stimmen und keinen Kammerplatz errang.

Fehl schlug der nächste Versuch Jennys, bei den Landtagswahlen im Herbst 1968 sein für die SVP vor vier Jahren errungenes Mandat für die SFP beibehalten zu können. Er erhielt 5.329 Stimmen; einige hundert mehr hätten für ein Restmandat gereicht.

Die SVP frohlockte, obwohl der deutschen Volksgruppe damit ein Mandat verloren ging. Bei den Gemeinde-

wahlen 1969 gelang es der Partei Jennys, in den 17 Gemeinden, in denen sie an den Wahlen teilnahm, 3.672 Stimmen und 24 Gemeinderäte zu erringen.

Einige Rückschläge hatte die Partei 1971 zu verzeichnen, als nacheinander insgesamt 71 Mitglieder austraten, nachdem zuvor der Kalterer Gemeinderat und heutige SPS-Landtagsabgeordnete Alfons Rigotti und der Obmann der Lokalorganisation von Kaltern Karl Zozin ausgeschlossen worden waren. Die zwielichtige Geschichte wurde nie ganz aufgedeckt. Jenny warf Rigotti vor, ihn durch einen Beamten der Landesregierung verdrängen zu wollen.

Bei den Wahlen am 18. November 1973 erhielt die SFP 4.014 Stimmen und Jenny mit 2.328 Vorzugsstimmen ein Restmandat, mit dem er wieder in den Landtag einziehen konnte. Die Gemeindevahlen im darauffolgenden Herbst 1974 brachten der SFP ein besseres Ergebnis: sie errang in den 15 Gemeinden, in denen sie kandidierte, 3.604 Stimmen und 22 Sitze mit einem Stimmenzuwachs im Vergleich zu den Landtagswahlen um 29 Prozent.

#### Die SFP erhält Konkurrenz

Damit wären wir vorläufig am Ende der Geschichte der SFP und können uns ihrer Konkurrenzpartei, der Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SPS) zuwenden, deren Ursprung in dem kurz vor den Parlamentswahlen im Mai 1972 von Hans Diel (er war im Herbst 1971 aus der SVP ausgeschlossen worden) gegründeten Wahlverband der Unabhängigen (WdU) liegt. Diel nahm an diesen Wahlen teil und erhielt auf Anhieb 28.739 Stimmen als Senatskandidat, die jedoch nicht für ein Mandat reichten. Damals schrieb die unabhängige Grazer „Kleine Zeitung“ zur Gründung des WdU, in Österreich habe bei den Wahlen 1949 und 1953 eine Liste gleichen Namens kandidiert, aus der Mitte der fünfziger Jahre die SPÖ hervorgegangen sei, deren nationalem Flügel Diel nahestehe.

Nach den Wahlen versuchte die SVP, Kontakte mit dem WdU aufzunehmen, die zu einer Rückkehr des Verbandes in die SVP führen sollten. Ein Gespräch fand statt, zeitigte jedoch ein negatives Ergebnis, da Diel erklärte, nur wenn die SVP wieder zur Sammelpartei werde, käme eine Rückkehr in Frage. Sie habe sich jedoch immer mehr zur Einheitspartei entwickelt und sei seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage, die oft entgegengesetzten Interessen der Südtiroler zu vertreten.

Anfangs November 1972 sickerte wie ein Paukenschlag die Nachricht durch, daß in Südtirol „eine vierte deutsche Partei“, und zwar die SPS gegründet worden war. Diel gab zu, die Partei zu unterstützen. Der WdU war vor den Kopf gestoßen und begründete Diels Schritt damit, daß dieser zuerst versucht haben, den WdU „in eine sozialistische Partei umzuformieren“, wogegen sich der Ausschluß ausgespro-

chen heißt. Der WdU kam daraufhin mit einem eigenen Programmentwurf heraus, und kündigte eine „starke Opposition zur SVP“ an und änderte seinen Namen in Partei der Unabhängigen (PDU). Als solche nahmen die verbliebenen Anhänger erfolglos (2.026 Stimmen) an den Landtagswahlen 1973 teil, konnten aber bei den Gemeindevahlen 1974, bei denen sie als Tiroler Verband gemeinsam mit der Europäischen Föderalistischen Partei (EFP) in sechs Gemeinden Kandidaten aufstellten und durchbrachen, einen gewissen Erfolg (über 1.100 Stimmen) erzielen. Die politische Zielsetzung der PDU ist aber unklar, zur Zeit legt sie das Hauptgewicht auf freie Verfügung über den Grundbesitz.

Zu den Gründungsmitgliedern der SPS, die bereits Mitte November 1972 ihr Programm vorstellten, gehörten unter anderem außer Hans Dietl Wilf Erschbaumer, Alfons Rigoli, Dr. Alexander Brenner-Kroth, Silvan Flor, Hermann Oberer, Dr. Peter Tappeiner und Norbert Fiorinetti, zum Großteil frühere SFP-Mitglieder. Im Aktionsprogramm der neuen Partei hieß es einleitend, man wolle den 26.000 Wählern, die bei den Parlamentswahlen für Dietl gestimmt, sich damit zu einem berechtigten Protest gegen die SVP entschlossen und von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch gemacht hätten, eine echte Alternative bieten. Die Ursache für den Wahlerfolg Dietls sei, daß die SVP zunehmend von „kleinen, auf ihre Sonderinteressen bedachten Gruppen gelenkt wird, während die Belange der sozial schwächeren Schichten in ihren berechtigten Forderungen entweder nicht vertreten oder übergangen werden“.

Im Programm wurden als erstes Arbeitspläne und wirtschaftliche Entwicklung genannt. Man sprach sich für zukunftsorientierte und umweltfreundliche Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe aus, um auch die Heimatfirmen zurückholen zu können. In Bildungsfragen wurde von besseren Möglichkeiten für alle und von einer pädagogischen Hochschule in Bozen gesprochen, von neuen Kindergärten und Mittelpunktschulen, von besserer Erwachsenenbildung. Die SPS trat ferner für die Pflege der Volkskultur und der Traditionen in zeitgemäßer Form ein. Was die Beziehungen zur italienischen Volksgruppe betrifft, zeigte sich die Partei an einer loyalen Zusammenarbeit interessiert, im Hinblick auf die Gewerkschaft sprach sich die SPS für einen parteilich nebeneinander und autonomen ASGE aus. Im übrigen erklärte Dietl, nicht die vierte, sondern die zweite deutsche Partei zu sein. SFP und PDU ignorierte er damit einfach.

Bei den Landtagswahlen ein Jahr später stellte die SPS 14 Kandidaten auf und verlor sich 13.000 Wählerstimmen. Die Bemühungen Dietls um die Schaffung einer Einheitsliste der Deutschen Oppositionsparteien SPS, SFP und PDU mit Kandidaten aller

drei Parteien waren am Listenzeichen und an anderen Meinungsverschiedenheiten gescheitert. Die SPS errang immerhin mit 12.056 Stimmen ein volles und ein Kostmandat, womit Hans Dietl und Wilf Erschbaumer in den Landtag einzogen. Für Dietl war damit „das Parteienmonopol der SVP endgültig zu Ende“, er räumte jedoch der SFP keinen Platz neben sich ein.

Zur Zeit der Gemeindevahlen 1974 nahm der SPS-Leader jedoch kaum noch am Parteilieben teil und unterstützte die Vorbereitungen auch nicht. Das Ergebnis war — man weiß nicht ob deswegen oder aus organisatorischer Gründen — eher mager. In den zehn Gemeinden, in denen die SPS an den Wahlen teilnahm, errang sie 2.389 Stimmen und elf Sitze. Ein neuerlicher Versuch Dietls, eine gemeinsame Oppositionsliste der SPS, SFP, PDU und EFP für die Wahlen zu schaffen, war ebenso mißlungen wie jener, Listenverbindungen herzustellen, wenn man von einigen wenigen Ausnahmen absieht. Einerseits sträubte sich die SFP mit der „ideologisch-rein“ PDU zusammenzugehen, andererseits sah sie sich von der SPS in Brixen brüskiert, wo letztere eine Listenverbindung mit der SVP anstrebte, was jedoch nicht gelang, weil sie von letzterer als „marxistische Partei“ abgetan wurde.

Die SPS widmete sich nach den Wahlen dem Aufbau der peripheren Organisationen, sie gründete Ortsgruppen und entwickelte auch im Landtag eine tatkräftige Tätigkeit. Als Hans Dietl Anfangs 1975 sein Landtagsmandat aus Gesundheitsgründen zurücklegte, rückte Alfons Rigoli an seine Stelle. Ein neuerlicher Versuch der SVP bei ihrem Landeskongreß im März die „oppositionellen Kräfte“ für die Partei zurückzugewinnen, wurde von der SPS entschieden zurückgewiesen, die SFP ignorierte ihn ganz.

Bei ihrem ersten Landeskongreß im Mai 1975, bei dem die 150 Delegierten auch das erste Statut der Partei und die Gremien wählten, erteilte die SPS ihrem Vorstand den Auftrag, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die deutschen Oppositionskräfte in Südtirol zu einigen. Ein gemeinsames Vorgehen sei vor allem im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen von großer Bedeutung, heißt es im Programm für die nächsten zwei Jahre. In grundlegenden Fragen, die die Sicherung der Rechte der deutschen Volksgruppe betreffen, wird der Vorstand verpflichtet, auch mit der SVP Kontakte aufzunehmen, um eine gemeinsame Plattform zu finden.

Im übrigen versteht sich die SPS wie beim Landeskongreß erklärt wurde, als Partei der linken Mitte. Als besorgniserregend wird die zunehmende Machtkonzentration in den Händen der SVP bezeichnet, sowie die ebenfalls zunehmende kulturelle Abkapselung und die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmer. Weiteren Anlaß zur Sorge gibt schließlich die Abwanderung von Südtirolern in italienische Parteien.

Diese beiden, von der SVP bei ihrem Kongreß aufgeworfenen Fragen, das heißt die Einigung der oppositionellen deutschen Kräfte und die Abwanderung von Südtirolern in italienische Parteien meist linker Ausrichtung, sind im Zusammenhang mit der künftigen Entwicklung in Südtirol im allgemeinen und mit jener der beiden sozialistischen oder sozialdemokratischen Oppositionsparteien im besonderen von Bedeutung.

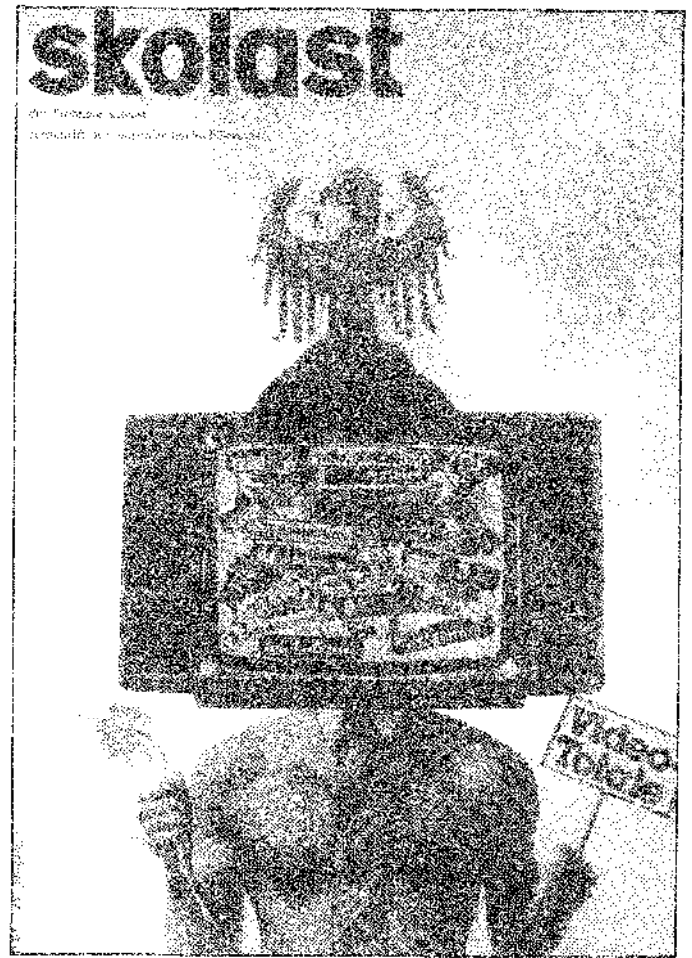
#### Deutsche Kandidieren auf KPJ- und PSI-Listen

Um sich ein klareres Bild machen zu können, muß vorerst erwähnt werden, daß bei den Landtagswahlen 1973 die Kommunistische Partei (KPJ) zehn deutsche Kandidaten unter insgesamt 34 aufstellte, von denen einer (Josef Stecher) ein Landtagsmandat errang, während der Italiener Anselmo Gauthier das zweite zugesprochen erhielt. Auch bei den Gemeindevahlen 1974 stellte die KPJ in den 19 Gemeinden, in denen sie teilnahm, unter den 137 Kandidaten 38 Deutsche auf ihre Listen, von denen drei einen Sitz errangen (Eppan, Montan und Bozen).

Auch die italienischen Sozialisten (PSI) stellten bei beiden Wahlen deutsche Kandidaten auf, was noch bemerkenswerter ist, da ja zwei deutsche sozialistisch beziehungsweise sozialdemokratisch ausgerichtete Parteien teilnahmen. Bei den Gemeindevahlen 1974 standen rund 26 deutsche Kandidaten auf PSI-Listen (die Zahl kann auch größer sein, da genaue Angaben fehlen) und ungefähr drei errangen einen Sitz.

Eine nicht unbedeutliche Zahl von deutschen Südtirolern hat sich demnach bereit erklärt, auf diesen italienischen Listen zu kandidieren und damit eventuell auch in italienischen Parteien tätig zu sein. Diese Tatsache wurde von der SVP wie von der deutschen Monopressen verschämmt übergangen, während man andererseits Jenny seine verschleierte Wahlkampfkampagne zugunsten des PSI jahrelang als Verrat am Volkstum vorgehalten hat, während man seine Stellungnahme zugunsten des Proporzsystemes als ebensolchen Verrat anpflanzte, obwohl dies die einzige gerechte Lösung wäre.

Die SVP will nicht zur Kenntnis nehmen, daß es Südtiroler gibt — vor allem junge Menschen — die die Vergangenheit überbrückt haben und ihre parteipolitische Überzeugung nationalen Überlegungen vorzustellen. Es zeugt von Kurzsichtigkeit, diesen Landsteuern weder in der eigenen Partei noch in den deutschen Oppositionsparteien ein Verbot für diese politische Überzeugung aufzuerlegen, ja die Oppositionsparteien so schlecht zu machen, daß es für diese Südtiroler keinen Unterschied mehr ausmacht, sich zu ihnen oder zu italienischen Gesinnungsgenossen zu bekennen.



## Medien

# Einer für alle, alle gegen einen

Die zunehmende Bedeutung der gesellschaftlichen Information (Kommunikation) – und damit die der Medien –, ist heute weitgehend unbestritten und wichtiger denn je. Kommunikation ist ja die zwischenmenschliche Vermittlung sozialen Wissens und gleichzeitig sozialen Handelns. Die publizistische Freiheit, in Wort, Schrift und Bild, ist in einem pluralistischen Staat das die freiheitlichdemokratische Grundordnung bestimmende Grundrecht. Deshalb gibt es für die Publizistik (Medien) notwendige Grundbegriffe, die ihr Wesen kennzeichnen und bestimmen.

Da ist vor allem die »Öffentlichkeit«, das Lebenselement der gesamten Publizistik. Dann die »Aktualität«, aus der Gegenwartswirkung erhält die Publizistik Antrieb und Auftrag. Die »Gesinnung« ist die Grundhaltung, mit einem einheitlichen oder vielfältigen Charakter. »Eindringlichkeit« und »Anschaulichkeit« der Form sind entscheidend für das Gelingen einer jeden publizistischen Arbeit. Der »Publizist« (als Vermittler oder der »Sender«) selber, ist, aus freier Berufung oder im kollektiven Auftrag, der persönliche Träger seiner öffentlich oder nicht-öffentlich bewirkten Aufgabe.

Der »Skolast« hat sich im Laufe seines 30-jährigen Bestehens vielfach mit Kommunikationsformen auseinandergesetzt. Besonders Ende der 60er Jahre und in den 70ern fand dabei eine Infragestellung der sogenannten »öffentlichen« Meinung in Südtirol statt. Die Analyse der Gesellschaft und eine gewisse

politische Sichtweise bewirkten eine Hinterfragung der Kommunikation, die allzuoft monopolisierenden Tendenzen ausgesetzt ist und war. Daher vermittelt das Pressewesen in Südtirol im Großen und Ganzen Bilder der Harmonie und Eintracht. Konflikte gestempelter »Abweichler« werden institutionalisiert, was gleichzeitig eine Harmonisierung mit sich bringt.

Dr. Toni Ebner gibt zunächst in seinem Beitrag (1969 erschienen) einen kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Pressewesens in Südtirol. Politische Meinungen, so glaubt er zu erkennen, wandeln sich langsam und dann auch meistens nur im Detail. Damit keine Beschleunigung eines solchen Wandels eintritt, soll die Presse dem Leser Argumente liefern, die seine bereits bestehende Meinung nur stützen.

Der 2. ausgewählte Beitrag von Pepi Tinkhauser (1976) versucht eine Analyse der wöchentlichen »Randbemerkung«, eines tonangebenden Redakteurs der nämlichen Zeitung, wo »sachliche Dispute« diensttäglich zu einem emotionsgeladenen Kampf werden.

Gerhard Becker-Gelf untersucht schließlich in einem 1978 erschienen Artikel dieses, die öffentliche Meinung Südtirols zentralbestimmende Meinungsblatt, das von Südtirol sich (sein) eigenes Bild schafft, um es dann monopolartig den Leuten darzubringen.

# Die Presse in Südtirol — Möglichkeiten der politischen Meinungsbildung

Dr. Toni Ebner

(Sondernummer zur XII Studientagung, 1968)

Ihre Tagung und das mir zugedachte Thema haben durch eine Reihe von ungunstigen Ereignissen der letzten Woche im Nachbarland — in der Bundesrepublik Deutschland — an Aktualität nur gewonnen: Steht doch im Mittelpunkt der mehr als bedenklichen Demonstrationen und Zerstörungen ein deutscher Zeitungsverleger, dessen Kopf von aufgebracht Studenten und Nichtstudenten lautstark gefordert wird. Was macht man ihm eigentlich zum Vorwurf? Auflagenstarke Zeitungen und Zeitschriften ins Leben gerufen zu haben, die nicht nach dem Geschmack der Jugendlichen — oder besser gesagt einer kleinen — allerdings sehr aktiven und aggressiven — Gruppe von Studenten schreibt. Gemeint ist der sogenannte deutsche Zeitungskönig Axel Springer, der entthront werden soll. Man kann mit den Pressezeugnissen seines Verlages einverstanden sein oder nicht — wir sind es durchaus nicht mit allen, so wie bekanntlich mit den unsrigen nicht alle einverstanden sind —, eines ist aber sicher: niemand wird gezwungen oder kann heute — vor 25 Jahren war es anders, ganz anders! — gezwungen werden, sie zu lesen. Zur Bekämpfung einer mißliebigen Presse gibt es meines Dafürhaltens eine Reihe von legalen Mitteln. Darum geht es diesen Raycluzzern ja gar nicht. Es geht ihnen um etwas anderes: sie wollen das Bestehende — der Springer-Verlag ist weitgehend ein Vorwand — mit Brachialgewalt niederreißen. Im gleichen Atemzug predigen sie den Frieden und eine neue, humanere Gesellschaftsform. Werden sie danach gefragt, wie diese Gesellschaftsform aussehen soll, lautet die unbekümmerte Antwort: „Das wissen wir selber nicht“. So geschehen in Bozen — auf einer Veranstaltung junger zorniger Weitverbesserer, die es seit einiger Zeit auch bei uns in Südtirol gibt und die mit ihren unausgegorenen Ideen und Parolen neben den Schulen und Universitäten auch bei uns die bestehende Gesellschaftsordnung von Grund auf ändern möchten. Der eigentliche Stein des Anstoßes bildet auch in Südtirol die Presse, d. h. nicht die Presse schlechthin, sondern wiederum eine bestimmte Presse — die Athesia-Presse. Nach Auffassung dieser Leute ist sie noch schlimmer und gefährlicher als jene von Axel Springer, weil in Südtirol nicht 30 oder 40%, sondern über 90% der Presse vom Athesia-Verlag bzw. von seinem erreaktionären Direktor kontrolliert würde. Auch wer nicht viel mehr als nur einen blauen Dunst von der sogenannten „Macht der Presse“ hat, wird über die Naivität dieser Apostel nur herzlich lachen können.

Um es gleich vorwegzunehmen — wir werden darauf noch zurückkommen —: Wäre die Beeinflussungsmöglichkeit der Presse wirklich so groß wie angegeben wird, würde es in Italien, um das uns nächstliegende Beispiel zu wählen, keine 12 Millionen christlich-demokratische Wähler geben, hat doch das DC-Organ „Il Popolo“ ungefähr nur gleichviel Tausend Auflage als die Partei Millionen Wähler seit Jahr und Tag ihr eigen nennen kann. In gleicher Weise hätte De Gaulle nur einen Bruchteil seiner Wählerschaft, wollte man diese an Hand der Auflage der seiner Politik hörigen Presse errechnen. Diese Presserechnung geht nicht auf. Leider wird sie aber von Uneingeweihten — wie viele andere Schlagworte — einfach geglaubt und als bare Münze genommen. Und dann passieren eben aus einer Massenpsychose heraus Dinge, wie wir sie dieser Tage in vielen Städten Deutschlands und außerhalb erlebt haben.

Eine bessere Kenntnis der Wirklichkeit, aber auch ein zeitgerechtes Auftreten gegen Hetz- und Verleumdungskampagnen und ein entschiedeneres Einschreiten der Behörden würden zweifelsohne zur Hintanhaltung von solchen Auswüchsen beitragen.

Vor bzw. bis zum Ende des Ersten Weltkrieges ist vom Südtiroler Zeitungswesen nichts besonders zu sagen, außer daß es — so wie die anderen Kronländer — eine Reihe von lokalen Tageszeitungen und Zeitschriften, parteigebundene und parteiungebundene, hatte. Zu erwähnen wären:

„Der Tiroler“ im Jahre 1899 als christlich-soziales, dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt gegründet und vom „Preßverein Tyrolia“ herausgegeben, vertrat die Interessen der Tiroler Volkspartei. Schon 1914 avancierte er zur Tageszeitung.

Die „Meraner Zeitung“ 1867 gegründet, erschien nach einem mißlungenen Versuch im Jahre 1890 seit September 1914 auch als Tageszeitung. Sie war zwar nicht offizielles Organ der liberalen Partei, stand den sogenannten Deutschfreiheitlichen aber sehr nahe.

Dann die 1893 gegründeten und sich als „Unabhängiges Landesblatt“ bezeichnenden, aber doch eher liberalen „Bozner Nachrichten“.

Ein stark lokal beschränktes Blatt war der 1883 gegründete und als Konkurrenz für die „Meraner Zeitung“ gedachte Meraner „Burggräfler“. Er erschien zweimal wöchentlich.

Stark konservativ war das seit 1862 in Bozen erscheinende „Tiroler Volksblatt“. Mit seinem 1200-1500 Exemplaren Auflags spielte es im Südtiroler Zeitungswesen jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Wesentlich bekannter und beliebter war die 1888 von Prof. Amilian Schöpfer gegründete „Brixener Chronik“. Die Zeitung hatte Brixen mit einem Schlag zu einem politischen Zentrum gemacht. Zwar trug sie in der ersten Zeit nach der Gründung noch die Bezeichnung „Ein konservatives Wochenblatt“, doch verließ sie in der beginnenden Auseinandersetzung der Konservativen mit der neuen christlichsozialen Richtung das konservative Lager und wurde durch den Einfluß Prof. Schöpfers zur ersten christlichsozialen Zeitung Tirols. Durch den Ausbau des „Tiroler“ verlor sie jedoch später immer mehr Abonnenten.

Mit dem Kriegsende und der Zerreißung des Landes Tirol durch die Angliederung des südlichen Teiles an Italien entstand eine ganz neue und schwierige Lage auch auf dem Zeitungsmarkt. Man denke nur an die in einer Zeitung nicht unterdrückende Gewissensfrage, wie sich den neuen Machthabern gegenüber verhalten. Dieser heiklen Problemstellung wurden Verleger wie Journalisten weitgehend durch die Zensur entzogen.

Selbst nach der offiziellen Aufhebung der Zensur wurden die Dinge nicht besser. Jedes aufrichtige Wort, jede Darstellung der wahren Zustände, jede Anprangerung der Mißstände, wurde als „Herabwürdigung der Behörden“, als „Aufreizung zum Haß“ oder als „Entstellung von Tatsachen“ gewertet und war daher Grund für eine nicht enden wollende Reihe von Konfiskationen. Als die Einführung des italienischen Pressgesetzes im Jänner 1922 — bis dahin hatte noch das österreichische Pressegesetz gegolten — die Konfiskationemöglichkeiten stark einschränkte, war der Druck und die Macht nationalistischer, faschistischer Kreise in Südtirol bereits so groß geworden, daß sich die Blätter trotzdem immer vorsichtiger äußern mußten. Die schwerste Zeit für die Presse begann nach der Machübernahme der Faschisten im Oktober 1922. Das Schreckgespenst der völligen Einstellung vor Augen, gelang es ihr nicht mehr, die vordringlichsten Fragen erschöpfend zu behandeln und die Bevölkerung über die forciert einzusetzenden Italienisierungsmaßnahmen aufzuklären. Der Startschuß zur Unterdrückung der deutschen Presse wurde mit jenem Dekret vom Juli 1923 gegeben, das zwar ganz Italien betraf, sich jedoch vor allem für die Südtiroler Presse verheerend auswirkte. Es gab dem jeweiligen Präfekten das Recht, einen verantwortlichen Redakteur zu verwarren, wenn seine Zeitung antifaschistische Artikel brachte. Bei zweimaliger Verwarnung innerhalb eines Jahres wurde der Verantwortliche seines Postens entzogen und der Herausgeber mußte einen neuen Redakteur vorschlagen. Das Endstadium bestand dann darin, daß die Zeitungen entweder den Faschisten genehme Schriftleiter in ihren Redaktionen sitzen hatten oder ihr Erscheinen einstellen mußten. Das Dekret wurde in der Zeit der letzten Oppositionsangriffe während der Matteotti-Krise in schärfster Form zur Anwendung gebracht und erfuhr in Südtirol noch eine Verschärfung durch die Einführung der Vorzensur am 9. Jänner 1925.

Hatte man in Südtirol geglaubt, die Einführung der Vorzensur



würde einen Schutz vor Verwarnungen bieten, so mußte man sich bald eines Besseren belehren lassen. Die verstockte, aber doch nicht heftige Kritik, die man immer wieder an den Italianisierungsmaßnahmen übte, führte im Herbst des Jahres 1925 zur Einstellung der „Bozner Nachrichten“, der „Brixener Chronik“ und des „Tiroler“, der damals schon „Landsmann“ hieß. Das „Volksrecht“, das seit 1920 dreimal wöchentlich erscheinende Organ der Südtiroler Sozialdemokraten, hatten die Faschisten trotz seiner proitalienischen Haltung — die Sozialdemokraten waren sogar ein Wahlbündnis mit den Faschisten eingegangen — schon früher eingestellt. Die übriggebliebenen Blätter führten ein mehr als trauriges Dasein. Immer wieder erhielten die Redaktionen Auftrag, über bestimmte Ereignisse nicht zu berichten; außerdem wurde ihnen strikte verboten, zensurierte Stellen kenntlich erscheinen zu lassen. Im September 1925 verschwand schließlich der Rest der deutschen Presse aufgrund eines Verbotes der gesamten italienischen Oppositionspresse, das nach einem Attentat auf Mussolini am 11. September ergangen war. Es war die schreckliche zensurlose Zeit!

Nach vielen Bemühungen gelang es der Tyrolia, die damals — nach dem Verbot des Namens Tirol — bereits auf „Vogelweider“ umgetauft worden war und 10 Jahre später noch einmal Firmennamen ändern mußte, daher die heute noch gültige Firmenbezeichnung „Athesia G.m.b.H.“, bzw. gelang es dem unermüdlichen Kanonikus Gamper, das Erscheinen der Tageszeitung unter einem neuen Zeitungskopf — es war die Geburtsstunde der „Dolomiten“ — das Wiedererscheinen des Wochenblattes der „Volksbote“ und des Neuerscheinen einer rein katholischen Wochenschrift — das „Katholische Sonntagsblatt“ zu erwirken. Diese drei Blätter fristeten dann — neben einigen Fachzeitschriften wie die „Jugendwacht“, die „Frau“ und der „Schlern“, der 1939 verboten wurde — mehr schlecht als recht ihr Dasein bis 1941 bzw. 1943, als auch sie eingestellt und verboten wurden. In jener Zeit der größten nationalen Not und politischen Unterdrückung war die Südtiroler Bevölkerung dankbar, daß es überhaupt noch einen Verlag gab, der aus eigener Kraft imstande war, einige Presseprodukte herauszubringen. Indessen spitzten sich die politischen Verhältnisse immer mehr, bis es 1939 zum Schandvertrag zwischen Hitler und Mussolini über die Optionen kam. Ohne auf andere Einzelheiten jener für Südtirol schrecklichen Zeit einzugehen, sei aus der Sicht des Zeitungsverlages nur erwähnt, daß die von Kan. Gamper geleitete Athesia-Presse — soweit dies unter den damaligen Verhältnissen überhaupt möglich war — sich klar für das Verbleiben im Lande und gegen die zugeworfene Abwanderung (ins dritte Reich) aussprach womit sie in offenen Widerspruch zur Entscheidung der übergroßen Mehrheit der einheimischen Bevölkerung kam und sich verständlicherweise den tödlichen Maß der Nationalisten zufolge Kan. Gamper war damals der bestgehaßte Mann in Südtirol und der Athesia-Presse erging's nicht besser. Eine Reihe von langjährigen Mitarbeitern kehrten nun dem Verlag wie der Redaktion und dem technischen Betrieb den Rücken oder mußten abgehaut werden — zwanzig Jahre später sollte sich unter anderen Vorzeichen ähnliches wiederholen, womit die außergewöhnlichen Schwierigkeiten selbst der „technischen“ Herstellung einer Tageszeitung in Südtirol nur angedeutet sein sollen.

Als weitere Folge stellten die Faschisten unter dem politischen Druck ihrer nationalsozialistischen Brüder 1941 die beiden Wochenzeitungen („Volksbote“ und „Katholisches Sonntagsblatt“) ein, während mit der militärischen Besetzung im September 1943 und der Errichtung der „Operationszone Alpenvorland“ unter dem politischen Kommando des Gauleiters Franz Hofer die „Dolomiten“ eingestellt und der Verlag mit seinem technischen Betrieb und seinen Buch- und Papierhandlungen beschlagnahmt und in Zwangsliquidation gesetzt wurde. Kan. Gamper konnte sich durch Flucht in Sicherheit bringen, während zwei seiner Mitarbeiter in der Redaktion und zahlreiche Freunde in den Konzentrationslagern landeten. Verlage- und Journalistenschicksale, wie wir sie mutandis auch anderswo immer wieder erleben.

Zur Liquidierung des Verlages ist es nicht mehr gekommen, weil erstens einmal die erforderliche Zeit dazu nicht ausreichte — Anfang Mai 1945 war der ganze Spuk ja zu Ende —, und zweitens weil der mit der Liquidierung des Unternehmens beauftragte Kommissar gar keine Eile an den Tag gesetzt hat. Wie wenig ihm — und auch anderen — die Athesia seinen Auftrag verübelte, beweist die Tatsache, daß der Liquidator heute Obmann des Auf-

sichtsrates unserer Verlagsanstalt ist. Dieses Beispiel wurde stellvertretend für viele andere Fälle erwähnt, um damit zu sagen, daß die Südtiroler, auch wenn sie sich einmal gehörig gestritten haben, doch alle aufeinander angewiesen sind, zusammenhalten und vergangene wie gegenwärtige Auseinandersetzungen zu überwinden imstande sein müssen. Damit soll durchaus nicht gesagt werden, daß bei uns etwa alles in Ordnung und nichts reformbedürftig wäre, daß am Bestehenden nichts geändert werden dürfe oder daß das Gegebene widerspruchlos hinzunehmen sei. Ich glaube, es geht nicht um das ob, sondern um das „wie“. Eine gewisse Behutsamkeit im Vorgehen ist in unserem Falle sicher sehr angezeigt. Denn die Tatsache, daß wir eine nationale Minderheit in fremdem Staats sind, kann man nicht waggdiskutieren und die Südtirolfrage auch nicht mit ein paar „Integrierten Veranstaltungen“ lösen.

\*\*\*

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zog auch in Südtirol die Pressefreiheit wieder ein. Jeder, der will und einige formalrechtliche Voraussetzungen erfüllt, kann seitdem in Südtirol Zeitungen und Zeitschriften nach Herzenslust herausgeben. Die Südtiroler haben von diesem Recht weitgehenden Gebrauch gemacht. Einer statistischen Erfassung des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitutes — ohne Garantie für Vollständigkeit — zufolge, sind in Südtirol 1966 nicht weniger als 47 Zeitungen und Zeitschriften, Mitteilungsblätter usw. in deutscher Sprache erschienen. Inzwischen sind es bestimmt nicht weniger, sondern eher mehr geworden. Davon erscheinen täglich zwei („Dolomiten“ und „Blatt für deutsche Leser“ des italienischen „Alto Adige“), wöchentlich 6, 14-tägig 6, monatlich 21, zweimonatlich 3, vierteljährig 4, jährlich 3 und unregelmäßig 2.

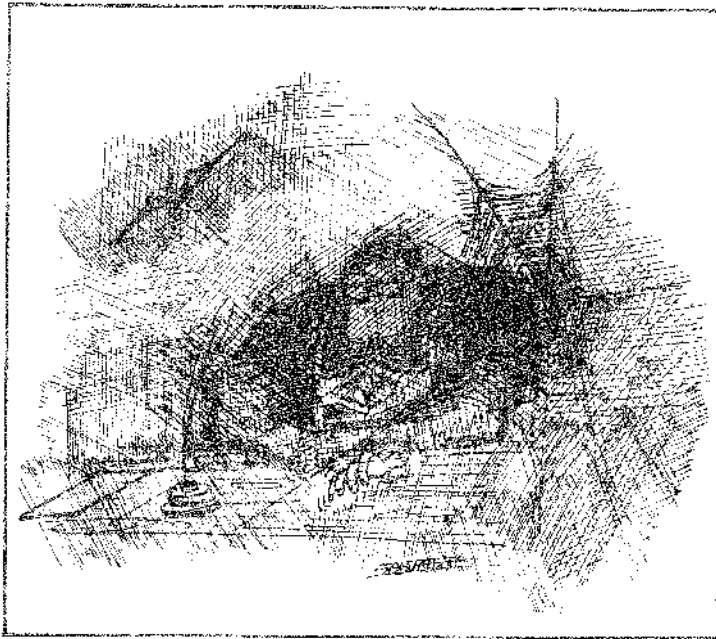
Informativ-politischen Charakter haben die „Dolomiten“, der „Volksbote“, die „Südtiroler Nachrichten“, die „Wirtschaftszeitung“ hat ihre politischen Kommentare seit längerem wieder eingestellt, der „Deutsche Sonderdienst“ der DC-Agentur Italia und das „Blatt für deutsche Leser“, das Kommunistenblatt „Panorama“, der Pressedienst der SFP und die seit einigen Monaten erscheinende „Brücke“; ob der „Fahrende Skolast“ auch in diese Kategorie gehört, bleibe dahingestellt. Obwohl sie bereits für Erscheinen seit mehreren Jahren eingestellt haben, sind unter dieser Kategorie noch die beiden Wochenzeitungen „Der Standpunkt“ (von 1947 bis 1957) und die „Alpenpost“ (illustrierte Wochenzeitung von 1951 bis 1957) zu nennen, die beide bezeichnenderweise in der Druckerei des Bozener Nationalistenblattes „Alto Adige“ hergestellt wurden.

Welche der 47 Zeitungen und Zeitschriften passiv oder aktiv sind, d. h. ohne Zuschüsse von privater oder öffentlicher Seite durch den Verkauf und Inserate sich selbst erhalten, ist sehr schwer festzustellen. Dasselbe gilt für die Auflage der verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften. Sie ersparen es mir wohl, über die einzelnen Zeitungen und Zeitschriften ein Werturteil abzugeben, weil ich doch pars in causa bin.

Neben diesen deutschsprachigen Publikationen erscheinen in Südtirol drei italienische Tageszeitungen („Alto Adige“, „Adige“ — Bozener Ausgabe — und „Il Giorno“ — seit einem halben Jahr mit zwei Seiten Südtirolnachrichten) und eine ganze Reihe von Wochenzeitungen italienischer Parteien und Organisationen, von denen „Il Segno“, das katholische Sonntagsblatt in italienischer Sprache, besondere Erwähnung verdient. Sämtliche italienische Tageszeitungen sind neben den zahlreichen illustrierten nicht nur erhältlich, sondern werden von den Südtirolern auch gelesen, die ja fast alle italienisch verstehen. Ein Gleiches kann von den Italienern nicht gesagt werden, die kaum deutsche Sprachkenntnisse besitzen.

Was öffentliche Meinung in einem konkreten Fall ist, kann durch Meinungsumfragen relativ schnell und präzise festgestellt werden. Wie es zu dieser öffentlichen Meinung aber kommt, ist wohl nicht mehr Frage der Politikwissenschaft, sondern der Psychologie.

Öffentliche Meinung ist 1.) eine Summe von Einzelmeinungen, die lediglich im Grundnenner übereinstimmen, in Details aber von Mensch zu Mensch differieren, und 2.) nur selten eine Sache der Ratio, des Intellektes, des verstandesmäßigen Erkennens der Wahrheit, sondern vielmehr eine Summe von Sentiments und Fessenti-



ments, von Vorurteilen, Stimmungen und verdrängten Wünschen, von Erziehungsgut und Schlagworten.

Wenn hier von politischer Meinungsbildung im Zusammenhang mit der Presse die Rede ist, liegt offenbar ein Grundfehler in der Themenstellung vor. In Südtirol — wie überall in der Welt — steht die politische Meinung nämlich im allgemeinen schon fest, wenn der junge Mensch zum erstenmal den politischen Teil einer Zeitung bewußt in sich aufnimmt.

Das heißt nicht, daß politische Meinung nicht manipuliert werden kann. Manipulation aber — also das unzulässige Beeinflussen durch Stimmungswerte und Ressentiments usw. — diese Manipulation ist nicht Aufgabe der Presse, wenngleich nicht alle Herausgeber und Journalisten sich an diesen Grundsatz halten.

Politische Meinungen wandeln sich zwar im Lauf der Jahre, doch meistens lediglich im Detail. In den Grundprinzipien bleiben sie erhalten. Das beweist sogar das lawinenartige Anschwellen faschistischer und faschistoider Bewegungen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts: Millionen Menschen erlagen zwar der Verführung durch Schlagworte, es gelang ihnen jedoch auch nach dem Zusammenbruch der totalitären Machtapparate relativ schnell, auf ihr ursprüngliches politisches Meinungsgebilde zurückzufallen — und das ohne wesentliche intellektuelle Schwierigkeiten. Im Lebensweg vieler der älteren Generation ist das präzise festzustellen: Nach 1945 standen sie wieder dort, wo sie vor 1922 (Italien), 1933 (Deutschland) oder 1938 (Österreich) gestanden waren. Die auf den ersten Blick unmöglich erscheinende doppelte Konversion im Verlauf oft nur weniger Jahre wird sogar leicht verständlich, wenn man bedenkt, daß die totalitären Bewegungen nur in wenigen Punkten ihres Programms wirklich Neues postulierten. Am Beispiel des Nationalsozialismus läßt sich das leicht demonstrieren: Antisemitismus, germanischer Mythos, Antisemitismus, pseudosozialistische Vorstellungen vom Weltkapitalismus und der Zinsknechtschaft, die Verherrlichung von Blut, Boden und Rasse — all das gab es schon vorher, all das war in einem ganzen Jahrhundert vor dem Entstehen des Nationalsozialismus bereits in die öffentliche Meinung eingesickert. Die Manipulation durch den Nazi-Faschismus war also lediglich eine Zusammenfassung latent bereits gegebener Meinungen und nicht die Bildung einer neuen Meinung.

Als Beispiel für die Unmöglichkeit, die festgefahrene politische Meinung anders als durch massive Manipulation, durch den Einsatz „geheimer Verführer“ zu ändern, können die österreichischen Wahlergebnisse des letzten halben Jahrhunderts angeführt werden. Christlichsoziale plus Landbund bzw. die ÖVP erhielten zwischen 1919 und 1966 folgende Nationalratsmandate: 75, 68, 92, 87, 82, 75, 85, 77, 74, 82, 79, 81, 85. Die Sozialisten und die Kommunisten (die nur von 45 bis 59 im Parlament saßen) errangen: 72, 66, 69, 68, 71, 72, 76, 67, 73, 74, 78, 76, 74, Mandate. Die Großdeutschen,

bzw. der WdU, bzw. die FPÖ erhielten: 20, 20, 21, 10, 15, 10. (1945): 16, 14, 6, 6, 8, 6 Mandate. Wenn man aus diesen Zahlenketten die atypischen Ergebnisse der ersten Wahlen nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg sowie der Wahlen von 1945 (als die Deutschnationalen nicht abstimmen durften und noch Hunderttausende in Kriegsgefangenschaft waren), abzieht, ergeben sich fast völlig gleichbleibende Zahlenreihen, die zwar einzelne Tiefs und Hochs erkennen lassen, gleichzeitig aber dafür zeugen, daß der überwiegende Teil der Wähler über Jahrzehnte seine Meinung festhält. Bei den letzten fünf Wahlgängen schwankte die ÖVP mit plus/minus 5,5 Mandaten, um ihren Mittelwert, die SPÖ sogar nur mit 2,5 und die FPÖ mit plus/minus 4. Anders ausgedrückt: 153 der 156 Sitze im Nationalrat haben im Verlauf von eineinhalb Jahrzehnten nicht gewechselt.

Oder noch anders ausgedrückt: Die österreichische Presse hat zwar zweifellos zur politischen Meinungsbildung beigetragen, dabei jedoch höchstens eine schmale Schicht von „Flugzeug“ beeinflussen können — und auch dieses karge Resultat geht wahrscheinlich eher auf das Konto der Wahlwerbung der Parteien selbst.

Und noch ein Beispiel, diesmal aus der Bundesrepublik Deutschland: Obwohl die Zeitungen des Springerkonzerns einen Anteil an der westdeutschen Tagespresse von fast 40 Prozent haben, an der Berliner Tagespresse sogar von 70 und an den Sonntagszeitungen von 90 Prozent, hat der bekannte Standpunkt all dieser Zeitungen weder zu einer dauernden Schwächung der SPD noch zu einer Stärkung jener Partei geführt, die am ehesten mit dem Weltbild dieser Zeitungen identifiziert werden kann, im Gegenteil: die FPÖ geht langsam ihrem Ende als parlamentarische Partei entgegen.

Zusammengefaßt kann gesagt werden:

1. Eine dauerhafte und meßbare Beeinflussung der politischen Meinung der Masse kann nur durch massive und moralisch nicht vertretbare Manipulation erreicht werden.
2. Selbst dort, wo das versucht wird, sind die Resultate eher dürftig.
3. Die Presse — in Südtirol wie überall im demokratischen Europa — nimmt an diesem Prozeß wenig Anteil.

Es erhebt sich die Frage, warum die Presse dann überhaupt über politische Vorgänge berichtet. Es gibt dafür mehrere einfache Begründungen:

1. Erfüllt sie ihre Christenpflicht; sie tut das im Bewußtsein, daß nur eine Minderheit der Leser an politischen Fragen auch im Detail interessiert ist.
2. Liefert sie dem Leser immer wieder Argumente, die seine bereits bestehende und kaum änderbare Meinung stützen; die Berichterstattung — auch wenn sie durchaus nicht „wertfrei“ ist, sondern auf festem weltanschaulichem Boden steht —, diese Berichterstattung wird von jedem Leser anders für sich selbst interpretiert.
3. Aber füllt die Presse eine Lücke, die — gäbe es sie nicht — von Agitatoren besetzt würde: sie gewährleistet, daß der ständige Nachvollzug der politischen Meinung des einzelnen durch rationale Argumente gestützt wird und nicht durch Schlagworte. Dann erst wenn die Agitatoren freie Bahn haben, kann Meinung wirklich — wenn auch nur für begrenzte Zeit — geändert werden, dann allerdings immer nur zum Extrem hin, gleich ob links oder rechts.

Demokratie ist Diskussion, eine echte Diskussion aber ist nur aufgrund von Tatsachen möglich; werden Schlagworte verwendet degeneriert sie zur Agitation.

Die Meinungsäußerung und die Beeinflussung gehören zu den legitimen Zielen der Zeitung. Niemand wird die zahlreichen Gefahren, die damit verbunden sind, bestreiten, doch muß einer Zeitung, die ihre politische und weltanschauliche Flagge deutlich zeigt, wohl auch das Recht zugestanden werden für ihre Ideen in geeigneter und zuverlässiger Weise zu werben.

Wenn die einheimische Presse in Südtirol — und lassen Sie mich damit abschließen — auf die politische Meinungsbildung noch einen größeren Einfluß als anderswo haben sollte, so dürfte das nicht zum Schaden der Bevölkerung sein, die — ich darf dies ohne Anmaßung feststellen — in ihrem wirtschaftlich kulturellen und völkischen Existenzkampf der letzten 50 Jahre durch die Tyrolia-Vogelweider-Athesia-Presse nicht schlecht beraten war.

# die randbemerkung versuch einer analyse

(1976/1)

## 1. der context

man würde den randbemerkungen des herrn x, die sich jeden dienstag pünktlich in den „dolomiten“ präsentieren, sicher nicht gerecht werden, läßt man sie als isoliertes phänomen auf, als rubrik unter rubriken, als stimme eben eines journalisten unter vielen anderen: es ist dies die einzige spalte der „dolomiten“, wo ein redaktionsmitglied stellung nimmt zu den verschiedensten themen, wo es nicht so sehr auf die nachricht ankommt, sondern mehr auf bewertung und beurteilung von ereignissen & standpunkten. in dieser rubrik zeichnet sich auch deutlicher als sonstwo die linie der zeitung ab, die in anderen artikeln oft viel unterschwelliger zum ausdruck kommt & diese linie und die des herrn x ist so ziemlich die gleiche.

daß herr x ein tonangebender redakteur ist, kann man schon daraus ersehen, daß er der einzige kommentator ist, der zu so allgemeinen themen stellung nehmen kann & daß sich die schriftleitung oft schützend vor ihn stellt.

weil sich hier die richtung der „dolomiten“ am deutlichsten abzeichnet, weil hier die offenkundige stellungnahme die latente überwiegt, wird die kritik an der zeitung von seiten der leser oft zu einer kritik an ihren randbemerkungen -- auch wenn der leserbriefschreiber oft das gefühl haben mag, eben den herrn x & nicht die zeitung zu kritisieren. die randbemerkung ist so konzipiert als propaganda-werkzeug, das nicht unbedingt mit der zeitung identifiziert wird & somit als aufangbecken einer kritik der „dolomiten“ dienen kann.

## 2. die linie

vorausschicken möchte ich hier, daß ich hier nur versuchen will, einige charakteristische dinge zur linie zu sagen & darzustellen. eine generelle kritik an derselben ist hier weder beabsichtigt noch möglich (ich werde das später noch ausführlicher begründen) -- was mich aber nicht hindern soll, einige widersprüche aufzuzeigen.

redet herr x von der „konservative(n) seite“, so bezieht er sich darauf mit „wir“? an anderer stelle zählt er sich -- & auch die angesprochenen leser? -- zu den „biedere(n) bozner bürger(n)“? wird der „meisterredner“ ploner angegriffen, „weil dieser, noch jung & unerfahren, nicht allein dem kommunismus, sondern ebenso dem sozialismus den kampf ansagte“, so scheint es dem kommentator x, daß ploners erfahrung jenseit seines kritiklers „um ein bedeutendes überragt“? mit dieser absage an kommunismus & sozialismus, mit der aufforderung, „daß sich das bürgerium gegen kom-

munisten & sozialismus abzugrenzen habe“ hat ploner auch in den augen der redaktion „etwas richtiges gesagt“, kann er nun sein, „wer er will“?

dabei ist die bürgerliche schattierung des sozialismus „eine seiner ekligsten“? ihr gegenüber steht eine gesellschaftsordnung, „die noch aus alten kräften gespeist wird. am vorbildlichsten ist sie noch immer im bäuerlichen bereich, wo einfach gearbeitet, geholfen & am wenigsten gequatscht wird.“? & nachdem der glossator x im bäuerlichen bereich die bürgerlichen ideale am besten verwirklicht sieht, „... haben (wir) uns zum sprachrohr hart betroffener bauern gemacht...“?, wenigstens sobald es um eine fremdenverkehrstechnische nutzung des bodens geht. dann will er „schonungslos aufdecken, welche interessen hinter den meisten straßenbauten stecken...“? denn die „vielskalierten arbeitsplätze .. bestehen darin, daß unsre bauernburschen bestenfalls ein wenig schließler spielen können, im übrigen aber die löts für die aktionäre schmieren oder wohlfahrtsbürgern den hintern auf den essschiff schieben dürfen.“?

der widerspruch ist flagrant: während die bürgerlichen ideale im bäuerlichen bereich am vorbildlichsten verwirklicht sind, divergieren die interessen von bürgerlichen aktionären einerseits & bauern & bäuerlichen arbeitern andererseits. wenn zum andern das bürgerliche ideal der nicht hinterfragten leistung als bäuerliches suggeriert wird durch die bemerkung, daß es im bäuerlichen bereich „am vorbildlichsten“ verwirklicht ist?), so widerspricht das dem anspruch „schonungslos auf(zu)decken, welche interessen hinter den meisten straßenbauten stecken...“?, wenn sie gegen die bauern gerichtet sind. der appell, sich mit dem bürgerlichen ideal zu identifizieren, wird zum suggestiven aufruf an falsch verstandene religiosität: „wir brauchen... nur ein wirklich gelebtes christentum, das genügt vollauf -- & hat in tirol auch immer genügt“?.

daß die interessen der arbeitler nicht verireten werden, wird nur sehr indirekt zum ausdruck gebracht: einerseits sind da die oben angeführten absagen an den sozialismus & andererseits steht da die behauptung, daß seit seinem „unsichgreifen begriffe wie streik, krankfeiern, immer häufiger zerstörte familien“? bekannt seien, da es nun die arbeitler sind, die streiken (wieso tun sie das eigentlich?) & krankfeiern, statt daß „einfach gearbeitet, geholfen & am wenigsten gequatscht wird“?, wird diesen eine absage erteilt.

die hier wiedergegebenen ideologischen stellungnahmen sind sehr grob, die verwendeten begriffe unscharf, zum

teil stark emotional vorbesetzt & wenig differenziert. ich werde darauf noch unter punkt 4 „sprache & argumentation“ eingehen. diese begriffe, die x zur darstellung seiner position benutzt, sind nun aber für eine ideologiekritik völlig ungeeignet. einem konservativen konservativismus oder einem kommunisten kommunismus vorzuwerfen hat wenig sinn, weil sich beide mit den jeweiligen begriffen identifizieren, sie also nicht als vorwurf empfinden, sondern sich höchstens darüber erbittern, daß der kritiker sich nicht auch identifiziert. folglich kann eine kritik nur an sachenfragen ansetzen, an stellungnahmen zu konkreten problemen & im falle eines mediocras zusätzlich an der aufbereitung der information.

haben die obigen zitate dazu gedient, einen ungefähren interessenvertretungsanspruch zu analysieren, so wären noch die konkreten stellungnahmen einer kritik zu unterziehen. so ist x etwa gegen die ehescheidung, gegen die emanzipation der frau & streik, gegen krankfeiern und für die „vorbildliche“ altpösterreische schule, für den schutz der berglandschaft usw.?). dies alles aufzuzählen & zu diskutieren kann aber nicht die absicht & aufgabe dieser abhandlung sein.

## 3. die anonymität

die anonymität des glossators, in verschiedenen leserbriefen angeprangert, wurde von der schriftleitung immer mit dem hinweis begründet, daß das eben bei glossen so üblich sei. die fadenscheinigkeit des arguments ist offensichtlich. die anonymität deckt den schreiber, der nicht den mut hat mit dem namen einzustehen für das, was er schreibt, der sich „unpopularität, spott & anfeindung“? ausgesetzt sieht. diese anonymität, die nur der redaktion, nicht aber dem leserbriefschreiber, zugestanden wird, ist aber auch sonst sehr bequem: es ist nicht ein bestimmter journalist, der für den artikel gerade zu stehen hat, aber auch nicht die gesamte redaktion. letztere kann den signierenden buchstaben verschieben & sich dann distanzieren oder verteidigen -- grad wie sie es braucht; sie kann sich hinter einem buchstaben verstecken & ihn gegen einen neuen austauschen, sobald der alte verschlissen ist.

## 4. sprache & argumentation

die randbemerkungen sind rede, gesprochenes wort & in der rhetorischen ausformulierung an einen zuhörer gerichtet. dabei geht es dem glossator nicht um kritische reflexion, sondern darum, die emotionen des hörers zu mobilisieren. dem entsprechend ist die sprache reich an suggestiven reizwörtern, denen ein hoher emotionsgehalt zukommt & die gefühlsmäßige zustimmung oder ablehnung hervorrufen -- unabhängig von einer argumentation (z.b. „fortschrittsapostel“, „die guten roten“, „biedere(n) bozner bürger“, „schizirikus“, „ragout der räte“ oder „blödsinniger gondellift“?). differenzie-

rendes denken ist in solchen begriffen nicht möglich — & wie wir sehen werden — auch nicht erwünscht. zutage tritt offenes vorurteil, das ergebnis ist unverhohlene polemik.

als signifikantes beispiel wollen wir eine randbemerkung<sup>2)</sup> herausnehmen, die von der redaktion als ein „sachlicher disput wie viele andere in unserem blatt“<sup>3)</sup> bezeichnet worden ist, da steht:

„und ist es zufall, daß ‚sozi‘ einen wenig vertrauenswürdigen klang hat — oder hat er sich das wegen seiner unglaubwürdigkeit selbst zuzuschreiben?“

nachdem x das wort „sozi“ als abwertend herausgestrichen oder zu einem solchen gemacht hat, zieht er damit über die beiden deutschen linksparteien her, da heißt es von der spf: „da gibt es einen kader von militanten marxisten, die sich als ‚sozis‘ tarnten...“

hier wird die abwertung zur klimax gesteigert, die begriffe „kader“ & „militante marxisten“ sind demnach negativ vorbesetzt, daß sogar noch das „wenig vertrauenswürdige“ wort „sozi“ als tarrung erhalten kann, auf die spf bezogen schreibt er: „und die dietl-sozis sind — wie jeder weiß — wegen ihrer südtiroler nibelungentreue zum antipaketer dietl zu sozi-mitgliedschaft gekommen wie der pontius ins credo“. hier spekuliert man mit dem ressentiment der paketbefürworter, mit der hereschaft sich über die „südtiroler nibelungentreue“ der paketgegner lustig zu machen & über den kernwechsel der partei zu schmunzeln, da er „— wie jeder weiß —“ so unerwartet kam wie der „pontius ins credo“.

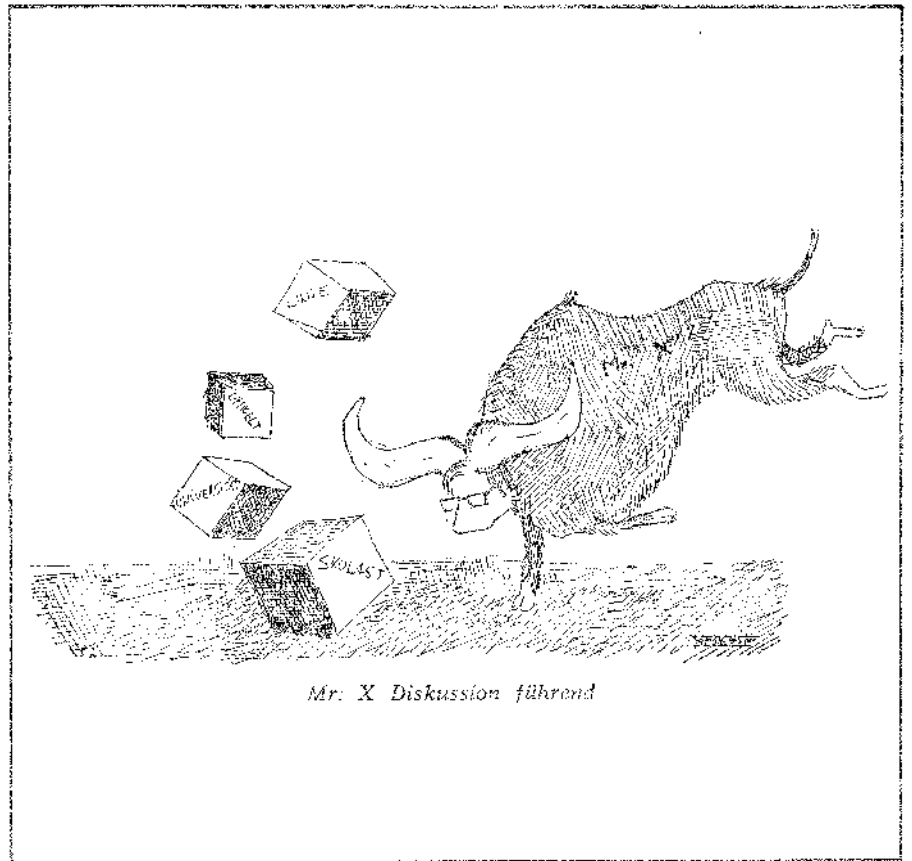
eine sachliche auseinandersetzung mit den beiden parteien wird nicht erbracht, sie wird auch gar nicht angestrebt; die taktik des stichens und polemisierung macht an keiner stelle einem eingehen auf argumente und tatsachen platz; lächerlichmachen statt widerlegen.

„...die sozis sind jusos und umgekehrt...“

die identifizierung der „sozis“ mit dem negativ besetzten „jusos“ resultiert wohl eher dem unwillen als dem unvermögen zu differenzieren. & von hier ist es nur noch ein kleiner schritt bis zur rhetorischen frage, ob man denn „wirklich“ glauben könne, „daß zwischen dem sozialismus & dem kommunismus so große unterschiede bestehen?“ daß sich mit so undifferenzierten begriffen keine vernünftige diskussion führen läßt, ist klar: unterscheiden sich doch schon die ziele von spd, spö & psf ganz entschieden.

„wir brauchen nur ein wirklich geliebtes christentum, das genügt volk... — & hat in tirol auch immer genügt, familie, schule & arbeitsmoral sind bei uns zu einer zeit schon hochstehend gewesen, als man das wort ‚sozialismus‘ noch gar nicht kannte.“

hier werden zunächst wertneutrale begriffe wie „familie, schule & arbeitsmoral“ mit dem positiv besetzten adjektiv „hochstehend“ dem christentum zu- & dem sozialismus abgesprochen &



Mr. X Diskussion führend

die vorgangweise mit der längeren tradition des christentums gerechtfertigt.

„wohl aber kennen wir seit seinem (des sozialismus) unsichgreifen begriffe wie stroik, krankfeiern, immer häufiger zerstörte familien...“

sind oben eine reihe von begriffen positiv dem christentum zugesprochen worden, so werden hier sehr negativ bewertete begriffe dem sozialismus assoziiert, womit „christentum“ und „sozialismus“ selbst positiv bzw. negativ bewertet werden, begründet wird diese begriffszuordnung überhaupt nicht, da z.b. zerstörte familien wohl ein weltweites phänomen sind & deshalb nicht so ohne weiteres einer bestimmten ideologie angelastet werden können, muß man annehmen, daß herr x mit dieser häufung negativer begriffe bewußt einen strohmann aufstellen will, der sich dann dankbar niedermachen läßt, sie ist selbst emotional & dient nur dazu, andere begriffe wieder emotional zu besetzen; das ist rhetorik übelster art.

#### 5. die glosse

die randbemerkungen des herrn x sind glossen im üblen sinn des wortes: es sind polemische randbemerkungen, die die redaktion als „sachliche dispute“ verkaufen möchte, sie ersetzen in den „dolomiten“ einen essay; statt reflexion finden wir emotion & sachlichkeit wird ersetzt durch polemik, nicht sachliche, logische argumentation mit klaren begriffen finden wir, es wird jede kritik zur heize, jede aufforderung zur predigt & der prophet selbst zum märtyrer, der „spott & anfeindung“<sup>4)</sup> auf sich nimmt.

#### 6. die kompetenz

daß die zeit der universalisten vorbei ist, hat sich längst herumgesprochen, um so mehr wundert es wunder, daß da ein kommentator zu einem sehr breiten spektrum von themen stellung nimmt, handelt es sich da um die alemagna-autobahn oder um das landesarchiv, um merar 2000 oder die mitbestimmungsgrenzen in den schulen, um die filipe pasolinis, einen straßenbau oder einen naturpark, um eine ideologiediskussion, die inszenierung des andreas-hofer-filmes von pisch oder um die freilichtspiele im unterland; immer ist herr x kompetent zu beurteilen wie die dinge stehen & was da geschehen müßte, & daß seine stellungnahmen nicht zuletzt wegen ungenügender sachenkenntnis oft so unsachlich ausfallen ist eine nur allzu plausible tatsache.

#### Fußnoten:

- 1) zum bsp. „hereingefallen“ dol. 23. dez. 75
- 2) randbem. „odet sei der mensch...“ dol. 16. dez. 75
- 3) randbem. „wieder ein anderer hofer“ dol. 25. nov. 75
- 4) randbem. „bilanz: eher düster“ dol. 30. dez. 75
- 5) randbem. „unsere prachtstraßen“ dol. 9. dez. 75
- 6) randbem. „zurückdelegieren“ 11. nov. 75
- 7) „hereingefallen“ di 23. dez. 75
- 8) vergl. 2), 2), 2), 2), 2), 6), 7);
- 9) vergl. 3), 3), 3), 5), 6), 7).

p.s. alle behandelten randbemerkungen sind von den monaten nov.-dez. 75, diese beiden monate sind signifikant nur deshalb, weil sie zufällig ausgewählt wurden.

# Machtinstrument Presse

(1975/1)

Über den Autor

als Sohn einer Südtirolerin und eines Vaters aus Deutschland, dort bis zur Matura in Köln die Schulen besucht, von klein auf in engem Kontakt zu Südtirol und mit dessen vielschichtigen Problemen konfrontiert und vertraut, seit 15 Jahren in Meran wohnhaft, Studien an den Universitäten Innsbruck, Graz und Frankfurt/Main: Sprachen, Kunstgeschichte, Literatur, Philosophie, Soziologie, Recht, Statistik, Naturwissenschaften, erster Kontakt mit dem Journalismus in Graz als ständiger Korrespondent für „die Bühne“ (Kritik über alle Erstaufführungen am Schauspielhaus), Mitarbeit beim „Programm“, Lokalberichte für die „kleine Zeitung“, journalistische Ausbildung in Frankfurt/Main, dort Redakteur der „Hessenseite“ (Landespolitik) und Mitarbeit in der zentralen Redaktion bei der „Frankfurter Neuen Presse“ (Auflage: 250.000 täglich), ein Jahr verantwortlich für die ersten Seiten („Politik“) bei den „Dolomiten“, anschließend weitere drei Jahre ebenfalls verantwortlich für die „Beilage-Redaktion“. Kündigung wegen Einschränkung des Tätigkeitsfeldes und „mit der Berufswürde unvereinbaren Verhaltens“ seitens des Chefredakteurs und Herausgebers, Dr. Toni Ebner, seitdem freiberufliche journalistische Tätigkeit für den deutschsprachigen Rundfunk (Rai-Sender Bozen), für die „Arunda“, sowie verschiedene in- und ausländische Tages-, Wochenzeitungen und Publikationen, Ende 1977 Eröffnung des journalistischen Büros „Publi Press“ in Bozen.

Die sogenannte „öffentliche Meinung“ in Südtirol, das heißt der Hauptteil der meinungsbildenden Veröffentlichungen in gedruckter Form, untersteht einem Monopol. Träger dieses Meinungs-Imperiums ist die Verlagsanstalt „Athesia“. Sie publiziert die einzige deutschsprachige Tageszeitung DOLOMITEN und die Wochenzeitung „Volksbote“ (Organ der Südtiroler Volkspartei).

Weitere „Athesia“-Blätter sind: „Die Frau“ (14tägig), die „Jugendwacht“ (monatlich) sowie „Der Schlerer“ (monatlich). Außerdem werden das „Katholische Sonntagsblatt“ (wöchentlich) und „Der Landwirt“ (14tägig) bei „Athesia“ hergestellt sowie einige andere unbedeutende Veröffentlichungen.

Zu diesem Verlag gehören außerdem acht Buch- und Papierhandlungen in Bozen (3), Brixen, Bruneck, Meran, Schlanders und Sterzing sowie zwei Druckereien in Bozen und Brixen. Abgesehen von privaten Druckaufträgen werden in den grafischen Betrieben der „Athesia“ verschiedenste Ver-

öffentlichungen der öffentlichen Verwaltung, ein Großteil der Schulbücher, Kalender und (für verschiedenste Verlagsanstalten, z.B. Storti, Langen-Müller) Bücher in italienischer Sprache gedruckt.

Als Auftragswerke des Südtiroler Kultur-Instituts erschienen bisher zwei kleine Bändchen von Heimatdichtern (Innerhofer und Rabensteiner). Außerdem sind Farbblöcke über Südtirol das große Geschäft (mit den Touristen).

Die „Athesia“ besteht in Form einer GmbH mit einer Großzahl von Anteilsgenossen, die in ihrer Mehrheit angeblich zum Stand der katholischen Priester gehören sowie einer Reihe von reichen Südtiroler Familien. Das Statut sieht vor, daß keine Einzelperson mehr als fünf Prozent der Anteile auf sich vereinigen kann. Die Anteile sind nicht im freien Handel erhältlich, sondern werden eventuellen Käufern nur nach Vorstandsbeschluß „zugeteilt“.

Die „Athesia“ ist aus der „Tyrolia“ und diese aus dem „Katholischen Presse-Verein“ Österreichs hervorgegangen. Lange Jahre wurde sie von dem katholischen Priester, Kanonikus Michael Gamper, beherrscht. Dessen Machtposition als Verlagsleiter und Chefredakteur der wichtigsten „Athesia“-Produkte (DOLOMITEN, „Volksbote“, „Die Frau“) sind nach seinem Tod nun seit langen Jahren auf den ehemaligen, langjährigen Parlamentsabgeordneten (4 Legislaturperioden) und kurzzeitigen (von Magnago entthronten) SVP-Obmann Dr. Toni Ebner, übergegangen, was insofern nicht von ungefähr kommt, als er sich mit Martha Flics verheiratet hat, die zu Zeiten (als Tochter einer Gamper-Schwester) des Kanonikus langjährige persönliche Sekretärin war. Insofern wird auch heute die „Athesia“ als Ebnerscher „Erbhof“ betrachtet, als nämlich bereits Ebners zweitältester Sohn Michael in die DOLOMITEN als Redakteur eingeschleust worden konnte, wo er heute in der Lokalredaktion tonangebend sitzt.

In politischen Kreisen Südtirols nimmt man stark an, daß Ebnersohn Michael nun in ähnlicher Weise — mit Hilfe der Meinungsmacht der DOLOMITEN — ins römische Parlament lanciert werden soll, was seinerzeit der angeheiratete Kanonikus-Gamper-Neffe Toni. Zur Abrundung muß noch ergänzt werden, daß Frau Ebner (in Parallellität zur Tätigkeit von „Landesmutter“ Sofia Magnago bei Rundfunk und Fernsehen der Rai) die „Athesia“-Zeitschrift „Die Frau“ gestaltet.

Es wurde bereits anfänglich darauf hingewiesen, daß in Südtirol das Meinungsmonopol über die deutsche Sprachgruppe — und dies besonders in den kleineren Gemeinden und auf dem Land — vor allem durch die einzige deutschsprachige Tageszeitung, die DOLOMITEN, beherrscht und ausgeübt wird. Daher soll dieses „Athesia“-Produkt hier näher untersucht werden:

Die DOLOMITEN hat ihren Verlagsort in Bozen und wird in der Industriezone hergestellt, wo — weitab vom täglichen Geschehen der Landeshauptstadt — dieses „Tagblatt der Südtiroler“ (wie es im Untertitel heißt) auch seine wenigen Redakteure sitzen hat.

Einer von ihnen (Hartmuth Staffier) gestaltet die ersten beiden „Politik“ genannten Seiten. Das heißt, er wählt dazu aus der nahezu einzigen Quelle, der bundesdeutschen Nachrichtenagentur — dpa (Deutsche Presse-Agentur, Sitz Hamburg) Artikel aus, die dann (meist mit unverändertem Wortlaut) in die Zeitung übernommen werden. Das hat erstens die Wirkung, daß fast alle weltpolitischen Ereignisse — aber auch die wenigen der italienischen Innenpolitik — in den DOLOMITEN aus bundesdeutscher Sicht wiedergegeben werden, was außerdem den Eindruck erweckt (was Ebner bewußt pflegt), als wenn man in Südtirol irgendwo, aber keineswegs in Italien, leben würde. Die weiterhin bei den DOLOMITEN angeschlossenen Agenturen: — APA — (aus Österreich) und die italienische Nachrichtenagentur — ANSA — werden fast gar nicht — oder nur für die Sportredaktion — ausgewertet. Ein Redakteur alleine für die „Politik“ wäre damit ja überfordert. Dies umso mehr, als ab und zu auch drei Seiten „Politik“ erscheinen, worin dann Korrespondentenberichte von dpa-Redakteuren als „Bericht unseres Korrespondenten aus: Hong-Kong, Paris, New York...“ etc. bezeichnet werden. Natürlich verfügen die DOLOMITEN über keinen einzigen Mitarbeiter dieser Art, wenn man davon absieht, daß bislang der außenpolitische Montagskommentar, von Dr. Georg Schedereit, wöchentlich von dessen Arbeitsplatz beim deutschen Dienst der BBC in London per Telex eintrifft.

Wenn Chefredakteur Dr. Toni Ebner sich auch alltäglich kaum um diesen Aufschlag-Teil seiner Zeitung kümmert, so bestehen doch seine klaren Weisungen über Auswahl und „Stil“ dieser Berichterstattung: viel über CSU und Bayern und deren Franz Josef Strauß, auch über die CDU und möglichst wenig über Italiens Innenpolitik zu bringen, jeden Wahlsieg einer konservativen Partei in der westlichen Welt ist groß, und jeder einer sozialdemokratischen und weiter links stehenden Partei soweit am Rande, wie eben vertretbar, zu bringen (und umgekehrt). Dissidenten- und Rüstungsfragen des Ostens haben auf der ersten Seite oder in großer Aufma-

chung auf einem anderen Platz auffällig zu sein. Das reinzeitige Offiziersregiment in Orlesienland mußte ebenso wie Spaniens Franco geschont und Linksregierungen, wie die in Chile, sollten angegriffen werden usw. Hauptmaxime ist und bleibt jedoch: möglichst wenig italienische Inzopolitik. Diese wurde einmal in der Woche, im Freitagkommentar des, inzwischen verstorbenen, Dr. Brandstätter, in zusammenfassender Weise abgehandelt.

Der Lokalteil der Zeitung gliedert sich in die Hauptrubrik „Nachrichten aus Südtirol“ in der die Landespolitik der SVP und alle von den Ebnern und ihren jeweils derzeitigen politischen Freunden als „wichtig“ bezeichneten Ereignisse herausgestellt werden. In den allfälligen Unterabteilungen werden — je nach Bedarf — die Nachrichten aus Bozen, Meran und Brixen sowie aus den Südtiroler Tälern eingefügt. Diese Nachrichten und Berichte werden den DOLOMITEN größtenteils von pensionierten Volksschulchreien und anderen „Mitarbeitern“ zugeestellt. In Meran befindet sich ein Redakteur (Udo Perkmann) für den gesamten Bereich am Oberlauf der Etsch, in Brixen ist der „Athesia“-Verwaltungsgangestellte und Publizist Rudolf Constantin in der „Außenredaktion“ eingesetzt. Beide arbeiten nebenher auch für die Lokalberichterstattung der deutschsprachigen Rundfunk-Nachrichten der RAI. Aus Nordtirol berichtet der mit der Einstellung des erfolglosen ÖVP-Blattes „Tiroler Nachrichten“ seinrecht arbeitslos gewordene ehemalige Chefredakteur Dr. Hans Humer. Das ist der gesamte „Außendienst“. Im „Inneren“ ist für den „Gerichtssaal“ der Journalist Franz Berger verantwortlich und die tägliche Redaktionsarbeit im Lokalteil wird unter dem Zepher der beiden Ebners von drei Redakteuren (Vinzenz Außerböcher, Dr. Martha Innerhofer, Josef Rohrer — der angeblich inzwischen gekündigt hat —) „bewältigt“, wobei diese von einer Redaktionspraktikantin (Fräulein Piaagner) und der Publizistin (und bisherigen Chefssekretärin) Paula Baumgarten unterstützt werden. Der restliche DOLOMITEN-Redaktions-Stab besteht noch aus dem „derzeitigen verantwortlichen“ Journalisten Dr. Josef Rampold und drei Sportredakteuren (Fopi Außerscherer, Franz Sinn und Walter Morandell).

Die Lokalberichterstattung der DOLOMITEN, die das „Herzstück“ der Zeitung und ihrer Machart darstellt, ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es keine Trennung von Bericht und Kommentar gibt. Die Nachrichten werden mit vielen Adjektiven ausgeschmückt und so in die von Ebner diktierte „Linie“ gebracht. Manchmal hinzugefügte Kursiv-Sätze wiederholen und unterstreichen nur noch die bereits stark kommentierende Berichter-

stattung. Man bedient sich dabei tendenziöser Floskeln wie „sartsam bekannt“, „stock-italienisch“, „in gewohnter Weise“, usw. wobei vor allem folgende Grundsätze herrschen: Jungliche, die nicht auf die SVP und die DOLOMITEN eingeschworen sind, betrachte man grundsätzlich als „linkstehend“, arbeits- und kernschau, sie kommen auch nicht zusammen, sondern sie „rotten“ sich, und alle ihre Forderungen werden stets als „destruktiv“ abgetan und mit allfälligen Zerstörungswerken (siehe Blumebrett in Meran) in Zusammenhang gebracht. Nicht viel besser ergreift es der arbeitenden Bevölkerung, der man stets nahelegt, ihrer „Pflicht“ nachzugehen und „Ruhe zu bewahren“ indem man gleichzeitig — vor allem mit bösem Blick auf die „Italiener“ — ihnen die zu vielen Streiks und versäumte oder verbummelte Arbeitsstunden zum Vorwurf macht.

Vielleicht ist an dieser Stelle eine persönliche Beobachtung angebracht: In einer eineinhalbjährigen täglich gemachten Statistik konnte konstatiert und dargelegt werden, daß sich Chefredakteur Dr. Toni Ebner nicht einmal ein knappes Drittel der gesamten Redaktions-Arbeitszeit bei den DOLOMITEN auf seinem Platz befindet. Es kommen Zeiten vor, in denen er im Verkauf mehrerer Wochen nur hin und wieder telefonisch nach dem „Rechten“ sieht.

Besonders Augenmerk schenkt die DOLOMITEN-Berichterstattung auch den „Huschertüdem“, natürlich ohne die gesellschaftlichen Hintergründe zu behandeln. Ein eigenes Kapitel sind die mit mehr oder weniger lustigen und angebrachten Sprüchlein ausgeschmückten und eingeleiteten Berichte „Aus dem Gerichtssaal“. Hier feiern Selbstgerechtigkeit und Pharisäismus trübliche Urstände und werden nicht selten vorweg bereits Urteile gefällt und suggeriert, wobei die mit der Justiz in Konflikt oder auch nur in Kontakt geratenen Menschen der Lächerlichkeit und dem Abscheu preisgegeben werden. Eine Ausnahme ist der Fall des Pfarrers von St. Walburg, der nach anfänglicher Verdächtigung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigt wird. Noch vor einem rechtsgültigen Urteil (wie z.B. im Fall Schwenbacher) wird der (oder in diesem Fall die) Angeklagte diskreditiert wobei unter anderem Redseligkeit bereits als Schuldeingeständnis- und Bestätigung gewertet wurde.

Nicht einmal ansatzweise wird in der Gerichtsberichterstattung versucht, Ursachen, Umstände und Beweggründe eines Gerichtsfalles zu finden und darzustellen. Der von der Justiz auf jeden Fall scharf zu Verurteilende muß sich vielmehr einer weiteren Verurteilung durch die Meinungs-macher in den DOLOMITEN und damit der breiten Öffentlichkeit unterwerfen.

Politisch gesehen wird im gesamten Lokalteil vor allem Partei für Herrschende und Besitzende ergriffen, notfalls aber gelegentlich auch die Industrie (wie im Fall „Continental“ — Brixen) „angegangen“, wenn man ethnische Probleme wittert. Dieses Spezialgebiet wird in den DOLOMITEN — und dies durch alle Ressorts gehend — stets abwertend für die italienische und aufwertend für die deutsche Seite und im Sinne einer strikten Trennung der Volksgruppen gehandhabt, ganz abgesehen davon, daß die Ladinler einfachheitshalber für die „Deutschen“ in Anspruch genommen und ihnen einverleibt werden.

Natürlich weiß sich der „Athesia“-Verlag, dem die DOLOMITEN gehören und dem deren Chefredakteur, Dr. Toni Ebner, in gleicher Person als geschäftsführender Direktor vorsteht, in allen wirtschaftlichen Verflechtungen jeden Vorteil aus intensiven Geschäften mit italienischen analischen Stellen, Buch- und sonstigen Verlagen und anderen Abnehmern zu wahren. Ja es wird sogar — entgegen bisherigem DOLOMITEN-Stil — in diesen Tagen mit einem italienischen Buchtitel („Il Marchio di Caino“) in der Zeitung geworben, weil der bundesdeutsche Verleger diesen Band bei „Athesia“ drucken ließ.

Besonders intensive Meinungs-mache betreibt die DOLOMITEN-Führung in der Dienstagausgabe des Blattes: hier erscheint erstens eine Seite mit einer Auswahl von Kommentaren aus deutschsprachigen Zeitungen (fast ausschließlich rechtsgerichteter und kapitalhaber Presse wie: „Bayern-Kurier“ — des F. J. Strauß und seiner CSU —, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — deutsche Industrie —, „Münchner Merkur“ — CSU-nah, „Salzburger Nachrichten“ — rechtsliberal —, „Die Welt“ — Axel Springer —, usw.). Diese Kommentare werden — oft von Ebner selbst — nach denselben Kriterien ausgewählt wie die politischen Nachrichten der ersten Seite.

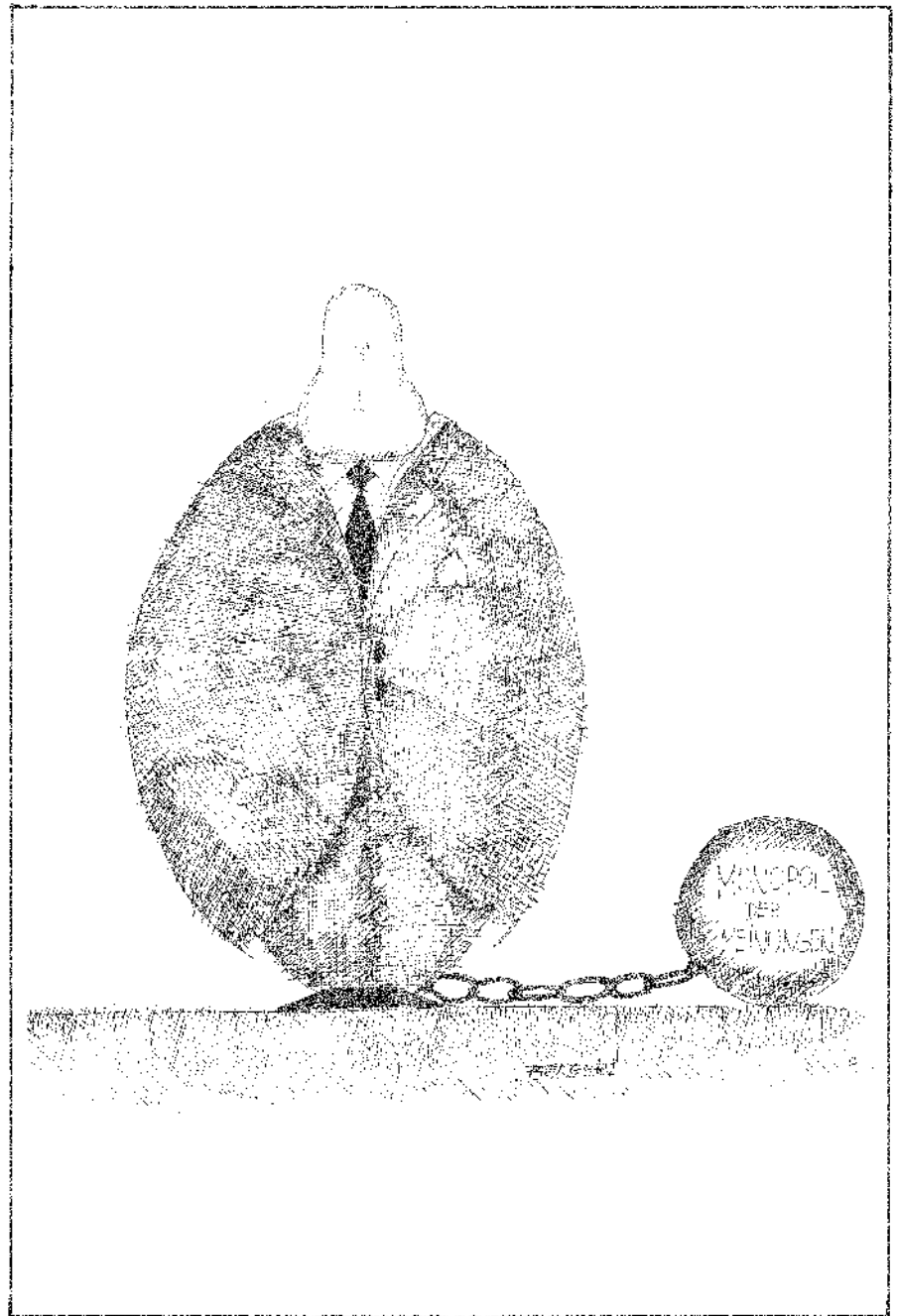
Weiters erscheint dienstags Josef Rampolds X-Kommentar, worin sich dieser (oftmals als „Chefidologe“ der DOLOMITEN bezeichnet) „derzeitige Verantwortliche“ gegen alles Linke und auch sonst Landschaftsverunzierende wendet, über alle Schul- und Bildungsfragen urteilt, und so in pauslosem Einsatz für Erhaltung von Besitz- und Bildungsbürgertum und des gesamten „Abendlandes“ steht. Wenn auch die Sachkenntnis über so viele verschiedene Fachbereiche und die Selbstverständlichkeit des Urteils darüber oftmals verblüffen (wenn nicht gar fehlen) wird dies alles mit der Anonymität des „X“ verantwortet, wonit — wie „böse Zungen“ behaupten — den Südtirolern ein „U“ vorgemacht werden soll.

Drittes und letztes Meinungs-Kapitel am Dienstag sind die „Leserbriefe“.

Deren Auswahl hat sich DOLOMITEN- und „Athesia“-Chef Ebner ebenfalls selbst vorbehalten. Neben viel Zustimmungem werden ab und zu auch DOLOMITEN feindliche Zuschriften veröffentlicht. Wie weit und wie lange und ob überhaupt (siehe Fall Pionet) eine Polemik in den Leserbrief-Spalten der DOLOMITEN stattfindet, dies entscheidet allerdings ganz allein der oben genannte Dr. Toni Ebner, der überhaupt grundsätzlich von jedem DOLOMITEN-Redakteur und in jedem „kritischen Fall“ befragt werden muß, in dem es umklar ist, ob etwas in seine „Linie“ paßt oder nicht. Widrigenfalls ist der entsprechende Redakteur sich eines mündlichen oder vielfach auch schriftlichen Verweises unter dem ansprechenden Titel „Aktenvermerk“ sicher. Diese „Aktenvermerke“ werden meist in den Vormittagsstunden in der „Athesia“-Direktion unter dem Leuben produziert und von dort flugs in die Redaktion am Weinbergweg (ist Industriezone) gesandt.

Der Führungs-„Stil“ Dr. Toni Ebners ist dadurch gekennzeichnet, möglichst einen jeden Redakteur darüber im Unklaren zu lassen, was er mit dem anderen „Kollegen“ besprochen oder abgemacht oder gar von ihm erfahren hat. So ist das Verhältnis in der Redaktion meist gespannt und von gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Ebners Gesprächs-Ton mit seinen „Untertanen“ ist oft ausschweifend und meist repressiv. Hat sich jemand seinen Anweisungen widersetzt, muß er mit ständiger Verfolgung, vieler Nachteilen oder gar Elimination rechnen. Lange Zeit pflegten DOLOMITEN-Redakteure deshalb allerdings überhaupt nicht bei dieser Zeitung zu bleiben, so ist diese Redaktion meist durch wenig Personal und starke Fluktuation gekennzeichnet: alleine in den letzten vier Jahren gingen vier DOLOMITEN-Redakteure durch Kündigung ab (einer davon konnte sich die entwürdigende Behandlung durch den DOLOMITEN-Boß sogar gerichtlich auf dem Prozeßwege bestätigen lassen), einem weiteren Prozeß entging die „Athesia“ durch vorherige Bezahlung einer Geldsumme, zwei weitere Redakteure schließlich verlor das „Tagblatt der Südtiroler“ kürzlich durch Pensionierung, wobei eine dritte nach Verlauf von eineinhalb Jahren bevorsteht.

Was die wöchentlichen Beilage-Seiten der DOLOMITEN „Die Kirche in der Welt“ (donnerstags) und „Aus dem sozialen Leben“ (freitags) betrifft, genügt es, darauf hinzuweisen, daß diese inhaltlich von dem, seit seiner Entfernung aus der DOLOMITEN-Redaktion, in kirchlichem Dienst stehenden Leiter des Seelsorge-Amtes und Journalisten Peter Zelger gestaltet werden. Hatte es in früheren Zeiten starke Differenzen zwischen ihm und Dr. Toni Ebner bezüglich des manchmal zu „fortschrittlichen“ Inhalts — vor allem der



„sozialen“ Seite — gegeben, so konnte dies in letzter Zeit durch ein zu — Rechte)ücken der Themen vermieden werden.

Die Kultur-Politik der einzigen deutschsprachigen Tageszeitung Südtirols wurde bereits bei der Besprechung des Lokalteiles gestreift, besonders was deren ethnische und soziale Ausrichtung betrifft. Bleibt hier noch zu ergänzen, daß die 14-tägig erscheinende „Literarische Beilage“, die von Dr. Hermann Eichbichler gestaltet wird, sich mit der Literatur der Gegenwart nicht oder nur in abweisen der Form befaßt.

Was die seit wenigen Jahren eingeführte, und nur gelegentlich erscheinende, Seite „Aus dem kulturellen Leben“ betrifft, konnte man feststellen, daß nach einer Einführungszeit — in der auch ein begrenzter Überblick über das kulturelle Geschehen im ge-

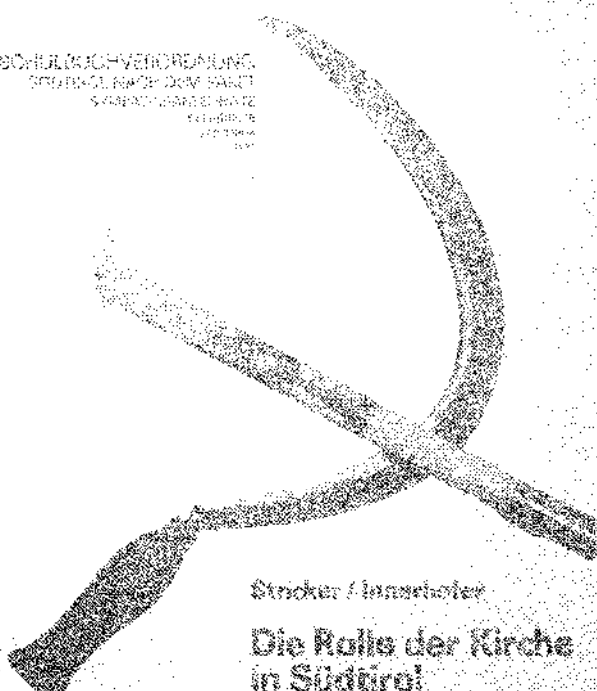
seraten deutschsprachigen Raum gegeben wurde — nunmehr seit Jahren ausschließlich noch hin und wieder (meist verspätete) Kritiken über Theater- und sonstige Veranstaltungen des Südtiroler Kultur-Institutes, des Konzert-Vereins und Haydn-Orchesters, sowie DOLOMITEN-gemahmer Kunstausstellungen in Südtirol erscheinen können. Gänzlich verbannt sind seit et und je alle Tätigkeiten des Südtiroler Kulturzentrum und aller anderen Organisationen, die nicht für die ethnische Trennung oder für zu „fortschrittliche“ Ideen eintreten. Dafür huldigt man ausgiebig einer sogenannten „Volkskultur“: den Musikkapellen und Volksbühnen. Der Tagesroman schließlich, spiegelt, ebenso wie der Samstag-Roman, den Geschmack der Ebner-Gattin Martha wider. Meist handelt es sich um Themen im Liebes-, Heimat- und Courts-Mahler-Milieu.

# skolast

Die katholische Skolastik in der Südtiroler Hochschullehrer-Vereinigung 1957-28. Jahrgang

Nummer 2

SCHULBUCHVERORDNUNG  
STUDIUM NACH DEM KONZIL  
SÜDTIROLER HEUTE  
FELDERER  
1967



Stricker / Lanzhofen

Die Rolle der Kirche  
in Südtirol

## Die Kirche um das II. Vatikanum

Deutlich zeigt die vorliegende Auswahl von Artikeln den Wandel des kirchlichen Selbstverständnisses in Südtirol, sowie den verlagerten Schwerpunkt des Engagements.

Die Kirche, wie sie Joseph Gargitter bei der Studientagung 1957 beschreibt, ist eine Volkskirche, die aus einer jahrhundertalten Tradition entstammt und den Geschehnissen der Zeit, wie etwa dem aufgeklärten Absolutismus standgehalten hat. So ist die Kirche eine mit dem Volksglauben verbündete und geprägt durch äußere Zeichen der Religiosität.

Doch zeichnet sich auch in Südtirol das ab, was in den 60er Jahren hinführt zum II. Vatikanischen Konzil. Schon 1957 weist Gargitter darauf hin, daß eine Wende zu einer neuen Innerlichkeit vollzogen werden müsse, damit äußeres Brauchtum und religiöse Riten nicht zur bloßen Form erstarrten. Er fordert deshalb religiöse Bildung für alle, damit der Christ mündig werden könne im Glauben.

Was das Konzil fordert, nämlich mehr Mitbestimmung für Laien, Mündigkeit und Subjektwerdung, ist eine Widerspiegelung der politischen und sozialen Aufbruchsbewegungen der 60er Jahre. Endlich öffnet sich die Kirche hin zur Welt; ihre Entwicklungen lassen sich nicht mehr getrennt vom sozialpolitischen Geschehen betrachten. Fuchs befaßt sich besonders mit

den Auswirkungen des Fortschritts und betont das christliche Engagement in der Welt, setzt sich für eine »Verchristlichung« des Lebens ein.

Johann Meßner, dessen Beitrag unmittelbar nach dem Konzil entstanden ist, deutet die Veränderung des kirchlichen Selbstverständnisses an. Nicht mehr die allumfassende, für alles zuständige Kirche hat Bestand für die Zukunft. Entlassung des Menschen in die Welt ist die aktuelle Forderung. »Trug einst die Macht der Strukturen die Herzen, so muß heute die Macht der Herzen die Strukturen tragen.« So lautet der treffende Schlußsatz bei Meßner. Josef Stricker spricht mit seinem Beitrag die Situation der Gegenwart an: Ist heute die Kirche nicht allzusehr verbündete der Mächtigen geworden? Entspricht sie ihrer ursprünglichen Idee, lebt sie den Anspruch des Evangeliums oder legitimiert sie nur das Bestehende?

Die katholische Soziallehre, eigentlich zur Parteinahme für die Armen und Außenseiter bestimmt, wurde besonders durch die Diözesansynode entschärft und bedeutungslos gemacht. Sein Leiden an der Kirche läßt Stricker nicht resignieren. Hoffungsvoll ist seine Rede von der Befreiung des Menschen und von der revolutionären Botschaft des Evangeliums.

h.b.



## DIE KIRCHE IN SÜDTIROL

(Sondernummer zur 1. Studientagung, 1957)

In der Reihe der Vorträge, die Ihnen während dieser Tagung Aufschieß geben sollten zu den verschiedenen Fragen des kulturellen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen Lebens in Südtirol, haben Sie auch einen Vortrag gewünscht über das kirchliche Leben in unserer Heimat. Ich habe der Einladung gerne Folge geleistet, um Ihnen einige grundlegende, zusammenfassende Gedanken zu bieten zum Thema „Die Kirche in Südtirol“. Als gebildete Menschen und als Christen haben Sie die Notwendigkeit empfunden, im Rahmen einer Orientierungswoche über die Probleme unserer Heimat, den religiös-kirchlichen Sektor nicht zu übergehen; und die Tatsache, daß Sie diesen Vortrag am Abschluß Ihrer Vortragsreihe haben wollten, besagt wohl, daß Sie das Thema „Kirche“ als Grundanliegen sehen, das auf die anderen Gebiete überstrahlt und für die Lösung aller Probleme irgend-wie von Bedeutung ist.

Ich gebe Ihnen gleich die Anliegen an, über die ich sprechen will:

- I. Die Kirche und ihre Sendung in der Welt;
- II. Die geschichtliche Tatsache der Kirche in Südtirol;
- III. Die heutige Situation der Kirche in Südtirol und die Aufgaben in Gegenwart und Zukunft.

Dabei sollen die ersten beiden Punkte in aller möglichen Kürze behandelt werden. Sie dienen als Grundlage für ein besseres Verständnis des Anliegens „Kirche in Südtirol“.

## Die Kirche und ihre Sendung in der Welt

Die Kirche ist eine geschichtliche Wirklichkeit von größter Geschichtsmächtigkeit seit zweitausend Jahren. Dies ist eine Tatsache, die bestehen bleibt ganz unabhängig von der Haltung, von Sympathie oder Antipathie, für oder gegen diese historische Tatsache der Kirche Christi. Sie hat weit-hin den Gang der Geschichte beeinflusst und geprägt.

Was sagt die Kirche von sich selbst?

Die Kirche begreift sich selbst als eine Institution göttlichen Ursprungs und sie geht durch die Zeiten im Bewußtsein dieser ihrer nicht von Menschen, sondern von Gott ihr gewordenen Sendung. Christus, an den wir als den Gottmensch und Erlöser der Welt glauben, hat die Gründung der Kirche vollzogen und hat ihr seine dreifache Gewalt, mit der Er selbst ausgestattet ist, übertragen, nämlich zu regieren, zu lehren und zu heiligen.

Die Kirche als Christi Reich auf Erden ist nicht von dieser Welt, sie hat eine Sendung in dieser Welt, aber eine geistige, überzeitliche, überweltliche, übernatürliche Sendung. Sie hat eine ausschließlich religiöse Sendung. Daran kann die Kirche nichts ändern, wenn sie nicht aufhören will, die Gesandte Christi zu sein auf Erden, wenn sie nicht abfallen soll von ihrer Sendung. Die Kirche hat also keine Kultur-, Fortschritts- oder Wirtschaftssendung, sie hat keinen politischen Auftrag. Als Reich der Wahrheit und des Lebens will sie den einzelnen Menschen und die menschliche Gemeinschaft mit ihren übernatürlichen Kräften durchdringen.

Gerade aber durch diese ihre übernatürliche Sendung reicht die Einflußsphäre der Kirche weit hinein in die verschiedenen Gebiete des menschlichen Schaffens und Lebens. Sie schützt als Hort des wahren Gottes- und Offenbarungsglaubens, als Hort der Religion, des Rechtes und der Sitte die Grundlagen jedes menschenwürdigen Lebens und jedes wahren Fortschrittes. Ein unvoreingenommener Blick auf den Weg der Kirche durch die Geschichte zeigt, daß sie sich um Recht und Sitte, um Kunst und Wissenschaft, um wahre Geistesbildung, um Familie und Gemeinschaft, um Zivilisation, um das wirtschaftliche und soziale Leben unvergängliche Verdienste erworben hat, herauf bis heute, da die Kirche als „letzte Zuflucht der Völker vor dem letzten furchtbaren Grauen“ bezeichnet wurde.

Die Kirche steht mit ihrer übernatürlichen Sendung als vollkommene, in ihrem Bereich höchste menschliche Gesellschaft unter den Menschen, mit allen daraus folgenden Rechten, die zur Entfaltung ihrer Sendung notwendig sind: Recht auf Ausübung ihres Kultus, auf Predigt, Schule und Erziehung der Jugend, auf Einflußnahme und Mitspracherecht zu allen Lebensfragen und Betätigungen, soweit diese als menschliche Betätigungen unter das Gesetz Gottes und Christi fallen. Aufgaben und Grenzen der Rechte der Kirche sind ge-

geben im Auftrag Christi, in dem der Kirche übertragenen Lehr- und Hirtenamt.

## Die geschichtliche Tatsache der Kirche in Südtirol

Das Christentum ist nicht erst von gestern in unserer Heimat. Mit der römischen Verwaltung kam das Christentum sehr früh in unsere Heimat, in die Alpenprovinzen Rhaetia und Noricum. Als 590 die Bayovaren das Land besetzten, war die alteingesessene Bevölkerung zum Großteil schon christlich. Von den beiden heutigen Bistümern reicht Trient in das 4. und Brixen in das 6. Jahrhundert zurück. Brixen hatte seinen Sitz ursprünglich in Säben, von wo er in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts nach Brixen verlegt wurde. Im 11. Jahrhundert wurden beide Bischöfe Reichsfürsten; mit wechselndem Glück dauerte die weltliche Herrschaft bis 1803. Ein Bischof von Brixen, Poppo, bestieg unter Heinrich III. als Damasus II. den päpstlichen Stuhl (1047—1048). Im Jahre 1080 ließ Kaiser Heinrich IV. in Brixen Erzbischof Wilbert von Ravenna gegen den rechtmäßigen Gregor VII. als Klemens III. zum Gegenpapst wählen. Als größte Gestalt von weltweiter Bedeutung ist unter den Bischöfen von Brixen Kardinal Nikolaus Cusanus zu nennen, der aber in seinen idealen Bestrebungen viel Enttäuschung und Mißerfolg ernten mußte. Für die Geschichte des Bistums Trient ist das wichtigste Ereignis das Konzil von Trient. Unzweifelbar viel Leid wäre der Kirche, insbesondere im deutschen Volk, erspart geblieben, wenn dieses Konzil einige Jahrzehnte früher zustande gekommen wäre. Die Reformen des Trienterkonzils setzten sich in Tirol nur langsam durch. Erst im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden die sehr traurigen religiösen und sittlichen Zustände im Klerus und Volk gebessert, hauptsächlich durch die Volksmissionen der Jesuiten und der Kapuziner. Damals war eine solch tiefgehende Erneuerung der Religion und Sittlichkeit zu verzeichnen, daß unserem Lande der Ruf des „heiligen Landes Tirol“ erwuchs, des Landes tiefster und unerschütterlicher katholischer Treue und sittlicher Eektheit.

Die damals hergestellten vorbildlichen Zustände überdauerten auch die kulturkämpferischen Maßnahmen Josephs II., der französischen und bayerischen Verwaltung vom Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Von dort bis heute empfand der Tiroler, zumal der Tiroler Bauer, wenn auch nicht immer in bewußter Tiefe, den Glauben und dessen reiche Äußerungen im vielfältigen religiösen Brauch-tum, geradezu als eine Lebens- und Existenzfrage. Der Tiroler hört auf, ein solcher zu sein, und Tirol hört auf, Tirol zu sein, in dem Maße, als der Glaube aus Herz und Land schwindet.

Somit sind wir bei der heutigen Zeit und Situation angelangt.

## Die heutige Situation der Kirche in Südtirol

Unsere Heimat hat also einen katholischen Namen von der Geschichte her; der christliche Glaube gab und gibt dem Leben des Tirolers das tiefste und entscheidendste Gepräge. Kirche und Klerus nehmen eine dementsprechende Stellung ein.

Nun ist es nicht so, daß der Glaube bei uns unbestrittener, selbstverständlicher Besitz ist. Abgesehen davon, daß man den Glauben nicht einfachhin „erben“ kann, da jede Generation und jeder Mensch sich ihn wieder erwerben muß und in freier Entscheidung für oder gegen den Glauben zu stehen hat, also abgesehen von dieser allgemeinen Tatsache, daß der Glaube immer in jedem gefährdet ist, steht auch unser Volk und Land, hineingestellt in die der heutigen Zeit, eigenen Gefahren und geistigen Krankheitserscheinungen, die bei uns dann selbstverständlich eine eigene Färbung und Tongebung erhalten. Wenn also die Kirche heute in der Auseinandersetzung steht mit dem Materialismus, dem Liberalismus, dem Naturalismus und wie sonst alle diese modernen „Ismen“ heißen, so wissen wir, daß wir auch bei uns in diesen Zeiterscheinungen, die geistige Auseinandersetzung zu suchen haben und daß hier sich Stand und Aufgabe der Kirche abzeichnen. Ich greife einige Punkte heraus.

## Veräußerlichtes Brauchchristentum

Eine ganz besondere Gefährdung für die echte Religiosität des Volkes bringt gerade der erwähnte, an sich so kostbare Umstand mit sich, daß hier eine starke religiöse Tradition vorzufinden ist. Was sozusagen allgemein, nicht oder scheinbar nicht umkämpfter Besitz ist, ist in der Gefahr der Verflachung und der Veräußerlichung. Es besteht mit anderen Worten die Gefahr eines religiösen Ritualismus und eines veräußerlichten Brauchchristentums. Man stellt da einen Spalt fest zwischen christlichem Bekenntnis und Übungen der Frömmigkeit, die noch sehr vorhanden sind, und einer eigentlichen christlichen Überzeugung mit den Konsequenzen auf den verschiedenen Gebieten des konkreten Lebens, die oft fehlen. Wir haben in unserem Lande einen nahezu vorbildlichen und erfreulichen Vorzug religiöser Praktiken und Übungen im Besuch der hl. Messe, im Empfang der Sakramente, in der Feier kirchlicher Feste. Gleichzeitig aber eine oft unbewusste Entleerung der christlichen Substanz, primitive Vorstellung in den Glaubenswahrheiten, ungenügende Kenntnisse und einen zu geringen Einschnitt des Religiösen auf die Lebensgestaltung. Wir stellen also ein Fehlen des Christen fest, der zum Wesen christlicher Existenz vorläßt und von dort aus sein Leben gestaltet; wir stellen dem Christen fest, der sozusagen von außen lebt und sein Leben lang nicht in die Tiefe geht, eine im Grunde heidnische Existenz mit christlichem Anstrich.

Ein veräußerlichtes Traditionschristentum ist besonders gefährlich und zum Versagen verurteilt, wenn es in die religiöse und ständige Erprobung hineingelassen wird. Wir hatten bei uns die langen Jahre des Faschismus als Zeit geistiger Knechtung, in gewisser Hinsicht eine goldige „Schonzeit“, recht sehr zum Schaden der geistigen Selbstständigkeit und Regsamkeit und der religiösen Vertiefung in der Erprobung geistiger Gegensätze. Nunmehr strömt der Geist der großen Welt -- denken Sie an die von mir eingangs erwähnten Strömungen -- in unsere Städte, Täler und Dörfer und findet Menschen, die häufig nicht vorbereitet sind, oder besser, die dringend reif gemacht werden müssen für die geistigen Auseinandersetzungen. Nicht nur auf anderen Gebieten ist Bildung, Schulung, Vorbereitung zur Tagesdebatte geworden, auch auf dem Gebiet des Glaubens und dort in allererster Linie geht es um den mündigen Menschen und Christen („Diasporaröfliche Christen“). Damit habe ich ein Hauptanliegen genannt, das die Kirche hier und heute zu betreiben hat: den mündigen Christen. Wenn der hl. Paulus gesagt hat: „Ich weiß, wenn ich geglaubt habe“, so bleibt dies unsere Aufgabe: den innerlich gefestigten und überzeugten Christen, der aus innerer Überzeugung und Erkenntnis für seinen Glauben mit Gottes Gnade steht und zum Glauben steht mit allen Konsequenzen eines gläubigen Menschen. Deshalb sehen wir es als Hauptaufgabe an, den Katholiken eine vertiefte und erweiterte religiöse Schulung angedeihen zu lassen. Der Christ, der aufwächst und zeitweilen primitive und halb fertige Begriffe und Vorstellungen auf religiösem Gebiet durchs Leben schleppt, ist eine Karikatur der christlichen Person, andere abstoßend und selber nie zur Größe, Freude, Freiheit und Stolz einer christlichen Existenz vordringend. Schulungen also, die wir reichlich zu bieten suchen und die wir noch sehr ausbauen müssen in Lehrgängen, Kursen, Tagungen, Konferenzen, Exerzitien usw.; im Schrifttum, religiöser Presse, theologisch behandelnden Buch usw.

Dabei wissen wir wohl, daß der Glaube kein bloßes Produkt des Wissens ist, sondern der Gnade und der freien Willensentscheidung. Der Glaube aber ist, wie die Kirche sich ausdrückt, ein „rationabile obsequium“: die Glaubenskennntnis, das Wissen ist eine Grundlage für den Glauben und den Glaubensvollzug im Leben.

Meinen Schülern am Lyzeum in Krivce habe ich im Religionsunterricht oft gesagt: Bei der Frage der Einstellung zu Christus und Kirche, zum katholischen Glauben geht es mir zunächst gar nicht sosehr um die Frage der positiven oder negativen Einstellung, sondern vor allem darum, daß es eine Einstellung sei, die nicht aus Unkenntnis oder Oberflächlichkeit oder Feindschaft, sondern die aus gründlicher und sachlicher Einsicht nach der erkannten Wahrheit geschieht. Hier gilt: Die Wahrheit wird auch frei machen! Die Aufgabe ist also riesengroß, die die Kirche zum Wohl des Volkes nach besten Kräften leisten will und leisten muß, der mündige Christ in Südtirol.

Um jeder Mißverständnisse zu vermeiden, sei zu dem Gesagten noch ergänzt, daß wir mit der Ablehnung des äußeren Brauchchristentums nicht auch das äußere Brauchtum im Christenleben ablehnen. Der lebendige, tiefe Glaube hat ja die ungezählten, unschätzbaren Formen des christlichen Brauchentums (vgl. das Kirchenjahr, verschiedene Anlässe im Leben bei Taufe, Firmung, Hochzeit, Begräbnis usw.) ge-

schaffen; wo tiefer Glaube ist, wird er immer äußere Formen des Ausdruckes suchen. Brauchtum ist Zeichen, echtes Glaubens und zugleich Schutzmittel für dessen Bewahrung. Wir dürfen dann nicht zu rigoristisch sein im Urteil über die Volkserfömmigkeit; wir sind ja Menschen mit Einseitigkeiten und Halbheiten und neigen zu Verflachung. Es steckt im scheinbar äußeren Brauchtum oft noch viel Echtes. Das Bauernvolk ist in seiner Natur nach, besonders in unseren Bergen, etwas massiv in der Auffassung und seine Religiosität macht da und dort den Eindruck des Utilitarismus; dabei bleibt das Echte doch erhalten und braucht oft nur ins Bewußtsein gehoben zu werden. Wollen wir also nicht verwerfen, was am Kostbaren im Brauchtum vorzufinden ist und um dieses Kostbaren willen manches Bankwerk wohlwollender in Kauf zu nehmen.

Der Akademiker, der heute berufstätig ist, kommt in der Regel aus einer Erziehung und Bildung, die stark vom Liberalismus, Laizismus und religiösen Indifferentismus geprägt ist. Es tut sich in ihm oft genug ein klaffender Gegensatz auf zwischen sonstiger Bildung und Mangel an religiöser Bildung. Dieser Mangel an reifer Verarbeitung der religiös-weltanschaulichen Problematik und die gleichzeitige Infizierung aus den Giften antireligiösen, antikirchlichen Ideengutes, brachten im Akademiker ein Unvermögen mit sich, vor allem Wesen und Sendung der Kirche, als von Christus gegründete Gemeinschaft und Heilsanstalt mit ihren öffentlichen Rechten und Ansprüchen, zu erfassen. Vorurteile und Schlagworte erzielten einen ungebührlichen Raum im Denken des Gebildeten gegenüber Religion, Offenbarung, Kirche und Priestertum. Ja, wir müssen sagen, der Akademiker litt vielfach religiös-weltanschaulich an einer verderblichen Blüternut, die alles Irtsche und trügerische Leben im christlichen und kirchlichen Bereich im Keime erdrückte, die eine Menge von „Anti“-Affekten und Minderwertigkeitskomplexen im Herzen des Akademikers hochhielt.

Die Not des Akademikers, wie ich sie eben kurz skizziert habe, gehört zur größten Not und zur heftigsten Wunde der Kirche und des Volkes in Südtirol. Eine neue Akademikergeneration muß gefordert werden, die herausgehoben ist aus der Lähmung und Armut religiöser Mangelbildung, die hineingehoben ist in den Reichtum und das Licht der Wahrheit Christi und von dort her an die Aufgaben des Gebildeten herantritt in Familie, Beruf, Land, Volk und Kirche.

Ich halte es deshalb als Eiskorn als eine meiner ersten und dringendsten Aufgaben, den Studenten an den Mittelschulen und den Hochschülern meine ganz besondere Aufmerksamkeit, Sorge und Liebe zu schenken. Die Studentenkonvikte sollen der künftigen Akademikergeneration die Erziehung vermitteln, welche aus der christlichen Wahrheit jene christliche, charakterliche und glaubensfrische Persönlichkeit formp, die der Akademiker sein soll. Die Studentenkonvikte sind dringend notwendig und wir scheuen kein Opfer, sie zu eröffnen und zu führen. Wir freuen uns über das breite Interesse für diese Anstalten (Konvikte in Bozen und Meran, Cassianum in Bruneau, Studentenheim St. Josef in Bruneau).

Mit einer Religionsstunde in der Mittelschule, wie sie im Lehrplan vorgesehen ist, ist nicht viel getan, ja man muß sie als arge Geringschätzung des religiösen Anliegens empfinden. Deshalb brauchen wir außerschulische Begegnung in Vorträgen, Kursen und Lehrgängen. Die religiöse Bildung muß Schritt halten mit der anderen Bildung.

Die Universität bietet eine arge Lücke, die eben wiederum ausgefüllt werden muß durch die außerschulische Begegnung. Gerade in den Jahren der geistigen akademischen Reife ist es notwendig, daß dem Hochschüler die Möglichkeit weltanschaulicher Orientierung und Klärung religiöser und sittlicher Problematik geboten werde. Die Entscheidung des Akademikers muß mehr als beim Nichtgebildeten die Frucht religiösen Wissens, echten Eftanges an religiöser Kenntnis sein, darf nicht die Frucht von Oberflächlichkeit, Uninteressiertheit und Unkenntnis sein. Dabei ist es besonders dringlich, daß unsere neue Akademikergeneration sich müht, fern von Bindungen an heute nur wirklich überholte Haltnngen, Urteile und Vorurteile, daß sie mutig der Zeit ins Antlitz schaut und aus Erfahrungen vergangener Situationen lernt. Z. B. ein Rationalismus vergangener Zeiten ist heute eine philosophisch überholte Angelegenheit; ein Fortschrittsformel des 19. Jahrhunderts hat sich längst gelegt bei den ersten Männern der Wissenschaft, denn zwischen damals und heute stehen Erfahrungen bitterster Natur, die eine Verurteilung dieser Haltung bedeuten, die unvergleichlich wichtiger ist als jede theoretische Widerlegung. Es scheint daher an der Zeit, Einstellungen und Vorurteile abzustreifen, deren Geburtsstätte jene überholten Systeme und Anschauungen waren. Bei uns ist die Gefahr, daß wir etwas hinterdreinkommen und daß wir uns für modern halten, wo wir in

Wahrheit auf gestrigen Positionen stehen.

Wenn man gemeint hat, die Freiheit des Menschen hüten zu sollen gegenüber einer religiösen und kirchlichen Bindung, so ist es heute mit Händen zu greifen, daß es um die Rettung einer wahren und wesentlichen, letzten menschlichen Freiheit und Würde geht und daß diese Freiheit im Räume von Religion und Kirche die stärkste und letztlich einzige Verteidigung und Schutzwehr hat.

Was also die Zeit vom Akademiker erwartet, ist, daß er theologisches Wissen und religiöse Bildung nicht als nebensächliches Anhängsel betrachtet, sondern als wesentliche Formung seiner Persönlichkeit, damit er im Besitze des Reichtums des Evangeliums Christi selber reich und glücklich sei und der großen, wahrhaft modernen Sendung des Akademikers gerecht werde, nämlich voranzugehen der Gemeinschaft der Menschen auf dem Weg zur Wahrheit, zu Gott, den der Akademiker vergangener Zeiten dem Unheil der menschlichen Gesellschaft verlassen hat.

Wir bejahen den Zusammenschluß der Hochschülerschaft in Südtirol, der selbstverständlich auf dem Boden christlichen Glaubens steht. Wir rufen und laden aber ein zu noch mehr zu bewußter, ausdrücklicher christlicher Orientierung und Formung, zu einer Lebenseinstellung aus Christus und mit der Kirche Christi. Darin sehen wir dem Akademiker, der der heutigen Zeit gerecht wird, nach dem die Zeit ruft.

### Kirche und öffentliches Leben

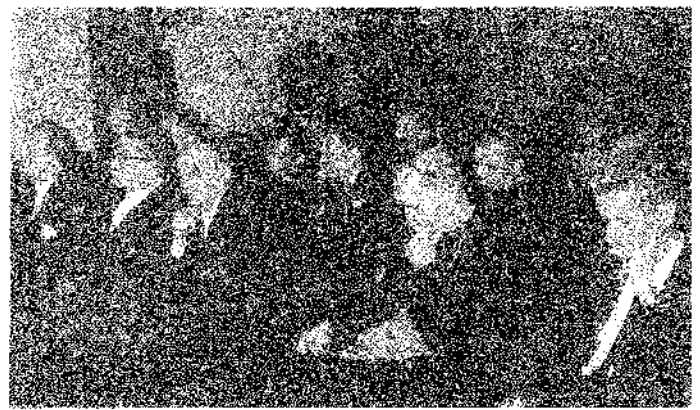
Zu den Problemen, denen die Kirche begegnet und die sie zu lösen hat — in ganz besonderer Weise in der Grenzsituation, wie die unsere —, gehört die Frage „Kirche und öffentliches Leben“. Wenn ich über das Thema „die Kirche in Südtirol“ spreche, erwarten Sie von mir gewiß ein klärendes, offenes, grundsätzliches Wort zu diesem Anliegen. Ich will Ihnen ein solches Wort nicht vorenthalten.

„Mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Dieses Wort Christi erinnert uns daran, daß die Sendung der Kirche keine innerweltliche-profane ist, daß die Kirche also nicht beauftragt ist, unmittelbar und direkt Probleme irdischer Natur aufzugreifen, zu behandeln und zu lösen. Ihre Sendung, ist die Ehre Gottes und die Rettung der Seelen. Freilich tut sie dies in dieser Welt; das Reich Gottes wirkt und wächst in dieser Welt. Als sichtbare Gemeinschaft steht die Kirche in der Welt auf ihren Rechten und Pflichten. So sind Kirche und öffentliches Leben und Politik zwei getrennte, vordaherere Aufgabengebiete. Was aber verschieden ist, ist noch lange nicht gegensätzlich, was an sich getrennt ist, kann engste indirekte Bindungen oder Zusammenhänge haben. Um Ihnen diesen Gedanken klarer zu machen, darf ich Sie bitten: lesen Sie einmal das Evangelium durch, achten Sie auf Christi Stellungnahme und Lehre zu den verschiedenen Problemen. Da lebt z. B. Christus in einer für sein Volk recht argen politischen Situation, das Volk trägt das Joch der römischen Herrschaft. Christus nimmt nicht Stellung zur Tagespolitik oder zur politischen Situation überhaupt, aber er verkündet jene Grundsätze, deren Beachtung die Menschen auf den rechten Weg führt, die Licht bedeuten in den Fragen des Verhältnisses von Mensch zu Mensch, vom Volk zu Volk, von Obrigkeit und Untergebenen. So steht im Evangelium, um ein weiteres Beispiel zu nennen, keine Stellungnahme zur damaligen sozialen Situation, zur Sklaverei; wer aber den Geist des Evangeliums aufnimmt, der geht den Weg der rechten Lösung. Es ist so: Lernt Christi Lehre kennen und haltet Euch daran, damit habt Ihr den „Beitrag“ der Kirche zu den Problemen, die Euch bedrücken und die Ihr lösen sollt.

Die Kirche ist interessiert und muß interessiert sein am öffentlichen Leben, es kann ihr nicht gleichgültig sein, welche Gesetze gegeben werden z. B. für Ehe und Familie; für Schule und Erziehung, für das kulturelle Schaffen. Sie ist hierin die große Erzieherin der Völker: denken Sie nur an die Rolle der Kirche in der Schaffung dessen, was wir christliches Abendland nennen.

Vor allem aber ist die Kirche die Verfechterin des Naturgesetzes, die einzige konsequente Verfechterin dieser Grundrechte. Sie fordert auf prinzipieller Ebene von allen die Achtung des Naturgesetzes in allen Bereichen des Lebens, also das Recht z. B. einer Minderheit auf ihre Existenz. Recht wird von der Kirche als Recht verlangt und Unrecht als solches zurückgewiesen. Unrecht gegen Menschen ist Unrecht gegen Gottes Ordnung, deshalb Unrecht gegen Gott. Ich darf an diese Prinzipien der Kirche erinnern in der Zeit des Faschismus, in der die Kirche dadurch zur stärksten Stütze unseres Volkes und Volkstums geworden ist und sich die größten Verdienste um das Volk erworben hat.

Diese Stellung der Kirche fließt aus ihrer Sendung und sie verrät ihre Sendung nicht. Es ist aber nicht Sache der Kirche



bzw. des Klerus, die prinzipiellen Forderungen, die den weltlichen Bereich betreffen, durchzuführen; dies ist Aufgabe der Laien. Die Kirche unterstützt durch ihre moralische Autorität und Beratung die Laien, die auf das Wort der Kirche hören und nach ihren Grundsätzen handeln. Es ist aber falsch, wenn man glaubt, die Kirche müsse wie ein *deus ex machina* in Aktion treten und müsse eingreifen in die Tagespolitik. Die Enttäuschung bei manchen kommt von falschen Erwartungen, die die Kirche selber nicht erfüllen kann.

Eine gründliche Einführung, besonders der Gebildeten und der Männer des öffentlichen Lebens, in das Wesen und die Sendung der Kirche, in ihren geistigen, übernatürlichen Charakter und zugleich in ihren gesellschaftlichen, öffentlichen Anspruch im Leben würde verhindern, daß man von der Kirche einerseits ein Ueberschreiten der Grenzen ihrer Aufgabe erwartet, um sich auf Gebiete zu begeben, die nicht ihrer Sendung entsprechen, und würde bewirken, daß man andererseits das Werk der Kirche zu schätzen wüßte, nämlich die Bereitschaft der unentbehrlichen Grundlagen und die unentbehrliche klare Wegweisung, die die Kirche durch ihre Lehre dem „Leben“ gibt. Man hat oft den Eindruck, in einer Situation wie der unseren, daß man glaubt, die nationale Not sei die einzige und diese Not werde allein durch politischen Einsatz behoben. Die Grundlagen des Volkswohles, für die die Kirche sich einsetzt, werden dann zu wenig gesehen und gewertet. Wie ein „Kulturkatholizismus“ eine arge Verschlebung der Werte bedeuten würde, nämlich die Verschlebung der Sendung der Kirche vom Religiösen auf das Profane, so muß auch vom „politischen Katholizismus“ gesagt und betont werden, daß er eine Wertverkehrung und eine Untreue zur eigentlichen Sendung für die Kirche bedeuten würde. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu meinen, in einer Situation, wie es die unsere ist, müßten alle verfügbaren geistigen Kräfte und Anstrengungen dem einen politischen Anliegen gelten und von ihm absorbiert werden, wobei selbstverständlich betont wird, daß ein nationaler Notstand eine besonders erhöhte Aufmerksamkeit und Sorge verdient und genießen muß. Wo aber die Wertordnung der Dinge verkannt wird und die grundlegenden Aufgaben in religiöser, moralischer, kultureller und sozialer Hinsicht vernachlässigt oder zur Seite geschoben werden, dort geschieht dies letztlich zum Schaden des nationalen Anliegens selber. Wenn diese Tatsachen erkannt und anerkannt werden, wird man das Werk der Kirche für das Wohl des Volkes zu schätzen wissen. Wir haben immer in echter Liebe zum Volke gestanden und in aufrichtiger Sorge mit den Nöten des Volkes geföhlt und im Rahmen unserer Sendung uns für das Wohl des Volkes nach besten Kräften eingesetzt. Der Weg hierfür kann nicht der Weg politischer Propaganda sein und auch nicht der Weg, der zu solcher Propaganda mißbraucht werden kann. Es wäre gewiß ein Unrecht, die kirchliche Obrigkeit und den Klerus auf die Anklagebank zu setzen und ihnen Vorwürfe zu machen, als ob sie nicht die volle Treue dem Volke hielten. An wahrer Liebe zum Volke lassen wir uns nicht übertreffen und ebensowenig an äußerstem Einsatz, für das Wohl des Volkes zu schaffen und zu arbeiten. Seelsorge ist eminentester Dienst am Volke. Ich brauche Ihnen wohl nicht eigens hervorzuheben, daß unsere seelsorgliche Sendung uns die Sorge um beide Volksgruppen auferlegt und daß wir dem eigenen Volke keinen Schaden zufügen oder der Liebe zum eigenen Volke keinen Abbruch tun, wenn wir für die seelsorglichen Bedürfnisse beider Gruppen sorgen, wenn wir oben auch für die italienische Bevölkerung in Schule, seelsorglicher Betreuung, Predigt und Gottesdienst sorgen. Wir gehen also den Weg, wie die Wahrheit und Liebe Christi ihn uns gehen heißt. Das allein ist für uns maßgebend. — Ich weiß, Sie verstehen diese unsere Lage und wissen unseren Einsatz zu schätzen.

## Materialismus als praktische Lebenshaltung

Jede Zeit hat ihre geistigen Gefährdungen, sozusagen ihre geistigen Zeitkrankheiten. Sie haben oft genug den Materialismus als die Krankheit unseres Zeitalters nennen hören. Wir müssen da wohl unterscheiden:

1. Materialismus als Lehre, als Theorie: Leugnung des Geistes, infolgedessen Leugnung Gottes, Leugnung der unsterblichen Seele und des Jenseits. Materie ist einzige Wirklichkeit und das, was wir mit „Geist“ bezeichnen, ist nichts anderes als eine der Erscheinungsformen der Materie, genau so dem Wechsel unterworfen wie die Materie. Es erledigt sich damit von selbst jede Religion, ja jeder Anspruch des Menschen, die übrige Schöpfung zu überragen; Würde und Größe des Menschen übersteigen nicht die Umwelt.

2. Materialismus als praktische Lebenshaltung: Man spricht hier vom Materialismus, weil man so lebt, handelt und urteilt, als ob die Materie die einzige Wirklichkeit wäre, als ob der Mensch nur eine diesseitige, innerweltliche Größe wäre und nur eine solche Sendung hätte. Für diesen Materialismus ist der Mensch wegen seiner sinesgebundenen Natur, die leichter das Greifbare ergreift und so unbeholfen ist, wenn es um geistige Dinge geht, und wegen der Belastung durch die Erbsünde sehr anfällig. Oft wird der Mensch sich solcher materialistischer Haltung kaum bewußt, so sehr, daß dieser Materialismus hineinreicht in die Reihen derer, die auf Grund ihres christlichen Namens davon frei sein müßten, in die Reihen eifriger Kirchenbesucher und selbst des Klerus.

Die Wogen des theoretischen Materialismus haben unser Volk direkt kaum erfaßt, nur in wenigen Vertretern; wohl aber zeigen sich indirekt die Auswirkungen dieses Geistes, der wie ein Krankheitsbazillus die Luft erfüllt, in der wir leben. Besonders spürbar ist dieser Einfluß in der klassenkämpferischen Tendenz, das soziale Problem zu lösen; spürbar in der ganzen Einstellung gegenüber der menschlichen Person, der Arbeit, der Lebensauffassung.

Was diese indirekten Auswirkungen der materialistischen Lehre und was den praktischen Lebensmaterialismus betrifft, bedeutet dieser Problembereich für die Sendung der Kirche bei uns eine der alldringlichsten Aufgaben, die einer Lösung und Überwindung bedürften. Wir befinden uns hier an einem Angelegenheit für den Fortbestand unseres Volkes, zumal unseres Bauerntums.

Es ist kein Zweifel, daß eine materialistische Lebensauffassung sehr rasch zur Verstopfung und zum Untergang unserer Berghöfe und Bergdörfer führen würde und daß die stärkste Kraft unseres Volkes, das gesunde Bauerntum, einen tödlichen Stoß bekäme durch den Verlust einer religiösen Schau des Lebens. Die Gefahr ist nicht zu unterschätzen: die Sucht zu verdienen, rasch zu Geld zu kommen, das Verlangen, zu genießen und die Vorteile des städtischen Lebens mitzumachen und das Verlangen, genügende, möglichst viel freie Zeit zu haben: diese Dinge kehren ein beim Bergbauern und, rein materialistisch gesehen, ist er dumm, wenn er sich diese Vorteile entgehen läßt; er verläßt den Hof und geht in die Fabrik. Wir kennen aus anderen Ländern das Problem der Höfe, die keiner mehr übernehmen will, auf denen keine Dienstboten mehr bleiben wollen, wo man nicht mehr imstande ist, das ganze Feld wie bisher zu bebauen. — Dann: der Fortschritt, in sich zu begrüßen und selbstverständlich nach Kräften zu fördern, bedeutet für den Bauern eine Gefährdung, der man begegnen und die man überwinden muß: Der Eindruck, daß die Maschine vom Herrgott unabhängiger macht: mehr Fortschritt, weniger Religion. Auch für das Vorhandensein dieser Gefährdung könnten genügend Beispiele und Symptome genannt werden (wir brauchen keinen Herrgott mehr, wir haben jetzt die Berlesolung). Vgl. die Lage in Frankreich!

Darüber hinaus hält der praktische Lebensmaterialismus seinen Einzug in unser Volk durch eine großaufgezogene Vergnügungsindustrie, die in ihren verschiedenen Erscheinungsformen — vom Sportgötzen bis zur sittlichen Ausgelassenheit — dem Menschen fast völlig gefangenzunehmen droht und in ihm die geistigen Fähigkeiten, das Interesse für die Werke klassischer Bildung, geistiger Kultur und Religion, abstumpfen und zusammenschrumpfen läßt.

In diesen genannten Erscheinungen ist die Substanz des wahren Menschentums bedroht und damit die Substanz unseres Volkes. Hier ist das Menschliche und das Christliche zugleich gefährdet. Diesen Wogen des Materialismus gegenüber, die, so scheint es uns, herumrollen über unser Volk wie unaufhaltsame Lavamasse, muß die Kirche sich auf der Höhe ihrer Sendung zeigen, wenn sie das Reich des Geistes und der Gnade erfolgreich verteidigen will. In dieser Sicht mag es Ihnen aufgehen, was die Kirche bei uns mit ihren unermüdeten Anstrengungen um die liturgische Erneuerung des

Volkes will: Sie stellt Christus hin und sein Kreuz als jene Haltung, die allein uns frei macht für Gott aus der Umklammerung der Materie. Dem Materialismus sind wir nur im Geiste und in der Kraft des Opfers Christi gewachsen. Christus hat sich selbst entäußert und geopfert, hat sein großes Nein zur Vergötzung der Materie und sein großes Ja zu den Werten des Geistes gesprochen durch seinen Kreuzesgehorsam. Liturgie der Kirche ist ständige Neugegenwärtigung der Kreuzeshaltung Christi: Wir predigen Christus den Gekreuzigten! Liturgie ist Erschließung der Kraftquellen des Kreuzes, damit wir in der Haltung Christi die Welt überwinden und den Geist retten. Die lebendige Gemeinschaft um den Altar und zum Altare hin ist die größte Macht gegen den Materialismus. Die Welt hat nur das Kreuz als Rettung und dieses Kreuz soll durch die neubelebte Liturgie in das Zentrum des modernen Lebens gestellt werden. Gelingt es uns hier rechtzeitig, d. h. möglichst rasch vorzustoßen in die Herzen, dann bleibt unser Volk stark und treu, dann werden aus dieser Haltung unverzagbare Kräfte fließen zum Aufbau unserer Heimat; sonst aber gehen wir zugrunde. Die Liturgie ist der Weg, der unsere Gläubigen aus der Peripherie religiöser Praktik und aus der Gefährdung äußerlichen religiösen Eiferalismus hineinführt in die Mitte wahrer christlicher Existenz.

## Die Kirche als Lebensspenderin und Licht der Wahrheit

Den gemachten Ausführungen darf ich noch einige ergänzende, abschließende Bemerkungen hinzufügen.

Wer sich mit Wesen und Sendung der Kirche nicht tiefer befaßt, mag oft den Eindruck haben, daß die Kirche welt- und zeitfremd ist und daß sie sich im Lauf der Geschichte arg im Rückstand befindet. Die obigen Darlegungen mögen dieser Eindrücke doch in etwa bei Ihnen beseitigt haben. Die Kirche hat ihre ewigen Wahrheiten und die Heiligüter, die sie zu bringen hat, geben für alle Zeiten. Dabei hat die Kirche freilich ihren Auftrag als Auftrag in der Zeit und Geschichte und muß immer schauen hier und jetzt ihren Auftrag, die Menschen zu retten, das Reich Gottes aufzubauen, zu erfüllen. Dabei gibt es menschliche Unzulänglichkeiten, Versagen und Einseitigkeiten; Trägheit und geistiges Unvermögen, sich rechtzeitig neuen geistigen Situationen zu stellen, finden wir nicht selten. Freilich auch hierin muß bemerkt werden: wenn die Kirche Zeit- oder Modeerscheinungen gegenüber zurückhaltend ist und manchmal als zu langsam und rückständig empfunden wird, so liegt darin eine hohe Weisheit und Lebenserfahrung der Kirche: sie erspart sich dadurch demütigende Rückzüge und Korrekturen, die an den irdigen Urteilen der Welt oft genug angebracht werden müssen.

In der Kirche lebt die Liebe und Sorge zu ihrer Sendung, die sie von Christus für alle Zeiten erhalten hat und in ihr wirkt der Geist der Wahrheit, der ihr hilft, jeder Zeit Mutter, Lebensspenderin und Licht der Wahrheit zu sein. Wichtig ist es für den Katholiken, daß er sich um einen reifen Kirchenbegriff bemüht, „Kirche“, die das eigene Ich einschließt, in der man sich als Gemeinschaft weiß, jenseits von allem Gegensatz zwischen Hierarchie — Priester und Laien, in der man sich als mitverantwortlich weiß, die Kirche zu tragen, Kirche zu sein, um Christus in der Kirche darzustellen.

Sie stehen als Akademiker auf dem Leuchter im Volke, im Ganzen der Gemeinschaft, Sie sind berufen mitzubauen am Gottesreich, an den unentbehrlichen Grundlagen des Wohles unseres Volkes. Der katholische Christ, wie er in der katholischen Laienbewegung durch die Päpste aufgerufen ist, der sich um die Kirche mitverantwortlich weiß, der die Bereitschaft besitzt zum aktiven Einsatz für die christliche Prägung des Lebens in Familie, Beruf und öffentlichem Leben, dieser katholische Christ ist der von der Zeit gerufen, von Gott für die Zeit gewollt und dieser Christ wird zuerst aus den Reihen der Akademiker erwartet.

Ich habe die Frage der Kirche in Südtirol vor Ihnen nun in wenigen Streiflichtern behandelt, mit jener Sachlichkeit und Offenheit, die von der Wichtigkeit der Frage und von meiner Stellung als Bischof erfordert sind und die vor Menschen, die gebildet sind und christlich denken und eine Klarstellung ihres Kirchenproblems erwarten, am Platze sind; eine Offenheit, wie man sie unter Freunden findet. Die studierende, akademische Jugend hat aliczeit mein herzlichstes Vertrauen und meine aufrichtige Liebe genossen und aus dieser Haltung heraus habe ich heute zu Ihnen gesprochen. Mögen meine Gedanken dazu dienen, Ihnen Ihren Weg als katholische Christen zu beleuchten und Sie froher und vorbehaltloser zur Kirche stehen zu heißen, im Bewußtsein, daß wir alle zusammen bauen am Glück der Herzen und am Wohle der Heimat.

FRANZ FUCHS:

# DIE AUFGABEN DER KATHOLISCHEN LAIENBEWEGUNG IN SÜDTIROL

(Sondernummer zur 1. Studientagung, 1957)

Wenn wir über die Aufgaben der Katholischen Laienbewegung in Südtirol sprechen, so können wir die Dinge nicht so ohne weiteres von Südtirol aus betrachten. Da es ein weltanschauliches Thema ist, müssen wir den Bogen etwas weiter spannen und von der Welt her zu den Problemen Südtirols Stellung nehmen. Das, was ich Ihnen hierzu mitteilen kann, hoffe ich, wird ein kleiner Beitrag werden zu dem Ziel, das Sie sich für diese Studientagung gestellt haben. Meine Ausführungen sind eigentlich eher eine Betrachtung und ich hoffe, daß diese Sie mit Trost und Optimismus erfüllen werden.

Wenn wir die Probleme unserer Heimat nur im engen Raum von Südtirol sehen, sind wir mitunter von der Schwere und der scheinbaren Unlösbarkeit derselben geradezu überwältigt. Ich hatte leider nicht das Glück, die vorhergehenden Vorträge zu hören, aber aus den Themastellungen ist mir klar geworden, daß Sie nun gründlich über die einzelnen Probleme Südtirols informiert sind, so daß man den Sprung in die Welt hinaus wagen kann. Denn der Standort, welcher ja nur unsere Heimat sein kann, ist nun gesichert. Es erscheint mir daher ein Vorzug, als einer der letzten zu Ihnen sprechen zu dürfen, weil Sie ja bereits viele Einsichten gewonnen haben. Wir können somit zu dem Thema kommen, das uns in erster Linie betühren wird: zu einer Uebersicht der heutigen Welt-situation.

## Die neue Welt des Fortschritts

Führende Männer der Wissenschaft und der Wirtschaft, der Kirche und der Politik sind sich darüber einig, daß die Welt von heute, die wir das beginnende Atomzeitalter nennen, als eine neue Welt beurteilt werden muß, welche sich an einer entscheidenden Wende befindet. Diese neue Welt verlangt eine neue Art der Anschauung, daher eine festgefugte geistige Basis und ein unverrückbares Ziel.

Die Menge der Probleme, die Unklarheit der Situation sowie die Ueberstürzung der Ereignisse machen es uns nicht leicht, ein klares Bild zu gewinnen. Wenn wir uns z. B. nur ganz kurz den Wandel der Dinge der letzten 200 Jahre vor Augen führen, sehen wir sofort die ungeheuren Veränderungen, welche die Welt in denselben durchgemacht hat.

Die Umwälzung geschieht in einem ungeheuren Tempo. Wenn durch viele Jahrtausende die Höchstgeschwindigkeit, um sich von einem Ort der Erde zum anderen zu begeben, die des Pferdes oder des Segelschiffes war, wird nun der Raum unserer Erde von Flugzeugen in Ueberschallgeschwindigkeit bewältigt. So erhielten wir den neuen Geschwindigkeits-Koeffizienten für unseren Lebensrhythmus. Die Geschwindigkeit ist eine zu große, der Fortschritt hat ein solches Maß erreicht, daß wir ihm seelisch nicht mehr gewachsen sind. Dadurch entsteht die große Diskrepanz zwischen dem inneren Leben des Menschen und seiner äußeren Tätigkeit. Der hl. Vater Pius XII. bezeichnet den modernen Menschen als einen Riesen auf dem Gebiete des Fortschritts und der Zivilisation und als einen Zwerg im Bereiche des Seelischen.

## Einigkeit im Kampf gegen den Kommunismus!

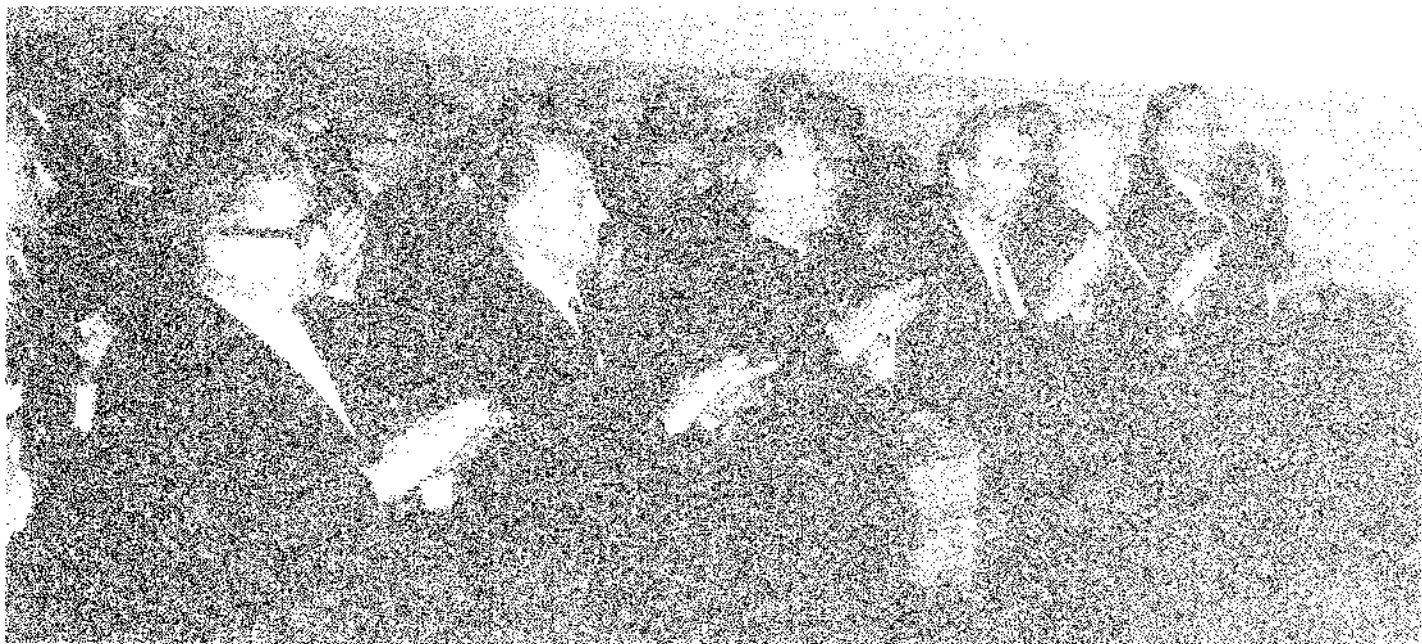
Was aber hat dies alles mit den Aufgaben der Katholischen Laienbewegung in Südtirol zu tun? Obwohl die Dinge weit hergeholt scheinen, sind sie doch für die Beurteilung der geistigen Situation und der Lage der Kirche von ausschlaggebender Bedeutung. Wohl hebt der Fortschritt den Lebensstandard der Menschen, doch ihre Existenz ist durch ebendenselben Fortschritt auf das schwerste bedroht. Die Abhängigkeit der Menschen voneinander und ihr Verhältnis zueinander ist durch diesen Fortschritt viel ausgeprägter geworden als in der Vergangenheit. Nicht nur ein Krieg, selbst ein Streik oder eine ideologische Bewegung in einem Teile der Erde werden sofort ein Problem für alle übrigen Menschen. Diese Vereinhelligung ist nicht nur eine Tatsache, sondern sie geht langsam ins Bewußtsein aller Menschen

über. Der Aufruf zur Einheit Europas, ein ebensolcher in Asien und Afrika sind schlagende Beweise für das Erwachen dieses Bewußtseins. Daneben formen sich Machtblöcke aus ideologischen Motiven. Der Machtblock des Kommunismus steht dem des Westens gegenüber, wobei für unsere Betrachtung von besonderer Wichtigkeit ist hervorzuheben, daß innerhalb des Machtbereiches des Kommunismus eine klare und konsequente Ausrichtung in allen Sparten und Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens herrscht, eine Konsequenz, welche wir im westlichen Machtblock leider vermissen. Dieser Ideologie des dialektischen Materialismus dienen die Politik, die Industrie, der Handel, die Wissenschaft, während im Bereich des Westens zwischen der christlichen Ideologie und der geistigen Haltung der Menschen im praktischen Leben eine ungeheure Diskrepanz aufscheint. Dies ist das Kernproblem unserer heutigen Betrachtung und ich kann mir denken, daß junge Akademiker gerade unter dieser Spaltung von Religion und praktischem Leben leiden. Man denke an die Lehre von der christlichen Liebe und betrachte die Anwendung derselben in Familie, Beruf, Wirtschaft und Politik, wo vielfach der reine Nützlichkeitsstandpunkt vorherrscht. Das Christentum hat sich in den sakralen Raum zurückgezogen und kann sich kaum zu einer Tätigkeit im praktischen Leben entfalten. Dieser praktische Materialismus des Westens kann bis zu einem gewissen Grade als Vorstufe jener Geisteshaltung bezeichnet werden, die dann im Kommunismus konsequenterweise ihre Erfüllung findet. Das, was mir am Herzen liegt, ist, Ihnen klar zu machen, daß wir im kommunistischen Machtbereich eine konsequente Durchführung der materialistischen Geisteshaltung in allen Sparten des Lebens feststellen müssen, während der Westen die Einheit von Ideologie und Leben in verhängnisvoller Weise trennt. Ich sage das nicht, um in Ihnen eine abendländische Untergangsstimmung zu erwecken, sondern um Ihnen an diesem Beispiel die große Aufgabe der Katholischen Laienbewegung und ihre Ziele aufzuzeigen. Diese kurze Betrachtung sollte auch die Verantwortung hervorheben, welche die öffentlichen Stellen der christlichen Welt haben. Diese Verantwortung liegt jedoch nicht nur auf der gesamten christlichen Welt, also auch auf jedem einzelnen und vor allem auf den akademisch Gebildeten, von denen größere Einsicht in diesen Dingen erwartet werden darf. Die Frage, die sich hier für die Zukunft stellt, ist: wird die kommende neue Welt des Atomzeitalters eine christliche oder eine kommunistische sein? Der Kampf der Geister ist hier in vollem Gange.

Auch wir hier in Südtirol können und dürfen nicht abseits stehen und das um so weniger, als dem Feind der abendländischen Zivilisation durch die materialistische Geisteshaltung auch bei uns ein bedeutender Einbruch gelungen ist. Der Weg von dieser Geisteshaltung zur Kapitulation (ich erinnere hier nur an die Haltung des Westens im Falle Ungarns) ist nicht allzu weit. Alles wird davon abhängen, ob es gelingen wird, einer geschlossenen kommunistischen Ideologie und Wirklichkeit eine ebensolche Einheit von christlichem Glauben und praktischem Leben im Abendlande entgegenzusetzen. Dominierend ist hier das ideologische Moment. Die Aufgabe der Kirche als Lehrerin und Führerin ist an sich klar; den Laien aber obliegt es, den leeren Raum zwischen Religion und Leben auszufüllen und das christliche Gedankengut in alle Bereiche des praktischen Lebens hineinzufragen. Das ist im großen gesehen die Aufgabe der Katholischen Laienbewegung in Südtirol. Sie will nichts anderes als die Verchristlichung des Lebens. Sie will das, weil es ein Auftrag ist, ein Auftrag Christi, ein Auftrag der Kirche. Aber es ist darüber hinaus auch ein Auftrag, den uns unsere Zeit selbst gibt, in dem Sinne, als wir sonst auf die Dauer nicht in der Lage sein werden, einer so kompakten Einheit von Ideologie und Leben zu widerstehen, wie sie der Kommunismus darstellt.

## Lebendiges Christentum

Die Aufgabe auf religiösem Gebiete kann in erster Linie



anscheinendes Thema ist, indem wir den Ideen eines Walter Spangher und von der Welt her zu den Problemen Südtirols Stellung nehmen. Das, was ich Ihnen hierzu mitteilen kann, hoffe ich, wird ein kleiner Beitrag wertvoll zu dem Ziel, das Sie sich für diese Standortbesetzung gestellt haben. Meine Ausführungen sind wesentlich eher eine Betrachtung und ich hoffe, daß diese Sie mit Trost und Optimismus erfüllen werden.

Wenn wir die Probleme unserer Heimat nur im engen Rahmen von Südtirol sehen, sind wir mühsamer von der Schwere und der schmerzhaften Unlösbarkeit derselben geradezu überwältigt. Ich halte leider nicht das Gefühl der vorhergehenden Vorträge zu hören, aber aus den Theorienstellungen ist mir klar geworden, daß Sie nun umständlich über die einzelnen Probleme Südtirols diskutieren, so daß man den Sprung in die Welt hinaus wagen kann. Denn der Standort, welchen wir nur unsere Heimat sehr kennt, ist nun gesichert. Es erscheint mir daher ein Versuch, als einer der letzten zu Ihnen sprechen zu dürfen, wohl Sie ja bereits viele Einsichten gewonnen haben. Wir können somit zu dem Thema kommen, das uns in erster Linie hartnäckig wird: zu einer Geschichte der heutigen Volkserziehung.

### Die neue Welt der Fortschritt

Führende Männer der Wissenschaft und der Wirtschaft, der Kirche und der Politik sind sich darüber einig, daß die Welt von heute die wir das hochentwickelte Atomzeitalter nennen, als eine neue Welt hervorgeht. Diese neue Welt befindet sich an einem entscheidenden Wende befindet. Diese neue Welt verlangt eine neue Art der Anschauung, daher eine fortgeschrittene religiöse Basis und ein unverrückbares Ziel.

Die Merkmale der Probleme, die Unklarheit der Situation, welche die Überwindung der Probleme machen es uns nicht leicht, ein klares Bild zu gewinnen. Wenn wir uns z. B. nur ganz kurz den Wandel der Länge der letzten 200 Jahre vor Augen führen, sehen wir sofort die ungeheuren Veränderungen, welche die Welt in demselben durchgemacht hat. Fast in Zahlen: Um das Jahr 1800 bewohnten ungefähr 500 Millionen Menschen unsere Erde. Im Jahre 1900 sind es bereits 1800 Millionen. Im Jahre 1851 erreichte man 2100 Millionen Menschen, also beinahe das Dreifache nach 150 Jahren. Es würde zu weit führen, wollten wir nun die durch diesen enormen Bevölkerungswachstum verursachten Veränderungen, auf sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gebiet in Erwägung ziehen. Für unsere heutige Betrachtung ist es nur wichtig festzustellen, daß wir heute enormen Bevölkerungswachstum dem Fortschritt auf dem Gebiete der Medizin und Hygiene zu verdanken haben. Nicht nur daß die Kindersterblichkeitsrate herabgedrückt worden, sondern auch die Lebenserwartungsdauer konnte erhöht werden und erreicht heute in einigen Staaten der Welt 60 Jahre. Ein weiterer Punkt, der uns in unserer Betrachtung besonders interessiert, ist die Rückgang des Analphabetismus. Man schätzt, daß vor 200 Jahren 80% der Bevölkerung Analphabeten waren; heute gibt es Länder, hauptsächlich in Europa und Amerika, in denen man Menschen von 1 bis 10 Prozent Analphabeten

rechnen kann. Die Industrialisierung und die Mechanisierung der Landwirtschaft brachten große soziale und kulturelle Umwälzungen. Denken Sie nur an die stehende Pflanz der Wirtschaft und deren Bedeutung, an die Macht der Ministerien, der Zeitung, des Films, des Rundfunks, der Sekulare, welche den Menschen in seiner Anschauung und in seiner Stellung zur Welt überhaupt und zum Nächsten völlig verändert haben.

Die Umwälzung geschah in einem ungewissen Tempo. Wenn du von viele Jahrhunderte die Höchstgeschwindigkeit, mit der wir angelegt sind, unser religiöses Tun mit lebendigem Gehalt aus der Kraft der Sakramente zu erfüllen und uns von dem heiligen und vorbereiteten sterblichen religiösen Traditionen zu befreien. Ich sage das hier aus einem ganz bestimmten Grund, weil auch so mancher junge Akademiker geneigt ist, diesen Traditionalismus, so es aus Pflicht oder aus anderen Gründen, eine Bedeutung abzusprechen. Die eine Wertverschiebung gleichgültig, Brauch, besonders religiöses Brauch, sollte Ausdruck einer lebendigen inneren Haltung sein. Wenn diese fehlt, bleibt die äußere Form, welche vorübergehend das Gebirge annehmen aber keine weltliche Kraft geben kann. In diesem Zusammenhang darf auch die Wort über die Glaubensverkünderung und die demselben entgegengebrachte Kritik gesagt werden. Wie leben in unserer Heimat in einer vornehmlich räumlichen Welt. Der gebildete Teil stellt eine Minorität unserer Bevölkerung dar. Es ist daher verständlich, daß Predigt und Gottesdienstgestaltung in erster Linie den Bedürfnissen der Mehrheit angepaßt sind. Kritik, auch im positiven Sinne, sollte aus einer Gefühl der Mitverantwortlichkeit mit Tatkraft und Beharrlichkeit vorgebracht werden, um auf diesem Gebiete einen Fortschritt zu erzielen. Es besteht, in verschiedenen Orten unserer Heimat katholische Männergruppen, welche der Gesellschaft, um dem auch diese Probleme zur Sprache gebracht werden sollten. Die katholische Bewegung organisiert sich in Studientreffen, welche sowohl der christlichen Gesellschafts- und Staatslehre, als auch der Vertiefung der Kenntnisse an die Dinge unserer Religion dienen. Es ist wichtiger ersprechend, wie wenig an religiösem Wissen gewie bei Gebildeten zu finden ist. Die kindlichen Glaubenskenntnisse der Volksschule können bei einem Erwachsenen und gebildeten Menschen nur noch als kindisch bewertet werden und stehen oft im stärksten Gegensatz zum eigenen Stand der Bildung.

Sie wundern sich vielleicht zu hören, daß die Koordinierung der katholischen Organisationen und deren Anpassung an die Notwendigkeiten unserer Zeit nur ein so große Schwierigkeiten stellen. Wir können dabei die Feststellung machen, daß die italienische Volksgemeinschaft in diesem Punkte vor einer leichteren Aufgabe steht, da der organisatorische Aufbau einem Neubau vergleichbar ist, während wir ohne zum Teil Jahrhunderte alte Traditionen mit großer Schutzlosigkeit zu berücksichtigen haben.

Sich aus dem europäischen Markt, aus der Automation der Mechanisierung der Landwirtschaft, der Landwirtschaft, der Industrialisierung unserer Heimat, die Probleme der Berufsberatung, der Berufsbildung und -schulung ergeben, sträubt

und beraten. Auch das Berufsethos, der Sinn der Arbeit als Persönlichkeitsbildung, die Bekämpfung der materialistischen Auffassung von Arbeit und Beruf finden in Vorträgen und Studientagungen gründliche Behandlung. In alledem handelt es sich um die Rettung der Persönlichkeit des Menschen und um den Kampf gegen die Vermassung unserer Arbeiter.

### Christliche Grundsätze im Bereich der Wirtschaft

Auch der wirtschaftliche Bereich des Landes wird von der katholischen Aktion irgendetwie erfaßt. Sie werden sich fragen, was hat die katholische Aktion mit der Wirtschaft zu tun? Die katholische Bewegung hat zu der Wirtschaft insoweit Beziehung, als sie auch in ihrem Bereich christliche Grundsätze in Erinnerung bringen muß. Wenn in der Wirtschaft sich der reine Nützlichkeitsstandpunkt breit macht, ein Wirtschaftsliberalismus sich durchsetzt, welcher freie Bahn für den Tüchtlagen fordert, den weniger Tüchtigen rücksichtslos überrollt, dann müssen wir unsere Stimme erheben und erklären, daß diese unchristliche Haltung den Bestand unseres Volkstums auf das schwerste gefährdet. Wenn die Aufnahme der Angestellten vom reinen Nützlichkeitsstandpunkt diktiert wird, italienischsprachige Arbeiter, weil sie vielleicht billiger arbeiten, den einheimischen vorgezogen werden, wenn dem Einkommen italienischen Kapitals hemmungslos und ohne Not Heimatboden preisgegeben wird, dann muß eine katholische Bewegung hiezu Stellung nehmen. Man wird sagen, daß die Ideologie in der Wirtschaft nichts zu suchen hat, ein Gedankengang, der zwar im Westen sehr modern, aber deswegen noch lange nicht bewährt ist. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Auffassungen in Sowjetrußland erinnern, in der die ideologische Ausrichtung für die Wirtschaft richtunggebend sein muß. Aber auch der deutsche Kaufmann wird in der Vergangenheit Beispiele hohen Berufsethos finden können. Man brachte für Redlichkeit und Standesbewußtsein große Opfer und nur dem Eindringen einer materialistischen Geisteshaltung ist es zu danken, daß Geld höher geschätzt wird als diese hohen Werte, Werte wie Vertrauensreue, Redlichkeit, Ehrlichkeit. Auch Zerstörerhaftigkeit, rücksichtslose Verdrängung des Konkurrenten fördern Spannungen und schädigen die Heimat.

### Völkische Selbsthilfe

Ich weiß, daß Gespräche über dieses Thema höchst unpopulär sind, aber eine höhere Verantwortung zwingt uns, über diese Dinge zu sprechen. Auch die Korruption ist vor den Türen Südtirols nicht stehen geblieben und es ist bedauerlich und schmerzlich zu sehen, wie sich hier mitunter Hände reichen, die jeglicher nationalen Würde ermangeln. Die katholische Bewegung ist eine Zentrale, in der viele solcher Klagen einlaufen, und wir haben im Laufe der letzten Jahre oft einen tiefen Einblick in Dinge tun müssen, von denen wir wissen, daß sie nie beim rechten Namen genannt werden. Wir sind die letzten, die sich nicht mit den nationalen Forderungen unseres Volkes intensiv beschäftigt hätten, aber eines dürfen wir nicht vergessen, besonders nicht in dieser gefährlichen Lage, in der wir uns befinden: es wäre falsch Schwächen des eigenen Volkes aus falscher Scham zu verdecken oder die andere Volksgruppe für Fehler verantwortlich zu machen, die durch mangelnde Opferbereitschaft unsererseits entstanden sind. Wie einfach ist es, von dem Unrecht, welches uns auf nationalem Gebiet geschieht, zu sprechen, von der Unterwanderung, von der Nichteinhaltung des Pariser Vertrages und anderem mehr. Aber wir brauchen auch eine Institution, welche den eigenen Schwächen und Fehlern klar ins Auge sieht, welche den Mut hat, um der Einheit und des Volkswohls willen, manchmal die Wahrheit in heiklen Dingen zu sagen. Sicherlich hat uns die Nichteinhaltung des Pariser Vertrages großen Schaden zugefügt, aber es wäre uns zugestanden, aus eigener Initiative Schüler- und Lehrlingsheime zu errichten, Berufsschulen zu gründen, die Betreuung der Jugend besser auszubauen, wenn wir nur hiezu die notwendigen Geldmittel flüssig gemacht hätten. Oder ist es nicht auch eine Art, die Unterwanderung selbst zu fördern, wenn den eigenen Söhnen und Töchtern nicht Baum und Boden gegeben wird, um Familien zu gründen? Oder wenn die Jugend nicht gesucht wird, um später Beamtenstellen zu besetzen? Ist das Zweikindersystem in den reichen Teilgemeinden vielleicht eine Förderung unserer Bevölkerungsziffer? Wer hinderte uns daran, all diese Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen? Man wird nicht dagegen einwenden können, daß die Mittel hiezu nicht hät-

ten aufgebracht werden können, denn Südtirol zählt zu den reichsten Agrargebieten Europas. Aber es fehlt hier an Verständnis und Opfergeist.

Es ist die selbstverständliche Aufgabe einer politischen Partei und ihrer Presse, auf Einhaltung des international garantierten Minderheitenschutzes zu bestehen und dafür zu kämpfen. Es ist ebenso klar, daß die Partei in diesem Kampf auf die Geschlossenheit des Volkes sich stützen muß, doch wäre es weder im Interesse des Volkes noch der Partei, wenn nationalistische Methoden (die Italiener sagen gleich national-sozialistische) in diesem Existenzkampf angewendet würden. Man sage nicht, die katholische Bewegung habe kein Verständnis für die nationalen Belange. Auf dem sicheren Boden des Naturrechtes stehend, erklären wir nicht nur, daß die Erhaltung der völkischen Eigenart ein Recht unseres Volkes ist, sondern wir erklären darüber hinaus, daß diese Erhaltung unsere dringendste Pflicht auch vor Gott ist, der uns als Deutsche auf den Boden unserer Ahnen gestellt hat und von uns verlangt, daß wir die erteilte Seele und unser Gesicht wahren und erhalten. Sie werden im katholischen Lager in allen gerechten Belangen der Heimat eine begeisterte Jugend und Männer mit Verantwortungsbewußtsein und klarem Wirklichkeitssinn in den ersten Reihen finden. Sagen Sie bitte nicht, die Kirche hat mit Politik nichts zu tun. In allen Fragen des Allgemeinwohls, also auch, wenn es um politische Rechte geht, hat eine katholische Laienorganisation, als Teil der Kirche, ein wichtiges Wort mitzusprechen. Doch erstreben wir keine politische Machtposition und noch viel weniger wollen wir eine eigene Partei bilden. Denn nichts könnte dem Christentum mehr schaden, als wenn dadurch Religion zum Opportunismus herabgewürdigt würde.

### Einsetzung aller christlichen Mittel zur Verteidigung unseres Volkstums

Wenn auch nicht als Partei, so wollen wir doch innerhalb derselben und unseres Volkes alle nur möglichen christlichen Mittel zur Verteidigung unseres Volkstums einsetzen, deren Wirksamkeit im internationalen Raum nicht unterschätzt werden darf. Die Einheit unseres Volkes ist uns ein großes und bedeutsames Anliegen, aber nicht nur die politische, sondern auch die weltanschauliche Einheit ist anzustreben. Von einer ausgesprochenen antichristlichen Haltung kann man in Südtirol wohl kaum sprechen. Es ist vor allem der sogenannte bürgerliche Liberalismus, der nicht ohne weiteres zur Kirche zurückfindet. Aber gerade diesen Kreisen müßte man zurufen: Versuchen sie nicht das Volk zu spalten, fragen Sie nicht Gedankengänge in dieses Volk hinein, die es von seiner christlichen Haltung abbringen. Gehen Sie nicht als Voltaire aufs Land, denn es ist verhängnisvoll für Südtirol nicht nur vom weltanschaulichen, sondern auch vom nationalen Standpunkt aus, wenn es von den Wurzeln seiner Kraft getrennt wird. Automatisch wird durch das liberale Gedankengut der Mensch in eine materialistische Geisteshaltung abgedrängt, die innerweltlichen Dinge werden höchst interessant, und wenn sie einmal das geworden sind, dann lobt man nur mehr für sie, dann ist man nicht mehr bereit Opfer zu bringen und mit dem Verlust des Glaubens geht der der Heimat Hand in Hand. Gerade die Akademiker sollten sich dieses Kernproblem unserer Heimat stets vor Augen halten.

Und noch eines darf kein Akademiker vergessen. Ueber all dem Interesse der Heimat steht noch die große Frage: Bleibt das Abendland christlich oder wird es kommunistisch? Freilich, das Heimd ist jedem näher als der Rock, doch was würde es nützen, wenn unsere Heimat deutsch, aber kommunistisch würde? Wenn wir das Deutschtum um den Preis seiner christlich-abendländischen Kultur erkaufen müßten? Sind deutsche Kommunisten in einer kleineren Not als eine deutsche Minderheit in Italien?

Wenn ich in einer so aufrechten Weise sowohl über die Ziele und Aufgaben der katholischen Bewegung gesprochen, als auch in- und außerhalb derselben so manche scharfe Kritik angebracht habe, so geschieht es nicht so sehr um der katholischen Laienbewegung willen, als vielmehr um Sie zu ermuntern, diese Aufgabe diese Ziele und Anliegen zu Ihren eigenen zu machen. Hier gibt es keine Kompetenzstreitigkeiten, jeder ist aufgerufen, in dem Rahmen, in dem er wirken kann, mitzuarbeiten und mitzuhelfen, das ganze Haus vor den drohenden Flammen zu retten, denn sollte dieses aus Mangel an Bereitschaft zugrunde gehen, dann wird unsere Wohnung in diesem Hause auf alle Fälle nicht mehr bewohnbar sein.

# Die Kirche zwischen modernen Lebensformen und bäuerlichem Konservatismus

Dr. Johannes Meßner

(Sondernummer zur XI. Studientagung, 1967)

Lange Zeit führte die Kirche auf gewissen Gebieten die Sache des Menschen, weil dieser seine Sache ungetan ließ. Die Kanzel war nicht nur Stätte der Verkündigung des Gotteswortes, sondern auch Ort weltlicher Mitteilungen. Die vielseitige Zuständigkeit des Seelsorgers als des einzig anerkannten Studierten auf dem Dorf ließ die Bedeutung der Kirche und deren beruflichen Funktionsträger sichtbar aufscheinen. Diese Tatsachen vermittelten das Erlebnis einer starken Präsenz der Kirche und manche dürften diese als Zeichen einer starken Religiosität gewertet haben. Heute sehen wir, wie die Kirche aus der Sache des Menschen entlassen wird, weil dieser es vorzieht, seine Sache selbst zu führen. Ist dadurch die Geschichte der Kirche zu Ende? Ist sie dadurch zur Irrelevanz verurteilt oder bedeutet Minderung institutioneller Präsenz etwa gar Minderung der Religiosität? Oder kann als Frucht dieser Entwicklung nicht vielmehr die Kirche neue Berufung finden, die Sache Gottes zu führen, Gott zu erkennen und den Menschen zu zeigen? Und hat nun nicht der Mensch selbst, dem nun die Möglichkeit und Fähigkeit zuteil ist, die Sache der Welt zu führen, die Möglichkeit, seine Partnerschaft mit Gott aufzunehmen?

Wir erleben heute einen institutionellen Schwund der Kirche. Immer mehr Einrichtungen und Lebensbereiche, die einst fast ausschließlich von der Kirche besessen, geführt oder getragen worden sind, wie Waisenhäuser, Kindergärten, Schulen, Altersheime, Krankenhäuser, werden von öffentlichen oder privaten weltlichen Stellen übernommen. Liegt aber im Bau und in der Führung solcher Einrichtungen die Aufgabe der Kirche? Ist dies nicht vielmehr Aufgabe der Gesellschaft?

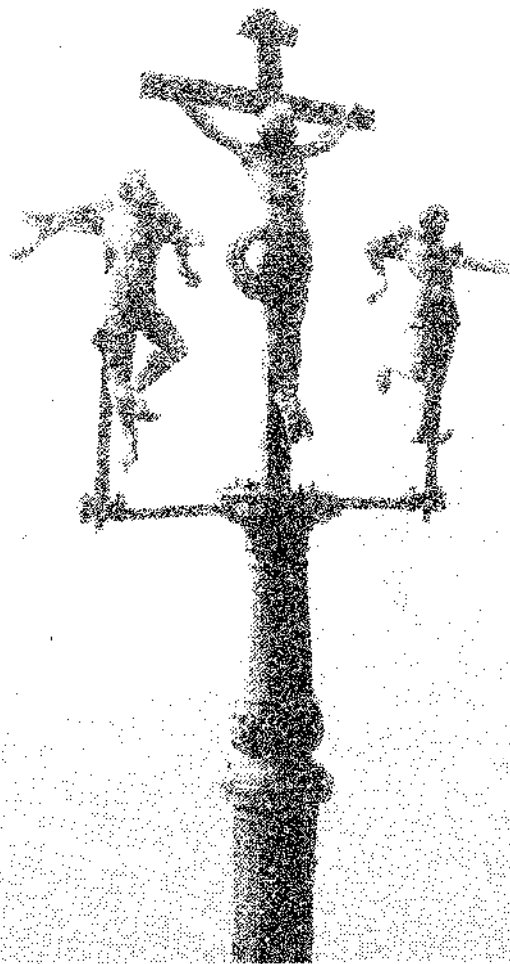
Aber auch die Anwesenheit von rechtswegen des Vertreters der Kirche in den verschiedensten Gremien nimmt immer mehr ab. Ist aber der Verlust der institutionellen Präsenz für die Kirche wirklich ein Verlust? Soll sich die Kirche überhaupt noch mühen, rechtliche Fixierungen zu ihren Gunsten zu erlangen? Oder ist heute nicht vielmehr die personale und missionarische Präsenz ihre Aufgabe? Die Bedeutung der personalen Präsenz wächst sowohl in der Form des Individuellen wie des Gruppen-Apostolates. Die Entlassung des Menschen in die Welt ist Ausdruck des Vertrauens in den Menschen, des Ernstnehmens der Welt. Durch die Trennung wird aber auch eine klare Unterscheidung zwischen menschlichem Versagen und Kirche sowie eine klare Sicht in der Auffassung der Kirche ermöglicht. Kann dadurch nicht die Gefahr des Klerikalismus, des nicht zuständigen Einmischens in fremde Sachbereiche von der Kirche gebannt sowie die noch größere Gefahr abgewandt werden, daß die Kirche selbst mißbraucht wird zur Verfolgung machtpolitischer Ziele von seiten der Welt?

Ein Kennzeichen moderner Lebensform ist die zunehmende Einpoisterung des Menschen und seiner Interessen in einer innerweltlichen Rahmen. Der Mensch hat sich die Erde wohllich eingerichtet. Er ist nicht mehr der einfache und erlebnisarme Mensch. Viele Grenzsituationen, die früher Zugang zur Religion waren, sind heute vielfach aus dem Blickfeld gerückt. Gewisse Bedürfnisse braucht der Mensch heute nicht mehr geistig zu sublimentieren. Er kann sie mit innerweltlicher Befriedigung absättigen.

Angeichts dieser Entwicklung meinen manche, daß ohne Gefühl des Versagens, ohne Erlebnis der Not, Religiosität nicht möglich oder zumindest gefährdet sei. Darf dieser nicht gesagt werden, daß dem Menschen, indem er Macht hat, neue Möglichkeiten zu schaffen und diese auch effektiv schafft, auch mehr Auswahl und damit größere Chancen geboten werden und somit auch größere Freiheit? Mit mehr Freiheit können wir aber auch menschlicher sein. Warum nicht auch christlicher?

Diese Einpoisterung ist begleitet von einer Entmaterialisierung Gottes und der Religion. Bei sich nicht schließenden Kreisen wurde früher immer wieder auf Gott zurückgegriffen. Immer dann, wenn der Mensch an die Grenzen seiner Macht gekommen war oder sich etwas nicht erklären konnte, schaltete er direkt Gott ein. Heute ist

Da die Kirche eine sichtbare Kirche ist und äußere Akte verlangt, läßt sich das Bekenntnis zu ihr und die Beachtung ihrer Bestimmungen einigermaßen messen. Auf Grund vorwissenschaft-



licher Urteile haben wir eine sehr hohe religiöse Praxis. Religiöse Praxis kann aber auch reine Außerlichkeit sein. Wieviel religiöse Vitalität dahintersteckt, zeigt sich, wenn die gewohnten Strukturen und die sozialen Kontrollen wegfallen, wenn religiöse Übung nicht mehr opportun oder gesellschaftlich gar von Nachteil ist. Der Grad der religiösen Vitalität zeigt sich im Verhalten in Katastrophensituationen und in der Fähigkeit zur religiösen Bewältigung neuer Probleme. Sie zeigt sich im Interesse für religiöse Fragen. Damit das Urteil nicht schief ausfällt, muß zwischen Religiosität und Kirchlichkeit unterschieden werden. Es gilt, sich vor der Gefahr zu hüten, das Nicht-Kirchliche zum Nicht-Religiösen abzustempeln. Trug einst die Macht der Strukturen die Herzen, so muß heute die Macht der Herzen die Strukturen tragen.

Gott immer weniger Lückenfüller er rückt mehr in die geistige Wertebene ein.

Die zunehmende horizontale und vertikale Mobilität führt zu einer Mobilität der Institutionen und der Lebensstile. Jeder Wechsel der Kulturstufe, der Wirtschaftsform, von Beruf und Ort bedeutet seelische Belastung und der Mensch braucht immer seine Zeit zur Neuorientierung und Neuverwurzelung. Im Kontakt mit dem sozialen Wandel ändert der Mensch die Haltung gegenüber der Religion. Er ist gezwungen, neue Rollen in der Beziehung zu neuen Menschen, zu neuen Gegenständen, zu neuen Ideen und Beziehungsgruppen zu spielen. Damit ändert sich aber auch seine religiöse Verhaltensweise. Das Leben, auch das religiöse, sträubt sich nämlich, in vorhandene Formen gepaßt zu werden. Es zerrt an den zeitgebunden Formen, die oft zu Fesseln werden können, und versucht, sich zu befreien. Es versucht, neue Rettungen zu finden, die der neuen Entwicklung besser entsprechen als die alten.



*Selig die Armen, die sich im Kampf gegen ihre Unterdrücker mobilisieren, denn sie werden nicht — wie ihre Väter — mit dem Himmelreich betrogen werden.*

Bernd Päsche

# Die Kirche in der Südtiroler Gesellschaft

(1977/3)

Im folgenden bringt der SKOLAST einen Beitrag von Josef Stricker und ein Interview mit Josef Innerhofer. Beide Beiträge haben, in unterschiedlicher Form, die Rolle und die Haltung der katholischen Kirche in unserem Lande zum Inhalt.

Josef Stricker ist Arbeiterpriester und Sekretär der Südtiroler Metallarbeitergewerkschaft (GVM/FLM) und zählt zur Bewegung „Christen für den Sozialismus“.

Dr. Josef Innerhofer ist Direktor der Diözesanzzeitung „Katholisches Sonntagsblatt“ und somit sicherlich repräsentativ für den offiziellen Katholizismus Südtirols.

Ich schicke voraus, daß ich nicht als Außenstehender an dieses Thema herangehe, sondern mich nach wie vor als Glied der Kirche betrachte — und — wenn auch unkonventionell — an ihrer Erneuerung mitarbeite. Die von mir an der Lokalkirche und ihrer Rolle in der Südtiroler Gesellschaft vorgebrachte Kritik ist weder Selbstzweck noch soll diese Kritik antikirchlich sein, auch dann nicht, wenn Exponenten oder Institutionen dieser Ortskirche für eine Reihe von sehr bedenklichen Entwicklungen in der Südtiroler Gesellschaft mitverantwortlich gemacht werden.

Die jüngsten Äußerungen des Bischofs, die Christen müßten die Kommunisten links überholen und seine Klage, daß viele Geistliche noch stark vom kapitalistischen Weltbild geformt seien, lassen darauf schließen, daß er sich verstärkt den sozialen Problemen zuwenden möchte. Wird ein solches Engagement aber auch von den kirchlichen Institutionen, von Klerus und Laien, begrüßt und mitvollzogen? Zeichnen sich am kirchlichen Horizont in Südtirol neue Konturen ab? Die Beantwortung dieser Fragen soll ansatzweise versucht werden an Hand:

- a) einer Analyse einiger auf der letzten Diözesansynode zutage getretener Tendenzen
- b) der Auseinandersetzung zum Thema Arbeiterpriester
- c) einer kritischen Beurteilung der traditionellen katholischen Soziallehre
- d) einer Einschätzung zweier katholischer Verbände
- e) einer Untersuchung der Kirchenpresse.

## I. Diözesansynode

Wohl an keinem anderen Ereignis der letzten Jahre läßt sich der Bewußtseinsstand der Kirche deutlicher ablesen als an der Diözesansynode, welche zu Beginn der siebziger Jahre stattfand. Wenngleich die 155 teils gewählten, teils ernannten Synodalen sicher

nicht ohne Vorbehalte als repräsentativer Querschnitt des Kirchenvolkes gewertet werden können, trat auf der Synode der Bewußtseinsstand von Klerus und Laien in Südtirol doch sehr deutlich zutage.

Es ist hier unmöglich, auf die gesamte Problematik der Diözesansynode im Detail einzugehen. Ich beschränke mich daher auf jene Probleme, an denen die Standorte der einzelnen, die Spannungen und Widersprüche innerhalb der Ortskirche am klarsten sichtbar wurden; und dies war, wie könnte es anders sein, das Verhältnis der Kirche zur Welt der Arbeiter oder allgemeiner das Verhältnis zu sozialen und politischen Problemen. Dieser Fragenkomplex wurde am ausgiebigsten diskutiert. Er erregte die Gemüter und lieferte Stoff für Redeschlachten in der Kommission wie in den Vollversammlungen. Gleich zu Beginn der Synode wurde eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Dokumentes zum Thema „Kirche in der Welt der Arbeiter“ unter Berücksichtigung folgender Richtlinien betraut: a) Hinhören auf das, was das Wort Gottes zur Welt der Arbeit sagt; b) die Lebensbedingungen der Arbeiter untersuchen; c) die Haltung der Kirche zur Arbeiterwelt erkunden; d) praktische Vorschläge zur Seelsorge in der Welt der Arbeiter erstellen. Die Kommission machte sich an die Arbeit und erstellte in relativ kurzer Zeit ein Dokument. Es war ein durchaus kirchliches Dokument, das — wenn auch in allgemeinen Formulierungen — nicht mehr, aber auch nicht weniger, enthielt als etwa die neuesten Sozialenzykliken oder einige vom Konzil verabschiedete Dokumente (z. B. Gaudium et spes). In diesem Dokument findet man Sätze wie z. B. folgende: „Die Sozialisierung erscheint eine der derzeitigen Formen zu sein, die die soziale Funktion der Erdengüter eher gewährleistet als das Privateigentum“, oder „den biblischen Aussagen gegenüber hat sich unsere Gesellschaft schwer versündigt, auch die Christen, auch bei uns“, oder „es ge-

nügt nicht, bloß am liturgischen Leben teilzunehmen, die Bereitschaft zu Gerechtigkeit und Solidarität muß vorausgehen“. Als dieses Dokument erstmals in der Vollversammlung zur Debatte stand, löste es einen Sturm der Entrüstung aus. Die schärfsten Angriffe kamen erwartungsgemäß aus Unternehmerkreisen und sonderbarerweise auch aus den Reihen der Ordensleute und Fachberater. Sie erhoben energischen Protest gegen die „Manipulation des Wortes Gottes“. Jemand bezeichnete das Dokument als ein Siegestied auf den Klassenkampf. Einer verstieg sich zur Behauptung, die Armen der Bibel seien in erster Linie nicht jene, die bei der Verteilung der irdischen Güter zu kurz kommen, sondern jene, die in ihren geistigen und materiellen Nöten nicht von dieser Welt, sondern einzig und allein vom Herrn Hilfe erhoffen. Die gegen das Dokument vorgebrachten Kritiken und Angriffe waren, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, oberflächlich und unqualifiziert und standen hinter den in den einschlägigen Konzilsdokumenten zum selben Problembereich gemachten Äußerungen weit zurück. Die mit der Neufassung des Dokumentes beauftragte Synodenkommission schwächte nun die wesentlichen Aussagen der ersten Vorlage deutlich ab und versuchte das neue Dokument dem Bewußtseinsstand der Synodalen anzugleichen. Damit war eine Minderheit in der Kommission allerdings nicht einverstanden. Sie kam mit einem eigenen Dokument heraus und forderte darin die Synode auf, über allgemeine Formulierungen hinauszukommen und zu konkreten Problemen wie z. B. die Kompromittierung der Lokalkirche durch die Machenschaften der „Atheisia“ Stellung zu nehmen und insgesamt für das Handeln der Diözesankirche eine neue Praxis einzuleiten. Diesem Wunsch wurde von der Synode nicht Rechnung getragen; ihr weiterer Verlauf, aber auch die Entwicklung der Kirche nach der Synode, bestätigt dies. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus dem oben Dargelegten?

1. Die Bemühungen der Synode müssen zumindest unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses der Kirche zu den sozialen und politischen Gegebenheiten als ein Schlag ins Wasser bezeichnet werden. Eines dürfte auch für Südtirol klar geworden sein, daß eine alternative kirchliche Praxis und alternative Formen christlichen Glaubens nicht in den bisherigen akademisch-theologischen Zentren entwickelt werden können, sondern in konkret engagierten christlichen Gruppen, die am Kampf der „Armen“ teilhaben.

2. Wir müssen lernen, diesen Kampf und seine jeweiligen historischen Formen zu verstehen; begreifen, wogegen er sich richtet; analysieren, wie Armut entsteht, genauer: von wem sie produziert wird. Wir müssen fragen, wie kommt es eigentlich, daß heute immer mehr Menschen (auch in Südtirol) die fatalistischen, religiösen und ideologi-

schon Maskeraden hinwegfegen und für ihre Befreiung aus versklavenden Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen? Nicht etwa deshalb, weil sie von Agenten des Weltkommunismus zuvor indoktriniert worden sind (so sieht es etwa Magnago, wenn er sagt: der Generalangriff der Kommunisten auf Südtirol hat begonnen!) oder von ausländischen Terroristen verführt worden wären, sondern weil sie die Bedingungen und Ursachen ihrer Situation in einem langen und mühsamen Prozeß eigener Bewußtwerdung erkennen. Wie verhält sich die Kirche in diesem Prozeß? Was hat sie aus ihrer Geschichte zu diesem Problem zu lernen? Was bedeutet es für die religiöse und politische Praxis der Kirche, wenn sich die „Armen“ heute weniger denn je mit ihrer Lage abfinden? Solche Fragestellungen sind der Kirche in Südtirol noch weitgehend fremd. Sie ist noch zu stark alten, überholten Vorstellungen verhaftet, die den Blick auf neue Fragen nicht freigeben.

## II. Arbeiterpriester

In Südtirol geht das Experiment der Arbeiterpriester auf das Jahr 1968 zurück. Damals wurden zum erstenmal in verschiedenen Fabriken der Bozner Industriezone Arbeitseinsätze organisiert und durchgeführt. Dieselbe Form des Einsatzes wurde im Sommer 1969 wiederholt. Im Herbst desselben Jahres wurde mit Beschluß des Priesterrates zwei Geistlichen (darunter dem Schreiber dieser Zeilen) die Erlaubnis erteilt, für längere Zeit (zunächst etwa ein Jahr) als Fabrikarbeiter tätig zu sein. Sie hatten jedoch Schwierigkeiten bei der Aufnahme. Nach längerem Hin und Her erklärte sich die Lancia bereit, die beiden mit einem zeitlich begrenzten Vertrag anzustellen. Nach Ablauf der viermonatigen Frist wurde der Vertrag auf Drängen der beiden nochmals (aber, so wurde ihnen von der Lancia erklärt, unwiderruflich) um 3 1/2 Monate verlängert. Als auch diese Frist um war, flogen sie aus der Lancia raus. Da sie nicht gewillt waren aufzugeben, klopfen sie in den folgenden Jahren die größeren Betriebe in der Bozner Industriezone des Öfteren nach einer Arbeitsstelle ab. Die Antwort der Konzernherren war aber immer negativ. Schließlich gelang es in zwei kleineren Betrieben, als Geistliche zunächst unerkannt, einen Arbeitsplatz zu bekommen und bis heute zu erhalten. Die Gründe für die Ablehnung seitens der Konzerngewaltigen sind vielfältig. Natürlich ist ihnen eine Kirche und ein Klerus heber, der etwa anlässlich der Grundsteinlegung oder Fertigstellung eines Fabrikbaues Weihwasser draufspritzt und Segensworte spricht oder einmal im Jahr in der Vorhalle eine Messe liest, bei der er sich möglichst unverständlicher Texte bedient und vage Kommentare spricht. Arbeiterpriester, die sich bewußt auf die Seite der Arbeiter stel-

len, an Streiks und Kundgebungen teilnehmen, in der Öffentlichkeit breitgetretene Parolen wie Partnerschaft, sozialer Friede usw. auf Grund ihrer oft bitteren Erfahrung als Hirngespinnste entlarven, sind den Bossen natürlich ein Grauel.

Die offizielle Kirche in Südtirol hat das Experiment Arbeiterpriester anfänglich mit einem gewissen Interesse verfolgt. Sie glaubte darin einen Versuch zu erblicken, zumindest Teile der Arbeiterschaft für die gegenwärtige Kirche zu gewinnen oder zumindest den Arbeitern glaubwürdig zu erscheinen. So begreiflich dieser Versuch auch war und ist, so notwendig ist er in der augenblicklichen Lage zum Scheitern verurteilt. Viele, besonders klassenbewußtere Arbeiter, sehen mit Recht in der gegenwärtigen Kirche eine Verbündete des herrschenden Systems und in ihren Einrichtungen und Lebensformen eine bürgerliche Schöpfung. Eine solche Kirche den Arbeitern bringen, hieße deshalb — den Judenchristen ähnlich, die den Heidenchristen das jüdische Zeremonialgesetz auferlegen wollten — den Arbeitern das Gesetz der bürgerlichen Lebensform auferlegen.

Heute wird in Kirchenkreisen Südtirols das Experiment Arbeiterpriester zu Unrecht als gescheitert betrachtet und totgeschwiegen, weil die Entwicklung nicht jenen Gang genommen hat, den man sich erhoffte. Die Verbindung mit der Welt der Arbeiter kann nur um einen Preis erkaufte werden, über den acht von zehn der heutigen Christen verwundert, wenn nicht gar entsetzt wären. Dieser Satz, den der französische Arbeiterpriester Henri Perrin vor über 25 Jahren geschrieben hat, gilt auch heute noch. Wer glaubt, das „heilige Land Tirol“ bilde wieder einmal eine Ausnahme, gibt sich Illusionen hin. Er übersieht, wie mitten im sozialen Umbruch unseres Landes die Kirche in beängstigendem Ausmaße zu Folklore und Brautatum wird. Natürlich gibt es in Südtirol Leute, welche an einer solchen Entwicklung interessiert sind und sie nach Kräften fördern. Im bunten Reigen der folkloristischen Organisationen darf auch eine folkloristische Kirche nicht fehlen. Eine solche Kirche fügt sich nahtlos in das Bestehende ein: sie darf mitfahren, ohne die Fahrtrichtung zu bestimmen. Die Instrumentalisierung ist perfekt. Daneben aber gibt es die sogenannten Geheimweihen wie z.B. die Fabrik. Da gehören Priester nicht hinein, sagen die Bosse und auch viele Kleriker. Sie wissen schon, wie gefährlich Arbeiterpriester in die verborgene Wirklichkeit der Fabrik einzudringen und ihren Mechanismus zu durchschauen vermögen. Deswegen sind Arbeiterpriester nicht nur in der Fabrik unbequem, sondern auch in der Kirche. Das war immer schon so. Ihr Verhältnis zu Episkopat und Klerus ist gespannt. Trotzdem betrachten sie sich als Kirche und verstehen ihren Einsatz als Sendung.

## III. Die katholische Soziallehre

Die katholische Soziallehre ist durch eine Reihe kirchlicher Dokumente (die wohl wichtigsten sind: *Humani generis* 1891 und *Quadragesimo Anno* 1931) grundgelegt. Das wesentliche Merkmal der katholischen Soziallehre ist ohne Zweifel die Harmonisierung, der Ausgleich der Gegensätze; sie ist weiter gekennzeichnet durch eine tiefe Aversion gegen den Klassenkampf, weil dieser angeblich mit dem Gesetz der Liebe, dem Grundgesetz des Christentums, nicht vereinbar sei.

Die katholische Soziallehre geht nicht — und das ist ein grundlegender Irrtum — von einer wissenschaftlichen Analyse der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus, sondern von abstrakten Prinzipien, aus denen sie konkrete Imperative für sozial ethisches Handeln ableitet. Sie verkennet dabei, daß die Ethik der christlichen Liebe, sofern sie biblisch verstanden wird, Anklage erhebt: — gegen eine Gesellschaftsordnung, die bewußt und grundsätzlich auf dem wirtschaftlichen und politischen Egoismus aufgebaut ist, — Anklage erhebt, gegen den grundsätzlichen Egoismus der Gliederung der Gesellschaft nach Klassen, durch welche der Klassenkampf notwendig verewigt wird, — Anklage erhebt gegen eine Wirtschaftsordnung, in welcher die Produktion möglichst vieler Luxusgüter für einzelne und nicht die Produktion von notwendigen Lebensgütern für alle das ständige Ziel der Wirtschaft ist, — Anklage erhebt gegen den grundsätzlichen Egoismus der Profitwirtschaft, die ihrem Wesen nach ein Karapf aller gegen alle ist.

Unter den in der katholischen Soziallehre gebräuchlichen Sozialprinzipien sind wegen ihrer politischen Relevanz besonders das Solidaritätsprinzip und das Subsidiaritätsprinzip zu nennen. Das Solidaritätsprinzip bezeichnet die wechselseitige Verbundenheit und Verantwortungsbereitschaft zwischen Gemeinschaft und einzelnen. Es soll wohl gegen „Individualismus“ wie gegen „Kollektivismus“ schützen. Das Subsidiaritätsprinzip betont, es würde gegen die Gerechtigkeit verstoßen „das, was die kleineren und die untergeordneten Gemeinschaften leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen“ (*Quadragesimo anno* 1931). Weiterhin hat die Gemeinschaft in dem Bereich, für den sie zuständig ist, alle Hilfen zu gewähren, die das Einzelinteresse braucht. Diese beiden Prinzipien heißen übersetzt in die Sprache des kapitalistischen Alltags: Gewinne sind privat, Verluste werden sozialisiert. Bei einer so konzipierten Lehre ist es nicht verwunderlich, wenn in allen Teilen der Welt konservative Parteien, die sich gerne das Prädikat „christlich“ zulegen, die katholische Soziallehre instrumentalisieren. Sie und die hinter ihnen stehenden Kräfte sind ja

die Nutznießer des bestehenden Systems mit all den Vorteilen, die es ihnen bietet. Kampflös können sie ihre Privilegien nicht retten, so greifen sie zum Klassenkampf, den sie bei anderen vorpöhlen. Der Klassenkampf ist keine Erfindung von Marx, wie von vielen Katholiken fälschlicherweise geglaubt wird. Marx hat den Klassenkampf auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt. Den Klassenkampf selbst gibt es, seitdem es in der Gesellschaft Klassen gibt: Herren und Sklaven im Altertum, Adelige und Leibeigene im Mittelalter, Bourgeoisie und Arbeiter in der Neuzeit.

Je deutlicher die Kirche den klassenversöhnenden Standpunkt aufgibt und den revolutionären Charakter der christlichen Botschaft in den Vordergrund rückt, desto sicherer wenden sich die Nutznießer des bestehenden Systems wie überall in der Welt so auch in Südtirol von ihr ab. Das 2. Vatikanische Konzil fordert „neue Menschen, Baumcister einer neuen Welt“ (Gaudium et spes Nr. 30). Das Gebot der Liebe wird zum Aufruf, die Welt aktiv und radikal zu verändern und den Menschen aus allen Formen der Selbstentfremdung zu befreien. Die Verschmelzung von Liebe zu Gott und Liebe zu den Mitmenschen, welche der Kern der christlichen Botschaft ist, wird zur Verschmelzung von Religion und Befreiung des Menschen, von Religion und Revolution. „Die Substanz des Christentums gewinnen wir nicht durch eine statische Interpretation der biblischen Texte, sondern nur auf dem Wege einer schöpferischen Evolution. Nur so gelangen die ursprünglichen Forderungen des Evangeliums in das Bewußtsein des modernen Menschen und gewinnen aktuellen Sinn. Es geht nicht darum, die anfängliche Christengemeinde zu restaurieren, sondern im Geiste des Anfangs von damals eine grundsätzliche neue Bewegung in Gang zu setzen. Diese dynamische Auffassung von Christentum macht begreiflich, daß heute viele Christen die Formeln in Frage stellen, mit denen sie groß geworden sind und spüren, daß sie nur dann Christen sein können, wenn sie Revolutionäre werden“ (Girardi).

„Und wer meint, daß die Wohltätigkeit, Almosen und Verwundetenpflege die einzigen Mittel seien, in dieser Welt dem Geist der Liebe zum Durchbruch zu verhelfen, der hat die Bewegung der Geschichte verschlafen und weiß nicht, welches die Gegenwartsforderung des Geistes Christi ist: Weltgestaltung nach der Idee der Gerechtigkeit um der Liebe willen. Darum sieht der Christ das Almosen nicht als einen Beweis der Liebe an, sondern als ein Zeichen der Ungerechtigkeit, die ihm vorenthalten hat, was ihm zukam und ihm nun schenkt, was ihm nach höherem Recht gehört. Dieses höhere Recht durchzusetzen, ist jetzt die Forderung der Liebe“ (Paul Tillich).

In Südtirol wird die traditionelle (ihrer revolutionären Kraft beraubte)

katholische Soziallehre mehr und mehr zum ideologischen Steigbügelhalter für alle Verfechter der Sozialpartnerschaft (Wirtschaftsverbände, SVP, ASGB, KVW...). Letzten Endes geht es diesen Herren bei der Einführung der Sozialpartnerschaft darum, einer mündig gewordenen Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen, sie zu beschwichtigen und die alte „Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Damit sind wir wieder bei den Nutznießern des Systems angelangt.

Aus reinem Egoismus machen sie sich verbal die christliche Soziallehre zu eigen, weil diese ihnen zur Festigung ihrer Macht gelegen kommt. Sie können sich in ihren Vorhaben auf alles, aber ganz sicher nicht auf die Bibel berufen. Sie gibt ihnen für derlei Manöver keine Schützengilde.

#### IV. Katholische Verbände

Unter der Vielzahl der katholischen Organisationen, welche sowohl in ihrer Bezeichnung als auch in ihrem Programm sich ausdrücklich auf die katholische Lehre berufen, möchte ich bloß zwei herausgreifen.

a) der KVW. Er ist 1948 entstanden und national sehr lose an die ACLI angegliedert. Bei der Gründung des KVW ist der Gedanke Pate gestanden, die Südtiroler Arbeiter vor der kommunistischen Überflutung abzusichern. In den fünfziger Jahren entwickelte der KVW eine sehr rege Informations- und Vortragstätigkeit und leistete besonders durch sein Patronat, die Arbeiterbetreuungsstelle und die Heimatfernenstelle auch eine Menge praktischer Arbeit. In den damaligen Jahren bezeichnete er sich gerne als das soziale Gewissen der Heimat und geriet dabei recht oft in Konflikt mit der von den Wirtschaftsverbänden beherrschten Volkspartei. Gerade letztere betrachtete die Arbeit des KVW, sofern sie nicht parteikonform ging, immer schon mit Argwohn, schreckte aber vor offenen Angriffen zurück, weil dies möglicherweise zu einer Kraftprobe mit der Kirche geführt hätte, was man aus taktischen Gründen vermeiden wollte.

Als der KVW in den sechziger Jahren den Entschluß faßte, bei Landtagswahlen eigene Kandidaten auf der SVP-Liste kandidieren zu lassen, begann für den KVW eine tragische Wende. Hatte er bis dahin einigermaßen seine Selbständigkeit bewahren können, geriet er nun zusehends unter die Kontrolle der Partei. Innerlich wurde der KVW in seiner Tätigkeit weitgehend gelähmt durch das Tauschen und Intrigenspiel all jener, die um jeden Preis ein gut honoriertes Landtagsmandat erreichen wollten und den Verband als Sprungbrett in den Landtag mißbrauchten. Regelmäßig vor den Landtagswahlen arteten die Sitzungen des Landesausschusses, des für die Nominierung der Kandidaten zuständigen Organs des KVW in

Chaos aus. Mit dem Köder von zwei Landtagsmandaten trug die SVP geschickt zur Schwächung des KVW bei. Parteipolitisch ist der KVW und seine Kontrollfunktion über die Südtiroler Arbeiter heute für die SVP weit weniger interessant als in den vergangenen Jahrzehnten. An seine Stelle sind andere Einrichtungen getreten wie die „ethnische Gewerkschaft“, die „Arbeitnehmer in der SVF“, die „Junge Generation“ usw., welche zuverlässiger als der KVW die politische und ideologische Kontrolle der Partei über die deutschen Arbeiter garantieren sollen.

Ideologisch ist die Entwicklung des KVW zumindest in den letzten Jahren gekennzeichnet durch einen nahezu völligen Mangel an innerer Dialektik, wobei gerade dieser Mangel eine der Hauptursachen für die gegenwärtige Stagnation des KVW und sein ihm drohendes Absinken in die gesellschaftspolitische Bedeutungslosigkeit ist.

b) der Katholische Familienverband. Anders als dem KVW fehlt dem katholischen Familienverband, der in den sechziger Jahren aus der Taufe gehoben wurde, die soziale Dimension. Der bürgerliche Einfluß ist im Familienverband weit größer als in allen anderen katholischen Organisationen. Praktische Familienpolitik etwa für minderbemittelte Schichten, z. B. Häuser- und Wohnungsprobleme, Sanierung von Altwohnungen, Errichtung von Mensen, Berufstätigkeit der Frau, kritische Durchleuchtung der Familienpolitik der Landesregierung, wird nicht betrieben. Der Einsatz des Familienverbandes erfolgt vorwiegend auf ideologischem Gebiet. Massiv war die Kampagne und die Unterstützung der Scheidungsgegner anlässlich des Referendums. Oberflächlich und unqualifiziert sind die Angriffe auf Gruppen, welche Unterschriften zur Abhaltung des Referendums bezüglich Abtreibung sammelten. Unter dem Slogan, wir dürfen die Tötung menschlichen Lebens nicht zulassen, versteckt sich eine starke Portion Heuchelei, denn dieselben Leute schweigen recht schamhaft, wenn Menschen und Natur durch einen fragwürdigen technischen Fortschritt in einem Ausmaße verewaltigt werden, daß das menschliche Leben wie nie zuvor bedroht ist. Der Familienverband ist eines der Sprachrohre des konservativen Bürgertums. Ihm wird heute auch kirchlicherseits keine große Bedeutung beigemessen.

#### V. Die Kirchenpresse

Seit der Schaffung der Diözese Bozen-Brixen im Jahre 1964 kommen in Südtirol wöchentlich zwei Kirchenzeitungen heraus: das „Katholische Sonntagsblatt“ in deutscher und „Il Segno“ in italienischer Sprache.

Dem aufmerksamen Beobachter fällt die grundlegende Verschiedenheit zwischen beiden Kirchenblättern auf, was Inhalte, Themenauswahl und Gestal-

lung betrifft. Il Segno kann mit Recht als fortschrittlich sowohl im kirchlichen als auch im politischen Bereich angesehen werden. Er greift brennende politische Themen von lokalem und nationalem Interesse auf. Arbeitskonflikte, so etwa die Auseinandersetzung um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Smil, Cellisa, Filiale Fiat usw. nehmen breiten Raum ein und werden durchaus arbeiterfreundlich dargestellt. Gewerkschaftliche Aktionen in Südtirol werden aufmerksam beobachtet und kommentiert. Volkstumpolitisch sieht „Il Segno“ seine Aufgabe darin, den auch auf italienischer Seite tief verwurzelten Nationalismus abzubauen zu helfen und durch gezielte Informationen den italienischen Lesern zu einem besseren Verständnis der Südtiroler Realität zu verhelfen. Bei aller Treue zu kirchlichen Dokumenten und päpstlichen Verlautbarungen wird in dieser Zeitung kein phantomer Antikommunismus gepredigt.

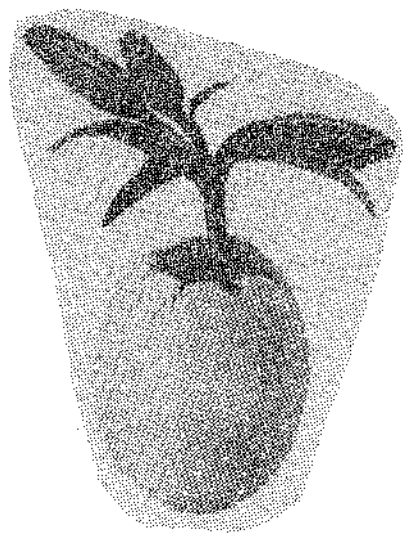
Während „Il Segno“ somit eine offene und alles in allem fortschrittliche Haltung an den Tag legt, kann dies von seinem deutschen Gegenstück, dem „Katholischen Sonntagsblatt“, nicht gesagt werden. Dort wird unter dem Deckmantel eines Fassadenjournalismus konservatives Gedankengut tonnenweise feilgeboten. Seitdem in Südtirol von der herrschenden Clique zur Ablenkung von wichtigen Problemen die Kommunistenjagd in Szene gesetzt wurde, vergeht kaum eine Woche, wo nicht auch das „Katholische Sonntagsblatt“ seine Hunde dieser Treibjagd zur Verfügung stellt. Als bevorzugter Mäher vor der kommunistischen Gefahr taucht immer häufiger Otto von Habsburg auf. Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus (sie wäre katholischerseits längst fällig und sie wird anderswo auch sachlich und konstruktiv betrieben) erfolgt im „Katholischen Sonntagsblatt“ ungefähr im Stile der Jungen Generation in der SVP: Angst machen, Emotionen wecken, Berichte über Gehirnwäsche und Folteranlagen im Osten; was im Westen geschieht, wird verschwiegen.

Sein Anspruch christlich zu sein, kann eine solche Berichterstattung mitnichten erheben. Christlich wäre es, konkrete Probleme, deren es in Südtirol haufenweise gibt, aufzugreifen und in Verwirklichung eines echten Pluralismus politische Gegeninformation zu betreiben.

Offen bleibt die Frage nach dem Warum des so drastischen Unterschiedes zwischen den beiden Kirchenzeitschriften. Ist es Taktik? Würden die italienischen Leser den primitiven Antikommunismus von vorneherein ablehnen und ist deswegen ihr Kirchenblatt offener und aufgeschlossener? Oder liegt es vielleicht daran, daß das „Katholische Sonntagsblatt“ dem Athesiakonzern gehört und sich folglich der dort herrschenden Ebnedoktrin unterordnen muß?

## VI. Schlußbemerkungen

Die Verbindungen zwischen Kirche und dem in Südtirol Mächtigen sind immer noch groß und vielfältig. Sie erfassen nahezu alle Bereiche. Die Mächtigen werben um die Gunst der Kirche. Beweis dafür ist der von vielen Organisationen geleistete Offenbarungseid, sie wären dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Unter diesem Deckmantel verstecken sich gerade in letzter Zeit alle möglichen Geister und treiben ihr Unwesen. Die Kirche sieht ratenlos zu und läßt sich instrumentalisieren. Man gewinnt leider mehr und mehr den Eindruck, daß der weitaus größte Teil von Klerus und Laien an der Schwelle der vielen Probleme, die ihnen von der Welt der



Arbeiter gestellt werden, zurückschrecken und trotz aller schönen Worte, die manchmal ganz aufrichtig sein mögen, sich weigern, sich mit dieser Welt einzulassen und sich auf Wege zu begeben, die sie verpflichten könnten, ihr Bündnis mit den oben angeführten Kräften zu revidieren. Würden sie dies tun, wären Konflikte unvermeidbar. Sollte allerdings die Kirche sich vor der Umklammerung durch ihr wesensfremde Elemente betören, wäre sie nicht mehr ein Garant der bestehenden Machtverhältnisse und sie würde in die Südtiroler Gesellschaft ein Ferment der Kritik hincintragen. Heute ist es noch nicht soweit. Wird es jemals dazu kommen?

Südtirol soll nach dem Willen der in diesem Land Herrschenden zu einer Drehscheibe der internationalen Reaktion unter Führung von Bayerns CSU-Chef F. J. Strauß werden. Erklärtes Ziel dieser Kreise ist die Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ gegen die Angriffe der Kommunisten. Dahinter verbirgt sich die Heiligensprechung des kapitalistischen Systems, das seinem Wesen nach wahrlich gottlos ist. Wo Konflikte entstehen und

der „soziale Frieden“ bedroht ist, werden kommunistische Drahtzieher vermutet. Anstatt Konflikte austragen zu helfen, wird eine antikommunistische Kampagne vom Zaune gebrochen. Es ist einfach frevelhaft, Menschen, die ihr ganzes Leben lang vor die einfachste Existenzfrage gestellt sind, des Materialismus und des Atheismus zu beschuldigen, wenn der Kampf um ihre Existenz alles andere in ihnen erdrückt. Ich meine, daß die Kirche diese Lage des Proletariates (das gibt es noch, auch und gerade in Südtirol) verstehen muß und ihr daraus die Kraft erwachsen muß, gegen eine Gesellschaftsordnung zu kämpfen, die mit Notwendigkeit immer neuen Menschen den Sinn eines vollen Menschenlebens raubt. Wo die Religion zur Dienerin der herrschenden Klassen geworden ist, ist sie schon nicht mehr Religion, sondern — so Paul Tillich — dämonischer Mißbrauch des Heiligen und wer immer gegen solchen Mißbrauch kämpft, steht in der echten prophetischen Linie der Religion selbst.

Eine Neubestimmung des Standortes der Kirche in Südtirol und die damit verbundene Rückführung auf ihre biblischen Grundlagen wäre wünschenswert. Ein erster Schritt in dieser Richtung wäre eine objektive Analyse der Klassenstruktur der Südtiroler Gesellschaft und der Rolle der Kirche in dieser Gesellschaft. Eine solche Analyse würde ergeben, daß in Südtirol von den jeweils Herrschenden — mehr oder weniger offen — immer schon Klassenkampf betrieben wurde, die Einführung der Sozialpartnerschaft ist nur der neueste Ausdruck dafür.

Eine kritische, an der Bibel orientierte Überprüfung der „christlichen Soziallehre“ würde ergeben, daß diese gar nicht so christlich ist und in der Tat immer wieder die ideologische Grundlage für allerlei reaktionäre Manöver darstellt, hinter denen sich nackte Gruppeninteressen verborgen. Neubestimmung des Standortes der Kirche heißt auch, den durch das Land pilgernden antikommunistischen Hetzpredigern den Wind aus den Segeln zu nehmen und ihnen klar zu sagen, daß die Kirche aus Treue zu Christus sich nicht vor den antikommunistischen Karren spannen läßt. Neubestimmung des Standortes der Kirche bedeutet heute, die Auseinandersetzung, den Dialog mit dem Marxismus zu wagen. Ich habe nie verstanden, warum man sich kirchlicherseits vor einer solchen Auseinandersetzung drückt. Hat man vielleicht zu wenig Argumente? Es ist einfach zu billig, sich hinter der Behauptung, Christentum und Marxismus seien unvereinbar, zu verstecken. Warum sollten denn beide unvereinbar sein? Etwa weil der Marxismus angeblich kein Verhältnis zur Transzendenz hat? Hat denn der Kapitalismus eine bessere Beziehung zur Transzendenz?

# Die Frau (in) der SH

Die Tatsache, daß in der langen Liste der SH-Vorsitzenden nur eine einzige Frau (Renate Murneltr 1976/77) aufscheint, sagt zu diesem Thema schon sehr viel aus.

Die Gründungsmitglieder der SH waren ausschließlich Männer, im Jahre 1966 findet sich das erste weibliche Vorstandsmitglied, nämlich Gerlinde v. Floreschy.

Beim Durchblättern der alten Skolaste hat man den Eindruck, daß studieren eine reine Männersache ist. Schon die Terminologie der SH-Statuten spricht hier sehr klar. So heißt es in den Statuten vom Jahr 1955 unter Art. 4, § 11: »Die SH hat folgende Organe ... Verbindungsmänner ...«. In der überarbeiteten, derzeit gültigen Statuten hat man sich zwar bemüht, diese offensichtliche Frauenfeindlichkeit auszumerzen – man spricht von Verbindungsleuten. Bei der näheren Erklärung der Aufgaben dieser Verbindungsleute heißt es dann allerdings: »... Ein Verbindungsmanu kann ...« – hoffentlich nur ein lapsus!

Auch wenn von den Statuten nicht vorgesehen, hat sich im allgemeinen Sprachgebrauch der SH für weibliche Verbindungsleute nunmehr die Bezeichnung »Verbindungsfrau« durchgesetzt. Im Skolast Nr. 2 vom Jahre 1958 kann man unter der Rubrik »Nützliche Adressen« aber tatsächlich lesen: »Venedig Verbindungsmann Hrl. Eva Schmidt ...«. (Eva Schmidt und Helga von Aufschneider, Verbindungsleute in München, waren die ersten und jahrelang einzigen weiblichen Verbindungsleute!)

Die alten Skolaste zeichnen ein dürftiges Bild von der Frau in der SH. Es finden sich nur vereinzelt weibliche Autoren, ebenso finden sich kaum Artikel, die sich mit frauenspezifischen Fragen beschäftigen. Nur zwei Beiträge habe ich zu diesem Thema gefunden, einer von Martha Ambach über »Die Frau als Akademikerin« (Skolast 6, 1957), der andere von Christl Lurger »Liebe Maturantinnen« (Skolast 5, 1958). Im Bewußtsein der Studentinnen hat sich doch einiges geändert, denn solche Artikel könnten heute nicht mehr unwiderrprochen im Skolasten erscheinen!

Im Jahre 1961 wurde ein Artikel aus einer deutschen Studentenzeitung abgedruckt »Leichte Streuung von Weiblichkeit« (Skolast 4, 1961B). Dieser Artikel beschäftigt sich mit dem Frauenstudium an deutschen Universitäten. Es ist doch sehr verwunderlich, daß die zum Teil sehr harten Urteile deutscher Universitätsprofessoren über weibliche Studenten bei den Lesern bzw. Leserinnen des Skolasten keine Reaktionen hervorgerufen haben. Um Meinungen zu diesem Thema zu erhalten, hat der Vorstand dann im Jahre 1962 einen Artikelwettbewerb zum Thema »Die Studentin« ausgeschrieben. Im Skolast hat dieser Wettbewerb aber keinen Niederschlag gefunden.

Wenn auch im Sprachrohr der Südtiroler Studenten die Frauen kaum zu Wort kamen, so hat es sie doch gegeben! Im Jahre 1957 waren von den 302 Südtiroler Hochschülern 38, das sind 12,6% Frauen, 80% davon studierten allerdings an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät (Skolast 7, 1957). Im Jahre 1964 haben die weiblichen Studenten einen Anteil von 15% (Skolast 2/3, 1964), im Jahre 1973 (diese Zahlen beziehen sich allerdings nur auf österr. Unis) sind es 25% (Skolast 3, 1973), im Jahre 1978 26,3% (Skolast 3, 1978). Eine neuere Statistik liegt nicht vor, in den letzten Jahren dürften sich die Zahlen doch noch etwas zugunsten der Studentinnen verschoben haben. Von den 84 Studenten, die laut Skolast 4, 1985 das Studium abgeschlossen haben, waren immerhin 33 Frauen, das sind 39%.

Die Problematik der Emanzipation der Frau, die im übrigen deutschen Sprachraum schon gegen Ende der 60er Jahre vermehrt diskutiert wurde, fand in den Skolasten lange Zeit nicht Eingang, obwohl man in der kulturpolitischen Diskussion tradierte Auffassungen zunehmend in Frage stellte und ein



leichter Wind der 68er Bewegung auch im Sprachrohr der Südtiroler Studenten spürbar wird.

Mit der Frauenproblematik eingehender auseinandergesetzt hat man sich erstmals mit dem »Frauen-Skolast« im Jahre 1978 (Skolast 4). Das Erscheinen dieses Skolasten fällt nicht zufällig mit dem verstärkten Engagement von Frauen in der SH zusammen. Im Studienjahr 1980/81 hat es auch ein Frauenreferat im SH-Vorstand gegeben.

Einen weiteren Schwerpunkt zum Thema »Frau« setzte der Skolast Nr. 2 des Jahres 1984. Interessant dabei, daß diese Artikel im Vergleich zum Frauenkolast von 1978 ausnahmslos von Frauen geschrieben wurden – ein Beweis für das gestärkte Selbstbewußtsein der Frauen in der SH!

Noch kurz etwas zum »Phänomen Innsbruck«

Die meisten der derzeit dort Studierenden können sich wahrscheinlich nicht mehr an den letzten Verbindungsmann erinnern (es war Hanni Werner im Studienjahr 78/79). Seit dem Jahr 79/80 kennt Innsbruck nur noch Verbindungsfrauen (Martha Stocker, Waltraud Piagg, Bernadette Sulzenbacher, Gerti Verdorfer, Ulli Ferrara, Ramona Gruberl).

Im Jahre 1979 hat sich dort eine SH-Frauengruppe gebildet, und dies war sicherlich mit ein Grund für die aktive Mitarbeit der Frauen in der Hochschulgruppe Innsbruck und auch im Vorstand in Bozen. Mit einigem Schmunzeln erinnere ich mich noch an die Szenen die es gegeben hat, als wir unsere Zusammenkünfte ohne SH-Männer abhalten wollten. Einige unserer Kollegen wurden ganz schön aggressiv, als wir sie baten, die Bude während unserer Sitzungen zu verlassen. Als Trotzreaktion darauf kam es zur kurzfristigen Gründung einer »SH-Männergruppe«.

Daß auch – im übrigen – durchaus aufgeschlossene Männer beim Thema Frauen nicht immer so aufgeschlossen sind, beweist ein Flugblatt, das ein »alternativer SHler« (Rudi Schöpf) als Reaktion auf unsere Frauengruppe angefertigt hat.

# DIE FRAU ALS AKADEMIKERIN

(1957/6)

Es ist eine allgemein anerkannte These, daß die Frau nicht nur physiologisch vom Manne verschieden ist, sondern auch ihrer inneren Anlage nach. Diese dynamische Grundverschiedenheit äußert sich in der Begegnung mit der Welt und der menschlichen Gesellschaft. Die soziale Stellung der Frau hat sich gewaltig geändert, seit sie Reifrock und Perücke abgelegt hat.

Zur Zeit unserer Großmütter wurden Mädchen bestenfalls in eine „Höhere Töchterschule“ geschickt, um dort eine Allgemeinbildung zu erlernen, hauptsächlich aber, um gut kochen und stricken zu lernen. Ausschließlich im Kreise der Familie und der engeren Gesellschaft sollte die Frau ihren Platz und ihr Betätigungsfeld finden. Eine akademisch ausgebildete Frau war damals eine Seltenheit, sogar eine Kuriosität. — Im Laufe dieses Jahrhunderts hat man oft von „Emanzipation der Frau“ gesprochen und dabei an einen vermannlichten Frauentypus gedacht, der bestrebt ist, gleichberechtigt und gleichwertig mit dem Manne Schritt zu halten. Heute haben Frauen Zugang zu allen Berufen gefunden, sie stehen im weißen Kittel am Krankenbett, sie leiten Betriebe, ja, sie sind sogar mit Maßband und Zirkel an Baustellen zu finden. Unwillkürlich drängen sich die Fragen auf: Wie kann die Frau in einem Berufe ihrer inneren weiblichen Wesensart gerecht werden und darin ein natürliches Entwicklungsfeld finden? Ist es erwünscht, daß die Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung gewisse akademische Berufe ausübt?

Tatsachen haben bewiesen, daß die Frau ebensogut wie der Mann arbeiten kann. Die Erfahrung zeigt aber gleichermaßen, daß die Frau immer anders arbeitet als der Mann. Und dies nicht wegen eines geringeren Maßes an Intelligenz, sondern wegen der Andersartigkeit ihrer natürlichen Veranlagung. Während für den Mann körperliche Überlegenheit und logische Fähigkeit zum Vorteile sind, gelten für die Frau leichte Anpassungsfähigkeit, gutes Gedächtnis und größeres Pflichtbewußtsein. Es ist charakteristisch für den Mann, daß in ihm das Verstandesmäßige vorherrscht, in der Frau das intuitive Erkennen. Der „gespannte Adlerblick“ in die Ferne ist das Symbol der Männlichkeit, Ruhe und Innerlichkeit das der Weiblichkeit. Wenn sich in diesem Unterschiede natürlicher Begabung die gesamte Persönlichkeit von Mann und Frau verschieden prägt, so ist es folgerichtig, daß ihre Verhaltensweise im Berufe sich differenziert, wenn sie auch dieselbe Funktion haben. Mann und Frau haben in ihrem Dasein die Aufgabe, „Mensch zu sein“, ein jeder nach seiner eigenen Wesensart. Die gemeinsame Aufgabe in der Verschiedenheit wirkt entscheidend für die Wahl und Ausübung eines Berufes.

Wenn den Jungen die spezialisierte Wissenschaft oder technische Arbeit anzieht, so sucht das Mädchen eine Tätigkeit, in der es auf Sorgen, Pflegen und Erziehen ankömmt, z. B. als Ärztin oder im Unterricht. Außer der Kategorie der „umsorgenden Berufe“ eignen sich für die Frau alle diejenigen, die intensiven Verkehr mit Menschen mit sich bringen, z. B. als Journalistin, als Assistentin, als Leiterin eines Betriebes. Wenn auch die Berufsinteressen zwischen

Mann und Frau gleich sind, so erfährt die Ausführung, gemäß der körperlich-seelischen Veranlagung, eine gewisse Wandlung. Diese Andersartigkeit der Arbeit kann in vielen Fällen ein Weniger-gut, in vielen Fällen ein Besser bedeuten. Es wäre unzulässig, ein Vorurteil allgemeiner Natur zu treffen, das sich nur aus der konkreten Situation erheben kann.

Wenn sich die Welt des Mannes als die Welt der Arbeit charakterisieren läßt und die der Frau als die Welt des Sorgens, so ergibt sich eine ergänzende Sinnenstruktur von Arbeit und Sorge. Es läßt sich feststellen, daß es keine männliche Arbeit gibt, ohne ein Element des Sorgens. Wo das Arbeiten sich über die Handarbeit im engeren Sinne erhebt, bekommt dieses Element der Sorge einen viel tieferen Sinn. Wenn geistige Arbeit geleistet wird, womit wir in der Kultur das geistige Fortschreiten meinen, wird zugleich deutlich, daß zu dieser Arbeit das weibliche Element des sorgenden Verweilens und Ausführens am Platze ist. Es bedarf wohl keines Beweises, daß die sorgebedürftige Welt immer wieder nach der Frau ruft, damit die beste Mög-

lichkeit des Menschen Wirklichkeit werde.

Es sei zum Abschluß nochmals der Grundgedanke herausgestellt, daß die Frau in der Arbeit, die sie in der menschlichen Gesellschaft übernimmt, vorzüglich ein Element des Sorgens zur Entfaltung bringen soll. Die Ausübung eines akademischen Berufes in diesem Sinne kann von großem Wert sein. Aber auch das Ergreifen sogenannter technischer Berufe, die traditionsgemäß bisher nur Männern offenstanden, muß nicht notwendigerweise eine Erstarrung ihrer inneren Wesenszüge mit sich bringen. Als allgemeine Regel sei gesagt, daß die Frau trotz akademischen Wissens eine Eigenschaft nie vergessen darf, eine scheinbar äußerliche, die innerer und überall von ihr verlangt wird. Man bezeichnet sie mit verschiedenen Ausdrücken: Freundlichkeit, sonniges Wesen, Demut, Anmut. Wenn diese Eigenschaft verloren geht, hält man die Frau für „unweiblich“ (wor der Mann kann sich anscheinend erlauben, böse oder mürrisch zu sein, ohne von seiner „echten Männlichkeit“ einzubüßen). Freundlichkeit ist im Grunde nicht nur ein weibliches Gut, sondern vor allem ein geistig lebendiges. M. A.

## Liebe Maturantinnen!

(1958/5)

Mit der Matura, zu der wir Euch beglückwünschen, habt Ihr einen wichtigen Lebensabschnitt hinter Euch gebracht. Nun seid Ihr im Begriff, einen neuen zu beginnen, an dessen Ende nicht „Reifeprüfung“ steht, den wir aber mit einer akademischen Schlußprüfung beschließen sollten. So wie Ihr bei jener bewiesen habt, daß Ihr für das Hochschulstudium reif geworden seid, so werden wir durch diese Zeugnis darüber ablegen müssen, daß wir zur Ausübung unseres Berufes herangereift sind.

Dieses „Reifen“ an der Hochschule ist für uns Studentinnen nicht besonders leicht und darum möchten wir Euch sagen, welche Voraussetzungen Ihr mitbringen solltet und was für Richtlinien wir uns einzuhalten bemühen.

Erstens ist es wichtig, das richtige Fach zu wählen, wobei Eignung und Neigung sich decken sollten. Nur so seid Ihr instande, die Opfer, Anstrengungen und Verzicht auf uns zu nehmen, die jedes Studium in sich schließt. Auch bekommen wir dadurch die nötige Ausdauer, die sonst leider häufig fehlt. Sollte Euch die Wahl des Faches zu schwer fallen, so geht zu einem verlässlichen und gewissenhaften Psychologen zur Berufsberatung.

Wir müssen ferner nicht entweder Germanistik oder Medizin studieren. Es gibt eine Reihe von Mangelberufen, für die sich Mädchen und Frauen besonders eignen wie: medizinisch-technische und zahnärztliche Assistentinnen, Mittelschullehrerinnen für Lehrübungen, Psychologinnen, Pädagoginnen, Seelsozialarbeiterinnen, Professorinnen von der Haushaltungshochschule in Wien, Kunstgewerblerinnen usw.

Bei der Wahl des Studienortes ist es gut, wenn wir uns für einen solchen entscheiden, wo unsere Muttersprache auch

Staatssprache ist. Unwillkürlich leben wir uns sehr tief in die kulturelle Sphäre des jeweiligen „Wanderortes“ ein und nehmen daher viel davon auf. In unserem späteren Wirken geben wir das gesamte erworbene Kulturgut sehr unmittelbar weiter, so daß es nicht gleichgültig ist, wo wir unsere Studierzeit verbringen. Daher sollten auch Stipendien für weniger günstige Länder kein ausreichender Grund sein, um uns dorthin zu begeben.

Wir Mädchen brauchen sowieso einen eigenen finanziellen Rückhalt und dürfen uns nicht von allem Anfang an auf Stipendien und andere Studienunterstützungen verlassen.

Wir alle werden Euch an den Studienorten gerne helfen; neben den Verbindungsmännern sind folgende Studentinnen leicht zu erreichen:

Martha Augsburg in München, Studentinnenheim — Schellingstr. 72 (nächste Nähe der Universität).

Pia Brugger in Wien I, Stephansplatz 6, Stiege 2/14.

Marie Trebinger in Innsbruck, Brennerstraße 5/B, Wälden (täglich beim Mittagstisch im Heu der Hochschulgemeinde, Marktgraben Nr. 2/II, anzutreffen).

Wir wünschen Euch, daß Ihr wenigstens in Wien und München in Studentinnenheimen unterkommt. Diese sind die beste und ungefährlichste Lösung. Auch solltet Ihr von verlässlichen Studienberatungen Gebrauch machen, um keine falschen Vorstellungen zu belegen.

Und nun lassen wir uns, den weiteren Weg gemeinsam mit Euch gehen zu können. Er ist nicht leicht, doch er ist schön. Wir müssen uns nur bewußt bleiben, daß die Grundkräfte unserer Entwicklung nicht nur geistiger, sondern

# Leichte Streuung von Weiblichkeit

(1961/4)

Dieser Artikel erschien in der Zeitschrift **STUDENT IM BILD**, illustrierte für Studierende Nr. 18, 5. Jahrgang, Juli 1961. Autorin: Mechthild Andreae.

Der Professor einer englischen Universität war als Gegner des Frauenstudiums bekannt. Er begann jede Vorlesung mit der Anrede: „Gentlemen“, und übersah die Mädchen grundsätzlich. Da schlossen sich die empöbten Studentinnen zusammen, beredeten die Kommilitonen bis auf einen, der nächsten Vorlesung fernzubleiben. Der Professor betrat den Hörsaal, schaute ein wenig konsterniert den einzigen Mann inmitten der zahllosen Mädchen an und sagte: „Sir!“

Ein Märchen? Das war einmal. Gibt es denn heute auf der Universität noch eine derartige Frauenfeindlichkeit? Gewiß nicht in diesem Maße. Aber schauen wir uns doch einmal um, Studentinnen sehen wir in allen Hörsälen. Aber wo finden wir einmal eine Dozentin, oder sogar eine Professorin?

ganz besonders seelischer Natur sind. Unser Ziel kann daher nicht Wissen alleine, sondern muß darüber hinaus Weisheit sein. So wird unser Studium von innen heraus durchstrahlt und läßt uns nicht zu jener Maske erstarren, die ein Zerbild ergeben würde. Daher wird das ursprüngliche Mädchen- und Frauentum durch ein rechtes Studium nur bereichert und überhöht.

In dieser Haltung können wir unseren Aufgaben während der Studienjahre gerecht werden und auf den uns gemäßen Wegen jene Ziele erreichen, die auf der anderen Seite unsere Kollegen genau so verfolgen. Darum werden sie uns die nötige Achtung und Ritterlichkeit wohl nicht versagen. Auf dieser Ebene kommt dann das fruchtbare Zusammenwirken der beiden Pole zustande, das erst das ganze Leben, auch im geistigen Bereich, bewirkt. Die Blütezeiten unserer Kultur waren von diesem Zusammenwirken gekennzeichnet.

Dasselbe Wirken müssen wir in der durch ein solches Studium gereiften Form später fortsetzen. Ganz gleich, ob wir die Rolle unseres Lebens im größeren und allgemeineren Kreis eines öffentlichen Berufs oder in dem kleineren einer Ehe und Familie übernehmen: wird werden den uns gestellten Anforderungen nur gerecht werden können, wenn wir uns während des Studiums entsprechend darauf vorbereitet haben. Dann allerdings können wir entweder im öffentlichen Leben ein Sagen sein, oder dem Gatten besser zur Seite stehen. Denn auch die Ehe ist schließlich das, was beide Partner in sie hineintragen und womit sie sich gegenseitig formen und wodurch sie aneinander reifen können. Auch hier werden Kinder so in besseren Händen sein.

Das ist der Sinn unseres Studiums, den wir nicht aus den Augen verlieren sollten, weil er alleine uns zu einem solchen berechtigt. Christ L u n g e r

Etwa mehr als 4 Prozent der ordentlichen und außerordentlichen Lehrstühle sind mit Frauen besetzt. Die Ablehnung gegen die wissenschaftlich arbeitende Frau scheint also doch nicht ausgestorben zu sein.

Hans Anger hat in seinem Buch: „Probleme der deutschen Universität“ außerordentlich interessante, teils lustige, teils groteske Interviews über das Thema: Universität und Frau zusammengestellt. Warum studiert nach Meinung der meisten Professoren und Dozenten ein Mädchen überhaupt? Ein Jurist antwortete kurz und bündig: „Die Studentinnen suchen einen Ehepartner und hören auf zu studieren, wenn sie einen gefunden haben. Als ich Student war, sagte man dasselbe.“

Für diesen Juristen gibt es also nur den Typ, der nach zwei Semestern strahlend nach Hause schreibt: Studienziel erreicht, habe meinen Doktor. Viele Professoren sprechen den Studentinnen jede echte Studienabsicht ab und reden abfällig vom „standesgemäßen Heiratsmarkt.“

Ähnliche „Ersatzmotive“ suchen andere Dozenten bei der Studentin. „Wenn sie nicht hübsch genug ist, um mit Sicherheit Heiratsaussichten zu haben, geht sie auf die Universität. Das zeigt sich daran, daß wir nur sehr wenig hübsche Studentinnen haben.“

Ein Philologe schränkte die Aussagen seiner Kollegen ein wenig ein und sagte mit Emphase:

„Sie kamen auf keinen Fall nur, um hier einen Mann kennenzulernen. Es waren alle prächtige Mädels, die ich kannte.“ Es gibt allerdings auch Hochschullehrer, die von den ernsthaften Studienabsichten der Mädchen überzeugt sind.

„Die Mädchen sind noch eher etwas idealistischer. Sie suchen Befriedigung in einem Beruf, wenn sie nicht heiraten.“ Nur 22 Prozent billigten den Frauen die gleichen Studiomotive zu wie den Männern. Alle anderen sahen in den Studentinnen nur Mädchen, die sich die Zeit bis zur Ehe überbrücken, um dann ihrem Ehemann an Ausbildung und Bildung gleichzukommen. Oder sie steuern Studentinnen zu etwas lächerlichen höheren Töchtern, die „aus eigener Torheit oder durch Torheit ihrer Eltern so was wie Kunstgeschichte studieren oder allerlei schöngestige Dinge treiben, um dann später doch als Tippen in einem Büro zu landen.“

Gibt es zuviel oder zu wenig Studentinnen? Die Antworten sind aufschlußreich. Wieder überwiegt die negative Bewertung. Ein Naturwissenschaftler: „Das regelt sich ganz von selbst. Es sind weder zuviel noch zuwenig. Wieviel gibt es denn überhaupt? ... Was sagen Sie, 20 Prozent? Doch so viele? Das ist ja schrecklich! Aber die heiraten doch wieder weg. Sie sind nur eine unnütze Belastung der Universität.“

Ein Mediziner: „... Wenn jeder Student dem Staat schon so viel Geld kostet... und die Studentinnen nachher doch wegheiraten, dann gibt es eigentlich doch zu viele.“

Finanzielle Probleme spielen bei den Antworten überhaupt eine große Rolle.

„...denn das Studium kostet Geld, auch für den Staat und ist verloren, wenn sie dann heiratet.“

Kraß materialistisch sah ein Philologe die Lage:

„In meiner Sparte gibt es mehr Mädchen als Buben. Das ist nicht zu viel, die kommen alle an. Auf die ganze Zahl übersetzt sind es zuviel. Das führt zu einer Proletarisierung der führenden Schicht. Die meisten kommen auch ohne Studium genauso weit.“

Sehr verbreitet ist die Meinung, daß die Studentin den Staat nur Geld kostet, ihm aber wenig nützt, da sie ihren Beruf als Frau später doch nicht ausübt. Daß eine Akademikerin ihren Mann auch anregt, in seiner Entwicklung fördern, schließlich die Ausbildung der Kinder weitgehend beeinflussen und unterstützen kann, bedeutet wohl nichts?

Komisch klang die Antwort eines Theologen, der „eine leichte Streuung von Weiblichkeit glücklich für den Lehrbetrieb“ fand. Aber auch er äußerte schwere Bedenken gegen die Berufsaussichten aller Mädchen, die nicht Lehrerinnen werden wollen. Ebenso überheblich wie altmodisch lehnte ein Wirtschaftswissenschaftler das Frauenstudium ab:

„Ich würde sagen, zu viele... Ich bin konservativ, für die Familie; ich bin auch dagegen, daß Akademikerinnen Akademiker heiraten.“

Die Studiomotive sind also nach Meinung der Hochschullehrer bei Studenten und Studentinnen verschieden. Wie steht es aber mit den Leistungen? Sind die Studentinnen ihren Kommilitonen in Geist, Fleiß und Begabung ebenbürtig? Oder sind sie nur attraktive „Weibchen“, die den Männern den Kopf verdrehen wollen? Die Antworten variieren außerordentlich. Ein Mediziner, bemerkenswert objektiv:

„Tja, ich habe keine ausgesprochenen Leistungsunterschiede feststellen können. Frauen sind im Durchschnitt fleißiger. Die Schlußleistungen sind bei beiden Geschlechtern wohl gleich. Ein Teil Männer ist nachlässig und faul. Spitzenleistungen fast nur bei Männern. Guter Durchschnitt fast immer bei den Frauen.“ Immer wieder werden Fleiß und Gewissenhaftigkeit der Studentinnen hervorgehoben.

„Die Studentin ist meist besonders fleißig, sie leistet darum in bloßen Gedächtnisdingen mehr als der Student, aber wenn es auf das Wesentliche ankommt, kann sie nicht mehr mit.“

# VI. ARTIKELWETTBEWERB

Der Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft schreibt ein Artikelwettbewerb mit folgendem Thema aus:

## Die Studentin

Es kommen folgende Preise zur Vertheilung:

1. Preis: L. 15.000
  2. Preis: L. 10.000
  3. Preis: L. 8.000
- und drei weitere Preise zu L. 5.000

### Teilnahmebedingungen:

1. Zugewiesen sind: a) alle Südtiroler Hochschüler; b) alle Südtiroler, die nach 1919 ihr Hochschulstudium abgeschlossen haben; c) alle Naturwissenschaften, ausgeschlossen ist der Sekretär der Jury.
  2. Die Artikel müssen maschinengeschrieben in 100 Exemplaren vor Ablauf des Einsendetermins am 11. u. 12. durch die Post mit der Angabe: „Artikelwettbewerb des Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen, Dr.-Streiter-Gasse 20-IV, gerichtet werden.
- Zur Identifizierung muß der Verfasser den Artikel mit einem Kennwort oder eigenen Titel versehen; die Kennwörter oder Titel müssen auf einem verschlossenen Briefumschlag,

der Name und Adresse des Teilnehmers deutlich wiedergegeben werden. Nach der Preisverteilung der Einsendeterminen werden die Einsendeterminen den Kennwörtern der prämierten Aufsätze zugeordnet und diese Verfasser benachrichtigt. Die übrigen Umschläge bleiben ungeschlüsselt. Die Vertheilung des Anonymitätsgeheimnisses hat den Ausschluß der Einsendung von Post.

3. Einsendetermin: 11. November 1962.

### Preisverteilung:

1. Die Vertheilung der Preise erfolgt durch einen Preisausschuß.
2. Ein Sekretär ohne Stimmrecht wird vom Präsidium der Südtiroler Hochschülerschaft ernannt.
3. Der Preisausschuß wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und zwei

### Zum Artikelwettbewerb

„Die Studentin“... was mag den Verfasser zu diesem Thema wohl so sehr gewogen haben? Professor hat sich nicht üblich wie eine Philosophiestudentin... Mein Darum geht es nicht. Aber nicht um die Frage, ob Männer studieren sollten oder nicht... diese Frage ist schon längst keine Frage mehr. Aber vielleicht läßt sich etwas von dieser „Leichte“ Beratung von Weidmann (Bayerische Zeitschrift, Oktober 1951, S. 47, 48, 49) annehmen. Man ist doch sonst nicht so unheimlich, wenn es um ein Urteil über die „Studentin“ oder „Kameradschaft“ geht. Der kann sich jeder selbst schriftlich aussprechen.

Die Vertheilung der Preisverteilung fest. Die Besprechungen des Preisausschusses sind streng geheim. Schreiben sich je ein Vorschlag der Preise. Schlußarbeiten werden zu können zwei Drittel der Beiträge ebenso in einem anderen, vom Preisausschuß festzustellenden Verhältnis unter der Verfügung der beiden Aufsätze aufgestellt werden.

5. Die Entscheidungen der Preisverteilung sind unanfechtbar. Die Zuweisung eines Preises ist nicht bindend, das der Preisverteilung ist im Auftrage des Schreibers mit.
6. Die Veröffentlichung des „Kameradschaft“ behält sich die Veröffentlichung über die eingeleiteten Arbeiten vor.
7. Die Übermittlung der Preise erfolgt bei der Vollversammlung zu Weidmann in Bozen und Peter

Oder schreiben Sie besser, weil das abstrakte Denken der Frau nicht so eigen ist, und weil die Ausbildung erwachsener Männer ihr nicht liegt.“ Sehr klar und deutlich drückt sich in manchen Haltungen ein „männliches Ressentiment“ aus:

„Es gibt noch viel zu viele! Das ist eine Modeströmung, ganz merkwürdig. Früher war ein Professor ganz etwas Hohes. Die Distanz hat sich gemindert. Man kann geradezu von einer Akademisierung des Lebens sprechen. So kommen Frauen auch schon auf die verdrückte Idee, Hochschullehrer zu werden. Es gibt aber auch gute Frauen.“

Ein Kommentar erübrigt sich wohl. Interessanter und aufschlußreicher sind schon die Aussagen, die konkrete Unfähigkeiten der Frauen betreffen. Zunächst die gleichen, nur noch verschärften Argumente, gegen die Studentinnen. Hinzu treten Mängel an physischer Kraft und „Robustheit“, an pädagogischer Wirksamkeit, Überzeugungskraft, Autorität, an Ausdauer und Willenskraft. „...die Arbeit des Hochschullehrers ist Schwerarbeit, die robuste Kräfte erfordert, das Gewicht der Persönlichkeit, Stimmstärke. Das geht über die Kräfte einer Frau hinaus.“ Und was ist mit den Lehrerinnen? Ist es wirklich leichter, eine wilde Schulklassen zur Raison zu bringen, als erwachsene Studenten? Ein Naturwissenschaftler bemühte sich um Objektivität.

„Ja, kann sein... Moment mal... der Grund dafür dürfte wohl der sein, daß die Überzeugungskraft einer vorzüglichen Frau nicht so groß ist wie bei einem Manne. Das soll kein Werturteil sein, sondern nur einfach eine Erfahrungstatsache.“

Stellen wir uns einmal eine Schauspielerin vor. Wirkt sie etwa nicht überzeugend, in einem großen Monolog etwa? Welcher Mann käme auf die Idee, die Königin Elisabeth von einem Manne spielen zu lassen?

Aber es gibt noch Professoren, die sich reuig an die Brust klopfen und von Vereingenorrenheit, Vorurteilen gegen Hochschullehrerinnen sprechen.

„Vieles ist auf die Sturheit der männlichen Hochschullehrer zurückzuführen. Das ist überhaupt in Deutschland so im Vergleich zu anderen Ländern. Das ist zweifellos eine Schwäche. Ein Riesenkapital, das nicht verwendet wird. Vielleicht ein Minderwertigkeitskomplex des Mannes.“

Ebenso scharf verurteilt ein anderer Ordinarius seine überhöhlischen Kollegen. „Ihre Einstellung ist nur aus der vollkommen ungerechtfertigten Abneigung unserer Führungsschicht gegen weibliche Berufstätigkeit überhaupt zu erklären, insbesondere bei den Berufen, die als sehr qualifiziert gelten.“

Es gibt gewiß zahllose Frauen, die nur Mütter und Frau sein wollen, die weder Fähigkeit noch Ehrgeiz haben, Wissenschaftlerin zu werden. Und das ist gut so. Aber zeugt es nicht von außerordentlicher Engstirnigkeit, solche und große Begabungen nicht anzuerkennen? Werden die großen selbstherrlichen Männer in Zukunft von ihrem Thron steigen und auch Frauen als ebenbürtige Menschen anerkennen?

„Der Unterschied ist da. Die Jungen sind vielseitiger und gelenkiger in ihrem Verstande, aber vielleicht bilden wir Männer uns das nur ein. Aber die Studentinnen sind fleißiger.“

Den Mädchen wird meist Originalität, abstraktes Denkvermögen abgesprochen. Entscheidend an der letzten Aussage des Theologen scheint mir der Satz zu sein: „Aber vielleicht bilden wir Männer uns das nur ein.“ Viele Hochschullehrer wollen um jeden Preis einen Leistungsunterschied zwischen den Geschlechtern entdecken. Und wer sucht, der findet. Wie ist sonst die widerspruchsvolle Meinung eines Philologen zu verstehen?

„Die meisten Referate sind bei uns von Studentinnen gehalten worden. Sie sind fleißig, nehmen auch zusätzlich Arbeit auf sich. Aber ein wesentlicher Unterschied war doch nicht feststellbar. Vielleicht: Studentinnen haben trotz größeren Fleißes geringere Fähigkeiten.“

Groteske Antwort. Aus den besten Referaten versucht man auf Umwegen geringere Fähigkeiten abzuleiten. Was würde der Professor wohl sagen, hätten Studentinnen die schlechteren Referate gehalten?

Trotzdem: Im Examen schneiden Mädchen und Jungen meist gleich ab. Nach Meinung der Hochschullehrer ist aber das Mädchen dem Jungen unterlegen an Denkfähigkeit, Kritikver-

mögen, Intelligenz, schöpferisch-produktiven Fähigkeiten, Phantasie, Initiative, wogegen es ihn an Fleiß, Lerneifer, Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit, Gedächtnis, Lernfähigkeit, Receptivität übertrifft. Selten echte Urteile, die auf Erfahrung beruhen, meist krasse Urteile. Ein ernstes Problem wird ins Lächerliche gezogen:

„Wenn sie hübsch sind, sind mir die Mädchen sehr angenehm. Die meisten sehen allerdings aus, als ob sie ihren Beruf verfehlt hätten, — sie sehen aus wie Dienstmädchen...“

Wenn die Studentinnen schon so negativ beurteilt werden, wie steht es dann erst mit Dozentinnen?

Da gibt es zuerst die patriarchalischen, selbstherrlichen Männer, die die Frauen in die Küche verbannen wollen. Ein Mediziner antwortete lächelnd: „Weil der eigentliche Beruf der Frau, Frau und Mutter zu sein, ist. Alles andere ist Nothelf, wesensfremd. Ihrer Natur nach will die Frau mehr geborgen sein, als große und öffentliche Aufgaben übernehmen.“

Hochtrabend und überheblich spricht man von der „Natur des Weibes“, dem „schöpfungsbedingten Unterschied“, ja sogar der „Inferiorität“ der Frau. Ein Theologe war fest davon überzeugt, daß Geistigkeit Privileg der Männer ist.

Ein Dozent:  
„Weil Frauen nicht denken können.“



## Die andere Hälfte des Himmels

(1978/4)

SKOLAST: *Beginnen wir mit einer etwas allgemeinen, aber doch interessanten Frage: Wie geht es der Frauenbewegung heute, in der zweiten Hälfte des Jahres 1978? Ich will mich etwas präziser ausdrücken. Hat sich die — vor allem politische — Qualität der Frauenbewegung, hat sich ihre Haltung gegenüber der sie umgebenden Gesellschaftsstruktur verändert, nach den Errungenschaften zum neuen Familienrecht, zur Scheidung, zu den Familienberatungsstellen und zuletzt zur Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz und zur Schwangerschaftsunterbrechung? Es scheint mir nämlich, daß die genannten Errungenschaften irgendwie ein erstes großes Ziel der Kämpfe der Frauenbewegung dargestellt haben. Wie hat sich dies alles auf die Verhaltensweisen und auf die Entwicklung der Bewegung ausgewirkt? Ist sie dadurch in ihrem Elan gebremst worden? Oder befindet sie sich lediglich vor einer neuen Qualität der Auseinandersetzung?*

MENAPACE: Die in der Frage genannten Ziele sind jeweils unterschiedlich zu betrachten, nicht wegen ihres Charakters an sich, sondern wegen der Art, wie sie erreicht worden sind. Das Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz wurde beispielsweise geradezu ohne Kämpfe erlassen — fast als mechanische Verwirklichung internationaler Verpflichtungen, die der italienische Staat übernommen hatte. Es handelt sich um ein Gesetz, das sich kaum auf die reale Situation der Frau auswirkt und deshalb auch leicht umgangen werden kann. Das Ehescheidungs-gesetz hat hingegen deutlichere Auswirkungen zur Folge gehabt und war auch das Ergebnis einer gewissen Meinungskampagne und von Kämpfen gewesen. Heute ist die Frauenbewegung bemüht zu verhindern, daß einige negative Aspekte des Gesetzes auf die Frauen zurückfallen. Jedenfalls kann man dieses Gesetz als eine Errungenschaft betrachten, wenn auch das Problem der Scheidung von den Massen nie als außerordentliches Ziel empfunden wurde und auch für die emanzipierteren Frauen von relativ geringem Interesse war. Für die Massen deshalb, weil sie das Problem der Familie noch sehr stark empfinden. Für die emanzipierten Frauen steht das Problem einer mehr oder weniger festen Beziehung zu einem Manns hingegen außerhalb der Ehe und hat folglich kaum Bedeutung für die Scheidung.

Interessanter scheinen mir hingegen die anderen drei Errungenschaften, nämlich das neue Familienrecht, die Familienberatungsstellen und das Abtreibungsgesetz. Es handelt sich um Gesetze, die stärker auf die allgemeine

Lage der Frau einwirken und daher nicht nur spezifische Schichten oder Gruppen von Frauen betreffen. Sie sind zum Teil als Errungenschaften der Frauenbewegung zu betrachten. So war beispielsweise das neue Familienrecht die Errungenschaft eines langen Kampfes des reformistischen Teils der Frauenbewegung, vor allem des UDI\* und auch einiger Teile der laizistischen Vereinigungen, der schließlich nach einer langen Auseinandersetzung in eine moderne Angleichung des Zivilgesetzbuches, in stärker auf die Gleichheit von Mann, Frau und Kindern ausgerichtete Inhalte eingemündet ist.

Das Gesetz über die Familienberatungsstellen, aber auch das Abtreibungsgesetz waren hingegen ein gemeinsam von der gesamten Frauenbewegung (auch der feministischen) angestrebtes und schließlich erreichtes Ziel. Mir scheint, daß vom Gesichtspunkt der Auseinandersetzung und der Bewußtseinsbildung her diese zwei letzten Gesetze wohl die wichtigsten gewesen sind, weil sie eben, wie erwähnt, ein von den beiden großen Tendenzen der Frauenbewegung (der Frauenbewegung im engeren Sinne und der feministischen Bewegung) erkämpftes Resultat darstellen. Und vor allem betreffen sie die allgemeinen Bedingungen der Frau und nicht nur die Bedürfnisse einiger spezifischer Schichten.

Zur Bewegung selbst ist zu sagen, daß die angesprochenen Gesetze sicherlich teilweise die Situation der Frau in unserem Lande verändert haben und daß sich folglich die Notwendigkeit weiterer, fortschrittlicher, einheitlicher und auch spezifischer Ziele stellt. An erster Stelle und als dringendstes Anliegen steht uns die Problematik der Anwendung, der Verwirklichung oder, wie man auch sagt, der Verwaltung dieser Gesetze bevor. Ich habe bereits daran erinnert, daß beispielsweise das Gesetz über die Gleichstellung in der Arbeitswelt nur sehr schlecht funktioniert, während die Verwirklichung des Gesetzes über die Schwangerschaftsunterbrechung großen Hindernissen gegenübersteht. Deshalb konzentriert sich gegenwärtig die Frauenbewegung im wesentlichen auf die Kontrolle der konkreten Anwendung dieser gesetzlichen Maßnahmen — vor allem der letzten drei —, die mir als die wichtigsten erscheinen.

SKOLAST: *Mir scheint, daß eines der wichtigsten — und nicht immer gelösten — Probleme der neuen Bewegungen der letzten Zeit ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse betrifft. Wie stellt sich dieses Problem nun der Bewegung der Frauen? Ich möchte expliziter werden. Verfügt die Frauenbewegung beispiels-*

*weise über einen Klassenstandpunkt? Kann sie in dieser Phase ihrer Entwicklung überhaupt eine Klassenposition haben?*

MENAPACE: In der Frauenbewegung wird allgemein die Meinung vertreten — und ich teile sie — daß der Widerspruch Mann—Frau nicht ein Klassenwiderspruch ist, sondern ein spezifischer Widerspruch darstellt, der mehr oder weniger und mit unterschiedlichen Aspekten alle Klassen durchzieht. Es besteht eine spezifische Unterdrückung der Frauen im allgemeinen gegenüber den Männern im allgemeinen, nicht natürlich der einzelnen Frau gegenüber dem einzelnen Manne. Deshalb glaube ich, ist das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Frauenbewegung besonders problematisch, aber auch besonders wichtig, vor allem auch unter einem theoretischen Gesichtspunkt. Das Verhältnis ist problematisch, ja, denn wenn es lediglich um einen Klassenwiderspruch ginge, würde es genügen, einige geschichtliche Rückstände zu analysieren oder einige Veränderungen im täglichen Verhalten herbeizuführen, und auf dieser Basis des erreichten Klassenbewußtseins wäre die Einheit hergestellt. Statt dessen handelt es sich jedoch nicht allein darum, sondern es spielen eben die Geschlechtsunterschiede mit allen damit zusammenhängenden kulturellen, geschichtlichen, psychologischen und ideologischen Implikationen herein, so daß man diese Frage nicht allein mit den Klassenwidersprüchen erklären kann, im Sinne etwa, daß es genügen würde, eine klassenlose Gesellschaft anzustreben. Auf diese Weise wären wir überhaupt nicht in der Lage, uns Vorstellungen darüber zu machen, wie die Geschlechtsunterschiede in nicht widersprüchlicher, nicht unterdrückender, nicht abhängiger und nicht passiver Form erlebt werden könnten.

Wenn jedoch die Arbeiterklasse, die sich als *allgemeine Klasse* darstellen, also fähig sein will, als Klasse die Bedürfnisse *anderer* gesellschaftlicher Subjekte nach Befreiung, Fortschritt und Emanzipation, andere gesellschaftliche Widersprüche zu interpretieren, nicht imstande ist, diese Problematik aufzugreifen, dann bedeutet dies, daß sie ihr Recht auf Hegemonie verloren hat. Es ist daher theoretisch lebenswichtig, daß man sich dieses Problem stellt. Andererseits war ja die Arbeiterklasse ursprünglich internationalistisch, trotzdem hat sie die nationalen Widersprüche aufgegriffen. Auch das schien am Anfang im Widerspruch zu ihrer ursprünglichen Charakterisierung zu sein.

Es ist also nicht nötig, den Widerspruch der Geschlechter in einen Klassenwiderspruch umzuwandeln, was effektiv auch nicht ist. Wenn aber die Arbeiterklasse auf diesem Boden keine Antwort zu geben fähig ist, dann will das heißen, daß ihre Hegemonie in Dis-

ktionen, diskutiert ist. Die Frauenbewegung hat aus diesen Gründen ein schwieriges Verhältnis zur Arbeiterklasse. Und schließlich ist die Arbeiterklasse geschichtlich ein männliches Subjekt, denn in der Produktion hatte der Mann eine zentrale Stellung, während die Frauen im allgemeinen die Reproduktion darstellten. Deshalb finden wir bei den Arbeitern auch gewisse Bewusstseinsverkäufungen, repräsentive Mentalitätsformen, die bekanntlich oft repressiver sind als jene des Bürgertums, denn die Ideologie, welche die herrschende Klasse dem subalternen Klassen auflastet, ist immer der schlechteste, nicht der liberalste Aspekt ihrer Ideologie. So kommt es denn vor, daß gewerkschaftlich und politisch außerordentlich fortschrittliche Arbeiter in ihren familiären Beziehungen oft sehr autoritäre oder repressive Verhaltensweisen an den Tag legen. Es ist also noch ein langer Weg zurückzulegen. Es handelt sich um Widerprüfungen, die nicht ohne weiteres überwunden werden können.

**EKOLOST:** *Kommen wir noch einen Augenblick zu Südtirol, so immer besonderen Situationen also Off — und mit Recht —, besteht man auf der Besonderheit vieler Probleme unseres Landes gegenüber dem Rest Italiens. Sie kennen Südtirol eingetauscht. Ich möchte Sie daher fragen, ob Sie glauben, daß diese Besonderheit auch die*

*Frauenfrage berührt. Wo liegen die Unterschiede, wo die Berührungspunkte?*

**MENAPACE:** Obwohl ich dieses Land kenne, empfinde ich eine gewisse Verlegenheit auf diese Frage zu antworten. Denn wenn man eine Kritik zum Ausdruck bringt, risikiert man immer, eine gewisse Vorurteilslosigkeit an den Tag zu legen. Ich will aber doch versuchen, ein mögliches, sachliches Urteil abzugeben. Als ich vor 25 Jahren in dieses Land kam, habe ich natürlich einige Unterschiede festgestellt. Schließlich hatte ich in einer Gegend Norditaliens, in Mailand, studiert und gearbeitet. Die erste Sache, die mir auffiel, war die Pflege der interkommunalen Beziehungen. Die ersten Menschen, die ich in Bolzen kennenlernte, waren treue Nachbarn, mit denen sich ein Verhältnis des voranschreitenden Abtauchs von kleinen Gütern und Dingen anbahnte. Dies alles war sehr verschieden gegenüber der anderen Zonen Norditaliens, wo dies nur wenig zu finden war (in Mailand natürlich überhaupt nicht), während es in Mittel- und Südtirol so etwas Ähnliches gab. In diesem Zusammenhang fiel mir eine nicht besonders „sozialistische“ Handhabung auf, was mir als eine wichtige Sache vorkam:

— zweites, das mir auffiel, war die Tatsache, daß viele Frauen bei der Arbeit aktiv waren, vielleicht mehr als in anderen Provinzen Italiens. Aller-

dieses betriebe diese Arbeit meist nur selbständigen Charakter gegenüber der Tätigkeit des Mannes oder wickelte sich im Handel ab.

Das sind sicherlich nur oberflächliche, flüchtige Unterschiede. Eindeutige ich habe aber sehr oft und nur wenige die Täter kennengelernt, wo mir das Leben der Frau (so wie es auf dem Lande abzuspielt) sehr hart vorkam, wo mir sehr viel Unterdrückung der Frau zu herrschen schien. Obwohl die patriarchalische Familie der weiblichen Arbeit in der Landwirtschaft eine gewisse Anerkennung zollt. Die Abhängigkeit schien mir jedoch sehr stark zu sein. Dies geschieht übrigens allseits, nicht nur in Südtirol.

Ich weiß nicht inwiefern diese Unterschiede von Bedeutung sein können. Die herrschende Ideologie war in Südtirol lange der Katholizismus gewesen, deshalb sind wahrscheinlich auch die Mentalität der Frau und ihre Haltung gegenüber der Familie dem ähnlich, was in den anderen katholischen Regionen Italiens zu finden ist. Ich glaube jedoch, daß die Unterschiede vorwiegend von der wirtschaftlichen Struktur abhängen, die hier noch nicht von der Industrialisierung erfaßt worden ist. Andere größere Unterschiede würde ich nicht sehen.

**UDI — UNIONE DONNE ITALIANE** — Die größte demokratische Massenorganisation der Frauen in Italien heißt in Südtirol: UDI — Südtiroler Frauenbund

Brankilde Platzer

## Sexuelle Gewalt an Frauen

### ... nicht nur Widerstand

(1981/4)

Es gibt verschiedene Formen von Gewalt, aggressivste und verborgene, formelle und informelle. Die Frage des Widerstandes gegen die Gewalt ist so mit wie die Gewalt selbst. Aber es gibt Gewaltmanifestationen, die in der Geschichte jeweils verschiedenen Bewertung erfahren haben. Dinge von ihnen sind überliefert und in letzter Zeit in den Bereich der Gewaltdefinition verpackt. Die verschiedenen, oft sehr verborgenen Formen der Gewaltanwendung gegen die Frauen gehören zu diesen. Daß heute über Gewalt an Frauen in immer breiterem Ausmaß diskutiert wird, ist eines der spezifischen Verdienste der Frauenbewegung. Wo jedoch die Bewegung der Frauen nicht nur die Notwendigkeit des Widerstandes gegen einzelne Gewalttätigkeiten einzelner Männer betont hat, sondern darüber hinaus die Frage nach der Eliminierung der Gewalt stellte, schloß sie nicht nur an die revolutionären Traditionen dieses Jahrhunderts an, sondern konzentrierte

diese selbst mit neuen Überlegungen.

Die sexuelle Gewalt ist nur die Spitze eines Eisbergs. Sie ist nur der massenhafteste Ausdruck jener Benützung und Gewalttätigkeit, die die Frau täglich im Hause, am Arbeitsplatz und auf der Straße erfährt, und die in der Kultur und den Strukturen, in den Gesetzen und in jeder Form der politischen und öffentlichen, der persönlichen oder gesellschaftlichen Beziehung zwischen Mann und Frau abgelesen ist: die zur Demütigung und Beschädigung aller Frauen führt und vor der sich die gesamte Gesellschaft zu verteidigen hat (1).

Wir antworten die Frauenbewegung auf diese Gewalt, die erschreckende Ausmaße und bezorgniserregende Formen angenommen hat (denken wir an die gestiegene Anzahl von Fällen der „Gruppenvergewaltigung“ oder an die Tatsache, daß — wie angenommen wird — in Italien durchschnittlich jede halbe Stunde eine Frau Opfer

einer solchen Gewalttätigkeit wird? Wie will sie ihren Widerstand gegen diese Form von Gewalt zum Ausdruck bringen?

Diese Fragen hat sich die Frauenbewegung besonders in diesen letzten Monaten gestellt, und zwar im Zusammenhang mit den von MLD (Movimento di liberazione delle donne) und UDI (Unione donne italiane) sowie von KFF und PSI angeführten Gewerkschaften zur Neuregistrierung dieser Materie. Ganz besonders war es jedoch die Unterschrifteninitiative von Seiten des MLD und UDI zur Einbringung einer Gesetzesinitiative, welche die Auseinandersetzung in der Frauenbewegung anleitete.

Die Debatte der zwei grundlegenden Positionen, die sich in dieser Auseinandersetzung ergaben, soll uns Hauptanliegen dieses Beitrages sein.

Einige meinten dazu, daß man die jahrelangen Überlegungen der Frauenbewegung und jener linken Bewegung, die dem Thema Gewalt und bürgerlicher Staat ihre größte Aufmerksamkeit gewidmet haben, nicht auf einen Schlag vergessen und daß man sich als Frau nicht plötzlich auf die Seite drehen sollte, ohne die eigene politische Tätig-

keit zu hinterfragen... Sicherlich, der nicht „organisierte“, der nicht institutionelle Teil der Frauenbewegung, der von einer Praxis der radikalen Infragestellung der Wurzeln der patriarchalischen Gesellschaft ausgeht, hat eine eindeutige Haltung gegen das Gesetz eingenommen. „Dieser Teil der Frauenbewegung“, schreibt Maria Schiavio, „sieht in der Lostrennung von der Männergesellschaft eine Möglichkeit zur Veränderung der zwischenmenschlichen Beziehungen, indem die Interessen und Wünsche, die bisher an die Männer gerichtet waren, nun den Frauen zugewandt werden... Der organisierte Teil der Bewegung, der sich an die Männergesellschaft und an ihre Formen der politischen Organisation anlehnt, macht eher... paradoxerweise diese Lösung zum Instrument, das die Integration der Frau in diese Gesellschaft ermöglicht... und zwar über eine politische Arbeit (die Gesetzesvorschläge in diesem Falle), die von der Praxis des Selbstbewußtseins, die stets das Einwirken auf die Frau kritisiert und die politische Bedeutung der von der Frau ausgehenden Arbeit erkannt hat, mehr als nur geringfügig abweicht“ (4).

...keine Konzession an das „Gesetz des Vaters“?

Diese grundlegende Haltung wurde auch von anderen Feministinnen vertreten. Lia Ciganini schrieb beispielsweise: „Wir haben in unserer Arbeit dieser Jahre die symbolische und sexuelle Autonomie der Frau vertreten, indem wir von den Gesetzen des Vaters (4a), die die Sexualität heute noch vorwiegend bestimmen, Abstand genommen haben. Das Gesetz der Gesetzbücher stellt die extreme Abstraktion der väterlichen Gesetze dar... und in diesem Sinne können und dürfen die Frauen nicht für dieses Gesetz sitzen.“ (5)

„Wir haben in diesen Jahren eine politische Arbeit geleistet, die sich von der Aktivität der Männer unterscheidet. Das ‚Selbstbewußtsein‘, zum Beispiel, ist eine Sache, die die Männer gänzlich aus ihrer Politik ausklammern... Was bedeutet für uns die Tatsache, daß es nun Frauenorganisationen gibt, die eine Initiative ergreifen, um mit Gesetzen unsere Lage zu bestimmen?... Wollen wir wirklich unser Rand-Dasein, unsere offizielle Quasi-Inexistenz verlassen... müssen wir — mit anderen Worten — wirklich beweisen, daß auch wir, wie die Männer vor dem Richter treten und daß auch wir Gesetze schreiben können... um vom Staate (der immer derselbe, den Frauen feindlich gegenüberstehende Staat ist) gelenkt zu werden? Ist es nicht besser, auf dem Wege zu dieser anderen Politik, auf die ich vorhin hingedeutet habe, weiterzumarschieren?“ (6)

Andere Feministinnen unterstrichen nur den spezifischen Charakter dieses Gesetzesvorschlags, während sie den

vorherrschenden Gesetzen, die für die Situation der Frau von besonderer Bedeutung waren, eben einige positive Verdienste zukommen ließen.

N. Gandus schrieb unter anderem: „Die Ehescheidung, das Familienrecht, die Abtreibung, das Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz eröffneten der Frau Freiräume. Dieser Gesetzesvorschlag zur Vergewaltigung hat hingegen nur einen repressiven Charakter, weil er niemandem Freiplätze schafft;... und der Prozeß“, schreibt Gandus weiter, „würde sich auch nach der gesetzlichen Neuregelung mit der alten gewohnten Verachtung gegenüber der Frau abwickeln, und er würde sie weiterhin nicht als Anklägerin, sondern als Angeklagte behandeln.“ (7)

„Und dann steht man vor dem Angeklagten, der bereits in der Schule als ‚kleiner Verbrecher‘ galt, den man mit Gewissenbissen vor den Disziplinarmaßnahmen verteidigt hat... und dem man mit achtzehn wieder als ‚Vergewaltiger‘ begegnet. Ich habe keine Sympathie für Mörder oder Vergewaltiger“, schreibt L. Melandri, „aber ich gestehe, daß ihre Geschichte in mir eine tiefe menschliche Resonanz hinterläßt... Und hier in der Frage über die Regelung der Sexualvergehen ginge es darum, einem Strafverfahren zuzustimmen, das sich entschieden gegen uns und gegen jenen Teil der Männer (Mörder und Verbrecher) richten wird, die — ich weiß, daß ich jetzt Skandal erwecken werde — bei der Integration in die Gesetze des Vaters die größten Schwierigkeiten gefunden haben... Ich glaube“ — und hier spricht sie sicherlich für den Großteil der „nicht organisierten“ Frauenbewegung — „daß bedeutende Veränderungen, die das vielschichtige Problem der Unterworfenheit der Frau im allgemeinen zu lösen und dieser Form von Gewalt im besonderen entgegenzuwirken imstande sind, nicht durch ein Gesetz (das nur Ausdruck der Ohnmacht ist), sondern allein(!) durch die nötige politische Arbeit, die die Gründe dieser Abhängigkeit ausmerzt, eingeleitet werden können.“ (8)

Dies ist in Stichworten die Haltung (vielleicht die härteste Opposition), die von einigen Kreisen des sogenannten „historischen“ Feminismus gegen den Vorschlag für die gesetzliche Regelung der Sexualvergehen eingenommen wurde und die die Meinung vertrat, daß die Frau auf diese Gewalt allein mit neuen Formen eines sicherlich harten und schweren Kampfes für die Verwirklichung einer neuen Beziehung zwischen Mann und Frau oder zwischen Frauen antworten kann und muß.

...auch Gesetze wirken auf das Bewußtsein

Breite Teile, die Mehrheit vielleicht, der Frauenbewegung haben aber positiv auf die Gesetzesvorschläge reagiert und zu den, von den „historischen“ Fe-

ministinnen aufgeworfenen Problemen Stellung bezogen. J. Travers meinte, daß „viele dieser letzteren im Vergewaltiger ein Opfer der kapitalistischen und patriarchalischen Gesellschaft sehen (der zu allerletzt noch zum Parahelden hochgespielt werde, weil er die gesellschaftliche Integration verweigert habe) und des nach Gerechtigkeit rufenden Feministinnen als ‚repressiv‘ hinstellen... Man kann ihnen entgegenhalten, daß auch Pierre Goldmann (ein Exponent der französischen ‚neuen Linken‘) erklärte, daß er jede Gerechtigkeit des Gesetzes, jede gesetzliche Repression als ‚Schmach‘ empfinde. Er kam in einem faschistischen Attentat ums Leben. Man kann diese Feministinnen umfragen, ob vielleicht seine Genossen... über die rebellischen, gesellschaftliche emarginierten und nicht integrierten Faschisten, die Opfer unserer Gesellschaft sein sollten, bloß Studien schreiben werden...“

Die Institutionen und der einzelne Mann haben durch die Ausübung der physischen und ökonomischen Kontrolle stets die totale gesellschaftliche Integration der Frau gesichert, wer möchte es bestreiten... Womit haben sich Zivil- und Strafgesetzlicher beschäftigt, wenn sie das Leben der Frau über Eindringlinge wie die ‚väterliche Gewalt‘, die ‚Kritikalisierung der Abtreibung und des von der Frau begangenen ‚Ehebruchs‘ bestimmen...? Und heute geht die Verweigerung und Ablehnung dieser Form von Integration eben auch(!) über den Weg der Gesetzgebung.“ (9)

Hier liegt der zentrale Punkt in der Argumentation jener Feministinnen, die die zweite Position vertreten. „Sicherlich“, schreibt eine von ihnen, „betrifft die entscheidende der zu realisierenden Veränderungen die Beziehung Mann-Frau. Ist diese aber nicht von der offiziellen Ideologie der Gesellschaft bestimmt? Und was ist ein Gesetz, wenn nicht eine Verlagerung dieser Ideologie auf die legislative Ebene? Bedeutet eine gesetzliche Veränderung dann nicht eine Veränderung auch dieser Ideologie und der Lebensgewohnheiten? Kann ein Gesetz, das die Abschaffung des ‚Ehrendelikts‘ (9a) vorsieht und damit aufhört, die Verbrechen der Entführung zum Zwecke der Vergewaltigung weniger schwerwiegend zu betrachten als anders motivierte Fälle von Menschenraub; das die Vereinheitlichung von Vergewaltigung und gewaltsamen Unzuchtshandlungen in einer einzigen Deliktfigur vorsieht und den von der Frau erlittenen Schaden nicht nach dem erfolgten oder nicht erfolgten Eindringen beurteilt“ (10); und das schließlich nicht mehr duldet, daß über das vergangene Sexualleben der vergewaltigten Frau nachgefragt und nachgeforscht wird und stattdessen die Untersuchungen streng auf das vorhandene oder fehlende Einverständnis des Opfers beschränkt sowie die Anklage von Amts wegen (Gesetzesvorschlag MdLDD) und die Möglichkeit der Nebenklage

von Seiten der Frauenbewegung fordert, weil die Beleidigung und Demütigung der einzelnen vorgewaltigten oder sexual mißhandelten Frau ein Verbrechen darstellt, das als extremer Ausdruck frauenfeindlicher Gewalt aufgefaßt wird und als solches von der ganzen Gesellschaft zu verantworten ist — kann ein solches Gesetz eine unter anderen von der Frauenbewegung vertretbare und zu verantwortende Entgegnung auf diese Form der Gewalt sein?

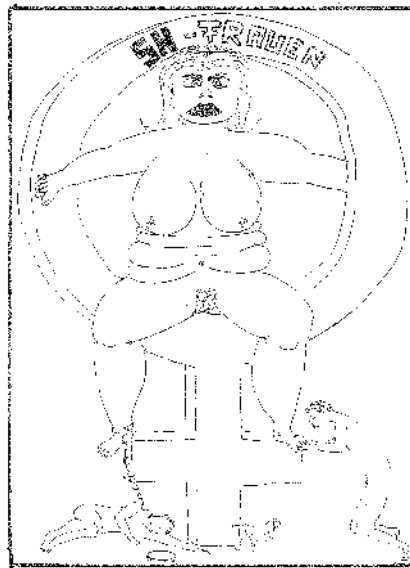
Sicherlich, die Lösung einiger sehr wichtiger Probleme (die über die grundlegende Befürwortung der allgemeinen Zweckmäßigkeit einer gesetzlichen Maßnahme hinausgehen und Gesetzesinhalte(1) betreffen, ist hierfür ausschlaggebend. Denken wir gerade an das von der Frauenbewegung geforderte Recht für die einzelnen Frauenkollektive, sich als Nebenkläger zum Schutze und zur prozessualen Unterstützung der einzelnen Frau und zur Verteidigung der kollektiven Interessen, die durch die Sexualverbrechen betroffen sind, dem Verfahren zu stellen. Oder denken wir auch an die Frage, ob die Inangasetzung des Prozesses der Klage des Opfers überlassen oder von Amts wegen betrieben werden soll. Hier wird die Entscheidung fallen, ob in Zukunft der heute leider noch immer funktionierende Mechanismus, der die Frau nicht als Anklägerin, sondern als Angeklagte behandelt, unterbrochen und ob die Frau nicht mehr wie bisher von den Institutionen alleingelassen wird. Gewiß, diese beiden Punkte (Nebenklage und Inangasetzung der Klage), insbesondere der letztere (11), sind noch sehr umstritten. Denn „man kann auch die Argumente derjenigen nicht übergehen, die gerade in der Anklage von Amts wegen einen unannehmbaren Zwang, ja sogar eine neue Gewalt gegen die vorgewaltigte Frau sehen, die dadurch gezwungen würde, ihr eigenes Drama in der Öffentlichkeit preiszugeben, es erneut zu erleben und in jedem Detail im Laufe des Prozesses zu beschreiben... Auch wenn an der Anklage von Amts wegen, die den Eckpfeiler des neuen Gesetzes bilden sollte, festgehalten werden muß“ — schreibt C. Ravaioli — „muß auch das Recht der Frau zu schweigen gewährleistet sein... wenn ihr das Sprechen unerträglich scheint... Die Anklage von Amts wegen könnte hier beispielsweise der Einwilligung der betreffenden Frau untergeordnet werden: in dieser Form würde der Frau — ohne ihre Freiheit zu verlieren — aus der althergebrachten Passivität herausgeholfen.“ (12)

### ... nicht nur höhere Strafen

Die Frage über die Natur der Anklage, ebenso wie jene nach der Höhe der Strafen, ist noch alles andere als gelöst.

Viele erkennen, daß gerade in der Forderung nach einer höheren Strafe,

die in den Gesetzesvorschlägen vorgesehen ist, ein Widerspruch sichtbar werden kann, wenn man der große Teil der Bewegung der Frauen „mit ihrer Überzeugung von der Nutzlosigkeit und Ungerechtigkeit der Haftstrafe eben höhere Strafen fordert... Und wie soll die Verantwortung des einzelnen errechnet und die Strafe festgelegt werden, wenn man den wahrscheinlichen Grund der gewaltsamen Verhaltensformen im Zusammenspiel der individuellen und sozialen Faktoren findet? Hier müssen wir begreifen, wie Rossanda Rossana meint, an eine Gesellschaft ohne Strafen und Gefängnisse zu denken. Und aus dieser Perspektive“ — schreibt A. Bevere — „scheint der Gesetzesvorschlag im großen und ganzen eine nützliche Initiative zu sein, auch wenn er sich heute noch in der falschen Logik der gesellschaftlichen, an den Staat delegierten Rache bewegt.“ (13)



Auf diese und andere Fragen (auf die ich hier der Kürze wegen nicht mehr näher eingehen möchte) muß die Frauenbewegung eine Antwort finden, und diese wird im Kampf gegen die Gewalt entscheidend sein.

Wenn wir nun kurz von den spezifischen Problemen absehen und zur Frage nach den politischen Instrumenten der Frauenbewegung zurückkehren, möchte ich noch einmal hervorheben (und damit auch meiner persönlichen Haltung Ausdruck verleihen), daß die große Mehrheit der Bewegung der Frauen die gesetzliche Regelung „zwar als eine Maßnahme ansieht, die gegenüber den tiefen und notwendigen Veränderungen der Lebensformen, der Verhaltensweisen und Beziehungen, der Ideologie, die diese prägt, vollkommen unzureichend ist, vor allem dann, wenn es um eine Materie wie die Sexualität geht, die voller emotionaler Implikationen, sehr eng an die Struktur der Persönlichkeit gebunden und mit dem affektiven Geschehen der Kindheit verknüpft ist“ (14); zugleich aber auch eine der Eingriffsmöglichkeiten darstellt, um die im Bewußt-

sein und Unterbewußtsein tief verankerten Normen langsam zu verändern (15), und um den „Frauen und den Männern ein neues Bewußtsein zum Problem zu verschaffen, d.h. um die Thematik des Feminismus im allgemeinen, der Gewalt im besonderen aus den Frauenkollektiven und -gruppen, in denen sie riskiert, eingeschlossen zu bleiben, nach außen zu tragen.“ (16)

### Anmerkungen

1) Carla Ravaioli, Manifesto 4. Dezember 1979.

2) Anna Forcella, Manifesto 16. November 1979.

3) Lia Cigarini, Manifesto 20. November 1979.

4) Maria Schiavio, Manifesto 18. Dezember 1979.

4a) Darunter versteht man im allgemeinen die Sitten, Werte und Normen, die wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen des Patriarchats.

5) Lia Cigarini, Manifesto 26. November 1979.

6) Luisa Muraro, Manifesto 18. November 1979.

7) Nicoletta Gandus, Manifesto 18. November 1979.

8) Lea Meladri, Manifesto 18. November 1979.

9) Juliette Travas, Manifesto 5. Dezember 1979.

9a) Unter dem sogenannten Ehrendelikt (delitto d'onore) versteht man die in unserem Strafgesetzbuch vorgesehene Verminderung der Strafe für den Fall, daß bestimmte Vergehen (Mord, Körperverletzung, Aussetzung eines Neugeborenen) von Ebrüdern, vom Bruder oder von den Eltern begangen werden, in dem Augenblicke, da sie den anderen Ehegatten, die Schwester (und nicht den Bruder!) oder die Tochter (und nicht den Sohn!) bei einer „unerlaubten sexuellen Beziehung“ ertappen und unter dem durch diese „Beleidigung der eigenen oder der Ehre der Familie“ provozierten Zorn. Es handelt sich also um eine skandalöse Diskriminierung der weiblichen Familienmitglieder im Hinblick auf ihre sexuelle Freiheit. Man bedenke, daß ein normaler Mord mit nicht weniger als 20 Jahren, ein Mord aus Ehrengründen hingegen nur mit einer Strafe zwischen drei und sieben Jahren bestraft wird!

10) Eva Celotti, Manifesto 4. Dezember 1979; nach dem heute geltenden Gesetz liegt eine Vergewaltigung erst dann vor, wenn der Vergewaltiger in die Vagina der Frau eingedrungen ist; sonst handelt es sich um den weniger streng bestraften Fall von gewaltsamer Unzuchtshandlung (atto di libidine violenta). Das erfolgte Eindringen muß jedoch vor Gericht bewiesen werden — man kann sich vorstellen, was das für die Frau bedeutet: das geht von einer detaillierten Beschreibung des Verhaltens und der „Positionen“ bis zur Beurteilung ihres vorausgegangenen Sexuallebens, das damit überhaupt nichts zu tun haben sollte. Überhaupt muß das Prinzip festgelegt werden, daß das Eindringen oder nicht Eindringen für die Verletzung der sexuellen Freiheit der Frau uninteressant ist; allein die mangelnde Zustimmung muß ausschlaggebend sein!

11) Für eine interessante und fundierte juristische Überlegung siehe Luciano Violante, *Rinascita* 2, November 1979, Nr. 42.

12) Carla Ravaioli, *Repubblica* 29. November 1979.

13) Antonio Bevere, Manifesto 20. November 1979.

14) Carla Ravaioli, Manifesto 4. Dezember 1979.

15) Vergleiche C. Ravaioli in *Repubblica* 29. November 1979.

16) Anna Forcella, Manifesto 16. November 1979.

# Man muß sich die Freiräume stehlen

(1984/2)

Um 19,00 Uhr trafen wir (Brunhilde Platzer, Margreth Stocker, Renato Mumelter) uns zum Gespräch mit Maria Grazia Barbiero und Andreina Emeri. Die eine kam gerade aus dem Parteibüro, die andere von einer Psychiatrietagung. Maria Grazia Barbiero ist seit kurzem Landessekretärin der KPI, Andreina Emeri neu gewählte Listenvertreterin der Alternativen im Südtiroler Landtag.

Von beiden wollten wir hören, was an ihrer spezifisch weiblichen Art im Politikerinnen-Alltag noch zu finden ist. Wo diese weibliche Art kompromittiert und begrenzt würde.

*Grazia:* Ja. Nein. Politik zu machen, sich zu engagieren ist eine Daseinsweise. Ich glaube nicht, daß ich zurückgehen könnte, in dem Sinn, daß ich wieder anfangen würde, desinteressiert zu sein. Ich könnte mir allerdings vorstellen, wieder zu unterrichten. Manchmal sage ich mir, wie wäre es doch angenehm, wenn ich in die Schule zurückkehren und die Politik in einer weniger aufwendigen Art betreiben könnte. Die Arbeit als Landtagsabgeordnete macht mich manchmal müde, ich hätte ab und zu Lust, alles stehen und liegen zu lassen; keine Zweifel gibt es aber darüber, daß ich eine Frau sein will, die sich engagiert, die sich ausdrücken will, die gehört werden will.

*Margreth:* Welche Risiken geht ihr damit ein?

*Andreina:* Zunächst einmal riskiert man einfach, sich aufzuessen zu lassen; das ist ein bißchen das, was Grazia gesagt hat, ich glaube, das muß man immer vor Augen haben. Das heißt: in der politischen Gruppe, in der ich arbeite, ist zum Beispiel das Thema Umweltschutz sehr aktuell. Ich meine, es ist sinnlos, nur für unsere Kinder und Enkel Umweltschutz zu betreiben, wenn wir selbst nicht imstande sind, am Sonntag auf den Berg zu gehen, weil wir immer in irgendeiner Tagung eingesperrt sind. Über kurz oder lang wird man professioneller Politiker.

**Ich will mich nicht verschlingen lassen**

was wiederum heißt, daß man nur mehr mit Leuten Kontakt hat, die selbst politisch tätig sind. Man sollte auch immer noch

*Brunhilde:* Ein Freund von mir hat erzählt, daß er als Kind schwimmen gelernt hat, indem er ins Wasser geworfen wurde; heute schwimmt er gern im tiefen Wasser. Ich habe mich langsam dem Wasser angenähert; ich wollte mich immer sicher fühlen. Heute kann ich zwar schwimmen, aber nur dort, wo ich den Grund spüren kann. Wie habt ihr euch an die Politik angenähert?

**Und jetzt schwimm, wenn du kannst**

*Andreina:* Ich habe es so gemacht wie du, stufenweise. Ich muß aber sagen, daß die letzten Wahlen eher eine Episode waren, wie sie dein Freund erlebt hat. Und jetzt schwimm, wenn du kannst! Ich hoffe, nicht zuviel Wasser zu schlucken.

*Grazia:* Auch ich habe mich sehr langsam der Politik genähert. Meine politische Bewußtwerdung ist von der sehr nahen und konkreten Realität ausgegangen, in der ich gelebt habe. Erst später hatte ich das Bedürfnis, in einer Partei den Ort zu suchen, an dem ich Kritik und Vorschläge vorbringen konnte. Später habe ich dann die Notwendigkeit verspürt, mich auch auf einer Ebene, die von der parteipolitischen getrennt war, politisch auseinanderzusetzen, nur mit Frauen und unter Frauen. Ich praktiziere diese doppelte Militanz jeden Tag und glaube, daß sie – wenn auch nicht optimal – doch notwendig ist.

*Brunhilde:* Empfindest du das Politik-machen als Verpflichtung für dich selbst, deinen Teil beizutragen? ein Mensch bleiben, der sich anhört, was die Leute sagen, wenn

er am Samstagvormittag einkaufen geht, ein Mensch, der ein normales Leben führt, der Bücher liest, ins Kino geht, ins Theater. In den 68er Jahren stand die Politik an erster Stelle, das ist eine sehr männliche Seite der Politik. Für mich ist es wichtig, auch die Freude an persönlichen Kontakten in die Politik hineinzutragen, nicht nur sympathisch zu finden, die mir politisch nahestehen.

An dem Tag, an dem ich feststellen müßte, daß diese Dinge nicht mehr da sind, würde ich die Politik aufgeben, dann hätte sie für mich keinen Sinn mehr. Ich persönlich glaube nicht an das Jenseits, ich habe keine Jahrtausende mehr vor mir, deswegen will ich ein Leben führen, in dem es ein Gleichgewicht zwischen dem Persönlichen und dem Öffentlichen gibt. Ich will mich nicht verschlingen lassen.

*Margreth:* Dieser Zwiespalt ist typisch weiblich. Egal, welchen Beruf eine Frau ausübt, sie will sich immer einen privaten Freiraum erhalten. Das steht sicher manchmal der Karriere im Weg.

*Andreina:* Um große Sachen zu machen, z.B. die Neunte von Beethoven, muß sich jemand verausgaben, ich glaube nicht, daß man sich da schonen kann, wie ich es tun will. Das ist, glaube ich, auch ein Grund dafür, daß wenige Frauen große Werke gemacht haben. Es gibt natürlich auch andere Ursachen, die Erziehung, die fehlende Bildung. Wenn ich fühlen würde, daß ich großartige Fähigkeiten hätte, dann würde ich mich vielleicht auch ganz auf etwas konzentrieren, aber da ich ganz normaler Durchschnitt bin, will ich mir am Ende meines Lebens sagen können: es war nicht übel, etwas habe ich gemacht, auf irgendeine Art habe ich eingewirkt, aber es war auch etwas, was seine Blümlein hatte, nicht nur das glatte Gestänge der Konstruktion.

*Brunhilde:* Ich arbeite acht Stunden, und manchmal habe ich das Gefühl, daß ich die Zeit, mein Gleichgewicht wiederherzustellen, nicht mehr habe. Ich kann mir vorstellen, daß euer Stundenplan sehr lang ist.

*Andreina:* Er existiert nicht. Man muß sich die Freiräume stehlen und man muß in bestimmten Dingen unbeugsam sein. Aber ich hoffe, auch in der politischen Tätigkeit wie in meiner früheren Arbeit Befriedigung zu finden, nur darf die menschliche Beziehung nicht zu einer politischen schrumpfen, denn dann bist du auch als politische Persönlichkeit erledigt, in dem Sinn nämlich, daß du eindimensional wirst.

*Brunhilde:* Darf ich Dich hier unterbrechen. Keine Partei war bisher in der Lage, den Frauen jene Hälfte an Raum zuzugestehen, den sie in der Bevölkerung einnehmen. Lange Jahre hatte die Politik sie ausgeschlossen. Nun aber öffnen die Parteien den Frauen bereitwillig die Tore. Ihr seid also reingegangen. Mich interessiert nun: Gibt es Eurer Meinung nach auch ein spezifisch weibliches in der Art und Weise, Probleme vorzubringen, anzugehen?

**Die institutionelle Politik ist eine Politik der Wörter**

*Andreina:* Das ist im weitesten Sinne ein Problem der Sprache. Die institutionelle Politik ist eine Politik der Wörter. Das bedeutet, daß jener am meisten erreicht, der das Instrument Sprache am besten beherrscht, der die Bereitschaft ...

*Margreth:* zur Rationalisierung ...

*Andreina:* am meisten zeigt. Das ist nun aber ein männliches Modell, in welchem ich mich überaus unwohl fühle. Dieses gegenseitige „Sich-zur-Schau-stellen“ (wendet sich zu Grazia). Findest Du nicht auch?

*Grazia:* Oh ja.

*Andreina:* Das sind letztlich für Männer geschaffene Plätze. Man kann feststellen, daß alle sozialen, politischen und institutionellen Beziehungen geschlechtsspezifisch ablaufen und die männliche Prägung haben. So kann die Frau immer nur Objekt, niemals Subjekt der Sache sein.

Ich glaube also, daß jenseits der Lösung frauenspezifischer Probleme auf irgendeine Art und Weise diese männliche Prägung beleuchtet ... und bekämpft werden muß.

*Brunhilde:* Ich arbeite nun aber in einer solchen Institution und möchte meiner Arbeit diese besondere weibliche Note geben, falls es sie gibt. Es bleibt für mich allerdings die Frage: Wann wir in diese Institutionen gehen, verlieren wir da nicht bereits dieses, von uns definierte, Andere, Unterschiedliche (unser besonderes Verhältnis zur Zeit, zum Körper, zur Natur)?

Gelingt es uns und wenn, auf welche Weise dort etwas zu verändern?

*Grazia:* Die Frauen haben Instrumente und Kommunikationsformen, die nicht ausschließlich auf Wörter beschränkt sind: Ausdruck, Gesten, Bewegungen ... Eine Politik der Machtkämpfe ist den Frauen fremd.

Es sind aber auch Frauen in die Politik gegangen, die sich dort als Männer benommen haben. Sie haben bewußt oder unbewußt die Unterschiedlichkeit negiert. Aber es gibt auch Frauen, die alle ihre Unterschiede und Besonderheiten in die Politik eingebracht haben. Dadurch sind dann auch Konfliktsituationen in den Parteien geschaffen worden.

Nun ... existiert eine weibliche Politik?

Ich bin, im Gegensatz zu Andreina in einer Partei tätig. Da ich in der kommunistischen Partei nicht bloß als Kommunistin, sondern auch als Frau bin, bringt dies oft Schwierigkeiten ...

*Margreth:* Was bedeutet dies ... als Frau. Denkst Du etwa während einer Parteiversammlung (mehr als mancher männliche Genosse) an Deine Tochter, an das zu kochende Abendessen, an die fehlende Milch im Kühlschrank? Ist es das?

*Grazia:* (verlegen) Ja, auch. Ich verstehe die Politik nicht als Beruf, nicht als Machtinstrument, sondern als ein Feld zur Lösung von Bedürfnissen.

Meine Bedürfnisse, die Bedürfnisse von Personen.

*Brunhilde:* Ich kenne Dich ein bißchen und nehme an, daß Dich diese, Deine Politikertätigkeit total beansprucht.

*Grazia:* Das ist nun mal meine Art zu sein. Ich versuche als Person ganz in der Politik zu sein.

*Andreina:* ... Es geht darum andere Wege zu gehen als jene der Macht. Wir haben festgestellt, daß die ausschließlich emanzipatorische Linie der Frauen eine Einbahnstraße ist, die letztlich als Ergebnis jene Frauen hervorbringt, die das männliche Modell verinnerlicht haben und am Ende doch innerlich gespalten sind ...

*Renate:* Inwieweit könnte auch bei Euch die Vermutung nahe liegen, dieses sogenannte männliche Modell verinnerlicht zu haben?

*Andreina:* Ja, das habe ich immer vor Augen. Ich glaube, daß mich die politische Tätigkeit nicht vollkommen erschöpft und vereinnahmt. Ich behalte mir immer noch Freiräume vor, ein Eigenleben ...

**Die Zeitabläufe sind durchaus männlich**

Die Arbeit als Rechtsanwältin hat mich gelehrt, sprachlich zu vermitteln. Bei den durchzuführenden Trennungen und Ehescheidungen habe ich mir immer die Zeit genommen, mit den betroffenen Frauen ihre Bedürfnisse zu klären, welche ich dann in die männliche Sprache umgesetzt habe – um die besseren Ergebnisse zu erlangen. Ja, die Rechtssprache ... eine männliche Domäne. Diese Geschwindigkeit und Spontaneität dem Gegner zu erwidern. Die Zeitabläufe sind durchaus männlich ...

*Brunhilde:* Warum sind die Zeitabläufe typisch männlich?

*Andreina:* Weil sie mehr in der Öffentlichkeit als im Privaten ablaufen. Im Privaten hast du genügend Zeit, dir eine Antwort auszudenken, wenn du etwas nicht sofort sagen kannst, dann eben zu deiner Zeit. In der Öffentlichkeit aber darfst du dir nicht erlauben, die Antwort auf den nächsten Tag zu verschleppen. Dies ist also eine Angelegenheit der Kondition, der Kraft, aber auch der Übung, der Gewohnheit. Das alles muß ich bei meiner Arbeit immerzu bedenken.

Es ist ebenso klar, daß im Landtag zu vorgegebener Zeit Anträge gestellt werden müssen ... zu Zeiten, die andere bestimmen.

*Grazia:* Nicht nur in der Politik, auch bei der Arbeit und im gesellschaftlichen Leben besteht für die Frauen die Gefahr der Ansteckung, der Übernahme fremder Verhaltensweisen. Wir Frauen müssen uns dieser Gefahr bewußt sein. Auch haben wir Frauen bereits ein Stück männlicher Kultur verinnerlicht. Also muß unser Kampf auf zwei Ebenen stattfinden.

Auch ich habe das Problem der Sprache: meine Stimme ist viel zu leise und klingt nicht bestimmt genug. Das läßt man mich oft spüren. Merken Männer schließlich, daß ich der Politik eine andere Rolle zugestehe, als üblich, wird dies nicht respektiert. Dazu möchte ich ein Beispiel machen. Diplomatische Momente sind in der Politik von größter Bedeutung. Delegationen, Repräsentationen. Meist lehne ich es ab an diesen „Treffen“ teilzunehmen, weil sie mich nicht interessieren. Studienreisen sind Studienreisen, nicht Repräsentationsreisen. Meine ich.

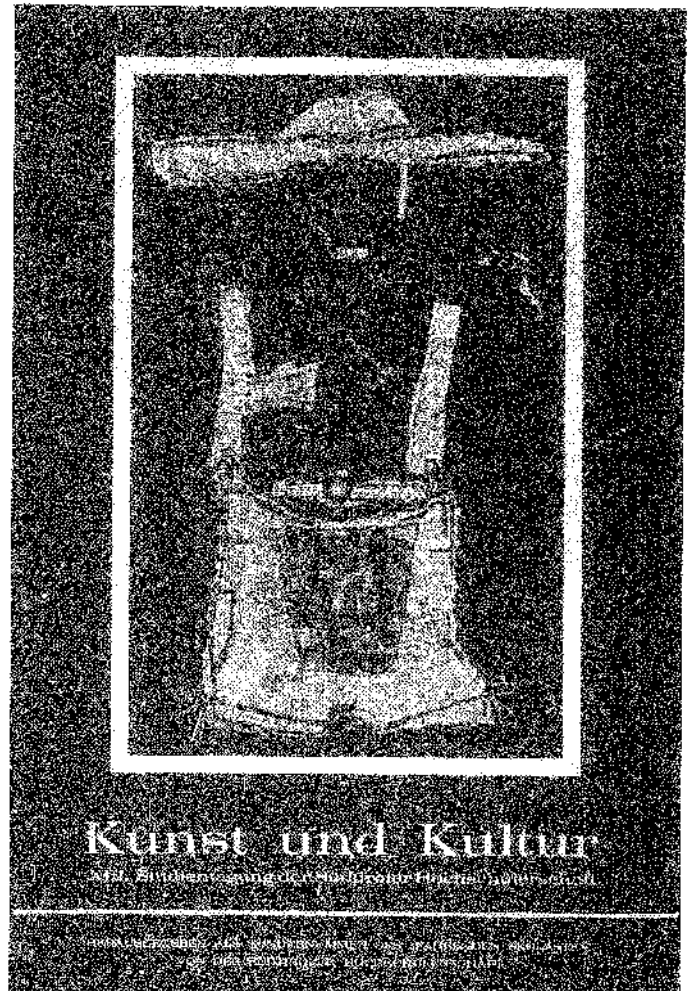
Ich bin deshalb nicht naiv, wenn ich diese Zeremonien und Riten ablehne. Wir Frauen haben eine einfachere Sprache und eine bessere Art, etwas zugänglich zu machen.

*Margreth:* Gibt es eine Gesprächsbasis zwischen Euch Frauen im Landtag?

*Andreina:* Zwischen mir und Grazia selbstverständlich. Ich glaube auch, daß man mit der Eva Klutz reden kann; vielleicht hat sie nur bestimmte Erfahrungen nicht gemacht, bestimmte Probleme nicht gefühlt. Ich glaube, die Frauen unterscheiden sich dadurch, daß sie sich nicht in einer Organisation eingrenzen lassen, ich glaube, wir haben das alle ein bißchen, daß wir die strenge politische Linie verweigern.

**Ich glaube, daß wir die strenge politische Linie verweigern.**

*Grazia:* Andreina hat zuerst gesagt, daß die Frauen die Selbstverständlichkeit der Parteilogik und der internen Logik der eigenen Partei oder Gruppierung ohne weiteres in Frage stellen können. Als ich in den Landtag gekommen bin, habe ich versucht, diese starre Logik zu durchbrechen; damals waren einige Fabriken geschlossen worden, in denen ausschließlich Frauen gearbeitet hatten, die Bohne in Prad, die Hellweg in Sartheil, die Merlet in Moran. Ich habe die Frauen der SVP gebeten, eine Untersuchung in die Wege zu leiten, die sich mit der Frau als Arbeitskraft und der damit zusammenhängenden Frauenarbeitslosigkeit befaßt. Leider war keine der Frauen bereit, eine solche Anfrage einzubringen, die Parteilogik hat die Oberhand behalten. Ich halte es nicht für unmöglich, Situationen zu finden, in denen man Dinge gemeinsam machen kann, aber ich glaube, daß wir dafür in der Lage sein müßten, aus der Handlungslogik als Parteimitglied auszubrechen.



## Boden(ständige) Kultur

Eine dokumentarische Sammlung kultureller und kulturpolitischer Artikel aus 30 Jahren »Skolast« zu erstellen, bedeutete für uns eine Auswahl aus einer Flut von Geschriebenem treffen. Denn der »Skolast« und die Studientagungsbrochüren waren, herauf bis zum Ende der siebziger Jahre, neben der Hauptaufgabe Sprachrohr einer gewerkschaftlich orientierten Studentenvertretung zu sein, auch ein wichtiges kulturelles Publikationsforum. Dies erklärt, warum unser Thema in dieser Sondernummer einen derart breiten Raum einnimmt.

Ausgewählt wurden Artikel, die sich vor allem mit der allgemeinen kulturellen Situation Südtirols auseinandersetzen. Vergeblich wird der Leser deshalb nach spezifischen Meinungen zur Literatur, Musik, Malerei oder Architektur suchen, sieht man einmal von N.C. Kasers »Brixner Rede« ab. Ebensovienig liefern wir einen Neuabdruck im »Skolast« erschienener literarischer Werke.

Inhaltlich fanden vor allem Artikel Platz, die dem offiziellen Kulturverständnis zuwiderliefen, und die erstarrte kulturelle Anschauungen zu durchbrechen suchten. Siegfried Stuffers

Auseinandersetzung mit dem Südtiroler Kulturinstitut über die Gestaltung der Meraner Hochschulwochen 1966, N.C. Kasers Rede »Zur Südtiroler Literatur der Zukunft und der letzten 20 Jahre« 1969, oder der »Offene Brief der 83« mit der Forderung nach mehr politischer Toleranz an die Adresse des Landeshauptmannes und des Assessors für Schule und Kultur 1978, um nur drei der markantesten und in der Öffentlichkeit am heftigsten diskutierten Ereignisse herauszugreifen, sind Zeugnisse dafür. Aufgenommen wurde auch die Meinung eines Dr. Karl Mitterdorfer, der 1960 auf einer Studientagung mit dem Thema »Volkstum und Kultur in Südtirol« ein Referat über den »Beitrag des Südtiroler Kulturinstitutes zur Förderung des kulturellen Lebens in Südtirol« hielt. Dieses Referat macht deutlich, von welchen Anschauungen die offizielle Kulturpolitik geleitet wird, und von welchen historischen Tatsachen sie ausgeht.

Zum Schluß sei noch angemerkt, daß diese Sammlung keineswegs den Anspruch der Repräsentativität erhebt. Zu vieles mußte aus Platzgründen ausgespart bleiben.

g.g. - h.z.

# BEITRAG DES SÜDTIROLER KULTURINSTITUTES ZUR FÖRDERUNG DES KULTURELLEN LEBENS IN SÜDTIROL

(Sondernummer zur IV. Studententagung, 1960)

Nun kann man aber über das „Leitmotiv“, das bei der Gründung des Kulturinstitutes Fate stand, nicht sprechen, ohne zumindest kurz die Situation zu beleuchten, die sich dem aufmerksamen Betrachter, nach dem Zusammenbruch der Diktatur in Italien, auf dem kulturellen Sektor in unserem Lande bot. Ja, man kann nicht umhin, einige Worte zu verlieren über die Strukturwandlung, die unsere Volksgruppe als Folge der faschistischen Gewaltpolitik erfuhr; denn gerade dieser Strukturwandel, der vielleicht allgemein nicht so sehr ins Auge springt, hat zu den Verhältnissen geführt, bzw. hat die Verhältnisse verschärft, die durch die Unterdrückung auf geistig-kulturellem Gebiet durch das nationalistisch-totalitären Regime geschaffen worden waren. Ich möchte präzisieren: der organische Aufbau, die strukturell adäquate Ordnung innerhalb einer volklichen Gemeinschaft ist entscheidend für ihre kulturelle Leistungsfähigkeit, d. h.: auf der breiten Basis, gewissermaßen auf dem Humus für höhere geistige Entwicklungen müssen all jene Schichten liegen, denen die Kulturträger und Kulturschaffenden entwachsen, bzw. die im allgemeinen Träger der kulturellen Entwicklung sind. Wie die Basis nun gewissermaßen das Rohmaterial liefert für weitere geistig-kulturelle Entwicklungen, wirken die kulturtragenden Schichten ihrerseits zurück auf die Basis. Dieses wechselseitige Verhältnis befruchtet, ja ermöglicht erst jenen geistigen Fortschritt, der der Menschheit als Aufgabe gestellt ist.

Jede Störung aber, dieser für jedes Volk wieder anders gewachsenen Ordnung, führt zu tiefen Versehrungen, deren Auswirkung in einem Nachlassen der geistig-kulturellen Schaffenskraft leicht nachweisbar ist. Und damit befinden wir uns bereits im Kern unseres Problems.

## Die Zerreißung Tirols

Mit 1918 wird eine uralte Ordnung gestört. Eine jahrhundertalte Einheit wird zerrissen. Schon allein diese Zerreißung mußte folgenswer sein, da Südtirol nun eine Einheit für sich bildet, da der Ausgleich mit den übrigen Teilen des Landes Tirol wegfällt. Bereits in den ersten Jahren erfolgt eine erste Ueberlagerung dadurch, daß eine bedeutende Zahl italienischer Beamter ins Land geschleust wird, während andererseits die Schicht der Südtiroler Beamten und öffentlichen Angestellten, darunter die gerade für das kulturelle Leben sehr bedeutsame der Lehrer, stark reduziert wird. Bereits 1919 hatten alle nicht in Südtirol geborenen Beamten das Land verlassen müssen. Die deutschen Lehrkräfte mußten sich einer Prüfung unterziehen über die Eignung zum Unterricht in der italienischen Sprache, wollten sie weiter im Dienst bleiben. Wurde die Prüfung aber bestanden, so wurden diese Leute nach dem Süden versetzt, wenn sie es nicht vorzogen, den Dienst aufzugeben. Damit aber war der ganze Stand zerschlagen und die deutsche Volks- und Mittelschule wurde zwischen 1923 und 1927 aufgelöst und durch rein italienische Schulen ersetzt.

## Strukturwandel

Vor dem ersten Weltkrieg kamen zirka 70 Prozent unserer Mittelschüler vom Lande. Nach dem zweiten Weltkrieg war das Verhältnis gerade umgekehrt. Und auch heute noch haben wir lange nicht jenes ursprüngliche Verhältnis wieder erreicht. Besonders katastrophal zeigte sich die Verteilung der akademischen Berufe zwischen den Volksgruppen. Herr Ferrari hat da auch eine Untersuchung angestellt, und zwar im Jahre 1950, und kam zu dem Ergebnis, daß das günstigste Verhältnis bei den Agrariern lag mit 50 zu 50, während es in

allen anderen Kategorien schlechter stand. Im Jahre 1956 errechnete A. Leidimsyr folgende Anteile der deutschen Bevölkerung an den akademischen Berufen, und zwar an Hand genauer Unterlagen. Bei den Aerzten 52,9%, bei den Apothekern 41,7%, bei den Anwälten 48,5%, bei den Notaren 47,6%, bei den Volkswirten 21,4%, bei den Agrariern 60%, bei den Tierärzten 54,1% und bei den Ingenieuren 21%. Das heißt also, wir waren im Jahre 1956 — und die Lage dürfte sich in der Zwischenzeit nicht wesentlich verändert haben — noch weit davon entfernt, einen unserer Anzahl an der Bevölkerung entsprechenden Anteil auch an den akademischen Berufen zu haben. Wir sind also auch heute noch weit von der Normalität entfernt. Immer noch haben wir, um z. B. eine andere Zahl zu nennen, nicht die 600 bis 650 Hochschüler erreicht, die dem auf unsere Volksgruppe umgelegten europäischen Durchschnitt entsprechen würden, ohne dabei zu beachten, daß wir darüber hinaus noch einen riesigen Nachholbedarf zu decken hätten.

Nach der Ausschaltung der deutschen staatlichen Beamten und nach deren Ersetzung durch Italiener, kam als zweiter Schlag die Schaffung der Industriezone. Der massive Zuzug aus dem Süden, der damit einsetzte, erschwerte und machte schließlich einen normalen Zustrom vom Land in die Stadt unmöglich. O. Spengler hat einmal gesagt, daß „Völker, Staaten, Politik und Religion, alle Künste, alle Wissenschaften auf einem Urphänomen menschlichen Daseins, der Stadt“, beruhen. Der Verlust der Stadt bedeutet für unser ganzes Volk eine Schädigung über deren Tragweite man sich vielleicht oft nicht ganz im klaren ist.

## Die Optionen

Der dritte Schlag kam dann mit den unglückseligen Optionen, in deren Durchführung die verbliebenen Reste einer deutschen Beamtenschaft (der Gemeinden und der halb-öffentlichen Betriebe, wie z. B. Sparkassen usw.) auch noch verschwanden. Eine Zahlenreihe mag dieses Problem der Umschichtung deutlicher machen als viele Worte, so etwa in der Landwirtschaft, die für uns als soziale Schicht am wichtigsten zählt: in der Zählung von 1910 hatten wir 87.608 Berufstätige in der Landwirtschaft, auf 137.431 Berufstätige insgesamt. Das sind also zirka 60%. Die Verhältniszahl war gesamtitalienisch etwas niedriger und also dem europäischen Durchschnitt näher gewesen. Durch die Trennung Südtirols vom Nordtirol müssen wir Südtirol nun aber für sich nehmen. Im Gegensatz zu den Erwartungen, die man vielleicht haben konnte, daß durch die industrielle Entwicklung usw. dieser Prozentsatz sich vermindern würde, hat sich bei uns eine entgegengesetzte Entwicklung ergeben, und zwar eben auf Grund des schon genannten Umschichtungsprozesses. Denn in der Volkszählung von 1929 entfielen 191.000 Berufstätige in der Landwirtschaft auf insgesamt 144.266 Berufstätige unserer Volksgruppe. Wir sind also von 60% auf 70% gestiegen. Aber damit nicht genug, der Prozeß ging weiter. Im Jahre 1951 wurden auf Grund der Unterlagen, die die allgemeine Volkszählung bot, Zahlen errechnet, aus denen hervorgeht, daß 112.200 Berufstätige in der Landwirtschaft auf insgesamt 146.260 Berufstätige unserer Volksgruppe entfallen. Das wären also fast 75%! Die ganze faschistische Italienisierungspolitik hat eben zur Folge gehabt, daß gewisse Berufskategorien einfach übersetzt wurden, andere verschwanden oder verschwanden fast. Zurückgeworfen auf die Wirtschaft mußte aber die geistige Leistungsfähigkeit leiden. Das vielleicht offensichtlichste Symptom dieser Versehrung ist, daß auch



heute noch diese Schäden vielfach gar nicht wahrgenommen werden. Wenn wir aber andererseits noch bedenken, daß die Schädigung ja nicht nur in einer einseitigen Umstrukturierung liegt, sondern vielleicht noch mehr in der Verhinderung einer normalen und deshalb entgegengesetzten Entwicklung, d. h. in einer Entwicklung, die in der Aufnahme der positiven Elemente wirtschaftlichen und geistigen Inhalts in die althergebrachte Ordnung besteht, muß uns die Folgeschwere dieser Verletzung besonders klar werden. Hier haben wir auch den ersten Ansatzpunkt zu sehen, von dem aus das Kulturinstitut seine Arbeit begann. War es doch einleuchtend, daß es erstes Bestreben sein mußte, nach dem Zusammenbruch des totalitären Regimes, zu einer strukturellen Sanierung zu gelangen, wobei dem Wiederaufbau der Intelligenzberufe größtes Augenmerk zu widmen war.

### Unterdrückung der Muttersprache

Aber noch auf einem anderen Gebiete hatte die faschistische Gewaltpolitik größte Schäden verursacht: auf dem Gebiete der Muttersprache. Wenn wir mit Professor Weißgerber der Meinung sind, daß ein vollgültiges Mitwirken und Mitschaffen am geistig-kulturellen Leben eines Volkes an die eigene Muttersprache gebunden ist, muß uns auch klar sein, daß die Unterdrückung der deutschen Schulen durch eine ganze Generation hindurch, die Verbannung der Muttersprache aus dem öffentlichen Leben trotz der vielen und opfervollen Bemühungen nicht ohne schwerste Folgen bleiben konnte. War doch, wie Herr Ferrari einmal sagte, dem Volk nur noch die Familie und das Gotteshaus geblieben als letzte Zufluchtstätte der geächteten Muttersprache.

### Verhinderte Entwicklung

Wir befinden uns in einer Entwicklungsperiode, die gekennzeichnet ist durch die Tendenz zur Auflösung bisher bestehender traditioneller Ordnungen und Bindungen. Diese Epoche, durch die Französische Revolution eingeleitet, wenn auch schon lange vorher vorbereitet, hat ungeheure Kräfte entbunden, die in den innereuropäischen Bruderkriegen dieses Jahrhunderts einen furchtbaren Ausdruck fanden. (Die Tatsache, daß solche Riesenkräfte im Geistigen ebenso wie in der Materie durch Entbindung freigesetzt werden können, gehört zu den bedeutendsten Erkenntnissen unseres Jahrhunderts.) Unser Volk hielt an der überlieferten religiös-sozialen Ordnung fest in einer ganz naturhaften Weise, die es zu größten Taten befähigte, in einer Zeit in der alle überkommene Ordnung unter dem Ansturm der „Unordnung“ zusammenzubrechen drohte. Das und nichts anderes war ja das historische Verdienst der Kämpfe von 1809. Auch heute stehen wir in einer ähnlichen Situation vor dem Ansturm der Auflösungstendenzen gegen unsere religiösen, völkischen und brauchtumsmäßigen Bindungen. Es handelt sich hier um eine allgemeine Erscheinung, in der der „Zeitgeist“ ebenso mitwirkt wie der Staat, in dem wir als Minderheit zu leben haben. Der innere Widerstand gegen die Gewalt hatte unsere Ordnung zwar geschützt, aber auch verhindert, daß die gesunden und modernen Elemente organisch in unsere überlieferte Ordnung aufgenommen wurden. Entschwindende Religiosität und mangelndes Volkstumsbewußtsein sind lediglich Symptome einer zusammenbrechenden Ordnung. Mit dem Nachlassen der Gewalt schwand auch irgendwie der Widerstandswille. Diese Ordnung — und daran festzuhalten ist ja unsere europäische Aufgabe — kann im Glauben und im Volkstum gleichermaßen tödlich getroffen werden.

Unsere Aufgabe, und hier haben wir einen weiteren Ansatzpunkt für die Arbeit des Kulturinstitutes, ist erschwert durch den vielfrontigen Angriff im politischen wie im religiösen und kulturellen Bereich. Diese Aufgabe kann nur sein, keine Vorgaben zu leisten im Sinne des Abschüttelns alter Lebenshaltungen, des Aufhebens von Positionen und Werten, andererseits aber doch das Öffnen vielleicht allzu verschlossener geistiger Haltungen um das Wertvolle der neuen geistigen Strömungen organisch in die überkommene Ordnung einzufügen. Eine wahrhaft europäische Aufgabe, die nur zu lösen ist aus den: Geiste der eigenen Kultur und in Ver-

bindung mit dem kulturellen Mutterraum. Volk und Glaube als Pfeiler der Ordnung gegenseitig verpflichtet, aber offen den positiven Elementen der Zeit.

### Südtirol als Brücke

Hier mag es vielleicht noch am Platze sein, kurz zu dem Wort der Brückenfunktion unserer Volksgruppe Stellung zu beziehen. Eine völkische Minderheit, durch lange Zeit abgetrennt vom eigenen kulturellen Mutterraum, durch Gewaltpolitik mit Schwunderscheinungen behaftet, kann eine solche Funktion nicht erfüllen; das ist meine feste Ueberzeugung. Tatsächlich wird im wesentlichen auch nur von der anderen Seite davon gesprochen und auf unserer eigentlich nur von Leuten, die dem Problem nie näher getreten sind. Immer war die Brückenfunktion zwischen Völkern und Kulturen Angelegenheit einiger weniger erlesener Geister, deren geistiges Potential über dem Durchschnitt liegt. Die Minderheit, deren tägliche Aufgabe darin besteht, sich in ihrer Eigenständigkeit gegen den überwältigenden Andruck der Kultur des Staatsvolkes zu schützen, kann zunächst nicht berufen sein, diese andere Aufgabe noch zusätzlich zu übernehmen. Das gilt vor allem für eine Volksgruppe, in der die Gewaltpolitik eines totalitären Regimes so große Schädigungen hinterlassen hat, wie es bei uns der Fall ist. Das ist auch der Grund, weshalb das Kulturinstitut zunächst seine Aufgabe ausschließlich darin sah, das kulturelle und geistige Leben in der Eigenständigkeit des eigenen Volkes und im Anschluß an dem kulturellen Mutterraum zu fördern und zu unterstützen und sich gewissermaßen verschlossen hat gegen alle für verfrüht erachteten Öffnungen nach dem romanischen Kulturraum hin. Voraussetzung für eine solche Öffnung kann nur eine starke und feste Verwurzelung in der eigenen Kultur sein, und von einer solchen Verwurzelung sind wir auch heute noch weit entfernt.

### Aufgaben des Kulturinstitutes

Durch den Pariser Vertrag hat sich auf kulturellem Gebiet die Möglichkeit ergeben, mit einiger Freiheit zu arbeiten. Es waren die deutschen Schulen wieder errichtet worden, wenn sich auch die Schwächen des neuen Systems nur allzu bald abzeichneten. Diese lagen vor allem darin, daß die Schule eine übersetzte italienische Schule blieb, und in einer ersten Zeit auch darin, daß unsere Hochschüler gezwungen waren, wollten sie ihre Studientitel anerkannt wissen, in Italien an italienischen Universitäten zu studieren. Das mußte sich vor allem für den Nachwuchs der Lehrkräfte an den deutschen höheren Mittelschulen und den Mittelschulen überhaupt auf die Dauer schlimm auswirken, darüber hinaus aber auch für den so notwendigen Anschluß an den eigenen Sprach- und Kulturraum. Eine lebensfähige deutsche Mittelschule konnte und kann auf die Dauer nicht gewährleistet sein, wenn unsere Lehrkräfte auf den italienischen Universitäten ausgebildet wurden. So war also die Frage der Situation unserer Hochschüler zunächst die vordringlichste und damit die Sicherung des Nachwuchses für den Lehrerstand in unseren deutschen Schulen. Die im Jahre 1954 erstmals durchgeführten „Meraner Hochschulwochen zur Pflege europäischen Denkens“ hatten somit einen dreifachen Zweck: einmal unserer an den italienischen Hochschulen studierenden Jugend deutsche Vorlesungen zu vermitteln; dann ihr durch Vorlesungen und durch persönliche Kontakte den dringend notwendigen Anschluß an das geistige Leben des Mutterraumes der eigenen Kultur zu vermitteln, und schließlich zum dritten den Nachweis zu erbringen, daß Südtirol noch zu Leistungen auf geistigem Gebiet fähig ist. Die Führungnahme mit Professoren und Studierenden aus dem deutschen Sprachraum sollte aber auch umgekehrt diesen Mutterraum über die Probleme unseres Landes aufklären und damit den lebendigen Strom des geistigen und kulturellen Austausches, der seit der Abtrennung Südtirols mehr oder weniger verstiegt war, wieder zum Fließen bringen. Ich glaube sagen zu können, daß diese Ziele erreicht wurden und daß die Meraner Hochschulwochen wesentlich dazu beigetragen haben, unsere Jugend einerseits, den deutschen Sprachraum andererseits miteinander zu verketten, wenn auch die erste Zielsetzung durch die später und relativ großzügig

erfolgte Anerkennung der in Oesterreich erworbenen Studientitel zum Teil überholt wurde. Grundanliegen hinsichtlich der Themenwahl der Meraner Hochschulwochen konnte nicht eine Spezialisierung sein, sondern Auseinandersetzung mit den großen geistigen Problemen unserer Zeit ganz allgemein im Sinne der abendländisch-christlichen Tradition. Auch konnte „europäisch“ bei uns nicht internationalistisch bedeuten, sondern nur den Sinn haben, unseren Beitrag zur gesamteuropäischen Aufgabe dahingehend zu leisten, daß wir aus der Isolation heraustreten, um wieder in unsern Kulturraum hineinzuwachsen, um von dort aus als vollwertige Glieder der Völkergemeinschaft teilzunehmen am geistigen Aufbau des neuen Europas.

### **Südtiroler Hochschülerschaft**

Aus der gleichen Bemühung um unsere studierende Jugend heraus bot das Kulturinstitut Hilfe bei der Gründung der „Südtiroler Hochschülerschaft“, die ja — wie Sie selbst am besten beurteilen können — in der Zwischenzeit zu selbstverantwortlicher Eigenständigkeit gewachsen ist und immer mehr in die Aufgabe, die gerade unserer studierenden Jugend zufällt, hineingewachsen ist. Weiters half das Kulturinstitut den Hochschülern bei der Errichtung ihrer „Buden“, damit sie auch an den Hochschulorten ein Stückchen Heimat haben.

### **Aufbauarbeit**

Aber das war erst der Anfang. Für jeden geistig wachen Menschen mußte es gleich auffallen, daß nach 1945 auf kulturellem Gebiete für unsere Volksgruppe die Dinge im Argen lagen. Die zu lösenden Probleme lagen, vielfach nicht gesehen, gewissermaßen auf der Straße. Man brauchte sie, ja man mußte sie nur aufgreifen. Und so wuchsen in der Folgezeit dem Kulturinstitut die Aufgaben förmlich zu. Ich möchte hier gleich betonen, daß es nicht Aufgabe des Institutes sein konnte, jene Bereiche mitzugestalten, die bereits von einer beträchtlichen Anzahl äußerst lobenswerten Einzelinitiativen aufgegriffen worden waren, wohl aber hat sich das Kulturinstitut bemüht, alle Probleme gemeinsamen Interesses mit den kulturellen Vereinigungen in engster Zusammenarbeit zu lösen.

Viele Gebiete waren noch unbetreut (und sind es zum Teil auch heute noch). Sie bedurften (und bedürfen auch weiterhin) eines gründlichen Studiums, um einen sinnvollen Neubeginn und einen gesunden Wiederaufbau zu ermöglichen. Gilt es doch, vor allem auf kulturellem Gebiet, das Steuer wieder selbst in die Hand zu nehmen, das man uns in den Jahren der Unterdrückung entrissen hatte.

Von wesentlicher Bedeutung erweist sich dabei die Bemühung um die Weiterbildung unserer Lehrkräfte an den Volks- und Mittelschulen; kann doch die Schule, solange sie nicht in die uns zustehende Eigenkompetenz des Landes übergeht, gerade weil sie noch immer „italienische Schule deutscher Sprache“ ist, nicht in allem ihre volle Aufgabe erfüllen. Daher auch die Organisation von Kursen, die sich mit den außerschulischen Aufgaben des Lehrers befassen, denn gerade diese außerschulischen Aufgaben sind für unsere Lehrer in unserer Situation von besonderer Bedeutung.

### **Kulturelle Einrichtungen**

Studententagungen gehören also zu den wichtigsten Aufgaben des Kulturinstitutes. Aber auch dort, wo das Kulturinstitut gewissermaßen nur Sauerleig ist, um Initiativen zu wecken, die dann von andern Gremien aufgegriffen und weitergeführt werden, glaube ich, erfüllt es bereits eine sehr wichtige Aufgabe. Die jährliche Vortragsreihe des Akademischen Forums möchte außerdem die Bildungsziele der Meraner Hochschulwochen auch während des Jahres im Auge behalten und im Sinne einer organisch kontinuierlichen Tätigkeit ausbauen.

In diesem Zusammenhang der Betreuung unserer Jugend im weitesten Sinne des Wortes und um den Engpaß zu überwinden, den die unserer Volksgruppe aufgezwungene Umschichtung hervorgerufen hat, hat sich das Kulturinstitut weiter bemüht, den Zufluß zu den Mittelschulen vom Lande

her wieder zu fördern durch die indirekte und direkte Mithilfe bei der Erstellung von Schülerheimen und durch die Vermittlung von Stipendien. Und das aus der Erkenntnis heraus, daß Schülerbetriebe ein hervorragendes Mittel sein können, bestehende Schwierigkeiten ökonomischer und anderer Natur zu überwinden. Das Kanonikus-Michael-Garpper-Werk, das aus dem Kulturinstitut entstanden ist, hat sich dieser spezifischen Aufgabe besonders angenommen.

Auf dem Gebiete der Pflege der Muttersprache hat sich das Kulturinstitut schon seit seiner Gründung in verschiedener Weise bemüht. Die Errichtung von Bäckereien (Jugend- und Pfarrbäckereien) auf dem Lande, einer Bibliothek in den Räumen des Institutes selbst, die Durchführung einer österreichischen Buchausstellung, die Bemühungen, durch die Presse einer breiteren Öffentlichkeit die Probleme der Muttersprache wieder näherzubringen und nicht zuletzt die Uebnahme des Theaters gehören in diesen Bereich. Gerade auf dem Gebiet des Theaters als einer „gemeinschaftsbildenden Macht“, wie es Thomas Mann einmal genannt hat, konnte an uralte Traditionen wieder angeknüpft werden. Zunächst handelte es sich allerdings nur um die Vermittlung von Gastspielen. Sehr erfreulicherweise nimmt das Interesse an diesen Aufführungen immer mehr zu, die Besucherzahl wird immer größer und gerade gute, wertvolle Stücke finden besonderen Anklang. Also das gute Wort findet nach und nach wieder Zugang zu unserem Volke.

Ein weiterer, außerordentlich wichtiger Bereich, für den sich das Kulturinstitut interessieren muß, — derzeit allerdings ist dieser Bereich noch in der Phase des Studiums — ist der Rundfunk. Eine kulturelle Autonomie ohne dieses heute vielleicht wichtigste Mittel der Verbreitung ist nicht denkbar. Der deutsche Rundfunk für unsere Volksgruppe gehört zu den dringlichsten Aufgaben, die uns gestellt sind.

Auf dem musikalischen Sektor, um auch diesen noch kurz zu berühren, hat sich das Kulturinstitut bewußt darauf beschränkt, anregend zu wirken, indem es wenige aber besonders gute Veranstaltungen selbst organisierte oder eigenen einheimischen Kräften die Möglichkeit gab, vor allem Chor- und Oratorienwerke aufzuführen. Und dieser Weg soll auch weiter beschritten werden. Darüber hinaus möchte aber das Kulturinstitut auch die Pflege der Volks- und Jugendmusik irgendwie fördern. Es ist geplant, Volksmusikurse auf dem Lande zu errichten, um die an sich sehr wertvollen musikalischen Anlagen unseres Volkes wieder mehr zu aktivieren. Auch die Chorleiterkurse in Burgais — einer läuft gerade — gehen in diese Richtung.

Und schließlich hat das Kulturinstitut auch die Verwaltung und die Betreuung der Dr.-Friedrich-Tefmann-Bücherei übernommen, die weiter ausgebaut zu einer wissenschaftlichen Bücherei, unsere Jugend anregen soll zu wissenschaftlicher Arbeit. Hat sich doch gerade hier die durch die Umstände erwirkte zwangsweise Ausrichtung auf das rein Wirtschaftliche am deutlichsten ausgewirkt. Hier müssen wir tatsächlich doch wieder allmählich den Anschluß gewinnen. Und das ist Ihre Aufgabe, Aufgabe der Studenten, der Hochschüler.

### **Kulturelle Verbindungen**

Das Kulturinstitut will anregen, vorschlagen, helfen, aufbauen in Zusammenarbeit mit allen interessierten Verbänden. Je mehr Arbeit bisher in Angriff genommen wurde, um so mehr hat sich immer wieder herausgestellt, daß wir eigentlich erst am Anfang stehen.

Besonders wichtig war — wie schon eingangs erwähnt — die Herstellung der Verbindung zu unserem kulturellen Mutterraum. Auch hier hat sich das Kulturinstitut viel Mühe gegeben, handelte es sich doch um eine doppelte Aufgabe: die Öffnung dieses Raumes unserer Jugend, aber auch die Öffnung unseres Landes mit seinen ganzen Problemen den interessierten Kreisen aus dem Mutterraum selbst. Viele Gruppen von kirchlich interessierten und qualifizierten Besuchern aus Oesterreich und Deutschland sind seit dem Bestehen des Kulturinstitutes durch Führungen und Vorträge betreut worden. Auch hier glaube ich sagen zu können, daß die Breitenwirkung eine sehr erfreuliche war.

# Kulturpolitik in Südtirol

(1962/1)

Die Redaktion der Bolognaer Zeitschrift „Il Mulino“ hat am 4. und 5. November in Bozen eine politische Studientagung abgehalten, die unter dem Leitthema „Eine Politik für Südtirol“ stand.

Das Monatsheft „Il Mulino“ wird von einer Gruppe fortschrittlich gesinnter katholischer Wissenschaftler und Intellektueller der Universität Bologna herausgegeben und hat bei mehreren Gelegenheiten versucht, sich in unvoreingenommener Weise mit der Südtiroler Frage auseinanderzusetzen, um so auch in der öffentlichen Meinung Italiens größeres Verständnis für die Nöte völkischer Minderheiten zu erwecken. Beim Treffen in Bozen bestritten der Obmann der SVP, Dr. Silvius Magnago, und die beiden Exponenten der Bozner DC, Professor Giuseppe Fariis und Frau Lidia Menapace, die Hauptreferate, während bekannte Vertreter des ausländischen und italienischen Geisteslebens und der Südtiroler Kultur und Politik teilweise sehr bedeutungsvolle Diskussionsbeiträge leisteten. Die Tagung wurde mit einem gemeinsamen Communiqué, in dem die Notwendigkeit der Gewährung einer echten Autonomie für Südtirol unterstrichen wird, abgeschlossen. Die Vorträge der Hauptreferenten und Diskussionsredner werden demnächst in einem Sammelband erscheinen.

Nachstehend veröffentlichen wir den Diskussionsbeitrag unseres Kollegen Konrad Neulichedl, der bei den Teilnehmern an der „Mulino“-Tagung großen Beifall gefunden hat.

Ueber das Thema des Verhältnisses der Südtiroler zur italienischen Kultur läßt sich streiten. Man kann darüber die verschiedensten Meinungen hören, ich möchte aber — zum Zwecke einer eigenen klareren Standortbestimmung — nur drei, in ihrer Art sehr profilierte, scharf voneinander abgehobene, herausheben: Erstens gibt es Leute, die die Meinung vertreten, daß sich eine Minderheit — eben weil sie Minderheit und somit schwächer sei — völlig von der Kultur des Staatsvolkes absondern müsse, um die Reinheit der eigenen Kultur bewahren und sich selbst behaupten zu können. Diesen Standpunkt würde ich als kulturellen Rassismus oder Kulturapartheid bezeichnen. Dann gibt es Leute, die auch in geistigen Dingen eine sogenannte Realpolitik betreiben möchten und auf Grund der Tatsache, daß wir nun einmal innerhalb des italienischen Staatsverbandes leben, nunmehr auch ein Hineinwachsen in die Kultur des Staatsvolkes, eine Assimilierung und Angleichung in Mentalität und Geistigkeit empfehlen. Man könnte diesen Standpunkt eine Art kulturellen Opportunismus nennen. Und endlich gibt es solche, die der Meinung sind, es gehe heute nicht mehr so sehr um die deutsche oder italienische Kultur, sondern um eine allgemein europäische oder schlechthin übernationale. Dieser These haften, wie mir scheint, ein nivellierendes Element an, da sie die ursprüngliche Einzigartigkeit einer jeden Kultur, und damit ihr Nicht-Austauschbares, außer acht läßt.

Im Gegensatz zu diesen drei hier skizzierten Möglichkeiten einer Kulturpolitik in einem gemischtsprachigen Gebiet glaube ich, daß es im wesentlichen um eines geht: Der Staat hat die Pflicht, der sprachlichen Minderheit alle Möglichkeiten einzuräumen, sich im „eigenen“, d. h. hier: im deutschen kulturellen Bereich auszubilden, den

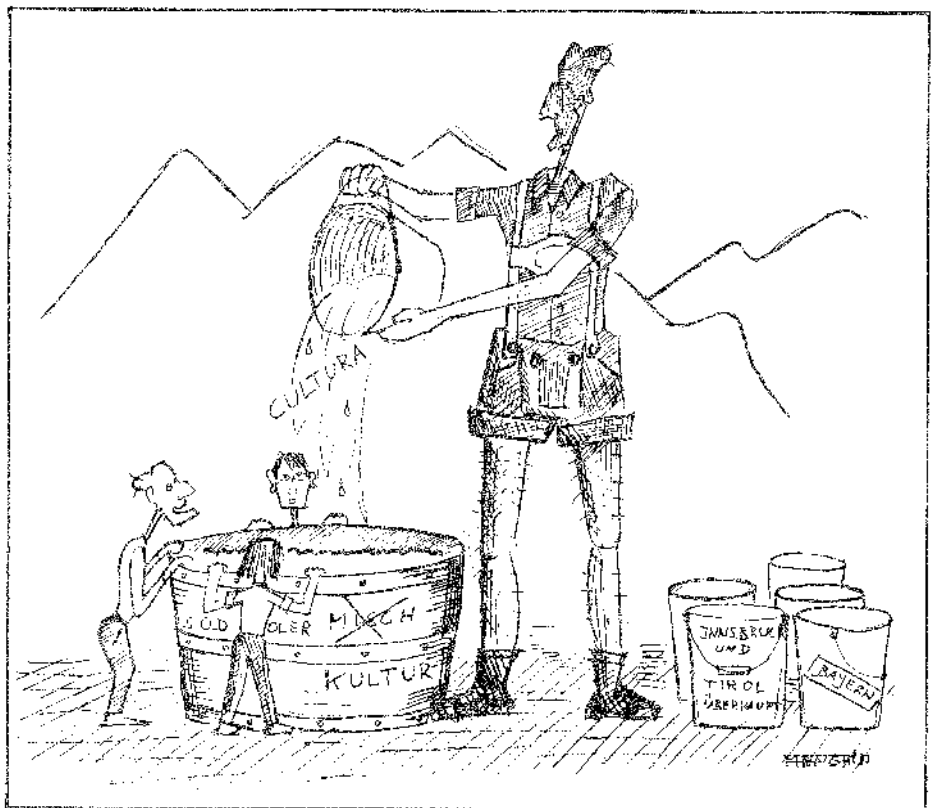
lebendigen Kontakt und Austausch mit dem sprachlichen und geistigen Mutterland (und das ist der gesamte deutsche Sprachraum) zu suchen und auszubauen. Die Minderheit hat ihrerseits die Pflicht und Aufgabe, diese Möglichkeiten voll und ganz auszuschöpfen (diesen Pflichten der Erziehung, von seiten des Staates, und der Ausbildung, von seiten der Minderheit, sind weder Staat noch Minderheit bis heute in vollem Ausmaß nachgekommen). Denn es ist doch so, daß eine wirklich fruchtbare Begegnung und ein offenes Gespräch zwischen zwei Kulturen nur dann zustande kommen kann, wenn zwei vollkommen ebenbürtige Partner da sind. Und wer also wünscht — und das tun wir alle —, daß sie zusammenkommen, sich kennenlernen, kulturellen Austausch pflegen, der muß darauf drängen, daß vorerst einmal jeder seinen eigenen Bereich, seinen eigenen geistigen Standort kennt, bevor er befähigt ist zu einer Begegnung mit dem anderen. Gefährlich für einen Staat ist nämlich gar nicht der Umstand, daß seine Minderheit in ihrer kulturellen Welt fest verwurzelt ist, sondern ganz im Gegenteil, gefährlich ist für ihn nur, wenn die Minderheit im Zustand der Halb- oder Unbildung belassen oder gar in diesen Zustand gezwungen wird. Denn dieser Zustand stellt einmal den Nährboden dar für eine Art geistigen Proletariats, das nicht mehr weiß, wo es steht und wohnen es gehört; zum andern ist die Halb- oder Unbildung immer ein Boden, auf dem politischer Fanatismus und Radikalismus stets gut gedeihen, weil geistig unermüdete und hilflose Menschen zu allem fähig sind und nun mit ihnen alles „machen“ kann (ein Beispiel dafür ist der Nationalsozialismus, der im wesentlichen — als ideologisches Phänomen —

das Produkt der Halb- oder Unbildung einiger weniger verbrecherischer Phantasten ist).

Es müßte also gerade im ureigensten Interesse des Staates liegen, die sprachliche Minderheit mit allen Kräften und Mitteln am kulturellen Leben ihres Mutterlandes teilnehmen zu lassen, um dadurch sowohl einer drohenden geistigen Proletarisierung als auch einem politischen Fanatismus den Boden zu entziehen (für beide Tendenzen gibt es in Südtirol Ansätze). Erst wenn die Minderheit zu vollem geistigen Selbstbewußtsein und kultureller Mündigkeit erwachsen ist (was nur möglich ist, wenn der Staat alles getan hat, um von sich aus diesen Prozeß zu fördern), erst dann kommt es zu einem lebendigen Austausch zwischen zwei Kulturen, innerhalb dessen im gegenseitigen Geben und Empfangen die Vielfalt und der Reichtum unserer abendländischen Welt aufleuchtet.

Denn letztes Ziel all unserer Bemühungen kann ja nicht ein auf einem kulturellen Monismus, einer Monokultur beruhendes Ideal sein, denn ein Monismus in diesem Bereich, die Gleichschaltung nach einem einzigen Prinzip, kann der Beginn des Totalitarismus sein, den wir ja — auf Grund unseres Bekenntnisses zu einer freiheitlichen Gesellschaftskultur — ablehnen; sondern unser Ziel kann nur sein ein vielgestaltiges Bild einer menschlichen Gesellschaft, in der ein Pluralismus herrscht, d. h. ein freies, gleichberechtigtes und ebenbürtiges Neben- und Miteinander von Völkern, Rassen, Kulturen, Mentalitäten. Das allein, scheint mir, garantiert auch erst ein wahrhaft demokratisches Zusammenleben der Menschen.

Konrad Neulichedl



# Südtirol im Rahmen der kulturellen Entwicklung Europas

Dr. Egmont Jenny

(Sondernummer zu X. Studientagung, 1966)

Hat Südtirol in früheren Jahrhunderten kulturelle Leistungen vollbracht, die europäische Bedeutung und europäisches Niveau haben? Die Antwort darauf ist ein entschiedenes Ja. Wir brauchen nur einige Namen in Erinnerung zu rufen, die unbedingt zur europäischen Kultur gehören: Walther von der Vogelweide, Oswald von Wolkenstein, Michael Pachser, in unseren Burgen, Anselzen und Kirchen finden wir noch heute die Zeichen eines ehemals blühenden kulturellen Lebens. Demais, also in der Welt des späten Mittelalters, war Tirol wirklich der Schnittpunkt der romanischen und germanischen Kultur und gerade deshalb zog es die aufgeschlossensten und besten Künstler an. Daneben entwickelte sich außerdem eine lebendige Volkskunst, eine echte Volksdichtung und eine Reihe von Volksbräuchen, welche bestätigen, daß dieses Land tatsächlich zu den begabtesten Landschaften Europas gehörte. Dabei ist hervorzuheben, daß gerade im südlichen Teil Tirols eine musische Atmosphäre herrschte, in der Geist, Wissenschaft und Kunst besonders gediehen.

Nach dieser erfreulichen und etwas selbstgefälligen Feststellung hinsichtlich der Vergangenheit müssen wir dieselbe Frage an unsere Gegenwart richten: wie steht es heute um unsere Kultur?

Die Antwort ist kurz und nicht erfreulich. Selbst bei wohlwollender Betrachtung stellen wir fest, daß unsere heutige Kunst und Kultur im großen und ganzen einen rein provinziellen, lokalgebundenen Charakter hat und diesen nur in einzelnen Fällen zu überschreiten vermag.

Es wird nun unsere Aufgabe sein, die jetzige Situation in ihren wesentlichen Aspekten zu erörtern, die Ursachen dieses Niedergangs so weit als möglich festzuhalten und vielleicht aus diesen Tatsachen neue Wege für eine echte kulturelle Erneuerung aufzuzeigen. Bevor ich damit beginne, muß ich allerdings nochmals den Rahmen hervorheben, in welchem Sie dieses Thema gestellt haben und wiederum eine entscheidende Frage stellen. Wie steht es heute um die kulturelle Entwicklung Europas? Als Europa betrachte ich jene humanistische Gesamtheit, die unsere Kultur entscheidend geprägt hat. Auf die derzeit bestehende Trennung zwischen Ost und West werde ich erst in einem späteren Moment eingehen.

Das Auftreten des modernen Massenmenschen hat besonders in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts und in unserer Zeit auch in der Kultur zu grundlegenden Änderungen geführt. Der heutige Massenmensch ist das Produkt der liberalen Demokratie und der technischen Entwicklung. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts war in der Tat Kultur das Privileg einer kleinen Bevölkerungsschicht, d.h. des Adels und des Bürgertums. Die große Masse des Volkes war davon ausgeschlossen. Durch die ökonomische und soziale Nivellierung sind nunmehr die Kulturreiten verschwunden und statt dessen haben wir eine Messengesellschaft, die wohl hoch zivilisiert ist, aber deren Kulturniveau relativ tief ist. Kultur ist aber weit mehr als Zivilisation, und die Entwicklung hat gezeigt, daß materieller Wohlstand und Fortschritt nicht automatisch zur Hebung des kulturellen Niveaus der Gesellschaft führen. Diese Kulturkrise hat der berühmte Nationalökonom Wilhelm Röpke in folgende Worte gekleidet: „Die Unkritischen begreifen nicht, wo den Menschen der Schuh drückt, trotz gekachelter Badezimmer, Asphaltstraßen und Fernsehapparate. Sie können nicht umhin auf Schritt und Tritt festzustellen, daß Unzufriedenheit und Unbehagen nur noch mit der Fülle der Güter zu wachsen scheinen, die auf materiellem Genuß berechnet sind und im umgekehrten Verhältnis zu dem Glück stehen, das man sich von ihnen erwartet. Aber sie sind außerstande, die tieferen Gründe dieser scheinbaren Paradoxie zu verstehen.“

Wir können also sagen, daß die jetzige Situation, die im Zeichen des materiellen Überflusses und des technischen Kultes steht, große Gefahren für die echte Kultur in sich birgt. Die größte davon ist, daß die sogenannten Technokraten, die Spezialisten mit Hilfe ihrer technischen Instrumente und der modernen Massenmedien von oben herab eine Abart von Kultur diktieren, die auf einer sturen Gleichschaltung und bedingungslosen Unterwerfung des Einzelnen beruht. Wir sehen und erleben es täglich, wie die freie Entfaltung der Persönlichkeit durch die wachsende Abhängigkeit und Gleichschaltungstendenzen der modernen Industriegesellschaft immer mehr eingeeengt und gefährdet sind. Am deutlichsten zeigt sich dies in der politischen Meinungsbildung, die heute durch den enormen Einfluß einer geschickten Werbetechnik in gefährlicher Weise von kleinen Schichten manipuliert werden kann.

Dieser gefährlichen Entwicklung können wir erfolgreich entgegenzutreten, wenn wir zwei Grundbedingungen erfüllen.

Die erste lautet: **Bildung der Masse.**

Damit soll in jedem Einzelnen der Sinn für das Individuelle geweckt werden. Der Massenmensch muß das erreichen und gestalten, was früher auf die Elite beschränkt war: Erziehung, zuchtvolle Gestaltung des Lebens und Denkens, kritisches Unterscheidungsvermögen. Diese Forderungen sind keine Utopie. Schon der Philosoph Karl Jaspers sagt, daß nur das bleibt, was von den Massen aufgenommen wird.

Die zweite Grundbedingung für eine echte Kulturentfaltung ist die **Freiheit**. In einer wahrhaft freien Gesellschaft muß die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und sein Recht auf Kritik und Negation gewahrt bleiben. Es darf keine unfehlbaren Autoritäten und Tabus geben. Diese Freiheit ist heute weder im Osten noch im Westen vorhanden. Bei uns im Westen verwechselt man oft Freiheit mit Wohlstand. Dabei muß man betonen, daß auch brutale Diktatur, in der die Freiheit unterdrückt ist, Wohlstand geben kann. Beispiele haben wir in den letzten Jahrzehnten selber erlebt.

Im Osten dagegen wird die Freiheit durch die Existenz eines Dogmas, das durch eine besondere Klasse von bevorzugten Funktionären verwaltet wird, praktisch außer Kraft gesetzt. Es ist dies eine Erklärung, warum besonders im Osten die kulturellen Leistungen mäßig sind und warum man versucht, diese durch technische Leistungen zu ersetzen. Verständlich ist auch, daß vor allem die Künstler im Osten den Kampf um die Freiheit wagen und vorantragen. Für sie handelt es sich um die Voraussetzung für ihr Wirken. Die Aktualität dieses Geschehens beweist uns die kürzlich stattgefundenen gerichtliche Aburteilung von Sinjowski und Daniel.

Als beste Definition für den Begriff Freiheit möchte ich einen Ausspruch des modernen italienischen Dichters Ignazio Silone bezeichnen, der auf einer Rußlandreise von der Direktorin eines Staatsverlages nach dem Begriff der Freiheit befragt wurde. Er sagte wörtlich: „Die Freiheit ist die Möglichkeit zu zweifeln, die Möglichkeit sich zu irren, zu suchen und zu experimentieren, ist die Möglichkeit jeder Autorität, sei es nun eine literarische, künstlerische, philosophische, religiöse, soziale oder sogar politische Autorität mit einem Nein zu antworten.“ Diese Definition ist sicherlich eine der besten, die ich bisher gehört habe. Bezeichnenderweise wird sie nicht nur in den kommunistischen Staaten des Ostens abgelehnt (die Direktorin des Staatsverlages antwortete dem Dichter Silone: das ist ja kontra-revolutionär), sondern findet auch in so manchen Gesellschaftsformen des Westens, nicht zuletzt in Südtirol sehr wenig Verständnis und Gegenliebe.

Tatsache ist, daß die Bildung der Masse, die notwendig ist, um den Menschen von der Verfassung zu retten, nur im Zeichen eines neuen Humanismus und im Zuge einer echten Gesellschaftsreform möglich ist. Das ist eines der großen Ziele des Sozialismus, der deshalb heute seinen entscheidenden Kampf gegen die konservativen Kräfte von Rechts und Links führt.

Kehren wir nun nach diesem Rahmengespräch zum speziellen Gegenstand unserer Betrachtungen zurück: Südtirol. Wir haben gesagt, daß dieses Land nach einer stolzen kulturellen Vergangenheit nun beinahe zum geistigen Nötstandgebiet geworden ist. An dieser Entwicklung sind natürlich die Zerreißung des Landes im Jahre 1918, die Abtrennung vom kulturellen Mutterland Österreich und die unenschliche Assimilationspolitik der faschistischen und auch demokratischen italienischen Regierungen schuld. Jahrzehntlang hat man versucht, in der Fiktion des Nationalstaates die Südtiroler durch die Zerstörung ihrer Sprache und ihrer Kultur zum Verschwinden zu bringen. Erst vor kurzem hat der deutsche Philosoph Karl Jaspers in einem Zeitungsinterview dies hervorgehoben und gebrandmarkt. Ich möchte vor Ihnen diese Worte wiederholen: „In Südtirol sehe ich einen durch nationalstaatlichen Souveränitäts- und Assimilationswillen bedingten Prozeß, welcher eine nationale Sprach- und Kultureinheit, die an sich keinen politischen Charakter hat, mit indirekten Maßnahmen zu schwächen trachtet und zwangsmäßig zum Verschwinden bringen will. . . Ich bin der Meinung, daß eine radikale Abkehr von der Idee der Macht und der Souveränität, die im Nationalstaat verwurzelt ist, ein Beitrag zur Sicherung des Friedens darstellen würde.“

Es sei hinzugefügt, daß eine kleine völkische Minderheit kaum

die Kräfte für eine wirkliche kulturelle Gestaltung ihres Lebens besitzt, sie braucht die Anlehnung und die Hilfe aus dem großen Raum, zu dem sie kulturell gehört. Umso schwieriger ist ihre Entfaltung, wenn der Staat, in dem sie nunmehr lebt, sie in ihren kulturellen Bestrebungen ständig behindert. Was z.B. beim Radio und Fernsehen in Bozen geschieht, kann nur unser berechtigtes Mißtrauen erwecken. Hier betreibt man nichts anderes als eine gefahrte Sabotage der kulturellen Entwicklung unserer Heimat.

Trotz all dieser Faktoren, die nicht von uns abhängen und sich negativ auf uns auswirken, gibt uns heute unsere bescheidene Teilautonomie die Möglichkeit zur Gestaltung und Durchführung einer Kulturpolitik, die wesentlich unser gesamtes Land beeinflußt. Nun fragen wir uns: Wer macht diese Kulturpolitik, wer prägt sie, wie paßt diese Kulturpolitik in den geschilderten großen europäischen Rahmen? Insbesondere fragen wir uns: Bildet sie die Massen, respektiert sie die Freiheit, wahrt sie also jene zwei Grundprinzipien, welche für die Gestaltung wahrer Kultur im Zeitalter des Massenmenschen notwendig sind?

Auf diese entscheidenden Frage muß ich mit einem entschiedenen Nein antworten. Was meiner Ansicht nach die Kulturpolitik in Südtirol bestimmt und kennzeichnet, ist der extreme Konservatismus. Man rechtfertigt diesen Konservatismus mit der Notwendigkeit des nationalen Abwehrkampfes um die Erhaltung der Volksgruppe. Ich behaupte, daß dies eine wissenschaftliche Lüge ist. Mit einer solchen Kulturpolitik schwächt man nur die österreichische Minderheit in Italien. Was man in Wirklichkeit unter der Tarnung nationaler Parolen erhalten will und es nicht offen auszusprechen wagt, ist das Bildungsmonopol, das einige konservative Gruppen, darunter besonders die klerikalen Kräfte, in Südtirol noch innehaben. Was man erhalten will, sind jene Machtpositionen im sogenannten kulturellen Leben der Volksgruppe, die sich politisch auswirken und bezahlt machen. Man könnte bemerken, daß man durch diese konservative Haltung der typischen Verfassungsgefahr des modernen Menschen antgehen möchte. Ein Blick auf die Südtiroler-Realität zeigt uns, daß dies nicht der Fall ist. Wir haben in Südtirol bereits den allerdings konservativ geprägten Massenmenschen mit seinem Konformismus, seiner zivilisatorischen Sattheit, seinem materielle begründetem Selbstbewußtsein, seiner Borniertheit, die in diesem speziellen Fall noch eine besondere nationale Note erhält. Im übrigen ist der Südtiroler Massenmensch sehr leicht manipulierbar, unkritisch und deshalb ein sehr dankbares politisches Objekt. Ich habe im Frühjahr dieses Jahres im Landtag gewisse offizielle Einstellungen zur Kultur als „Lederhosenkultur“ gebrandmarkt. Es gab eine scharfe Reaktion. Man hat versucht, mit falschen Darstellungen und Beschimpfungen diese Feststellung von mir abzuwenden. In der Tat habe ich damit sagen wollen, daß man Folklore und Brautumpflüge nicht als einzige förderungswürdige Kulturform in Südtirol propagieren soll. Erst kürzlich habe ich erfahren, daß unser zuständiger Kulturassessor der sogenannten Landkultur eine sogenannte Volkskultur gegenüber stellt. Will man hier endlich zugeben, daß es auch in Südtirol aufgeschlossene Gruppen gibt, für die Kultur mehr ist als Traditionspflege. In keiner Weise will ich, wie mir vorgeworfen wird, Trachten-, Musikkapellen-, Schützenvereine abwerten; sie gehören zu uns und verdienen erhalten zu werden. Es wäre jedoch eine fatale, in unserer Situation lebensgefährliche Verkennung des echten kulturellen Lebens, wollten wir uns damit zufrieden geben. Ich fürchte vielmehr, daß die Herren, die heute unsere Kultur prägen wollen, sich auf die Folklore beschränken, weil sie diese als politisch ungefährlich betrachten und weil sie jeder geistigen Öffnung aus selbstsüchtigen Gründen mißtrauen. Das zeigt sich sehr deutlich in den Beziehungen, die unsere „Kulturträger“ zum kulturellen Mutterraum unterhalten. Immer wieder pocht man bei allen Gelegenheiten auf diese innigen Verbindungen zur österreichischen und deutschen Kultur, aber was man darunter in der Praxis versteht, ist ein Teilaspekt oder eine Karikatur dieser Kultur. Man sieht davon bewußt nur einen Ausschnitt, man lehnt und ignoriert jegliche andere Ideologie entschieden ab, man verschanzte sich wenn nötig hinter religiösen Fragen und Dogmen, man lehnt entschieden eine kulturelle Offenheit, wie sie heutzutage in der gebildeten Schicht Deutschlands und Österreichs selbstverständlich ist, ab. Man sperrt sich also in kulturellen Dingen in ein selbstgewähltes Ghetto ein, das keineswegs zur Stärkung der Kultur der Südtiroler beiträgt, sondern uns als Käfig in unserer geistigen Leistungsfähigkeit und Würdigkeit behindert.

Typisch dafür scheint hier eine kleine Geschichte zu sein, die ich erst vor wenigen Wochen erfahren habe. Anlässlich des 150. Jubiläums der Tiroler Freiheitskämpfe sollte mit Unterstützung maßgebender Kreise des Landes Südtirol ein Film über Leben und Wirken

Andreas Hofers gedreht werden. Man beauftragte damit einen namhaften Südtiroler Regisseur. Doch die Drehbücher, die dieser vorlegte, wurden von unseren „Kulturpäpsten“ alle verworfen. Sie waren ihnen zu wenig tirolerisch, auch wenn sie den geschichtlichen Tatsachen entsprachen. So lehnte man es entschieden ab, daß z.B. die Gestalt des Verteidigers Andreas Hofers in Mantua, des italienischen Rechtsanwaltes, der „sogar noch ein Jude war“, überhaupt vorkommt. Es kam deshalb nicht zu diesem Film. Die hier geschilderten Vorkommnisse zeigen Ihnen, wie sehr bei uns bereits die echten Maßstäbe für die Kultur verschüttet und verfälscht sind. Deshalb erschöpft sich bei uns die Bildung der breiten Öffentlichkeit in der Produktion von Schlagworten und emotionalen Slogans, wie z.B. Glaube und Heimat. Jede Kritik an solchen oberflächlichen Parolen wird dann als kulturschädigend angesehen. Dazu kommt das in Südtirol besonders auffällige Versagen der Massenmedien. Die Presse ist praktisch in einer Hand konzentriert. Sie vertritt ausschließlich konservativ-klerikale Interessen. Niemand hat diese Presse eine objektive Informationspflicht erfüllt. Viele Meldungen werden einfach ignoriert oder unterschlagen; alles wird aus einem parteiischen Interesse gesehen, das vor allem für die Erhaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Status quo in Südtirol eintritt. Deshalb wirkt es geradezu ironisch, wenn unsere Tagespresse, die sich katholisch nennt, mit einer absolut unchristlichen Intoleranz jeden Andersdenkenden entweder ignoriert oder heftig attackiert, somit jeden Pluralismus der Meinungen ablehnt. Damit wird ein Obskurantismus vertreten, der einer Negation der Kultur gleichkommt.

Noch schlimmer ist die Situation beim Radio und Fernsehen. Dort sind die Südtiroler nur als billige Statisten und Zaungäste geduldet. Sie haben keine Möglichkeit über den Inhalt und die Gestaltung des Programms ein Wort mitzureden. Eine konservative italienische Führung versperrt jeglichen Zugang und betrachtet weiterhin diese Massenmedien als wirksame Instrumente für eine Italianisierung der Südtiroler. Man hat sich allerdings durch Konzessionen an bestimmte klerikale Kreise Südtirols etwas abgesichert und dafür erreicht, daß die Kritik und der Widerstand der Südtiroler Öffentlichkeit gegen eine solche schwerwiegende und auf die Dauer unmögliche einseitige Beherrschung der Massenmedien eingeschlafen ist. Was sich im Fernsehen tut, erinnert geradezu an die Zeiten totalitärer Regime. Unsummen von Geld werden hinausgeworfen, damit den Südtirolern das Recht auf den Empfang eines ausländischen Fernsehens geleugnet werden kann. Auch hier bewährt sich bereits das Zusammengehen der konservativen Kräfte beider Volksgruppen, die den Südtirolern ein minderwertiges, parteipolitisch ihnen höriges Fernsehen als echte Information und Kultur bieten wollen.

Aus all dem geht hervor, daß auch das zweite Postulat der Freiheit, sowie es Silone zitiert hat, bei uns keineswegs gegeben ist.

Diese Einschränkung einer echten kulturellen Freiheit, welche der aufgeschlossene Südtiroler Tag für Tag bemängelt, zeigt sich schon deutlich in der Tatsache, daß nicht nur die kulturellen Veranstaltungen von einem mit öffentlichen Geldern geförderten Privatverein organisiert werden, sondern daß dieser Privatverein die gesamte begabte Förderung- und Stipendienregelung für die Südtiroler in seiner Hand hat. Das Südtiroler Kulturinstitut kann darin schalten und walten wie es will und ist deshalb als Privatverein niemandem Rechenschaft schuldig. Sowa ist natürlich eine schwere Beeinträchtigung der kulturellen Freiheit. Die konservativen Kräfte bedienen sich auch auf diesem Sektor aller Mittel, um ihre Machtposition zu halten und besonders die Bildung der Massen ausschließlich zu ihren Zwecken einzuschränken und zu steuern.

Bezeichnend dafür sind die Worte, die der Kulturassessor Doktor Zelger zu Beginn dieser Tagung zu ihnen gesagt hat: „Aus der Defensive werden wir zur kulturellen Offensive schreiten müssen, wo dann der uns angeborene kritische und maßvolle Geist zu unterscheiden haben wird, was an Neuerungen für die Existenz unseres Volkes zuträglich ist und wo die Grenzen des Halts zu setzen sind.“ In diesen Aussagen bestätigt sich der Wille zu einer kulturfeindlichen überheblichen Einschränkung der kulturellen Freiheit der Südtiroler.

Abschließend möchte ich hervorheben, daß infolge der immer noch schwierigen Lage und der vielen ungelösten Probleme der Südtiroler Volksgruppe unsere Schwäche auf kulturellem Gebiet richtig eingeschätzt und erkannt werden muß. Weil wir immer noch um unsere Existenz als völkische Minderheit ringen müssen, dürfen wir nicht die Bedeutung eines echten kulturellen Fortschritts unterschätzen. Wir dürfen nicht in eine geistige Isolierung kom-

men, die auf die Dauer viel gefährlicher wäre als die politische. Wir müssen nicht Mauern errichten, sondern Mauern einreißen. Wir Südtiroler und besonders die studierende Schicht haben alles Interesse daran, daß man die Grenzen überwindet und daß man neue Formen für eine internationale Kulturgemeinschaft findet. Das ist jene kulturelle Offensive, die ich als Sozialdemokrat Ihnen empfehle und die nicht von lokalen kleinen „Kulturpöpaten“ gelenkt und eingeschränkt werden soll.

Im echten Kontakt zur modernen Welt und den verschiedenen

Formen der Kunst kann Südtirol wieder jenen kulturellen Geist finden, der einst diese Landschaft ausgezeichnet hat. In dieser Entwicklung sehe auch ich die Möglichkeit, immer mehr jene Kräfte unterschieden zurückzuweisen, die nicht Instände sind, über die Vorstellung des Nationalstaates hinauszudenken. Diese kulturelle Aufgabe muß vor allem von der Jugend übernommen und getragen werden. Es ist selbstverständlich, daß die akademische Jugend Südtirols dazu einen ganz entscheidenden Beitrag leisten kann.

## Südtiroler Hochschülerschaft - Meraner Hochschulwochen (1966/3-4)

Nachdem der lahrende Skolastikus ein militant geworden, nachdem Schädel an Schädel geraten, nachdem ein enfant terrible die Köpfe erhitzt, erachte ich es als die schlechteste Information, jene Dokumente vorzulegen, die Ursache des Streites waren. Zugleich habe ich die Kollegen Zanon, Stuffer und einen Vertreter des Südtiroler Kulturinstitutes eingeladen, einige Bemerkungen dazu zu verfassen. Der letztgenannte hat den Vorschlag abgelehnt. Außerdem veröffentliche ich den Bericht des Studentreferenten Joachim Bonell. Er schrieb die Darstellung der Krise der SH nicht für den Skolasten, sondern auf die Aufforderung des Abgeordneten Herrn Dr. Karl Mitterdorfer hin, der im April an einer Versammlung der SH Rom teilnahm, als privates Promemoria für Abg. Mitterdorfer. Da der Bericht sehr sachlich und objektiv gehalten ist, erlaube ich mir, ihn zu veröffentlichen. Ich selbst will nur folgende kurze Anmerkungen anfügen:

1. Der Vorstand der SH konnte auf den Entschluß des Südtiroler Kulturinstitutes, es wolle mit Siegfried Stuffer nicht mehr verhandeln, nicht eingehen. Kollege Stuffer hatte sich nicht nur sehr für die SH engagiert (Skolast 1966 — Wegweiser für Maturanten 1966 — Vorschläge zu den Meraner Hochschulwochen), sondern er war auch bereit, schriftlich sich über den Ton seiner Vorschläge beim Südtiroler Kulturinstitut zu entschuldigen. So war es selbstverständlich, daß ihm der kollegiale Beistand des Vorstandes zugesprochen wurde — im vollen Bewußtsein seines „hochigen“ modus procedendi in Sachen Meraner Hochschulwochen. (Immerhin ist festzustellen, daß er nur Vorschläge einreichen wollte, die Grundlage für weitere Diskussionen sein sollten und nicht ausgewogene diplomatische Dokumente.) Ja, ich erachte es geradezu als Verpflichtung für eine Körperschaft, ein legitimiert abgeordnetes Mitglied in seiner funktionellen Stellung — nicht als Anerkennung seines gesamten Handelns — zu schützen. (Vgl.: Der Schweizerische Bundesrat lehnte es kürzlich ab, dem Begehren des Volkes nachzukommen, Bundesrat Chaudet wegen massiver Fehler, die er in der Mirageaffäre begangen hatte, den Rücktritt anzukündigen, mit der Begründung, daß sie eine Kollegialbehörde sei.)

2. Als dann am 8. April d. J. die Kollegen Zanon und Lurnwalder gegen den Willen des Vorstandes endgültig zurückgetreten waren und Heinz Zanon nicht nur die Geschäftsführung nicht weiterführen wollte, sondern auch die Vorbereitung einer Vollversammlung verweigerte (seine Absicht der Einberufung einer Vollversammlung erfüllen wir erst am nächsten Tag aus der Zeitung!), nahm ich die Wahl zum Präsidenten nur an, weil ich überzeugt war, daß sich ein Mittelweg finden lasse, der für alle annehmbar wäre.

Kollege Bonell und ich machten folgenden Vorschlag:

- a) Siegfried Stuffer entschuldigt sich schriftlich beim Südtiroler Kulturinstitut über den Ton seiner Vorschläge.
- b) Er verhandelt in Zukunft gemeinsam mit dem Präsidenten mit dem Südtiroler Kulturinstitut.
- c) Wir ändern die Vorschläge im Vorstand inhaltlich und formal nach Ermessen ab.

Als Voraussetzung für die Gespräche mit dem Südtiroler Kulturinstitut sollte die Mitarbeit der SH bei den Meraner Hochschulwochen wieder in Aussicht gestellt werden.

Dies wurde angenommen, die Vorschläge wurden abgeändert und ich versuchte sofort am 9. April, dann am 19. April zusammen mit Armin Waldthaler, mit Vertretern des Südtiroler Kulturinstitutes ins Gespräch zu kommen. Am 22. April war ich mit Gerlinde Floreschy zu einer Sitzung des Südtiroler Kulturinstitutes eingeladen und brachte unseren Vermittlungsvorschlag wieder auf Verhandlungen über die Meraner Hochschulwochen einlassen.

Nachdem sich der Mittelweg als versperrt erwiesen hatte — nicht zuletzt weil durch unsachliche Nachrichten z. B. in den „Dolomiten“ Sperrfeuer gegen den Vorstand abgeschossen worden waren — hielten wir es, wie bekannt, für das Beste, in einer außerordentlichen Vollversammlung die Mitglieder der SH über das Vorgefallene zu informieren und u. a. die Stellung der Südtiroler Hochschülerschaft zu anderen institutionellen grundsätzlich zu klären.

Felix Zeiger, Präsident ad interim und Pressereferent.

### Heinz Zanon

Ich soll mich zur gegenwärtigen Krise im Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft äußern. Ich werde dabei versuchen, kurz und klar zu sein.

Entscheidend ist aller Streit um eine Reihe von Vorschlägen zu den Meraner Hochschulwochen, die Kollege Stuffer an das Südtiroler Kulturinstitut geschickt hat, die aber dann von diesem als in der Form unannehmbar an uns zurückgestellt wurden. Nun versucht Kollege Stuffer diese Tatsache so hinzustellen, als hätte das Kulturinstitut und ich, da ich ihm nicht voll unterstützt hätte, den Inhalt seiner durchwegs sehr vernünftigen und

durchaus vertretbaren Vorschläge abgelehnt. Das entspricht nicht der Wahrheit. Der Inhalt, ich betone, der Inhalt war sowohl vom Kulturinstitut als von mir voll und ganz anerkannt worden; wenn es trotz dieser Übereinstimmung in der Substanz zu keiner reibungslosen Zusammenarbeit mit dem Kulturinstitut kommen konnte, so liegt das an der wohl heftigen Form, in die Kollege Stuffer seine — gültigen — Vorschläge gekleidet hatte. Ich darf hier nur beispielsweise einige Zitate aus Stuffers „Vorschläge zu einer Regelung der Zusammenarbeit Südtiroler Kulturinstitut-Südtiroler Hochschülerschaft in Sache Meraner Hochschulwochen“ bringen. „Das Kulturinstitut nimmt sich der Vorschläge an und berücksichtigt sie bei der Planung. Falls ein Vor-

schlag vom Kulturinstitut nicht angenommen werden kann, begründet das Kulturinstitut dies gegenüber dem Vorstand und dem Kulturreferenten der Hochschülerschaft schriftlich innerhalb eines angemessenen Zeitraumes“. „Sollte es im Lauf des Jahres einmal vorkommen, daß die Hochschülerschaft oder ihre Vertreter aus Gründen der Interesslosigkeit von dem Recht der Beteiligung, wie es in diesem Programm der Zusammenarbeit aufscheint, nicht Gebrauch macht, so verbindet dies im weiteren das Kulturinstitut keineswegs von der Erfüllung der festgesetzten Regelung.“ „Die Finanzierung der Veranstaltungen der Südtiroler Hochschülerschaft (= Hochschulabend) gehen dem Südtiroler Kulturinstitut als Träger und Organisator der Hochschul-

wochen zu Lasten.“ „Das Kulturinstitut kann hinsichtlich des Programmes selbst Einwände erheben oder Änderungsvorschläge machen. Dieser Einspruch darf, auch was die finanzielle Deckung betrifft, keinen Vetocharakter annehmen. Die letzte Entscheidung liegt beim Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft.“ So hätte das, im Interesse der Sache selbst, nicht gemacht werden dürfen. Man kann eben nicht mit einem riesigen Blumenstrauß für die Dame des Hauses und in Lederhosen zu einer Party erscheinen.

Wenn nun Kollege Stuffer, um beim komischen Beispiel zu bleiben, mit Heftigkeit seinen Blumenstrauß schwenkt und hofft, damit von der Lederhose abzukommen, so ist das eben durch und durch Ablenkung, ja Demagogie.

Mitunter behauptet dann Kollege Stuffer auch, die von ihm angewandte Form und den von ihm angeschlagenen Tonfall deshalb gewählt zu haben, um etwas zu erreichen; meistens fügt er dann noch hinzu, es sei ein Beweis dafür, wie hartnäckige Festung das Kulturinstitut sei, wenn er nicht einmal damit etwas erreichen habe können. Auch der Beweis hinkt. Was Kollege Stuffer mit viel Mühe und Schärfe nicht erreicht hat, das hätte ein anderer, der das Kulturinstitut nicht als auszuwählende Festung gesehen hätte, mit einer Spur von Charme und ohne jeglichen Kraftaufwand erreicht. Jetzt also behaupten zu wollen, wir seien vom Südtiroler Kulturinstitut nicht genügend unabhängig, ist also nichts anderes als eine wohlklingende Ausrede für eigenes Versagen.

Dies alles natürlich immer unter der Voraussetzung, daß Kollege Stuffer im guten Glauben gehandelt haben sollte...

Heinz Zanon

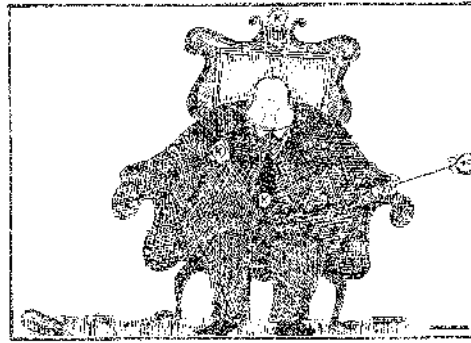
## Siegfried Stuffer

In der ersten Phase (nach meiner Beratung mit dem Kulturreferat) der Kontaktaufnahme mit dem Südtiroler Kulturinstitut bemühte ich mich, um im Sinne der Resolution der Vollversammlung und des in mir gesetzten Vertrauens ein günstiges Ergebnis meiner Arbeit zu erzielen, um die Schaffung der demokratischen und sachlichen Voraussetzungen zu einem ernsten und fruchtbaren Gespräch mit dieser Institution über die Meraner Hochschulwochen. Müßte ich doch voriges Jahr erleben, daß ich als einziger Vertreter der Hochschülerschaft gegenüber 10 bis 15 Herren des Kulturinstitutes praktisch keinen Stand hatte und meine Vorschläge nicht wirkungsvoll vorbringen konnte.

Die Position eines selbständigen, vorbereiteten und auch in der Materie versierten Partners in den Verhandlungen mit dem Südtiroler Kulturinstitut erschien mir als selbstverständlich, wollte das uns öfters zugesicherte Mitspracherecht ernst gemeint sein und zog man außerdem noch unsere Mitarbeit und unsere Rolle bei allen Meraner Hochschulwochen durch 10 Jahre in Betracht.

Es stellte sich aber, so interpretierte ich die Haltung und die Vorgangsweise unseres Gesprächspartners, bald heraus, daß dieser Wille zu einem offenen und vorbehaltlosen Gespräch nicht vorhanden war. Man stellte ganz klare Forderungen; wer von unserer Seite an der Aussprache teilnehmen dürfte; man wollte mir keinen

Mann zugestehen, der, was meine Vorschläge betrifft, auf meiner Linie wäre und mich technisch und praktisch unterstützen könnte; man beantwortete mir meine diesbezüglichen Briefe; man versuchte, meine Kollegen (den Präsidenten und den Altpräsidenten) gegen mich zu beeinflussen; diese fielen mir auch verschiedentlich in den Rücken.



Schließlich gelang es doch, eine Aussprache unter Bedingungen, die für mich im obigen Sinne akzeptabel waren, herbeizuführen.

Meine Vorschläge wurden auf dieser Sitzung dem Schab nach positiv bewertet; man hat mich, diese schriftlich einzureichen. Sie würden dann, nach interner Beratung, in einer weiteren Sitzung weiterbehandelt.

Die Vorschläge wurden dann dem Kulturinstitut am 21. Januar 1966 schriftlich übergeben. Ich hörte im weiteren nichts mehr. Am 2. Februar sandte das Kulturinstitut dem Präsidenten die Vorschläge zurück und begründete deren Ablehnung in dem unten abgedruckten eingeschriebenen Schreiben. Am 4. Februar beantwortete der Präsident dieses Schreiben. (Auch unten abgedruckt). Am 25. Februar versuchten Zanon und Durwalder, mich durch Vorstandsbeschuß aus meinem Amt auszuschalten, ohne daß sie das Schreiben erwähnten. Erst die Vertrauensabstimmung, die mit 5 zu 1 bei einer Enthaltung zu meinen Gunsten ausfiel, bewog den Präsidenten, das Schreiben des Kulturinstitutes vorzuzeigen. Auf sein eigenes Schreiben bin ich erst vor einiger Zeit durch Zufall gestoßen. Ich habe in meinem Rücktrittsschreiben schon angeführt, daß der Präsident das Ergebnis der Abstimmung nicht zur Kenntnis nehmen wollte, im Gegenteil: im Protokoll der Sitzung gab er an, daß er die Lage als stillschweigendes Mandat auffaßte, die ganze Angelegenheit an sich zu ziehen. Damit schaltete er mich praktisch aus. Dies und der Brief des Präsidenten vom 4. Februar 1966 bewogen mich am 26. März zu meinem Rücktritt vom Kulturreferat.

In der Vorstandssitzung vom 4. April 1966 faßte der Vorstand eine Resolution, in der er sich auf Grund des Vorgefallenen für neuer von den Meraner Hochschulwochen distanzierte. Vorher mußte ich versprechen, daß ich bei Annahme der Resolution meinen Rücktritt zurücknehmen würde. Das tat ich auch. Deswegen war eigentlich die folgende Abstimmung über meinen Rücktritt überflüssig.

Als Folge dieses Abstimmungsergebnisses traten der Präsident Heinz Zanon und der Altpräsident Alois Durwalder vom Amt und Mandat zurück, obwohl sie von allen gebeten wurden, von diesem Schritt abzusehen.

Im folgenden nun meine Vorschläge zu den Meraner Hochschulwochen und die zwei wichtigen Briefe.

Siegfried Stuffer  
Kulturreferent

## Joachim Bonell

Memoria zum Rücktritt des Präsidenten der SH Heinz Zanon und des Altpräsidenten Alois Durwalder sowie zur Wahl von Josef Zeiger zum neuen Präsidenten der SH

### a) Ursprung der Krise

In der Vorstandssitzung vom 25. Februar 1966 wurde der Vorstand von seiten des Präsidenten Zanon erstmals über den „Fall“ Stuffer unterrichtet. Der Vorstand erfuhr vom Präsidenten, daß der Kulturreferent Stuffer anlässlich der zusammen mit dem Präsidenten, Altpräsidenten und Pressereferenten aufgenommenen Verhandlungen mit dem Kulturinstitut über die Mitarbeit der SH an der Gestaltung der Meraner Hochschulwochen, seine Kompetenzen überschritten hatte. Nach zwei grundsätzlich sehr positiv verlaufenen Verhandlungen mit dem Südtiroler Kulturinstitut hatte Stuffer, darum vom Kulturinstitut gebeten, seine als Kulturreferent vorgebrachten Vorschläge zum Verhandlungsthema schriftlich ausgearbeitet und dem Kulturinstitut zugesandt. Dies ohne Wissen des Vorstandes und ohne Einverständnis des Präsidenten. Stuffer hatte aber darüberhinaus seine Vorschläge in einer Form aufgebaut, die vom Kulturinstitut als untragbar angesehen wurde und dieses veranlaßte, energisch dagegen Stellung zu nehmen. Der Vorstand war sich darüber einig, daß Stuffer den Vorstand von seinem Schritt hätte unterrichten sollen, denn es steht dem Vorstand allein zu, über wichtige Schritte der einzelnen Referenten nicht nur unterrichtet zu werden, sondern auch darüber zu befinden. Unglücklicherweise war aber Stuffer bei jener Vormittagsitzung nicht anwesend. Trotzdem sprach der Vorstand sein Bedauern über diesen Zwischenfall aus, war sich aber einig, daß Stuffer sobald als möglich persönlich vor dem Vorstand dazu Stellung nehmen sollte: erst danach wollte der Vorstand endgültig die Sache bereinigen. Am Nachmittag war Stuffer bei der Fortsetzung der Sitzung anwesend und sofort wurde er veranlaßt, zum erwähnten Fehler Stellung zu nehmen. Stuffer führte als Erklärung die technischen Schwierigkeiten an, die ihn daran gehindert hätten, den gesamten Vorstand über seine Schritte zu unterrichten und eine Aussprache darüber herbeizuführen. Keine böswillige Absicht habe also dahintergesteckt, trotzdem entschuldigte sich aber Stuffer dem Vorstand gegenüber, ob seines Verhaltens. Der Vorstand nahm davon mit Befriedigung Kenntnis, sprach Stuffer mit 5:1 Stimmen das Vertrauen aus und wollte daraufhin, da die subjektiven Aspekte der Angelegenheit geklärt schienen, endlich zur Substanz (der Ausarbeitung der Vorschläge Stuffers) übergehen. Da zeigte der Präsident aber überraschend einen Brief des Präsidenten des Kulturinstitutes Dr. Fritz Egger, in dem dieser weitere Verhandlungen mit der SH nur unter der Voraussetzung in Aussicht stellte, daß der Kulturreferent Stuffer nicht mehr für die SH mitspreche. Angesichts dieser Lage erklärte sich der Präsident außerstande, in seinem Amt zu verbleiben, wenn der Vorstand bei seiner Vertrauensabstimmung für Stuffer (der seinen Fehler eingesehen hatte) beharre. Er, der Präsident, sehe diesen Vertrauensbeweis für Stuffer als eine Frontstellung (!!) des Vorstandes dem Kulturinstitut gegenüber an und da



er eine solche kategorisch ablehne, solle sich der Vorstand entscheiden entweder für das Vertrauen Stuffer gegenüber oder für das Verbleiben des Präsidenten in seinem Amt. Beides sei für ihn absolut unvereinbar. Dagegen erhob der Vorstand entschiedenen Einwand und verlangte vom Präsidenten, er solle erklären, warum er das Vertrauen für Stuffer (bzw. die nicht erfolgte Liquidierung) des Vorstandes als Frontstellung dem Südtiroler Kulturinstitut gegenüber ansehe. Der Präsident entgegnete nur, daß dies angesichts der Haltung des Kulturinstitutes, nur ohne Stuffer weiter mit der SH zu verhandeln, doch eindeutig sei. Die Mehrheit des Vorstandes sprach sich dagegen aber energisch aus, denn sie sah das Vergehen Stuffers vor allem als eine interne Angelegenheit des Vorstandes an, die nach ihrer intern erfolgten Bereinigung durch die Entschuldigung Stuffers doch unmöglich zu einer Frontstellung des Vorstandes dem Kulturinstitut führen konnte. Der Präsident beharrte aber auf seinem Standpunkt, hüllte sich in Schweigen und erklärte am Ende der Sitzung nur, er werde sich die Sache überlegen.

#### b) Der Ausbruch der Krise im vollsten Umfang

Den einzelnen Vorstandsmitgliedern wurde im März ein Schreiben zugesandt, das das Protokoll der erwähnten Sitzung hätte darstellen sollen. In diesem „Protokoll“ erklärte aber der Präsident, er habe das Schweigen (!) des Vorstandes zum Falle Stuffer als stillschweigendes Mandat aufgefaßt, eigenmächtig die Angelegenheit klären zu können und Stuffer dadurch faktisch auszuschalten. Daraufhin reichte Stuffer sein Rücktrittsgesuch ein, aus Protest gegen das unverständliche Verhalten des Präsidenten. — Der Vorstand befaßte sich in seiner nächsten Sitzung am 5. April 1966 mit der neuen Lage. Der Präsident gab loyal zu, ein unmögliches Protokoll verfaßt zu haben, beharrte aber im übrigen weiterhin auf seinem Standpunkt: entweder nimmt der Vorstand den Rücktritt Stuffers an oder er selber reiche den Rücktritt ein. Dieser Haltung schloß sich auch Altpräsident Durnwalder an. Der Vorstand nahm mit Bestürzung von dieser Lage Kenntnis und bemühte sich, den auf der Hand liegenden Kompromiß zu finden, um den drohenden Ausbruch einer offenen Krise sofort zu vermeiden. Mit 5:4 Stimmen wurde folgender Entschluß gefaßt: Stuffer entschuldigt sich schriftlich beim Kulturinstitut für sein Verhalten, stellt richtig, daß es auf keinen Fall böswillig geschehen ist, der Vorstand arbeitet endgültig die umstrittenen Vorschläge aus, bzw. um, der Präsident versucht darauf das leider unterbrochene Gespräch mit dem Kultur-

institut aufzunehmen; sollte das Kulturinstitut aber auch unter diesen neuen Umständen nicht bereit sein, mit Stuffer zu verhandeln, muß der Vorstand notgedrungen das Gespräch mit dem Kulturinstitut über die Meraner Hochschulwochen für heuer als festgefahren ansehen. Auch in einem solchen Falle, den der Vorstand natürlich unter allen Umständen verhindern will, soll dies aber keinesfalls bedeuten, daß der Vorstand dem Kulturinstitut gegenüber etwa eine „Frontstellung“ einnehmen wolle, sondern er wird unbedingt versuchen, im nächsten Jahre den vorübergehend verlorengegangenen Faden wieder aufzunehmen. Auf Grund dieses Beschlusses zog Stuffer seinen Rücktritt zurück, als Beweis, daß auch er zu einer sofortigen Lösung der Schwierigkeiten beitragen wolle. Der Präsident und der Altpräsident nahmen aber nicht nur von der Kompromißbereitschaft keine Kenntnis, sondern reichten unverzüglich ihren Rücktritt „auf Grund der neuen Richtung (!) im Vorstande“ ein. Einstimmig lehnte der Vorstand diese Rücktrittsgesuche ab, da er einfach nicht einsehen konnte, worin denn diese „neue Richtung“ bestehe. Es war doch nur versucht worden, alles ehrlich zu bereinigen, ohne aber von gewissen Prinzipien abzuweichen, wie vor allem von der Notwendigkeit eines trotz aufgetretener Schwierigkeiten offenen, ehrlichen, freundschaftlichen Verhältnisses dem Kulturinstitut gegenüber. Aber obwohl der Vorstand einstimmig den Rücktritt des Präsidenten, bzw. Altpräsidenten abgelehnt hatte, und folglich unter keinen Umständen bereit war (wie es aber die beiden öfters verlangten (!)), einen neuen Präsidenten zu wählen, bestanden beide auf ihrem Rücktritt und verließen die Sitzung, ohne daß der Präsident seiner unverweigerlichen Pflicht nachgekommen wäre, die Sitzung so oder so zu schließen (!!).

#### c) Die notgedrungene Lösung der Krise

Welche Auswege aus der nunmehr entstandenen Lage blieben dem Vorstand offen? Rechtlich nur zwei: entweder geschlossen als Organ zurückzutreten und eine außerordentliche Vollversammlung einzuberufen oder sich laut Art. 25 der Wahlstatuten durch den bei der letzten Vorstandswahl nächststrangierenden Kandidaten zu ergänzen, einen neuen Präsidenten zu wählen, um die ordentlichen Geschäfte bis zur nächsten ordentlichen Vollversammlung weiterführen zu können, um zu vermeiden, daß die vorstandsinterne Krise in eine Krise des gesamten Vorstandes innerhalb der SH ausarte, mit all den schwerwiegenden und — wie immer man zur Sache steht — bedauerlichen Folgen. Welche Gründe haben den Vor-

stand bewegen, nach langer Diskussion den zweiten Weg zu wählen und Pepi Zelger zum neuen Präsidenten zu wählen? Gegen den Rücktritt des Vorstandes und die Einberufung der außerordentlichen Vollversammlung sprach vor allem die Tatsache, daß der Rücktritt des Präsidenten und Altpräsidenten trotz einstimmiger Ablehnung des Vorstandes stattgefunden hat. Weiters, daß angesichts des Zeitpunktes der Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung schier unüberwindbare Hindernisse im Wege stehen wann? mit welcher Beteiligung von seiten der Hochschüler, die alle auf ihrem Studienort mitten in Prüfungsorgen stecken? Für die Wahl des neuen Präsidenten sprach vor allem die Tatsache, daß die Statuten sowie die Wahlordnung zwar den Fall nicht vorsehen, ihn aber folglich auch nicht ausschließen. Der einzige „Krisenartikel“ ist der Art. 25, der für den Fall des Rücktrittes eines Vorstandes die Ergänzung ipso iure vorsieht. Das ist auch geschehen. Der Präsident wird vom Vorstand gewählt. Das ist auch so gemacht worden. Was die Bestätigung von seiten der Vollversammlung anlangt, war ihre rechtliche Tragweite schon unter der alten Wahlordnung, die diese tatsächlich vorsah, nicht eindeutig; auf jeden Fall ist sie aber in der seit 22. Dezember 1965 in Kraft getretenen Wahlordnung nicht mehr vorgesehen. Die nächste Vollversammlung wird deshalb zusammen mit dem Vorstand auch den neugewählten Präsidenten entlasten oder auch nicht; diese Tatsache hat aber auf die eindeutige Legalität der Wahl Zelfgers keinen Einfluß: sie betrifft ausschließlich die ordnungsgemäße Entlastung des Vorstandes (Präsidenten) am Ende eines ordentlichen Geschäftsjahres. Von diesen rechtlichen Erwägungen abgesehen, hat aber vor allem die Überzeugung den Vorstand dazu gebracht, diese Lösung für die Krise zu finden, daß ihre Gründe der Ursprung der Schwierigkeiten nicht nur in unglaublichem Maße verstellt und verzerrt worden ist, sondern daß dieselben mit gutem Willen leicht hätten sofort auf kollegiale Weise überwunden werden können. Der Vorstand sieht auch trotz all dem bedauerlicherweise Geschehenen die konkrete Möglichkeit, die Lage baldmöglichst zu normalisieren, bzw. in das rechte (sachliche) Licht zu rücken. Was den eigentlichen Zankapfel anlangt (Beziehungen der SH zum Kulturinstitut auf Grund des Falles Stuffer) ist der Vorstand vollkommen überzeugt, daß alles im Grunde nur ein technischer Zwischenfall war, der bedauerlicherweise zu solchen Mißverständnissen Anlaß gegeben hat, der aber objektiv und sachlich betrachtet, auf keinen Fall eine „neue Richtung“, bzw. Haltung der SH, bzw. des Vorstandes symbolisiert oder heraufbeschworen hat. Die SH betrachtet sich nach wie vor als eine Vereinigung aller Südtiroler Hochschüler, die auf keinen Fall politisch mißbraucht werden will und wird. Da dies von seiten der einen Richtung (z. B. Kulturinstitut) nicht versucht wird, wird dies die SH erst recht nicht von seiten der anderen Richtung gestatten. Dieser einfache, aber ernstgemeinte Standpunkt wird nicht nur von der überwältigenden Mehrheit der Südtiroler Hochschüler geteilt, sondern ihn auszuführen und durchzuführen, soll und wird Aufgabe des Vorstandes sowie des Präsidenten Pepi Zelger sein. Diese Tatsache sollte doch die vergangene Krise des Vorstandes endgültig in ihr rechtes Licht rücken.

Referent für Studentitelerkennung  
Jochim Bonell



## Vorschläge zu einer Regelung der Zusammenarbeit Südtiroler Kulturinstitut—Südtiroler Hochschülerschaft in Sachen Meraner Hochschulwochen

In Ausführung der von der Vollversammlung der SH 1965 beschlossenen Motion „Die Vollversammlung der Südtiroler Hochschülerschaft beauftragt den neuen Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft bei der Gestaltung der Meraner Hochschulwochen das Mitspracherecht der SH geltend zu machen“ (nach Protokoll — gez. Josef Zelger) und zur zukünftigen Information der mit diesen Fragen Beauftragten der SE, die für diese wegweisend sein soll, schlagen wir vor:

### I. Gestaltung und Programmierung

#### 1. Vorbereitende Phase

1. Am Ende der Hochschulwochen ist eine Diskussion zu veranstalten, in der Hochschulüber die abgehaltenen Wochen diskutieren und Vorschläge zu Themen machen, die für andere Jahre in Frage kommen könnten.
2. Die Hochschülerschaft kann bis zu einem gewissen Termin (Ende November—Weihnachten) Vorschläge, Wünsche und Anregungen zur Programmierung und Gestaltung der nächsten Hochschulwochen unterbreiten. Diese Vorschläge, Wünsche, Anregungen usw. werden von den Studenten vorerst dem Vorstand, bzw. dem Kulturreferenten der Südtiroler Hochschülerschaft vorgelegt, von diesen geprüft und schließlich dem Südtiroler Kulturinstitut weitergeleitet.
3. Das Kulturinstitut nimmt sich der Vorschläge an und berücksichtigt sie bei der Planung. Falls ein Vorschlag vom Kulturinstitut nicht angenommen werden kann, begründet das Kulturinstitut dies gegenüber dem Vorstand und dem Kulturreferenten der Hochschülerschaft schriftlich innerhalb eines angemessenen Zeitraumes.

#### II. Studium der Ausarbeitung des Programmes

1. Die Hochschülerschaft hat das Recht, an allen wichtigen Sitzungen und Besprechungen über die Programmierung und Gestaltung der Hochschulwochen durch Vertreter teilzunehmen. Die Vertreter sind Vorstandsmitglieder und vom Vorstand delegierte Mitglieder der Hochschülerschaft. Die Zahl der Vertreter soll beschränkt bleiben, darf aber auch nicht zu klein sein.
2. Die schriftliche Einladung zu den Sitzungen und Besprechungen muß rechtzeitig erfolgen, so daß die Hochschülerschaft in der Lage ist, die geeigneten Vertreter zu benachrichtigen.
3. Wichtige Unterlagen, wie provisorische Konzepte, vorläufige Programme sind der Hochschülerschaft eine Woche (wenigstens) vor der entsprechenden Sitzung zuzustellen, damit diese in der Lage ist, sich entsprechend vorzubereiten.
4. Die bei diesen Sitzungen und Besprechungen von den Vertretern der SH vorgebrachten Vorschläge, Einwände und Stellungnahmen müssen diskutiert werden. Das Protokoll dieser Sitzungen, in dem die Beiträge der Hochschülerschaft und ihre Behandlung aufscheinen, ist nach Wunsch der Hochschülerschaft zugänglich zu machen.
5. Sollte es im Laufe der Jahre einmal vorkommen, daß die Hochschülerschaft oder ihre Vertreter aus Gründen der Interesslosigkeit von dem Recht der Beteiligung, wie es in diesem Programm der Zusammenarbeit aufscheint, nicht Gebrauch macht, so erbindet dies im weiteren das Kulturinstitut keineswegs von der Erfüllung der festgesetzten Regelung.

#### III. Der Hochschülerabend

1. Der aus bisher von Jahr zu Jahr zugestandene Hochschülerabend wird als eine feststehende Institution in die Meraner Hochschulwochen aufgenommen. Darüberhinaus wird der Hochschülerschaft auch der dieser Abendveranstaltung vorhergehende Nachmittags oder ein anderer Nachmittags zugestanden, so daß sie in der Lage ist, eine Randveranstaltung (Forumdiskussion, Vorträge von Hochschülern oder Südtiroler Jungakademikern usw.) zu organisieren. Diese beiden Veranstaltungen werden als Eigenveranstaltungen der Südtiroler Hochschülerschaft in das offizielle Programm aufgenommen.
2. Zusätzlich kann die Südtiroler Hochschülerschaft von Zeit zu Zeit eine Ausstellung junger Künstler im Rahmen der Meraner Hochschulwochen organisieren.
3. Die Finanzierung der Veranstaltungen der Hochschülerschaft gehen dem Südtiroler Kulturinstitut als Träger und Organisator der Hochschulwochen zu Lasten.
4. Die Hochschülerschaft verpflichtet sich, das Programm ihrer Veranstaltungen dem Kulturinstitut innerhalb eines gewissen Termins (Mai—Pfingsten) bekanntzugeben. Außerdem muß sie einen groben Vorschlag der Kosten dieser Veranstaltungen vorlegen.
5. Falls die Kosten dem Kulturinstitut als zu hoch erscheinen, kann es mit Begründung einen Höchstbetrag ihrer Beteiligung festsetzen.
6. Das Kulturinstitut kann hinsichtlich des Programmes selbst Einwände erheben oder Änderungsvorschläge machen. Dieser Einspruch darf, auch was die finanzielle Deckung betrifft, keinen veto-Charakter annehmen. Die letzte Entscheidung liegt beim Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft; dieser übernimmt auch für die Hochschülerveranstaltungen die volle Verantwortung.

#### Vorschläge in organisatorischer Hinsicht zu den Meraner Hochschulwochen

Die Meraner Hochschulwochen sind für uns in erster Linie eine Stätte der geistigen Begegnung zwischen dem, was „draußen“ ist und uns. Wir möchten dort die Information und die Anregungen bekommen, die wir benötigen, um uns in fruchtbarer Weise auseinanderzusetzen zu können. Im Wettbewerb und in der Auseinandersetzung der eigenen Güter und der eigenen Anschauungen mit denen der näheren und weiteren Umgebung sehen wir die Möglichkeit, uns geistig und akademisch zu betätigen. Diese Bildung soll in Meran angestrebt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll folgendes Grundsätzliche vorausgeschickt werden:

1. Die Hochschulwochen sollen in echter Weise europäisch und international werden, schon um den Untertitel, den sie tragen, zu bestätigen. Dazu ist es nötig, wenigstens ein Viertel der Vortragenden Professoren oder Dozenten aus dem nicht-deutschsprachigen Kulturraum zu bestellen. Es kommen natürlich nur Referenten in Betracht, die in der Lage sind, ihr Thema in deutscher Sprache vorzutragen. Es lassen sich viele Wissenschaftler finden, die diese Fähigkeit aufweisen.
2. Bei der Auswahl der Professoren für die entsprechenden Referate soll nicht die ideologische Farbe oder Bildung dieser Herren den Ausschlag geben, sondern die Zuständigkeit und Authentizität zum Thema. Die verschiedenen Meinungen und Thesen sollen möglichst vielseitig — also pluralistisch vorgebracht werden. Die Vielfalt der Geisteswelt soll durch die Vielfalt der Per-

sönlichkeiten dargestellt sein, die in diesem Falle Träger oder Vertreter der wichtigsten in der Gegenwart vertretenen Theorien und Standpunkte sind.

3. So soll jeweils für die Hochschulwochen ein zentrales, aktuelles und interessantes Thema gewählt werden (z. B. Die moderne Gesellschaft — Kulturpolitik heute — Physik und Metaphysik in der heutigen Zeit), das dann im Laufe der Wochen von den verschiedensten Seiten her beleuchtet wird. Damit ergibt sich Einheitlichkeit, Übersicht, echte Information, Aktualität usw.
4. Die Referenten müssen nicht alle Professoren sein. Es können durchaus auch fähige Dozenten, wie überhaupt Künstler, Regisseure, Schriftsteller, seriöse Journalisten usw. sein. Junge Dozenten haben oft viel Elan und sind morgen Träger der Wissenschaft. Vorteil: sie sind durchaus leichter zu engagieren als Professoren.
5. Auch ein junger Südtiroler soll nach Möglichkeit für jedes Jahr zu einem Vortrag verpflichtet werden. (Oder überhaupt ein Südtiroler.)
6. Alljährlich soll bei den Meraner Hochschulwochen zum Thema auch eine Forumdiskussion abgehalten werden. Dabei sind die diskutierenden Professoren so zu wählen, daß sie verschiedene Standpunkte oder auch verschiedene Perspektiven zum Thema vertreten. (Z. B. Naturwissenschaftler, Philosoph usw.)
7. Die Vorlesungen sollen in lockerer Form abfolgen. Die Abendvorträge sind zu reduzieren und andere Veranstaltungen an ihre Stelle zu setzen. (Z. B. Filmdiskussionen, Dichtervorlesungen, sonstige musische Veranstaltungen.) Der Teilnehmer soll nicht das Gefühl haben, daß er als Kulturkonsument angesehen wird, sondern die Folge der verschiedenen Veranstaltungen muß so gehalten sein, daß Abwechslung besteht und der Teilnehmer keineswegs ermüdet wird. Auch soll er das Gefühl haben, daß man ihn durchwegs geistig erleben will, das herbstliche Meran zu erleben. Vorträge müssen verdaulich und diskutiert werden. Meran soll neben dem Geistigen auch Natur und Muße bieten! Ein paar Nachmittage sind frei zu geben, so daß die Teilnehmer kleine Ausflüge in die Umgebung machen können.

#### Unsere Vorschläge zu einzelorganisatorischen Fragen

1. Die Südtiroler, besonders die junge Generation, müssen auf breiterer Basis möglichst zahlreich für die Meraner Hochschulwochen angesprochen werden. Wir denken auch an andere Kreise, mit denen ein Kontakt für uns Studenten sehr nützlich wäre (z. B. Lehrer, Künstler, geistig Bege). Diese sind bewußt anzusprechen und zu beteiligen. (Andere Veranstaltungen zu gleicher Zeit sollen möglichst verschoben werden.) Vorteile: Leute der Erfahrung, der Praxis kommen mit Studenten zusammen.
2. Der Einladung wird ein Willkommensprospekt (Blatt, Broschüre) beigelegt. Ein netter, geistreicher Text in ansprechender graphischer Aufmachung (Zeichnungen) soll für Meran werben. Darauf muß auch ein einfacher Stadtplan sein, auf dem die wichtigsten Örtlichkeiten für den Teilnehmer der Hochschulwochen verzeichnet sind. Weiters werden wichtige und schöne Spazierwege und Ausflugsziele vorgeschlagen. Möglichst detaillierte Angaben sind zu machen, so daß der Prospekt als kleiner Führer für den Teilnehmer gelten kann. Auch sonstige Veranstaltungen sind anzugeben. Als Miteinladende zeichnen die Südtiroler Hochschüler. Auch auf den Buden in den verschiedenen Hochschulorten werden solche Broschüren aufgelegt. (Man kann eventuell ein Blatt mit einer kurzen Programmübersicht — das Interessanteste der kommenden Hochschulwochen — einlegen.)
3. Außerdem sollen in den Buden auch Anmeldeformulare aufliegen. In den Skolosten wird für die Hochschulwochen geworben. Das Wesentliche und Besondere der jeweiligen Hochschulwochen muß rechtzeitig aufgezeigt werden. Auch Neueinführungen und Höhepunkte sind anzugeben.
4. Ein Empfangsdienst durch Hochschüler muß in Meran am Ankunftstag organisiert werden.
5. An den Hochschulorten soll durch Auflegen der Broschüre, durch Auflegen der Anmeldeformulare intensiv geworben werden. Die Hochschülerschaft bittet die Verbindungsmänner, das Werbeplakat in den Buden gut sichtbar aufzuhängen.
6. Ein mit den jeweiligen Hochschulwochen Vertrauter spricht über diese und ladet die Hochschüler ein — möglichst kurz bei Vollversammlungen zu machen.
7. Dem Einladungsschreiben des Kulturinstitutes an die Hochschüler wird ein Rundschreiben des Vorstandes, Kulturreferenten oder Präsidenten beigelegt. Darin muß auf die Mitarbeit des Vorstandes der SH hingewiesen werden.

#### Ausländer

1. Südtiroler Hochschüler müssen in die Lage versetzt werden, interessierte ausländische Kommilitonen auf die Hochschulwochen aufmerksam zu machen und deren Anmeldung beim Südtiroler Kulturinstitut in die Wege zu leiten.
2. Die Anmeldungen müssen im Sekretariat des Südtiroler Kulturinstitutes erfolgen.
3. An den deutschsprachigen Universitäten sollen in den Aulen gut sichtbare Plakate der Hochschulwochen möglichst frühzeitig ausgehängt werden. Um eine wirkungsvolle Platzierung zu sichern, ist die Organisation der Hochschülerschaft einzuschalten.
4. Oesterreichischen und deutschen Kulturinstituten in Europa sowie den germanistischen Instituten der wichtigsten Universitäten in Europa soll das Plakat der Meraner Hochschulwochen geschickt werden. In einem beiliegenden Schreiben sollen sie kurz über die Meraner Hochschulwochen informiert werden. Der Zweck ist, ein kleineres Kontingent von deutschsprachigen Studenten aus nicht deutschsprachigen Ländern nach Meran zu bekommen, was die Interessanz und die Anregungsmöglichkeiten steigert. Außerdem wäre dies eine echte europäische Initiative.

#### Kost

Die Essensmarken werden pro Woche vergeben. Auf der Essenskarte soll der Name angeführt werden. Falls die zwei Küchen weiter bleiben und man die Leute wegen des unterschiedlichen Essens alternieren will (was sonst auch zu empfehlen ist, da man die Möglichkeit haben soll, alle Teilnehmer kennenzulernen und sich dies am leichtesten beim Essen ergibt), muß das einfach im Druck der Marken aufscheinen.

#### Unterkunft

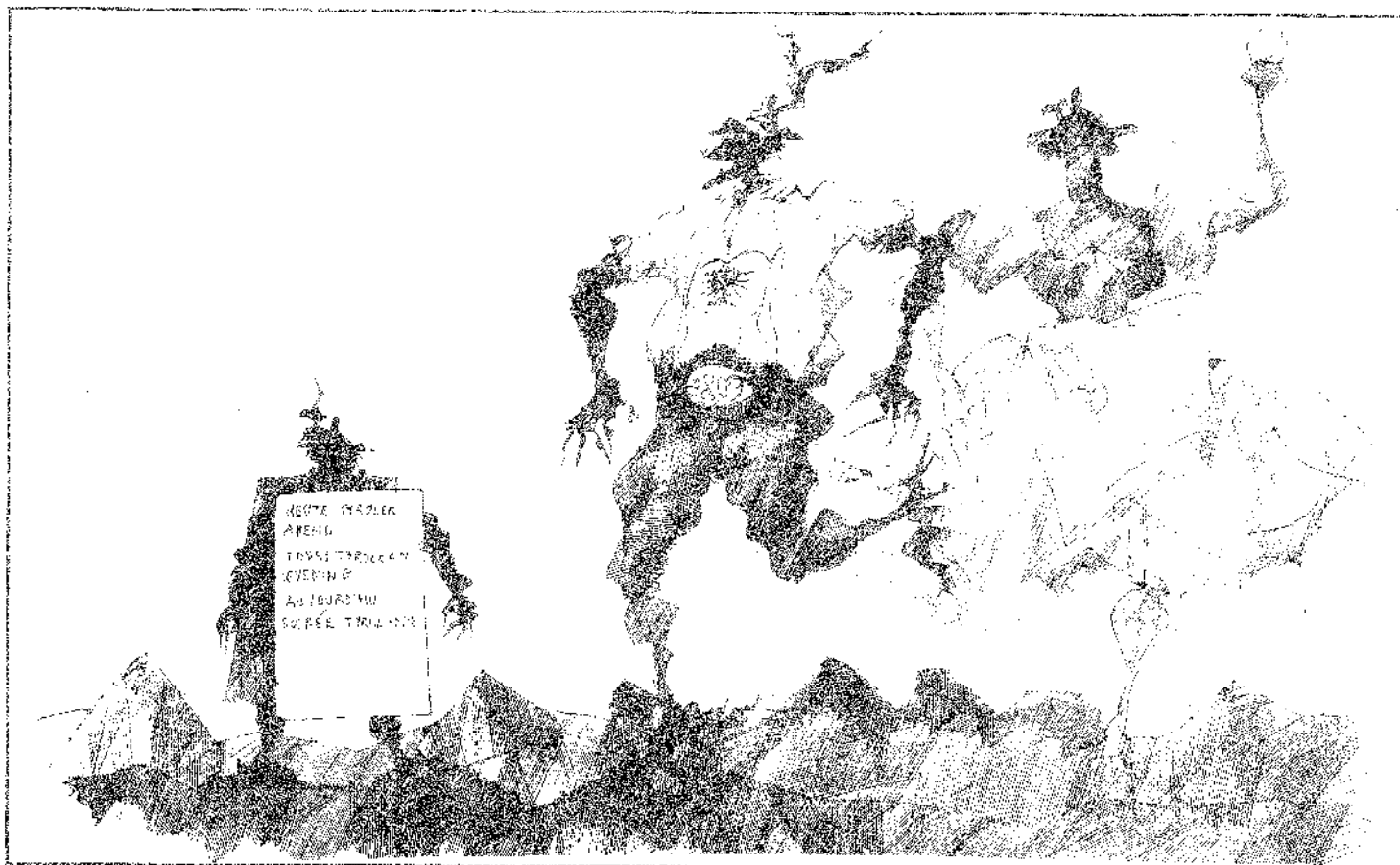
Möglichst kleinere Schlafsäle. Am Ankunftstag sollen einige Studenten damit betraut werden, die Betten anzuweisen.

#### Einführungabend

Dieser wird von der Hochschülerschaft gestaltet (Motto: Studenten lernen Studenten kennen). Sie ist an diesem Abend Gastgeber.

Programm: Begrüßung der Kommilitonen; in einem Saale sind alle versammelt. Ein kleines Essen wird serviert (man könnte das Abendessen und die übliche Jause am Abend zusammenlegen und es möglichst nett machen). Die Leute werden nach gewissen Prinzipien (Herkunft oder Studienfach) verteilt.

Durch ein Mikrofon werden im großen und ganzen die Herkunftsorte, -länder, -gebiete genannt. Dies wird witzig kommentiert. Anschließend wer-



den kleine Streginterviews gemacht. Einzelne wurden nach Grund und Anlaß ihres Herkommens gefragt usw. Zu zwanglosen Sprecherkennntnissen wird aufgefordert. Es werden nur einige Stunden im Geplauder verbracht. Eventuell später ein bis zwei Stunden Tanz. Das Panorama am Kiseberg ist für den Einführungs- und Abschiedsabend nicht günstig, da es schwer zu erreichen ist und unglückliche Ränge hat. Als Abschlußabend ist der Tanzabend herzubehalten. Hier könnte man sich überlegen, ob es nicht auch möglich wäre, die Veranstaltung teilweise im Freien (Terrasse, Garten) abzuhalten.

Falls die Vorschläge in den Punkten Werbebeschäfte, einladendes Plakat, adressen von Kulturinstitutionen und Universitäten auf Interesse stoßen, bin ich gerne bereit, unentgeltlich eine Vorlage auszuarbeiten und sie binnen Innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu unterbreiten. In diesem Falle bitte ich Sie, sowohl mich damit zu beauftragen und mir den Termin anzugeben, als auch nach Möglichkeit das hierzu nötige Material zur Verfügung zu stellen.

Herrn Heinz Zanon  
Fudax  
Casa della Studente Fudax  
Via Marzolo, 6

Sehr geehrter Herr Präsident!

2. Februar 1966

Nach der Sitzung vom 14. Jänner 1966 gewannen wir den Eindruck, mit der Südtiroler Hochschülerschaft ein konstruktives Gespräch geführt zu haben. Um so mehr überraschten uns die drei von Ihrem Kulturreferenten geseichneten Briefe, die keinen Zweifel über das Klima aufkommen lassen, in welchem sich eine intensive Zusammenarbeit zwischen Südtiroler Kulturinstitut und Südtiroler Hochschülerschaft in bezug auf die Gestaltung der Meraner Hochschulwochen entwickeln sollte. Wir heben das Wichtigste heraus.

1. Falls unser Standpunkt von den jeweiligen Vordrägen der Südtiroler Hochschülerschaft abweichen sollte, müßte sich unser Institut durch eine schriftliche Begründung gleichsam verantworten.
2. Sitzungen in Sachen Meraner Hochschulwochen dürfen wir nur im Beisein von Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft abhalten, und zwar unter Beobachtung von Vorschriften, die uns praktisch nur die Rolle des Ausführlichen zudeckten.
3. Die Programme müßten nach Herrn Stuffer in einem solchen Ausmaß nach allen Seiten offenbleiben, daß die Veranstaltung im Sinne eines falsch verstandenen Pluralismus völlig richtungslos wäre.

Der Ton, in dem dies alles vorgebracht wird, ist, gelinde gesagt, ultimativ, befehlend und unbillig.

Der Pluralismus, dem Herr Stuffer das Wort reden möchte, mutet an wie der Anspruch auf permanente Voraussetzungslosigkeit und prinzipielle, nach allen Seiten hin nahezu elastisch abwinkende Unverpflichtetheit. Eine solche Grundhaltung ist im Sinne unserer Statuten für uns unannehmbar. Die Programme der vergangenen Jahre zeigen übrigens deutlich, daß wir gegenüber den Centerwertproblemen Europas aufgeschlossen waren. Niemals war es unsere Art, die Tradition ihrer selbst wegen unkritisch zu pflegen. Doch sehen wir in ihr einen Grundwert, den wir bei der Bewältigung der Probleme der Gegenwart und Zukunft abzeichnen müssen. Wir glauben außerdem, daß unser Südtirol nicht eines charakteristisch verschwommenen Vielfalts zum Opfer fallen soll, sondern ein klares Gesicht haben und behalten muß, auch wenn es wach und mutig die Entwicklung der modernen Welt mitvollzieht.

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus sowie wegen des in seinem Briefen angedeuteten Tones, ist es uns nicht möglich, das Gespräch über die Meraner Hochschulwochen mit Herrn Stuffer fortzusetzen. Wir senden Ihnen deshalb in der Anlage die Briefe zurück.

Wir legen aber Wert darauf, festzustellen, daß unsere Zusammenarbeit mit der Südtiroler Hochschülerschaft nicht nur fortgesetzt, sondern wünschenswert

weiter ausgebaut werde. Wie ernst es uns damit ist, dafür fehlen wohl kaum die Beweise. Wir bitten Sie daher, Ihren Vorstand von der bedauerlichen Entwicklung in Kenntnis zu setzen, damit das Gespräch über die Meraner Hochschulwochen sehr bald in einem angenehmeren Klima und in fruchtbarer Weise fortgesetzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Hochachtungsvoll das Südtiroler Kulturinstitut,  
Der Präsident gen. Dr. Fritz Egger

4. Februar 1966

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Fritz Egger

Ihr geschätztes Schreiben, das mich heute erreichte, hat mich von den weiteren bedeutsamen Tätigkeiten unseres Kulturreferenten Stuffer in Kenntnis gesetzt. Wir Aerger müßte ich feststellen, daß Kollege Stuffer seinen Auftrag, die bei der Sitzung vom 4. Jänner zur Sprache gekommenen Themen in schriftlicher Form zu bringen, dazu mißbraucht hat, zusätzliche Schritte zu unternehmen, mit denen ich selbst und wohl auch der überwiegende Teil des übrigen Vorstandes nicht im geringsten einverstanden sein konnten und für die Kollege Stuffer nicht die geringste Kompetenz hatte; dies alles, ohne mich — auch nur oberflächlich — davon in Kenntnis zu setzen! Ich kann also nicht umhin, Sie darum zu bitten, diese Schritte als — freilich unangebrachte — Privatvorstellung zu werten.

Um nun auf die einzelnen von Ihnen angeführten Punkte einzugehen, möchte ich folgendes klarstellen. Der Inhalt des mit „Vorschläge zu einer Regelung der Zusammenarbeit“ betitelten Doppelblattes war bei der erwähnten Sitzung vom 14. Jänner nicht besprochen worden, und zwar nicht aus Zufall. Bei unserer internen Vorbesprechung hatte ich nämlich Gelegenheit gehabt, den Inhalt des „Dokuments“ in großen Zügen zu erfahren, und hatte darauf den Kollegen Stuffer gebeten, bei der Sitzung im Kulturinstitut von einer Behandlung desselben abzusehen, da ich einerseits der Meinung war, daß es mit der Tagesordnung unvereinbar wäre, und andererseits sofort geltend machte, daß ich mit den gestellten Forderungen und mit der Art der Abfassung auch nicht annähernd einverstanden wäre. Um so mehr wundere ich, daß ich feststellen mußte, daß Kollege Stuffer das „Dokument“ eben auf Umwegen an Ihre Adresse zu gelangen gelassen hatte. Was andererseits Stuffers unermüdliche, ausdauernde monoton wirkende Forderung nach Pluralismus betrifft, bin ich mit Ihren Ansichten und Argumenten mehr als einverstanden. Pluralismus kann unter Umständen etwas sein, mit dem man sich abfinden hat; ich sehe aber ebenso wenig wie Sie ein, weshalb wir die Rolle der Gärtner spielen sollten, die Pluralismustagen hochzuschätzen hätten. Ich kann Sie jedoch versichern, daß Kollege Stuffer beim Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft am allerwenigsten mit dieser Forderung Glück haben wird.

Bei der nächsten Vorstandssitzung, die für den 25. Februar festgesetzt ist, werde ich, falls dies zur Sprache kommen. Jedenfalls müßte ich feststellen, daß Kollege Stuffer mich Vertrauen erneut mißbraucht hat und daß es für die Zukunft besser sein dürfte, keine weiteren Risiken diesbezüglich einzugehen. Den Vorstand werde ich daher zu überzeugen suchen, daß er es der ganzen Affäre, oder besser gesagt, aus den ganzen Affären die nötigen Konsequenzen ziehen und jede Fortsetzung der am seitens abgesehenen Tätigkeit für die Zukunft unterbinden möge. Ich für meinen Teil werde jedenfalls nicht mehr länger eine Zusammenarbeit mit dem Kollegen Stuffer nach dem bisherigen Muster zu haben.

Da es mir aus technischen Gründen nicht möglich ist, den Vorstand sofort einzuuberufen, bitte ich Sie, nochmals mit uns Geduld zu haben.

Abschließend erlaube ich mir, Sie und die Herren Innes Institutes freundlich zu grüßen.

Hochachtungsvoll für die Südtiroler Hochschülerschaft  
gezeichnet Heinz Zanon

## DER NACHHOLBEDARF IST ENORM

### Zur kulturellen Situation in Südtirol

(1967/2)

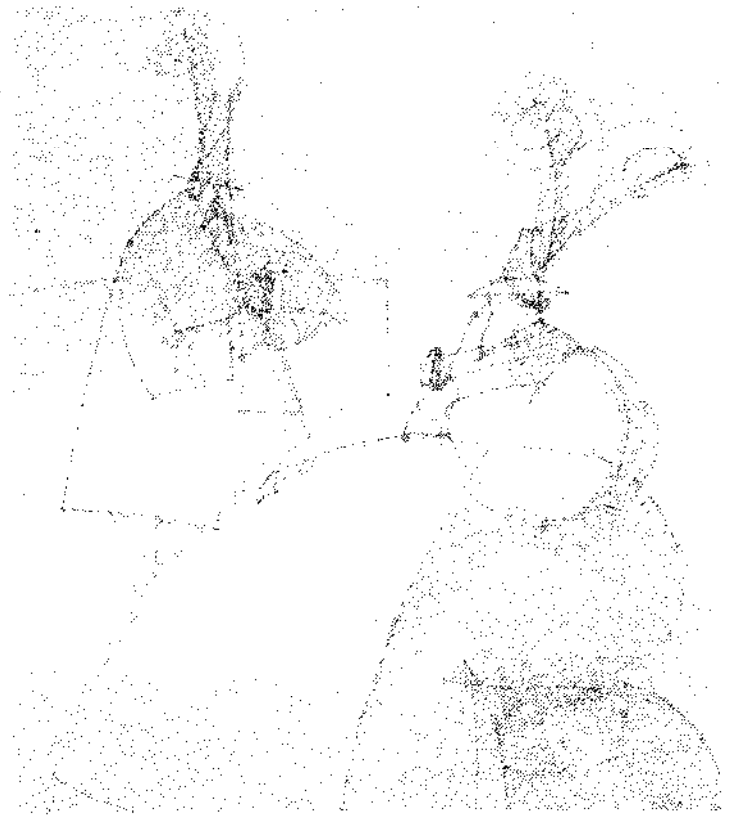
WIEN. Ist Bozen eine verschlafene Stadt, Südtirol ein verschlafenes Land? Man wird die Fragen mit Ja oder Nein beantworten können, je nach Standort. Der Konservatismus der Italiener hat nicht verhindert, daß die Südtiroler Landwirtschaft zu den am intensivsten mechanisierten Italiens gehört und mit EWG-reifen Spitzenleistungen aufwartet. Die Aversion gegen die Italiener hat nicht verhindert, daß im ökonomischen Bereich die weniger strenge süditalienische Finanz- und Steuer-moral weithin um sich greift. Solcher Fortschrittsgeist und Dynamismus böven indessen an jener Grenze auf, die den wirtschaftlich-zivilisatorischen Sektor des Lebens vom kulturellen trennt. Extrem vereinfachend ausgedrückt: man will Badewanne, Kühlschrank, Waschmaschine und alle anderen denkbaren technischen Einrichtungen auf dem Bauernhof, aber man begnügt sich mit dem „Bestenmahl-Volkskalender“ als jährlicher Buchlektüre.

Vor kurzem hielt der Soziologe Prof. Franco Demarchi in Bozen einen höchst interessanten Vortrag über „Die soziale Integration in einer gemischtsprachigen Stadt.“ Die „Dolomiten“ beklagten, daß das Publikum „fast ausschließlich aus Angehörigen der italienischen Sprachgruppe“ bestand; und der „Aldo Adige“ bedauerte, daß bei der Veranstaltung „alle jene durch Abwesenheit glänzten, die als Angehörige des Gemeinderates, der Führungsorgane wirtschaftlicher und kultureller Körperschaften die Notwendigkeit spüren sollten, alles zu erfahren, was mit der Lebensproblematik einer Landeshauptstadt zusammenhängt.“ Demarchi hatte der Bozner Öffentlichkeit eheliche schockierende Wahrheiten mitzuteilen. Aber, Wahrheit hin oder her, das Südtiroler Publikum blieb dem Vortrag fern, weil ein Italiener in Bozen eben zu Italienern spricht; und die Honoratioren kamen nicht, weil für sie „Kulturdienst“ nur dann von Interesse ist, wenn er sich in politischen Gewinn umsetzen läßt.

Und trotzdem erreicht Südtirol auch „kultureller“ Spitzenleistungen. Für die etwa 235.000 deutschsprachigen Südtiroler werden nicht weniger als 38 Zeitungen, Zeitschriften und Mitteilungsblätter verschiedener Art produziert; fünf davon werden als „kulturell“ charakterisiert, doch ist diese Abstempelung relativ zu sehen. Sie kann ohne Einschränkung für den „Schlern“ (illustrierte Monatshefte für Heimat und Volkskunde) gelten, aber wohl kaum für Vereinsorgane wie „Der Kirchensänger“ oder „Südtiroler Volkskultur“ — das Mitteilungsblatt des Verbandes Südtiroler Musikkapellen, des Sängerbundes, der Volksbühnen und des Verbandes für Heimatpflege.

Die 128.000 Italiener Südtirols verfügen über ein halbes Dutzend vorwiegend politisch ausgerichteter Zeitungen und Zeitschriften. Das italienische Pendant zum „Schlern“ ist der vom Centro di cultura dell'Alto Adige editierte, zweimal jährlich erscheinende „Cristallo“. Dem Redaktionskomitee gehören auch eine Reihe von sichtbaren Persönlichkeiten an; die Zeitschrift ist in jeder Hinsicht offener, aktueller, moderner als der „Schlern“ und sie hat auch der Versuchung widerstanden, einfach ein „Antiorgan“ zu werden, wie es der „Aldo Adige“ im Vergleich zu den „Dolomiten“ darstellt, solcherart publizistisch das leider verbreitete primitive Selbstverständnis widerspiegelt, welches die Frage nach dem „Was bin ich?“ einfach mit „Anders als die andern — anders als die Welschen, anders als die „prucchi““ beantwortet. Der „Cristallo“ kann gleichwohl die schlichte Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die italienische Volksgruppe in Bozen zu wenig mit dem Land verwachsen und in sich zu wenig homogen ist, um eine klar profilierte, eigenständige „italienische Kultur in Südtirol“ hervorzubringen, in dem Sinn etwa, wie man von einer eigenen Triester Geistigkeit sprechen kann.

Ein anderer Rekord betrifft die Zahl der verkauften Theaterkarten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. In dieser Hinsicht liegt Südtirol in der absoluten Spitzengruppe unter den italienischen Provinzen. Doch sind es die — neuerdings auch von der italienischen Volksgruppe umfangreich nachgeahmten — Heimat- und Volksbühnen, die dem Lande zu diesem Rekord verhelfen. Die Gastspiele österreichischer, deutscher und schweizerischer Bühnen und die nur städtischen Tournées des italienischen „Teatro stabile“ für Trient und Bozen (Ständiges Theater) absorbieren nur einen relativ geringen Prozentsatz des Theaterkonsums. Aus öffentlichen Mitteln wandte das Land Südtirol in den Budgetjahren 1960 bis 1964 als Subventionen auf dem Theatersektor immerhin 36,5 Millionen Lire auf: 29,4 Millionen für Gastspiele ausländischer Bühnen, 16,1 Millionen für Volksbühnen. Das Problem eines ständigen deutschsprachigen Theaterensembles ist, obschon naheliegend, bis heute nie ernstlich zur Diskussion gestellt und erörtert wor-



den. Die Slowenen in Friaul-Venetien und die Italiener in Isirien — in beiden Fällen handelt es sich um viel kleinere Volksgruppen — haben, vielfach auf die besten Kräfte lokaler Volksohnen zurückgreifend, ständige Ensembles geschaffen. Die Frage könnte für Südtirol jetzt wieder aktuell werden, da im neuen Kulturhaus ein moderner Theatersaal vorhanden und obendrein der Bau eines Bozner Stadttheaters mit rund 1000 Sitzplätzen geplant ist. Für dessen Finanzierung (eine Million Lire) Stadt, Rundfunk-Fernsehen (RAI-TV) und Staat sorgen wollen.

Der kulturelle, geistige Nachholbedarf in Südtirol ist — qualitativ und quantitativ — enorm; dies gilt vor allem auch für den Nachwuchs an akademischen Kräften. Sein numerisch ist der Anstieg von etwa 90 Universitätsstudenten in den späten dreißiger Jahren auf heute mehr als tausend sehr beachtlich, doch liegt Südtirol damit noch immer weit unter dem mitteleuropäischen Durchschnitt. So gesehen mag auch die Kritik der Jugend an der Subventionspolitik der Landesregierung auf dem Kultursektor teilweise berechtigt sein. In den Jahren 1960 bis 1964 wurden 45 Millionen Lire für Stipendien, 49,4 Millionen für Musikkapellen, 22 Millionen für Pfarrbüchereien aufgewandt; die Investition in die geistige Zukunft scheint also fahrlässig bescheiden.

Die Jugend, die — wie ein Student formulierte — „die Freiheit wagen will“, scheint vielfach den Verdacht zu hegen, der Stipendienfonds werde nicht reichlicher dotiert, weil die „regierende“ mittlere Generation den rebellischen Jungen die kritische Freiheit, die diese sich herausnehmen, übernehme. Liest man die väterlichen Ermahnungen, die etwa die „Dolomiten“ den jungen Kritikern des „Jahrenden skolasten“ zuteil werden lassen, so wird man diesem Verdacht begreifen. Und erst recht begreiflich wird dann das Bemühen der Jungen, das „Südtiroler Kulturinstitut“ geistig zu öffnen und auf diesem Weg ein wenig Luft von der großen Welt in die Räume des neuen „Kulturbunkers“ einzulassen.

Das Kulturinstitut, das ausgezeichnete Jahrbücher über die Ladiner, die Stifte und Klöster Südtirols sowie über die Brennerstraße herausgegeben hat, mag in der Tat nicht imstande sein, den Ausbruch in die Zukunft zu bewerkstelligen, den in ihm waltenden patriarchalischen Geist dem „Pluralismus“ zu öffnen, wie die Jugend es verlangt — es hat aber gemeinsam mit vielen anderen Institutionen, von der Kirche bis zur Südtiroler Volkspartei, immerhin jenen Konservierungs- und Rezipierungsprozess auf kulturellem Gebiet vollbracht, ohne den die zu neuen Hoffnungen legitimierende Rebellion der Jungen heute nicht möglich wäre. Die Frage, ob Südtirol, ob das an der Grenze der 130.000 Einwohner angelangte Bozen die kulturelle Revolution in den sechziger und siebenziger Jahren verschlafen, werden ja eben die jungen Rebellen zu beantworten haben.

Claus Gatterer

# Südtirol – Zeugnisse und Selbstzeugnisse

Claus Gatterer

(Sondernummer zur XII. Studientagung, 1968)

Der Nationalismus freilich wußte mit einer derartigen Nation nichts mehr anzufangen. Verstand man zunächst die nationale Gemeinschaft noch als Gemeinschaft von Sprache, Kultur und Gebräuchen, so rückten bald andere Elemente in den Vordergrund: Blut und Rasse, und in deren Gefolge Begriffe wie: Rassenhygiene, völkische Autarkie, Ausschaltung fremden Geistesgutes, angemessene Kunst. Es war, wie Grillparzer geahnt hatte, der Weg von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität. Und da angelangt, erfahren wir — 1918 — von einem Mitarbeiter Tolomeis, dem Marchese Adriano Colucci-Vespucci, der eigentlich Fachmann für Malta war, daß es Tirol gar nicht gibt.

„Die Utopia einer tirolischen Heimat (patria) muß zerstört worden. Es hat diese tirolische Heimat nie gegeben. Man muß nachweisen, daß Tirol nichts anderes ist als eine künstliche Derivation oder besser: eine künstliche Verirrung und ein geographisches Paradoxon ohne ethnischen und historischen Inhalt.“

Wer die Dinge so sieht, kann dann ohnweiteres einen Schritt weiter tun und über das Südtirol von damals die folgende Theorie aufstellen:

„Das Recht der Nation (diritto di nazionalità) hat Vorrang vor dem Recht auf Heimat... Da das Recht der Nation keine Einschränkungen duldet, läßt sich dagegen auch nicht das Recht des Ersitzens geltend machen, auch wenn Generationen und Generationen von Eindringlingen einen langen, ungestörten und un widersprochenen Aufenthalt nachweisen könnten. Sofern der Ursprung ihrer Anwesenheit... auf eine Eroberung... oder Usurpierung zurückgeht, ist ihre Eliminierung ein Recht, das sich die ursprünglichen Bewohner bewahrt haben... Dieses Postulat impliziert... eine uneinbringliche Folgerung: das ewige Recht zur Austreibung der eingedrungenen Völker. Diese Folgerung mag edler Seelen abscheulich vorkommen; sie werden zögern angesichts der Notwendigkeit, friedliche Familien von Äckern und Häusern zu vertreiben... nur weil sie fremder Rasse sind. Unter andern Umständen wäre ein solches Gefühl auch heilig und achtenswert; in unserem Fall aber würde es zur falschen Sentimentalität.“

Dieser Erguß ist ein Gemeinschaftswerk von Tolomei und Colucci, das erste Wetterleuchten der Option, 1914 geschrieben und in einer anonymen Broschüre publiziert. Es bereitete Hitler und seinem Anhang (einem Anhang, den es auch in Tirol und in Südtirol gab) keine besondere Schwierigkeit, solche Gedanken zu übernehmen. Sie fügten sich auf Grund einer tieferen geistigen Verwandtschaft

Weigel schreibt: „Tiroler sein, ist keine Farbe, sondern ein Zustand, keine Einzelheit, sondern Anfang und Ende der Biographie. Man kann aus einem Staatsverband, aus einer Religionsgemeinschaft, aus einer Partei austreten, man kann den Beruf wechseln und die Weltanschauung: Tiroler bleibt man bis ans Ende seiner Tage. Tirol ist hart, Tirol ist stolz, Tirol ist unbeugsam, Tirol ist aber vor allem Tirol und anerkennt, was sich außerhalb Tirol befindet nur in freier Entscheidung. Und vielleicht sind sie die allerbesten Österreicher, weil sie in erster Linie Tiroler sind, als solche aber sehr bewußt, souverän und freiwillig den Anschluß an Österreich vollziehen. Vollziehen, gemeint in der Form eines täglichen Vollzugs, einer täglichen Option.“

Und was sind wir Südtiroler nun? Ich schließ dort an, wo Herr Landeshauptmann in seinem historischen Teil geendet hat. Beginnen wir mit einigen Zitaten aus der neueren Zeit und aus der Zeit der Hochblüte der Nationalisten.

Der „Alto Adige“ schrieb vor kurzem:

„Die Tiroler sind nie Österreicher gewesen, sie haben nur die dynamischen Bande der Habsburger im politischen Rahmen der Monarchie auf sich genommen, wobei ihre besonderen Autonomien gewahrt blieben.“

Nun, es war ja gerade das Österreichische an Österreich, daß in der Monarchie, daß unter den Habsburgern überaß: „die besonderen Autonomien gewahrt blieben“; derart war es möglich, Tiroler und Österreicher zugleich zu sein, als Tiroler nicht abdanken zu müssen,

um Österreicher sein zu können. Und es war das Tirolische oder Österreichische an Tirol, daß hier „teitsch und weisch Volk und Nacion“ ein Gemeinwesen bildeten, das trotz den bischöflichen Enklaven eine Einheit war: Einheit in der Vielfalt, um einen sehr modernen Ausdruck zu gebrauchen. Deutschtiroler, Ladiner und Weischtiroler — das war die „tirolische Nation“, Jahrhunderte hindurch; und die Schlacht bei Calliano gegen die Venezianer ist nicht minder tirolische Geschichte als die Berg-Isel-Schlachten oder die Begebenheiten in der Sachsenklemme.

ein in das Programm zur „Festigung des deutschen Volkstums“, das gleicherweise die „Rückführung der Reichs- und Volkdeutschen aus dem Ausland“ wie die „Ausschaltung des schädigenden Einflusses volksfremder Bevölkerungsanteile“ im Innern vorsah Blut und Rassenhygiene über alles!

In den Dokumenten der sogenannten „Berliner Vereinbarung“ über die Option und die Abwanderung finden wir die Nutzenanwendung des Ganzen. Die Südtiroler sind, einschließlich der Ladiner, „Volksdeutsche“; Südtirol selbst ist die „Provinz Bolzano“ zusätzlich der „gemischt-sprachigen Gebiete“ von Egna und Cortina d'Ampezzo. Die einzige heimatlich-tirolische Konzession, die sich in den famosen Richtlinien findet, ist die folgende Bestimmung:

„Stoffe und Zubehör für die Herstellung von Trachten können (von den Südtiroler Abwanderern) mitgenommen werden.“

Wohin? Vielleicht auf die Krim, in den künftigen „Reichsgau Taurien“, den der Wiener Gauleiter Alfred Frauenfeld in einem Anfang 1942 abgefaßten Memorandum den Südtirolern als künftige Heimat zudachte:

„Wenn es irgendwo in Europa ein Land gibt“, lesen wir da, „das für die geschlossene Ansiedlung der Südtiroler geradezu ideal geeignet scheint, dann ist es die Krim... Abgesehen von der bestechend romantischen Seite des Gedankens wäre der Erfolg dieses Experiments ein einzigartiger Beweis für die Rassen-theorie, auf die wir unsere Weltanschauung bauen.“ Und Hitler dazu:

„Sie — die Südtiroler — brauchen nur die Donau herunterzufahren und schon sind sie da.“

Analysiert man diese beiden Positionen, die faschistische und die nazistische (wobei zu bedenken ist, daß Faschismus und Nazismus jeweils den Gipfel des nationalistischen Wahns darstellen), so ergibt sich das folgende Bild:

— Die einen fordern im Namen ihrer Nation eine Heimat, ein Gebiet, das dieser Nation gar nicht gehört: Heimat ohne Volk also;

— Die andern geben im Namen der Nation ein Gebiet, eine Heimat, die jahrhundertlanges Siedlungsgebiet der Nation ist, preis, sie rekapitulieren nur die Menschen für die Nation. Volk ohne Heimat. Die Südtiroler sind demnach — wie andere deutschsprachige Volksgenossen auch — Volksgenossen z. B. V., heimatlos, ent wurzelt, herausgerissen aus Ererbtem und Überbrachtem, entblößt bis auf die rassistische Nacktheit — durch Entwurzelung und Heimatlosigkeit aber „zur besonderen Verwendung“ in hervor ragender Weise geeignet.

Hatte das „Herr, laß uns deutsch sein!“ des jungen und zeitgemäß enthusiastischen Südtiroler Dichters von damals noch einen Sinn, wenn Deutsch-sein Heimatlosigkeit bedeutet? Konnte man „Das Reich im Herzen“ tragen, ohne die Heimat im Herzen zu tragen? War es nicht ein Widersinn, wenn eine „im Kriegsjahr 1940“ im Innsbrucker NS-Gauverlag erschienene Anthologie „den heimgekehrten Südtirolern“ einen „brüderlichen Gruß“ antbot? Heimgekehrt? Erforderte diese sogenannte Heimkehr nicht den Auszug aus der Heimat? Denkt man diesen verbrecherischen Irrsinn der Nationalisten von damals zu Ende, der, wie Erich Amonn richtig schrieb „die Befreiung Südtirols von den Südtirolern“ gebracht hätte, mag man auch die Beklommenheit begreifen, die einem der Erinnerung heute noch bereitet, das „Nicht-sprechen-können“ über diese Dinge, wie Franz Tumlner in der „Aufschreibung aus Trient“ sagt:

„Ich hörte ihr zu und verstand... meine eigene Geschichte von „Nicht-sprechen-können“ zu dieser Sache meiner Heimat... weil zu dieser von Natur unschuldigen und rechtmäßigen Sache

soviel Falsches gesagt worden war, als sie den Pakt zwischen Mussolini und Hitler gemacht hatten: auf Aussiedlung und „wohin gehört man“; und es ein Mißbrauch von Unschuld war in dieser beschränkten Sache von Verteidigung einer Heimat — aber ich habe mir den Mißbrauch angehört und einreden lassen und nicht widersprochen.“

Hierin — im „Einreden-lassen“ und im „Nicht-widerprechen“ — liegt ein Teil südtirolischer Schuld begründet, deren Last es den Ältern, denen, die die Ereignisse von damals bewußt und tätig erlebt haben, so schwer macht, über die „Wahl“ zu reden und zu sich zu finden.

Mit dem „Wohin-gehört-man?“ liefert uns Tumlir ein anderes Stichwort. Der Begriff Patriotismus läßt sich von „patria“, Heimat, nicht trennen, und unter Patriot meint man zuallererst Liebe, Treue zur Heimat Nation ohne Heimat ist offensichtlich eine Abstraktion. Südtiroler ohne Südtirol könnten — auf der Krim oder in Burgund oder sonstwo — trotz der mitgebrachten Trachtenstoffen bestenfalls eine Generation lang überdauern. Will man den Begriff der Nationalität definieren, so genügt es nicht, ein „Anders-sein“ gegenüber jemandem festzustellen, man muß vielmehr das So, das Wie-sein ergründen. Und da steht nach dem Gesagten nun eines fest: daß Blut und Rasse und selbst Sprache und Kultur nicht genügen, um eine Gemeinschaft zu bestimmen. Es bedarf da noch anderer Kategorien: wenn wir eine Anleihe beim Marxismus machen wollten, könnten wir sagen, daß die Gesamtheit von Basis und Oberbau das Wesen der Gemeinschaft bestimmt! Also: Territorium (oder Heimat), wirtschaftliche, politische und soziale Gegebenheiten, Sprache, Kultur und Religion, wozu schließlich noch jener seitensame Begriff-Sack der „Traditionen“ kommt, der schlicht auch Gewohnheiten meint, Konsumgewohnheiten etwa.

In einem Vortrag über Südtirol sagte Professor Silvio Lessona, ein Interventionist aus dem Ersten Weltkrieg, das Folgende:

„Ich unterstreiche die Zugehörigkeit Tirols zum Haus Habsburg, denn die Tiroler haben sich nie als Österreicher gefühlt. Wenn ihr einen Tiroler fragt, ob er Österreicher sei, wird er antworten: „Ich bin Tiroler“ oder „Ja, aber Tiroler!“ ... Jahrhunderte Geschichte haben aus den Tirolern eine ethnische Einheit geformt mit einer eigenen Kultur, einer eigenen Wirtschaft, einer eigenen unauslöschlichen und unverwechselbaren Physiognomie.“

Was war das Geheimnis dieser Tiroler Einheit, ehe sie nach 1848 durch das Erwachen der Nationalismen gestört und 1918 durch den Vertrag von Saint Germain — diesen „Schädelgrundbruch Europas“, wie Franz Werfel sagt — zerstört wurde? Der Trienter Historiker Umberto Piccinini faßt ein sehr wesentliches Element, das wesentlichste vielleicht, in einen einzigen Satz zusammen:

„Frei sein, unabhängig sein, jeder für sich in seinem Tal, aber alle bereit, einander gegenseitig zu helfen, wenn die Not es erforderte.“

Als Rovereto 1509 von den Venezianern wieder an Österreich abgetreten wurde, wurden der trientinischen Stadt alle in den „Statuti Roveretani“ niedergelegten Privilegien garantiert: Rovereto konnte sich als eigener, autonomer Körper in die Gesamtheit der andern Autonomien einfügen. Dieses spezifisch Tirolische war zugleich das spezifisch Österreichische an Tirol: der Staat, das Land waren für die einzelnen Glieder und Gemeinschaften „Gelegenheit“, so zu sein, wie sie waren, sich nach ihren Erfordernissen zu verwalten, voneinander zu lernen und miteinander — in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur — zu wachsen und zu reifen. Daß der aufgeklärte Feudalismus des alten Österreichs und Tirols sich vor 1914 nicht ein weiteres Mal zu erneuern vermochte, daß es beispielsweise nicht gelang, Tirol durch Gewährung der Autonomie für das Trentino eine innere Struktur zu geben, die der nationalistischen Werbung aus dem Süden widerstand und dem Irredentismus im Lande die Rechtfertigung entzogen hätte, dies alles änderte nichts an der Tatsache, daß dieses tirolische Gemeinwesen verglichen mit den jungen Nationalstaaten liberal, tolerant, höchst modern war. Um die Jahrhundertwende publizierte der italienische Sozialist Guido Podrecca in seiner scharf antikerikalen Zeitung „L'Asino“ eine ständige Rubrik unter dem Titel „Giornale dell'Italia liberata“ — „Zeitung des befreiten Italien“, in der er Nachrichten über die Arbeiterbewegung im österreichischen Küstenland und im Trentino veröffentlichte.

Es war sicherlich nicht die Erinnerung an die österreichischen Garnisonen oder an die trientinischen Staatsanwälte, die zuweilen kaiserlicher waren als der Kaiser, sondern der Gedanke an dieses „befreite Italien“ von vor 1914, das nach 1945 eine Gruppe von

Trientinern ein anachronistisch anmutendes Memorandum an die Friedenskonferenz richten ließ, das mit den Worten begann:

„Die Trientinische Region reicht vom Brenner bis Ala-Borghetto. Sie wurde 1918 ungerechterweise von Österreich getrennt: sie wünscht ihre endgültige Wiedervereinigung mit Österreich, ihrem alten Vaterland. Wir italienisch-sprechenden Trentiner ... bestehen darauf, daß wir Österreicher sind. Die Sprache hat ... angesichts anderer moralischer und materieller Faktoren nur untergeordnete Bedeutung ... Unser österreichische Zivilisation basiert auf den Prinzipien der Ordnung, der Ehrlichkeit ...“

Was war der Kern der „moralischen“ Faktoren, derentwegen diese Trientiner zu Österreich wollten? Kurz die Wiederherstellung der alten Freiheiten, der autonomen Rechte, die einst das Rüstzeug des „befreiten Italien“ in Österreich gewesen waren. Im Programm des Partito del Popolo Tiroleso Trentino finden wir diese Faktoren folgerichtig wieder:

„Die Partei tritt für absolute Brüderlichkeit zwischen den drei Volksgruppen der Region ... ein; sie wird unermüdet für die Wiederherstellung der Gebräuche und der traditionellen regionalen Freiheiten kämpfen; sie verlangt größtmögliche Dezentralisierung über Gemeinden und Bezirke ... sowie die Förderung der Einrichtungen der direkten Demokratie.“

Diese Dezentralisierung — Gemeindeautonomien, Regionalautonomien, Abschaffung der Provinzen und Schaffung natürlicher Zwischengliederungen von der Art der Talgemeinschaften Südtirols — ist heute das Programm der fortschrittlichsten italienischen Linken. Der Unterschied besteht darin: die italienische Linke hat dieses Programm als Erfordernis authentischen demokratischen Lebens erst allmählich entdecken und „realisieren“ müssen (politisch ist es immer noch zu realisieren), für Südtiroler und Trientiner handelt es sich dagegen um die Wiederbelebung einer alten Demokratie, ohne die Tirol nicht Tirol gewesen wäre.

Dies im Auge zu behalten, ist wichtig, wenn wir uns nun ansehen wollen, was Guido Piovene in seinem „Viaggio in Italia“ über Südtirol, die Südtiroler Mentalität und die Südtiroler Demokratie schreibt:

„Bozen ist — jedermann weiß es — eine Stadt in deutscher Umgebung. Man spürt in ihr das Leben eines komoden, dumpfen, verschlossenen, starkköpfigen, sentimentalen, sehr wenig leidenschaftlichen und nur zu festgelegten Stunden orgiastischen Volkes.“

Man muß sich die Folge dieser Eigenschaftswörter italienisch vorsagen, um sie ganz auskosten zu können: die Südtiroler sind also ein „popolo, comodo, sordo, chiuso, cocciuto, sentimentale, pochissimo passionale, orgiastico ad ore fisse ...“ Piovene fährt fort:

„Ich überlege, was es bedeutet, sentimental zu sein, ein sentimentales Volk zu sein. Man bringt diese Neigung mit dem Fehlen von Ideen in Zusammenhang, die durch ihre Bewegung den Gegenstand unserer Vorliebe immer wieder erneuern. Der Sentimentale richtet nämlich die Regungen seines Herzens ständig auf jene Objekte, die von der Sitte dazu vorbestimmt sind ... Deshalb ist es so schwer, die autochthone Bevölkerung Südtirols zur Übernahme der italienischen Sitten zu bewegen.“

Obschon Piovene mehr auf Ahnungen als auf Erfahrung angewiesen ist, deckt er indessen einen wesentlichen Aspekt auf, wenn er schreibt:

„Auf der einen Seite die auf Sparsamkeit begründete natürliche und ursprüngliche Demokratie der deutschen Südtiroler mit katholisch-aristokratischem Hintergrund, aber festgefügt und, sozusagen, ewig während; auf der andern Seite das italienische Ideal von Demokratie, eine juristische, eine idealistische Konzeption, sicherlich höher, aber doch gefährdet, flüchtig und ständig den Geschicken der Ideen und der Geschichte ausgesetzt.“

Piovene fühlt indessen, daß es die erste der beiden Konzeptionen von Demokratie ist, die in diese Stadt, in diese Welt gehört — und in voller Natürlichkeit, ohne polemische Spitze spricht er von den Italienern Bozens als einer „italienischen Emigration“ in der gotischen Schönheit der Gassen und Lauben. Diese Italiener sind

„eine unruhige, anmaßende, veränderliche Masse, die in verschiedenen Dialekten laut redet, die schauspielert, gestikuliert und streitet, nicht unähnlich einem Schwarm von Masken in der undurchdringlichen Szenerie der Häuser und der lokalen Stimmungen. Bozen ist eine österreichische Gebirgsstadt, der ein levantinischer Hafen aufgepfropft worden ist.“

Das von Piovene skizzierte Szenario ist eindrucksvoll und im

wesentlichen richtig — wenn er auch die Vorliebe der Tiroler für das Vierteile Roten übersteht und sie zu Biertrinkern stempelt. Soff's drum. Uns geht es darum, zu erkunden, was die autochthonen Südtiroler in diesem Szenario — nach Bewältigung ethischer fernerer und näherer Vergangenheit — über sich denken. Hubert Mumelter schreibt in „Maderneid“:

„Für uns Südtiroler bedeuten die Ereignisse — es handelt sich um die Ereignisse von 1948, um die Revolution in Wien, um die neue liberale Verfassung Österreichs — also: für uns Südtiroler bedeuten die Ereignisse mehr als Metternichs Sturz, als Revolution und Verfassung, bürgerliche und nationale Freiheit. Es gelte wieder, unsere Freiheit und unser Land zu retten und zu erhalten. Die Willkür des Länderspiels, mit der einst Napoleon einen Großteil Südtirols Italien geopfert habe, sei zwar tot, aber die unrechtmäßigen Ansprüche aus jener Zeit seien lebendig geblieben, der Eindringling derselbe und sein Ziel, nach unseren Bergen und Tälern zu greifen und bis zum Alpenkamme seine Fremdherrschaft aufzuzichten. Hans Putzer erklärte mir auch das was Beda Weber, der sehr kluge Benediktinerpater und Geschichtsprofessor am Meraner Gymnasium, einem für unser Land sehr gefährlichen Bockspringer der Geschichte genannt hat. Es sei damit die Lösung der nationalen Einheitsbewegung gemeint. Ihr Fieber sei Gift für Tirol. Sie müsse den alten Begriff und Lebenssinn des Landes, seine tausendjährige Einheit und Eintracht untergraben und zerstören, gerade so, wie sie ganz Österreich, die Monarchie gefährde. Gerade hier im Herzen des alten Tirols, wo bisher die Welschen der Trentiner Talschaften, die Ladiner in den Dolomiten die Deutschen der Etsch- und Haackgauts friedliche Anrainer gewesen, werde das neue Lösungswort... zu einem Danaergeschenk... und zu Fluch und Unheil für die Zukunft. Beda Weber hatte gemeint, wenn man sich schon für den Anschluß Tirols an den deutschen Bundesstaat begeistere, so müsse man gerichtsreife eine Abtretung des Trentino an Italien gutheißen. Wenn man aber für den Bestand Tirols sei, für seine Sendung als eines übernationalen Alpenlandes ähnlich der Schweiz... so dürfe man sich nicht allzu stürmisch dem nationalen Geist in die Arme werfen, der für unser Land den Geist der Gegensätze und der Zwietracht bedeute.“

Mumelter nennt die nationale Toleranz, welche die tausendjährige Eintracht in Tirol trug, den „liebverwunden Geist Tirols“ und wenn er an anderer Stelle „Treue zu Tirol“ verlangt, so hat er eben diesen „liebverwunden Geist“ im Sinn, der uns heute geradezu kakaphisch erscheint, unglücklich beinahe, obschon er in und um Tirol, verächtlicher und verdrängt, noch fortlebt. Bei Franz Tumlir klingt er auf in einer lebendigen Kindheits Erinnerung:

„Und als ich es — das Bild von der Hinrichtung Cesare Bartisti — das erste Mal sah, habe ich es sofort begriffen als ein schauerliches Dokument gegen uns. Und es muß auch bei uns daheim, als ich klein war, davon die Rede gewesen sein, denn ich weiß noch, ich habe gebetet für Cesare Bartisti. Damals haben wir so gebetet als Kinder... Für wen wir alles gebetet haben, die Schwester und ich, abends; heimlich im Bett... Für Cesare Bartisti, aber auch für den jungen Kaiser Karl und die Kaiserin Zita... Gebetet und geweiht haben — aber immer lieber für jemand, von dem sie sagten, daß er ein Feind ist!“

Hier wird das Wissen um die schwankende Kontingenz aller Feindschaft offenbar. Wer war der Feind Tirols? Unser Feind? War es nur ein äußerer? Drohte er nur vom Süden her? Oder auch vom Norden? Und steckte er nicht auch in uns? Die Antworten auf diese Fragen aus der Vergangenheit mögen helfen, das Verhalten in der Gegenwart zu bestimmen — sie könnten freilich auch anders helfen, ihr Verhalten uns gegenüber zu bestimmen. In einem kleinen, zu unrecht vergessenen Büchlein über den „italienischen Irredentismus“ im alten Tirol schrieb Prof. Ignaz Philipp Dengel unter dem Pseudonym „Spectator Italia“:

„Zum Irredentisten wird aber der Italiener, wenn er gereizt wird durch die chauvinistischen Übertreibungen gewisser Überdeutscher und wenn man sein empfindliches Nationalgefühl verletzt.“

Die Innsbrucker Universitätskrawalle; die Verweigerung der Autonomie an das Trentino im Namen der teuren Ländereinheit. Dem „Schädigungsgrundbruch Europas“ von 1918 gingen leider etliche innere Brüche voraus, auf der großen österreichischen wie auf der kleinen tirolischen Szenerie, und es mutet wie eine Vorwegnahme von 1918 an, wenn Karl Grabmayr 1997 klagt:

„Namentlich zu den Italienern war — im Tiroler Landtag —

kein rechtes Verhältnis zu finden; man hatte doch ironischer die Empfindung, daß sie eigentlich nicht zu uns gehören und von uns am liebsten nichts wissen wollten.“

Dies war das Ende des alten Tirols; und ehe Österreich — Wien und Innsbruck — an die Stelle der alten Form eine neue zu setzen vermachten, kam jener Krieg, in dem Österreich, das Vielvölkerreich, das große Wirtschaftsreich der kleinen Völker, nach Hermann Bahr eine ebenso seltsame wie verlogene und falsche Entdeckung machte:

„Wir haben uns wieder; nun sind wir nichts als deutsch. Es genügt uns auch ganz, wir sehen jetzt, daß man damit völlig auskommt, fürs Leben und fürs Sterben.“

Man kam nur fürs Sterben damit aus. —

Nun aber endgültig heraus aus der Vergangenheit, die zwar unsere Gegenwart südlich und nördlich des Brenners vielfältig bedingt, die uns indessen nicht gefangen nehmen darf.

Noch einmal zuhück zu Piovene, der die italienischen Ansichten über die Südtiroler in seinem „Viaggio in Italia“ mit beträchtlicher Präzision synthetisiert:

„Es gibt (unter den Südtirolern) ganz wenige Verbrechen und kaum weiche gegen den Staat oder die öffentliche Verwaltung. Nie ein Verstoß gegen das religiöse Empfinden oder die öffentliche Ordnung. Prozesse über Ehetrennungen sind äußerst selten. Doch herrscht unter ihnen eine ewige Streitsucht, die in diesem System kleiner geschlossener Königreiche natürlich erscheinen mag. Die hohe Kultur ist armselig, hervorragend aber die Kultur im Kleinen, und das Gebiet hat als einziges Italiens nicht einen Analphabeten... Die deutschen Südtiroler Dialekte sind grob, Dichtung und Volksschauspiel mittelmäßig, das Gefühl der Liebe fehlt in ihnen so gut wie vollkommen...“

Eine von einem italienischen Soziologen unter Italienern durchgeführte Umfrage über die Eigenschaften der Südtiroler ergab die folgende Reihung:

„Die Südtiroler sind: 1. verbohrt; 2. konservativ; 3. nationalistisch; 4. diszipliniert; 5. mißtrauisch; 6. gehorsam; 7. rebellisch; 8. rückständig — ignorant; 9. beschränkt; 10. ernst; 11. grausam; 12. chauvinistisch; 13. Gewohnheitsmenschen; 14. vorurteillos; 15. patriotisch; 16. vertrauensselig; 17. individualistisch — naiv; 18. europäisch gesinnt — gebildet — intelligent.“

Studiert man indessen die Leserbriefe, so assoziieren die meisten Italiener zu Südtirol heute in erster Linie Dinge, die entweder oberflächlich oder nebensächlich erscheinen oder schlicht falsch sind: Bomben und Terrorismus, wobei nicht Kerschbaumner, sondern der Nichttiroler Bürger als Bannerträger gilt; Gefährdung der Grenze („Eines schönen morgens werden wir aufwachen und in aller Ruhe feststellen: Ich, jetzt haben wir Südtirol doch verloren“), schrieb ein Leser an den Corriere). Ein Politologe aus Turin meint:

„Es ist endlich an der Zeit, zur Kenntnis zu nehmen, daß man, wenn man über Südtirol redet, von einem Lande spricht, das... die wenigsten Analphabeten hat, das... die höchste Motorisierungsrate in der Landwirtschaft aufweist, das als einziges Gebiet Italiens über ein Genossenschaftswesen verfügt, das nicht über korruptiert ist, von einem Gebiet, das die Pulverisierung des Grundbesitzes... vermieden hat, und das schließlich Männer ins Parlament schickt, die sich trauen, sich offen für den Gesetzentwurf über die Ehecheidung auszusprechen.“

Dagegen zwei andere Leser:

der erste: „Der Bürgermeister im letzten Südtiroler Dorf hat bei der eingeborenen Bevölkerung stets mehr Achtung genossen als der Regierungskommissar in Bozen“;

der zweite: „Wie wird man der Minderheit je dieses dumme Gefühl ethnischer Überlegenheit austreiben können, solange in den Schulen Südtirols Lehrer unterrichten, für die Garibaldi ein ‚Waisch‘ ist, wogegen Andreas Hofer — das heißt, Garibaldi's bescheidene lokale Entsprechung — als großer Patriot gilt?“

Ich meine, die Zitate bedürfen keines besonderen Kommentars: man mag die Geschichte mit der Ehecheidung bezweifeln, man könnte einwenden, daß der Bürgermeister — ein gewählter Vertreter — auch in Österreich vielfach mehr Achtung genießt als der beamtete Bezirkshauptmann und daß dies eben zum Wesen der Demokratie gehört, man müßte dem zuletzt zitierten Leserbriefschreiber entgegenhalten, daß nach Karl Kraus derjenige, „der den Patrioten des andern Landes für einen Lumpen hält, ein Dummkopf des eigenen sein dürfte“.

Was einen bei Lektüre italienischer Bekundungen über Südtirol

bedrückt, ist weniger die mitunter scharf und ungerecht, hieswilen nur verständnislos negative Wertung über die Menschen von heute, sondern das absolute Nichtwissen, die Ignoranz, über das, was Südtirol, kulturell und politisch bedeutet hat: Galsmair oder Fallmerayer, Grubmayr oder Thöny oder Flora, die alle „hohe Kultur“ sind (in einem gewissen Sinne ist ja auch die Politik Reflex der Kultur), werden nie und nirgends erwähnt, dies indessen offensichtlich aus dem Grunde, weil sie auch im Geistesleben Südtirols einfach nicht mehr präsent sind, weil sie totgeschwiegen oder mißdeutet werden (wie Galsmair) oder an den Rand des Schulwissens verdrängt sind (wie Fallmerayer). Und man kann nicht erwarten, daß die ändern einen anders sehen und beurteilen, als man sich selbst ihnen darbietet.

Wie aber bieren wir, die Südtiroler, uns selbst und den ändern dar: als festgefügte Einheit heimatlicher Südtiroler, die tirolisch sind, die deutsch sind, dies alles indessen nicht sosehr der Worte wegen, die diese Begriffe implizieren, sondern gewissermaßen als Negation: Ich bin Tiroler, weil ich nicht Italiener bin; oder: Ich bin gegen die Italiener, daher bin ich Tiroler. (Bei einem Großteil der Italiener Südtirols verhält es sich im übrigen nicht anders). Dabei sind die positiven Werte des Tirolertums vielfach schon ausgehöhlt: die staatsbürgerliche Moral der Südtiroler — auch das Verhalten der kleinsten Gemeinschaft, der Gemeinde, gegenüber ist hier gemeint — ist heute eine andere als jene der alten Tiroler; die Steuermoral der Südtiroler ist eine andere, lockere als jene der Nordtiroler; das Verhalten im Straßenverkehr der Südtiroler ist wesentlich anders als jenes der Nordtiroler; obschon die Südtiroler pünktlicher, präziser, verlässlicher sein mögen als die in dieser Hinsicht reichlich großzügigen Italiener, hat hier doch schon ein beträchtlicher Anpassungsprozeß stattgefunden, dergleichen ist die Vorliebe zu unverbindlichem Gerede, die Scheu vor dem Sich-Festlegen im Sachlichen. Doch wohnt auch eine neu erworbene Eigenschaft, die möglicherweise damit zusammenhängt, daß man weiß und merkt, sooft gefehlt zu haben — zu welcher zweifelsohne aber auch die natürlich unverbindliche, häufig überschwänglich nichtssagende Attitüde der neuen Nachbarn veranlaßt mag. Ob um Bauer heute „Pasta“ statt des traditionellen „Plenta“ ist, verändert sein Wesen nicht. Häufen sich jedoch die Umstellungen, die Anpassungsphänomene in einer Person oder in einem Milieu, so ergibt sich daraus eine allmähliche Veränderung, eine Ver-Fremdung, wenn man so will, die indessen eines besonderen psychologischen Mechanismus zunächst dazuführen vermöge, daß man sich noch mehr und noch verbissener als das fühlt, was man, wie man fühlt, nicht mehr so ganz ist: in unserem Falle also als Tiroler! Als Tiroler von altem Schrot und Korn.

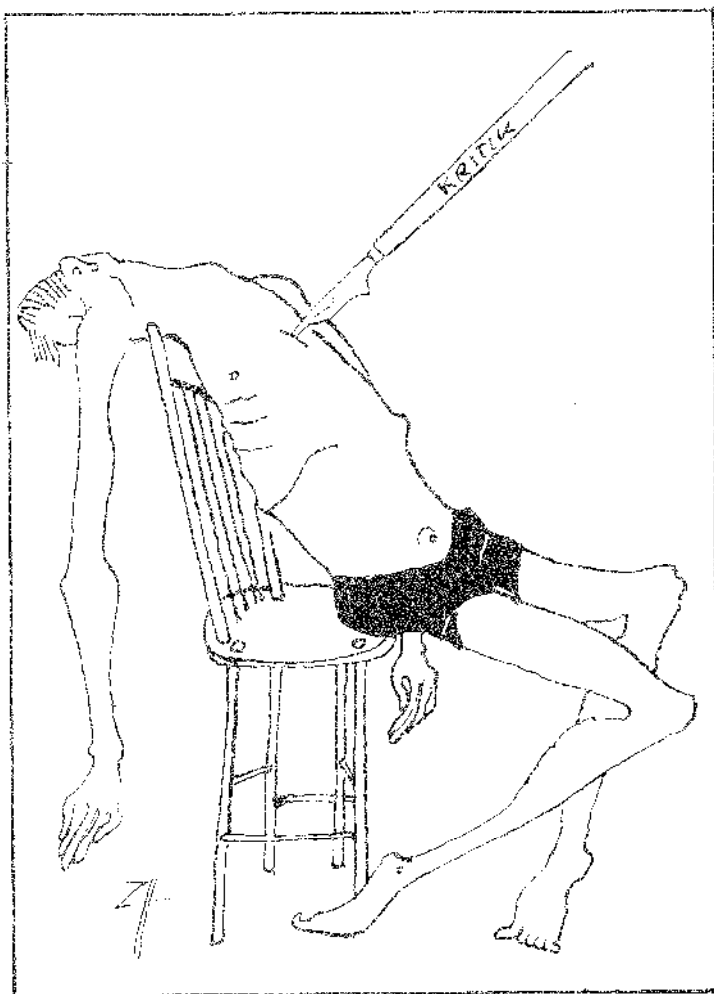
Hier geraten wir nun in die Sphäre der sozialen (in unserm Fall: nationalen) Vorurteile, der in keiner Weise systematisch überprüften „Urteile“ über sich selbst, über die „ändern“ und über die sich nicht „gruppengemäß“ verhaltenen eigenen Mitmenschen, und über diese Sphäre hinausgehend in jene der kollektiven Neurosen. Diese Vorurteile stellen einerseits den Konsensus zwischen den Gruppenmitgliedern her, sie legen die „Verhaltens-Erwartungen“ fest (und wirken solcherart als ungeschriebener Moralkodex), sie bestimmen andererseits das Verhältnis zur Fremdgruppe, schließlich gründet in ihnen auch die Intoleranz gegenüber jenen Mitgliedern der eigenen Gruppe, die sich nicht ins allgemein erwartete Verhalten einordnen, die eigene Wege gehen. Als Grundlage des erwähnten Moralkodex dient eine kleinbürgerlich-bäuerliche Traditionsmoral, welcher der wirtschaftliche Kosmopolitismus des Großkaufmanns oder Industriellen (der „Pfeffersäcke“, der „Laubenbarone“) ebenso verräterisch erscheint wie der übernationale Klassen-Solidarismus der Arbeiter oder das Kulturstreben des Intellektuellen, der seinem Geist alles an Nahrung zuführen will, was ihm erreichbar ist, aus welcher Nation, aus welchem „System“ immer es komme.

Dieses Verhalten ist wesentlich Ausdruck der Unsicherheit, der Angst, daher trachtet es, den Anschein eigener Macht zu erwecken (Einheit) und verherrlicht verwandte Macht (siehe die Bewunderung für Deutschland, die große Industriemacht). Aber indem es die innere Freiheit, die offene Dialektik von Interessen und Meinungen mit den Keulen der Vorurteile erschlägt, bewirkt es Schwäche statt Stärke, Uniformität statt authentischer Einheit, Stagnation statt Fortschritt, gelatige Lethargie statt bemühtem, forschendem Suchen. Wor seiner — dank einem kombinierten System von Tradition und neuen Vorurteilen — absolut sicher ist, wird nie nach sich fragen und wird sich folglich auch nicht in Frage stellen. Er wird dann frei-

lich kaum etwas oder nur Veraltetes, Obsoletes über sich auszusagen haben.

Um uns nun wieder kopfüber ins Tirolische zu stürzen: man kann nicht ewig das „letzte Aufgebot“ sein; man kann sich nicht ewig als Opfer der Weltgeschichte, als Opfer des Faschismus fühlen; das „Der Teufel soll sie holen, die ganze welsche Schar!“ ist sinnlos geworden angesichts einer Gegenwart und Zukunft, die von Südtirolern und „welscher Schar“ gemeinsam aufgebaut werden muß — aufgebaut für jene Südtiroler Jugend, die nicht wie die heutige gezwungen werden soll, sich die Zukunft im Ausland zu suchen. Und dies zu tun wird umso leichter fallen, als das Postulat eines andern patriotischen Liedes, das „wir woll'n Tiroler bleiben!“ im Sinn des „Blühens“ nicht nur gesichert ist, sondern auch subventioniert und aus fremdenverkehrsrechtlichen Gründen sogar propagiert wird. Siehe die „Lederhosen-Kultur“, die seit mehr als einem Jahrhundert zweifellos ein goldenes Zeitalter erlebt, ein reproduzierendes freilich nur. Die Südtiroler machen nicht mehr, wie Joseph Roth geschrieben hat, „Gschnadahöpfn aus ihrer Treue zum Kaiser“, sie singen nur noch jene nach, die die Alten gemacht haben.

Die Forderung des Konzils, daß die Kirche „in der lebendigen Beziehung zur Welt an der Erfahrung der Geschichte immerfort reifen muß“, gilt für alle Gemeinschaften, auch für die Südtiroler als Volksgruppe, wo dieser Reifeprozess in mehr als einer Hinsicht kouriert ist, behindert wird. Behindert durch ein Klima der neurotischen Spannung, des selbsterwählten Ausnahmezustands, in dem man sich gegen die geistige Verarbeitung der gegenwärtigen besonderen Situation im Lande dadurch wehrt, daß man einfach dekretiert, eine „Südtiroler Kultur“ könne es nicht geben. Es wird diese Kultur aber geben müssen, wenn wir nicht in Phantasieiosigkeit verkümmern, in faulem Selbstgenügen versumpfen wollen. Es wird die geben müssen, da die objektiven Voraussetzungen für sie da sind: das Drama des Landes zwischen Brenner und Salurn, der vielfach entfremdeten Menschen Südtirols ist noch nicht geschrieben; das Drama der tragischen Scheidung zwischen dem offiziellen Land, das Alto Adige hieß, und dem realen Land, das als Südtirol im Verborgenen weiter lebte, ist noch nicht geschrieben; die dramatische Begegnung



der „Erbfeinde“ in diesem Lande der Italiener also, die — kleine Bauern auf dem Schachbrett der faschistischen Kolonisierungs- und der kapitalistischen Industrialisierungspolitik — ins Land „gebracht“ wurden und der autochthonen Südtiroler, die nichts mehr gefürchtet hatten als diese Begegnung — dieses dramatische Ereignis ist nach ohne künstlerischen Ausdruck geblieben. Desgleichen die Tragödie der Option und Optionsfolgen, in welcher die Großen verschont blieben und die Kleinen — der „Pöbel“, wie der selbstgerechte Besitzerstolz meint — verschlungen wurden. Dies alles wird nur durch eine „Südtiroler Kultur“, nur durch eine „Südtiroler Literatur“ als Teil einer solchen Kultur verarbeitet, interpretiert, dargestellt werden können — so wie etwa triestinische Situationen nur von dem, was an Triester Literatur und Kultur schon da und anerkannt ist, interpretiert und dargestellt werden können. Und aus solcher Selbstdarstellung mag sich dann auch eine zeitgemäße Selbstdeutung ergeben. Mir scheint, daß ein Teil der Südtiroler Jugend, vor allem der akademischen, auf dem Weg dahin ist: sie nimmt sich die Freiheit, über sich selbst und über die „Aktion“, über Gegenwart und Vergangenheit nachzudenken; sie nimmt sich die Freiheit, das Erkannte — ob es nun richtig ist oder nicht, spielt zunächst keine Rolle — auch zu äußern; und sie begnügt in ihrem Bemühen einer italienischen Jugend, die fünfzig Jahre nach dem europäischen und tirolischen Schädelgrundbruch — für sich das Recht verlangt, deutsch zu lernen, um endlich die Mitbürger verstehen zu können.

Das neue Südtirol reproduziert wieder eine altösterreichische, alptirolische, meinetwegen kekanische Situation, auf engerem Raume, in neuer Umwelt, unter neuen Vorzeichen — aber mit den alten Problemen: Freiheit, Toleranz, Achtung der Menschenwürde allen Gegensätzen zum Trotz, ursprünglich demokratische Gliederung des Gemeinwesens, damit jeder — ob Deutschtiroler, Ladiner oder Italiener — auf jeder Sphäre gemäß seinem Gewicht die öffentlichen Dinge mitbestimmen kann und keiner sich nur als Objekt fühlen müsse. In der herrlichen, wünschenswert schwieriger Normalität der Vielfalt. Die Vergangenheit kann uns da keine Rezepte bieten; sie kann nur Wegweiser sein: was einmal falsch gemacht wurde, soll nicht wieder falsch gemacht werden; was einmal sich als Sackgasse erwiesen hat, soll nicht wieder als Ausweg angepöpselt werden. Sie soll auch zur Behutsamkeit im Urteil mahnen: vieles von dem, was als konservativ erscheint, ist deshalb beständig, weil es gut war und gut ist; andererseits aber mag die „konstitutierte Ordnung“, die in Südtirol geherrscht hat und teilweise heute noch herrscht, auch lehren, daß nicht jede konstitutierte „Ordnung“ Sympathie, Respekt und Bewahrung verdient, nicht jeder Auführer gegen solche Scheinordnung der Verachtung und Verdammnis würdig ist.

Es ist an der Zeit, daß Südtirol wieder zur Kornidee Tirols zurückkehrt, daß es die Freiheit als Wagnis im Innern auf sich nimmt und als Herausforderung nach außen aktiviert.

UND JETZT!

## Gedanken zur „Kulturpolitik“ der SH von Alexander LANGER, drei in Florenz

(1968/1)

Bei der letzten Ausschußversammlung der Hochschülerschaft im Geschäftsjahr 1967 gab es eine unerhörte Überraschung: der Vorstand brachte selbst einen Beschlufantrag vor, in dem die SH unter den gegebenen Umständen die Unmöglichkeit gedeihlicher Zusammenarbeit mit dem Kulturinstitut bezüglich der nächsten Meraner Hochschulwochen feststellt und sich darum für dieses Jahr fernhält. Der guten alten Tradition gemäß stimmte die Mehrheit des Hohen Rates dafür (man ist gewohnt, Regierungsvorschläge allgemein zu billigen; man stelle sich das Ergebnis der Abstimmung vor, wenn der Antrag aus der „Opposition“ gekommen wäre!). Damit ist das Kapitel der Beziehung Südtiroler Hochschülerschaft—Südtiroler Kulturinstitut in eine neue und akute Phase der Spannung getreten, die sich diesmal nicht verheimlichen oder auf einen kleinen Kreis von Eingeweihten beschränken läßt. Meines Erachtens ist diese Entwicklung zu begrüßen, weil dadurch das Problem endlich einmal offen zur Sprache kommt und sich wohl nicht mehr durch Vertuschen aufschieben oder umgehen lassen wird; und das ist gut so.

Es wäre wohl unvernünftig und kaum zu rechtfertigen, aus dieser „Spannung“ eine Art Kriegszustand zu machen; darum kann es den Südtiroler Hochschülern in ihrer Gesamtheit heute bestimmt nicht gehen. Wohl aber ist es an der Zeit, sich über die Reibungsmomente klar zu werden und darüber nachzudenken und zu diskutieren; die Spannung kam nicht über Nacht und ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ehlich aufzugreifen und einer Lösung zuzuführen (Lösung kann im äußersten Fall auch Bruch bedeuten), liegt im Interesse aller.

### Was nun!

Ich glaube, daß drei grundsätzliche Aspekte geklärt werden müssen, um einen gangbaren Weg zu finden: die Haltung der SH zur „Kulturpolitik“, zum Kulturinstitut und zu den Hochschulwochen im allgemeinen. An diesen Schwerpunkten dürfte sich wohl auch die zukünftige Entwicklung auf diesem Gebiet messen.

1. „Kulturpolitik“: Immer noch ist in der Hochschülerschaft rege Diskussion im Gang, ob die SH überhaupt eine kulturpolitische Funktion wahrzunehmen habe, und wenn ja, in welchem Ausmaß und mit welchen Zügen. Persönlich glaube ich, daß unter den Aufgaben der Südtiroler Hochschülerschaft bestimmt die studentische Interessenvertretung — derzeit zumindest — an erster Stelle steht und somit der gewerkschaftliche Aspekt der hervorstechendste ist. Dennoch aber scheint unter den herrschenden Umständen in Südtirol eine Mitbeteiligung der SH als Verband an der kulturellen Tätigkeit nicht aus-

zuschließen oder zu ersetzen. Das bedeutet, daß zu den Interessen der Südtiroler Studenten und der Bevölkerung im allgemeinen auch (und vielleicht sogar in eminenter Weise) die Pflege kulturellen Schaffens gehört; doch scheint es mir klar, daß die Aufgabe der SH hierin nicht dirigistisch aufgefaßt werden kann. Einerseits steht es ihr zu, „Voraussetzungen zu schaffen“, d. h. eine Vermittlerfunktion auszuüben, die in unserem Lande besonders notwendig ist. Da die SH als solche keine politische oder kulturpolitische „Linie“ hat oder haben soll, kann sich ihre Tätigkeit auf nur eine möglichst offene Vermittlung kultureller Anregungen und Begegnungsmöglichkeiten beschränken, die sie in vielfacher Weise wahrnehmen kann: Tagungen, Ausstellungen, Diskussionen, Presse, Arbeits- und Studienkreise, Vorträge, u. v. a. Größtmögliche Spannweite und Öffnung müßte selbstverständliche Voraussetzung und Verpflichtung sein.

Darüber hinaus aber könnte der SH eine ganz spezifische Rolle zufallen, die sie bisher nur ungenügend oder gar nicht gespielt hat. In ihrer Beziehung zu den verschiedenen „Autoritäten“ und kulturellen „Behörden“ des Landes könnte (und müßte, m. E.) die Hochschülerschaft jene Ansprüche der jungen und besonders studentischen Generation in Südtirol interpretieren (aber immer im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung, um nicht allein korporative Interessen zu verteidigen), denen bislang kaum oder nur wenig Rechnung getragen wurde. Das erfordert aber, daß die SH aufhört, neben vielen anderen offiziellen und halbamtlichen Vereinen und Verbänden (siehe Kulturheim-Innsassen im allgemeinen), „stichttragende Institution“ zu sein, die im Gesamtapparat des Südtiroler Macht- und Kulturesablishments eben auch ihre brav untergeordnete und stützende Funktion hat und zum Wohlgefallen der Mächtigen ausübt. Statt der allgewohnten und bestimmt bequemen Hörigkeit und Verantwortung nach oben müßte sie „nach unten“ ausgerichtet sein und in demokratischer Weise das Bedürfnis nach Erneuerung und überhaupt die Ansichten der Studenten vertreten. Es ist klar, daß dadurch die SH eine bereits ersessene Stellung „im System“ aufgeben müßte und sich dem Apparat dialektisch entgegenstellen, statt ihn gegen die sonst vielleicht rebellischen Studenten abzusichern.

### Kulturinstitut

2. Südtiroler Kulturinstitut: In der Südtiroler Kulturwelt übt das Kulturinstitut (SK) eine etwas zweideutige Rolle aus: ein Privatverein, der aber maßgeblich die Geschicke des Kulturlebens bestimmt, ist zum „Stein der Weisen“ geworden, an dem sich die Geister





scheiden und der die Kultur mißt. Es ist hier nicht am Platz (und ich habe auch kein Recht dazu), an den Statuten des SK irgendeine Kritik zu üben: Dieses Problem geht die SH nichts an. Wichtig ist für uns aber die Zusammenarbeit mit dem Kulturinstitut: Die gewisse Blutsverwandtschaft zwischen beiden Vereinen, die finanzielle Abhängigkeit, die lange Tradition, die zum Teil sich überschneidenden Aufgabenbereiche sind Grund genug, daß die gegenseitigen Beziehungen wieder einmal überprüft werden.

Grundsätzlich glaube ich, daß eine Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zwischen SH und SK fruchtbar sein kann und an sich wünschenswert ist, um nicht unnützen Kräfteverschleiß zu riskieren und um alle Möglichkeiten kultureller Arbeit in Südtirol angemessen auszunutzen. Außerdem stellen schon die schuldige Dankbarkeit und die geldliche Nabelschnur ernstzunehmende Beweggründe dar.

Aber: Echte Kulturarbeit fordert vor allem Freiheit und Eigenverantwortlichkeit. Und darin müssen wir noch allerhand erkämpfen. Solange z. B. die durchaus materialistisch-kapitalistische Ansicht herrscht und sich durchsetzt, daß „janschoff, wer Geld gibt“ (ist das ein „abendländisch-christliches Prinzip“?), ist ein konstruktiver Dialog natürlich unmöglich. Man kann nicht mitarbeiten und zugleich erpreßt werden; ebenso ist es unmöglich, mit einem Partner gleichberechtigt zu planen und zu handeln, der etwa der Überzeugung wäre, daß Studenten und junge Menschen im besten Falle „impulse, Nachahmungstrieb und Launen“ („Dolomiten“ II, 1. 68, S. 3) aufbringen und besser daran täten, sich intensiver ihrem Fachstudium zu widmen.

Im Verhältnis „Kulturinstitut—Hochschülerschaft“ muß sich also noch viel zum Besseren wenden, um echte Partnerschaft zu ermöglichen. Bestimmt ist es nicht leicht, innere Umstellungen zu fordern, wo der Partner überzeugt ist, in seinem guten Recht zu sein und wo vielleicht grundsätzlich verschiedene Auffassungen über Reife, Kultur, Mitsprache usw. herrschen. Aber vielleicht ist es trotz allem und mit einiger Geduld zu erreichen.

Dann würde sich auch die Lage insofern normalisieren, als das SK nicht unbedingt die einzige Institution sein müßte, mit der die SH zusammenarbeitet (bisher zeichnete sie sich ja durch wenig Phantastie in der Auswahl und Heranziehung von „Institutionen“ aus: SVP, SK, KVW, ASGB usw.). Und auch jeder Mißbrauch des einen Partners durch den anderen müßte aufhören. Wir wollen und können das SK nicht beeinflussen, ändern oder erpressen und erwarten uns seinerseits dieselbe Haltung.

#### Meraner Hochschulwochen

3. Hochschulwochen: In diesem Punkt kam die Krise schließlich zum Ausbruch, weil es gewissermaßen die erfahrbare Synthese der beiden voneinandergehenden ausdrückt. Deshalb begrüße ich die Entscheidung des Ausschusses vom 22. 12. 1967 als positiv, da endlich die gegenseitigen Sphären abgegrenzt und klar aufgezeigt wurden. Hoffentlich widersteht die SH konsequent allen Versuchen, doch

noch im letzten Augenblick durch passende Choreographie oder Ansprachen einer Veranstaltung den Segen zu geben, von deren inhaltlicher Gestaltung und Vorbereitung sie in der Praxis ausgeschlossen oder nur untergeordnet zugelassen wurde. Das bedeutet auch in diesem Fall nicht eine Kriegserklärung an die Hochschulwochen oder das Kulturinstitut: ein Akt unmißverständlicher Konsequenz kann vielleicht endlich jene Früchte tragen, die durch gegenseitige Verhandlungen offensichtlich nicht erreicht wurden.

Nun stellt sich auch hier die Frage, was wir eigentlich wollen. Man wirft uns vor, gegen eine Veranstaltung anzukämpfen, deren „geistig-ideellen Wert“ auch heute kaum noch jemand in Frage stellen dürfte“ (c. a. O.). Aber darum geht es nicht; wir wollen nicht irgendeinen „geistig-ideellen Wert“ oder irgendein Niveau: Wie sich unsere Kollegen an allen Hochschulen der Welt um neue Lehrmethoden und vor allem um anderen Gehalt des Gebotenen schlagen, so suchen auch wir nach Kultur, die etwas anderes als museale Bewahrung oder kontemplatives Wiederausgraben vergangener Schätze sei. Im konkreten Einzelfall wird seit Jahren eine pluralistisch aufgebaute Ausrichtung (wissenschaftlich und weltanschaulich) gefordert, eine mehr dialogisch und auf Mitarbeit hinzielende Vortrags- und Arbeitsmethode, eine vielseitigere Ausrichtung (nicht nur „humanistisch“) und vor allem aktuellere Problematik. Dies im einzelnen zu präzisieren wäre Aufgabe des entsprechenden Arbeitskreises; Aber wie es in solchen Dingen geht, scheinen „technische Schwierigkeiten“ dann und wann dazwischengefahren zu sein ...

Außerdem wäre es an der Zeit, die Gesamtfrage der Hochschulwochen aufzugreifen und zu besprechen: Welchen Sinn hat diese Veranstaltung heute, wozu dient sie eigentlich? Ist der Zweck die „Pflege des europäischen Denkens“, die Allgemeinbildung der Südtiroler Hochschulzöler, die „christlich-abendländische“ Ausrichtung, oder alles zusammen oder noch etwas anderes? Man müßte sich darüber einigen und dementsprechend auf längere Sicht hinaus planen, um den Hochschulwochen ein Gesicht zu geben, das diese Veranstaltung über Südtirol hinaus rechtfertigt und nicht nur, weil sie in Südtirol stattfindet. Gerade in diesem Punkt wäre eine unvoreingenommene und offene Auseinandersetzung mit dem Kulturinstitut von größtem Wert.

Damit komme ich zum Ende: Die hier nur oberflächlich und verallgemeinernd aufgeworfenen Probleme verdienen es, meiner Ansicht nach, ausführlicher und gründlicher diskutiert zu werden. Vor allem möchte ich „die Herren des Institutes“ bitten, zu den entsprechenden Punkten einen Diskussionsbeitrag zu liefern; Ich glaube, es wäre im Interesse des Südtiroler Kulturlebens und der Hochschulzöler, auch die andere Seite zu hören und durch eingehende Auseinandersetzungen allfällige Einseitigkeiten berichtigen zu können.

Von größter Wichtigkeit wäre es dann, daß sich andere Kollegen in dieser Sache zu Wort melden; andernfalls bliebe jeder Druck „von unten“ illusorisch.

Am 14. November 1968 versandte der Vorstand der SH die „Gedanken zur Kulturpolitik in Südtirol“ an alle Politiker im Lande. Die Broschüre war vom Vorstand gemeinsam mit Vertretern des Arbeitskreises „Kultur“ im Ausschuß der SH ausgearbeitet worden. Insbesondere ist die Schrift dem Anstoß von Hellmuth LADURNER, Otto SAURER und Kurt KADAWY zu verdanken.

#### 1) Einleitung

Es wird betont, die SH habe den Willen zu kulturpolitischem Engagement, das aber nicht mit parteipolitischer Bindung verwechselt werden dürfe. Diesem Engagement seien freilich durch ganz bestimmte SH-Strukturen bestimmte Grenzen gesetzt. Die Studenten seien die meiste Zeit im Ausland und könnten schon deswegen schlecht in kulturell wirkende Organisationen eintreten. Vielmehr sei es Aufgabe der Studenten, in eine Art außerparlamentarische Opposition zu treten und durch Kritik der kulturell wirkenden Organisationen — die meist in gefestigter Stellung mit den politischen Verantwortlichen im Lande verflochten seien — einen positiven Beitrag zur kulturellen Entwicklung Südtirols zu leisten. Dies umso mehr, als die Kulturpolitik Südtirols nicht die erforderliche und beanspruchte „Breitenwirkung“ erreiche, denn

- a) sie berücksichtige nur die bäuerlichen Lebensformen,
- b) sie entwickle sich zu einem wirtschaftsfremden Faktor,
- c) sie spreche vorwiegend die ältere Bevölkerungsschicht an,
- d) sie überlasse die Prägung des Stadtbildes dem italienischen Einfluß (die einzelnen Punkte sind in der Schrift näher erläutert), usw.

#### 2) Vorschläge allgemeiner Art

Sie werden gegliedert in I. Kultur, II. Schule, III. Bildungsplanung, IV. Volksbildung. Wir heben hier nur hervor:

- a) daß die Errichtung eines Landes-Jugendreferates gefordert wird, das — nach österreichischem Muster — möglichst selbständig arbeiten müßte,
- b) daß nach empirisch wissenschaftlicher Methode die Zahl der in den nächsten Jahren erforderlichen Akademiker (jeder Richtung), Volksschullehrer und der zu errichtenden Schülerheimplätze zu errechnen seien, weiters
- c) daß wissenschaftliche Bildungsforschung betrieben werden müsse, die die Grundlage jeder Bildungspolitik sein müßte.

#### 3) Konkrete Forderungen der Südtiroler Hochschülerschaft

(Unter Berücksichtigung des Sonderstatutes für das Trentino-Tiroler Etschland. Verfassungsgesetz vom 26. II. 1948 Nr. 5 Art. II.) — Vollinhaltlich wiedergegeben:

- a) Im Zuge der Neugestaltung der Meraner Hochschulwochen erstellte die Südtiroler Hochschülerschaft einen Entwurf zur Gründung eines Vereines, der sich als Hauptaufgabe die Behandlung aller jener Fragen stellt, die durch das Fehlen einer Universität in Südtirol entstehen. Die kulturelle Tätigkeit soll auf eine möglichst breite Basis gestellt werden: für alle Interessierten muß die Möglichkeit bestehen, im Rahmen der demokratischen Prinzipien bei der Gestal-

tung des kulturellen Lebens im Lande mitzuwirken und mitzubestimmen. Wir ersuchen deshalb das Amt für Schule und Kultur als Vertretungsorgan der Gesamtbevölkerung sich für dieses Projekt einzusetzen.

- b) Südtirol besitzt keine eigene Kulturzeitschrift, die den modernen Strömungen Rechnung trägt und der jungen intellektuellen Schicht die Möglich-

## Vorschläge zur Kulturpolitik

(1969/71)

keit bietet, an die Öffentlichkeit heranzutreten. Eine diesbezügliche Anregung bei der Studententagung am Grillhof, die an das Amt für Schule und Kultur weitergeleitet worden ist, und auch bei der Diskussion mit Assessor Dr. ZELGER in der Hochschulgruppe Wien wieder aufgegriffen worden ist, blieb bisher ohne Echo.

Auch die bestehenden Zeitschriften, die sich mit kulturellen Fragen unserer Zeit und der Zukunft beschäftigen, der SKOLAST und „die brücke“, finden weder moralische noch finanzielle Unterstützung von seiten des Amtes. Die Begründung lautet: sie kritisieren. Deswegen darf man sie nicht fördern.

- c) Von seiten der Südtiroler Hochschülerschaft wurde mehrere Male angeregt, alle Dissertationen der Südtiroler Akademiker zu sammeln, um auf diese Weise die intellektuelle Leistung des Landes sichtbar werden zu lassen. Da diese Vorstellungen nur auf Ablehnung und fehlendes Verständnis bei Assessor Dr. ZELGER stießen, ergriff die Südtiroler Hochschülerschaft die Initiative und beginnt nun, zumindest eine Liste aller Dissertationen der Südtiroler Akademiker zu erstellen.

- d) Ein viel umstrittenes Problem ist die Frage einer Universität in Südtirol. Hier versucht die Südtiroler Hochschülerschaft seit Jahren mit Anregungen und Vorschlägen eine Klärung des Problems zu bringen. Ihre Forderungen laufen darauf hinaus, statistische Unterlagen über den möglichen Zustrom an Studenten zu erstellen, die gesetzlichen Grundlagen zu studieren, den Aufbau moderner Universitäten kennenzulernen, um sie als Modelle zu verwenden. Im Januar 1968 wurde die Einsetzung einer Kommission versprochen: bis jetzt ist nichts geschehen. Wir fordern daher, eine Studienkommission einzusetzen, die diese Fragen gerade im Hinblick auf die Tatsache, daß gemäß einer Bestimmung des Pa-

ketes bei der Errichtung einer Universität die Landesregierung konsultiert werden muß, prüfen soll.

- e) Im Zusammenhang mit dem Paket müssen wir mit Bedauern feststellen, daß bei der Erstellung des Inhalts die Südtiroler Hochschülerschaft nicht konsultiert worden ist. Dies mag vielleicht überheblich klingen. Wenn man aber bedenkt, welche Bedeutung z. B. gerade die Anerkennung von Studientiteln für Südtirol besitzt, so wird dieser Wunsch verständlich. Selbstverständlich wurde der Passus in das Paket hineingenommen, daß für die noch ausstehenden Studientitel die Anerkennung in Angriff genommen werden soll. Das Problem liegt aber noch tiefer: durch die Hochschulreformen wird das derzeit bestehende Abkommen mit Österreich vom Jahre 1956 hinfällig. Es wäre notwendig gewesen, die Bestimmung mitzueinzuziehen, daß im Falle einer Neuerstellung eines Abkommens der bereits bestehende Rahmen nicht unterschritten werden darf.

Weiterhin: die derzeit bestehenden Militärbestimmungen wirken sich sehr hemmend auf das Studium aus: es ist einem militärpflichtigen Studenten an einer ausländischen Universität im allgemeinen nicht möglich, eine Dissertation über Südtirol zu schreiben, da er nur während der offiziellen Ferienzeit im Lande weilen darf, wenn er in Österreich studiert, offiziell nur 60 Tage im Jahre.

Weiterhin: ein Großteil der Studenten unseres Landes studiert in Österreich und Deutschland: für diese stellen fast ausschließlich Österreich und Deutschland die Stipendien zur Verfügung, obwohl Italien die Verpflichtung übernommen hat, die kulturelle Eigenart zu wahren und zu fördern. Es wäre daher unbedingt notwendig, daß die Staatsstipendien an die Provinz übertragen werden — diese Bestimmung hätte man vielleicht auch ins Paket aufnehmen können — so daß der italienische Staat auch für jene Studenten aufkommen muß, die im Ausland studieren.

Weiterhin: das Schulgesetz von 1935 sieht vor, daß eine Liste aller jener ausländischen Titel erstellt werden müßte, die in Italien anerkannt werden. Diese Liste fehlt bis heute. Für uns wäre sie äußerst wichtig, trotzdem hat man nicht versucht, diese Forderung in das Paket aufzunehmen.

(Die nun folgenden Ausführungen betreffen vor allem die Oberschulen unseres Landes. Solange diese sich nicht in eigenen Organisationen oder unter einem Dachverband zusammengeschlossen haben, fühlt sich die Südtiroler Hochschülerschaft verpflichtet, auch ihre Interessen, so weit als möglich zu wahren. Diese Verpflichtung erwächst aus der Tatsache, daß die Oberschulen das zukünftige Potential der akademischen Schicht des Landes darstellen.)

Jedes Land betreibt einen ausgedehnten Jugendaustausch. Hier wäre für unsere studehende Jugend, vor allem der unteren und oberen Mittelschule die

Möglichkeit gegeben, andere Länder kennenzulernen. Ein solcher Austausch müßte mit den anderen Staaten, aber auch mit Italien gepflegt werden, da sich hierbei die Möglichkeit böte, der Jugend Italiens die Probleme unseres Landes an Ort und Stelle zu zeigen.

g) Durch das Fehlen einer eigenen Universität besitzt Südtirol kein geistiges Zentrum; dieser Mangel macht sich besonders bei den Oberschulen bemerkbar, wo durch die starre Struktur der Schule ein kritisches Engagement innerhalb dieser Institution größtenteils unterbunden wird. Diese Leere wird sich in Zukunft nicht gerade zum Ergötzen jener Leute bemerkbar machen, die glauben, durch autoritäres Vorgehen jugendliche Kritik unterbinden zu können.

Das Amt für Schule und Kultur müßte daher in Zusammenarbeit mit den bestehenden Institutionen Vorträge für die Oberschüler veranstalten, die den modernen Geist auch in Südtirol hereintragen.

Die Gesellschaftsstruktur der Zukunft verlangt eine kritische Jugend, die den Mut besitzt, eigene Wege aufzudecken und zu beschreiten. Der ständige Wechsel der Arbeitsbedingungen, hervorgehoben durch die fortschreitende Entwicklung der Automation und der dauernden Änderung in den Konsumbedürfnissen der Gesellschaft, erfor-

dert einen selbständig denkenden Menschen, der die Fähigkeit besitzt, schnell umzulernen und sich umzustellen. Die reine Wissensbildung unterbindet größtenteils diese Fähigkeit. Der kritiklose und geistig unbewegliche, wenn auch mit Wissen vollgepropte Oberschüler wird so zum Hemmschuh in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und er wird der Arbeitslose der Zukunft.

h) Der immer größere Bedürfnisanspruch in der Gesamtgesellschaft zwingt die öffentlichen Institutionen, immer mehr Gebiete des Gemeinschaftslebens zu übernehmen und zu bearbeiten. Damit wird das Gebot, sich aktiv in das politische Geschehen einzuschalten, immer dringlicher. Aus diesem Grunde soll die politische Aufklärung und staatsbürgerliche Schulung bereits in den Oberschulen in Form von Vorträgen und durch persönliche Gespräche zwischen den Schülern und den Trägern politischer Ämter gefördert werden; die politische Diskussion muß bereits in den Schulklassen beginnen.

i) Ermäßigungen für Studenten in Geschäften, bei Skilift, im Schwimmbad, usw.; zur Zeit erhalten z. B. die Lehrkräfte beim Ankauf von Büchern in der Athesia 10% Ermäßigung; die Studenten und Schüler zahlen den vollen Preis.

j) Ferienpraxis: für Hochschüler und

Oberschüler soll die Möglichkeit geschaffen werden, während der Sommerferien in Südtiroler Betrieben arbeiten zu können. Dabei gilt es vor allem, eine Sonderregelung für die Sozialabgaben zu finden.

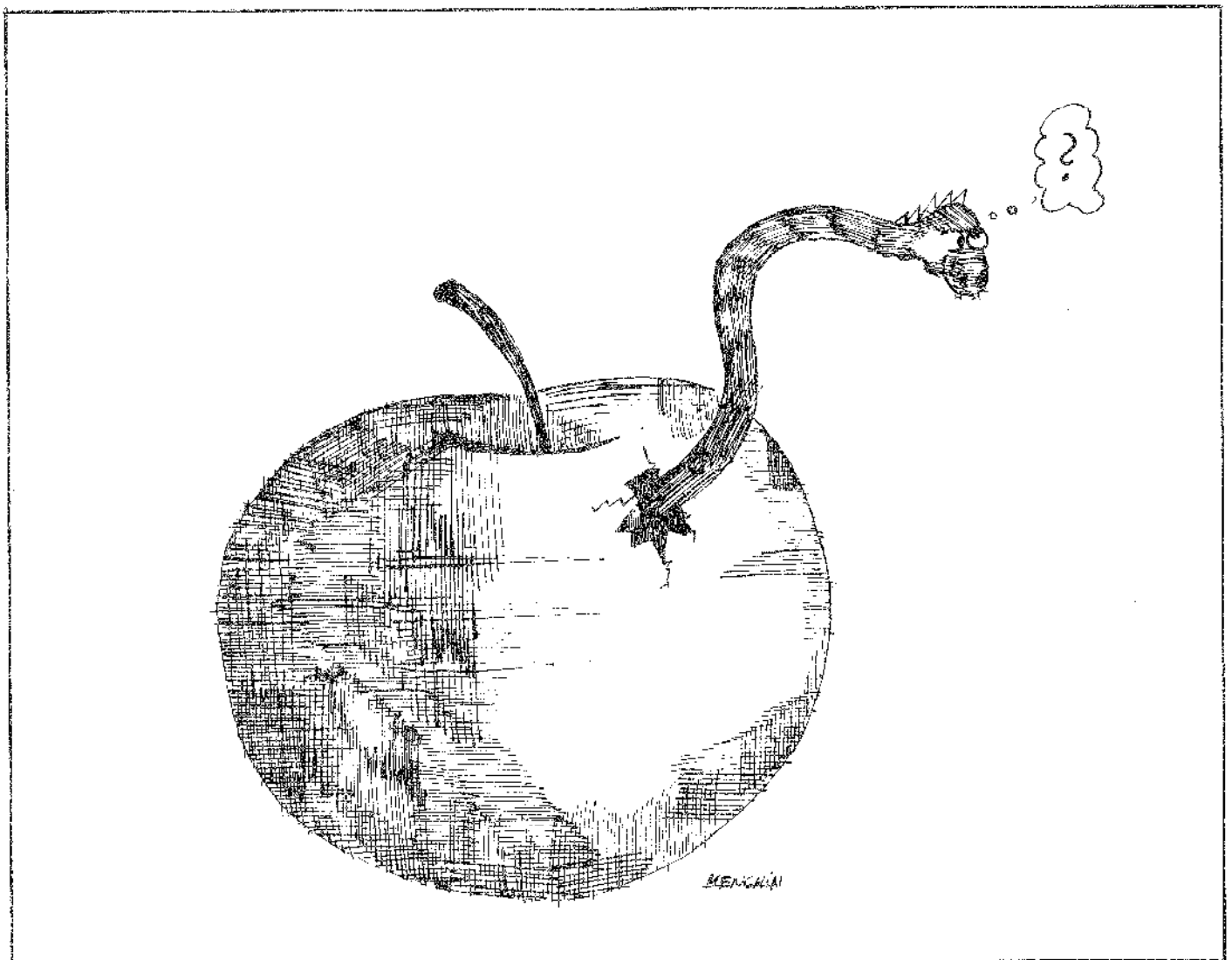
Ein weiterer Schritt auf diesem Gebiet wäre der Austausch von Werkstudenten über die Sommerferien.

k) Stiftung eines Walther von der Vogelweide Preises für die Jugend, der die Prämierungen von Leistungen auf den verschiedensten Gebieten umfassen sollte.

l) Für ein öffentliches Amt ist es unerlässlich, die Bevölkerung über die Tätigkeit dauernd und ausführlich zu informieren. Es müßte sich dabei aller Mittel bedienen, die ihm zur Verfügung stehen:

1. Presse, vor allem die Tagespresse und jene Zeitschriften, die von den einzelnen Institutionen herausgegeben werden, da sie einen ganz bestimmten Interessenzirkel ansprechen.
2. Rundfunk und Fernsehen.
3. Pressekonferenzen nach Erstellung von Programmen usw.
4. direkte Information durch Vorträge, durch den Besuch von Schulklassen, Veranstaltungen, Hochschulgruppen usw.

Denn es besteht die Pflicht für den Amtsträger, Informationen über seine Tätigkeit und seine Vorhaben zu geben.



# SÜDTIROLS LITERATUR DER ZUKUNFT UND DER LETZTEN ZWANZIG JAHRE

Norbert Conrad Krazer

(Sondernummer zur XIII. Studientagung 1969)

99% unserer Südtiroler Literaten waren am besten nie geboren, melinetwegen können sie noch heute ins heimliche Gras beißen, um nicht weiteres Unheil anzurichten.

In der Einladung zum heurigen „Italarischen Kolloquium“ heißt es: „Südtirols Literatur ist tot“. Wie aber kann etwas tot sein, das es nie gegeben hat? So spreche ich nun über Dinge, die es nicht gibt.

Hermann Mumelter — Post des Schiern

Trüber Tag

Ich wandert' einsam für mich hin,  
Ein trüber Tag und trüb mein Sinn,  
Und rings am Boden manches Blatt,  
Das schon der Herbst gebrochen hat.

Und als ein Windhauch d'rüberglitt,  
Da raschelt's rings: „Komm mit, komm mit!“  
„Komm mit, komm mit!“ auf Schritt und Tritt. —  
Wie mir dies heut ins Herze schneit.

Solche Gedichte hat man nie verboten und nie verbrannt. Sie tun niemandem weh. Das sind die Exkremente einer total vertrottelten Bozner Schießbudengesellschaft, die wohl über den Dingen steht und dann und wann ihre Seele entleert. So sind unsere Dichter, so ist auch unser Dichterbild, verlogen, verkitscht und kraftlos. Gesänge an die Abendsonne im Bozner Talkessel, Trauer, Tränen und immer wieder Herbst. Von 27 Landschaftsgedichten Mumelters betreffen 14 den Herbst. Und immer wieder — direkt oder indirekt — beruft er sich in akatharter Weise auf Goethe, als ob der solche epigonale Schandtaten sanktionieren könnte. Besonders brutal wird Hermann Mumelter erst, wenn er ins Lokalpolitische geht:

Heimatlied des Abwanderers

Heimat, du herrliche, hei' juchel!

Wie strahlst du in Schörsheit und Sonnenglanz!

Ein einziger großer Jubelschrei  
Erfüll mich ganz.

So heiligstill die weite Höh',  
Und alles Leben doch und Drang!

Wenn solche Herrlichkeit ich seh',  
So wird mir bang.

Wer allzu heiß die Heimat liebt,  
Dem bricht das Herze beim Verzicht.

Mein Herz, dem sie ja alles gibt,  
Brich du mir nicht!

Eins ist es, das mich aufrecht hält:  
Ist nicht mehr deutsch die Heimat mein,  
So kann sie, äde und entstellt,  
Mir nicht mehr Heimat sein.

Mumelter ist ganz brav in seiner Heimat gestorben. Er kann nicht besonders unter der italienischen Oberhoheit gelitten haben. Sein Schaffen würde schon vom Schlern belohnt, und im Juni 66 stellte sich der Heimatschutzverein Bozen durch die Veröffentlichung seiner Gedichte das beste Armutszeugnis aus.

Hubert Mumelter — Maderneid

1951 ist im Tyrolia Verlag dieser Roman erschienen.

Verena, eine alternde Boznerin, macht sich auf ihrem Gut Maderneid ans Schreiben. Diese Verena heißt in Wirklichkeit Hubert Mumelter, aber das macht nichts. Zuerst schreibt sie von ihrer Kindheit. Bozen als strahlende Handelsstadt und sie als strahlende höhere Tochter. Hans Putzer, der einzige Sohn der nicht weniger reichen Nachbarn, ist für sie bestimmt. Geld bleibt am besten bei Geld. Sie werden verlobt und lieben sich auch. Aber weil es gar

zu einfach wäre, gleich zu heiraten, kommt Hansens Freund dazwischen. Peter Rubatscher ist es, ein kraftvoller ladinischer Medizinstudent, der im Land herumvagabundiert. Verena verliebt sich unsterblich. Außerdem soll er das ermüdete Bozner Blut ihrer Familie wieder auffrischen mit rätischer Rasse. Hans wird farblos, Peter strotzt. Es kommt die Zeit der Freiheitskämpfe und reißt alle auseinander. Peter wird Soldat, Hans auch. Peter aber hat Umgang mit Hornayr und Hofer. Und dann, wie die Kämpfe in Tirol ausklingen, kommt Peter nach Maderneid: schwerverwundet. Sie hält ihn versteckt und pflegt ihn gesund. Aber es kommt auch französische Besatzung und nach Maderneid der edle Alphonse de Clermont. Er quartiert sich ein mit dem Haftbefehl für Peter. Langsam bekommt er Wind, aber er ist großmütig, denn er hat sich in Verena verliebt. Sie holen Wehrrechten zu viert: Mutter, Verena, Peter und Alphonse. Kurz danach kommt man ihnen doch hinter die Schliche. Peter flieht, Alphonse erschießt sich.

Und dann geht alles gut aus.

Der Roman ist mittelmäßig. Es ist besser, wenn Sie ihn nicht kennen. Die endlosen indirekten Reden ermüden den Leser, und auch die ewigen Landschaftsbeschreibungen, denn fast immer ist es hierbei. Nicht weniger grausig sind einige pseudophilosophische Ausführungen über das Gute und Schöne.

Die Personen sind teilweise scharf gezeichnet, lehnen sich aber viel zuviel an Goethe und Mann an. Das Südtirolerische ist ihnen aufgezwungen: sie bewegen sich schicksalsträchtig im Rahmen ihrer Rebstöcke. Der kräftige Ladinier hat, abgesehen von seinen kitschigen Gemütsregungen, etwas von einem Zuchtleiter. Alphonse ist ein richtiger Bilderbuchfranzose und soll für den Edelmut der gesamten Menschheit gerade stehen. Das schafft er natürlich nicht, deshalb bringt er sich um. Verena ist recht lebendig. Dafür kommt Hans viel schlechter weg, als er verdient. So richtig ein kakadentes Bozner Bürgersöhnchen.

Das Beste am Roman ist die Schilderung der politischen Zustände 1800—1848. Die Wetterwendigkeit der Bozner und die konsequente Erhebung der Bauern. Wenn der Roman überhaupt einen Höhepunkt hat, so ist es die Beschreibung der Stadt Bozen am Tage von Tirols erster Befreiung. Geht Mumelter aber einen Schritt weiter und vergleicht er durch die Blume die heutige Situation mit der damaligen, so schneidet er sich selber und seinem Roman ins Fleisch.

Es ist ein typisches Faktum in der Südtiroler Literatur — und das macht sie unlesbar und unmöglich —, daß immer wieder mit der nun genügend glorifizierten Andreas-Hofer-Zeit die heutige Lage kaschiert wird. Maderneid ist das Paradebeispiel. Flucht in die Vergangenheit paart sich hier mit politischer Aussage zu einem reinrassig nationalistischen Monstrum. Dazu kommt noch ein Schuß Aufgeklärtheit, der eigentlich nur verschleiern soll, was man sich nicht zu sagen getraut. Mumelter macht das sehr raffiniert. Wer kann ihm angesichts seines edlen Alphonse beweisen, er hasse die Italiener bis auf die Knochen? Wer kann ihm beweisen, er sei Rassenfanatiker letzter Sorte, wenn er vom erdentsprossenen, gottgewollten Geschlecht der Südtiroler spricht?

Maderneid ist tausendfach in der Literatur unserer Tanten und Väter.

Maderneid ist die politische Blindheit schlechthin.

Maderneid ist der Märtyrerroman eines leidenden Bergvolkes.

Maderneid ist eine Schweinerei.

Hildegard Hirzel-Mumelter

Maria Luisa Thurnsirr-Mumelter

Zum Mumelter-Clan gehören auch zwei Frauen. Die eine schreibt Lyrik, die andere Prosa. Hildegard Hirzel-Mumelter schlägt einen etwas mystischen Ton an, gebaut sind ihre Gedichte vorzüglich.

Keiner aber kennt sie. Wer kennt sich schon in diesem Land? Wer hilft sich weiter? So laß ich sie selber etwas sagen, wenn auch Genn und Trakl bei ihr nicht weit sind:

das rad

nach langen mühen war es so weit  
er erfand das rad aber nicht die zeit  
nun dreht und entdreht es sich seinem kreis  
es dreht sich und dreht sich auf geheiß  
es dreht sich bei tage es dreht sich bei nacht  
es dreht sich doch keiner hat es vollbracht  
es rückwärts zu drehen aus seiner sicht  
selbst drangeflochten gelingt es nicht  
nach langen mühen war es so weit  
er erfand das rad und erwürgte die zeit

Raumanzug, Radarstation, U-Boot, Luftkissen, Helikopter, Formell Rennwagen, Dragster und Jets sind von und für unsere Zeit. Nur im Wohnbereich und bei Stadtstrukturen leistet man sich den mit-leiderregenden Luxus einer gefälschten Antike

die Wohnzelle könnte dehnbar, erweiterbar, zusammenschraub-bar, aufblasbar, auswechselbar, zusammenfaltbar, beweglich, trans-portabel, transformabel, leicht durchsichtig konsumabel, wegwerfbar usw. sein — die Wohnzelle ist persönlicher als ein Kleidungs-stück, ist eine Art Kleidungsstück

falls ein Auto in einer dem heutigen „Häuserbau“ entsprechen- den Methode gebaut würde, würde es materiell fünfzigmal so teuer sein, schlechter funktionieren und aussehen wie eine Kutsche

Falls ein bewohnbarer Raum in einer der Autoindustrie entspre- chenden Methode konstruiert würde, könnte er fünfzigmal so bil- lig sein, besser funktionieren und nicht aussehen wie ein Haus

Nach Statistik:

200.000 Jahre waren notwendig, die Bevölkerung der Erde auf 2 Milliarden zu bringen — von 2 auf 4 Milliarden bedarf es nur mehr 40 Jahre — die Welt nach dem Modell-Holland von heute zivilisiert und besiedelt kann 12 Milliarden Einwohner ernähren

in 600 Jahren bleibt noch 1 qm pro Kopf — aber scheinbar schon vorher (nach Statistik ohne Gewähr) am 13. November 2025 (vor- aussichtliche Bevölkerung 25 Milliarden) soll ein allgemeines „Er- sticken“ eintreten — heute beanspruchen 19 Länder 70% aller Energiequellen dieses Planeten

unsere Städte sind flach und außer der jeweiligen „City“ lang- weilig verwässert

die Stadt bietet Leben, Dynamik, Kommunikation, Information, Unterhaltung usw.

sie muß intensiviert werden, sie kann nicht zweidimensional bleiben wenn sie nicht in Vororten sterben will

man stelle sich in großzügiger Höhe über dem Grünen oder über bestehenden Städten eine leuchtende, strahlende, durchsichtige, luftige, Stadt-Wolkenstruktur vor — einen Kumulus von bewohnba- ren Seifenblasen — eine Struktur von Verbindungskanälen nach al- len Richtungen — schwebende Plätze — Licht und Farben — ein lebendes, leicht bewegbares Raumnetz mit Verdichtungen — unse- re flachen Städte wird man nach oben geordnet explodieren lassen müssen damit sich die luftigen Strukturen kristallisieren — man wird Megastrukturen, konstruieren, die über unseren flachen Städ- ten ebenso hoch werden, wie die alte Stadt breit war

die zweidimensionale Dynamik muß durch die dritte Dimension integriert werden

die Landschaft vollkommen unberührt — das Grün ist nur unter und außerhalb der Megastruktur (innerhalb höchstens in Blumen- töpfen) — Licht und Luft durchfließen die dreidimensionale Stadt — die mathematische Wolke

heute zersiedelt man die Landschaft, die Vorstädte sind Pseudo- Stadt und Pseudo-Land

Privatbesitz und Städtebau sind unvereinbar

Heimat — Heimat — Heimat

ewig glühen golden deine stolzen aber treuen Berge

silbern strahlen deine Bergseen ewig

wie die Krüppelwalmdächer deiner Architekten

was der heutige Südtiroler für Kultur, Tradition, Charakter, Ori-

ginalität und Stil hält, ist nichts als Rückständig und Kulturlosig- keit

Südtirols Architekten schaffen nicht Architektur, sondern bewei- sen im Übertriebenen Maße ihre Impotenz

warum sieht in Südtirol jedes in den letzten Jahren gebaute Krankenhaus, jedes Hotel, jede Schule wie ein häßlicher Riesen- bauernhof aus?

Warum jede Villa wie ein Gartenzweig-Bauernhof?

Warum zersiedelt und überfüllt man systematisch ungeplant mit Krüppelwalmdächern die Landschaft?

Warum verstehen Südtirols Architekten so wenig von unseren wirklichen alten Bauernhöfen, von den Burgen, von den Türmen und von der Landschaft?

der Südtiroler ist rückständig, deshalb auch seriös

kulturlos, deshalb bedient er sich des alten um es nachzuahmen übriggeblieben ist ein ehrfurchtloses, fruchtloses steriles, to- tes Spiel mit schlechtem Kitsch — ein unterdurchschnittlicher Pop

es gibt einen Landschaftsschutz — er schützt die Landschaft nicht — es ist auch nicht notwendig — man müßte sich vielmehr vor der Dummheit schützen

die Architektur von heute hat schon begonnen — auch für die, die nicht daran glauben wollen und die Architektur von gestern ist schon vorbei, auch für jene, die noch an die von vorgestern glauben und Leitgeb. von den Fassionspielen zu den Legendendramen Wen- ters ist deutsche Dichtung. Wenn auch einige Dichter des 18. und 17. Jahrhunderts — Goethe seils geklagt — „sich der lateinischen Sprache bedienten, so schrieben sie im humanistischen Geiste und im Dienste der Kirche, doch Gesinnung und Idee dieser Dichtung stehen nicht im Widerspruch zu den geistigen Grundlagen des Lan- des. Eine italienische Dichtung in Südtirol dagegen hat es nie gegeben. Können wir ein gültigeres Zeugnis für Ursprung und Cha- rakter des Landes finden?

Es hat niemals eine italienische Dichtung im Lande gegeben. Es gibt sie auch heute nicht! Selbst in dem halben Jahrhundert, in dem die Italiener im Lande leben, haben sie keine Dichtung zu ent- falten vermocht. Sie sind Fremdlinge in dem Land geblieben, das sie zwar beherrschen, aber nicht besitzen. Denn besitzen kann man nur, was einem innerlich gehört. Was einem gehört, das aber findet Ausdruck im Wort, durch das der Mensch lebt.

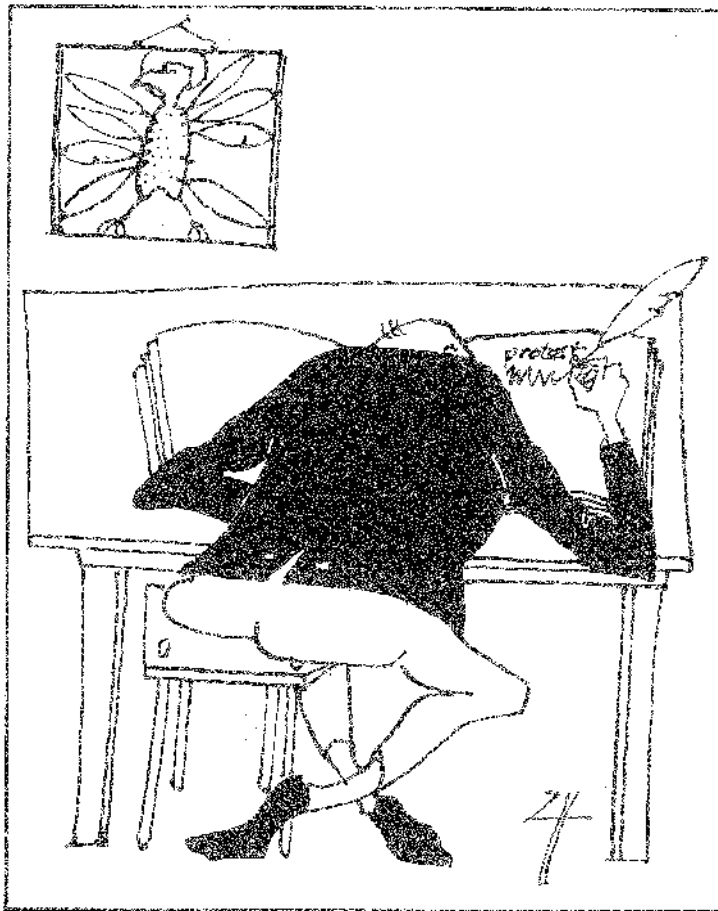
Das Südtiroler Land ist in der italienischen Dichtung stumm ge- blieben. Bedarf es eines gültigeren Zeugnisses? Es spricht jedoch aus deutschem Wort, es spricht von Ahnung und Erinnerung, von wechselnden Schicksalen und verjährtem Leid, von vorübergehen- der Trauer und unvergänglichem Glück. Es ist eine Zwiesprache, wie sie der Sohn mit dem Vater führt. Sie ist Schöpfung aus deutschem Geist, Teilstück eines großen Ganzen. So kann sie nicht vergehen, so lange das deutsche Wort in der Welt erklingt.“

Das ist idiotie. Man kann von den Italienern nicht verlangen, daß sie in so kurzer Zeit ein immenses Kulturgebäude errichten. Siegesdenkmäler und Drususbrücken werden nicht alle Tage gebaut. Trotzdem ist der Italiener nicht stumm geblieben, sondern hat sich mit Gianni Bianco und seinem Roman „Una casa sull'argine“ bereits literarisch mit Südtirol auseinandergesetzt. Und ist nicht die Über- setzerei der Ortsnamen ein poetischer Akt, der einem Thurnher ge- nügen müßte. An anderer Stelle kreidet er nämlich den Italienern an, sie sprächen noch keine altoatesine Mundart. Für einen Dozen- ten ist das ein straffbarer Blödsinn. Ich weiß nicht wo der gute Mann in seiner Vertrottelung das Recht herimmt, solche Absurditäten von den Italienern zu verlangen. Im übrigen verzapft er in seiner „Dichtung in Südtirol“ nichts als Lobhudeleien auf alles und jeden. Seine Kritiklosigkeit gegenüber allem was bei uns deutsch oder la- dinisch ist und seine nationalsozialistischen Reminiszenzen zerstö- ren noch das Wenige, was sich literarisch noch bei uns tut. Con- clusio: Eugen Thurnher ist ein armes Würstchen.

**Dolomiten-Athesia-Rai: Kultur ist, wenn man trotzdem lacht.**

Daß die drei obgenannten zur Volksverblödung beitragen, wissen wir bereits. Aber ich muß darüber selber noch einige Worte ver- lieren, so wie man einen Dreck fallen läßt.

Unser Tagblatt könnte ein kulturelles Forum sein, ist es aber nicht. Unser Tagblatt könnte Kulturpolitik betreiben und betreibt sie auch: bei Goethe ist stop. Goethe, die große Warntafel an der Kreuzung nach Süden. Und dann hat die Dolomiten noch die große



Von der übrigen Intelligentsia ganz zu schweigen; ihre Zahl ist Legion. Erich Kofler bleibt da. Warum? Er ist schadlos und hält sich schadlos. Thurnher vergleicht in mit Walther von der Vogelweide, der tollste Vergleich, der mir jemals untergekommen ist. Die anderen entziehen sich solchen Vergleichen und der Misere im Land. Bei uns kriegt man keinen Preis, bei uns wird man als Spinner verschrien und von den Dolomiten vorkelzert. Die Landschaft erschlägt einen, die Berge sind die Zäune des Weltbildes. Die nationalistischen und politischen Reibereien sind auf die Dauer unerträglich. Die Kulturpolitik liegt in der Scheiße.

#### Die Zukunft

Claus Gatterer schreibt: „Die Südtiroler hatten über sich nichts auszusagen“. Ich bin seiner Meinung. Es hat keine Literatur gegeben, nur Namen. Wallpach, Dallago, Mumelter, Schrott-Pelzel, Wolff, Wenter, Paulin, Oberkofler, Trenker, Leitgeb, Grem... kaum einer kenne sie. Vielleicht, daß jemand Luis Trenker kennt, den Fassentrolcher, den Geschäftemacher, der den Deutschen die Vorurteile über uns um blankes Geld verkauft. Oder wer liest noch Joseph Georg Oberkofler, den gefeierten Hiltferianer Wolff und Paulin kennt man vielleicht von ihren Sagen und dann ist bald Schluß. Das waren die Poeten unserer Väter. Wer aber von unseren Vätern kennt Franz Turnier, der immerhin schon 57 ist? Und damit geht der Hummel los. Ich habe zwar etwas gegen Bettelungen, aber er ist der Vater unserer Literatur und der Vater unseres Erkennens. Das klingt komisch, er wird schon nicht gegen seine Vaterschaft protestieren. Turnier beginnt 1935 zu schreiben und da werden die ersten hoffnungsvollen Literaten geboren: Rosendorfer und Zoderer. In den fünfziger Jahren platzt das erste Mal eine Generation, die noch den Krieg gesehen hat. Es wird wild durch die Gegend geschrieben, aber niemand nimmt Notiz davon. Zwei, drei Leute bleiben übrig. Zoderer hängt Studium und Zeitungsschreiberei an den Nagel und wird freier Schriftsteller. Von Südtirol hat er bisher meines Wissens keine Lire gekriegt. Zur Zeit wandert er mit seinem Roman „Schlaglöcher“ von Redaktion zu Redaktion. Der Roman muß für Südtiroler Begriffe natürlich schlecht sein. Ich kenne Ausschnitte davon: er ist herrlich. Auch Rosendorfer ist es gelungen sich durchzusetzen: „Bayreuth für Anhänger“ ist heuer bei Diogenes erschienen. Gatterer schreibt wie der Wilde. Kuno Seyr werden wir begegnen. Nach dem Imperius der fünfziger Jahre stehen wir jetzt wieder mitten drin im Trübel. Drei Südtirol-Anthologien werden in Kürze erscheinen. Wer heute anfängt zu schreiben, hat es leichter. Das Ausland beginnt sich für unsere Generation zu interessieren. Wir haben gute Vorboten: Turnier, Flora, Plattner.

Langsam brechen die Vorurteile uns gegenüber ein. Wir haben als Literaten die Pflicht, sie weiter einzureißen. Uns gehört das Wort. Bei uns stehn noch so viele heilige Kühe herum, daß man vor lauter Kühen nichts mehr sieht. Das Schiachfest wird grandios werden. Die Messer werden schon die ganze Zeit über gewetzt. Und unter den Schlächtern sind sticher zwei, drei Leute, die beim Beruf bleiben, denen es gefällt, den Tiroler Adler wie einen Gigger zu rupfen und ihn schön langsam über dem Feuer zu dröhen. Und die Italiener sind dann auch mit von der Partie. Auch sie haben die heiligen Kühe herdenweis. Die Schlächter stehen alle so in meinem Alter. Wir sind unser zwanzig und mehr. Manche können kein Blut sehen, aber das macht nichts. Südtirol wird eine Literatur haben, wie gut daß es niemand weiß. Amen.

#### Bonützte Literatur

Hubert Mumelter „Maderneid“ - Tyrolia  
 Walter Jens „Deutsche Literatur der Gegenwart“ - dtv 172  
 Herman Mumelter „Heimat in der Zeit“ - Ferrari-Auer  
 „Innsbruck 65“ Eine Dokumentation der XVI österreichischen Jugendkulturwoche“ - Sighert Mohn-Verlag  
 Franz Turnier „Volterra“ - edition suhrkamp 108  
 Eugen Thurnher „Südtiroler Anthologie“ - Stiasny-Verlag  
 Eugen Thurnher „Dichtung in Südtirol“ - Tyrolia Taschenbuch  
 „Der Jugend das Wort“ - Kulturinstitut  
 „Das Hausbuch der Tiroler Dichtung“ Ambros Mayr - Tyrolia  
 „die brücke“ 1--3. Jahrgang  
 „skolast“ 14. Jahrgang

Eigenschaft taub zu sein wie unsre Volksseele und stumm wie unsere Kühe. Die Dolomiten heißt Hase und weiß von nichts. Natürlich hat Südtirol auch einen Verlag, der so ziemlich monopolistisch die geistigen Güter des Landes verwaltert. Wenn's nicht paßt, der kann ja zu Ferrari-Auer gehen. Welcher Natur diese geistigen Güter sind, ersieht man aus den Dolomiten und dem Verlagsverzeichnis, das kostenlos überall zu haben ist, Spaghetti und Speckknödel. Nichts dagegen, die Literatur aber glänzt durch unverschuldete Abwesenheit. Tirolensien über alles. Die Aktien und der Einfluß liegen beim Klerus. Eventuell druckbare Literatur wird an den Tyrolia-Verlag abgeschoben, also doppelt zensuriert und schlecht verkauft. Lektor gibt es keinen.

Die Rai leidet zwar nicht so sehr unter Dummheit wie etwa Athesia und Dolomiten, sondern unter Nepotismus. Die Literatur in der Rai leidet unter Herrmann Vigl... und sie leidet schwer. Er gehört des Landes verwiesen.

Vox populi -- vox Rivadivi.

#### „die brücke“ und ihre Funktion

die brücke ist neben dem skolast das einzige Organ, das einem Schreibenden überhaupt ermöglicht, gedruckt zu werden. Unter welchen Aspekten die Produkte ausgewählt werden bleibt unklar. Es ist im Grunde auch unwichtig. Seit dem November 67 hat man also in Südtirol die Möglichkeit exhibitionistisch zu sein, seinen Geist und die Früchte seines Geistes zu entäußern. Irgendwie beginnt damit die Geburtsstunde der Südtiroler Literatur, die brücke hat auch mit der Auswahl bisher sehr viel Glück gehabt, weit mehr als der skolast, der in seiner letzten Nummer zum Beispiel einen schauerlichen Text eines gewissen Klaus Mayr abgedruckt hat. Zur politischen Tendenz dieser Zeitschrift mag man sich stellen wie man will, allein ihre Existenz rechne ich ihr hoch an. Allerdings kann man mit einer Veröffentlichung in der brücke bei uns ganz schön gehandicapt sein, keiner Erwähnung mehr wert. links angeschrieben usw. Südtiroler Penisneid. Zur Zeit schläft die brücke zur Freude vieler und mit ihr schlafen natürlich auch die Veröffentlichungen junger Landsteute. Der erste Schrei der Südtiroler Literatur, der Schrei nach Luft ist weg.

#### Das Exil

Turnier lebt in Berlin, Zoderer lebt in Wien, Claus Gatterer auch.

# skolast

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - August 1978 - 23. jahrgang

nummer 3

## Offener Brief

### an den Landeshauptmann und an den Landesrat für Schule und Kultur

Die harten Angriffe der Jungen Generation in der SVP und der „Dolomiten“ auf die Südtiroler Hochschülerschaft, weil diese sich mit einer Delegation der KPI, die im Februar dieses Jahres unser Land zu einem Studienaufenthalt besucht hatte, zu treffen wagte, haben eine Problematik (wiederum) aufgezeigt, die über den engeren Rahmen der Beziehungen SH - JG - Dolomiten hinausgeht und daher die Art berührt, mit der in letzter Zeit in unserem Lande mit den kulturellen und politischen Minderheiten, mit andersdenkenden Kreisen und Persönlichkeiten, verfahren wird. Die Tatsache, daß Südtirol in ein Presse- und Kulturmonopol eingeschlossen ist, hat der Intoleranz, der Verleumdung und der Strategie der Unterstellungen eine für die demokratischen Länder Europas einzigartige Dimension der „Straffreiheit“, den Vorteil der Widerspruchslosigkeit gebracht. Die antikommunistischen Kreuzzüge, die seit bald zwei Jahren ununterbrochen über unser Land rollen, haben eine Polarisierung geschaffen, die keine Zwischenpositionen, keine Vermittlung mehr zulassen. Das Klima des Kalten Krieges hat hier zur Folge, was ganz Europa noch vor Jahren so verhängnisvoll zu spüren bekam: man ist entweder auf der einen oder auf der anderen Seite. Was dazwischen liegt, wird zerrieben. Wer sich nicht vor den Karren des Antikommunismus spannen läßt und darin aufgeht, wird notgedrungen zu den Kommunisten gezählt — es sei denn, er schweigt vollkommen und stellt fest, daß es für ihn keine kulturelle Rolle mehr gibt. Die innere oder äußere Emigration scheint die einzige Alter-

native zu sein. Wie verhängnisvoll eine derartige kulturelle und politische Polarisierung für die Freiheit der Meinungsäußerung, der künstlerischen Gestaltung, des gesellschaftlichen Engagements sein kann, muß Südtirol in dieser Zeit erfahren. Wer nicht mit jenen ist, die bei uns Politik und Presse beherrschen, ist gegen sie: tertium non datur! Wer nicht mit ihnen ist, wird ohne Zögern zum Kommunisten oder zum „Wegbereiter für den Kommunismus“ gestempelt, ohne daß eine Möglichkeit der Rechtfertigung, der Verteidigung, der Erklärung auch nur irgendwie in einem annehmbaren Verhältnis zu Form und Heftigkeit des Angriffes (und nicht selten der Verleumdung) bestünde. Und wer dann einmal das Zeichen des Kommunisten trägt, ist erledigt. Diese unerhörte Vereinfachung (und Einengung) der kulturellen Auseinandersetzung läßt die Tendenz zur kulturellen Gleichschaltung erkennen, die ihre bedenklichen Folgen bereits mehr als deutlich zeigt und jede Form des Dissenses trifft. Wer den Dissens im eigenen Lande nicht duldet, ist wohl nicht legitimiert, sich mit der berechtigten Forderung der Meinungsfreiheit in anderen Ländern ein Feigenblatt zu verschaffen. Daran ändert auch die unterschiedliche Intensität der Einengung der politischen und kulturellen Freiheit, die hierzulande und in jenen anderen Ländern herrscht, nichts.

Für den Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft:

Der Vorsitzende  
Günther Pallaver

**Folgende Persönlichkeiten haben den im Titelblatt  
abgedruckten „Offenen Brief“ der SH unterzeichnet:**

Arch. Zeno ABRAM	Architekt	
Dr. Günther ANDERGASSEN	Schulleiter	
Dr. Werner v. AUFSCHNÄITER	Landesbeamter	
Elisabeth BAUMGARTNER	Journalistin	
Dr. Siegfried BAUR	Schuldirektor	
Dr. Luis BENEDIKTER	Oberschullehrer	
Dr. Alexander BRENNER-KNOLL	Oberschullehrer	
Dr. Oktavia BRÜGGER	Journalistin	
Dr. Hansjörg DELL'ANTONIO	Landesbeamter	
Dr. Siegfried DE RACHEWILTZ	Autor	
Willi ERSCHBAUMER	Landtagsabgeordneter	
Walter FILL	Journalist	
Dr. Eduard FLEISCHMANN	Universitätsassistent	
Alfred FREI	Partei sekretär	
Arch. Walter GADNER	Architekt	
Arch. Paul GAMPER	Architekt	
Prof. Claus GATTERER	Publizist	
Jörg HOFFER	Maier	
Dr. Elisabeth HÖGLINGER	Oberschullehrerin	
Michael HÖLLRIGL	Bildhauer	
Dr. Reinhold HÜBER	Arzt	
Dr. Reinhold JANEK	Mittelschullehrer	
Albert JANUTH	Partei sekretär	
Dr. Egmont JENNY	Landtagsabgeordneter	
Norbert C. KASER	Autor	
Roland KRISTANELL	Autor	
Dr. Florian KRONBICHLER	Beamter	
Dr. Hellmuth LADURNER	Landesbeamter	
Dr. Franz LANTHALER	Oberschullehrer/Gewerkschafter	
Dr. Hartmuth LINDENMEYER	Pastor	
Franco MARINI	Regisseur	
Gottfried MASONER	Maier/Musikkritiker	
Albert MAYR	Musiker	
Dr. Renate MEYER	Biologin	
Gerhard MUMELTER	Mittelschullehrer/Journalist	
Guido A. MUSS	Bildhauer	
Dr. Konrad NEULICHEDL	RAI-Angestellter	
Dr. Fritz NEUMAIR	Arzt	
Dr. Siegfried NITZ	Oberschullehrer	
Heidrun OBEREGGER	Malerin	
Turde OBEREGGER	Malerin	
Volker OBEREGGER	Musiker	
Kurt PARDELLER	RAI Angestellter	
Josef PERKMANN	Gewerkschafter	
Fritz PESENDORFER	ÖH-Vorsitzender	
Franz PICHLER	Maier	
Karl PLATTNER	Maier	
Robert PÖDER	Journalist	
Krista POSCH	Rundfunksprecherin	
Arch. Paul PREIMS	Architekt	
Airun PRÜNSTER	Malerin/Soziologin	
Dr. Roland PSENNER	Assistent der Österr. Akademie der Wissenschaften	
	Universitätsassistent	
Dr. Oskar PUTZER	Autor	
Dr. Konrad RABENSTEINER	Regisseur	
Klaus RAINER	Autorin	
Birgid RAUEN	Gewerkschafter	
Klaus REIDER	RAI-Angestellter	
Robert RIENZNER	Vize-Direktor des Instituts für Geförderten Wohnbau	
Dr. Otto SAURER	Maler/Autor	
	Schuldirektor	
Matthias SCHÖNWEGER	Universitätsassistent	
Dr. Rainer SEEBRICH	Gewerkschafter	
Dr. Max SILLER	Bibliothekar	
Benno SIMMA	Journalist	
Dr. Anton SITZMANN	Journalist	
Gottfried SOLDNER	Journalist	
Gerd STAFFLER	Journalist	
Luis Stefan STECHER	Maler/Autor	
Dr. Leopold STEURER	Oberschullehrer	
Emil STOCKER	Partei sekretär	
Josef STRICKER	Arbeiterpriester	
Hubert STUPNER	Musiker	
Dr. Walter TAPPEINER	Oberschullehrer	
Dr. Arno TEUTSCH	Bankgewerkschafter	
Markus VALLAZZA	Maler	
Arch. Roland VENERI	Architekt	
Dr. Otto VINATZER	Rechtsanwalt	
Oswald WALDNER	Autor	
		Karin WELPNER
		Malerin
		Hans WIDMANN
		Gewerkschafter
		Dr. Hans WIELANDER
		Oberschullehrer
		Dr. Otto WUNDERER
		Oberschullehrer
		Joseph ZODERER
		Autor/Journalist
		Arch. Oswald ZÖGGLER
		Architekt



# Zur kulturellen Situation in Südtirol

(1978/3)

## Voraussetzungen

Der Begriff Kultur bleibt abstrakt und unbrauchbar, wenn er sich nicht aus dem historisch-politisch-sozialen Kontext definieren und sich konkret in die jeweiligen Verhältnisse einordnen läßt. So ist auch die kulturelle Situation in Südtirol von bestimmten Bedingungen und Entwicklungen, aus denen ihr Charakter und ihre Bedeutung resultiert, abhängig. Die Kultur in Südtirol ist ihrer wesentlichen Funktion nach eine Volkskultur (vgl. den ausgezeichneten Artikel von P. Tinkhauser „Volkskultur in Südtirol“ in Skolast 77/2). Diese Restriktion und Schwerpunktsetzung wird durch zwei Konstanten bedingt. Die erste grundlegende Bedingung für die Entwicklung der kulturellen Situation in Südtirol hat ihren Ausgangspunkt in der ökonomischen Situation. Südtirol ist ein Land mit vorwiegend agrarwirtschaftlicher Struktur, bedingt durch seine geographisch-geologischen Gegebenheiten. Unsere kulturelle Tradition ist in einem bäuerlich-ländlichen Bereich entstanden und hat typische Formen für solche Arten von Gemeinschaften entwickelt.

Der zweite wesentliche Ausgangspunkt ergibt sich aus der spezifischen historisch-politischen Entwicklung, durch die Südtirol zu einem sprachlichen und kulturellen Randgebiet geworden ist. Abgesehen von den Gefahren, Chancen usw., auf die später noch eingegangen wird, bewirkt diese Situation folgendes Phänomen: in der politischen Auseinandersetzung wird, extrem vereinfachend ausgedrückt, der Volksturnsbegriff als Ausdruck des Kampfes um eine als bedroht empfundene, sprachlich-kulturell-geistige Einheit dominanter. Von dieser Entwicklung dialektisch betroffen und gleichzeitig auf sie einwirkend ist die kulturelle Situation. Diese beiden Voraussetzungen ergeben somit die Tradition, aus der sich die Kultur in Südtirol entwickelt hat: es ist eine stark betonte Volkskultur mit vorwiegend ländlich-bäuerlicher Ausrichtung.

## Politisch-soziale Entwicklung und Instrumentalisierung von Kultur

„Für Südtirol war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeit der Restauration. Die Wunden, die der italienische Faschismus geschlagen hatte, wollte man durch ein Zurückdrehen der Zeit heilen, durch ein Anknüpfen an das, was vorher gewesen war. Zerbrochene kulturelle Identität sollte wiederhergestellt werden durch restaurierte Tradition... Dazu kam, daß eine politische Aufwertung der Tradi-

tion dazu benutzt werden konnte, die eigene Machtposition auszubauen und die Aufmerksamkeit von anderen Gegenwartspolitiken abzuziehen.“ (Tinkhauser). So wurde eine kontinuierliche Entwicklung und eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart verhindert.

Die von politischen Zweckmäßigkeiten bestimmte Aufwertung von Tradition ist eine der Konstanten, mit denen versucht wird, die eigene Machtposition zu zementieren. Zwei weitere Konstanten, die die offizielle politische Auseinandersetzung in Südtirol wesentlich bestimmen, sind für eine Analyse der kulturellen Situation bedeutsam: die starre ethnische Trennung und die Privatisierung der offiziellen kultur- und bildungspolitischen Initiativen. Sie zeigen die politische Bedeutung dieser Initiativen, ihre Verwendung im Versuch, durch Reduzierung der politischen Themenkreise auf Fragen des Volkstumskampfes die verschiedensten Probleme wie soziale Gegensätze, Intransparenz der Entscheidungsstrukturen, Interessenvertretung der Arbeitnehmer, usw. aus der Diskussion auszuklamern. Die Manifestation der ethnischen Rolle wird als Surrogat- und Ablenkungsfunktion für die oben genannten Probleme politisch instrumentalisiert. Einer der Hauptträger dieser Instrumentalisierung ist dabei die offizielle Kultur- und Bildungspolitik, deren Ziele und Inhalte im wesentlichen deckungsgleich mit der derzeit herrschenden politischen Auseinandersetzung in Südtirol sind.

Auf diese die kulturelle Situation in Südtirol maßgeblich beeinflussenden Konstanten wird noch einzeln eingegangen. Die Instrumentalisierung von Kultur führt zu weiteren untragbaren Situationen, die hier nur stichwortartig angedeutet werden können: Einschränkung von Kreativität und Spontaneität, Erschwerung der kulturellen Identitätsfindung, Verhinderung von Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Problemen, Abdrängen und Totschweigen von Kritik und Alternativen (siehe Südtiroler Kulturzentrum oder Abwanderung von Künstlern).

## Bildungsdefizit

Zu den wichtigsten Faktoren der kulturellen und bildungspolitischen Situation eines Volkes gehört die Sprache. Sprache ist überhaupt die Voraussetzung für eine Kultur und die sprachliche Bildung ein ziemlich sicherer Gradmesser für den kulturellen Stand eines Landes. Südtirol ist durch die politisch-historische Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu einem sprachlichen und kulturellen Randgebiet geworden. Diese Situation bringt eigene Gefahren und Chancen. Über die Ge-

fahren, die die Nähe des italienischen Sprachraums mit sich bringt, ist schon anderswo genug geschrieben worden. Die Gefahren, die das eigene Verhältnis zur Sprache in Südtirol mit sich bringt, werden unter den Tisch gekehrt. Alzu einfach werden eigene Versäumnisse von dreißig Jahren mit dem Hinweis auf den gewiß unübersehbaren Schaden, den der Faschismus gebracht hat, verdrängt.

Die Situation an Südtirols Schulen ist nach wie vor sehr beunruhigend. (vgl. zum Problemkreis Bildung den Artikel von Seidl/Brugger/Köckel-Stangl: „Die Verdrängung sozialer Problemfelder als Folge einer erstarrten Volkstumspolitik: Südtirol seit dem Faker“, in: österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 77/2). Gezielte Maßnahmen, die nicht nur die Symptome, sondern auch die Wurzeln des Bildungsdefizites beseitigen könnten, werden allerdings nicht oder nur kaum unternommen. Es gibt kein eigenes Landestheater, die Untersuchung von Brenner-Knoil in Skolast 77/1 über das Bibliothekswesen in Südtirol deckt katastrophale Mängel auf. Die volkstumspolitischen Lippenbekenntnisse zur Erhaltung von Sprache und Kultur muten geradezu grotesk an, wenn man bedenkt, daß im Trentino für das Büchereiwesen im Jahre 1976 600 Millionen ausgegeben wurden, in Südtirol ganze 84 Millionen. Eine im Hinblick auf die Privatisierung bemerkenswerte Tatsache ist, daß von den insgesamt 299 Leihbibliotheken der deutschen und ladinischen Volksgruppe 266 von der katholischen Kirche geführt werden. Ein weiteres Zahlenbeispiel: für die Tessmann-Bibliothek, die faktisch eine in Südtirol fehlende Landesbibliothek ersetzt, wurden im Jahre 1977 35 Millionen ausgegeben, für die Musikerziehungskurse im gleichen Jahr aber 280 Millionen. Die Relation spricht für sich. Ein pädagogisches Institut, das die Ausbildung des Lehrpersonals für Südtirol verbessern und den spezifischen Bedürfnissen und Verhältnissen adäquat gestalten soll, ist immer noch im Planungs- bzw. Aufbau stadium und natürlich, wie in Südtirol generell üblich, von privater Natur. Es fehlen eigene Forschungsstätten, die spezielle Problematiken aufarbeiten und es fehlt nicht zuletzt eben eine Universität, die die spezifischen Besonderheiten erforscht, aufarbeitet und neue kulturelle und geistige Anregungen, Auseinandersetzungen und Alternativen nach Südtirol hereinbringt. Eine kurze Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang auch die Medienlandschaft, vor allem der Empfang von ausländischen Sendern. Das Pressemonopol, das die „Dolomiten“, die einzige deutschsprachige Tageszeitung Südtirols, innehat, ist hinlänglich bekannt, deren politische Ausrichtung ebenfalls. Bemerkenswert allerdings sind die Fernseh- und Radioprogramme, die aus dem deutschsprachigen Ausland bezogen werden können. Das

ZDF mit sicherer CDU-Mehrheit wird dem weitaus kritischeren ARD vorgezogen, ebenso wurde der informativere und anspruchsvollere ORF 2 dem ORF 1 geopfert. Eine ähnliche Tendenz, Kritik und Alternativen, aber auch Qualität und Information aus der Südtiroler Medienlandschaft entfernt zu halten, zeigt sich an der Auswahl des Empfanges der österreichischen Radiostationen, wo zwar Ö Regional (ein verbesserter Bonner Sender) und Ö 3 empfangen werden können, nicht aber der qualitätsvollere Ö 1. Diese Aufführung bleibt notgedrungen oberflächlich, schematisch und ergänzungsbedürftig. Eine weitere, diesen Rahmen sprengende Analyse erscheint mir jedoch notwendig.

## Kulturelle Erstarrung

Der Verlust von Heimat, die Unterdrückung von Minderheiten, der Versuch ihrer Assimilation ermöglichen erst ein besonders ausgeprägtes Bewußtsein von Volk und Heimat. „Heimatsbewußtsein prägt sich erst im konservativen oder restaurativen Kampf um die Erhaltung von Heimat aus, das heißt in einem Moment, in dem sich der Verlust der Geborgenheit in ihr abzeichnet. ... Die durch das faschistische Trauma und die auch noch nach dem Krieg bestehenden Ungerechtigkeiten bedingte Abwehrhaltung gegenüber den Italienern führte unter anderem zu einem völlig restaurativen Heimatsbewußtsein, zu einer konservativen Kulturpolitik, die auf eine ziemlich einseitige Erhaltung und Förderung von Brauchtum ausgerichtet ist“ (Tinkhauser). Zerbrochene kulturelle Identität sollte wiederhergestellt werden durch restaurierte Tradition. Die Beschäftigung mit Kultur wurde zur Beschäftigung mit der Historie. Dieser Rückzug ins Historische, in die erstarrte Tradition hatte für die Entwicklung der Kultur in Südtirol verhängnisvolle Folgen. Diese restaurative Kulturpolitik verhinderte eine Reflexion der neuen Situation, der neuen Gegebenheiten und Probleme. Die wirtschaftliche und soziale Struktur Südtirols hat sich entschieden verändert durch den Einbruch neuer Phänomene, von denen hier nur Fremdenverkehr und Industrie stellvertretend zitiert werden. Nun sollte Kultur, will sie ihren Anspruch erfüllen, kritische Auseinandersetzung mit solchen Prozessen wie auch Initiator neuer Entwicklungen zu sein, das heißt die Berechtigung von Kultur manifestiert sich als Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Diesen Anspruch aber kann die Kultur Südtirols kaum mehr erfüllen. Die Tradition hat sich verselbständigt, ihre Formen und Inhalte haben sich in den letzten Jahrzehnten praktisch nicht mehr weiterentwickelt. Statt sich mit neuen Problemen auseinanderzusetzen, wurde die Kultur ideologisch fixiert und auf eine Restauration beschränkt. Es ist bezeichnend, daß die sogenannt

besten Kulturerzeugnisse der Volkskunde sich vorwiegend mit Altem beschäftigen, dessen Konservierung scheint ihr oberstes und einziges Gebot. Die Beschränkung der Volkskultur auf historisch gewordene Formen und Inhalte höhlt ihre Existenzberechtigung praktisch aus. Es ist augenscheinlich, daß die Kulturpolitik in Südtirol die Entwicklung der letzten Jahrzehnte bewußt nicht mehr mitvollzogen hat. Das eindrucksvollste Beispiel, wie Kultur zur Tradition erstarrt und diese Tradition politisch instrumentalisiert wird, sind die Schützen. Obwohl es weder aus Zielen und Aufgaben, noch aus den tatsächlichen Aktivitäten ersichtlich wird, daß eine Berechtigung als kultureller Verein (der Anachronismus des Schützenwesens überhaupt ist eine andere Frage), werden die Schützen immer wieder als Kulturträger ersten Ranges für Südtirol hingestellt, eine Behauptung, die sich wohl schwerlich belegen läßt. Vielmehr ist dies ein Ausdruck, wie die sogenannte offizielle Kultur in die derzeit in Südtirol herrschende Politik integriert wird, als eminent politischer Ausdruck einer bestimmten, von präzisen Erwägungen determinierten Art von Volkstumskampf.

Bedingt durch diese Instrumentalisierung von Tradition hat die Kultur in Südtirol ihren Zusammenhang mit sozialen Faktoren längst verloren, sie erscheint beziehungslos und als „schöner Schein“ (wie es übrigens die Literaturbelegungen in den „Dolomiten“ auf erheiternde Weise beweisen).

Einige Eindrücke: Erst kürzlich fand in Bozen die Preisverteilung eines literarischen Wettbewerbs des Arbeitskreises Literatur im Südtiroler Künstlerbund mit anschließender Lesung der Preisträger statt. Es ist bezeichnend, daß der überwiegende Großteil der Gedichte und Prosastücke in keiner Weise auf die eigene Situation oder auf die spezifische Situation der eigenen Umwelt, Tradition, Problematiken, Verhältnisse usw. einging und daß niemand eigene formale Techniken und Mittel einsetzte. Einer solchen Erstarrung in nicht mehr die Gegenwart miteinbeziehende Formen und Inhalte wird aber sogar noch der absolute Vorrang gegeben, indem man Vorzüge wie „zeitlose Prosa“ usw. preist. Auch die Bände z. B. der Werkreihe Literatur im Athesia-Verlag sind größtenteils nur in beschränktem Ausmaß Auseinandersetzung mit den angeführten Faktoren, das heißt ihre Auseinandersetzung definiert sich größtenteils in keiner bestimmten statischen Form des Begriffs Heimat im Sinne einer Naturdichtung, die auch ihrerseits ahistorisch und überzeitlich wirkt.

Die gleiche gegenwarts- und gesellschaftsabgewandte Daseinsweise von Kultur zeigt sich, allerdings auf eine noch mehr zu Pessimismus stimmende Art und Weise, in den Produktionen für die breite bäuerlich-ländliche Schicht der Bevölkerung Südtirols.

(Man muß sich nur einmal das Niveau der Bühnenstücke der Volksbühnen und im Fernsehprogramm vor Augen führen!)

Die Problematiken und insbesondere die Widersprüche einer solchen Art von Kulturfassung zeigten sich in beeindruckender Weise in der Diskussion um das Theaterstück „Niemandland“ von Ebenberger, die, abgesehen von der inhaltlichen Aussage des Stückes, in aller Deutlichkeit die Frage nach Sinn und Zweck von Kulturproduktion stellte.

Die Bilanz ist insgesamt allerdings alles andere als ermutigend. Die Kulturformen werden auf bestimmte Brauchtumsformen reduziert, auch diese aber haben eine Weiterentwicklung und Auseinandersetzung mit der Gegenwart längst aufgegeben und obwohl immer wieder von lebendigem und volksverbundenem Brauchtum gesprochen wird, ist Brauchtum und Tradition zur inhaltsleeren Fremdenverkehrsattraktion und belustigenden Unterhaltung degeneriert.

## Ethnische Trennung

Mehrere Untersuchungen (Bildungsforschung in Südtirol, Schriftenreihe des Assessorats für Kultur, Heft 12, Bozen 1976, und andere) haben ergeben, daß „bei einem Großteil beider in Südtirol lebenden Volksgruppen ein großes Ausmaß an Offenheit, an Bereitschaft zum Erlernen der anderen Sprache und an Interesse für die Medien und die Kultur der anderen Gruppe festzustellen ist. Dieser Offenheit stehen jedoch institutionelle Strukturen gegenüber, die durch einen politischen Prozeß zustande gekommen und durch informelle zwischenmenschliche Beziehungen allein nicht aus der Welt zu schaffen sind. Diese institutionellen Strukturen stammen jedoch aus einer Zeit, in der die Verteidigung von Volkstumsinteressen das primäre politische Ziel der deutschen Sprachgruppe war. Beispielsweise sind die Strukturen des gesamten Bildungswesens in Südtirol auf dem Prinzip der strikten Trennung zwischen deutschsprachigen und italienischsprachigen Schülern aufgebaut. Dieses Prinzip war von der deutschen Gruppe als Abwehrmaßnahme gegen italienische Assimilationsbestrebungen politisch durchgesetzt worden“ (Seidl/Brugger/Köckels).

Diese Institutionalisierung wäre nun nach Erreichen der Sicherheiten für das Überleben der deutschen Volksgruppe in ihrer Eigenart durch das Paket obsolet geworden, im Gegenteil, Südtirol besäße als nunmehr ethnisch geschütztes sprachlich-kulturelles Randgebiet die einzigartige Möglichkeit der Grenzüberschreitung, sich Ausdruck und Wesenszüge zweier Sprachen und Kulturen zu erwerben, eine unschätzbare Bereicherung auf kulturellem und geistigem Gebiet zu erfahren, sich die Fähigkeit eines entsprechenden Verhaltens in unterschiedlichen Kontexten anzueignen, die Chan-

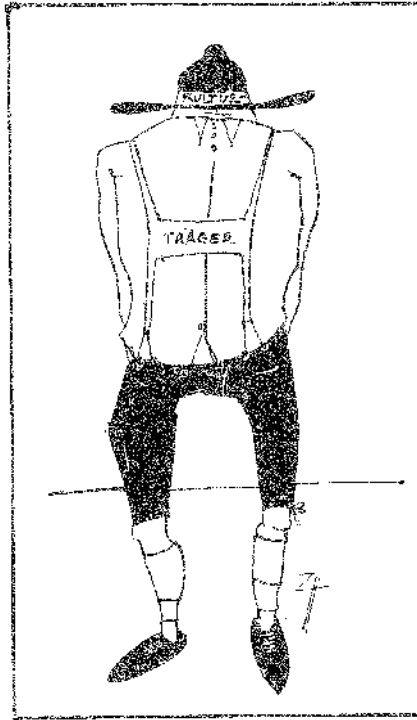
zen zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeitsmerkmale merklich zu erweitern.

Dennoch werden diese Möglichkeiten durch die herrschende politische Situation in Südtirol äußerst erschwert, wenn nicht verhindert. Die starre ethnische Trennung, in Zeiten der manifesten Bedrohung der Volksgruppe verständlich, wird auch heute, unter geänderten Vorzeichen, fortgesetzt. Die Landesräte für Kultur arbeiten getrennt, die gegenseitige Aufnahme von und Bereicherung durch die verschiedenen sprachlichen kulturellen Veranstaltungen wird durch verschiedene Methoden (Angriff auf führende kulturelle Unternehmungen, Totschweigen von Initiativen in der Presse, usw.) verhindert. Ein Kuriosum am Rande: die Apartheidpolitik setzt sich neuerdings sogar bis in den Sportbereich durch.

Außer den nicht genutzten Chancen, die oben angeführt wurden, bewirkt die ethnische Trennung (die somit auch hier notgedrungen eine Erstarrung mit sich bringt), im Zusammenhang mit der mangelnden Anregung aus dem deutschsprachigen Ausland, ein weiteres Phänomen, nämlich die Abwanderung eines Großteils der Südtiroler Avantgarde ins Ausland oder in den italienischen Kulturraum, die dann, eben auf Grund der ethnischen Undurchlässigkeit, der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols verlorengeht.

### Privatisierung

In der Zeit der Bedrohung der zentralen Interessen der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol war es notwendig, viele Initiativen, die ansonsten in das Aufgabengebiet der öffentlichen Hand fallen, privaten Institutionen zu übergeben. Dies hatte die Nebenwirkung, daß wichtige Einrichtungen, die für die Südtiroler Bevölkerung geschaffen wurden, nur in einem geringen Ausmaß der öffentlichen Kontrolle unterstellt sind. Die überragende Bedeutung privater Institutionen ist einerseits dadurch bedingt, daß das Land lange Zeit hindurch Einrichtungen unterstützt hat, zu deren Förderung es offiziell keine Kompetenzen hatte... Die Intransparenz der Entscheidungsstrukturen ist jedoch — zweitens — durch die Abhängigkeit vieler kultureller Initiativen von finanziellen Mitteln aus dem Ausland bedingt. Über die vom Ausland kommenden Gelder gibt es keine öffentliche Diskussion und keine Einsicht in die Bilanzen. Geldgeber sind vor allem das österreichische Bundesministerium für Unterricht und Kunst, aber auch einzelne Bundesländer, darunter an erster Stelle das Land Tirol. Direkte und indirekte finanzielle Hilfe wird auch aus Bayern und einigen anderen deutschen Bundesländern geleistet. Weiters sind auch private Vereine wie zum Beispiel die „Stille Hilfe für Südtirol“ und das „Kulturwerk für Südtirol“ in der BRD mit erheblichen Mitteln am Aufbau kultureller Einrichtungen in Südtirol beteiligt gewesen und



noch beteiligt.

Die ausländischen Geider machen Südtirol von den ideellen Konzepten der Geldgeber und der Personen abhängig, die die Verteilung der Mittel in der Hand haben. So wird eine große Summe von Geldern für Musikkapellen, Schützenvereine und Kulturhäuser ausgegeben, durch die die traditionelle Kultur einer bäuerlichen Gesellschaft aufrechterhalten wird, während andere Projekte, etwa solche zum Abbau des Bildungsdefizits der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe, weder konzipiert noch unterstützt werden.“ (Seidl/Brugger/Köchel-Stangl).

Die — wiederum in der damaligen Zeit notwendige — Privatisierung von Strukturen wird auch heute noch fortgesetzt. Der Versuch, durch diese Privatisierung Kultur ideologisch zu filtern und auf eine Restauration zu beschränken, ist klar ersichtlich. In diese Richtung geht auch die vorne erwähnte Aufwertung und Förderung von Brauchtumsvereinen, Musikkapellen, Schützen usw. als Träger der offiziellen Kulturpolitik. Ein großer Teil der kulturnachschaffenden bzw. -verwaltenden Organisationen sind privater Natur. Sie erstrecken sich von den Bibliotheken und Leihbüchereien über das Pädagogische Institut bis hin zum Südtiroler Kulturinstitut mit seinen umfassenden kulturellen Aufgaben und zu universitären Ersatzeinrichtungen wie das Südtiroler Bildungszentrum. Ein markantes Beispiel, wie Vereine als Werkzeuge dieser Kulturpolitik durch ihre konservativen Dachorganisationen gesteuert werden, bietet der Bund Südtiroler Volksbühnen, dessen Zentrale das Angebot an Theaterstücken bestimmt, aus welchen die Vereine dann auswählen (vgl. Tinkhauser).

Diese Privatisierung von Kulturpolitik bewirkt eine zweifache Art von Konditionierung. Einerseits wird die

Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle drastisch eingeschränkt, das Legitimationsproblem entfällt, Motive und Inhalte der Initiativen bleiben maßgeblich unüberschaubarer und undurchdringlicher. Diese Privatisierung kann andererseits gegen bestimmte Organisationen repressiv eingesetzt werden, das heißt es gibt keine Möglichkeiten seitens dieser Organisationen, Forderungen an die öffentliche Hand zu stellen, sie sind immer auf das Wohlwollen dieser privaten Organisationen angewiesen (es gibt z.B. genügend Beweise, wie selektiv die Verwaltung des „Hauses der Kultur — Walther von der Vogelweide“ ihren privaten Charakter einsetzt).

Diese Intransparenz der Entscheidungsstrukturen wird in den zahlreich in Südtirol vorhandenen Vorfeldorganisationen fortgesetzt. Eine weitere Art der Repression durch Privatisierung, die näher zu untersuchen wäre, ergibt sich dadurch, daß die Kirche durch den Besitz vieler und oft der einzigen Säle der Dörfer auf dem Lande eine große Macht hat und diese Macht (wie es der Fall Kulturzentrum unter anderem zeigt) durchaus selektiv einsetzt.

### Perspektiven

Erst in letzter Zeit mehrten sich die Versuche, in der kulturellen Entwicklung eine neue Art des Selbstverständnisses zu finden. Es sei nur stellvertretend an die Bücher Zoderers oder an die verschiedenen Theaterinitiativen der letzten Jahre (IGTST und SÜDTIROLER INITIATIVE) erinnert. Auch das lokale Fernsehprogramm hat mit der Ausstrahlung von neuen Südtiroler Theaterproduktionen eine neue Verantwortung bewiesen. Zwei der gelungensten Experimente möchte ich erwähnen, als Beispiel für schöpferischen Umgang mit der Tradition und deren Gegenwarts- und Gesellschaftsbezug zugleich: das Theaterstück „Szenen aus dem Bauernkrieg 1525“ des Südtiroler Kulturzentrums und der Gedichtband „Korrrnliadr“ von Luis Stefan Stecher.

Als vorerst wichtigste Aufgabe für die Hinbringung der Kultur in Südtirol zu einer gegenwarts- und gesellschaftsbezogenen Position erscheint mir eine den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende Neudefinition des Begriffs Volkskultur. Es muß überdacht werden, für wen Kultur produziert werden soll, welche Problematiken aufgegriffen, welche Positionen eingenommen werden sollen. Kultur muß aus ihrer inhaltsleeren und formal erstarrten Situation herausgerissen und schöpferisch erneuert werden. Eine Kultur, die zum Klischee, zur Karikatur ihrer selbst wird, die sich auf die Tradition beschränkt und diese verselbständigt, kann kein Verständnis mehr aufbringen für die Probleme, die die Gegenwart mit sich bringt, sie wird anachronistisch und läuft sich selbst tot. Dieser Gefahr entgegenzuwirken, bleibt eine der vordringlichsten Aufgaben.

# Ein Fetisch, der in die Vergangenheit weist

Gerhard Mumeiter

Ein Referat zur „geistigen Einheit“ und Verschiedenheit  
(1984/2)

Das Thema „Die geistige und literarische Einheit Tirols“ behandle ich mit einem gewissen Unbehagen. Die Fragestellung wird uns von einem Gedenkjahr aufoktroiert, das wir nicht erfunden haben und das im Grunde keinen Anlaß zum Feiern bietet. Doch da in diesem Lande das Feiern gang und gäbe ist und das Zelebrieren der Vergangenheit als geeigneter Weg verstanden wird, um auf die Herausforderung der Gegenwart und der Zukunft zu reagieren, mag es angebracht sein, ein paar Worte zu diesem Thema zu sagen.

Um es mit Norbert C. Kaser auszudrücken: wir sprechen über etwas, das es gar nicht gibt. Denn worin besteht denn diese pantomimische, so lautstark angepriesene Einheit Tirols? Was ist unter diesem Schlagwort überhaupt zu verstehen? Handelt es sich um eine Parallelität einer kulturellen Entwicklung, ist es die Identifikation mit einer anderen kulturpolitischen Realität? Ist es ganz einfach eine eingebildete geistige Affinität, der eine politische Nostalgie zugrunde liegt? Ist es die Projektion politischer Einheitsvorstellungen in den kulturellen Bereich oder etwa die Ansicht, eine gemeinsame ideologische Grundlage stelle bereits eine geistige Bruggenschaft dar? Wie verschwommen derartige Begriffe sind, läßt sich ermesen, wenn man dieselbe Fragestellung auf andere Gebiete überträgt. Gibt es eine geistige Einheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich? Läßt sich eine literarische Einheit zwischen Österreich und der Schweiz finden? Es ist klar, daß auf derartige Fragen hunderte verschiedene Antworten möglich sind, je nachdem ob man das Thema historisch, kulturgeografisch, heimatkundlich, sprachwissenschaftlich, kunsthistorisch, politisch, religiös oder geisteswissenschaftlich behandelt und je nach Epoche, der man es zuordnet. Die Väter dieses erspriesslichen Gedenkjahres wollen die Frage allerdings rhetorisch verstanden wissen. Eine Verneinung steht nicht zur Diskussion. Und damit sind wir bereits beim Kern des Problems angelangt, nämlich bei der politischen Funktion des Gedenkjahres. Wenn bei uns von den Werten des Tirolertums und von 1809 die Rede geht, dann heißt das allemal Abwehrkampf, Abwehrkampf gegen alles, was sich nicht bodenständig gebärdet, gegen die Gefährdung der Einheit und der Muttersprache, gegen Unterwanderung durch Andersgesinnte und Anderssprachige. Ich zitiere aus den „Dolomiten“: „Besinnung auf das, was es zu schützen gilt, auf die Werte, die wir für die kommenden Generationen unseres Volkes erhalten wollen, die in unserer Haltung, ja in unserem ganzen Leben zum Ausdruck kommen sollen. Wer das nicht mit vollzieht, der gehört nicht zu uns. Die großen Gestalten unserer Geschichte sind uns darum immer wieder Vorbild.“

Der Begriff der Einheit, der Sammelpartei, des Zusammenhaltens, das Verteufeln, Ausschließen und Torschweigen Andersdenkender hat in Tirol Tradition. Und nun tut offensichtlich eine Rückbesinnung auf diese Werte des Tirolertums not. Wie das zu funktionieren hat, wird unter anderem in einem Aufruf der SVP-Jugend erläutert. Italienische Begriffe sollen von den Speisekarten der Südtiroler Gasthöfe verschwinden, Tirolisches Denken und Handeln soll im Vordergrund stehen. Die Einheit Tirols soll sichtbar gemacht und gelebt werden. Diese kollektive Aufwallung des Tirolertums hat uns gerade noch gefehlt. Ein vom Kulturverlust und vom Massentourismus geprägtes Selbstwertgefühl soll mit der Fünche geistiger Einheit verschoren werden.

Wir haben fürwahr viel zu feiern: der Prozeß der kulturellen Verarmung geht weiter, Ausverkauf und Zerstörung der Land-

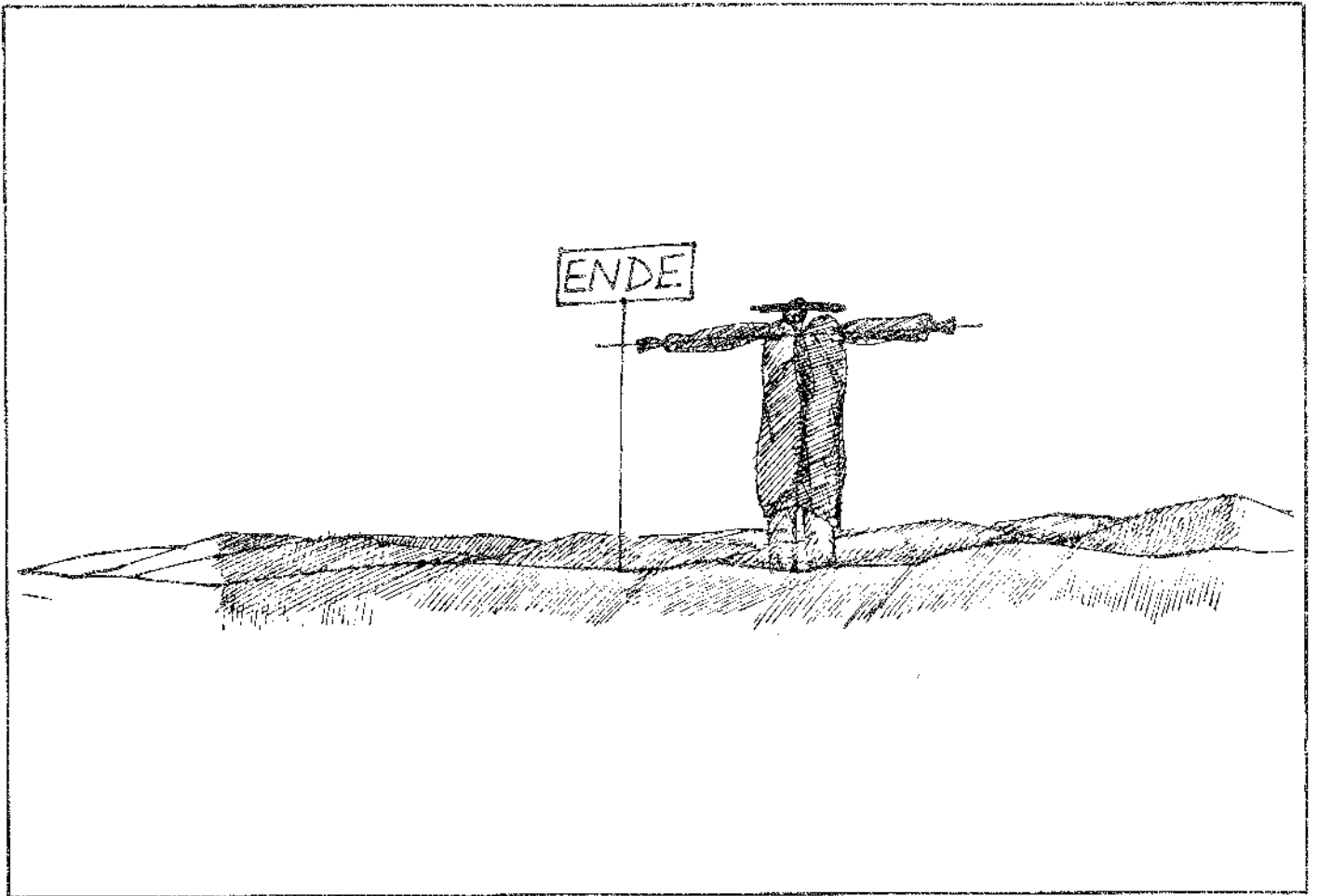
schaft halten unvermindert an, die Jugendkriminalität ist unter der deutschsprachigen Landbevölkerung Südtirols um gut 100 Prozent gestiegen, die Spannungen zwischen den Sprachgruppen wachsen, die Zahl der Rauschgifttoten braucht Vergleiche mit hochindustrialisierten Gebieten nicht zu scheuen. All diese Probleme werden nun mit einem gesamtitalienischen Kraftakt in den Hintergrund gedrängt, um einmal mehr anhand des Mythos von 1809 aufzuzeigen, daß die Tiroler Mordsburschen sind und sich jederzeit zu helfen wissen. Die Risse im Geschichtsverständnis der Südtiroler müssen gekittet werden. Und weil wir gerade von Geschichtsverständnis sprechen:

## Die Schizophrenie der Trennung

Ich hab aus der Vergangenheit einiges gelernt. Ich bin in einer zweisprachigen Stadt aufgewachsen, deren italienischer Teil von den Südtirolern als Shanghai bezeichnet wurde. Ich lernte die Italiener als feindliche Besatzungsmacht kennen. Zur Zeit der Sprengstoffanschläge saß mein Vater im Gefängnis. Die unmenschlichen Folterungen der Häftlinge steigerten meine Abneigung gegen die Italiener. Erst viele Jahre später begriff ich, wie absurd diese Einteilung in gute Südtiroler und böse Italiener war. Ich begriff den schizophrenen Aspekt dieser ethnischen Auseinandersetzung und die Geisteshaltung jener, die sich auf Europa beriefen, aber nicht imstande waren, Europa vor der eigenen Haustür zu realisieren, die Mentalität all jener, die den Schutz der Minderheit forderten, aber die Minderheiten im eigenen Lager mit Füßen traten. Ich begann, die Widersprüche der Südtiroler Geschichtsauslegung zu begreifen. Gewiß, ich benötigte einige Zeit, um zu verstehen, warum all jene, die Gegner der Faschisten waren, auch gegen die Partisanen wetterten. Doch ich begriff schließlich, daß Südtirol der einzige Landstrich Europas war, in dem die Nazis gleichzeitig militante Antifaschisten waren. Und ich brauchte einige Zeit, bis ich begriff, warum die Südtiroler ständig über ihre Unterdrückung durch den Faschismus redeten, aber über das Naziregime beharrlich schwiegen, das Hunderte Südtiroler in die Konzentrationslager brachte und einen ungleich höheren Tribut an Menschenleben forderte. Es sind erst vier Jahrzehnte vergangen, seit sich Opzanten und Nichtopzanten südlich des Brenners eine erbitterte Auseinandersetzung lieferten. Über all das heute den Teppich der geistigen Einheit Tirols breiten zu wollen, ist nicht nur lächerlich, sondern auch Ausdruck intellektueller Hilflosigkeit.

Denn eine geistige Einheit hat es in den letzten Jahrzehnten weder in Südtirol noch in Nordtirol gegeben. Der Gegensatz etwa zwischen dem liberalen Bürgertum der Städte und den Bauern wurde zwar durch die Gründung der Sammelpartei übertüncht, aber nicht aufgehoben. Es war eben notwendig, sich über kulturelle und ideologische Gegensätze hinweg gegen einen Staat zusammenzuschließen, dessen Autonomieverständnis gleich null war.

Ich weiß nicht so recht, was meine Generation mit dem Bundesland Tirol verbindet. Ich habe zwei Jahre in Österreich studiert, aber Innsbruck nur selten besucht. Ich fahre oft nach Österreich, meistens nach Wien, wo ich mich sehr wohl fühle, seltener nach Graz und Klagenfurt, öfters ins Burgenland, dessen Landschaft mich fasziniert. Ich beschäftige mich viel mit österreichischer Literatur und bin mit vielen Autoren befreundet.



det, doch hat das Ganze mit Tirol kaum etwas zu tun. Ich habe sehr liebe Freunde in Innsbruck, doch sind sie gewiß nicht deshalb meine Freunde, weil sie Tiroler sind. Wir fühlen nie den Drang, Verbrüderung über Grenzen hinweg zu feiern. Mein Verhältnis zu Osttirol ist etwas intensiver, weil es dort eine menschlichere Dimension gibt und die Landschaft unzerstörter ist.

### Zu etwas bekennen, was es für mich nicht gibt

Wir sollen uns – so heißt es in einem der zahllosen Aufrufe – zur Einheit Tirols bekennen. Wie ich mich zu etwas bekennen soll, das für mich gar nicht existiert, weiß ich nicht. Aber ich weiß, daß es wenige Gebiete in Europa gibt, in denen ein derart geprägter Bekennerkomplex herrscht. Sich bekennen, sich opfern, sich zugehörig fühlen, sich einsetzen für, Vorkämpfer sein für, marschieren für, sich einordnen ... dieser Jargon begleitet uns seit Jahren. Doch weder meine Freunde nördlich des Brenners noch ich benötigen Fahnen, Aufmärsche, Trachten, Uniformen oder blaue Schürzen, um unsere Identität kundzutun. Heimatbewußte Südtiroler tragen neuerdings ein Steirergewandl, obwohl es so etwas bei uns früher nie gegeben hat. Dieser Drang, sich auch im äußeren Erscheinungsbild zur Volksgruppe zu bekennen, indem man sich von den Mitmenschen abhebt, geht mir Goutseidank ab. Ich muß mir nicht täglich vorsagen, daß ich ein guter Tiroler bin, um zu wissen, woher ich stamme. Meine Identität ist nicht so angekratzt, daß sie täglich aufpoliert werden muß, schon gar nicht durch markige Sprüche.

Die Probleme des Zusammenlebens mit den Südtirolern italienischer Muttersprache – und als solche bezeichne ich alle, die hier geboren sind, sich hier wohlfühlen und denen die Zukunft dieses Landes am Herzen liegt – beschäftigt mich wesentlich

mehr als die Beziehungen zwischen den Landtagen Nord- und Südtirols, die wegen der ausgiebigen Festessen relativ kostenaufwendig sind. Seien wir doch ehrlich: die große Liebe zwischen den Tirolern nördlich und südlich des Brenners ist ein Phantasiegebilde. Die häufigsten Berührungspunkte sind Skilisten und Törggellelokale. Dort findet – wenn man auf die Kommentare der Leute hört – meistens das Gegenteil von Verbrüderung statt. Auch der Kulturaustausch hält sich dort sichtlich in Grenzen. Und wenn der Südtiroler heimkommt und der Wasserhahn tropft, ruft er den Hydrauliker, während der Nordtiroler nach einem Installateur sucht. Gewiß, wir haben nur eine Landesuniversität, die Leuten wie Eugen Thurnher jahrelang dazu diente, das kulturelle Leben der südlichen Landeshälfte nachhaltig zu befruchten. Die hartnäckige Weigerung der verantwortlichen Politiker, in Südtirol eine universitäre Einrichtung zu schaffen, ist ein Beispiel politischer Kurzsichtigkeit, dessen Folgen nicht ausbleiben werden. Die Furcht vor der geistigen Auseinandersetzung, die Angst vor mehr Pluralismus und höheren kulturellen Ansprüchen war noch nie ein guter Berater. Ein kulturell unbewältigtes und nicht hinterfragtes Autonomiemodell, in dem auf Eigendynamik und Kreativität ängstlich oder gereizt reagiert wird, verrät die Unsicherheit jener, die dieses Gedenkjahr benötigen.

Solang soziale und kulturelle Belange hinter der ethnischen und nationalen Frage zurückstehen müssen, solange werden wir skeptisch bleiben über die Zukunft dieses Landes. Die Einheit Tirols bringt uns da nicht weiter. Sie ist eine Art Fetisch, der in die Vergangenheit weist. Sie löst keines der Probleme, die heute anstehen.

Gewiß, die so denken, sind eine Minderheit. Vorläufig wenigstens. Doch wenn zwei Ehepartner, die sich in Jahrzehnten der Trennung auseinandergelebt haben, plötzlich ihre Liebe füreinander entdecken und ihre Gemeinsamkeiten in schwärmerischen Tönen anpreisen, müssen sie sich das skeptische Lächeln der Nachbarn gefallen lassen.

# Universität: ja oder nein?

Es fehlt ein Gesamtplan - eine kurzfristige Entscheidung ist daher unmöglich  
Die Institution müßte von der Gesamtbevölkerung Südtirols getragen werden

Kulturrassessor Zeiger in Innsbruck

## „Nein“ zur Universität in P

Vorerst müssen sich die Sonderkurse in Brixen bewahren und das Pak-

## Den Zug nicht ver

Trient ist auf dem besten Wege, die Landesuniversität der

## Was für eine Universität braucht Südtirol?

Die Frage der Bonner Universität steht im Brennpunkt des Interesses, nicht nur für die Studenten von morgen, sondern für das ganze Land und dessen Wirtschaft. Die Ansichten über die benötigte Ausrichtung der zukünftigen Hochschule in Bozen gehen noch weit auseinander. Aber daß es zu einer Universität in der Landeshauptstadt kommen wird, mag heute schon vorausgesagt werden, wenn auch der Zeitpunkt ihrer Verwirklichung in weiter Ferne liegt.

## Universität: SVP rüstet zur Entscheidung

Vom Parteiausschuß ernanntes Komitee koordiniert Vorkursen für Sitzung am 5. April

## Neue SVP-Entscheidung über Bonner Uni

Sechs Tragsätze für die höhere Entwicklung Südtirols - SVP für eine Hochschule

## SVP stellt sich gegen Hochschule in Südtirol

Einstimmiger Beschluß des Parteiausschusses - Entwicklungsmöglichkeiten werden prinzipiell nicht ausgeschlossen

## Klare Entscheidung über Uni-Frage

SVP gegen Hochschulgründung in Südtirol, aber „für jede Förderung der Hochschüler“  
Studentenlebensanerkennung - Der Parteiausschuß genehmigt einstimmig Entschloßung

## Südtirols Hochschüler bleiben kritisch

Verschiedene Mängel an der Entscheidung gegen Universitätsrichtung aufgezeigt

Hintergründe der Ablehnung der Universität durch die SVP

## Die Angst vor dem Revolutionsimport

Die SVP bleibt passiv

## Südtirols Universität in Trient?

## Universität Trient wird stark erweitert

Auch an deutschsprachige Vorlesungen gedacht - Neue Perspektiven für Innsbruck-Pader

Für die „Dolomiten“ ein Ausergebnis:  
**Das Eintrreten für die Universität**  
Die Gefahren eines Monopols zur dem Markt der Nachrichten und Meinungen

**No della SVP**  
**die Universität aufgeschoben ist nicht aufgehoben**  
Zu einer geplanten Universität in Südtirol

# universität bozen

17. studentagung  
der südtiroler hochschülerschaft

waltherhaus - bozen  
26 - 28. september 1974

## Wie lebt die Uni?

30 Jahre SH bedeuten 30 Jahre Bildungspolitik, bedeuten vor allem auch 30 Jahre mehr oder weniger Diskussion um eine Uni Bozen.

Die Positionen haben sich im Laufe der Zeit stark verändert. Die folgenden Seiten mit einer Auswahl von Skolastartikeln zu diesem Thema sollen es möglich machen, Meinungen und Gedanken in ihren zeitlichen Zusammenhang zu begreifen.

- Die ersten zehn Jahre sind getragen von der Angst der italienischen Überfremdung. »Die Errichtung einer Uni Bozen ist in erster Linie betrieben von italienischen Rechtskreisen. Wir glauben ein Recht darauf zu haben, im Kulturraum unserer Muttersprache zu studieren und werden uns jeder Maßnahme welche die Verbindung mit diesem Raum einschränkt oder lockert, widersetzen.« (Vollerversammlungsbeschuß 1962/1)

Ethnische und kulturräumliche Bedenken stehen im Vordergrund. »... Es sollte durch eine geförderte geistige Unterwanderung endlich jede deutsche Regung ausgeschaltet werden.« (Josef Ties 1963/2).

- Eine zaghafte Wende setzt ein in der Mitte der 60er Jahre. Zögernd, aber doch die Idee eines »verkleinerten Modells« (Einrichtung von Instituten), immer noch getragen von einer gewissen Vorsicht. »Die totale Verpolitisierung hängt wie ein Damoklesschwert über uns.« (Hartmann Peter Hinterhuber 1966?)

- Ende der 60er Jahre flackert noch einmal die Idee einer Europäischen Uni auf - ein Ausweg aus dem politischen Dilemma? In den späten 50er Jahren und den frühen 60er Jahren noch vereitelt mit dem Verweis: »Die geistige Integration Europas beginnt nicht bei solchen Institutionen wie einer Europäischen Universität, sondern mit der Besinnung auf die nationalen und europäischen Grundlagen unserer Kultur.« (Auszug aus Südti. Zeitung 1959/5). Was kann eine solch relativ elitäre Sache für Südtirol bringen? Eine berechtigte Frage.

- In den 70er Jahren rückt die Frage Uni Bozen in einen größeren bildungspolitischen Zusammenhang. Die Stellung der

Hochschule wird im Zusammenhang von Ausbildung und Gesellschaft gesehen. »Geistige Bewußtseinsbildung scheidet heute an der Unzulänglichkeit der heimatlichen Bildungsstätten.« (SH-Vorstand 1971/2)

Die Diskussion wird öffentlicher und konkreter. »Die SH ist nicht für eine Volluniversität, ebensowenig für reine Werkstudentenkurse, sie ist weder für einen traditionellen Lehrbetrieb jenseits von Raum und Zeit (»neutrale Wissenschaftlichkeit«), noch für ein Diskriminierungsinstrument einer der Volksgruppen.« (Sepp Kußstatscher 1974/3)

Vorstellungen von einer ausbaufähigen Struktur mit sozialwissenschaftlichen und literarischen Ausbildungsschwerpunkten, mit einer Koordinationsstelle für Forschungseinrichtungen u.ä. sind im Gespräch.

Doch die politisch Mächtigen lehnen ab und stimmen erneut das Credo der Landesuniversität Innsbruck an. »Der Ausschuß der SVP sieht im Hochschulstudium außer Landes, besonders im deutschsprachigen Raum, das vordringliche Anliegen, das sich aus der geistigen Lage Südtirols ergibt.« (SH-Vorstand 1971/2)

- Anfang der 80er Jahre wird man diskussionsmüde. Die Tendenz ist Kompromißbereiter, moderat, einlenkend. Man entscheidet sich für den zweigleisigen Weg. »In der derzeitigen Lage muß die SH zwei Grundinteressen verteidigen: zum einen die Sicherung und Ergänzung der Studienmöglichkeiten der Südtiroler in Österreich gleich welcher Sprachgruppenzugehörigkeit, was auch sinnvolle, auf Italien bezogene Ergänzungen von bestimmten Studiengängen einschließt; zum anderen die Schaffung eines optimalen, unseren Bildungserfordernissen entsprechenden zusätzlichen universitären Angebots im Lande selbst.« (Thomas Benedikter 1981/1)

Mit diesem Vorspann möchten wir Lust machen, sich auch dieses Stück Geschichte der SH anzueignen.

m.f. - m.v.

## Universität im eigenen Haus?

Seit der ersten Nummer des „Fahrenden Skolasten“ im Februar 1956 behaupte ich im Schreibtisch einen Artikel über die Gründung einer Hochschule in Bozen auf. Wenn ich den Artikel erst jetzt aus der Schublade nehme, so hat das seinen Grund. Die Forderung nach einer Universität in Bozen war nämlich bisher immer unter dem Gesichtspunkt der Verbreitung italienischer Kultur erhoben worden. Solche Vorschläge waren für uns völlig inakzeptabel.

Bei den heutigen Verfechtern der genannten Gründung herrscht ein anderer Ton. Sie heben hervor, daß eine Universität in Bozen in erster Linie den Interessen der deutschsprachigen Bevölkerung dienen müsse (Riccardo Forte in „Giornale di Brescia“ vom 23. April 1959), daß an einer doppel-sprachigen Hochschule in Bozen — eine andere wird praktisch nicht mehr in Erwägung gezogen — Unterricht und Studium an die geschichtlichen, sprachlichen, wirtschaftlichen und juristischen Besonderheiten der Region und der Provinz angepaßt werden könne und daß andererseits eine solche Hochschule für die italienischen Mittelschüler des Landes den Anreiz böte, besser deutsch zu lernen (Civis in einem Bozener Tagblatt vom 7. Oktober 1959). Wenn also eine Universität oder Hochschule — auch an die Verlegung einzelner Fakultäten wurde gedacht — ausgesprochen den Interessen der Südtiroler Hochschüler dienen soll, dann können und müssen wir darüber reden.

Wir lassen die Frage, warum gerade jetzt solche Vorschläge auftauchen, bewußt beiseite, denn wir müßten von den politischen Zielsetzungen reden, die in den Vorschlägen erkennbar sind und mit jener Forderung, die Neugründung sei im Interesse der Südtiroler durchzuführen, nicht im besten Einklang stehen. Wir diskutieren rein sachlich und völlig theoretisch über Möglichkeit und Nutzen einer Universität in Bozen. Der Unmißverständlichkeit halber sei jedoch festgestellt, wann unserer Ansicht nach eine Universität in Bozen grundsätzlich, also abgesehen von Möglichkeit und Nützlichkeit ihrer Verwirklichung, den Interessen der Südtiroler Hochschüler entspricht.

Das kann nur sein, wenn 1. die Gewähr für ein ernstes, fachgerechtes Studium gegeben ist, billige Studientitel gibt es an anderen dreiklassigen Universitäten, die auch Italien lieber entbehren würde. 2. Daß durch die Gründung einer Universität in Bozen unsere Verbindung mit dem großen deutschsprachigen Kulturraum nicht beeinträchtigt werden, denn sonst würde die Gründung einem politischen Zweck entsprechen, den wir ablehnen müssen. Damit alle politische Zielsetzung von vornherein ausgeschlossen wäre, müßte eine Universität in Bozen 3. eine ausgesprochene Sonderstel-

lung erhalten, die ihre Unabhängigkeit — einerseits von den politischen Organen, andererseits von den nicht selten politisch und national engagierten italienischen Universitäten von vornherein garantierte. Dazu wäre in E. ein internationales, von Italien und den deutschsprachigen Staaten garantiertes Statut das einzige Mittel. Mit einem Wort: die Hochschule Bozen müßte ein Instrument der Wissenschaft und nicht der Politik sein.

„Müßte“, sagten wir, dann nicht wenige Schwierigkeiten stellen sich der Gründung einer Universität oder Hochschule in Bozen entgegen.

Eine Universität setzt ein genügend großes Einzugsgebiet voraus. Das ist weder in Südtirol noch im Trentino gegeben. Die Lücken der HÖVERSCHAFT mit Studenten aus dem Ausland aufzufüllen, wäre eine Lösung, doch die Durchführbarkeit und die Auswirkung dieser Lösung steht auf einem anderen Blatt. Der Hinweis auf die Ferienkurse der Universität Padua in Triester, an denen — soweit ich weiß, nicht allzu zahlreich — Studenten aus den deutschsprachigen Ländern teilnehmen, ist nicht ganz zutreffend. Oder will man aus Bozen eine „Ferienuniversität“ machen, an die man zieht, um sich vom anstrengenden Studium in München oder Bonn zu erholen?

Das Niveau einer Hochschule hängt in erster Linie von den Professoren ab. Woher nimmt man aber in Italien Professoren, die auf Deutsch vortragen können? Die das könnten, haben schon eine Lehrkanzel an einer bedeutenden Universität inne oder warten darauf. Civis glaubt zwar, man könne in der ersten Zeit Professoren aus dem deutschsprachigen Ausland nach Bozen holen, obwohl er keineswegs an der staatlichen Kompetenz für die Errichtung dieser Universität zweifelt und in Italien das Gesetz besteht, daß Staatsstellen nur an Staatsbürger vergeben werden können. In der ersten Zeit. Und dann? Dann werden inwischen genügend Südtiroler ausgebildet sein, und wir werden alle Universitätsprofessoren. Um das Niveau braucht uns dann nicht mehr bange zu sein.

Von der finanziellen Seite des Projektes zu reden, wäre unverantwortlich in einem Zeitpunkt, in dem der Staat darangeht, die gewaltige Summe von 1.288 Milliarden Lire aufzubringen, um die 12 Millionen Mark- und Ganzauflagen das Lesen und Schreiben zu lehren.

Nehmen wir aber einmal an, all diese Schwierigkeiten wären überwindbar. Fragen wir dann: Ist für die Südtiroler Hochschüler die Hochschule Bozen eine Notwendigkeit? Wohingemerkt, nur die Notwendigkeit einer solchen Gründung könnte den gewaltigen Aufwand rechtfertigen.

Es wurde gesagt, die Südtiroler könnten dann gewissermaßen im eigenen Haus studieren. Ohne Zweifel ein großer wirtschaftlicher Vorteil für die Familien. Aber für die Ausbildung und Bildung — ein Verlust. Das Universitätsstudium muß Weidewandtheit und Weltgewandtheit, Selbständigkeit im Denken und im Handeln, einen weiten Horizont geben. Ein Studium im eigenen Haus aber hieße Welt und Wissenschaft von der bescheidenen Höhe des eigenen Kirchturms erblicken. Ich glaube, die Südtiroler können froh sein, wenn sie während ihres Studiums einmal aus ihren ebenso engen als schönen Bergen herauskommen und sich ein wenig Groß- oder wenigstens Mittelstadtluft um die Ohren blasen lassen. Es schadet ihnen bestimmt nicht.

Ob übrigens eine Hochschule gerade der Ort der Völkerverständigung ist, wie die Vorkämpfer der Bozener Hochschule behaupten (überbei: die ersten, die den Vorschlag brachten, waren — meines Wissens — neofaschistische Studenten), ist nicht ganz so sicher. Im alten Oesterreich beispielsweise wurden die Nationalitätenkämpfe kaum irgendwo so erbittert angesprochen wie an den Universitäten.

Das einzige, was nur eine Hochschule in Bozen leisten könnte, wäre die Anpassung des Hochschulstudiums an die örtlichen Besonderheiten. Diese treten in besonderem Maße bei der Jurisprudenz zutage, weshalb auch Civis als ersten Schritt zur Universität Bozen die Schaffung einer juristischen Fakultät vorschlägt. Rechtsanwälte, Beamte und Richter sind in Südtirol gezwungen, sowohl die italienische als auch die deutsche Fachsprache zu beherrschen. Doch überlegen wir: wäre die Doppelsprachigkeit und der Anteil am juristischen Denken beider Kulturen nicht auch auf andere Weise zu erreichen? Etwa durch ein Studium an deutschsprachigen und an italienischen Universitäten; Voraussetzung dazu ist die Anerkennung der Studienjahre und Teilprüfungen — die juristische Fakultät der Universität Padua hat durch die Anerkennung der ersten Staatsprüfung in Innsbruck hierfür ein schönes Beispiel gegeben, wie man so etwas durchführen kann. Auch Fortbildungskurse und Tagungen für Jungakademiker würden Nutzen bringen. Und noch etwas muß man bedenken: heute brauchen wir Richter und Rechtsanwälte und Beamte. Aber morgen? Wer kennt die Entwicklung? Eine Universität kann man aber nicht für den Augenblick gründen.

Kurz gesagt, ich sehe keine Möglichkeit, wie die Gründung einer doppel-sprachigen Universität in Bozen durchgeführt werden könnte, ich sehe aber auch keine Notwendigkeit dafür, wenigstens besteht diese nicht für die Südtiroler. Diese wissen nämlich um den Wert der Befugung mit einer Kultur in deren Mutterland und sind mit dem Studientitelabkommen, einige Lücken ausgenommen, sehr zufrieden. Beide Kulturen in reiner Form konzentrieren, scheint mir die Aufgabe der Studenten in Südtirol. Bei einer Universität in Bozen fürchte ich aber, daß ein Mischprodukt herauskommen würde, das nicht Fisch und nicht Fleisch ist.

Kainer Sebarich



# Universität Bozen

(1965/3)

Gerade in jüngster Zeit ist die Diskussion um die Universität von Bozen besonders in italienischen Kreisen neu entflammt. Inwieweit sich auch Vertreter unserer Volksgruppe in diese Diskussion eingeschaltet haben, ist mir unbekannt. Soweit ich informiert bin, betrachtet man die Gründung einer Universität in Bozen vorwiegend als ein gegen unsere Volksgruppe gerichtetes Politikum.

Die Frage ist nun, ob mit einer kategorisch ablehnenden Haltung unsererseits das anliegende Problem auf die Dauer in unserem Sinne gelöst wird.

Daß eine Universität eine bedeutende positive Ausstrahlung auf das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben ihrer Umgebung hat und nur bereichernd wirkt, steht völlig außer Zweifel. Gegen eine Universität als solche, so bin ich überzeugt, ist eigentlich nichts einzuwenden. Bedenken können nur gegen das „Politikum“ vorgetragen werden.

Die Bozner Universität sollte doppel-sprachig sein, so wird zumindest von italienischer Seite immer betont. Allein, wir haben mit der Doppelsprachigkeit bisher so unsere Erfahrungen gemacht. . . Außerdem wünschen wir nicht, daß Bozens Universität eine Hochburg für faschistisch an-

gehauchte Jugendliche aus ganz Italien wird. Vielleicht ließe sich nun dieses Politikum auf folgende Weise entschärfen: Gehen wir einmal von der gewohnten Vorstellung ab, daß jedes Fach an der doppelsprachigen Bozner Universität italienisch und deutsch gelesen wird. Stellen wir uns vor, daß man alle Fächer einer Studienrichtung in etwa drei gleiche Teile teilt und daß die Fächer des ersten Drittels italienisch und deutsch gelesen werden, die Fächer des zweiten Drittels nur italienisch und die Fächer des letzten Drittels nur deutsch. Auf diese Weise könnte niemand an dieser Universität studieren, der nicht beide Sprachen beherrschen würde. Ich habe dieses System selbst an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg/Schweiz erlebt und trotz anfänglicher sprachlicher Schwierigkeiten mich glänzend damit zurechtgefunden.

Dieses System würde meiner Meinung nach zwei bedeutende Vorteile bringen: Vorerst würde die Bozner Universität besonders uns Südtirolern zugute kommen, da ja gerade wir Südtiroler über die sprachlichen Voraussetzungen verfügen. Von den Italienern könnte nur in Bozen studieren, wer es mit der Doppelsprachigkeit ernst nimmt und wirklich, nicht nur dem Papier nach, deutsch lernt. Vielleicht würden die deutschsprachigen Studenten aus den alten Provinzen durch den Kontakt mit Land und Leuten das Südtirol-Problem auch anders sehen lernen, als sie es von Hause aus gewohnt sind?

Eine der größten Schwierigkeiten, auf die man bei der Gründung einer doppel-sprachigen Universität in Bozen stoßen

würde, ist die nicht ausreichende Anzahl deutschsprachender Lehrkräfte. Ja, man müßte auf Lehrkräfte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zurückgreifen, aber das geht nun wieder nicht, weil die Lehrstellen Staatsstellen sind und die Lehrkräfte italienische Staatsbürger sein müssen. . .

Ist auch dieses Problem lösbar? Innerhalb der EWG werden Europa-Universitäten gegründet. So soll auch in Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien eine deutsch-italienische Universität entstehen, nur weiß man nicht wo. Die Italiener schlagen Florenz vor, die Deutschen München. Könnte man sich vielleicht in der Mitte einigen? Bozen wäre für diesen Zweck nicht ungeeignet: es liegt auf italienischem Staats- und deutschem Sprachgebiet und außerdem hat es noch keine Universität!

Wir Südtiroler haben gegenüber Rom leider nur eine schwache Verhandlungsposition. Mit Deutschland im Rücken hätten wir eine bessere, zumindest was die Bozner Universität anbelangt. Auch die Frage der Lehrkräfte dürfte bei einem gemeinsamen Projekt zwischen der Bundesrepublik und Italien vermutlich kein Problem bedeuten.

Vielleicht habe ich hier Gedanken aufgeworfen, die von anderen bereits viel gründlicher durchdacht wurden. Möglicherweise sind die aufgezeigten Wege für unsere besonderen Verhältnisse doch zu wirklichkeitsfremd. Ich würde mich aber freuen, wenn gerade aus den Kreisen der Südtiroler Hochschüler dazu Stellung genommen würde.

Christoph Pan

## Das Problem einer Universität in Bozen

Hartmann Peter Hinterhuber

(Sondernummer zur X. Studientagung, 1966)

Die X. Dienerheimer Studientagung beleuchtet das vielfältige Beziehungsgeflecht zwischen Politik und Kultur in Südtirol. Der Problemkreis, den wir uns zu erarbeiten an-schicken, steht wie kaum ein anderer im Schnittpunkt dieser Pole. Meine Aufgabe als Kulturreferent der Südtiroler Hochschülerschaft ist, in die Problematik, die eine Universitätsgründung in Südtirol mit sich bringt, einzuführen und diesbezüglich eine objektive Diskussionsgrundlage zu schaffen. Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß die mir zur Verfügung gestellte Zeit es nicht erlaubte, das Thema in seinen Hauptelementen mit der Gründlichkeit und in der Ausführlichkeit zu behandeln, wie es meinem Wunsche entsprechen würde.

Bei der ersten Nachricht habe ich einen Augenblick gezögert, ob ich dieses einführende Kurzreferat vortragen dürfe: Hat sich überhaupt jemand in das Problem einer Bozner Universität in seiner grundsätzlichen Zielsetzung und in allen seinen Auswirkungen genügend vertieft?

Man soll aber meine Ausführungen nicht als Grundlage einer Universitätspolitik in Südtirol verstehen, sondern als Unterstützung einer fortdauernden Anstrengung, das Problem zu klären und nach Lösungen im Sinne unserer Heimat und in europäischem Geist zu suchen. Ich will deshalb über die allgemeinen Bedingungen sprechen, unter denen die Entscheidung für oder wider eine Universität in Südtirol beurteilt werden muß.

Grundsätzlich bin ich — und ich hoffe hier auf allgemeine Zustimmung — für die Errichtung von Universitätsinstituten in Südtirol, wobei ich die Betonung auf Institute lege und deren Lokalisierung offen lasse. So schwierige Probleme, wie sie die Gründung von Universitätsinstituten — die Errichtung einer Volluniversität ist allein aus finanziellen Gründen nicht vertretbar — mit sich bringt, können nur dann mit Aussicht auf Erfolg angepackt werden, wenn eine umfassende und klare Gesamtkonzeption vorliegt.

Wir alle sind uns klar über den hohen Bildungswert, über die

kulturelle Ausstrahlung und formende Breiten- und Tiefenwirkung jeder Universität, und es soll nicht unsere Aufgabe sein, darüber zu sprechen; deshalb wollen wir auch nicht den Wert eines Universitätsinstitutes, zum Beispiel für Germanistik und Romanistik für das geistige Leben unserer Heimat abwägen oder die Möglichkeiten etwa einer international orientierten Rechts- oder Handelswissenschaftlichen Fakultät studieren. In der grundlegenden Darlegung über die Zielsetzung, um die es hier geht, ist auch das Standortproblem sekundär, und ich erwähne nur nebenher die Universitätstradition der Stadt Bozen: die Dominikanerpatres unterhielten von 1643, also vor der Gründung der Universität Innsbruck, bis 1760 eine Hochschule, die das Recht besaß, den Doktorgrad aus Philosophie, Theologie und Kirchenrecht zu verleihen. Heute allerdings würden viele Gründe, die aufzuzählen uns von der Thematik allzuweit entfernt, gegen eine Wiederaufrichtung dieser Tradition in der Talferstadt sprechen.

Wir Hochschüler wären naturgemäß die ersten, die den Gedanken einer Tiroler Universität diesseits des Brenners mit ehrlicher Freude, ja mit Begeisterung aufnehmen würden, wäre die Gefahr einer Indienstellung, ja Vergewaltigung des Universitätsbegriffes durch wissenschaftsfremde, politische Elemente nicht so drohend. Die totale Verpolitisierung der Universität hängt wie ein Damoklesschwert über uns.

Mit aller Entschiedenheit lehnen wir die Gründung einer Universität aus machtpolitischer Spekulation ab, die gegen unser Volk in seiner Eigenart und gegen den Europagedanken gerichtet ist. Es ist dies der systematische Niederschlag der Entwürdigung des Universitätsgedankens, der sich im Nichtverstehen des Entschlusses der Mehrheit der Südtiroler Hochschüler findet, im österreichischen und deutschen Kulturraum sich auf die Lebensaufgabe, auf den Beruf vorzubereiten und dort, im Sinne Goethes, die Grundlagen für das Kunstwerk ihres Lebens zu formen.

Universität di Bolzano: Der Sinn dieser Worte wird ganz und gar nicht gemeint; sie werden phrasenhaft gebraucht, um dahinter eine nationalistische Ausrichtung zu verbergen. Das eben ist das Wesen der Phrase, die nicht das Wort als Sinn versteht, sondern als bloßes Wort, mit dem man manövriert. So werden Trugschlüsse insinuiert, die auf eine gewandelte, aber vorläufig nicht kundgetane Bedeutung der Begriffe zielen. Damit aber beginnt die Unmenschlichkeit, daß man Worte um ihren Inhalt betrügt, ein Betrug, über den uns erst zu spät die Augen aufgehen, ja zu spät aufgehen sollen.

In diesem Sinne ist selbst dem Gedanken einer europäischen Universität in Bozen, so edel er an sich ist, mit Skopals zu begegnen. Auch hier gibt es keine Verankerung des Wortes in seinem Sinne mehr, sondern nur die Haltlosigkeit des Schlagwortes, das nach Partaideologie oder Tagespolitik ausgerichtet wird.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der zweiten, sogenannten **irraguistischen Lösung**, die eine Doppelbesetzung aller Lehrstühle fordert, würde. Daraus resultieren hohe Kosten, Kompetenzabgrenzungsprobleme und Koordinierungsschwierigkeiten. Ferner müßte ein Sonderstatut für die deutsche Abteilung geschaffen werden, da im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum in Italien der Universitätsprofessor italienischer Staatsbürger sein muß.

Während diese beiden Gedanken mehr — wie bereits gestern Assessor Dr. Zeiger ausführte — nationalistische Kreise beschäftigen und durch sie die Öffentlichkeit schützen, werden in aller Stille neue Pläne bereitet:

Schon im vorigen Jahr gab die sozialwissenschaftliche Fakultät Trient bekannt, daß sie bei einer Mindestzahl deutscher Hörer den Vorlesungsbetrieb auch in deutscher Sprache beginnen werde. In Analogie zu Linz ist auch Trient bestrebt, die bestehende sozialwissenschaftliche Fakultät zu erweitern und ihr im Laufe der Zeit mehrere Institute anzugliedern.

Die Hochschulreform des Ministers Gui sieht für jede Region eine Universität vor. Durch die in Trient geleisteten Vorarbeiten wird die sozialwissenschaftliche Fakultät auch von dieser Seite gefördert und letzten Endes zur regionalen Universität ausgebaut werden; Aber auch aus unserem geschichtlichen Wissen ergibt sich, daß diese Hochschule in Trient niemals beanspruchen kann, Südtiroler Landesuniversität zu werden.

Zweitens plant auch die Universität Padua, die Sommerkurse in Brixen zu einer feststehenden Institution auszubauen und dort eine „*sede distaccata*“ ähnlich der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Verona zu errichten.

Ich erinnere mich — und auch Sie — nur ungern an die Eröffnungsansprache anlässlich der ersten Brixner Sommerkurse: Mit entwaffnender Offenheit bezeichnete der Vertreter der „*universa universis patavina libertas*“ diese Initiative als einen Weg der Assimilierung...

Unter dem nunmehrigen Leiter der Sommerkurse, Universitätsprofessor Dr. Sartori, scheint diese Haltung doch dem ehrlichen Bemühen um eine kulturelle Begegnung gewichen zu sein.

Das Problem der Tiroler Universität südlich des Brenners erhält seine schicksalhafte Bedeutung, daß Lösungsmöglichkeiten zunächst nicht sichtbar sind.

Doktor Pan behandelte vor Zeiten in einem Beitrag des „*Fahren den Skolasten*“ die Situation der Universität Freiburg in der Schweiz.

Ich fasse sie kurz zusammen: Jede Studienrichtung zerfällt in drei Drittel, im ersten sind Französisch und Deutsch die Unterrichtsprachen, im zweiten nur Französisch, im dritten wieder Deutsch.

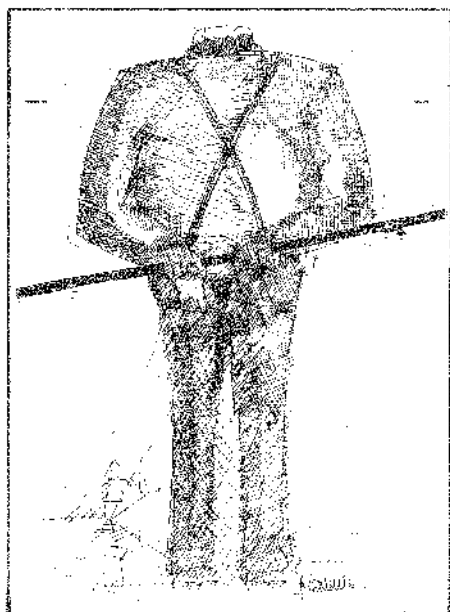
Niemand kann also an dieser Universität studieren, der nicht beide Sprachen beherrscht. Ähnliche Verhältnisse gibt es meines Wissens in Genf und in Lausanne und stellen sicher einen Fortschritt gegenüber der ultraculturalistischen Lösung dar.

Ich persönlich finde jedoch für die Zukunft unserer Heimat eine andere Institution von größtem konkreten Interesse: Die amerikanische **John-Hopkins-Universität** unterhält in Bologna eine Zweigabteilung, an der Italiener wie Amerikaner — von amerikanischen und italienischen Universitätsprofessoren unterrichtet — Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Recht, oder Amerikanistik und Politikologie studieren. Die Graduierung erfolgt nach einem weiteren Studienjahr in Washington D.C. zum „*Master of Arts*“.

Dieses Bologna-Center — „*is an integral part of and operates under the jurisdiction of the 'John Hopkins University' of Baltimore, Maryland*“ — ist eine sehr gute und mit hohem wissenschaftlichen Prestige ausgestattete Schöpfung. Ähnlich hat auch die University of Maryland in München eine Außenstelle errichtet.

Diese Paradigmata zeigen programmatisch die Gangbarkeit eines Weges und die Erreichbarkeit eines Zieles: Eine „*Außenstelle*“ einer österreichischen oder deutschen Universität in Südtirol, mit all den folgenden Beferen Beziehungen zu den geistigen Werken des Kulturraumes, dem wir angehören, ist meiner Auffassung nach die einzig richtige und sachentsprechende Lösung für unsere Heimat und zugleich ein geeignetes und symbolhaftes Instrument für die Annäherung zweier Kulturkreise im europäischen Geist.

Mögen alle unsere Bemühungen, alle Kräfte Südtirols in diesem Sinne mobilisiert, koordiniert und diesem Ziele untergeordnet werden. Südtirol ist primär ein kulturelles Problem: Jede Förderung von kulturellen Institutionen bringt mit sich, daß Südtirol nicht als Zankapfel zwischen zwei großen Kulturen, sondern als Ausdruck echter europäisch-abendländischer Gesinnung wird bestehen und blühen können. Dies ist der edelste Dienst für unsere Heimat, die wir alle lieben und mit der wir uns so verbunden fühlen.



## Europäische Universität - in Südtirol?

(1967/2)

Bei der Ausschusssitzung der SH im März 1967 erörterte der Arbeitskreis „*Studententitel*“ auch die Frage einer Universität in Südtirol. Auf Antrag von Pepi Martiner wurde in die Diskussion die Möglichkeit der Errichtung einer europäischen Universität aufgenommen. Der Arbeitskreis beauftragte nun den zuständigen Referenten, die nötigen Unterlagen bei den Europabeörden einzuholen, damit man sich über die Struktur und die Aufgaben einer solchen Universität Klarheit verschaffen könne.

Der vorliegende Bericht soll eine erste Zusammenfassung und Klärung des Problems geben.

Am 18. Juli 1961 beauftragte die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Länder die italienische Regierung in Florenz eine europäische

Universität zu gründen. Obwohl Florenz bereits eine Universität besitzt, wurde dennoch diese Stadt ausgewählt, da „*lediglich die Bewerbung der Stadt Florenz vorlag*“ (Document 2). Florenz hat nun bereits die ersten Schritte unternommen, um dieses Projekt zu verwirklichen. So „*erwarb die italienische Regierung zu diesem Zweck ein Gelände von 30 Hektar in Marignolle bei Florenz; die Baupläne sind von den technischen Dienststellen der Stadt Florenz ausgearbeitet worden*“ (Dok. 3).

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß im Arbeitskreis die Errichtung einer europäischen Universität in Südtirol gerade deswegen aufgeworfen wurde, weil Florenz den Bau einer derartigen Universität in Florenz angeblich abgelehnt hätte. Dem stehen aber entgegen: erstens die alleinige Bewerbung von Florenz und zweitens die bereits angeleiteten Schritte zu einer kon-

kreten Verwirklichung des Vorhabens (Baugrund und Baupläne).

Wie soll nun diese europäische Universität in ihrer Struktur aussehen? Dokument 2 sagt dazu folgendes:

„Die vorgeschlagene Europäische Universität soll im Hinblick auf die Entfaltung der europäischen Kultur und Zivilisation Dozenten und Studierende aus allen unseren Ländern zusammenführen. Sie würde Studierende aufnehmen, die bereits ein drei- oder vierjähriges Studium an den nationalen Universitäten und Hochschulen absolviert haben. Im ersten Jahr müßte sie 250 Studierende aufnehmen können; am Ende der ersten fünfjahresperiode sollen an der Europäischen Universität jährlich etwa 500 Studierende eine ergänzende Ausbildung erhalten.

An akademischen Graden würde die Universität nach Vorlage einer selbständigen Dissertation, die grundsätzlich nach zwei an der Europäischen Universität absolvierten Studienjahren eingereicht werden kann, einzig und allein den Doktorgrad der Europäischen Universität verleihen.

(....)

Für den ersten Zeitraum von fünf Jahren sind sechs Abteilungen vorgesehen: Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Sozial- und Staatswissenschaften, Geschichte und Kulturgeschichte, reine und angewandte Mathematik und theoretische Physik. Innerhalb dieser Abteilung werden bestimmte Vorlesungen gehalten, in denen der Akzent auf die europäischen Fragen und auf das Zusammenwirken zwischen Geistes- und Naturwissenschaften gelegt wird.“

Diese Universität „unterscheidet sich also von den herkömmlichen Hochschulen, zumindest von denen des europäischen Kontinents“ (Dok. 4) in folgenden Punkten:

1. das Studium kann nicht an dieser Universität begonnen werden, sondern der Student wird erst nach einer längeren Ausbildung (6—8 Semester) an einer nationalen Universität aufgenommen;
2. „im Rahmen des Ausbildungsprogrammes soll den Wissenschaften Vorrang eingeräumt werden, denen in Hinblick auf den Aufbau eines geeigneten Europas besondere Bedeutung zukommt“ (Dok. 4);
3. die Fakultätengliederung wird aus Gründen der inneren Struktur und Ausrichtung fallen gelassen und durch eine Gliederung in Abteilungen ersetzt;
4. das Schwergewicht wird einseitig und ausschließlich auf die Forschungstätigkeit verlegt;
5. die Abteilungen werden sich mit Fragen der europäischen Einigung und Zusammenarbeit sowie mit den Grenzproblemen zwischen Natur- und Geisteswissenschaften beschäftigen.

Es stellt sich aber für uns die wesentliche Frage, zu welchem Zweck wir überhaupt eine Universität errichten wollen: um damit nur zu glänzen oder um ein geistiges Rückgrat zu schaffen für eine Festigung und Sicherung unserer kulturellen Eigenart? Damit wird aber nicht ein Konservatismus vertreten, im Gegenteil, die Universität muß jene Brücke schlagen zwischen den festgefahrenen und veralteten Lebensformen und einer modernen Welt.

Aus diesem Grunde kann in Südtirol nur eine Universität in Frage kommen, die

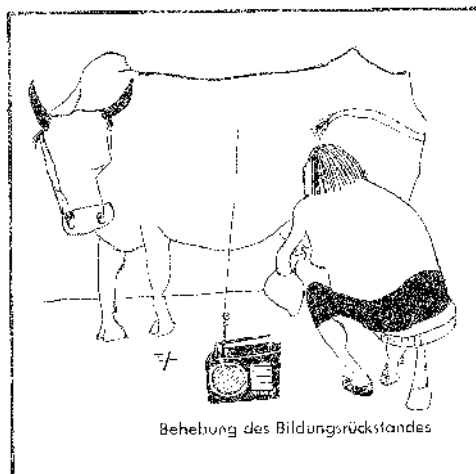
a) unseren kulturellen und wissenschaftlichen Bedürfnissen entspricht (welche Bedeutung kann wohl die Fachrichtung reine und angewandte Mathematik für unser Land haben?);

b) einen geschlossenen Studiengang ermöglicht;

c) den Wechsel von einer italienisch oder deutschsprachigen Universität auf die Universität in Südtirol und umgekehrt ohne allzu große Zeitverluste sicherstellt.

Alle diese Erfordernisse werden von einer europäischen Universität nicht erfüllt. Außerdem wäre für uns nur eine Universität von Bedeutung, an der beide Volksgruppen beide Kulturkreise gründlich kennenlernen und studieren können und müssen. Dies wird aber keineswegs von einer europäischen Universität gewährleistet, da sie ja als viersprachige Universität geplant ist, d. h. jeder Student kann alle Prüfungen in seiner Muttersprache ablegen. Daraus wird aber klar ersichtlich, daß die erstere Form sogar mehr dem Geiste einer europäischen Verständigung entspricht als die sogenannte europäische Universität: hier wird statt eines vielschichtigen Nebeneinanders ein tiefgreifendes Ineinander von verschiedenen Kulturkreisen verwirklicht.

Die europäische Universität soll eine Universität mit überdurchschnittlich hohem Niveau darstellen, um „hochqualifizierte Gelehrte und Studenten in der Regel mit bereits abgeschlossener



akademischer Bildung in der europäischen Universität zu vereinigen“ (Dok. 1). Ziel und Inhalt der Universität, in der die Forschung einseitig vor die Lehre in den Mittelpunkt gerückt ist, ist eine Tätigkeit, die hauptsächlich auf den Aufbau „der geistigen Fundamente der Neuordnung Europas“ (Dok. 1) gerichtet ist. Sie verfolgt auch einen bestimmten Zweck in der Ausbildung der Studenten, der von Prof. Beckenrath (Dok. 1) mit folgenden Worten umrissen wird: „Als Studierende einer künftigen europäischen Universität möchte ich mir am liebsten diejenige geistige Elite — also voll ausgebildete Akademiker — vorstellen, welche eines Tages in den europäischen Organen mitzuarbeiten berufen ist und ein intensives europäisches Kulturbewußtsein für ihre Aufgabe mitbringen sollte.“ Soll nun gerade Südtirol jenes „Reservoir“ für europäische Spitzenbeamte und Funktionäre werden (— „geistige Elite“), wenn nicht einmal genügend Verwaltungsbeamte für eine zukünftige autonome Provinz in Aussicht stehen?

Als wichtiger und bestechender Grund für die Errichtung einer europäischen Universität in Südtirol wurden von ein-

zelnen Mitgliedern des Arbeitskreises die politische Unabhängigkeit und die gesicherte Finanzierung angeprochen. Zum zweiten Punkt ist allgemein zu sagen, daß jeder Bericht der EWG-Kommission für die europäische Universität mit Appellen an die Mitgliedsstaaten zur Mitarbeit beginnt und mit den üblichen Beschwörungsformeln, in den ersten Jahren maßzuhalten, endigt. (Dem Dok. 5 ist sogar zu entnehmen, daß der Bau der Universität „sofort unter Verantwortung Italiens beginnen soll, damit die Universität im Herbst 1962 (!) eröffnet werden kann.“)

Daß die politische Unabhängigkeit nicht so gesichert ist, soll folgendes Zitat beleuchten (Dok. 6): „Das Europäische Parlament kann sich zwar in die Vorrechte des italienischen Parlaments, das den Gesetzentwurf zur Errichtung der Europäischen Universität in Florenz zu billigen hat, nicht einmischen; es kann aber doch dazu Stellung nehmen...“

„Nach dem Gesetz- und Abkommensentwurf der italienischen Regierung soll die Europäische Universität in Florenz einen gemischten Charakter haben, d. h. sie soll eine Anstalt für den normalen akademischen Ausbildungsgang und für die post-universitäre Weiterbildung sein. (...)“ Liest man dann folgende Notiz (Dok. 2) „Es ist wünschenswert, einen geschlossenen Universitätskomplex einzurichten...“, so ist allerdings der einseitige Einfluß der italienischen Regierung auf die Gestaltung der europäischen Universität erstaunlich groß und jene Hoffnung auf politische Unabhängigkeit bleibt eine Illusion.

Daß Italien im Himmel des Nationalismus nicht gerade in eine europäische Verückung geraten ist, ist auch den Mitgliedsstaaten bewußt, denn eine Bestimmung besagt, daß zwar der erste Rektor von der italienischen Regierung nach Anhören aller Mitgliedsstaaten ernannt wird, die Nachfolger aber vom Senat (der Universität). Allerdings ist es wünschenswert, daß mit der Staatsangehörigkeit des Rektors nach Möglichkeit abgewechselt wird“ (Dok. 6).

Zum Abschluß dieser Ausführungen sei ausdrücklich betont, daß es sehr begrüßenswert und notwendig ist, auch auf dem Gebiete der Universitäten die europäische Einheit sichtbar werden zu lassen. In gleich bestimmter Weise sei aber auch festgestellt, daß für die Belange Südtirols und der Südtiroler Hochschüler eine solche Universität in unserem Land nicht zu verantworten wäre, denn die Zielsetzungen einer europäischen Universität decken sich nicht mit den Anforderungen, die unser Land an eine derartige Institution stellen muß.

Hellmuth Ladurner

#### Literaturhinweise:

- Dokument 1 - Europäische Universität - ein Gebot der Stunde. Herausgegeben im Auftrage des Kreises der „MÜNCHNER GESPRACHE“ von Prof. Dr. Alexander Nikuradse. Duncker & Humblot, Berlin-München.
- Dokument 2 - Zusammenfassung des Berichts des Interimsausschusses für die Europäische Universität.
- Dokument 3 - Auszug aus dem 5. Gesamtbericht der EAG (1961/62).
- Dokument 4 - Auszug aus dem 4. Gesamtbericht der EAG (1960/61). Kapitel II.
- Dokument 5 - Informativischer Vermerk der EAG vom 1. August 1961.
- Dokument 6 - Europäische Gemeinschaft — Berichte und Informationen, Bonn, 11. Mai 1964.
- Dokument 2 - 6 sind vom Presse- und Informationsdienst — Europäische Gemeinschaften, 53, Bonn, Zitelmansstraße 9/11.

# Funktionen einer Universität in Südtirol

(Beiheft zur XVII. Studientagung, 1974)

## 1

Geht man zunächst einmal vom Auftragsverständnis der Funktion einer Universität aus, nämlich der der **Ausbildung von Akademikern**, so ergibt sich für eine Universität in Südtirol angesichts des Mangels an qualifizierten Kräften in Schule, Verwaltung und Wirtschaft eine Funktion in diesem Sinne.

— *Schulverspätung tritt vor allem bei Kindern von Landwirten und Arbeitern auf. Innerhalb jeder Sprachgruppe ist die Schulverspätung desto stärker, je niedriger die Sozialschicht der Familie ist.*

Schulverspätung haben:

	Deutsche Sprachgruppe	Italienische Sprachgruppe
in den oberen Schichten . . . . .	29% von 772 Kindern	15% von 574 Kindern
in den unteren Schichten . . . . .	45% von 2063 Kindern	40% von 944 Kindern
unter den Landwirtschaftlichen . . . . .	55% von 1565 Kindern	—

— *Speziell in der deutschen Sprachgruppe ist überdies die Schulverspätung desto häufiger, je ländlicher die Gemeinde ist, in der die Schüler wohnen.*

Schulverspätung haben (in der deutschen Sprachgruppe):

	Kinder von Landwirten	Kinder aus den unt. Schichten	Kinder aus den ober. Schichten
in städtischen Gemeinden . . . . .	43% von 116	42% von 483	23% von 339
in etwas ländlichen Gemeinden . . . . .	49% von 508	47% von 707	35% von 242
in sehr ländlichen Gemeinden . . . . .	60% von 880	50% von 872	35% von 191

— *Die stärkere Schulverspätung in den deutschen und ladinischen Sprachgruppen läßt sich darauf zurückführen, daß diese eine andere soziale und regionale Struktur haben als die italienische Sprachgruppe. In den italienischen Mittelschulen kommt ein Drittel der Schüler aus den oberen Sozialschichten, an den deutschsprachigen Mittelschulen jedoch nur knapp ein Sechstel. Weiters wohnen vier Fünftel der italienischen Schüler in städtischen Gemeinden, gegenüber nur einem Fünftel der deutschsprachigen Schüler. Wenn man sehr detaillierte Vergleiche anstellt zwischen italienischen und deutschsprachigen Schülern, die jeweils derselben Sozialschicht angehören und in der selben Gemeindetypen wohnen, so zeigt sich im Durchschnitt dieser 45 Vergleiche so gut wie keine Tendenz mehr zu häufigerer Schulverspätung in der deutschen Sprachgruppe. Daraus läßt sich schließen, daß der global bestehende Schulverspätungsunterschied zwischen diesen beiden Sprachgruppen zur Gänze auf deren unterschiedliche soziale und regionale Struktur zurückzuführen ist.*

Wir glauben, daß eine Änderung des Zustandes, den diese Daten aufzeigen, nicht durch eine Delegation an ausländische Institute geleistet werden kann, noch allein durch gesetzliche Maßnahmen der Politiker. Aus den zur Verfügung stehenden Daten lassen sich einige Forderungen für einen Wissenschaftsbetrieb ableiten. So können schulorganisatorische und didaktische Maßnahmen allein das Problem nicht lösen. Notwendig wäre eine **interdisziplinäre Forschungstätigkeit**, die nicht nur inhaltlich, sondern auch räumlich sich an den Problemen des Gebietes orientiert. (Es müßte möglich sein, Arbeitszentren in verschiedenen abgesteckten Gebieten einzurichten, die mit der zentralen Struktur in Bozen verbunden sind.)

Eine Ausbildung der Lehrkräfte, die besonders auch die pädagogisch-didaktische Seite berücksichtigt, ist durch das Doktoratsstudium weder in Österreich noch in Italien gewährleistet. Die Ausbildung von Lehrern ist eines der Gebiete, wo die **traditionelle Universität** unmittelbar auf Praxis verwiesen war und dort versagte sie. Sie lieferte halbe Gelehrte, die für die Unterrichtung

Das Problem ist jedoch nicht nur ein quantitatives, sondern — besonders was die Bereiche Schule und Verwaltung betrifft — auch ein qualitatives. Wie dieses Problem sich darstellt, zeigt die Studie über Schulverspätung an den Volks- und Mittelschulen, die vom Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck erstellt wurde. Wir zitieren aus einer Presseinformation über die Ergebnisse dieser Studie:

junger Menschen überqualifiziert in antiquierter Bildung und unqualifiziert in der Weitergabe sogar dieses Wissens waren.

## 2

Wenn wir ferner sagen, daß eine Universität die Funktion hätte, lokale Probleme zu erforschen, so setzen wir einen Begriff von Wissenschaft und Wissenschaftsbetrieb voraus, der sich der Gesellschaft (in unserem Fall oben der Südtiroler Gesellschaft verantwortlich) wohnt. Wir setzen uns ab von einem Wissenschaftsbegriff, der als einziges Kriterium einen wissenschaftsimmanenten Erkenntniszuwachs (der »Fortschritt der Wissenschaft«) hat. Dieser Fortschritt bedeutet im allgemeinen einen Fortschritt in den Teildisziplinen, wobei diese streng abgesondert voneinander arbeiten und zu ihren Ergebnissen kommen. Eine Zusammenarbeit wird nur in den seltensten Fällen versucht. Diese Entwicklung führt zu einem Verlust der Reflexion auf das Allgemeine und auf die Bedingungen des eigenen Handelns.

Da man das wissenschaftliche Arbeiten nun mehr aus den »Zwängen« der Disziplin ableitet und nicht mehr an den **gesellschaftlichen Bedürfnissen** orientiert, verliert man ein Verantwortungsbewußtsein gerade diesen gegenüber. Das heißt nicht, daß an die Universität keine Forderung nach verwertbarem Wissen gestellt wird, sondern die derzeitige Situation zeigt klar, daß je aufgesplitteter der Wissenschaftsbetrieb als ganzer wird, die einzelnen Fachdisziplinen für die Interessen gesellschaftlicher Machtgruppen dienstbar gemacht werden. Beispiele dafür ließen sich für alle Disziplinen beibringen.

Die organisatorische Struktur, in der sich dieser Prozeß abspielt, ist die eines bürokratischen Apparates, der hierarchische Rollen festlegt und diesen verschiedenen Aufgaben und Entscheidungsmöglichkeiten zuschreibt (Ordinarienuniversität). Bei der Entscheidungsfindung über Forschungsprojekte und ähnliches sind nicht die Sachargumente ausschlaggebend, sondern die Entscheidungen sind wesentlich durch die unterschiedli-

chen Machtbefugnisse der Beteiligten bedingt. Die Forderung nach Kontrolle von Seiten der Öffentlichkeit ließe sich schon dadurch legitimieren, daß die Finanzierung auch öffentlich ist.

Der »offizielle« Lehrplan der Universität in dem oben angeführten Zusammenhang sieht die maximale Förderung der jeweiligen Disziplin vor, der »heimliche« Lehrplan weist die Universität als die Instanz aus, die die Führungspositionen in der Gesellschaft zuteilt. Dieser »heimliche« Lehrplan findet sich auch in den Erwartungen derer, die die Universität besuchen.

Und bis vor kurzem wurden diese Erwartungen erfüllt. Ein Widerspruch tritt dann auf, wenn sie nicht mehr erfüllt werden, d. h. wenn eine relativ große Zahl von Absolventen nicht mehr ihrer Qualifikation gemäß eingesetzt werden können. Das ist derzeit der Fall. Diesem Widerspruch wird bis heute nur quantitativ (Neubauten, numerus clausus, Berufsberatung und andere Steuerungsmechanismen) zu begegnen versucht.

Im Zuge der Verschärfung dieses Widerspruchs etablierte sich die **Bildungsökonomie** als eigenständige Disziplin mit der Aufgabe, tendenziell das Gleichgewicht zwischen Arbeitsplatzstruktur und Qualifikationsstruktur zu erreichen. Dabei sind vor allem drei Modelle entwickelt und in die Praxis umgesetzt worden:

#### a) Das angebotsorientierte Modell

Bei diesem Modell wird das Angebot an Ausbildungsplätzen eines bestimmten Bildungssystems im Verhältnis zur Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für einen bestimmten Zeitraum zu ermitteln sowie abzuschätzen versucht, welche Sach- und Personalaufwendungen notwendig sind, um das Angebot an die Nachfrage anzugleichen. Im einzelnen werden folgende Merkmale berücksichtigt: Die Schulbesuchsquoten der Vergangenheit, ihre zu erwartende Änderung durch die Bevölkerungsentwicklung, die bisherigen Sitzbleiberquoten. Dieses Modell liegt auch der Studie zugrunde, die im Auftrag des Assessors für Wirtschaftsprogrammierung und Raumplanung von Callegari/Kastlunger (veröffentlicht 1973) ausgearbeitet wurde. Dabei wurde der Bedarf auf dem Südtiroler Schulsektor bis zum Schuljahr 1980/81 berechnet.

Im angebotsorientierten Modell ist die Annahme enthalten, daß jeder Ausgebildete, unabhängig von der Dauer und Fachrichtung des Ausbildungsganges sowohl überhaupt einen Arbeitsplatz findet als auch einen solchen, der seiner Ausbildung angemessen ist. Der Widerspruch zwischen der individuellen Nachfrage nach Ausbildung und dem wirtschaftlich bedingten Angebot an Arbeitsplätzen tritt dann offen zutage, wenn ein Mangel oder eine »Überproduktion« von Ausgebildeten bestimmter Fachrichtungen herrscht. Die Entwicklung der Arbeitsplatzstruktur von Wirtschaft und Verwaltung bedingt die Nachfrage nach Qualifikationen. Steht dieser Nachfrage ein größeres Angebot gegenüber, so gibt es einen Konflikt zwischen dem »Recht auf Bildung« und dem »Recht auf einen der Ausbildung angemessenen Beruf«. In Italien beispielsweise gab es im Jahr 1970 56.000 arbeitslose Akademiker bzw. solche, die einen Beruf ausübten, der ihrer Ausbildung nicht angemessen war.

Man muß aber noch eines berücksichtigen: Es gibt Ausbildungssysteme, wo die Spezialisierung sehr früh eintritt und wo die verschiedenen Ausbildungsgänge stark auf bestimmte Berufe hin orientiert sind — wie etwa in Italien — und solche, deren Ausbildungsgänge flexibel auf allgemeinere Fähigkeiten ausgerichtet sind

und daher das kurzfristige Anlernen in vielen Berufen ermöglichen (etwa in USA).

Demgemäß eignet sich das angebotsorientierte Modell nicht für Länder mit einem Ausbildungssystem der ersten oben angeführten Art. Diese müssen sich an der Nachfrage der Wirtschaft orientieren. Und was ist dann mit dem Recht auf Bildung? Der deutsche Bildungspolier Riese bemerkt dazu: »Das Grundrecht auf Bildung erhält den sekundären Stellenwert... weil die Wirtschaft nicht zur Absorption von Arbeitskräften gezwungen werden kann.«

#### b) Das nachfrageorientierte Modell

Im vorbereitenden Dokument für ein Landesentwicklungsprogramm »Südtirol 1981«, präsentiert vom Amt für Wirtschaftsprogrammierung im Oktober 1973, ist als ein Ziel der »Schulplanung« folgendes angegeben: Anpassung des Bildungsangebotes an die Nachfrage von Wirtschaft und Gesellschaft, wobei durch eine wirksame Berufsberatung vermieden werden soll, Fachrichtungen zu forcieren, die auf dem Arbeitsmarkt keine Aufnahme finden (S. 162).

In diesem Satz ist das Prinzip des nachfrageorientierten Modells niedergelegt. Dieses Modell geht aus von einer Prognose des zu erwartenden Wirtschaftswachstums. Zugleich wird die Frage gestellt, wieviel Arbeitskräfte mit einer bestimmten Qualifikationsstruktur nötig sind, um die Produktivitätssteigerungen zu erzielen, die durch die prognostizierten Wachstumsraten vorgegeben sind. Von daher werden dann Schlüsse für die Entwicklung des Bildungswesens gezogen.

Die einzelnen Schritte, nach denen bei diesem Modell vorgegangen wird, sollen hier nicht ausführlich dargestellt werden. Wir beschränken uns auf problematische Annahmen und ideologische Implikationen, die in diesem Modell enthalten sind.

Zunächst ist da die Annahme der Prognostizierbarkeit der Wachstumsraten der Volkswirtschaft insgesamt und sprich progressiv zu lösen versuchen. Damit wäre die Forderung verbunden, von einer traditionellen Universitätsvorstellung abzukommen und hinzukommen zu einer Struktur, die den Zugang zur Universität allen ermöglicht, sowie die Forderung nach einer neuen Didaktik und nach neuen Inhalten. Diese Kräfte sind:

— die Bewegung innerhalb der Schule selbst, die für eine Umgestaltung der Organisation und der Inhalte eintritt

— die Gewerkschaften, die über Forderungen, die nur den Arbeitsplatz betreffen, hinausgehen und auch andere Bereiche wie Wohnung, Gesundheit, Bildung, usw. mitberücksichtigen.

Es ist klar, daß damit die Forderung der Aneignung der von den einzelnen Disziplinen bereitgestellten Instrumente verbunden ist, um zu einer bewußteren Praxis zu kommen. Die ersten Schritte dazu sind durch den sogenannten Bildungsurlaub getan worden. Weiterhin ist klar, daß diese neuen Möglichkeiten nicht folgenlos bleiben für die Schule selbst, da ja dadurch der traditionelle Rahmen der Schule gesprengt wird.

### 3

Für den gesamten Bereich »Erwachsenenbildung«, zu dem auch schon das vorher Gesagte gehört, hätte eine Hochschule vornehmlich die Funktion der Ausbildung von Referenten und Mitarbeitern sowie die der Erarbeitung und Überprüfung von Inhalten und Methoden.

4

Geht man davon aus, daß

— die Hochschulbildung nicht eine von der Schulbildung völlig abgetrennte und relativ wenigen „Auserwählten“ vorbehalten ist

— die an der Hochschule betriebene Lehre und Forschung sich an konkreten Problemen der Gesellschaft orientieren soll, so wird klar, daß sie den Charakter einer öffentlichen Institution haben muß. Das bedeutet, daß in Südtirol auf Hochschulebene die „Politik der Notmaßnahmen“ (Werkstudentenkurse auf privater Basis) möglichst bald überwunden werden muß, wenn auch klar ist, daß in diese Maßnahmen viel an kulturpolitischen Vorstellungen und an Energie investiert worden ist. Die Funktion dieser Kurse ist eine grundsätzlich andere, als die hier für eine Universität geforderte. Bei diesen Maßnahmen geht es vorrangig um die Ausbildung von Akademikern, wobei zu fragen ist, ob diese Ausbildung den besonderen Bedürfnissen unseres Landes gerecht wird.

5

Wir sind uns im klaren darüber, was unsere Vorstellungen im hiesigen politischen Kontext bedeuten.

Die SVP verweist noch immer auf ihren Beschluß vom Frühjahr 1971, obwohl das Gesetz Nr. 766 vom 30. November 1973 unseres Erachtens zumindest zu einem neuerlichen Überdenken der Frage hätte Anlaß geben müssen. Der Artikel 10 dieses Gesetzes mit dem Titel „Nuove università“ lautet:

„Le denominazioni di università, ateneo, politecnico, istituto di istruzione universitaria, possono essere usate soltanto dalle università statali e da quelle non statali riconosciute per rilasciare titoli aventi valore legale a norma delle disposizioni di legge.

Entro un anno dall'entrata in vigore del presente provvedimento, il Governo presenterà al Parlamento uno o

più disegni di legge per la istituzione di nuove sedi universitarie, tenuto conto:

a) delle osservazioni del C.I.P.E. relative alle esigenze prioritarie delle regioni che sono prive di istituzioni universitarie, alla popolazione scolastica nella scuola secondaria nelle varie regioni, al sovraffollamento di università esistenti e alle zone di provenienza dei relativi studenti, nonché ai criteri generali di pianificazione economica e territoriale;

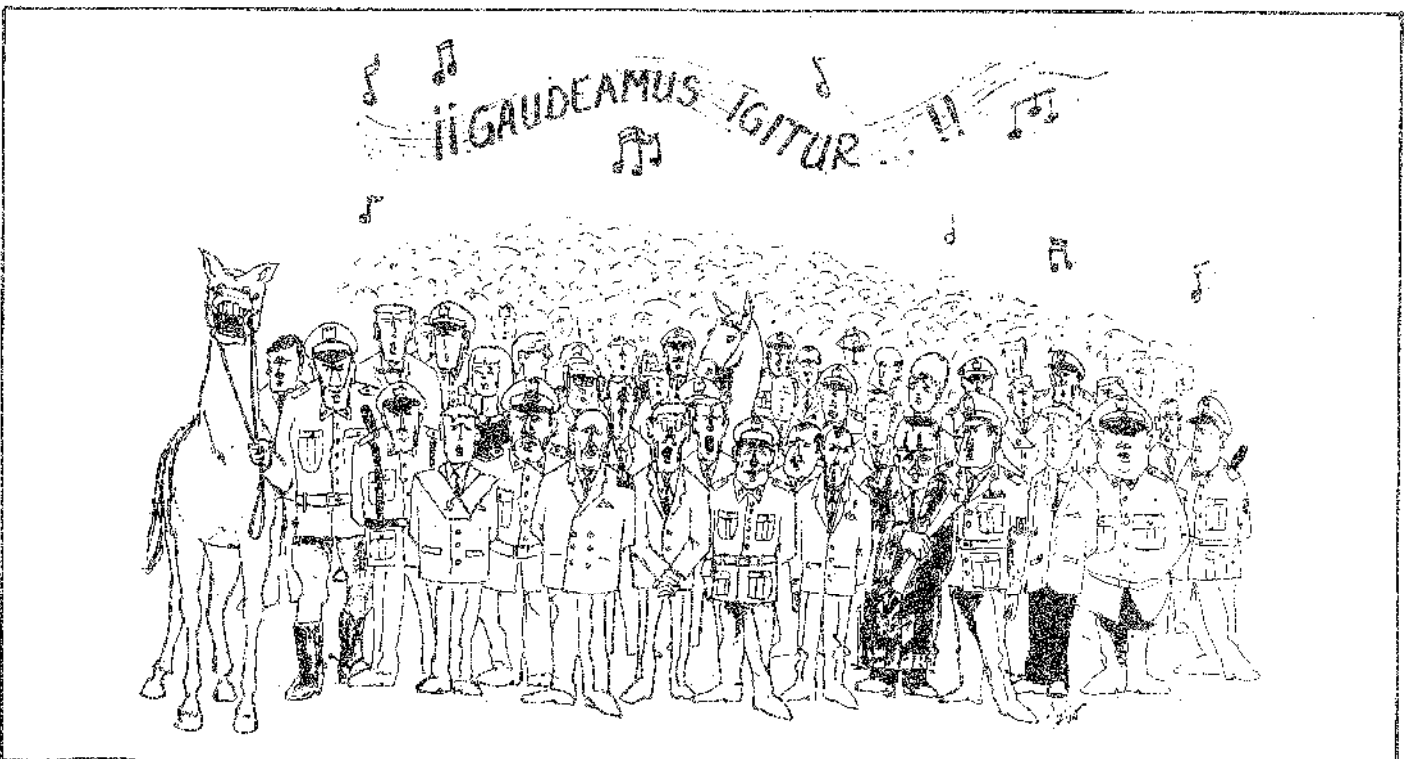
b) dei pareri delle regioni interessate sulla localizzazione delle nuove sedi universitarie e sui corsi di laurea ritenuti particolarmente utili ai fini dello sviluppo regionale.

I disegni di legge di cui al secondo comma del presente articolo prevederanno anche l'istituzione di nuove facoltà presso sedi già esistenti. Fino all'entrata in vigore delle leggi di cui ai commi precedenti il divieto contenuto nell'articolo 2 della legge 30 novembre 1970, n. 924, si estende alla istituzione o al riconoscimento di nuove facoltà. E' vietata altresì l'istituzione, da parte delle università e delle facoltà, di nuovi corsi di insegnamento o di nuovi corsi di laurea distaccati in sede diversa da quella dell'ateneo. Ogni università può disporre di laboratori e di centri di ricerca anche in località diverse, quando ciò sia richiesto da fini di ricerca scientifica. E' altresì vietata la costituzione nell'ambito delle facoltà di nuovi istituti monoscuola.”

Anlässlich der Bilanzdebatte 1974 wurden von den Oppositionsparteien SFP und KPI zwei Beschlufanträge eingebracht, die die Forderung nach Einsetzung einer Kommission zum Studium der Frage einer doppelsprachigen Universität zum Inhalt hatten. Die Beschlufanträge wurden abgelehnt.

Vielleicht kann diese Studententagung der SH dazu beitragen, festgefahrene Situationen zu überwinden und Meinungen zu revidieren.

Der Vorstand  
der Südtiroler Hochschülerschaft



# Gesellschaftliche Funktion einer Hochschule in Bozen

(1976/2)

Der hier abgedruckte Beitrag unseres Kollegen Max Haller zum Fragenkomplex „Universität Bozen“ wird wegen seiner Länge einige unserer Leser etwas einschüchtern. Er knüpft an das vom Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitut im letzten Jahr herausgegebene Bändchen „Hochschulpolitik in Südtirol aus bildungssoziologischer Perspektive“ von Christoph Pan und liefert einen wissenschaftlich fundierten Beweis, daß das „Verdienst“ der genannten Schrift, „eine künstlich aufgeblähte bildungspolitische Kontroverse innerhalb der Volksgruppe auf ihren echten Realitätsgehalt und die Diskussion um die Universität versachlicht“ zu haben (so zu lesen in der letzten Nummer des periodisch erscheinenden Blattes des Instituts über die Tätigkeit des letzten Bilanzjahres), erstens wohl Ausdruck einer Verwechslung eines wissenschaftlich korrekten Werkes mit platter Propaganda für die Werkstudentenkurse des SBZ darstellt, und zweitens ein grober Ausdruck von Überheblichkeit ist; man schreibt ein Büchl und hat damit die Diskussion gestoppt.

Der folgende Artikel, der das Pan-Produkt widerlegt, könnte sich, in derselben würdigen Form publiziert, zumindest neben diesem sehen lassen.

Im Sommer 1975 erschien in der Schriftenreihe des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitutes in Bozen eine Broschüre über „Hochschulpolitik in Südtirol aus bildungssoziologischer Perspektive“. Der Verfasser, Dr. Christoph Pan, Leiter des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitutes und Dozent für Politische Soziologie an der Universität Innsbruck, berichtet darin über die vom Südtiroler Bildungszentrum seit 1972 in Bozen abgehaltenen Hochschullehrgänge für Werkstudenten.

Dabei wird auch öfters das Problem der Errichtung einer Hochschule in Bozen angeschnitten. Die diesbezüglichen Aussagen von Dr. Pan gipfeln in den folgenden Sätzen:

„Als der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Silvius Magnago an der 24. Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei am 8. März 1975 in Meran unter ungeteilter Zustimmung aller Delegierten ein in seiner Klarheit und Unmißverständlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig lassendes Bekenntnis zur Universität Innsbruck als Landesuniversität auch der Südtiroler ablegte, war ein entscheidender Schritt zurückgelegt zur Aufrechterhaltung der kulturellen Einheit der beiden Landesteile von Tirol und gleichzeitig der Schlußstrich unter die ideelle Auseinandersetzung gezogen, welche bei anderem Ausgang eine ernsthafte Bedrohung für die kulturelle Entwicklung der Südtiroler bedeutet hätte. Erwähnenswert ist noch, daß diese entscheidende Schlacht um den Fortbestand der deutschen Volksgruppe in Südtirol zu Beginn der Selbstverwaltungsphase primär von den Pragmatikern im unmittelbaren völpolitischen Feld geschlagen wurde...“ (1)

Nun ist es meine Auffassung, daß es nicht nur reichlich übertrieben ist, hier von einer „entscheidenden Schlacht um den Fortbestand der deutschen Volksgruppe in Südtirol“ zu sprechen, sondern daß selbst für jemanden, der das Ziel der Aufrechterhaltung einer kulturellen Verbundenheit zwischen Südtirol und den deutschsprachigen Ländern, sowie der Bewahrung der deutschen Sprache und Kultur in Südtirol unterstützt, die Frage der Errichtung einer eigenen Hochschule in Südtirol in keiner Weise vor vornherein im negativen Sinne zu beantworten ist.

Viele der im folgenden diskutierten Probleme könnten auch zu einer ge-

genteiligen Folgerung Anlaß geben. Zuvor ist jedoch auf einige der von Dr. Pan aufgestellten Behauptungen im Zusammenhang mit der Durchführung und dem Erfolg der Werkstudentenkurse des SBZ einzugehen.

Vom Wintersemester 1971 bis zum Sommersemester 1975 besuchten insgesamt 1219 Personen Kurse des SBZ. Diese relativ hohe Zahl erscheint jedoch in einem anderen Licht, wenn man sie näher ansieht: 661 der Kursbesucher, also mehr als die Hälfte (54,2%), nahmen nur 1 Semester, weitere 312 zwei Semester lang teil. Insgesamt nahmen also über drei Viertel höchstens ein Jahr lang an den Kursen teil. Diese Tatsache ist zuallererst zu berücksichtigen, wenn man eine „Erfolgsbilanz“ der Kurse zieht.

Ein Argument, das von Dr. Pan stark in den Vordergrund gestellt wird, betrifft die Lernerdifferenz und den Studienerfolg der Hörer der Kurse. Aus organisatorischen Gründen ist es notwendig, daß der Unterricht an Wochenenden in Blöcken stattfindet und stärker als an Hochschulen mit Lehrbehelfen gearbeitet wird. Außerdem ist auch der Unterricht kürzer als im normalen Hochschulstudium. Dies alles hat jedoch anscheinend nur positive Folgen, wenn es heißt, damit werde ein doppelter Rationalisierungseffekt erzielt, indem sowohl Lehrende wie Lernende die zur Verfügung stehende Zeit besser nutzen<sup>2)</sup>.

Die Kehrseite dieser „Rationalisierung“ ist aber sicherlich, daß sie zu Lasten der Qualität und „Tiefe“ des Studiums gehen muß, da in Skripten ja nur das Grundgerippe eines Wissensbereiches dargestellt wird. Eine bildungssoziologische Studie an Studenten der Universität Wien hat deutlich gezeigt, daß Zusammenhänge bestehen zwischen kreativem Lernen und einer Reihe von organisatorischen Komponenten der Studienbedingungen wie der Diskussions- und Interaktionsmöglichkeiten der Studenten mit den Lehrenden, ihrer Einbeziehung in die Forschungsaktivität und ihren Möglichkeiten, sich zusätzlich zu der vorge-

schriebenen Literatur Fachlectüre zu suchen.<sup>3)</sup>

Weiters wird auch auf das im Vergleich zu österreichischen Hochschulen günstige Dichteverhältnis zwischen Lehrkräften und Studenten hingewiesen.<sup>4)</sup> Auch hier wäre zu erwähnen, daß die Lehrkräfte den Studenten in Bozen nur während des Wochenendes zur Verfügung stehen, während sie an den Hochschulen — zumindest potentiell — jederzeit erreichbar sind (und vielleicht in gemeinsamen Forschungsprojekten mit den Studenten arbeiten).

Ich möchte mit diesen Bemerkungen nicht das Verdienst des Südtiroler Bildungszentrums um die Durchführung dieser Werkstudentenkurse in Frage stellen, jedoch schien es mir notwendig, auf diese strukturellen Beschränkungen solcher Kurse hinzuweisen, da man die Frage der Errichtung einer Hochschule nicht zuletzt auch im Hinblick auf solche Alternativen sehen sollte.

## Der gegenwärtige Diskussionsstand

Entwicklung und Stand der Diskussion um die Frage der Errichtung einer Hochschule in Bozen sind durch eine gewisse Diskrepanz gekennzeichnet, die darin besteht, daß einerseits eine beträchtliche Anzahl relativ gut durchdachter Modelle für eine Hochschule vorliegen, daß aber andererseits wichtige Grundfragen und Rahmenbedingungen für eine solche Hochschule kaum thematisiert wurden. Einer dieser Problembereiche, der Zusammenhang zwischen Universitätsausbildung und Arbeitsmarkt, wurde erstmals in Zusammenhang mit der Studententagung der Südtiroler Hochschülerschaft im Herbst 1974, die sich der Universitätsfrage widmete, angeschnitten.<sup>5)</sup>

In einer grundsätzlichen Diskussion der gesellschaftlichen Bedeutung der Hochschulbildung erscheint dieser Problembereich als einer der wichtigsten und ich werde dazu einige Überlegungen einbringen, die durch kurze Hinweise auf die aktuelle Lage in Ita-

ren ergänzt werden sollen. Im Anschluß daran möchte ich einige Argumente für die Errichtung einer Hochschule in Bozen aus der Sicht der Entwicklungsperspektiven von Stadt und Region diskutieren, sowie kurz darauf hinweisen, wie eine solche Hochschule grundsätzlich strukturiert sein müßte. Im letzten Teil werde ich Ergebnisse aus einer bis jetzt nicht veröffentlichten Befragung präsentieren, durch die frühere Untersuchungen über die Einstellung der Südtiroler Bevölkerung zur Errichtung einer Hochschule in Bozen eine Bestätigung finden.

#### Zur Stellung der Hochschule in Zusammenhang von Ausbildung und Gesellschaft

In der Diskussion um die Hochschule in Bozen wurde wiederholt darauf verwiesen, daß die allgemeine „Bildungsexplosion“ auch an Südtirol nicht spurlos vorübergehen könne. Einerseits benötige eine hochindustrialisierte Gesellschaft zur Sicherung des wirtschaftlichen Fortschritts eine ständig steigende Anzahl von Fachkräften und andererseits bewirke die Erhöhung der allgemeinen Bildung eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen selbst<sup>(4)</sup>.

Wenngleich diese Thesen auf einige wichtige Zusammenhänge hinweisen, wäre es allerdings ein gefährlicher Trugschluß, den Zusammenhang von Bildung und Gesellschaft nur nach Art eines „Fabrik-Modells“ von Schulbildung zu sehen, nach dem die wichtigste und einzige Funktion der Schule die Heranbildung von spezialisierten Fachkräften für die Wirtschaft ist. Denn die Forschung hat gezeigt, daß die Zunahme der allgemeinen Bildung zwar sicherlich einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahrhunderten geleistet hat, daß aber Schulreformen allein nicht in der Lage sind, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen außerhalb der Schule zu bewirken<sup>(5)</sup>.

Im Gegensatz zu technokratisch-elitären Auffassungen, für die das Bildungssystem und insbesondere die höhere Bildung vor allem eine Minderheit besonders Begabter heranbilden soll, besteht das Ziel des Bildungswesens nach einer demokratischen Auffassung darin, möglichst vielen Menschen eine umfassende Bildung zu vermitteln<sup>(6)</sup>. In dieser Perspektive ist dann auch die allgemeine Ausweitung der Mittel- und Hochschulbildung grundsätzlich positiv zu beurteilen. Damit steht sie natürlich in Gegensatz zu den Vertretern der These von der Nivellierung des Bildungssystems, die davor warnen, daß eine Ausweitung des Schulsystems ein Absinken der Qualität der Schulen mit sich bringe. Heutzutage wird dies vor allem von Mittel- und Hochschulen beklagt. Ähnliche Klagen bestanden aber auch schon früher, wie der Historiker bestätigt: „Jene, die glauben, in der Hochschulreform die Universität vor

Verarmung schützen zu müssen, vergessen, daß die gleiche Abwehrhaltung ursprünglich auch für die Ausbildung im Lesen und Schreiben bestanden hat, daß sie dann auf das mittlere und höhere Schulwesen restringiert wurde<sup>(7)</sup>. Die konservativen Nivellierungstheoretiker unterschlagen also den positiven Aspekt der Nivellierung, die Tatsache, daß auch eine Angleichung von unten nach oben erfolgt, daß auch immer mehr der weniger „Begabten“ eine Bildung erhalten.

Aber auch hinsichtlich der Art und Dauer der notwendigen Ausbildung kann man heute schon Konkretes sagen. Als erster Grundsatz müßte gelten, daß eine fundierte Allgemeinbildung Grundrecht jedes Staatsbürgers ist. Die Schutzsysteme der meisten westeuropäischen Länder werden dieser Forderung aber nicht gerecht, denn nur die Minderheit davon, die eine höhere Mittelschule besuchen, erhalten eine ausreichende Grundbildung. Die zunehmende Komplexität der Gesellschaft spricht aber ebenso wie entwicklungspsychologische Erkenntnisse<sup>(8)</sup> eindeutig dafür, daß eine Verlangung der allgemeinen Schulpflicht auf 10- bis 12 Schuljahre notwendig ist. Daß diese Forderung nicht utopisch ist, zeigt sich daran, daß sowohl die USA wie die sozialistischen Länder Osteuropas nicht mehr weit von diesem Ziel entfernt sind (in den USA sind allerdings Minderheiten wie die Schwarzen auch noch weit davon entfernt<sup>(9)</sup>).

Auch die Auffassung über den Zusammenhang von Bildungsniveau und Berufsposition wäre in diesem Sinne neu zu überdenken. Man darf Schulbildung nicht mehr bloß als Investition für einen Beruf sehen und erwarten, Matura oder akademische Titel berechnen automatisch zu einer „gehobenen Stellung“. So sollte insbesondere die Matura nicht mehr bloß als Ausgangspunkt für ein Hochschulstudium angesehen werden, sondern auch direkt in verschiedene Berufe oder Berufsausbildungen führen<sup>(10)</sup>.

Diese Überlegungen bedürfen noch einiger Anmerkungen zur bildungsökonomischen Frage des Zusammenhangs von Ausbildung und Arbeitsmarkt. Nicht nur in der Diskussion um die Hochschule Bozen taucht immer wieder das Schreckgespenst von „arbeitslosen Akademikern“ und von „akademischen Proletariat“ auf. Dazu schrieb einer der kompetentesten Kenner dieses Problems in der Bundesrepublik, der Leiter des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg:

„Wer immer Sorgen über eine angebliche „Akademikerschwemme“ äußert, schöpft aus unrepräsentativen Einzelbeobachtungen, unzulässigen Vergleichen und freien, oft emotionalen Assoziationen, zuweilen aber auch interessengebundenen (Berufsverbände können reichlichen Nachwuchs nicht immer begreifen) ...“

Für kein Land der Welt läßt sich zeigen, daß Akademiker überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen wären. Alle zur Verfügung stehenden Daten beweisen das Gegenteil: Je höher der Bildungsgrad, um so weniger Arbeitslosigkeit<sup>(11)</sup>.

Tatsächlich zeigt sich, daß weniger ausgebildete Arbeitskräfte — ganz besonders Ungelernte — es nicht nur schwieriger haben, Arbeitsplätze zu finden (die dann noch geringer bezahlt sind), sondern auch in Wirtschaftskrisen zuerst von Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Daraus aber umgekehrt zu folgern, daß Akademiker für die Wirtschaft eben wertvoller oder unentbehrlicher seien, wäre allerdings auch zu einfach. Denn in vielen Fällen geht die günstigere Situation, in der sich Akademiker befinden, direkt zu Lasten der Berufschancen anderer Gruppen und zwar vor allem der Maturanten.

Das heißt, in vielen Fällen verdrängen die besser Ausgebildeten tendenziell die weniger Ausgebildeten<sup>(12)</sup>. Daher kann auch die These nur beschränkt gelten, daß Ausgebildete sich ihre Stelle selbst schaffen (eine größere Anzahl von Medizinern, Lehrern usw. mag allerdings wesentlich zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung beitragen).

Diese Zusammenhänge sind in der traditionellen Bildungsökonomik kaum beachtet worden. Es kann hier keine systematische Kritik der Annahmen dieser Bildungsökonomie unternommen werden<sup>(13)</sup>, jedoch sollen die wichtigsten Bestimmungsfaktoren für die Zahl der Hochschulabsolventen eines Landes in Stichworten angeführt werden<sup>(14)</sup>:

#### 1. Die individuelle Nachfrage nach wissenschaftlicher Ausbildung.

Diese ist abhängig von zum Teil politisch steuerbaren Faktoren (wie dem Ausbau der Mittelschulen und Gymnasien), zum Teil von schwer beeinflussbaren Trends wie Schulbesuchsquoten auf die Hochschulen. Insgesamt ist dieser Faktor schwer erfassbar und bisherige Prognosen führten oft zu groben Fehleinschätzungen.

#### 2. Das gesellschaftliche Angebot an wissenschaftlicher Ausbildung.

Dieses wird dargestellt durch die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen und es gilt, daß deren Kapazität nicht dauerhaft unter der voraussichtlichen Studentenzahl liegen sollte. Hinsichtlich der Einführung der Zulassungsbeschränkungen zum Hochschulstudium in der BRD (Numerus Clausus) wurde etwa festgestellt, daß dieser nur infolge schwerer Planungsfälle notwendig wurde und nicht wegen einer unvermeidbaren Entwicklung oder wegen schlechter Berufsaussichten der Absolventen; gerade in Fächern mit einem Mangel an Absolventen wurde oft ein Numerus Clausus eingeführt<sup>(15)</sup>.

#### 3. Die gesellschaftliche Nachfrage nach wissenschaftlicher Ausbildung.

Dieser Faktor wird in den Vordergrund gestellt, wenn man behauptet, die Zahl der Hochschulabsolventen



müsse sich am Bedarf der Wirtschaft orientieren. In Wirklichkeit läßt sich nach vorsichtigen Schätzungen nur etwa ein Drittel des Bedarfes an Hochschulabsolventen ökonomisch bestimmen (als determiniert durch Anforderungen des Arbeitsmarktes), während die restlichen zwei Drittel durch gesellschaftspolitische Vorstellungen und Maßnahmen bedingt sind und zwar vor allem durch die Personalpolitik des öffentlichen Dienstes, von dem drei Viertel aller Akademiker direkt oder indirekt abhängig sind<sup>19</sup>). Es erscheint daher nur konsequent, wenn der Deutsche Wissenschaftsrat ebenso wie der englische Robbins-Report einen nur am Bedarf der Wirtschaft orientierten Ausbau der Hochschulen entschieden ablehnen.

#### Akademikerüberschuß und Einheitsmittelschule in Italien

Eine Diskussion der Möglichkeiten für eine Hochschule in Südtirol muß sich zunächst mit der Situation der Hochschule in Italien auseinandersetzen. Denn die bereits oben diskutierte Problematik der arbeitslosen Akademiker taucht gerade in der Diskussion um eine Hochschule in Bozen immer wieder auf, wobei man unerschwerlich wohl meist die Situation der Hochschulabsolventen in Italien im Auge hat<sup>20</sup>).

Es ist zweifellos ein — den obigen Bemerkungen scheinbar widersprechendes — Faktum, daß es in Italien ein beträchtliches Ausmaß an Arbeitslosigkeit unter den Hochschulabsolventen gibt. Der bekannte italienische Bildungsforscher Marzio Barbagli hat dieses Phänomen in einer Studie bis in das vergangene Jahrhundert zurück untersucht und einige frappierende Tatsachen zu Tage gefördert<sup>21</sup>). So zeigt sich, daß sie in keiner Weise eine Neuerscheinung der letzten Jahre darstellt, sondern schon um die Jahrhundertwende bestanden hat (so sahen sich damals z. B. Mediziner vielfach zur Auswanderung veranlaßt). Angesichts dieses Akademikerüberschusses (der einzig in den 60er Jahren nach einer längeren Periode stärkeren Wirtschaftswachstums zurückgegangen war) mag die Reform der italienischen Mittelschule (Einführung der Einheitsmittelschule 1962 und breitere Öffnung der Hochschulen für die Absolventen der verschiedenen höheren Mittelschulen 1969), die Italien eines der offensten Schulsysteme in ganz Westeuropa brachte, auf den ersten Blick als problematisch erscheinen. Nun läßt sich aber deutlich nachweisen, daß die Ursache für die Arbeitslosigkeit der Akademiker nicht im Schulsystem zu suchen ist<sup>22</sup>), sondern in der gesamten Struktur der italienischen Wirtschaft. Barbaglis Analyse des Zusammenhanges zwischen Wirtschaftsentwicklung und Hochschulbesuch in Italien seit 1945 zeigt deutlich, daß in Perioden wirtschaftlicher Stagnation oder Krisen der Zustrom auf

die Hochschulen unverhältnismäßig stark anwuchs. Das heißt aber nichts anderes, als daß fehlende Arbeits- und Berufsmöglichkeiten die Jugendlichen veranlaßen, weiterhin Schulen zu besuchen (die Schule als „Parkraum“<sup>23</sup>). Dies wird auch dadurch bestätigt, daß die unterentwickelten Regionen Süditaliens stets mehr Hochschulabsolventen aufweisen als Norditalien. Es ging also grundsätzlich darum, wie es ein Senator formuliert: „Il problema non è quello di diminuire il numero degli studenti universitari con mezzi artificiali, ma di aprire nuovi sbocchi alle loro attività“<sup>24</sup>).

Die Berechtigung dafür, auch in Italien weiterhin vom Grundsatz auszugehen (wie es z. B. auch die derzeitige österreichische Hochschulpolitik tut), „jedem Bildungswilligen ein Hochschulstudium zu ermöglichen“<sup>25</sup>), liegt aber letztlich darin, daß in Italien ebenso wie in den übrigen westlichen Ländern eine enorme Ungleichheit der Chancen im Zugang zu den Hochschulen besteht. So hatten etwa von den Erstinskribenten des Jahres 1967/68 52,7% einen Vater, der als Unternehmer, leitender Angestellter oder Freiberufler tätig war, während der Anteil dieser Berufsgruppen an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung nur ca. 15% betrug. Noch stärker zeigt sich diese Diskriminierung beim Abschluß der Hochschule (da Kinder aus Familien der Unterschicht auch häufiger das Studium abbrechen): von den Graduierten (laureati) des Jahres 1965/66 hatten mehr als zwei Drittel einen Vater aus den oben angeführten Berufsgruppen, dagegen waren nur 15,9% der Graduierten Kinder von Vätern in einfachen Arbeiter- oder Angestelltenberufen, deren Anteil an der berufstätigen Bevölkerung ca. 60% ausmachte. Ähnliches gilt für die Bildung der Eltern: die Hälfte der Väter der Graduierten hatte eine Matura oder eine Hochschulbildung, während nur etwa 6% der Gesamtbevölkerung eine ebenso hohe Bildung aufweisen konnte<sup>26</sup>).

Neben diesen Benachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft ist auch auf die regionale Ungleichheit zwischen Nord- und Südtirol hinzuweisen. So ist die Tatsache, daß Südtirol trotz der relativ hohen Zahlen von Hochschulabsolventen eine geringere durchschnittliche Schulbildung der Bevölkerung hat als Italien insgesamt, durch eine besonders starke Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte nach Mittel- und Oberitalien zu erklären. Das heißt also, daß die akademische Arbeitslosigkeit sehr stark auch regional variiert<sup>27</sup>).

Auch für Südtirol wird daher gelten, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten für Akademiker von der Entwicklung der Arbeitsplätze für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung abhängig sein werden und nicht in erster Linie von der Anzahl der Akademiker, die — sei es in Südtirol selbst oder anderswo — „erzeugt“ werden.

#### Zur Standortbestimmung von Hochschulen

Die Frage nach der regionalen Platzierung von Hochschulen muß im Zusammenhang mit der von den Grundgesetzten geforderten Gleichheit der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen für alle Staatsbürger gesehen werden. Diese Gleichheitsforderung impliziert auch gleiche Umweltverhältnisse für die Bewohner der verschiedenen Regionen eines Landes.

Hinsichtlich der Bildungseinrichtungen gilt, daß sie „Bestandteil der regionalen Infrastruktur sein müssen, wenn die räumliche Herkunft für einen Teil der Bevölkerung ... nicht mindere Lebenschancen bedingen darf. Die Hochschulorte muß dabei eingeschlossen sein ...“<sup>28</sup>).

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß deutliche Zusammenhänge zwischen Hochschulstandort und Chancen des Zugangs zur Hochschule bestehen. Am eindeutigsten ist dieser Zusammenhang für die Hochschulstandorte selbst nachweisbar. In der BRD wohnten z. B. zu Beginn der 60er Jahre 26,8% der Bevölkerung in Städten mit Hochschulen, jedoch 36,7% der gesamten Studierenden kamen aus diesen Städten<sup>29</sup>). In Österreich kamen zur selben Zeit in Wien auf je 10.000 Einwohner 83 Hochschüler, in den anderen Bundesländern nur 39. Im Wintersemester 63/64 kamen 2/3 aller Tiroler Hochschüler der Universität Innsbruck aus der Stadt Innsbruck allein, in der nur 22% der Tiroler Bevölkerung wohnten<sup>30</sup>). Auch bei Ausschaltung des Einflusses der Berufsstruktur (in Städten ist der Anteil der Akademiker höher, deren Kinder wiederum häufiger eine Hochschule besuchen) gilt, daß in Hochschulorten selbst mehr junge Leute die Chance haben, eine Hochschule zu besuchen. Für Österreich insgesamt zeigt sich deutlich, daß die Studentenquote (Anteil der Studierenden an der 18. bis 25jährigen Wohnbevölkerung) in den Bundesländern ohne Hochschule niedriger ist als in jenen mit Hochschule<sup>31</sup>).

In einer Untersuchung der Studenten des ersten Studienjahrganges an der neugegründeten Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt sowie aller Kärntner Maturanten desselben Jahres (1973) konnte Evidenz dafür gefunden werden, „daß die Hochschulgründung in Klagenfurt Kärntner Maturanten zu einem Studium bewegt hat, die wohl sonst kein Hochschulstudium begonnen hätten“<sup>32</sup>).

Erwähnenswert scheint an dieser Untersuchung auch die Tatsache, daß besonders Mädchen durch die Neugründung zu einem Hochschulbesuch veranlaßt werden konnten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß gerade die Ausschöpfung der Begabungsreserven bei den Mädchen stark hinter jener bei den Burschen zurückgeblieben ist<sup>33</sup>).

Ein Kriterium dafür, ob ein Gebiet als „hochschulversorgt“ angesehen wer-

den kann, entwickelte die Bildungsreform mit dem Konzept der „Hochschulregion“: studieren aus einer Region zumindest die Hälfte aller Studierenden an ein und derselben Hochschule, so wird dieses Gebiet als „Hochschulregion“ bezeichnet und wird als versorgt betrachtet<sup>33</sup>). Eine starke Streuung der Studenten einer Region auf viele verschiedene Hochschulen wird als Indiz für das Fehlen einer nahen Hochschule gewertet, weil sich gezeigt hat, daß die „Bildungswanderung“ dieser Gruppe zum Teil als Zwangswanderung angesehen werden muß<sup>34</sup>). Die Unterversorgung einer Region aber hat folgende Konsequenz: „Studierende, die in Räumen außerhalb der regionalen Einzugs- und Versorgungsräume beheimatet sind oder solche, die eine regional zugeordnete, nur wenige oder spezielle Studienmöglichkeiten anbietende Hochschule nicht besuchen, obwohl sie im Einzugsbereich sind, wählen in der Mehrzahl weder die nächstgelegenen Hochschulen noch die Hochschulen innerhalb des Landesterritoriums“<sup>35</sup>).

In engem Zusammenhang mit der Frage nach der Funktion der regionalen Hochschulgründung für die Erschließung von Begabungsrernen steht die Frage nach der Größe neuer Hochschulen. Die Frage, ob es zweckmäßig ist, eine neue Hochschule von vornherein nicht als Volluniversität zu planen (was im Falle der Universität Bozen fast durchwegs vorausgesetzt wird), muß mehrere Gesichtspunkte berücksichtigen. Zum ersten wurde in Studien über die Einzugsbereiche von Hochschulen festgestellt, daß die Studienwahl der Studenten einer Region deutlich durch das Fächerangebot an der regional zugeordneten Hochschule beeinflusst wird<sup>36</sup>). Zum zweiten scheint die wissenschaftliche Organisation und Effizienz der Hochschule (so steigt etwa der personelle Aufwand pro Student, je kleiner die Hochschule) in mancher Hinsicht durch eine Volluniversität besser gewährleistet zu sein<sup>37</sup>). Das Konzept der „Schwerpunkthochschule“, an dem sich die Hochschulneugründungen in Österreich orientiert haben (38), scheint allerdings ebenfalls vertretbar zu sein, wenn folgende Gesichtspunkte berücksichtigt (39):

1. Die an der Hochschule vertretenen Fächer sollten unter dem Gesichtspunkt ausgewählt werden, daß sie in sich geschlossene Fachbereiche darstellen und vollständige Studiengänge in diesen Fächern ermöglichen;

2. Die ausgewählten Fächer müssen jeweils durch mehrere Lehrstühle vertreten sein; man sollte auf keinen Fall versuchen, möglichst viele Einzelfächer durch mindestens einen Lehrstuhl zu besetzen;

3. Inhaltlich sollte weder die naturwissenschaftliche noch die geisteswissenschaftliche Komponente ganz fehlen;

4. Die an der Hochschule vertretenen Schwerpunkte müßten in engem Zusammenhang mit Bedürfnissen der

betreffenden Region stehen; es wäre illusorisch zu erwarten, daß eine größere Anzahl von Studenten aus dem Einzugsbereich anderer Hochschulen zum Studium einer speziellen Fachrichtung an die neuerrichtete Hochschule kommen wird<sup>40</sup>).

Schließlich soll erwähnt werden, daß eine derartige Schwerpunkthochschule verschiedene Möglichkeiten zur Neukombination von Fächergruppen oder zur Einführung von Forschungsbereichen bieten könnte, die an den traditionellen Universitäten noch kaum vertreten sind<sup>41</sup>).

Ein letzter Gesichtspunkt betrifft den Beitrag, den die Neugründung einer Hochschule für die Entwicklung einer Region und Stadt bringen kann<sup>42</sup>).

1. Eine Hochschule hätte eine Bereicherung des geistigen und kulturellen Lebens einer Stadt und Region zur Folge. Während auf diesen Aspekt in der Diskussion über eine Hochschule in Bozen schon oft hingewiesen wurde, wurde die Kehrsseite davon noch kaum genannt: ein gewisses Minimumangebot an kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten müßte in einer Stadt bereits bei Errichtung der Universität vorhanden sein (wie Bibliotheken, Theater usw.)<sup>43</sup>). Von der Hochschule wäre eine erhöhte Nachfrage nach solchen Einrichtungen zu erwarten.

2. Eine Hochschulgründung wäre auch in wirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung. Positive Effekte auf die wirtschaftliche Situation von Stadt und Region wären zu erwarten von den Investitionen für Hochschulbauten, von der ständigen Anwesenheit einer großen Zahl von Studenten am Hochschulort und nicht zuletzt von der Möglichkeit, einheimischen Akademikern Arbeitsplätze in Forschung und Lehre anbieten zu können. Die Kehrsseite dieses Aspektes ist, daß die Höhe des notwendigen finanziellen Aufwandes nicht unterschätzt werden darf. Als erstes fällt hier der Bedarf an Baulfläche bzw. Raum ins Gewicht. Frühere Erfahrungen haben gezeigt, daß eine neue Hochschule ihre Tätigkeit keinesfalls in unzureichenden Behelfsgebäuden beginnen sollte.

#### Probleme und Chancen einer Universität in Südtirol

Analysen des Südtiroler Bildungswesens zu Beginn der 70er Jahre kamen zum Schluß, daß die Mängel der Bildungssituation in Südtirol vor allem an der Basis, in den Volksschulen und unteren Mittelschulen liegen<sup>44</sup>). Man wird außerdem noch anerkennen müssen, daß der Hochschulbesuch vor allem durch den Zugang zu den Mittelschulen determiniert wird<sup>45</sup>).

Die Ergebnisse der Volkszählung 1971 zeigen aber auch auf den höheren Bildungsebenen ein deutliches Manko: so ist der Anteil der Akademiker und Maturanten an der über 15jährigen deutsch- und ladinischsprachigen Be-

völkerung Südtirols niedriger als in allen umliegenden österreichischen Bundesländern und italienischen Provinzen<sup>46</sup>).

Die neuesten Daten über die Entwicklung der Bildungssituation auf dem Sektor der höheren Mittelschulen zeigen allerdings eine deutliche Verbesserung: zu Beginn des Schuljahres 1975/76 waren nicht weniger als 8.141 Schüler an höheren Mittelschulen eingeschrieben. Bemerkenswert daran ist auch — vor allem angesichts der Tatsache, daß die Volkszählung 1971 noch eine starke Unterrepräsentation der Frauen unter den Akademikern der deutschen Volksgruppe aufgezeigt hatte<sup>47</sup>) — daß der Anteil der Mädchen sogar etwas mehr als die Hälfte davon (53,7%) beträgt<sup>48</sup>). Dabei muß allerdings hinzugefügt werden, daß der Großteil dieser Mädchen an reinen Frauenschulen oder mehr berufsbildenden Schulen (wie den Lehranstalten für kaufmännische Berufe oder den Lehrerbildungsanstalten) studiert und die Mädchen an den Lyzeen, deren Absolventen am häufigsten auf eine Hochschule übertreten, unterrepräsentiert sind.

Welche Konsequenzen folgen aus dieser Zunahme der Zahlen der Schüler an den höheren Mittelschulen in Südtirol? Ein sehr häufig vorgebrachtes Argument gegen die Errichtung einer Hochschule in Bozen lautet, die starke Streuung der Südtiroler Hochschüler auf in- und ausländische Hochschulen wäre von Vorteil, da sie zur Erweiterung des Horizonts führe; eine Hochschule in Bozen würde nicht einmal alle Südtiroler Studenten jener Fächer anziehen, die an ihr eingerichtet würden<sup>49</sup>).

Aus den Erhebungen der Bildungsgruppe Universität Innsbruck geht hervor, daß man in den nächsten Jahren je Geburtenjahrgang mit 1.100 deutsche- und ladinischsprachigen und 700 italiensprachigen Schülern an allen zur Matura führenden Schultypen rechnen muß. Auch wenn sicherlich nicht alle zur Matura gelangen, kann man doch annehmen, daß für die Universität Bozen fast 1.000 Studenten pro Geburtenjahrgang und somit eine Hörerzahl von vier- bis fünftausend Studierenden für eine doppelsprachige Universität angenommen werden können<sup>50</sup>).

Wie bereits dargelegt wurde, ist jedoch die Tatsache, daß die Studierenden einer Region sich auf viele verschiedene Hochschulen verteilen, lediglich ein Hinweis darauf, daß dieses Gebiet nicht im Einzugsbereich einer dominanten Hochschule liegt. Wenn im Zusammenhang mit dem obigen Argument auch behauptet wird, Südtiroler Studenten, die die Absicht zu einem Hochschulbesuch hätten, würden sich davon auch durch das Fehlen einer Hochschule in Bozen nicht abhalten lassen, so übersieht man, daß jene Studenten, die an einer weit entfernten Hochschule studieren, zum größten Teil besonders bildungs-

privilegiert“ sind, wie es in der Untersuchung an den Kärntner Maturanten festgestellt wurde<sup>57)</sup>.

Von „Bildungsprivilegierung“ kann man hier sprechen, weil es vor allem Söhne von Familien höherer sozialer Schichten sind, die in jedem Falle nach der Matura ein Hochschulstudium absolvieren, während männliche Maturanten aus Arbeiter- und Bauernfamilien und weibliche Maturantinnen beim Fehlen einer regional zugeordneten Hochschule eher auf ein Studium überhaupt verzichten.

Von einer Hochschulgründung in Bozen wären also gerade im Hinblick auf die Bildungschancen von traditionell eher benachteiligten Gruppen von Maturanten positive Effekte zu erwarten.

Wichtig erscheint dies im Falle Südtirols besonders hinsichtlich der Mädchen, denn die derzeitige Zusammensetzung der Südtiroler Berufsstruktur nach dem Geschlecht ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß Frauen in akademischen Berufen (vor allem unter den Mittelschullehrern) sehr schwach, in Berufsgruppen mit nur geringem Ausbildungsgrad der Beschäftigten dagegen besonders stark vertreten sind (vor allem im Handel und Gastgewerbe).

Daher haben auch die Autoren des Berichtes „Südtirol 1961—1971“ darauf hingewiesen, „daß die aufgezeigte Tendenz im Handelssektor nicht nur zu einer einseitigen — besonders in bezug auf den Fremdenverkehr — auch eventuell zu einer allzu einseitigen Erwerbsstruktur führen kann“<sup>58)</sup>.

Bezüglich der Vorteile eines Studiums im deutschsprachigen Ausland für die „Horizontenerweiterung“ der Südtiroler Hochschüler wäre anzumerken, daß man sie abwiegen müßte gegen die Vorteile eines Studiums im eigenen Lande. Der angesehene österreichische Kulturhistoriker Friedrich Heer hat die notwendige Form der Bildung für die Akademiker Südtirols bereits im Jahre 1964 so umschrieben:

„Es gibt eine einzige Möglichkeit, dem Südtiroler Volk eine Zukunft zu schaffen: Diese einzige Möglichkeit besteht in der sofort in Angriff zu nehmenden Erziehung und Heranbildung der Südtiroler Jugend zu einer Intelligenzschicht, die gleichermaßen italienisch wie deutschsprachig gebildet, das Südtiroler Volk in ... allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentren Italiens vertreten kann.“

Die österreichische Regierung sollte in diesem Sinne ein Sofortprogramm beschließen: zur Förderung der Erziehung und Bildung eben dieser Intelligenzschicht, ohne die das Südtiroler Volk keine Zukunft besitzt. Nun sind bekanntlich seit einigen Jahren einige Unternehmungen, Stipendien usw. für Südtiroler in dieser Hinsicht begonnen worden. Diese sehen aber meist am Wesentlichen vorbei an der bilateralen, zweifachen Bildung und Erziehung, auf die es da ankommt: Es genügt einfach nicht, daß Südtiroler Studenten in Innsbruck, Wien, Graz etwa römische, deutsche und österreichische Jurisprudenz studieren oder, um sich für das Lehrfach vorzubereiten, Deutsch und Geschichte in Österreich und Deutschland studieren ...“<sup>59)</sup>.

Der größte Vorteil des Hochschulstudiums in Südtirol selbst wäre der, daß es den Studenten während des Studiums ermöglichen würde, im engen Kontakt mit der Entwicklung und

den Problemen des Landes zu bleiben. Als besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, daß bereits während des Studiums berufliche Erfahrungen und Kontakte gesammelt werden könnten, wodurch die Bindung der Hochschulabsolventen an das Land und die Entscheidung, auch dort zu arbeiten, vermutlich stark gefördert würde<sup>60)</sup>.

Ein Argument von Dr. Pan ist in diesem Zusammenhang ebenfalls zu diskutieren. Er meint, die Frage, ob Innsbruck die Funktion der „Landesuniversität“ auch für Südtirol übernehmen könnte, hänge davon ab, ob sie auch im Forschungsbereich Südtirol mitversorgt, was einerseits nur eine Folge davon sei, „ob die Südtiroler über den studentischen Bereich hinaus auch im Mittelbau und im Lehrkörper Eingang finden und entsprechend repräsentiert sind“<sup>61)</sup>. In der Lösung, die dabei von Dr. Pan vorgeschlagen wird, eine gewisse Diskriminierung der Südtiroler in gehobenen Positionen zu beheben, zeigt sich wohl am deutlichsten die Absurdität einer Konzeption, die von der These ausgeht: „Südtirol bedarf keiner eigenen Universität, dafür aber einer klaren und zielbewußten Hochschulpolitik“<sup>62)</sup>. Denn in diesem Zusammenhang wird nicht erwähnt, daß mit der Ernennung zum Hochschulprofessor in Österreich genauso wie in Italien die Verleihung der Staatsbürgerschaft verbunden ist, so daß ein Südtiroler dann strenggenommen wohl auch als Österreicher bezeichnet werden muß. Letztlich ist die Ursache für diese Entfremdung aber gar nicht in erster Linie die rechtlich-politische Zugehörigkeit, sondern die Tatsache, daß die gesamte Forschungs- und Arbeitsbasis eines Wissenschaftlers in jener Stadt und in jenem Land verankert sein wird, in dem sich seine Universität befindet. Daran kann auch die Vergabe „gelegentlicher Forschungsvorhaben“ über Südtirol nichts ändern, wie Dr. Pan selbst bemerkt (abgesehen davon, daß solche Forschungsaufträge nur in wenigen Disziplinen möglich sind). Will die Südtiroler Landesverwaltung Südtirolern selbst Möglichkeiten zu wissenschaftlicher Arbeit im Rahmen einer Hochschule geben, so kann das letztlich nur durch den Aufbau derartiger Einrichtungen in Südtirol selbst geschehen (alles andere müßte man wohl als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bezeichnen).

#### Die Einstellung der Südtiroler zur Universität

Der letzte Punkt betrifft die Einstellung der Südtiroler Bevölkerung in Bozen. Auch ich bin der Meinung, daß eine Hochschule in Südtirol „von der Gesamtbevölkerung getragen werden müßte“<sup>63)</sup>. Als Beitrag zur Beantwortung der Frage nach der Einstellung der Bevölkerung in Südtirol zu dieser Frage scheinen mir die Ergebnisse einer bisher unveröffentlichten Unter-

suchung von Interesse, so daß ich sie abschließend darstellen möchte. Es handelt sich dabei um eine Befragung unter 495 Angehörigen der deutschen Volksgruppe, die eine Zufallsstichprobe aus der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols darstellen. Die Befragung wurde im Herbst 1973 vom Institut für empirische Sozialforschung (Wien) durchgeführt<sup>64)</sup>.

Die wichtigste Frage betrifft die Einstellung zur Hochschule in Bozen, deren Formulierung und Hauptergebnisse folgendermaßen lauteten<sup>65)</sup>:

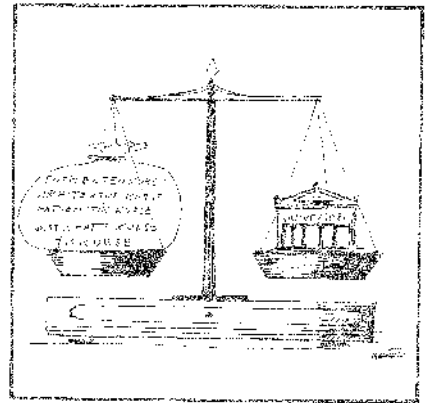
„Sprechen wir jetzt wieder über einige Probleme, über die man in letzter Zeit da und dort diskutiert hat. Da gibt es die Frage einer zweisprachigen Universität in Bozen. Was ist Ihre Meinung dazu — sollte es in Bozen eine solche geben?“

	(N*)	ja, unbedingt	nein	weiß nicht	Insgesamt
Zusammen	(495)	% 75	8	17	100
Pflichtschule ohne weitere Ausbildung	(348)	% 73	6	21	100
Lehre, Fachschule					
Handelschule (107)	% 80	5	15	100	
Matura, Hochschule	(40)	% 60	9	31	100
Bozen/Neumarkt	(162)	% 70	15	15	100
Brixen/Sterzing					
Bruneck	(160)	% 86	4	10	100
Schlanders/Meran	(173)	% 71	3	26	100

\* ) Anzahl der Befragten

75%, also genau drei Viertel aller Befragten, sprachen sich in ganz unterschiedener Weise für die Errichtung einer Universität in Bozen aus. Dieses Ergebnis erhärtet also deutlich das Ergebnis der Erhebungen des Instituts für Erziehungswissenschaften in Innsbruck, in denen 71% der befragten deutschsprachigen Eltern eine negativ formulierte und 81% eine positiv formulierte Frage zum Problem der Errichtung einer Hochschule in Bozen zustimmend beantwortet hatten<sup>66)</sup>. Es muß damit wohl als gesichert gelten, daß unter der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols eine eindeutige Mehrheit die Einrichtung einer doppel-sprachigen Hochschule befürwortet.

Auf zwei bemerkenswerte Zusammenhänge in der obigen Tabelle möchte ich gesondert hinweisen. Erstens zeigt sich, daß die Errichtung einer Universität am häufigsten von Personen mit einer mittleren Berufs- oder Fachausbildung befürwortet wird. Hierin kann man vermutlich einen Hinweis darauf sehen, daß gerade in dieser Gruppe die Erreichbarkeit einer Hochschule eine wichtige Rolle für die Möglichkeit zu ihrem Besuch spielt.



werden und für welche derartigen Einrichtungen man bereit ist, finanzielle Mittel aufzubringen. Nebenbei wäre zu bemerken, daß die Kosten einer Hochschule in Bozen zu einem guten Teil vom Staat mitfinanziert würden, was bedeutet, daß Südtirol im Falle der Abichnung einer eigenen Hochschule auf diese Mittel verzichtet.

Was in der derzeitigen Situation am wichtigsten ist, scheint eine von einer breiten Öffentlichkeit in Südtirol getragene Diskussion um die Chancen und Probleme einer solchen Hochschule, nicht jedoch die Vorgangsweise des Südtiroler Bildungszentrums, das sich vor Einschaltung der Öffentlichkeit „die Unterstützung maßgeblicher Kreise“ gesichert hat<sup>66)</sup> und dann Politiker und Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen gestellt und sie damit vielleicht mehr oder weniger gezwungen hat, eine Entscheidung im Sinne dieser Tatsachen zu treffen.

Eine derartige öffentliche Diskussion kann aber nur dann zielführend sein, wenn fundierte Entscheidungsgrundlagen vorhanden sind. Hierzu wäre festzuhalten, daß sich nicht wiederholen sollte, was ein kritischer Beobachter für Österreich festgestellt hat: „Weitgehend ungelöst ist noch das Problem der Hochschulneugründungen. Hierzu wurden, abweichend etwa von der Bundesrepublik Deutschland, für neu zu gründende Hochschulen keine Planungsgutachten ausgearbeitet, sondern die Entwicklung wurde weitgehend der Improvisationskunst der Interessenten anheimgestellt“<sup>67)</sup>. Inzwischen wurde die Notwendigkeit systematischer Grundlagenforschung und Planung jedoch auch in Österreich erkannt<sup>68)</sup> und es wäre zu hoffen, daß man im Sinne einer Transparenz bei der Vergabe der Mittel zugunsten des Bildungswesens in Südtirol neu überdenkt und vor allem die Interessen der Betroffenen selbst anhört und berücksichtigt<sup>69)</sup>.

Die in diesem Artikel sowie in den bisherigen Beiträgen an anderen Stellen vorgelegten Argumente sind nach meiner Meinung ausreichend, die Forderung als gerechtfertigt erscheinen zu lassen, für eine solche systematische Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen finanzielle Mittel bereitzustellen, um auf deren Basis nach einer breiten öffentlichen Diskussion eine fundierte und allgemein anerkannte Entscheidung treffen zu können<sup>70)</sup>.

Ergebnisse der Bildungsforschung zeigen nämlich, daß die größte Bereitschaft zu einer Weiterbildung gerade unter den sozialen Gruppen mit mittlerer Ausbildung besteht. Ein zweites wichtiges Ergebnis scheint mir zu sein, daß nach der regionalen Zugehörigkeit die Befragten im Pustertal und im mittleren und oberen Ebnetal häufiger als die übrigen für die Universität Bozen sind. Ein Vertreter des SBZ sagte in einem ORF-Interview: „Man muß sich auch vor Augen halten, daß unsere Studenten, vor allem die Bauernsöhne und die Leute aus den entlegenen Tälern ja immer den Wohnort wechseln müssen, wenn sie eine Universität besuchen wollen. So ist für einen Pustertaler oder Fassoieler Innsbruck weder weiter noch teurer als Bozen.“<sup>41)</sup>. Abgesehen davon, daß es einfach falsch ist zu behaupten, Innsbruck sei vom Pustertal nicht weiter entfernt als Bozen (solange unter dem Jaufner kein Tunnel ist, beträgt die faktische Entfernung nach Innsbruck mindestens 100 km mehr), lassen diese Ergebnisse vermuten, daß gar nicht die geographische Nähe das entscheidende Kriterium für die Einstellung zur Universität darstellen. Statt dessen würde ich vermuten, die Bevölkerung der eher „entlegenen“ Täler hält ein Studium in Bozen deswegen für wichtiger, weil es dem Studenten die Möglichkeit zu besserem Kennenlernen der spezifischen Probleme Südtirols bietet. Diese Probleme sind dadurch bestimmt, daß Bozen als Hauptstadt Südtirols eine Stadt mit mehrheitlich italienischsprachiger Bevölkerung ist und daß Südtirol insgesamt ein Teil von Italien ist. Diese Probleme kann man jedoch in Innsbruck oder sonstwo im deutschen Sprachraum nicht kennenlernen (diese Fragen sind für Südtiroler Studenten aus kleineren Gemeinden aktueller, da sie von Jugend auf geringeren Kontakt mit der italienischen Sprache und Volksgruppe haben als die Studenten aus größeren Städten).

Noch ein weiteres Ergebnis aus dieser Befragung soll präsentiert werden<sup>42)</sup>:

„Welches der angeführten Probleme sollte in Südtirol mehr diskutiert werden?“

	%
Volkstumsprobleme	18
Probleme der Landwirtschaft	42
Probleme des Fremdenverkehrs	35
Soziale Fragen	40
Bildungsfragen	33
Probleme der Selbständigen und Gewerbetreibenden	17
Probleme der Angestellten und Beamten	14
Probleme der Arbeiter	44
Umweltschutz	29
Wohnbauprobleme	42
keine Antwort	11

Das Ergebnis, daß 33% Bildungsfragen für sehr wichtig halten, bestätigt nach meiner Meinung die Aussage von Doz. Eva Köckels-Stangl, daß die Südtiroler deshalb für eine Universi-

tät sind, „weil sie überhaupt offensichtlich sehr vehement für den Ausbau des gesamten Bildungswesens und des gesamten Schulwesens sind“. Dem widerspricht auch nicht, daß auf die Frage, was vor allem geschehen müßte, um die Lage der Arbeiter und Angestellten in Südtirol zu verbessern, 23% höhere Löhne und 17% mehr Industrie nannten und nur 4% bessere Bildungsmöglichkeiten<sup>43)</sup>. Es geht hier eben nicht um ein Entweder-Oder, sondern um die relative Bedeutung verschiedener Zielsetzungen und insofern ist es folgerichtig, wenn der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang eingeräumt wird.

#### Schlussfolgerung:

#### Die Notwendigkeit von Grundlagenforschung und öffentlicher Diskussion

Im Rahmen dieses Artikels war es nicht möglich, eine systematische Darstellung und Bewertung aller Probleme bezüglich der Errichtung einer Universität in Bozen zu geben. Das Schwergewicht meiner Ausführungen war bestimmt durch die mir zugänglichen Daten, wobei insbesondere die Frage des Verhältnisses zur Universität Trient und die komplexe Frage der Doppelsprachigkeit nicht behandelt werden konnten.

Es ist allerdings schwer vorstellbar, daß eine solche Hochschule nicht zweisprachig sein sollte. Wenn man ausgeht von der Tatsache, daß eine entscheidende Mitsprache der Südtiroler Landesregierung in der konkreten Ausgestaltung der Hochschule Grundbedingung für ihre Errichtung sein muß (was in allgemeiner Form bekanntlich schon im italienischen Universitätsgesetz vom 30. II. 1973 verankert ist und auch vom Rektor der Universität Trient bestätigt wurde<sup>44)</sup>), so scheint die fortgesetzte prinzipielle Ablehnung jeder Diskussion mit dem Hinweis auf Hegemoniebestrebungen durch Trient nicht anders verständlich, denn als mangelndes Vertrauen in die Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Teilnahme und Kontrolle durch die Südtiroler selbst. Ähnliches betrifft die Frage der Kosten, die eine Hochschule mit sich bringen würde. Hierzu schreibt Dr. Pan: „Abgesehen davon, daß kein zwingender Grund genannt werden kann, der das Entstehen einer Hochschule oder Universität in Bozen zu rechtfertigen vermag, würden die aus einer solchen Einrichtung erwachsenden finanziellen Erfordernisse... den Südtiroler Landeshaushalt, also letztlich den Steuerzahler, in unzumutbarer Weise belasten“<sup>45)</sup>.

Es mag wohl stimmen, daß kein „zwingender Grund“ für eine Hochschule genannt werden kann, jedoch sollte klar geworden sein, daß „zwingende Gründe“ für keinerlei Art von Bildungseinrichtungen genannt werden können. Die Frage ist vielmehr, welche sozial- und bildungspolitischen Einrichtungen von den Südtirolern und ihren Politikern als wichtig erachtet

# Das verdrängte Problem: Universität in Südtirol

(1978/2)

Seit über zehn Jahren wird in Südtirol und darüber hinaus über die Funktion einer Universität in Südtirol diskutiert; von Parteien, Gewerkschaften, Interessengemeinschaften, Verbänden, Intellektuellen.

Von den einen wird dieses Thema als „sattsam durchdiskutiert“ bezeichnet<sup>1)</sup>, von den anderen als notwendig erachtet, über dieses eine permanente Diskussion in Gange zu halten.

Die Südtiroler Volkspartei hat zweimal in einer Resolution, einmal am 19. April 1971, das andere Mal am 13. September 1974, die Errichtung einer Universität in Südtirol abgelehnt und verweist heute bei jeder Gelegenheit auf die „Landesuniversität Innsbruck“.

Die Gründe für eine Ablehnung sind wie folgt: Die Errichtung einer doppel-sprachigen Universität in Südtirol stehe im Widerspruch zu den kulturellen Schutzbestimmungen des Pariser Vertrages, da in diesem Abkommen vereinbart sei, in Österreich erworbene Hochschultitel auch in Italien anzuerkennen. Andererseits fördere eine doppelsprachige Hochschule in Südtirol eine Mischkultur(!) und bei einer solchen Einrichtung könne es sich zwangsläufig nur um eine zweitrangige Provinzuniversität handeln, fördere die Ghettomentalität und den geistigen Provinzialisismus. Darüberhinaus sei dies weder wirtschaftlich vertretbar noch finanziell tragbar.

Als Lösung, die den kulturellen Erfordernissen besser entspreche; strebe sie Einrichtungen an, welche eine Ausbildung von Werkstudenten im Lande gewährleiste. Sie (die SVP) sei daher der Auffassung, daß das Problem einer Hochschulbildung der Südtiroler Studenten besser durch eine Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Innsbruck und Padua gelöst werden könne.

Nach dem wiederholten kategorischen Nein der Südtiroler Volkspartei zu einer Universitáts Einrichtung in Südtirol haben jene Kräfte, die sich mit Vehemenz für die Realisierung eines Universitátsprojektes im Lande eingesetzt haben, aus politischer Ohnmacht und Resignation angefangen, in dieser Frage leise zu treten und in der Folge nur noch sporadisch auf ihre Forderungen hingewiesen.

Die Südtiroler Hochschülerschaft hat zu diesem Thema zwei Studientagungen abgehalten. 1970, Hochschule in Südtirol — für Südtirol?<sup>2)</sup> Damals drehte sich die Diskussion um eine Universität in einem zweisprachigen Gebiet und damit die Folge der soziokulturellen Unterschiede. Die Studientagung 1974 — Universität Bozen — verlagerte die Argumentationsebene auf bildungsökonomische Fragen<sup>3)</sup>.

Nachdem es gelungen war, eine Diskussion in der breiten Öffentlichkeit zu entfachen (unter anderem ergab eine Umfrage unter den Eltern von ca. 5.600 Schülern des Jahrganges 1959, daß ungefähr 80 Prozent für die Errichtung einer Universität in Bozen seien), ist es innerhalb der SH und in Südtirol um dieses Thema still geworden.

Die Entwicklungen auf bildungspolitischer Ebene sind aber in der Zwischenzeit nicht stehen geblieben, sei es programmatisch auf staatlichem Gebiete durch verschiedene (geplante) Reformen, sei es durch Aktivitäten unserer direkten Nachbaruniversitäten Innsbruck und Trient.

Jeder Befürworter und Gegner eines Universitátsprojektes in Südtirol sieht ein, daß eine unabdingbare Notwendigkeit besteht, bestimmte spezifische, der Südtiroler Realität Rechnung tragende universitäre Einrichtungen zu schaffen. Nur über das Wo und Wie divergieren die Meinungen sehr stark.

## Südtirol als Kolonie der Universitäten Innsbruck und Trient

Die Freie Universität Trient wird verantwortlich werden. Im Gesetzesentwurf ist von einer klaren regionalen Ausdehnung mit einer europäischen Dimension die Rede. Über kurz oder lang wird sich dieses Konzept auch durchsetzen. Davon aber wird später die Rede sein.

Innsbruck versucht auf Betreiben der Nord- und Südtiroler Politiker seinem Adept „Landesuniversität“ gerecht zu werden und den Südtiroler Notwendigkeiten anzupassen. Überdies ist genauso wie in Trient der Ausbau in eine europäische Richtung (?) gedacht.

Beispiel: Die jahrelang von verschiedenen Kräften — neben vielen anderen Bereichen — geforderte spezifische zweisprachige Ausbildung für Südtiroler Jus- und Wirtschaftsstudenten in Südtirol ist von der SVP mit der Zeit anerkannt und sodann aufgegriffen worden. Nur: Sie hat die diesbezügliche Realisierung nach Innsbruck delegiert, in ein Gebiet, dem für solche Fachrichtungen mit besonderem Aufbau und Inhalt einfach das notwendige Kultursubstrat und die direkte Auseinandersetzung fehlt.

Es erhebt sich hier die berechtigte Frage, wie lange für Südtirol notwendige universitäre Einrichtungen exportiert werden können.

## Tabu?

Die in früheren Jahren öffentlich geführte Universitátsdiskussion hat allerdings ein Zweifaches bewirkt.

Erstens haben sich jene Kreise, die sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt haben, das Problem nach verschiedenen Seiten hin vertieft und eine beträchtliche Materialaufarbeitung hervorgebracht, so daß man bereits auf konkrete Ausgangspositionen zurückgreifen kann.

Zweitens hat sich das Diskussionsfeld kapillarisch verbreitet und ist im Bewußtsein der direkt und indirekt Betroffenen und Verantwortlichen in eine latente Phase eingetreten, die jederzeit wieder aufbrechen kann.

Jüngste Aussagen von Politikern aller Schattierungen des In- und Auslandes lassen deutlich Tendenzen erkennen, die untrüglich darauf hinweisen, daß man sich mit diesem Problembereich — zwar klandestin — dennoch permanent auseinandersetzt, da offensichtlich eine adäquate Lösung dieser heiklen Frage immer noch aussieht.

Als der Bundesparteivorsitzende der ÖVP Dr. Josef Taus im Herbst 1977 zum zehnjährigen Jubiläum des Katholischen Familienverbandes Südtirols in Bozen weilte, antwortete dieser bei einer Aussprache mit dem Südtiroler Jugendring auf die Frage, ob er für Südtirol eine eigene universitäre Einrichtung in Bozen für notwendig erachte, er könne sich dies sehr wohl vorstellen, besonders was eine zweisprachige Ausbildung der Jus-Studenten betreffe.

Senator Dr. Peter Brugger erklärte bei einer Veranstaltung der SH im November 1977, eine Volluniversität könne für Südtirol nicht in Frage kommen, wohl aber bestimmte universitäre Einrichtungen (hoffentlich meint er dabei nicht eine Neuaufgabe des Bildungszentrums).

Der österreichische Außenminister Dr. Willibald Fahr gab bei den letzten Gesprächen des Kontaktkomitees Nord-Südtirol gegenüber den Vertretern von SPP und SPS zu verstehen, daß es Südtirol zu erheblichen Nachteilen gereichen werde, sollte nicht die Errichtung universitärer Einrichtungen in Südtirol in Erwägung gezogen werden.

Auf der anderen Seite allerdings hat sich die Position in bezug auf die Universitátsfrage in Südtirol noch etwas fester gefahren. Landesrat Zelger zeigt andauernd mit mahnendem Finger auf die Landesuniversität Innsbruck, Landeshauptmann Magnago kommt zum Schluß, daß die Errichtung einer Universität in Bozen dem Pariser Vertrag widerspreche. Trotz allem: das Problem steht im Raum, vielzitiert, verdrängt, ungelöst; eine unbehagliche Last.

## Sechserkommission

Anfang Februar letzten Jahres setzte die Sechserkommission die Aussprache mit dem Vertreter des Unterrichtsministeriums hinsichtlich der Ergänzung zu den Durchführungsbestimmungen über das Schulwesen fort.

Unabhängig von der Zuständigkeit des Staates, eventuell in der Region eine Universität errichten zu wollen, sollte es der Provinz Bozen zustehen, legislative Maßnahmen für einen universitären Unterrichtsbetrieb zu erlassen. Fazit: Die SVP will die Kompetenz auf dem Universitätssektor, aber keine Universität (aber eventuell für eine parauniversitäre Einrichtung).

Der Kreis schließt sich. Es steht zu viel auf dem Spiel, als daß man diesen Bereich aus der öffentlichen Diskussion in Südtirol weiterhin ausklammert. Die Zeit ist nicht nur reif dafür, — sie ist überreif!

## Trient

Wer über die Funktion einer Universität in Südtirol spricht, darf aber über den letzten Entwicklungsstand der Universität Trient nicht schweigen. Grundlage für die Kenntnis der auf längere Sicht programmierten Entwicklungstendenzen der Universität Trient bildet dabei einerseits die Gesetzesvorlage über die Errichtung der Universität Trient Nr. 848 vom 22. Juli 1977 (Malfatti/Morlino/Stammati/Pedini 5), andererseits der von der Provinz Trient ausgearbeitete „Grundriß eines neuen Universitätsprojektes“, November 1974 6).

Es lassen sich dabei zwei Schwerpunkte definieren:

— Neue rechtliche Organisationsformen, die unter Berücksichtigung der besonderen politisch-rechtlichen Lage des Trentino eine weitgehende Autonomie darstellen;

— sozioökonomische und kulturpolitische Bedeutung der Universität Trient mit dem erklärten Ziele, die Brückenfunktion zwischen dem italienischen und dem deutschen Kulturraum zu übernehmen und die Universität Trient einer europäischen Dimension zuzuführen.

In Italien hat sich der Grundsatz rationaler Hochschulplanung auf Regionalebene durchgesetzt. Dieses Dezentralisationsmoment ist getragen von der Erkenntnis, daß die Epoche der Marnumuniversitäten zu Ende ist, da kleinere Einheiten den objektiven Bedürfnissen der Gesellschaft eher gerecht werden. Massenuniversitäten mit ihrer Anonymität, ohne Bezugspunkt zur Umwelt und mit einem elitären Ausbildungssystem gehören der Vergangenheit an.

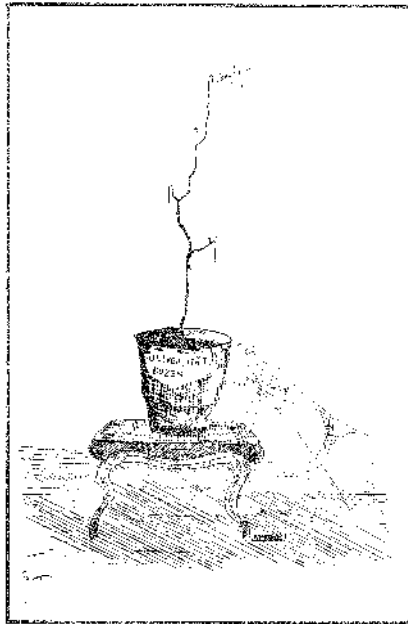
Diese Erkenntnisse konkretisieren sich in neuen Organisationsmodellen, neuen Inhalten und Zielvorstellungen. Als Folge davon wird den spezifisch-kulturellen, sozioökonomischen und politisch-rechtlichen Besonderheiten des Trentino Rechnung getragen. Aus dem Sonderstatut für Trentino-Südtirol können dabei ebenfalls Entwicklungsmöglichkeiten für die Hochschulbildung in Richtung auf ein regionales Universitätsmodell genommen werden.

Der letzte Absatz von Art. 19 lautet:

„Für den Fall der Errichtung einer Universität im Trentino-Südtirol hat der Staat zuvor die Ansicht der betroffenen Region und Provinz zu hören.“ Auch daraus läßt sich die Notwendigkeit eines Sonderstatus für die neu zu errichtende Universität ableiten.

In Trient ist dies geschehen. Die staatliche Universität ist einerseits als autonome Körperschaft konzipiert, andererseits als eine Institution der staatlichen Körperschaft des Landes.

Erklärtes Ziel der Trentiner Politiker ist es, die staatliche Universität Trient in eine Brückenfunktion zwischen dem deutschen und dem italieni-



schen Kulturraum mit einer europäischen Dimension zu stellen.

Das derzeitige Realisierungsprojekt kann folgendermaßen umrissen werden: Ausgegangen wird davon, daß das Trentino, sprachlich und kulturell italienisch, in einen politisch-rechtlichen Rahmen eingebettet ist, der mit keiner anderen Region Italiens (außer Görz) verglichen werden kann. Dies ist auf Grund der historischen Entwicklung dieses Volkes nachzuvollziehen, das zwar der italienischen Kultur und Zivilisation anzurechnen ist, aber das Verbindungsglied zweier Kulturen und Zivilisationen darstellt, was wiederum das moderne Europa geprägt hat.

Die Verbindung zweier kultureller Gebiete — als essentiell empfunden und bereits einstimmig für die Errichtung eines gemeinsamen und demokratischen Europas anerkannt — kann allerdings nicht in Gebieten gefördert werden, wo die Nationalitäten vermischt(!) und deshalb oft auf Konfrontation ausgerichtet sind.

Diese Brückenfunktion kann somit nur in Gebieten realisiert werden, wo diese kulturell klar definiert sind, sich aber trotzdem auf Grund jahrhundertalter Erfahrung mit den angrenzenden Kulturräumen auseinandergesetzt haben.

Als notwendige Folgerungen davon sind für die Universität Trient solche

Pachrichtungen einzurichten, die für die regionale Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der angrenzenden Kulturräume von Bedeutung sind.

Letztes angestrebtes Ziel ist dabei die Beachtung der kulturellen, literarischen und wissenschaftlichen Welt jenseits der Alpen — insbesondere des naheliegenden deutschsprachigen Gebietes mit einer Umsetzung dieser Bezugspunkte in eine reale Zweisprachigkeit.

## Bildungsautonomie ade?

Das kategorische Nein der SVP zu einer Universitätsgründung in Südtirol hat Freiräume geschaffen. Südtirol ist zu einem realen Einzugsgebiet für Trient geworden und wird in Zukunft all jenes exportieren, was Trient zur Verwirklichung einer (regionalen) Universität benötigt. Ebenso lassen Tendenzen und Entwicklungen auf gesamtstaatlicher Ebene ganz deutlich erkennen, daß in Zukunft bestimmte Fachbereiche nicht im Ausland belegt werden können. Dies ist z. B. der Fall bei Pädagogik als Folge der anstehenden Oberschulreform, wobei für die Lehrausbildung eine Ausweitung auf Universitätsstufe geplant ist, die Lehrer somit ein zwei- bis dreijähriges Universitätsstudium absolvieren werden müssen. Eine solche spezifische Ausbildung ist im Ausland für die besonderen Belange der Südtiroler Realität nicht vorgesehen und wird auch schwerlich zu realisieren sein.

Die Bildungsautonomie auf dem Gebiete der Hochschulpolitik ist gerade dorthin delegiert worden, wo man es am wenigsten wollte, nach Trient. Das Los von Trient hat sich in diesem Bereich als Bumerang erwiesen 7).

Der Zug ist bereits abgefahren. Die einzige Möglichkeit besteht zur Zeit nur noch darin, mit dem Auto auf schnellstem Wege nachzufahren und den Zug vor Eintreffen in den Bahnhof zu überholen.

## Weitere Artikel zum Schul- und Bildungswesen:

Elisabeth Höglinger — „Ordentliche Lehrbefähigungskurse 1975/76 — Kritik und Ausblick“ — SKOLAST 1/76

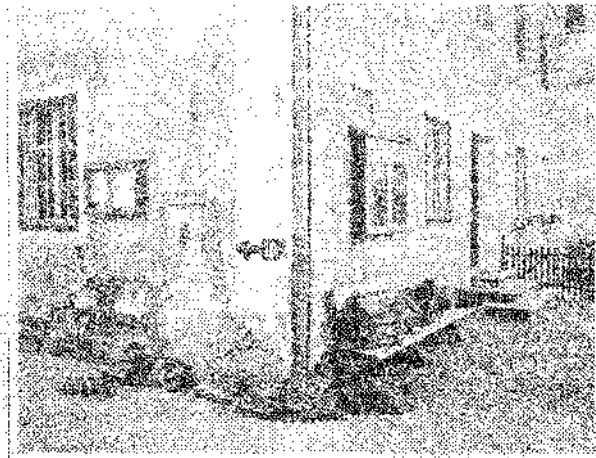
Peter Gstettner — „Zu den Angriffen gegen die Südtiroler Arbeitermittelschule“ — SKOLAST 1/76

Elisabeth Höglinger — „Dilettantismus im Deutschunterricht“ — SKOLAST 2/77

Franz Lanthaler — „Die Schulbuchverordnung der Südtiroler Landesregierung“ — SKOLAST 3/77

Elisabeth Höglinger — „Dilettantismus im Deutschunterricht“ — 2. Teil — SKOLAST 1/78

Die Situation in Südtirol ist ein Spiegelbild für die gesamte Situation in Italien. Die drei Viertel der Bevölkerung sind katholisch, die anderen ein Viertel sind protestantisch und die übrigen ein Prozent sind jüdisch. Die Situation ist eine, die sich nicht ändern wird, solange die Kirche in der Politik eine Rolle spielt. Die Kirche ist die einzige Institution, die in Südtirol eine gewisse Bedeutung hat. Die Kirche ist die einzige Institution, die in Südtirol eine gewisse Bedeutung hat. Die Kirche ist die einzige Institution, die in Südtirol eine gewisse Bedeutung hat.



## So wird Bildung gemacht

»Bis heute hat man (die SVP, Anm.d.V.) sich mit Bildungsplanung kaum oder überhaupt nicht beschäftigt, weil ja so viele Fragen für die Volksgruppe anstanden, kultureller, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur.« (Assessor Zelger in Südtirol in Wort und Bild, Februar 1972, S. 4, zit. nach Skolast 1972/2)

Es bestätigt sich, daß Bildungsprobleme in der Prioritätenrangliste in Südtirol weit hintenanstehen, obwohl andererseits gerade die SVP das Schulwesen im Land als Bastion zur Erhaltung der deutschen Volkskultur immer wieder gerne hervorhebt. Praktische Initiativen wurden allerdings immer vermisst. Aufgaben von größter bildungspolitischer Tragweite wurden immer wieder an private Vereine abgegeben (Südtiroler Bildungszentrum, Pädagogisches Institut).

So ist es auch allzu verständlich, daß sich die SH seit ihrem Bestehen, immer wieder mit denselben Problemen herumplagen mußte, ohne daß von Seiten der Landesregierung konkrete Entscheidungen getroffen und Maßnahmen eingeleitet worden wären. Die Supplicantenfrage ist wohl das beste Beispiel dafür. Um Ausreden war man in den zuständigen Stellen nie verlegen (siehe oben).

Das Interessante an der folgenden Artikelreihe ist deshalb vorallem, daß man sieht, wie in Südtirol Probleme im Bildungsbereich dauernd perpetuiert, scheinbar korrigiert, aber nie effizient gelöst werden.

# Supplementen Dokumentation

Wolfgang GEBERT und Hans NOTDURFTER

(1969/1)

Im Sommer 1968 trafen sich in Sterzing mehrmals eine Gruppe von Personen, die sich zu einem Aktionskomitee zusammenschlossen. Dieses Komitee setzte sich das Ziel, eine „Interessengemeinschaft der Supplementen auf Zeit“ ins Leben zu rufen.

Angesichts der rechtlichen und sozialen Unsicherheit in der so viele Mittelschullehrer stecken und des ungesicherten guten Fortbestandes unserer Schulen, schien es uns sehr dringend und gerechtfertigt, daß sich die Supplementen zusammenschließen, um ihre Probleme selbst anzufassen und einer Lösung zuzuführen. Als erstes stellte sich heraus, daß das Problem einer gründlichen Untersuchung aller statistischen, sozialen und juristischen Unterlagen bedarf. Es sollte die

Aufgabe des bei der Gründungsversammlung gewählten Arbeitsausschusses sein, eine Studienkommission einzusetzen, welche die genannten Unterlagen auswertet, studiert und dann Wege erforscht und ausarbeitet, wie man das Mittelschullehrerproblem lösen könnte.

Das Aktionskomitee strebte eine Organisation innerhalb des ASM (Arbeitskreis Südtiroler Mittelschullehrer) an. Als wichtiger Grund dafür wurde erkannt, daß wir doch bestrebt sein müssen, daß alle Kollegen der Mittelschulen unserer Anliegen unterstützen und es aufgeschlossen und solidarisches mitbringen.

Erste Kontaktgespräche mit Dr. STROBL, Josef, dem Vorsitzenden des ASM, unterstützten dieses Bestreben. Als im Anschluß des ASM ein Entwurf neuer Statuten diskutiert wurde und Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge gemacht werden konnten, legte KIRCHLER Hans als Ausschußmitglied des ASM, von Dr. Otto SAURER überarbeitete Zusatzvorschläge vor, die die Konstituierung der Supplementen innerhalb des ASM als Interessengemeinschaft ermöglichen sollten. Diese Zusatzvorschläge wurden angenommen und bei der Vollversammlung des ASM am 1. Dezember 1968 bestätigt.

Das Aktionskomitee konzentrierte seine Bemühungen auf eine rasche Organisation der Supplementen, da es nicht in der rechtlichen und finanziellen Lage war, selbst eine Studienkommission mit den genannten Aufgaben zu betreuen.

Die Arbeiten waren nun soweit gediehen, daß wir für den 26. Oktober 1968 die erste konstituierende Vollversammlung der zu gründenden Gemeinschaft in der „Adalbert Stifter“ Schule in Bozen einberufen konnten. Die zahlreichen Stuhlreihen füllten sich bis zum letzten Platz. Es waren rund 350 Personen anwesend.

Zur Vollversammlung kamen: Kammerabgeordneter Dr. Karl MITTERDORFER, Schulleiter Prof. Dr. Attilio COZZI, Amtsrat Dr. Rainer SEBERICH, Dr. Josef STROBL, als Vorsitzender des ASM, Assessor Dr. Anton ZELGER ließ sich entschuldigen, da er unaufschiebbare Termine hatte. In einem Schreiben bekundete er jedoch seine Anteilnahme an unserem Anliegen und versicherte uns, sich überall dort und dann einzusetzen, wenn es möglich ist.

Am selben Nachmittag traten schon 260 Supplementen der Interessengemeinschaft als Mitglieder bei. Heute sind es bereits über 370.

# STATISTIK

(1969/1)

Der Inhalt des Referates ist kein erfreulicher. Es legt ein Problem bloß, das in seiner heutigen Struktur nahezu unlösbar erscheint und das dringend Maßnahmen erforderlich macht, die außerhalb der gegebenen Schul- und Hochschulordnung liegen. Die Situation hat sich im Laufe der Jahre nicht verbessert, der Lehrpersonalmangel wurde stets größer, selbst an der Oberstufe ist der Prozentsatz an Supplementen größer geworden. Die Ursache liegt hauptsächlich in der Ausweitung des Mittelschulwesens durch das Gesetz Nr. 1859 vom 31.12.1962 und auch an den Entwicklungsplänen, die bereits im Jahre 1959 eingesetzt hatten.

In jedem Ort mit über 3.000 Einwohnern mußte eine Mittelschule errichtet werden. Dies ist geschehen, aber die Lehrkräfte, die ausgebildeten Lehrkräfte, fehlten. So stehen wir heute vor folgender, beunruhigender Situation:

Von 1047 Lehrkräften und Direktoren, abzüglich der Religionslehrer, die im Schuljahr 1967/68 an Mittel- und höheren Schulen unterrichteten, sind planmäßige Lehrkräfte 90, mit Lehramt 75, mit Studententitel 153, ohne Studententitel oder mit einem nicht anerkannten ausländischen Studententitel 129. Bei den unteren Mittelschulen sind von 779 Mittelschullehrern 641 ohne Studententitel, mit Studententitel sind 79, mit Lehramt 24, planmäßige Lehrkräfte haben wir 35, die Direktoren mit eingerechnet, 70% sämtlicher Lehrkräfte an den Mittelschulen sind also ohne Studententitel, bei den unteren Mittelschulen liegt der Prozentsatz im Durchschnitt bei 32%, bei den höheren Schulen bei 32%, immerhin noch ein Drittel.

Schaut man sich die Lage an, wie sie sich in den Fächern Italienisch, Mathematik, Naturkunde und den literarischen Fächern an der Einheitsmittelschule ergibt, so finden wir eine noch schlimmere Situation vor. Wir haben 153 italienischlehrer, davon sind 125 (82%) ohne Stu-

Dr. Rainer SEBERICH

dententitel, 277 Lehrer für literarische Fächer, 255 (92%) haben keinen Studententitel, 140 Mathematiklehrer, davon sind 129 ohne Studententitel (92%). Diese Zahlen geben zu denken und machen uns ernsthafte Sorgen, besonders als wir sehen, daß von den ziemlich vielen, die immerhin inskribiert sind, sehr wenige abschließen. Letztes Jahr sind z. B. ganze 6 Leute zur Lehramtsprüfung für literarische Fächer angetreten. In diesem Tempo die über 250 freien Stellen für Deutsch, Geschichte und Erdkunde besetzen, dürfte daher eine Angelegenheit von 40 Jahren werden, vorausgesetzt, daß die Südtiroler Mittelschullehrer mit Unsterblichkeit gesegnet werden.

Die Anzahl der Akademiker, die pro Jahr ihr Studium abschließen, würde nicht einmal dazu ausreichen, die Plätze zu besetzen, die jedes Jahr durch Neugründungen von Mittelschulen oder Klassenzahlerweiterungen hinzukommen. Auch für die Oberstufe braucht es noch eine Menge Leute. Man braucht nur daran zu denken, daß die ersten Schüler der Einheitsmittelschule noch zwei Jahre bis zur Matura brauchen. Der Zustrom von Schülern an die Oberstufe wird also noch einige Jahre stark anhalten. Zu denken ist auch an die neugegründeten technischen und handelstechnischen Schulen.

Die rechtliche Lage der Supplementen kann definiert werden als eine rechtlich verankerte Rechtlosigkeit. Alle von den Direktoren ernannten Lehrkräfte gelten als Lehrvertreter auf Zeit (Supplementi temporanei). Man könnte auch sagen: Lehrvertreter auf Abfuß, denn sie sind nur für diejenige Zeit anzustellen, für die sie unbedingt benötigt werden, auch wenn es ein Jahr ist. Nach 6 Tagen Absenz müssen sie entlassen werden. Die Rechtslage dieser Kategorie ist wirklich erschreckend und eines Rechtsstaates unwürdig. Es gibt keine klaren Kriterien für die Ernennungen der Supplementen, weil die

einzelnen Direktoren dafür verantwortlich sind. Wir müssen es als einen Riesenerfolg ansehen, wenn trotz der oben angezeigten Lage unsere Schulen am 1. Oktober ihre Tore öffnen: — zum Unterschied zu allen übrigen Provinzen Italiens.

Wenn wir die altersmäßige Zusammensetzung der Supplementen betrachten, stellen wir fest, daß 92% unter 35 Jahre alt sind. Über 35 sind nur 41, aber 54%, also mehr als die Hälfte sind jünger als 25 Jahre. Damit ist z. B. schon eine Frage beantwortet: Soll man nur scheuen, daß man die Leute irgendwie in den planmäßigen Dienst aufnimmt, oder sollen wir trachten, daß sich die Leute qualifizieren? Ein späterer Punkt der Statistik gibt uns die Antwort, die meisten Supplementen sprechen sich für eine Qualifizierung aus.

Schauen wir nun nach dem Familienstand, der ein weiteres Kriterium ist für die Möglichkeit der Qualifizierung, für die Möglichkeit zu studieren, für die Möglichkeit sich neben der Schule noch für das Studium freizumachen. Man stellt erschreckend fest, daß bereits am 1.10.1968 38% der Lehrkräfte verheiratet waren oder Familienangehörige zu Lasten haben, also mit einem Wort vom Familienstand her nicht mehr für das normale Studium in Frage kommen. Diese Prozentzahl hat sich in der Zwischenzeit sicher noch erhöht.

Auf die Frage an die Supplementen, ob sie die Schule nur als „Durchgangsstadium“ betrachten oder ob sie gedenken, in der Schule zu bleiben, haben 79% der Männer und 87% der Frauen positiv zweiteilige Möglichkeit gewählt.

Viele Mittelschulsupplementen unterrichten schon mehrere Jahre; 54% unterrichten seit einem bis vier Jahre (letztes Jahr), 20% haben fünf und mehr Dienstjahre, 25% sind aber im ersten Jahr.

Ich spreche in meiner Ausführung immer nur von den literarischen, und mathematisch-naturk. Fächern, weil dort die Lage besonders katastrophal ist. Für Kunst-



erziehung, Musik und Werkarbeit gibt es in der Provinz ja Ausbildungsmöglichkeiten und diese Fächer sind deshalb beinahe besetzt.

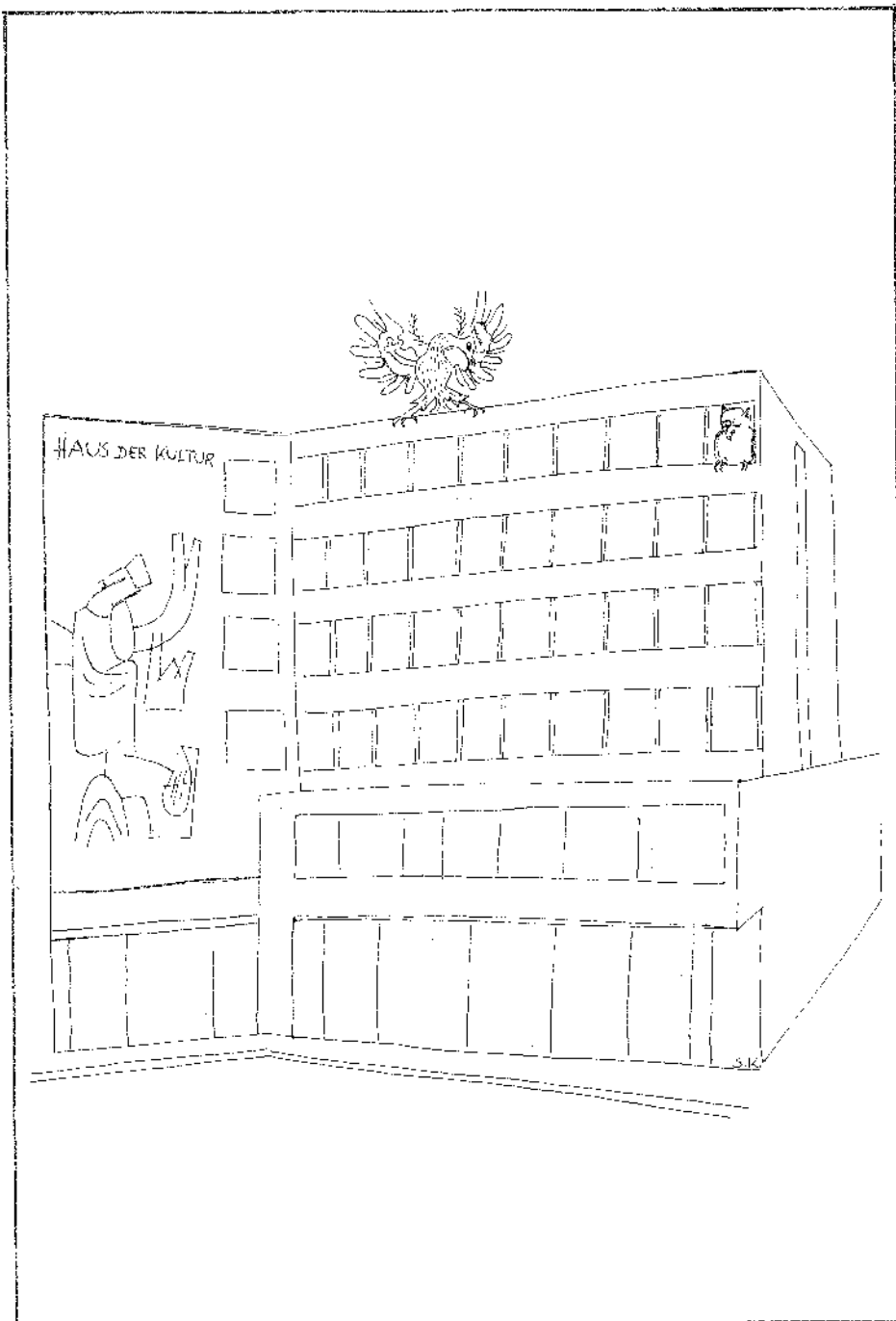
Welche Voraussetzungen bringen die Supplenten zum Studium mit? 94% haben eine staatsgültige Matura, 5% eine ausländische und 1% keine oder eine nicht staatsgültige Matura. 8% — 43 haben darüber hinaus einen Hochschultitel, der aber nicht anerkannt ist. Von den 130 Mathematiklehrern haben 55% (72) einen Studientitel, mit dem man gar nicht Mathematik studieren kann. Der entsprechende Prozentsatz liegt bei den literarischen Fächern bei 11%. Von den 130 Mathematiklehrern studieren nur ganze 19 ein Fach, mit dem man Mathematik zu unterrichten berechtigt ist. Dieser Punkt der Statistik sagt uns, daß man ein Wege denken muß, die außerhalb der normalen Universitätslaufbahn, des normalen Hochschulstudiums liegen.

Um zu wissen, wie viele ihr Hochschulstudium abschließen werden, habe ich als Stichjahr 1972 gewertet. Wenn ein Abschluß bis 1972 nicht erfolgt, so ist ein solcher kaum mehr abzusehen. Man kommt zu folgenden Ergebnissen: kein Hochschulstudium haben 160 gleich 32%, 33% haben das Hochschulstudium aufgegeben, 35% werden voraussichtlich das Hochschulstudium abschließen oder haben es bereits abgeschlossen. Kurz gesagt, ein Drittel studiert nicht, ein Drittel wird nicht fertig, ein Drittel wird optimistisch gesehen abschließen.

Interessant ist auch noch, wie viele im In- bzw. Ausland studieren (Italienschüler eingeschlossen): Von den 343 die studieren bzw. studiert haben, sind 221 die im Inland, und 122 die im Ausland studieren. Bei den literarischen Fächern studieren 55% im Inland, und 45% im Ausland. Es zieht viele zu den italienischen Hochschulen, die leichter erreichbar sind, wo man den Stoff in einzelne Abschnitte aufteilen kann, einzelne Prüfungen machen kann. Eine Tendenz, die man auch bei der Auswertung der Studienwünsche der Maturanten des Jahres 1967 bemerken konnte. Bevorzugter Universitätsort war Verona. Die Attraktivität der „Landesuniversität“ Innsbruck ist im Sinken.

Auf eine Frage, die man an solche gerichtet hat, die das Studium aufgegeben oder gar nicht begonnen haben, erhielt man folgendes interessante Bild: 12% sind für Stipendien, 42% für Spezialkurse, 8% Ausbildungsstätten in der Region, 28 Prozent Ausbildungsstätten im Land, 10 Prozent studieren auf jeden Fall. Das heißt also, wenn man nichts tut, werden 10% irgend etwas tun, die 90% werden es gehen lassen wie es geht. Das ist die erste Schlußfolgerung. Die zweite Schlußfolgerung, die zu ziehen ist: wenn wir Spezialkurse in der Provinz bekämen, dann könnten wir 70% der Fälle lösen. Das gibt bereits eine sehr klare Indikation über das, was jetzt eventuell angestrebt werden muß.

Meine Damen und Herren, das Problem, das ich Ihnen hier dargelegt habe, ist von einer ähnlichen Schwere, daß wir Lösungen finden müssen, und ich glaube, es hat gar keinen Sinn, wenn wir jetzt Fragen stellen, warum ist bisher nichts geschehen, warum hat sich das Schulamt nicht früher interessiert, warum hat man Schulen gegründet, ohne sich darum zu kümmern, wie die Lehrkräfte gefunden werden. Man könnte auch eine andere Frage stellen, warum machen die Leute nicht fertig, warum heiraten sie usw. Ich glaube, solche Fragen zu stellen, hat kei-



nen Sinn, ich habe sie nur zitiert, um solche Fragen ab absurdum zu führen, denn wenn wir mit solchen Fragen anfangen, dann können wir jahrelang diskutieren, ohne einen Schritt weiterzukommen.

In dieser Lage glaube ich, hilft nur eines, daß wir alle zusammen: Schulamt, Landesverwaltung, Politiker und Sie selbst nach einer Lösung suchen. Vielleicht wird es nicht nur eine Lösung sein, vielleicht muß man für verschiedene Kategorien verschiedene Lösungen finden. Ich könnte mir z. B. vorstellen, daß man mit 3jährigen Sommerkursen und eventuellen Seminaren während des Jahres — Sommerkurse, wie man sie für Turnlehrer gemacht hat — einen erheblichen Prozentsatz der Supplenten dieser Fächer — dieser drei genannten Fächer — qualifizieren könnte. Wir müssen eine Lösung finden, die sinnvoll, rationell ist und die eine gewisse Aussicht auf Verwirklichung hat. Es hat gar keinen Sinn, wenn wir auf Wunder hoffen, darum glaube ich,

müssen wir an eine Lösung denken, die die Mittelschullehrer, die heute unterrichten, durch geeignete Kurse in die Lage versetzt, die Lehramtsprüfung, die für den Unterricht an den Mittelschulen vorgesehen ist, bestehen zu können. Und ich glaube, daß dies auf diesem Wege ohne weiteres möglich ist, habe ich es doch selbst erfahren, daß auch das Doktorat nicht unmittelbar auf die Lehramtsprüfung vorbereitet.

Es steht tatsächlich die Südtiroler Schule auf dem Spiel. Wir können es uns nicht weiter leisten, daß unsere Schule auf die Dauer eine Schule zweiter Kategorie wird. Ich glaube, im Augenblick können wir sogar einen Vergleich ohne weiteres aushalten, weil auch anderswo mit Wasser gekocht wird. Und darauf möchte ich Sie jetzt auch aufrufen: Sie wissen, worum es geht, es geht um ihre Existenz, um die Existenz ihrer Familie und um die Existenz der deutschsprachigen Schule in Südtirol.

# Zur geplanten Lösung der Supplentenfrage

Vorbemerkung (1981/1)

Rund die Hälfte der an Südtirols Mittel- und Oberschulen unterrichtenden Lehrpersonen sind Supplenten, d. h. sie haben nicht den erforderlichen Studientitel. Dieses Problem, ebenso oft wie das Südtiroler Schulwesen, ist der frapierendste Ausdruck der bildungspolitischen Konzeptlosigkeit unserer Landesregierung. Seit der Einführung der Einheitsmittelschule (1962, praktisch über Nacht) waren die verantwortlichen Politiker mit dem Problem konfrontiert, leisteten jedoch zu dessen Belegung nur Flickwerkbeiträge. Statt unverzüglich nach organischen und durchgeplanten Lösungen zu greifen — wie sie die SH bereits ab 1965 forderte, ausarbeitete und vorschlug —, begann man erst 1970, also volle acht Jahre nach der Errichtung der Einheitsmittelschule und bei ständig expandierenden Schülerzahlen, nach billigen Lösungen zu suchen. Während die Forderungen nach universitären Strukturen im Lande der Ländlichkeit preisgegeben wurden, sollten in aller Eile hingeklatschte Supplentenkurse (Brücken) oder ein mit viel Aufwand und noch mehr sinnlos vergebener Geld aus dem Boden gestampfte Bildungssektoren die Misere beheben. Beide Projekte sind gescheitert.

Die absolute Zahl der Supplenten ist in den letzten zehn Jahren nicht nur nicht gesunken, sondern ist z. B. zwischen 1980 und 1981 von 993 auf 1062 Personen gestiegen; und dies trotz sinkender Schülerzahlen in den Mittelschulen und nach wie vor anhaltender „Maturitäts“-Hetze der bildungspolitisch verantwortlichen Politiker in unserem Lande. Die Voraussage des Landesrates für Schule und Kultur Anfangs der 70er Jahre, daß es nach einigen Jahren einen Überschuß an Lehrern der literarischen Fächer geben werde, ist leider (!) nicht eingetreten.

## Das Supplentenproblem

Doch verursachen diese bildungspolitischen Verantwortungslosigkeiten nicht nur kulturelle Probleme, sondern auch ein soziales: Das der sogenannten Langzeit- oder (gelsufiger) Alt-supplenten. Die im gesamtstaatlichen Vergleich gute Arbeitslage hielt und hält noch immer zahlreiche Maturanten davon ab, die Mühen eines jahrelangen Universitätsstudiums auf sich zu nehmen; der aus dieser Grundhaltung resultierende „sichere“ und vor allem problemlose Eintritt in den Schuldienst — bei vielen nur als momentaner Parkplatz gedacht — wurde von einem Provisorium rasch zu

einem „Kontinuum“. Dadurch erwachsen eine Reihe sozialrechtlicher Probleme. Denn die Rechtsstellung der Supplenten muß als entwürdigend bezeichnet werden: keine Absicherung der Urlaubs- und Pensionsrechte — lediglich Anspruch auf die Sozialrente von zur Zeit 183.000 Lire —, kein Anspruch auf Krankengeld oder Karenzurlaub, alljährliche Auflösung des Dienstverhältnisses, alljährlich neues Ausuchen um eine Lehrstelle, die ständige Möglichkeit der Entlassung und Verdrängung, ständig das gleiche Anfangsgehalt.

## Das „Prekariatsgesetz“

Dies veranlaßte vor allem die Gewerkschaften, sich mit der Lage dieser Leute, die zum Teil schon zwei Jahrzehnte und mehr im Schuldienst tätig sind und bei denen das Beharren auf einen Studienabschluß völlig illusorisch wäre, auseinanderzusetzen. Die ideale Möglichkeit dazu bot sich im „Prekariatsgesetz“ an, das gerade in einem Senatsunterausschuß beraten wird. Der Gesetzentwurf trägt den barocken Titel „Disegno di legge concernente la revisione della disciplina del reclutamento del personale docente della scuola materna, elementare, secondaria ed artistica, la ristrutturazione degli organismi, la adozione di misure ad evitare la formazione di precariato e la sistemazione del personale precario docente e non docente“ und soll die personellen Probleme im Schulbereich — vor allem endlich die Ausschreibung des Lehramtswettbewerb — regeln.

Die KPI/PCI hat in der Person Senator Mascagnis im Auftrag der nationalen konföderierten Gewerkschaften und der SSG/ASGB (aus: ASM-Mitteilungsblatt, 1980/81, Nr. 3, S. 2) folgenden Zusatzantrag zum Artikel 30 des Gesetzentwurfes Nr. 1112 eingebracht: „Ai docenti delle scuole di lingua tedesca e ladina della Provincia di Bolzano sprovvisti di titolo di studio prescritto in servizio nell'anno prestato servizio per almeno 130 ore riferiti a otto anni scolastici, sono estese le disposizioni di cui all'articolo 26 a prescindere dal titolo di studio richiesto.“

Kurz wiederholt läuft der Zusatzantrag darauf hinaus, daß Supplenten mit acht Jahren Schuldienst (inzwischen auf zehn Jahre erhöht) ohne gültigen Studientitel, nach Bestehen des noch auszuschreibenden Lehramtswettbewerbes und eines anschließenden „Licenziario“ von 300 bis 500 Stunden in die Stammtabelle aufgenommen werden sollen. Damit sind sie Lehrern mit gültigem Studientitel gleichgestellt.

Doch hat auch die Südtiroler Hochschülerschaft gewerkschaftliche Interessen zu vertreten, nämlich die der Hochschüler, und von diesem Standpunkt aus stehen wir solchen „Lösungen“ kritisch gegenüber, wobei wir die gesamte studentische Basis hinter uns wissen. Zudem ist es symptomatisch für die Linke und auch für die Gewerkschaften, die uns für jedes Vorpreschen und für jede kritische Initiative so selbstlos auf die Schulter klopfen, daß es niemand der Mühe wert gefunden hat, von sich aus unsere Meinung zu hören, wo doch gerade die berufliche Zukunft der Studenten genauso präjudiziert wird. Sie stellen sich dadurch auf die gleiche Ebene mit der Volkspartei, die es ja auch niemals notwendig findet, mit ihren betroffenen Untertanen direkt zusammenzutreten. Der „Parlamentsschub“ der SVP in Rom und deren Bildungsstrategen im Land scheinen übrigens diese Verhandlungen verschlafen zu haben, versuchen nun aber auf den fahrenden Zug aufzuspringen — eher unwillig, da man sich ja an einen KPI-Antrag anhängen muß.

Die sachlichen Einwände der SH sind schwerwiegend:

1. Die Südtiroler Hochschüler fühlen sich durch diese Maßnahme diskriminiert und äußerst benachteiligt.

2. Der Rechtsgrundsatz, der einen rechtsgültigen Studientitel für den Stammtafeldienst an den Mittel- und Oberschulen voraussetzt, wird aufgegeben. Ob dies vernünftig ist, wenn gleichzeitig Bestrebungen bestehen, die „Laurica“ von den Grundschullehrern und Kindergärtnerinnen zu verlangen, sollte uns einmal jemand erklären!

3. Die Bedeutung des Fachstudiums wird abgewertet, der Wille zum Studium geschwächt. Das an der Oberschule Erlernte kann für den Unterricht an der Mittelschule nicht genügen.

4. Die Studierenden werden echt benachteiligt. Ein Universitätsstudium wäre nicht mehr attraktiv. Jeder, sowohl Supplent, Maturant als auch Universitätsstudent würde hoffen — und dies wahrscheinlich nicht umsonst —, aufgrund einer eventuellen Neuauflage dieses Gesetzes ohne Studium in die Stammtabelle aufgenommen zu werden.

5. Alt-supplenten unterrichten auch an höheren Schulen, deren Planstellen bei Bestehen des Wettbewerbes auf viele Jahre hinaus für die zukünftigen Universitätsabgänger verschlossen bleiben.

6. Nachdem durch diese Maßnahme das Supplentenproblem überhaupt nicht gelöst wird (lediglich 150 bis 200 Supplenten würden in den Genuss der Regelung kommen), gibt es in ein paar Jahren wieder viele Supplenten, die sich in derselben Lage befinden.

wieder dieselben Forderungen erheben und auf einen Präzedenzfall hinweisen.

7. Aus bildungspolitischen Gesichtspunkten ist eine solche Lösung des Problems nicht tragbar, denn eine derartige Regelung würde die Lage der Südtiroler Schele — bei allem Respekt für die Supplenten — auf der niedersten Ebene stabilisieren.

Obwohl alle diese Punkte schwer ins Gewicht fallen, kann sich die Südtiroler Hochschülerschaft den berechtigten Forderungen der Altsupplenten nach sozialer Absicherung nicht verschließen. Zudem wäre es ungerecht, ihnen die Folgen der verfehlten Bildungspolitik aufzuhalsen — sie sind schließlich neben den Studenten nur Leidtragende dieser bildungspolitischen Malaise.

### Die SH-Forderungen

Zur näheren Präzisierung des Gesetzes erheben wir aber mit Nachdruck folgende Minimauforderungen, an denen wir keine Abstriche akzeptieren:

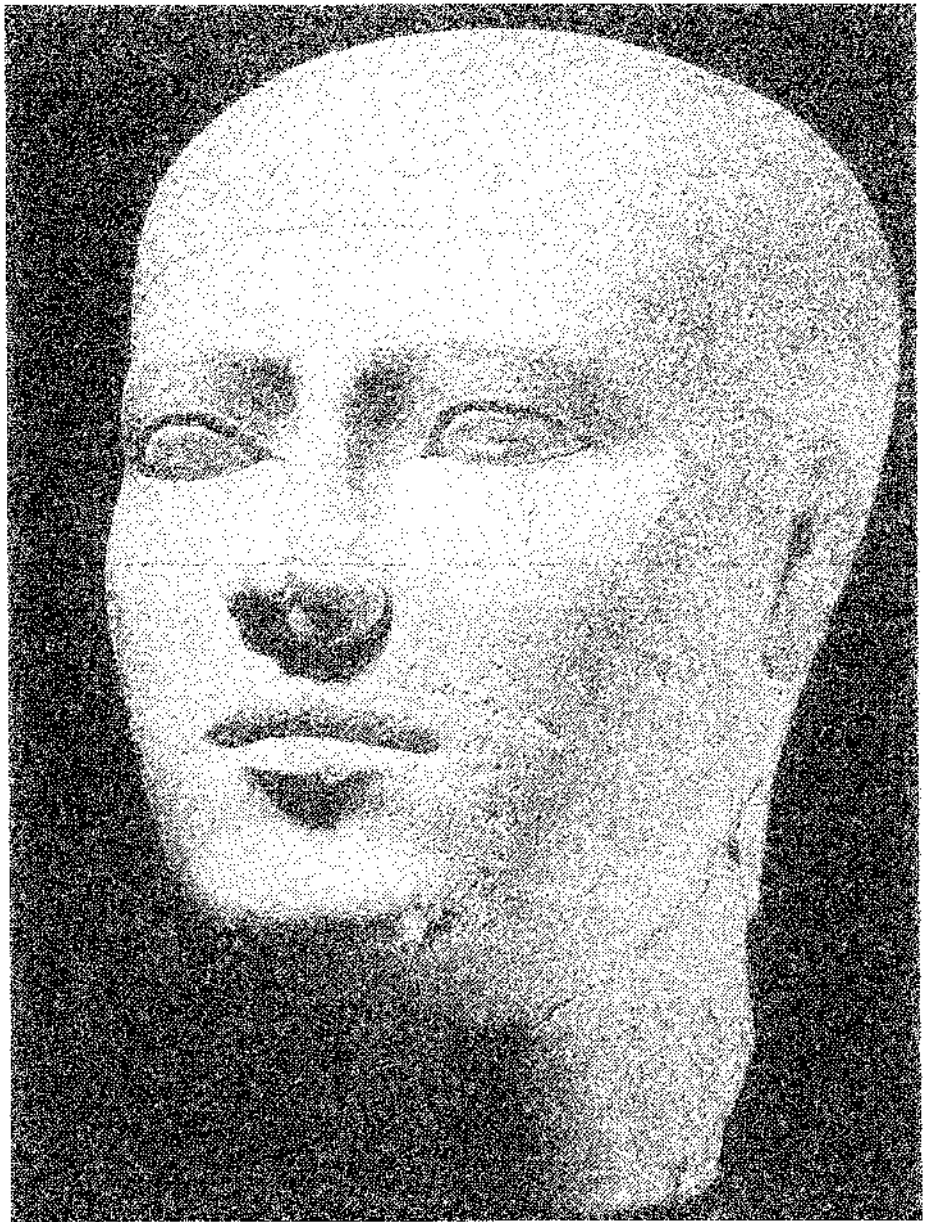
1. In den Genuß dieser Begünstigungen dürfen nur Supplenten mit einem Mindestalter von 35 Jahren und 20 Jahren abgeleiteten Unterricht kommen. Das soll verhindern, daß z. B. 28 bis 30 Jahre alte LBA-Absolventen — die durchaus noch in der Lage wären, einen normalen Studienabschluß zu erlangen — etwa gleichaltrigen Hochschulabsolventen gegenüber, die eine mühevollere Ausbildungszeit hinter sich haben, allzu privilegiert sind. 35 Jahre ist zudem die Altersgrenze für den Eintritt in andere Bereiche des Staatsdienstes, falls sich jemand wirklich außerstande sehen sollte, noch ein Studium abzuschließen.

2. Um zum Wettbewerb zugelassen zu werden, müssen vor Eingliederung in die Stammtabelle 800 Kursstunden absolviert werden.

3. Die Hochschülerschaft fordert die Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung von Richtlinien zur Durchführung dieser Kurse. Für diese Kommission fordert die Hochschülerschaft Sitz und Stimme für eine angemessene Anzahl von Vertretern.

4. Diese Maßnahme darf unter allen Umständen nur eine einmalige sein. Wir fordern eine schriftliche Erklärung der Verantwortlichen und einen entsprechenden Niederschlag im Gesetzesakt.

5. In den Gesetzestext muß zusätzlich folgender Passus aufgenommen werden: „Zugelassen zum Wettbewerb werden alle Kandidaten mit gültigem Studientitel, unabhängig davon, ob sie einen verlängerten Lehrauftrag haben oder nicht. Sie sind Lehrern mit gültigem Studientitel und einem verlängerten Lehrauftrag gleichzustellen.“ Dies um den kürzlich Promovierten und auch denjenigen Akademikern, die aus anderen Berufspartnern in die Schule wechseln wollen, den sofortigen Ein-



tritt in die Stammtabelle zu ermöglichen.

6. Um diese allzu offensichtliche Bevorzugung der Supplenten auszugleichen, fordert die SH als Vertretung der Südtiroler Studenten eine merkliche Erhöhung der Landesstipendien. Ein hohes Stipendium stellt einen Anreiz für Maturanten dar, ein Uni-Studium zu beginnen und auch abzuschließen.

7. Rekursmöglichkeit bei Formfehlern und Zurückweisung der Landesstipendienersuche durch die Behörde.  
Ein Ausweg aus der Schulmisere:

### Universitäre Einrichtung in Südtirol

Eine dauerhafte, den Qualitätsforderungen unserer Schule entsprechende Lösung des Supplentenproblems kann nur in langfristiger Perspektive, das heißt über die Erleichterung und stärkere Motivierung für eine Universitäts-

ausbildung erfolgen — einer Ausbildung, die den spezifischen Erfordernissen Südtirols Rechnung zu tragen vermag. Je länger man dagegen mit langfristigen Lösungsvorschlägen zögert, desto länger wird eine Lösung des Problems ausbleiben. Auf die Errichtung eines permanenten universitären Ausbildungsangebotes im Lande selbst (öffentlich rechtliche Ausbildungs- und Forschungsinstitutionen) kann nicht mehr verzichtet werden. In diesem Sinne haben sich in letzter Zeit auch andere Organisationen, so zum Beispiel der ASW geäußert, vor allem im Hinblick auf die zu erwartende Einführung einer universitären Ausbildung für Kindergärtnerinnen und Grundschullehrer. Auch mit der zu erwartenden Kompetenzzuweisung an das Land in bestimmten universitären Bereichen wird es für verantwortungsbewußte Landespolitiker unumgänglich sein, hier endlich Taten zu setzen.

# Eine Chance für den Fortschritt

## Einige Gedanken über die Reform der Oberschulen in Südtirol

(1978/2)

Wenn man den Beteuerungen der Politiker Glauben schenken kann, wird das Rahmengesetz zur Oberschulreform noch bis zum Schulanfang im Herbst verabschiedet werden. Innerhalb eines Jahres sollte dann die Regierung die entsprechenden Ermächtigungsverordnungen (*decreti delegati*) ausarbeiten, welche die Programme, die dienstrechtlichen Änderungen und die anderen Details der Reform regeln werden. Im günstigsten Fall wird die Reform also im Schuljahr 1979/80 in den ersten Klassen einsetzen, im darauffolgenden Jahr würden auch die zweiten Klassen dazukommen und so weiter, bis dann 1985 die Reform endgültig abgeschlossen sein wird.

Mit der Oberschulreform werden auch in Südtirol beachtliche kulturelle und organisatorische Anstrengungen notwendig werden, wenn man ein Chaos und schwere Rückschläge vermeiden will und die Reform einen Beitrag zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes leisten soll. Mit dem neuen Autonomiestatut sind einige Voraussetzungen gegeben (primäre Zuständigkeit der Provinz für Schulhausbau, Berufsausbildung, Berufsberatung, Psychopädagogische Betreuung, außerdem besteht die Möglichkeit, die Schulprogramme den lokalen Gegebenheiten anzupassen), um der Reform zu einem gewissen Erfolg zu verhelfen. Die Erfahrungen, welche mit der bisherigen SVP-Kulturpolitik im allgemeinen und im besonderen auf dem Gebiet der Mittel- und Oberschulen gemacht werden konnten, dämpfen bereits jetzt zu hoch gesteckte Erwartungen.

Trotzdem soll der Versuch unternommen werden, einige Mängel an unseren Oberschulen aufzuzeigen und eine breitere Diskussion darüber anzuregen. Hier können aber nur einige der wichtigsten Probleme aufgeworfen werden. Was den Deutschunterricht betrifft, so wurde dieses Thema schon ausführlich von Elisabeth Höglinger in Skolast Nr. 2/1977 und Nr. 1/1978 behandelt. Wir wenden uns deshalb zuerst dem Italienischunterricht zu.

### Der Italienischunterricht muß wesentlich verbessert werden

Die Bedeutung der Zweisprachigkeit in unserem Land braucht wohl nicht mehr besonders hervorgehoben werden. Es muß aber betont werden, daß die Italienschenkenntnisse bei den Ober-

schülern sehr unterschiedlich sind und daß sich diesbezüglich ein starkes Stadt/Land-Gefälle bemerkbar macht (siehe Kurt Egger, Zweisprachigkeit in Südtirol). Dieses Problem muß natürlich vorrangig in den Pflichtschulen gelöst werden und hierfür gibt es bereits einige Ansätze, vor allem mit der Entwicklung von Unterrichtseinheiten.

Zur Aufwertung des Italienischunterrichts an den Oberschulen ist eine grundlegende Reform der Programme notwendig. Die Gesellschaft und Kultur des heutigen Italien müssen in den Mittelpunkt gerückt werden, wobei auch die entsprechenden geschichtlichen Beziehungen aufgezeigt werden sollten. Doch gilt es auch den Alltagsbereich und die Massenmedien stärker zu berücksichtigen. In den ersten Klassen sollten durch Intensivkurse besonders die Schüler vom Land auf das notwendige sprachliche Mindestniveau gebracht werden. Die mit der Reform vorgesehenen Stützkurse, welche an die Stelle der Nachprüfungen treten sollen, könnten in diesem Fall bereits mit Schulbeginn einsetzen. Um dem Fach Italienisch die notwendige Bedeutung einzuräumen, sollten bei der Matura alle Kandidaten eine schriftliche und mündliche Prüfung in diesem Fach ablegen. Bei der gegenwärtigen Matura wird höchstens ein Viertel der Kandidaten tatsächlich in Italienisch geprüft, während die schriftliche Prüfung zur Zeit vollkommen wegfällt. Die gleiche Forderung gilt auch für den Deutschunterricht an den italienischen Oberschulen in Südtirol.

### Das Recht auf Bildung sichern

Die SVP sieht mit Besorgnis, daß der Zustrom von Jugendlichen zu den Oberschulen ständig zunimmt und dies ist bereits bei verschiedenen Anlässen klar ausgedrückt worden (Landesrat Anton Zelger, Ein Jahr autonomer Schulverwaltung, „Dolomiten“ 15./16. Jänner 1977, Nr. 10 oder Bericht zur Situation der Maturanten an den deutschen Schulen Südtirols, Schuljahr 1976/77, Abteilung II: Unterricht und Kultur für die deutsche und ladinische Sprachgruppe, Südtiroler Landesregierung, ohne Datum, vervielfältigte Schrift des Amtes). Es werden gleichzeitig auch Maßnahmen in Aussicht gestellt, um diesen Zustrom einzudämmen. Diese Einstellung wird damit begründet, daß für eine steigende Zahl von Diplomierten und Akademikern nicht genügend Arbeitsplätze

im Land vorhanden sind. Diese Befürchtungen sind teilweise begründet und vor allem durch Fehlentscheidungen, sei es auf wirtschaftlichem wie auf schulischem Gebiet, hervorgerufen worden. Hinter solchen Äußerungen steckt aber auch die Bildungsfeindlichkeit vieler Kreise der SVP.

Auf die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, freier Berufswahl und Schulbildung kann hier nicht eingegangen werden. Doch muß das Recht auf Bildung, also auch auf Oberschulbildung, besonders für die begabten Kinder der Minderbemittelten auch in Zukunft durch entsprechende Maßnahmen, wie Schülertransport, Stipendien, Heimplätze, Mensen, Aufenthaltsräume und andere Unterstützungsmaßnahmen voll gesichert werden.

### Mit der Reform Fehlentwicklungen gegensteuern

Mit der Oberschulreform ergibt sich auch die Möglichkeit, einige Fehlentwicklungen aufzufangen, die sich bei den Oberschulen auch in Südtirol schon klar abzeichnen. Als Beispiel seien nur die zwei neuen Lehrerbildungsanstalten in Brixen und Bruneck erwähnt, die unter dem Druck der Kirchenratspolitik errichtet wurden, obwohl der Bedarf an Volksschullehrern stark sinkt und die Zahl der Volksschüler rückläufig ist. Mit der Reform werden die Lehrerbildungsanstalten abgeschafft und die Ausbildung der Volksschullehrer, wie in den meisten europäischen Staaten, auf eine Hochschule verlegt.

Auch die kaufmännischen Lehranstalten sollen abgeschafft werden. Die zwei- und dreijährigen Kurse werden auf das Land übergehen. Die als „Versuchskurse“ geführten 4. und 5. Klassen, die mit ihren unmöglichen Programmen eine der fragwürdigsten schulischen Einrichtungen darstellen, werden hingegen endlich verschwinden. Auch die anachronistischen Frauenoberschulen sollen abgeschafft werden.

### Die Programme müssen auf die lokalen Verhältnisse abgestimmt werden

In verschiedenen Fächern hätte man längst die vom Autonomiestatut gegebenen Möglichkeiten nutzen und die Programme den besonderen Verhältnissen in unserer Provinz anpassen können. Als bestes Beispiel seien die Geschichtsprogramme erwähnt, die eine ausführliche Behandlung der modernen Geschichte nicht zulassen, wodurch notgedrungen auch die lokale Geschichte in vollkommen unzureichender Weise behandelt wird. Da neue Programme auch für einen bestimmten Zeitraum erprobt werden sollen, hat man wertvolle Zeit verloren.

## Mit der Reform soll der Unterschied zwischen berufsorientierten und allgemeinbildenden Oberschulen fallen

Alle Richtungen der neuen einheitlichen Oberschule sollen zum Weiterstudium auf einer Universität und gleichzeitig auf einen Beruf vorbereiten. Der Unterschied zwischen dem humanistischen Lyzeum als Schule der Elite und der Lehrerbildungsanstalt sowie den kaufmännischen Lehranstalten als Schulen der unteren Schichten soll also fallen. Da mit der Reform auch gleichzeitig praktische Tätigkeiten in der neuen Oberschule vorgesehen sind, ergeben sich dadurch in Südtirol beachtliche Möglichkeiten. In Zusammenarbeit mit den Landesberufsschulen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und anderen Institutionen können in unserer Provinz leichter als im übrigen Staatsgebiet die Voraussetzungen geschaffen werden, daß sich die Jugendlichen mit dem Besuch einer Oberschule auch praktische berufliche Fähigkeiten aneignen können. Wenn die mit der Reform angestrebte Verbindung zwischen Schule und Arbeitswelt tatsächlich gelingt, ist auch ein weiteres Anwachsen der Oberschülerzahlen sicher zu verkraften und wird eine wichtige kulturelle Bereicherung für unser Land darstellen.

### Ein „neues“ Lernen

Die Reform der Oberschulen muß auch zu einem „neuen“ Lernen führen. Die Jugendlichen sollen lernen, sich kritisch und selbständig Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen sowie ihre Persönlichkeit und ihr soziales und demokratisches Verhalten bilden. Hierzu sind Einrichtungen wie Bibliotheken, Versammlungsräume, Sprachlabors, Turnsäle usw. notwendig, die heute noch vielfach fehlen. Vor allem aber braucht es eine ständige fachliche und didaktische Weiterbildung der Lehrkräfte. Zu diesem Zweck hätte schon längst ein öffentliches Pädagogisches Institut geschaffen werden müssen, wie es in den Ermächtigungsverordnungen von 1973 vorgesehen ist. Das zur Zeit als privater Verein bestehende Pädagogische Institut hat sich als eindeutiger Versager erwiesen.

Wenn das öffentliche Pädagogische Institut endlich in den kommenden Jahren gegründet wird, hat es eine Vielzahl von Aufgaben zu erfüllen, die Fortbildung der Lehrkräfte, die Betreuung von Schulversuchen, die Erstellung von Unterrichtsbeihilfen usw. Diese Fülle von Aufgaben rechtfertigt die von der Südtiroler Hochschüler-schaft, von den Oppositionsparteien und anderen demokratischen Kräften geforderte Schaffung einer universitären Einrichtung in Südtirol, die gerade auf schulischem Bereich und auch in der Erwachsenenbildung wesentliche Aufgaben erfüllen könnte.

Zum Abschluß muß noch folgendes betont werden: Erfahrungen aus anderen Ländern (z. B. Niederlande) zeigen, daß eine erfolgreiche Schulreform von den Beteiligten getragen und mitgestaltet werden muß. Die Bereitschaft, welche die Landesregierung auf diesem Gebiet bis heute gezeigt hat, ist nicht gerade ermutigend. Für die Lehrkräfte besteht deshalb die Notwendigkeit, sich besser zu organisieren und durch ein gemeinschaftliches Vorgehen der Gewerkschaften ihre Verhandlungskraft zu stärken.

Heilmuth Ladurner

## Pädagogisches Institut in Südtirol

(1978/2)

1. Der Ruf nach Demokratisierung der Schule impliziert nicht nur die Verwirklichung von Chancengleichheit für die Benutzer dieser Institution, sondern reicht tiefer und verlangt grundlegende Veränderungen auf allen Ebenen der Strukturen und Interaktionen im System Schule. Die traditionelle Beziehungshierarchie des Lehrers, einerseits als autoritätsheischend dem Schüler, andererseits als autoritäts-unterworfen der Leitung gegenüber, löst sich in ein Interaktionssystem zwischen Lehrenden und Lernenden auf, in welchem die beiden Beziehungspole dauernd austauschbar werden. Alle sind, jeweils verschieden akzentuiert, Lehrende und Lernende: jeder der zur Erweiterung des Informationsstandes, des Problemhorizontes und des kritischen Bewußtseins beiträgt, ist Lehrender, wer im Kommunikationsfluß diese Bereiche seiner Persönlichkeit erweitert, ist Lernender.

Dieses Lehren-Lernen-Verhältnis ver-wirklicht sich auf der Ebene der Gruppe und jener der Individuen: beide sind gegenseitig abhängige Variablen des Gesamtsystems Lehren-Lernen. Wer die individuelle Erarbeitung nicht beherrscht, wirkt auch in der Gruppe nicht optimal und umgekehrt.

Wenn nun jeder Lehrender und Lernender im System Schule ist, muß auch jene Komponente, die aufgrund des erarbeiteten und erworbenen Vorsprungs an Information — und Problembewußtsein (der traditionelle Lehrer) wiederum zum Lernenden werden: die Lehren-Lernen-Struktur auf der Ebene der Beziehung Schüler — Lehrer ist wichtig, aber nicht ausreichend. Die berufliche und kulturelle Weiterbildung muß auch auf einer anderen Ebene abgewickelt werden — der Lehrer wird zum Schüler, da die Kommunikation- und Interaktion in der Gruppe (und individuell) seinen Erfahrungs-, Problem- und Wissenshorizont erweitert.

Damit stellt sich die Frage, wie demokratische Unterrichtsformen auf dieser Ebene verwirklicht werden können (Demokratisierung der Weiterbil-

Für die Oberschüler muß als erster Schritt für eine bessere Vertretung ihrer Forderungen die Kommunikation in den Schulen und zwischen den verschiedenen Schulen verbessert werden. Ein wichtiges Kommunikationsmittel könnte eine *Oberschülerzeitung* sein, die mit Unterstützung der Hochschüler-schaft erscheinen könnte. Dieser Vorschlag kann bis zum Herbst schon verwirklicht werden und dann den Peterlinis und Pahls den Alleinver-tretungsanspruch der Oberschüler streitig machen.

dung), wie Strukturen zu schaffen sind, die die Teilnahme aller gestatten (Regionalisierung der Weiterbildung) und wie das Angebot die jeweils neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft einarbeiten kann (Wissenschaftlichkeit der Weiterbildung).

2. Die Verwirklichung dieser Forderungen kann nun auf unterschiedliche Weise erfolgen, das heißt von einer zentralen Behörde bis zur individuellen Weiterbildung reichen (Taylor, 71).

In Italien soll durch die Schaffung von pädagogischen Instituten auf regionaler Ebene eine Struktur aufgebaut werden, die einerseits die Partezipation der Lehrer gestattet, andererseits eine zu große Zersplitterung der Kräfte vermeiden will (Taylor, 49).

Da nun die Südtiroler Landesregierung die sekundäre Kompetenz auf diesem Sektor besitzt<sup>1)</sup>, wurde bereits vor zwei Jahren eine Landeskommission unter dem Vorsitz von Frau Direktor Dr. Ambach mit der Ausarbeitung von Richtlinien für das Pädagogische Institut in Südtirol betraut, die im Juli 1976 den zuständigen Assessoren den Schlußbericht übermittelten. Eine gesetzliche Regelung dieses für Südtirol äußerst wichtigen Bereiches ist allerdings bis heute nicht erfolgt.

3. Welche Grundsätze müssen nun einem Pädagogischen Institut in Südtirol zugrunde gelegt werden, damit die an den Schulen des Landes anstehenden Probleme im Sinne einer demokratischen Mitarbeit der Betroffenen bewältigt und die notwendigen Innovationen auf allen Schulstufen sichergestellt werden können?

Das Pädagogische Institut nimmt eine Mittlerstellung ein zwischen der Lehrkraft, deren Probleme und Fragestellungen von der Praxis her bestimmt werden und dem Wissenschaftler, der für diese Probleme aus einer übergreifenden Sicht Lösungsvorschläge und Modelle ausarbeitet.

Darüberhinaus ergeben sich Forderungen an das pädagogische Institut in Südtirol, die sich aus der besonderen sprachlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Situation des Landes

herleiten und die durch eigene, über die Inhalte und Lösungen des Staatsdekretes hinausreichende Maßnahmen und Strukturen bewältigt werden müssen.

4. Bezüglich der Festlegung der äußeren Struktur weist auf diese besonderen Gegebenheiten in Südtirol hin. Das gesamte Schulwesen, vom Kindergarten bis zur Sekundarschule, die Schulverwaltung und — bezogen auf die zwei großen Sprachgruppen des Landes — auch die Schulpolitik sind nach ethnischen Gruppen klar getrennt. Als verwaltungsmäßige Bindeglieder zwischen diesen drei Schulsystemen fungieren derzeit der Landeschulrat und in gewisser Weise auch der Landesausschuß. Es wäre wünschenswert, diese klare Trennung auch auf der Ebene der Bildungsforschung und der Weiterbildung fortzusetzen. Trotzdem gibt es gewichtige Einwände gegen einen solchen Vorschlag, die eine Differenzierung in einer Einheit günstiger erscheinen lassen.

Wenn die Schule in einem engen Zusammenhang zur gesellschaftlichen Wirklichkeit stehen soll, und diese Wirklichkeit mit dem Begriff der drei Sprachgruppen definiert wird, dann kann die Schule nicht an dieser Wirklichkeit vorbeikonstruiert werden. Es soll hier nicht das Problem der gemischtsprachigen Schulen erörtert, es soll damit nur ausgesagt werden, daß die Trennung der Schulen nach den drei Sprachgruppen nicht auf allen Ebenen in gleicher Weise verwirklicht werden kann und soll.

Die Schulpolitik in Südtirol muß, bei Wahrung des jeweiligen autonomen Rahmens, nach Grundsätzen ausgerichtet werden, die für alle drei Volksgruppen Geltung haben müssen und so eine weitgehend einheitliche Entwicklung gewährleisten 2).

Darmit im Zusammenhang steht auch die Frage, ob die Aufgaben des Pädagogischen Institutes nicht auch zum Teil oder zur Gänze in einigen Bereichen gemeinsam abgewickelt werden können. So dürfte die Erarbeitung eines Weiterbildungsprogramms z. B. für Mathematiklehrkräfte weitgehend auf alle drei Schulsysteme des Landes anwendbar sein.

Eine gemeinsame Struktur würde auch finanzielle Vorteile mit sich bringen, da z. T. Personal und Material eingespart werden kann. Es wäre nicht sinnvoll, zwei unabhängige Bibliotheken (eine für das deutsch-ladinische Pädagogische Institut und eine für das italienische Pädagogische Institut) einzurichten, wenn man überdies bedenkt, daß der Großteil der Veröffentlichungen in englischer Sprache abgefaßt ist.

Eine Zweif- oder Dreiteilung des Pädagogischen Institutes könnte überdies die bereits gegebenen Berührungspunkte zwischen dem deutschen und dem italienischen Schulsystem des Landes (Unterricht der zweiten Sprache) nicht bewältigen; das ladinische Schulsystem mit seiner paritätischen

Sprachregelung im Unterricht würde bei einer vollständig getrennten Struktur überhaupt herausfallen.

Die Konstruktion eines Pädagogischen Institutes mit gemeinsamen Einrichtungen (Bibliothek, Mediatek), mit autonomen Sektionen (deutsche, italienische, ladinische), mit einem gemeinsamen Verwaltungsrat und einem gemeinsamen Institutsrat würde die hier kurz dargestellten Probleme am besten bewältigen, sie würde überdies die Erstellung und Durchführung von Weiterbildungs- und Forschungsprogrammen in weitgehender Autonomie sichern und doch ein totales Auseinanderstreben der drei Schulsysteme des Landes verhindern.

3. Hinsichtlich der rechtlichen Stellung des Institutes sollen drei Forderungen erfüllt werden:

- Öffentlichkeit
- Flexibilität bei der Durchführung der Arbeiten
- keine unmittelbare Weisungsbefugnis von Seiten der Schulpolitik und der Schulverwaltung.

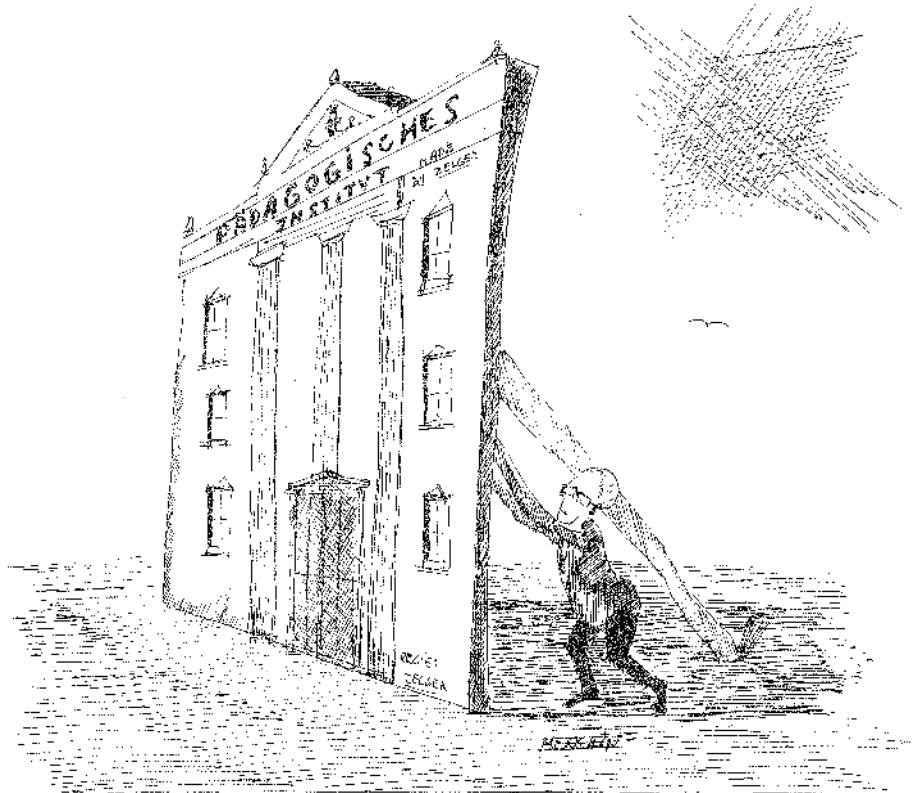
Die Körperschaften öffentlichen Rechts mit Verwaltungsautonomie kommen am besten diesen Forderungen entgegen, sie sichern die Öffentlichkeit, sie ermöglichen eine weitgehende unbürokratische Arbeitsweise und sie gestatten nicht, da sie Verwaltungsautonomie besitzen, den dauernden Eingriff von Schulpolitik und Schulverwaltung in die eigene Tätigkeit 3).

Der Zusammenhang zwischen dem Pädagogischen Institut und der Schulpolitik und Schulverwaltung ist durch den Verwaltungsrat gegeben. Was vermieden werden soll, ist nicht die Einflußnahme von Schulpolitik und Schul-

verwaltung auf die Tätigkeiten des Pädagogischen Institutes — das Pädagogische Institut hat auch Bedürfnisse dieser Stellen zu berücksichtigen —, sondern das dauernde Eingreifen in die Tätigkeiten des Pädagogischen Institutes, das die Arbeit dann zu sehr dem politischen Tagesgeschehen aussetzen und eine systematische Aufbauarbeit verhindern würde.

Dieser für die autonomen Sektionen des Pädagogischen Institutes gemeinsame Verwaltungsrat, der die Verbindung zwischen der Landesverwaltung und dem Landtag einerseits und den Wissenschaftlern im Institut andererseits herstellt, soll ein gemischtes Gremium von Politikern und Fachleuten sein, das die Richtlinien für die Tätigkeit des Pädagogischen Institutes festlegt, die Jahresprogramme verabschiedet und die Kontrolle ausübt. Die Besetzung erfolgt durch Ernennung von Seiten des Landesausschusses und des Landeschulrates sowie durch Wahl von Vertretern unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Institutes.

6. Die innere Struktur könnte einerseits, den Vorstellungen des Staatsgesetzes folgend, eine Gliederung nach den Schulstufen und Schultypen aufweisen oder andererseits auch eine Gliederung nach Fächergruppierungen. Da das Trennen des Schulsystems in verschiedene Schulstufen — zumindest im Pflichtschulbereich — obsolet geworden ist, wäre eine Gliederung nach Fachbereichen sinnvoller, da sie viel besser ein mehrjähriges Aufbauprogramm in der Weiterbildung für die einzelnen Bereiche ermöglichen würde. Gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen z. B. des Pflichtschulbereiches — eine unabdingbare Forderung für



Mollo fumo — poco arrosio

eine organische Unterrichtstätigkeit — könnten zur Regel werden.

7. Eine zentrale Fragestellung, die eng mit den bereits erörterten Punkten zusammenhängt, ist die Rekrutierung des wissenschaftlichen Personals und der Mitarbeiter im Pädagogischen Institut. Hier müssen verschiedene Ebenen unterschieden werden:

a) wissenschaftlicher Leiter: er soll in der Regel aus dem Universitätsbereich herkommen; dienstrechtlich soll er nicht den Beamtenstatus einnehmen, sondern in Form eines mehrjährigen Auftrages (z. B. 5 Jahre) mit einmaliger Verlängerbarkeit angestellt werden. Die Höhe der Bezüge hat sowohl seine wissenschaftlichen Qualifikationen als auch diesen dienstrechtlichen Status zu berücksichtigen.

b) wissenschaftliche Mitarbeiter: sie sind entweder fest angestellte Personen oder von der Schule abkommandierte Lehrkräfte mit den entsprechenden wissenschaftlichen Qualifikationen. Eine gleiche besoldungsmäßige Behandlung der abkommandierten Lehrkräfte mit den Angestellten muß sichergestellt werden.

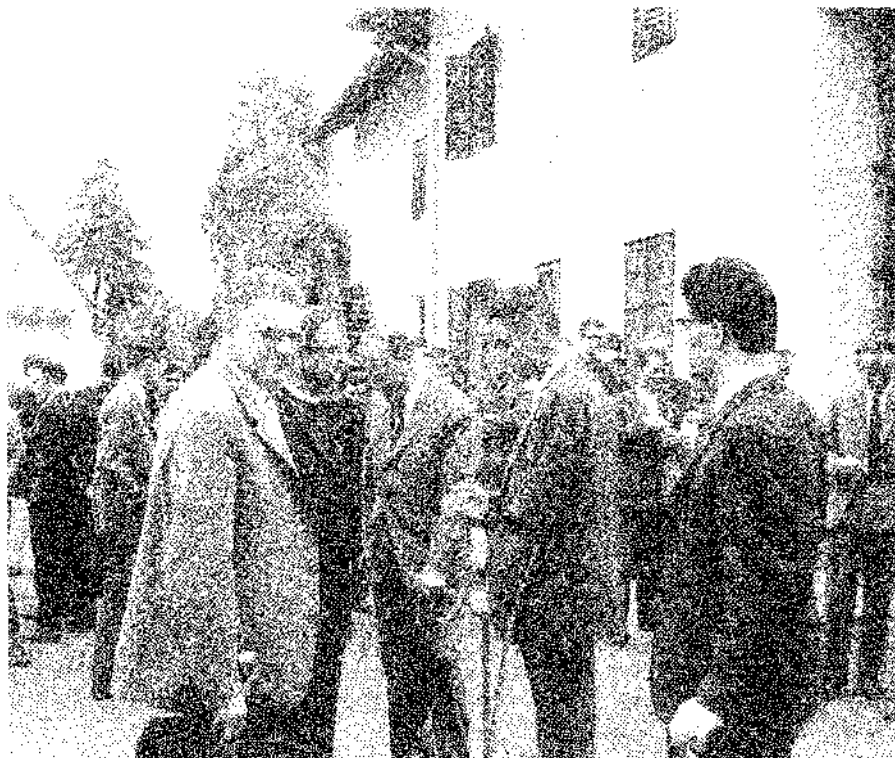
c) Verwaltungspersonal: sind vom Institut festangestellte Personen.

d) teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte: diese Kategorie ist besonders wichtig für eine effiziente Weiterbildung, da sie die Promotoren von Weiterbildungsveranstaltungen auf lokaler und Schulebene werden. Da diese teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte (durch teilweise Freistellung vom Unterricht) nicht länger als für die Durchführung eines Projektes beschäftigt werden sollen (Rotationsprinzip), kann innerhalb eines Jahrzehnts bereits auf diesem Wege die berufliche Weiterbildung einer größeren Anzahl von Lehrkräften sichergestellt werden. Außerdem würden sich aus dieser Gruppe die wissenschaftlichen Mitarbeiter rekrutieren. Sie bilden auch zahlenmäßig die stärkste Gruppe und sollen den notwendigen engen Zusammenhang zwischen Unterrichtsforschung und Unterrichtspraxis wahren. Damit wird das Pädagogische Institut zum Brennpunkt für die verschiedensten Aktivitäten an der Basis und sichert dadurch auch eine Koordinierung dieser Aktivitäten und deren Vermittlung an andere Gruppen, die vielleicht an ähnlichen oder gleichen Fragestellungen arbeiten.

Diese Struktur verwirklicht am besten die im Staatsdekret Nr. 419 dargelegten Grundsätze für die Pädagogischen Institute, einerseits koordinierende und beratende Funktionen bei der Durchführung von Schulversuchen im weitesten Sinne auf lokaler Ebene wahrzunehmen, andererseits selbst initiativ zu werden (Art. 9). Die Theorie der Weiterbildung soll zentral erarbeitet, die Umsetzung in die Praxis dezentralisiert abgewickelt werden; beide Pole müssen aber durch Rückkoppelung verbunden bleiben.

#### 8. Zusammenfassung

Die Bedeutung der Weiterbildung, im besonderen der Lehrerweiterbil-



dung, wird von allen Gremien, die sich mit Schul- und Bildungsproblemen beschäftigen, unterstrichen<sup>1)</sup>. Umso dringender zeigt sich die Notwendigkeit eines solchen Instituts in Südtirol, vor allem im Bereich der deutschen Schulen, aus folgenden Gründen:

— die hohe Anzahl an Lehrkräften ohne gültigen Studientitel (jede fünfte Lehrkraft im deutschen Schulsystem nimmt die dienstrechtliche Stellung eines Supplenten ein)

— der junge Lehrerstand (jeder zweite Lehrer ist unter 30 Jahre alt)

— die geringe Unterrichtserfahrung (über die Hälfte der Lehrkräfte weisen zwischen 1 und 9 Unterrichtsjahre auf)

— die geringe formale Bildungshöhe (4 von 5 Lehrpersonen besitzen nur die Reifeprüfung, 10 Prozent davon nur den Pflichtschulabschluss).

Das bisherige Angebot auf dem Weiterbildungssektor in Südtirol weist drei große Mängel auf, die gerade durch das Pädagogische Institut beseitigt werden könnten:

— keine Kontinuität (Fehlen von Aufbauprogrammen)

— keine Evaluation (welche Wirkung hatte überhaupt das Angebot)

— keine demokratische Struktur (Partizipation der Basis).

Die Funktionen des Pädagogischen Instituts gehen aber über die Lehrerweiterbildung, wenn sie auch, vor allem in den ersten Jahren, das zentrale Arbeitsfeld bilden wird, weit hinaus: in gleicher Weise bedeutsam ist die Betreuung von Schulversuchen im wei-

testen Sinne an der Basis und die Durchführung von eigenständigen Forschungsvorhaben. Die Reformen des italienischen Schulsystems sind von der Schule in Südtirol nur dann umsetzbar, wenn die Lehrerschaft darauf vorbereitet und bei der Realisierung unterstützt wird. Das Pädagogische Institut kann sicherlich nicht alle Probleme lösen, die im Schulsystem anstehen, es kann jedoch die Voraussetzung dafür sein, daß überhaupt eine Lösung ermöglicht wird.

1) Gesetzliche Grundlagen: Gesetz Nr. 477 vom 30. Juli 1973, Art. 4, Punkt 8 D.P.R. Nr. 419 vom 31. Mai 1974 Durchführungsbestimmungen zur Schule (D.P.R. Nr. 116)

2) Dieser Standpunkt findet seinen Niederschlag auch in den gemeinsamen Sitzungen des Landesschulrates bei Fragen, die jeweils nur eine Volksgruppe betreffen, wie z. B. neue Schulstandorte usw.

3) Als Beispiel kann die Konstruktion der PAS dienen (Landesgesetz Nr. 16 vom 13. Februar 1976)

4) „Lehrerbildung darf nicht auf Studium und Berufseinführung beschränkt bleiben. Hinzukommen muß ständige Weiterbildung während der Berufspraxis. Künftig wird der Weiterbildung des Lehrers ein immer stärkeres Gewicht zukommen. Ohne Weiterbildung ist der Lehrer nicht in der Lage, mit der inhaltlichen und methodischen Entwicklung seiner Wissenschaft Schritt zu halten. Weiterbildung des Lehrers gehört somit zu seiner Berufsaufgabe.“ (Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 227)

“L'aggiornamento è un diritto — dovere fondamentale del personale ispettivo, direttivo e docente. Esso è inteso come adeguamento delle conoscenze allo sviluppo delle scienze per singole discipline e nelle connessioni interdisciplinari; come approfondimento della preparazione didattica; come partecipazione alle ricerche e alla innovazione didattico-pedagogica...“ (D.P.R. Nr. 419, Art. 7).

# „Die Rolle der Bildungsplanung in der Südtiroler Bildungspolitik“

(Sondernummer zur XXI. Studententagung 1981)

In meinen Ausführungen möchte ich mich auf einige, in meinen Augen wesentliche Punkte beschränken. Die Teilaspekte sollen, sofern erwünscht, in der Diskussion erörtert werden.

Es wäre sicherlich einfacher, die verschiedenen Bereiche, die die Bildungsplanung im Assessorat für Schule und Kultur bearbeitet hat bzw. noch bearbeitet, zu beschreiben. Damit würde aber ein zentrales Anliegen der Veranstalter nicht erfüllt, nämlich die Gründe darzulegen, weshalb trotz Bildungsplanung oder besser trotz eines Amtes für Bildungsplanung, keine Änderungen in der Struktur des Schul- und Bildungswesens in Südtirol erkennbar sind oder, anders formuliert, daß die Schule Südtirols heute vor den gleichen Problemen steht wie vor 10 Jahren.

In meinen Ausführungen möchte ich nun versuchen, eine mögliche Antwort auf diese Frage zu geben. Dazu ist es allerdings notwendig, die Hintergründe und die Motive zu erhellen, die zur Forderung nach Planung im Bildungsbereich führen. Dabei sollen nicht die allgemein theoretischen Aspekte erhellert werden, sondern es soll vielmehr versucht werden, den gesellschaftspolitischen Kontext herauszuarbeiten, aus dem eine solche Forderung entspringt.

Die Forderung nach „Bildungsplanung“ entsteht meistens aus Defizitsituationen — als Beispiel soll hier die Benachteiligung der sozialen Unterschicht im Bildungsbereich angeführt werden. Dies allein wäre jedoch in Südtirol nicht ausschlaggebend — wenn auch, wie später zu zeigen sein wird, bestimmte Defizitsituationen den konkreten Hintergrund für die Einrichtung einer Bildungsplanung bilden. Viel wichtiger war, meines Erachtens, die gesellschaftspolitische Situation Südtirols: wir schrieben das Jahr 1968. Zwei Aspekte kommen zu jenem Zeitpunkt zum Durchbruch, die die Bildungspolitik des Landes in den nächsten Jahren entscheidend bestimmen werden:

- a) die nunmehr weitgehend abgeschlossene Diskussion um das sogenannte Paket (Ende 1969 wird es in der Landesversammlung der SVP verabschiedet);
- b) das wirkungsvolle Auftreten nicht parteigebundener Gruppen, die Änderungen in der bisherigen Bildungspolitik des Landes vorschlagen und auch die Kraft besitzen, sie durchzusetzen.

Dieser zweite Punkt steht inhaltlich in engem Zusammenhang mit dem ersten — der Abschluß der Paketdiskussion lenkte die dafür benötigten Energien auf die nunmehr entscheidende zweite Phase, nämlich auf die Realisierung der Paketbestimmungen. Die politische Landschaft, vor allem die bildungspolitische, war in Bewegung geraten.

Als Beispiele seien angeführt:

1. die bildungspolitischen Auseinandersetzungen und Diskussionen innerhalb der Südtiroler Hochschülerschaft seit dem Jahre 1966, die ihren ersten Niederschlag in den vom Vorstand der SH vor den Landtagswahlen 1968 ausgearbeiteten „Gedanken zur Kulturpolitik in Südtirol“ fanden. Anmerkung am Rande: der Abschnitt 3 der drei Vorschläge trägt die Überschrift: Bildungsplanung;
2. die Gründung der „Interessengemeinschaft Supplenten auf Zeit“ zur Durchsetzung geeigneter Maßnahmen, um das Supplentenproblem zu lösen.

Die offizielle Bildungspolitik in Südtirol mußte nachziehen: mit Beschluß des Landesausschusses Nr. 226 vom 13. Februar 1961, wurde eine neunzehnköpfige Kommission zum Studium von Schulfragen eingesetzt. Ich möchte hier nicht im Detail

auf die Schwierigkeiten eingehen, auf die diese Kommission gestoßen ist. Das konkrete Ergebnis all dieser Auseinandersetzungen bildeten die sogenannte Brixner Supplentenkurse. Das zentrale Thema — auf diesen Aspekt werde ich noch zurückkommen — war bezeichnenderweise die Hochschulfrage (das Supplentenproblem und die Auslehnung der Ausbildung der Grundschullehrer auf Hochschulebene waren die beiden wichtigsten Diskussionspunkte).

Für die Beauftragung von Hochschulinstanzen zur Durchführung von Erhebungen im Schulwesen und die Errichtung einer entsprechenden Stelle für Bildungsplanung im Assessorat für Schule und Kultur sollte noch ein weiterer Aspekt, die qualitative Defizitsituation (die Universitätsfrage wurde ja dort unter quantitativen Gesichtspunkten in den politischen Instanzen diskutiert). Die Diplomarbeit von Meyer-Simon „Wirtschaftswachstum und Bildungsplanung in Südtirol. Eine Vorschau bis 1981“ gab den Anlaß dazu.

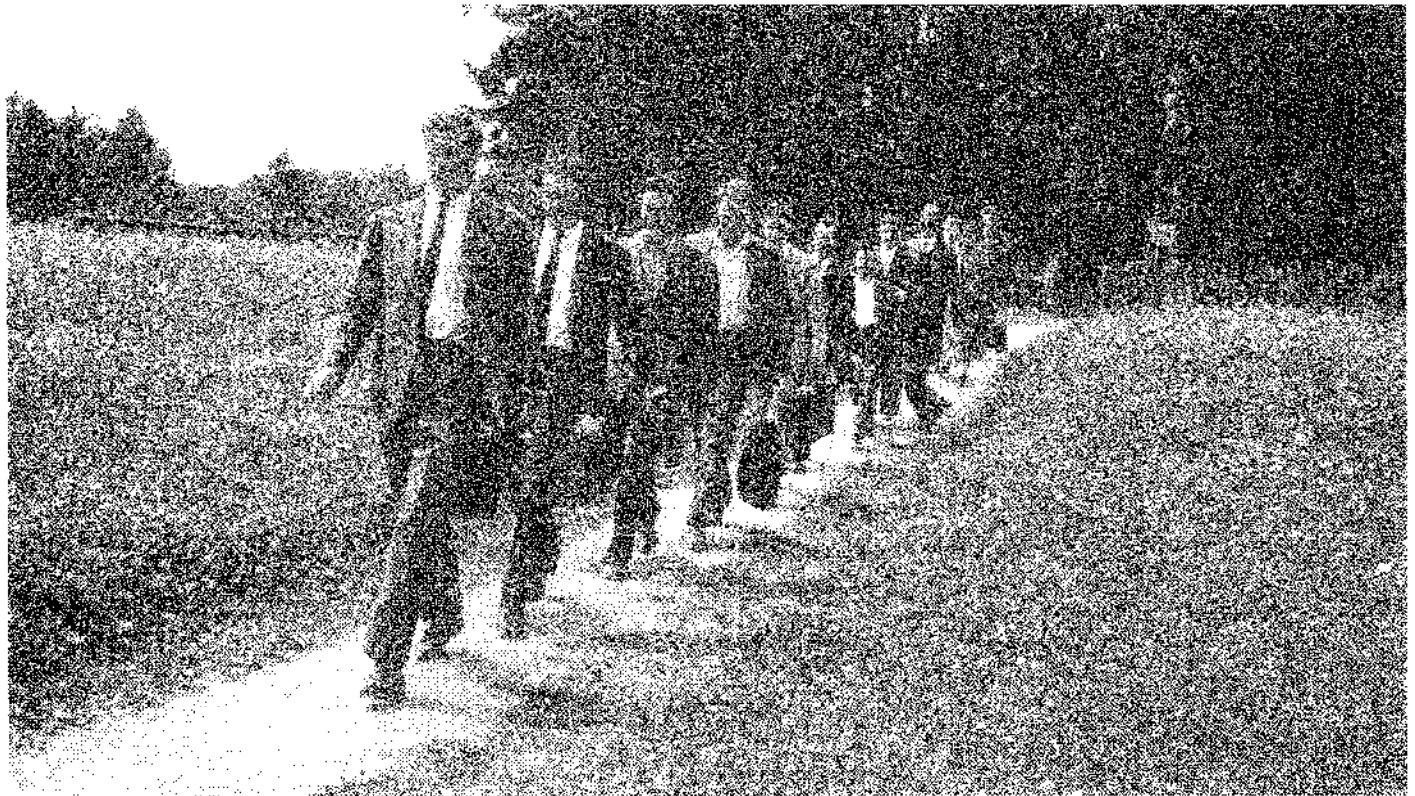
Noch offen war die Frage, wer, welches Hochschulinstitut mit der Durchführung zu beauftragen wäre. Diese Frage wurde mit der Studententagung des Forums für Bildung und Wissenschaft im Herbst 1971 „Bildungsplanung und Wirtschaftsplanung“ beantwortet. Beide Institute, die bei der Tagung federführend beteiligt waren, erhielten im Jahre 1973 den Auftrag, einen Bildungsplan für Südtirol auszuarbeiten. Gleichzeitig wurde die Dienststelle „Bildungsplanung“ im Assessorat für Schule und Kultur definitiv eingerichtet. Die Hauptaufgabe dieser Dienststelle bestand vor allem darin, die beiden beauftragten Institute organisatorisch zu betreuen, für die Veröffentlichung der Ergebnisse zu sorgen und jene Erhebungen, die dauernden Charakter besaßen, weiterzuführen (z.B. Lehrerstatistik).

Daneben, und damit wird ein zentrales Problem angeschnitten, beschäftigt sich die Bildungsplanung intensiv mit der Universitätsfrage, die zwischen 1971 und 1973 einen Höhepunkt in der Diskussion erreichte. Diese (notwendige) enge Verknüpfung von Bildungsplanung und Universitätsfrage war zurückblickend insofern problematisch, da mit der endgültigen Klärung dieser Frage im Sinne des vom Südtiroler Bildungszentrum ausgearbeiteten Modells auch die ursprüngliche Rolle der Bildungsplanung selbst verloren geht. Ich möchte auf diesen Aspekt noch einmal am Schluß meiner Ausführungen kurz eingehen.

In dem bisher behandelten Zeitabschnitt 1968 — 1973 ging es vor allem darum, bildungspolitische Konzepte in die Tat umzusetzen, was auch — bedingt durch die gesellschaftspolitische Aufbruchsstimmung am Ende der 60er Jahre in Südtirol — weitgehend gelungen war: die Supplentenkurse waren installiert, die Bildungsforschung und Bildungsplanung hatte ihre ersten Arbeiten in Angriff genommen, eine Stelle für Bildungsplanung war geschaffen worden, in der Universitätsfrage stellte sich der zuständige Landesrat, Zelger hinter eine den besonderen Bedürfnissen eines dreisprachigen Landes angepaßte Lösung. Es wären daher alle Voraussetzungen für eine eigenständige, den neuen Bedürfnissen des Landes angepaßte Bildungspolitik gegeben gewesen. Und doch: Warum konnten diese positiven Ansätze nicht ausgebaut werden? Warum scheiterte die Bildungsplanung weitgehend?

Die Antwort auf diese Frage folgt aus der Analyse des Zeitraumes nach 1973. Wir können den ersten Zeitraum als bildungspolitische Aufbruchzeit charakterisieren, den zweiten als die Zeit der bildungspolitischen Konsolidierung. In diesem zweiten Zeitraum fallen drei für die dargelegten Zusammenhänge wichtige Aspekte:





1. die endgültige Entscheidung in der Universitätsfrage für die Lösung Südtiroler Bildungszentrum;
2. die Verabschiedung der Durchführungsbestimmungen zur Schule und, damit verbunden, der Aufbau der neuen Schulverwaltung in Südtirol; der Schulräte;
3. die Durchsetzung der demokratischen Mitbestimmung im Schulwesen durch die Errichtung der Mitbestimmungsgremien, vor allem des Landesschulrates.

Diese drei Aspekte bestimmten nun nicht so sehr die Tätigkeit der Bildungsplanung, sie machten jedoch deutlich, daß die Bildungsplanung nunmehr als Geschehen am Rande zu betrachten war. Warum?

Die Rolle der Universitätsfrage für die Bildungsplanung habe ich bereits dargelegt. Allzu deutlich wurde nach der Entscheidung der Südtiroler Volkspartei gegen eine universitäre Einrichtung in Südtirol und für die Entscheidung des Südtiroler Bildungszentrums (d.h. für eine privatrechtliche universitäre Einrichtung auf Zeit) die Rolle der Bildungsplanung im Rahmen der Südtiroler Bildungspolitik immer stärker zurückgedrängt. Konkreten Niederschlag findet diese Entwicklung auch in der Tatsache, daß die Bildungsplanung nicht im Landesschulrat vertreten ist (weder von Amts wegen noch über die Nennung von Experten), auch wurden mögliche Stellungnahmen der Bildungsplanung zu konkreten Problemen, die im Landesschulrat behandelt werden, nicht angefordert. Weiterhin, und dies ist ein Eindruck, den ich vor allem in letzter Zeit gewonnen habe, geht die Funktion der Bildungsplanung immer stärker auf das Schulamt über, was vom Inhalt der Tätigkeit an sich nicht von Bedeutung wäre, wohl aber aus einer bildungspolitischen Sicht heraus. Dadurch wird nämlich das zentrale Instrument zur Erarbeitung von Unterlagen und Analysen für die Bildungspolitik aus dem unmittelbaren Entscheidungsbereich ausgelagert und einem Fachbereich zugeordnet: Bildungsplanung wird damit zu einem Verwaltungsamt.

In meinen bisherigen Ausführungen habe ich die politischen Hintergründe erörtert, die zur Errichtung der Bildungsplanung führen, aber auch jene Aspekte aufgezeigt, die entscheidend waren, wenn heute die Bildungsplanung bei der Erarbeitung von Unterlagen und Analysen für die Bildungspolitik Südtirols weitgehend nicht mehr präsent ist. In diesem Abschnitt möchte ich auf die wichtigsten Tätigkeiten eingehen, die in den letzten 10 Jahren vom Amt für Bildungsplanung abge-

wickelt wurden. Ich möchte hier vor allem vier Bereiche hervorheben:

1. die Veröffentlichungen im Rahmen der Schriftenreihe des Assessorates
2. die Lehrerstatistik
3. der Schulbausektor
4. die Maturantenbefragungen.

Gestatten Sie, daß ich diese Tätigkeiten nur ganz kurz und in den wichtigsten Zügen darstelle.

### 1. Veröffentlichungen

Breits bei der Vergabe des Auftrages an die beiden Institute der Universität Innsbruck bildete die Sicherstellung der Veröffentlichung der Forschungsberichte ein wichtiges Anliegen. Es wurde ein etwas komplizierter Mechanismus festgeschrieben, der immer eingehalten wurde, dessen Bestimmungen aber nie zur Anwendung kamen. Insgesamt sind 24 Hefte erschienen, deren Inhalt – leider – nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden hat.

### 2. Lehrerstatistik

Wenn es heute gelungen ist, zumindest die wichtigsten quantitativen Aspekte (die auch immer qualitative Aussagen zulassen) des Lehrkörpers jährlich zu erfassen und deren Ergebnisse zu publizieren, so ist damit zwar das Supplementenproblem – um ein Beispiel aufzuzeigen – nicht gelöst worden, wohl aber konnte die Diskussion weitgehend versachlicht werden.

### 3. Schulbau

Vielleicht ist dies der einzige Bereich, wo es gelungen ist, theoretische Ansätze und Praxis zu verbinden. Die Südtiroler Landesregierung hat auf diesem Sektor, nach Erlaß der entsprechenden Durchführungsbestimmungen, zumindest im technischen – nicht im normativen – Bereich die Möglichkeiten der Autonomie voll ausgeschöpft. Immerhin dürften derzeit Schulen um einen Gesamtbetrag von 170 bis 200 Milliarden Lire in Bau sein.

Das gesamte Projekt wurde in drei Phasen durchgezogen.

- a) Bedarfserhebung durch Lokalaugenscheine (rund 3.000 Schulklassen fehlten oder waren ungeeignet);
- b) Erstellung einer Prioritätsliste die von den Bezirksgemein-

schaften weitgehend übernommen und vom Landesaus-schluß verabschiedet wurde.

- c) Planung und Realisierung der in der Prioritätsliste vorge-sehen Neubauten.

Das Amt für Bildungsplanung war hier gleichberechtigt mit dem technischen Amt für Schulbauten federführend.

#### 4. Maturantenerhebung

Seit 1976 führt das Amt für Bildungsplanung eine jährliche Maturantenerhebung durch. Sie soll das Fehlen einer ent-sprechenden Hochschülerstatistik für Südtirol zumindest im Ansatz ersetzen. Die Ergebnisse der Jahre 1976 und 1977 wur-den bereits im Rahmen der Schriftenreihe vorgelegt.

Ich habe bereits bei der Darstellung der politischen Hintergrün-de, die zur Errichtung des Amtes für Bildungsplanung führten, mehrmals auf die Gründe hingewiesen, die zu einem weitgehen-den Scheitern des Experimentes „Bildungsplanung“ geführt haben. Ich möchte abschließend dieses Thema noch etwas ver-tiefen.

Ohne Zweifel bildet das Scheitern der Universitätsfrage den wichtigsten Aspekt, aber nicht den einzigen. Zumindest drei weitere müssen in die Überlegung einbezogen werden:

- a) das ungeklärte Verhältnis zwischen dem Amt für Bil-dungsplanung und den politischen Entscheidungsinstan-zen;
- b) die personelle Ausstattung des Amtes;
- c) das Fehlen einer Instanz für Bildungsforschung in Süd-tirol.

Aus der Sicht der Verwaltungsorganisation bildet das Amt für Bildungsplanung eine klassische Stabsstelle, d.h. sie ist der po-litischen Entscheidungsinstanz unmittelbar zugeordnet. Wei-terhin muß sichergestellt sein, daß die Bildungsplanung die Vorlagen für bildungspolitische Entscheidungen ausarbeitet und sie in den Entscheidungsgremien auch vortragen und er-läutern kann. Diese Forderung konnte zwar informell bis etwa 1973 erfüllt werden, da es aber keine genau definierte Beziehungsstruktur zwischen Planung und Entscheidungsinstanz gab, war es nach 1973 auch leicht möglich, auf die Mitarbeit des Amtes für Bildungsplanung im bildungspoli-tischen Entscheidungsprozeß immer stärker zu verzichten. In-zwischen wurden immer mehr Verwaltungsstellen geschaffen, die den Rückgriff auf die Bildungsplanung inmer entbehrl-icher machten.

Dieses Problem wurde bereits bei der Einrichtung des Amtes für Bildungsplanung gesehen, es bestand aber keine Möglich-

keit – oder besser – es wurde keine Möglichkeit gesehen, die-sen notwendigen Zusammenhang zwischen Planung und Ent-scheidung institutionell abzusichern.

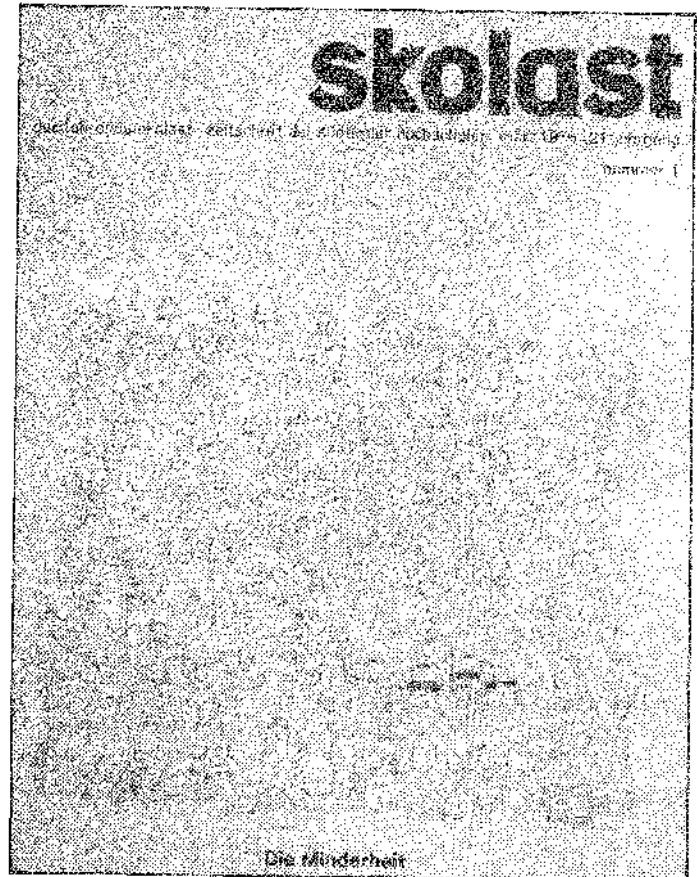
#### Die personelle Ausstattung des Amtes

Das Amt für Bildungsplanung dürfte wohl die einzige Dienst-stelle in der Landesverwaltung sein, deren Personalstand sich zwischen 1975 und 1980 verringert hat. Aus insgesamt drei Mitarbeitern wurden eineinhalb, ab Herbst 1979 praktisch eine halbe Mitarbeiterin.

#### Bildungsforschung

Eine wichtige Voraussetzung für die Verankerung der Bildungs-planung in der Bildungspolitik bildet meines Erachtens eine gut funktionierende Bildungsforschung. Die Probleme des so- genannten Pädagogischen Institutes möchte ich hier nicht näher erörtern. Es sollen hier nicht die Gründe für die bis heute nicht erfolgte Realisierung einer Bildungsforschungsinstanz in Südtirol erörtert werden. Die Diskussion um die Lehrs-pläne an den Mittelschulen sowie die Auseinandersetzung um den Zweitsprachenunterricht im Vorschulalter zeigten meines Erachtens deutlich, daß das Fehlen einer wissenschaftlich ab-gesicherten Untersuchung der Problematik sich auf die Diffe-ziertheit der Argumentation negativ ausgewirkt hat.

Vielleicht liegt das Scheitern der Bildungsplanung in der Na-tur der Sache: ausgehend von bestimmten Defizitsituationen – und sie stehen immer als treibende Kraft für die Einsetzung der Bildungsplanung – geht es darum, dieses Defizit aufzuar-beiten. Dies führt zu Veränderungen, zu Innovationen. Ein solches Ansinnen muß aber im Rahmen einer Bildungspolitik scheitern, die darauf ausgerichtet ist, weitgehend keine Verän-derungen vorzunehmen. Südtirol muß die Schulreform Italiens mittragen, die von vielen aber als Übel angesehen wird. Nur die Reform der Mittelschule z.B. sei die Ursache des Supplenten-problems: keine Mittelschulereform – keine Supplenten. Jede Bildungsplanung wird aber – und die entsprechenden Ver-öffentlichungen im europäischen, aber auch im außereuro-päischen Raum zeigen es deutlich – die Grundsätze der italie-nischen Schulreform vertreten. Der Kreis schließt sich. Das un-auf lösbare Dilemma, in welchem sich die Bildungsplanung in Südtirol befindet, liegt darin verborgen: die Grundsätze der italienischen Schulreform aus sachlichen Gründen vertreten zu müssen und deswegen aus ethnopolitischen Gründen ange-griffen zu werden.



## Unsere Autonomie

Das Entstehen unserer Autonomie konnte der skolast aus nächster Nähe erfahren, hatte er doch immer guten Kontakt mit Personen, die mitten drin im politischen Geschehen standen, und berichtete recht fleißig über den Fortschritt und über jeden Rückschritt in der Südtiroler Bestrebung um eine gerechtere Autonomie.

In einer Auswahl von Artikeln zwischen 1959 und 1980 soll diese Geschichte noch einmal erzählt werden, wobei der Leser darauf achten möge, daß man erst vom heutigen Standpunkt aus von einer Geschichte der Südtiroler Autonomie sprechen kann, die – gleichsam sub specie aeternitatis – zielstrebig zum Erfolg geführt hat, denn anfangs war man ja für ganz anderes ausgezogen ...

In den Gründerjahren leitete sich das Engagement der SH vielfach aus der Besorgnis um die Erhaltung der Volksgruppe her; Einsatz für Stipendien und für ein Studentienabkommen, um das Studium im deutschsprachigen Ausland zu gewährleisten; Ablehnung einer Hochschule in Südtirol wegen der Unterwanderungsgefahr usw. (Das soll nicht heißen, daß deshalb, weil die SH eine andere Auffassung von Erhalten hat, ihr Einsatz heute nicht mehr zur Erhaltung der Volksgruppe beiträgt.)

Diese Besorgnis schlägt sich in Berichten über die Tätigkeit der italienischen Parteien in Südtirol, über die Probleme der deutschen Schule und über vieles mehr, sowie in Grundsatzartikeln nieder. Franz Gschnitzer sagt in nebenstehendem Artikel deutlich aus, was man heute nicht mehr so offen sagen würde. Die Zeit der ersten Anschläge für Freiheit und Selbstbestimmung war ein gefundenes Fressen für jede Zeitung, warum nicht auch für den skolast? Ablehnung von Gewalt, aber Verständnis für die Motive der Täter bildeten den roten Faden, den jeder neueingesetzte skolast-Redakteur weiterspinnen konnte. Schließlich brachte man auch die Mißhandlungen unserer Freiheitskämpfer. A propos: die Frage, ob die Anschläge der

Sache Südtirols genützt hätten oder nicht, wird auch im skolast – hier vertreten durch »tr« und Silvius Magnago – nicht beantwortet; »ai posteri l'ardua sentenza«, denn dieses Kapitel unserer Geschichte ist von offizieller Seite noch nicht für den historischen Abschluß freigegeben.

Einige Zeit später nimmt das Projekt eines neuen Autonomiestatuts genauere Züge an. Ein Interview mit Kurt Waldheim gibt Aufschluß über österreichisch-italienische Verhandlungen in Sachen Paket. Waldheim hält die Bozner nicht für Pfeffersäcke und findet die neue Lösung besser als die von Kreisky und Saragat.

Der skolast wundert sich mit vielen anderen über die neue Lösung, ein Mitarbeiter schreibt sogar einen entrüsteten offenen Brief an die Parteileitung der SVP, »Antipackler« bekommen breiten Raum auf unseren Seiten – alles nach bereits abgeschlossenem Paket. Drei Redakteure stellen eine ziemlich böswillige, aber trotzdem recht lustige Zitatensammlung von der SVP Versammlung in Meran zusammen. Man kanns doch nicht so recht glauben.

Einige Zeit später, Mitte der Siebziger, war die Notwendigkeit des Pakets für die SH keine Frage mehr, aber – Jugendliche haben halt immer etwas zu kritisieren – die Anwendung dieser unserer Autonomie wird in einem zunehmend schlechten Licht gesehen. Der skolast gibt nun seitenweise jenen Raum, die die Südtiroler Anwendung des Pakets von gewerkschaftlicher und von linker Seite kritisieren, auch eine Revision des Autonomiestatuts in diese Richtung wird gefordert.

Aber der skolast wird auch wieder brav und bleibt an der Stange, wenn von anderer Seite wieder »an der tragenden Säule der Autonomie« genagt wird: der Proporz bleibt! (sagt der skolast).

## EIN MINDERHEITENPROBLEM

(1959/3)

Es ist uns gelungen, vom österreichischen Staatssekretär im Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Univ.-Prof. Dr. Franz Gschnitzer, einen Originalausatz zu erhalten, in dem zum ersten Mal bei uns in aller Offenheit zu einem Problem Stellung genommen wird, das für uns eine Lebensfrage ist. Entscheidungen in solchen Fragen lassen sich nicht einfach über Knie brechen, sondern können erst nach klärender Auseinandersetzung gefunden werden. Wir glauben deshalb, daß sich hier eine Diskussion wirklich lohnte.

Die Red.

Die Wahl des Berufes und die Wahl des Lebensgefährten sind für ein Menschenleben entscheidend. Werden sie richtig getroffen, so ist das Leben ein erfülltes und glückliches und der Mensch hat auch den Mut, um Schicksalsschläge, gegen die niemand gefeit ist, zu überdauern. Werden sie verfehlt, so ist ein verflüchtigtes Leben, vielleicht sogar totaler Zusammenbruch die Folge. Während aber die Berufswahl, wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend von Erwägungen der Vernunft bestimmt wird, gibt bei der Wahl des Lebensgefährten das Gefühl den Ausschlag. Es ist ein gefährlicher Auftrag; schon deshalb, weil Gefühle sich nur zu leicht ändern. Darum sind Feilschläge in der Wahl des Lebensgefährten, wie wir alljährlich erleben, häufig. Dadurch, daß an die Seite des Gefühls die Vernunft tritt, könnten sie, wenn nicht verhindert, so doch vermindert werden. Nicht um das Gefühl auszuschalten, das die treibende Kraft sein und bleiben soll, sondern um seinen Überschwang zu kontrollieren, sein bedenkenloses Behinstärken zu hemmen.

Die neue Zeit bringt Völker und Menschen einander näher und fördert so Verbindungen zwischen Menschen verschiedener Volkszugehörigkeit; besonders dort, wo die Völker aneinander grenzen und wo sie im gleichen Staat, ja auf demselben Gebiet neben- und miteinander leben. Solche Verbindungen werden sogar als ein Mittel zur Völkerverständigung und zum nationalen Ausgleich angepriesen und die, welche sich gegen sie aussprechen, als verböhrte Nationalisten gebrandmarkt.

Die Frage sollte nicht in erster Linie als nationale hingestellt werden. In erster Linie betrifft die Ehe Glück und Schicksal des einzelnen und des verbundenen — und gebundenen! — Paares. Erst in zweiter Linie ist auch die Gesamtheit betroffen, die durch gute, glückliche Ehen gewinnt, unter schlechten, unglücklichen Ehen leidet.

Nun ist eines unbestreitbar: die Ehe zwischen Angehörigen verschiedener Völker ist jedenfalls problematischer, gefährlicher als die zwischen Angehörigen des gleichen Volkes. Darauf muß man den jungen Menschen aufrechen machen, überwindet doch das sexuelle Begehren die Fremdheit und führt zu innigster Vertraulichkeit, schöpft noch Reiz aus dem Gegensatz, ja sieht das, was sonst abstoßen würde, oft als besonderen Anziehungspunkt.

Welche Gefahren daraus für die Südtiroler und ganz besonders für die Akademiker entstehen, ist klar. Wir leugnen nicht, daß auch solche Verbindungen zu

glücklichen Ehen führen können — es sind die Ausnahmen, die die Regel bestätigen. In der Regel werden nämlich die zuerst durch die Leidenschaft unterdrückten Gegensätze bald wieder und immer stärker aufzage treten.

Zunächst zwischen den Partnern selbst. Das fängt bei der Muttersprache an. Auch wenn ein Partner die Sprache des anderen „beherrscht“, wird das nur bis zu einem gewissen Grade der Fall sein; ihre feinsten Schwebungen werden ihm fehlen und in der intimsten Verbindung, die es zwischen zwei Menschen gibt, kommt es gerade auf diese feinsten Tönungen an. Ist es doch so, daß Liebesworte nicht einmal der Muttersprache, sondern nur der Umgangssprache, der Mundart angehören. Es wird daher für ein solches Paar schwer sein, sich bis ins Letzte zu verstehen. Es wird leicht zu Mißverständnissen kommen.

Sprache ist aber nur Ausdruck für Denken und Fühlen. Verschiedene Völker denken und fühlen auch verschieden. Auch hier ist es schwer, sich ganz zu verstehen und zu verständigen. Wie gegensätzlich ist beispielsweise das heißblütige Temperament des Italieners und das schwerblütige Temperament des Tirolers! Die Ehe ist aber nicht nur Geschlechts-, sondern auch Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft. Und wieder bestehen in Lebensart, in Wirtschaftsführung und Haushaltsführung große Gegensätze zwischen den beiden Völkern.

Neheftlich handelt es sich bei der Ehe nicht nur um die Partner selbst. Mag zwischen ihnen die Liebe Gegensätze überwinden, zwischen den beiden Familien bleiben sie bestehen. Der Zusammenhang jedes Teiles mit seiner Familie wird in der Ehe immer einmal zu einem Problem, umso mehr bei nationalen Mischungen, sei es, daß die Familie sich gegen den anderen Teil stellt, sei es, daß sie ihn gewinnen will, was dessen Angehörige nicht gern sehen werden. So wird es leicht zu einem „Kampf um die Seele“ kommen und ein harmonisches Verhältnis zwischen dem einen Gatten und der Familie des anderen und schon gar zwischen den beiden Familien ist kaum zu erhoffen.

Noch gefährlicher sind die Spannungen, die durch die Kinder und in den Kindern auftreten. Welchem Volkstum sollen sie angehören? Wie sollen sie erzogen werden? Selbst wenn die Gatten sich darüber einigen, ist damit noch lange nicht gesagt, daß ihre Familien es hinnehmen. Es ist nicht gesagt, daß die Einigung anhält und nicht gesagt, daß sie in dem nachgehenden Teil nicht einen Stachel zurückläßt, einen geheimen Selbstverwurf, der sich später verstärken und zu tragischem Konflikt führen kann.

Daß das Kind beiden Völkern gleich zugehörig wird, ist wohl der seltenste Fall. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß ein solcher Mensch das eine nationale Element in sich zu unterdrücken und durch eine verkehrte Einstellung überzukompensieren genötigt ist. So wird häufig das, was als Vorbild der nationalen Mischungen angepriesen wird, der nationale Ausgleich, nicht nur nicht er-

zielt, sondern sowohl bei den Gatten wie bei ihren Familien und Kindern im Gegenteil nationale Spannung erst recht erzeugt.

Daß es sich hier um allgemeine, nicht nationalstische Denken entspringende Probleme handelt, zeigt die Haltung der Kirche gegenüber der religiösen Mischung. Die drohenden Konflikte sind hier ähnlich, und daß die Kirche dagegen ein — freilich dispensables — Einbehaltens aufgerichtet hat, entspringt keiner Unbilligkeit oder Geringschätzung gegenüber der anderen Auffassung, sondern berechtigten Bedenken und der Sorge um das Wohl der Ehegatten und ihrer Kinder.

Muß vor den nationalen Mischungen mit allem Nachdruck gewarnt werden, so sei nochmals ebenso nachdrücklich hinzugefügt, daß es Ausnahmen gibt. Und wenn wir verpflichtet sind, nachdrücklich vor den Gefahren zu warnen, die in der Eingehung solcher Verbindungen liegen, so sei ebenso mit allem Nachdruck hinzugefügt, daß dort, wo eine solche Verbindung geschlossen wurde, es uns nicht ansteht, den Richter zu zoteln, daß wir je nicht dazu befragen dürfen, die Gegensätze zu verschleifen. Das ist keine Inkonsistenz: solange wir das, was wir als mögliches Übel ansehen, verhüten können, trachten wir es zu verhüten; im gleichen Sinn, und wir jedoch besteht das Unabänderliche nicht zum Übel werden zu lassen. Es ging auch gegen unsere Grundgesetze, die Freiheit der Person — und es handelt sich hier um den allerwichtigsten Bereich — nicht zu achten.

Bei aller Betonung der menschlichen Seite der Angelegenheit ließe es freilich einen maßgebenden Gesichtspunkt übersehen, wenn nicht auch auf ihre Bedeutung für die Allgemeinheit hingewiesen würde. Stellen wir uns vor — zum Glück ist es eine absurde Vorstellung — ein großer Teil der Südtiroler würde italienische Ehepartner wählen! Die Volksgruppe wäre dem Untergang geweiht. Während zahlenmäßig einigermaßen gleich starke Volkskörper in einer Mischung fortleben würden, jeder gleich viel gäbe und nähme (ob eine solche Mischung zu harmonisch Neuem führt, glaube ich nach dem Gesagten nicht), bedeutet Mischung zwischen überwältigender Mehrheit und verschwindender Minderheit die spurlose Auszehrung der Minderheit. Wenn also die Italiener die Mischungen propagieren, ist ihr Zweck durchsichtig: was für sie ungefährlich ist, bedeutet für die Südtiroler eine tödliche Bedrohung. In der Tat sind im Tessin die Italiener — bei viel geringerer Gefährdung — sehr um die Beherrschung der Italiennität bemüht. Was aber für die Tessiner recht ist, muß für die Südtiroler billig sein.

Das Heilmittel gegen Völkerfremdheit ist nicht ein Mischmasch, sondern der gegenseitige Respekt, die Achtung vor der Art des anderen, daß man ihm seine Art läßt und sich bemüht, sie zu verstehen. Es ist mit dem Volkstum wie mit der Sprache, die sein Ausdruck ist: mit einem Sprachmischmasch aus widerstrebenden Elementen ist nichts gewonnen und niemandem gedient. Vielmehr muß jeder die eigene Sprache rein erhalten und forschen über sich bemühen, auch die des anderen zu verstehen.

# Kein Schaden ohne Nutzen

(1961/4)

Die Bomben, die dieses Jahr in Südtirol krachten, haben nicht nur Hochspannungsleitungen zerstört und die Fremden vor unserem Land abgehalten. Sie haben dem Volk Wunden geschlagen, die tiefer gehen und schwerer heilen. Masten kann man wieder aufbauen, Leitungen kann man neu legen und dem Fremdenverkehr kann man durch geeignete Maßnahmen wieder auf die Beine helfen. Die Toten kann man nicht wieder aufwecken, den Familien der Verhafteten das Leid nicht ausreden, zerstörtes Vertrauen läßt sich nicht einfach einschalten wie unterbrochener elektrischer Strom, und wie man das auf beiden Seiten reichlich gesäte Unkraut des Hasses wieder ausrotten soll, das wird man wohl die politischen, journalistischen und polizeilichen Zauberlehrlinge vergebens fragen.

Trotzdem kann man auch Lichtblicke sehen. Zunächst sind das Einzichten, die sich nach dem Wort „Durch Schaden wird man klug“ zu verbreiten beginnen. In allen Lagern hat die Terrorwelle eine gewaltige Erleuchtung gebracht und gezeigt, wie gefährlich es heute ist, den nationalen Gedanken zum innenpolitischen Trumpf zu machen anstatt zum Ausgangspunkt für eine ehrliche, zukunftsweisende, auch die Rechte der Minderheit und größeren Interessen des Volkes respektierende Aufbauarbeit. Geistige Bequemlichkeit, partikuläre Machtpolitik, Demagogie, Verkennung der politischen Gegebenheiten und der mit dieser verbundenen Gefahren konnten und können nicht zu einer Lösung führen, im Gegenteil... Daß wir aber eine solche brauchen oder wenigstens den Ansatz einer solchen Lösung, sieht man heute klar. Man spricht offener denn je über die gemachten Fehler, übt Kritik an Personen und Konzeptionen, die bisher als unantastbar galten, überall verbreitet sich die Ueberzeugung, daß man vieles anders machen sollte.

Aus solcher Auseinandersetzung kann mancher gute Gedanken, kann auch echtes Verständnis für die Gebote des Augenblickes und der Zukunft erwachsen.

Positiv zu bewerten ist im besonderen, daß das Südtiroler Volk und seine politische Führung sich von den Ereignissen nicht hat überrumpeln und mitreißen lassen. Damit ist die schlimmste Gefahr für die Einheit der Volksgruppe fürs erste gebannt. Denn eine äußerste Bedrohung dieser Einheit bedeutete es doch, daß sich eine Gruppe von der verantwortungsbewußten Führung los sagte und — wohl unter dem Einfluß gefährlicher Bundesgenossen — auf eigene Faust handelte.

Nachdem wir gesehen haben, was es heißt, in diesen unruhigen Zeiten zum

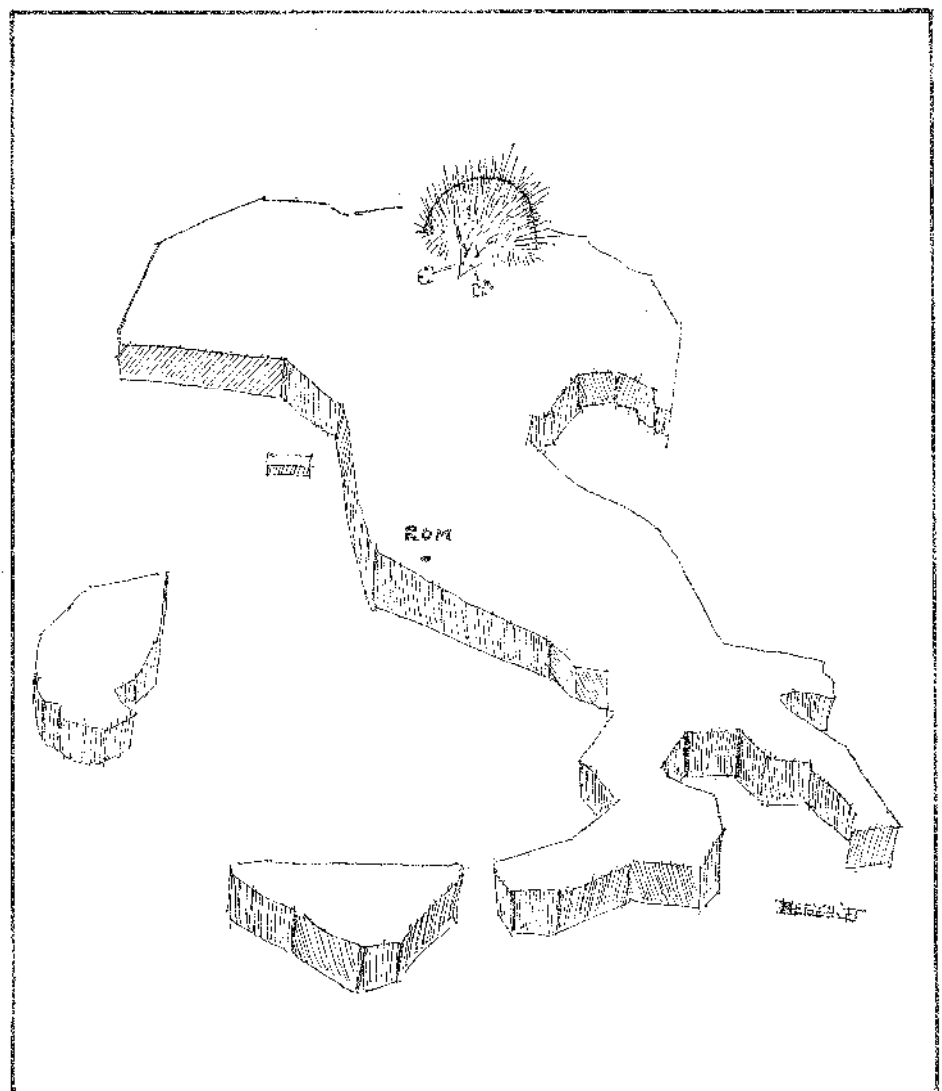
Spielball internationaler Politik zu werden, wird ein Grundsatz klar: Südtiroler Politik ist zuerst und vor allem Sache der Südtiroler. Nicht daß wir ohne Bundesgenossen auskommen könnten; doch nur wenn die Südtiroler selbst über das Wünschenswerte, Erstrebenswerte und Erreichbare völlige Klarheit besitzen, können sie sich verlässliche, treue Bundesgenossen zur Unterstützung ihrer berechtigten Ansprüche gewinnen. Einheit tut im gegenwärtigen Augenblick mehr not denn je. Aber sie ist zu erreichen durch objektive politische Aufklärung und Toleranz — das Volk muß in einer Demokratie eine gewisse politische Reife erwerben, gute Ideen können aus allen Kreisen kommen. Die Einheit muß sich vor allem in der Lösung konkreter Lebensprobleme, besonders sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Natur bewähren und bekräftigen. Diese können ja nie rein machtpolitischen Ueberlegungen geopfert werden, ohne daß gefährliche Gärungen entstehen.

Hier stellen sich vielfältige und dringende Aufgaben auch den Südtiroler

Hochschülern. Wir kennen sie seit langem: Vertiefung des politischen Wissens durch Studium und Diskussion, Suche nach dauerhaften realistischen Lösungen, Verbreitung realistischer Anschauungen in den Gemeinschaften, in die sie ein jeder hineingestellt ist.

Die Südtiroler Akademiker, die aus der Hochschülerschaft herauswachsen, bringen vielleicht eben für diese Herstellung einer Einheit in Freiheit nicht die schlechtesten Voraussetzungen mit. Sie kennen einander und sind gewohnt, daß gemeinschaftliche Geschlossenheit der akademischen Freiheit keinen Abbruch tut. Sie haben geübt, über oft heftigen persönlichen Differenzen das Gemeinsame zu sehen.

Der Augenblick ist kritisch in dem Sinne, daß jetzt eine Entscheidung fällt. Es muß eine Entscheidung zu Europa, zu abendländischer Gesittung, zur Anerkennung des Rechtes auch des Schwächeren sein, nicht aber eine Barbarisierung der politischen Methoden und eine Rückkehr zu Anschauungen, die in Südtirol und Europa bereits genug Unheil ungerichtet haben. Ein Klärungsprozeß ist im Gang. Würde er auf allen Seiten ehrlich betrieben, so könnten wir hoffen, daß auf die Dauer der Nutzen den Schaden der bedauernden Ereignisse aufwiegt und überwiegt. tr-



# Südtirol —

## Jahreswende

### 1961

(1962/1)

Das Jahr, das nun zu Ende geht, war für unsere Heimat Südtirol ein sehr bewegtes, gekennzeichnet durch viele, teilweise auch unerfreuliche Ereignisse. Ich möchte darüber eine kleine politische Rückschau halten.

Die beiden Vertragspartner des Pariser Abkommens — Italien und Oesterreich — haben im Jahre 1961 im Sinne der Resolution der Vereinten Nationen von Herbst 1960 wiederholt versucht, eine Einigung über die Durchführung des Pariser Abkommens, insbesondere über die Autonomie für Südtirol, zu erzielen. Die diesbezüglichen drei Treffen der italienischen und österreichischen Delegationen in Mailand, Klagenfurt und in Zürich sind ergebnislos verlaufen. Dem Zürcher Treffen war noch eine Expertenzusammenkunft vorausgegangen, und wenn somit dieses Treffen auch als das vorbereitende gelten kann, endete es mit der Feststellung daß die gegenseitigen Standpunkte unvereinbar seien. Das Mailänder Treffen erfolgte im Winter, das Klagenfurter im Frühjahr und das Zürcher im Sommer. Dort machte Oesterreich den Vorschlag, man möge die Verhandlungen auf bilateraler Ebene als gescheitert ansehen und somit zum zweiten Teil der Resolution der Vereinten Nationen übergehen, welcher vorsieht, daß bei einer Nichteinigung in einer angemessenen Zeit die beiden Parteien eines der friedlichen Mittel anwenden sollten, die eben in diesem zweiten Teil der Resolution angeführt sind. Aber auch hier waren die Standpunkte nicht vereinbar und zwar deswegen, weil der italienische Partner die Südtirolfrage als ein juridisches, während der österreichische Partner sie als ein politisches Problem ansieht, das somit nicht von juristischen, wie es Italien möchte, sondern von politischen Instanzen gelöst werden soll. Demzufolge machte Oesterreich bei der heurigen Generalversammlung der Vereinten Nationen das Problem Südtirol wieder anhängig, mit dem Begehren, dieselbe möchte behilflich sein, ein friedliches Mittel ausfindig zu machen, das beide Parteien zwecks Lösung der Frage anzuwenden hätten. Die Vereinten Nationen haben sich heuer aber lediglich auf eine einstimmig angenommene Resolution beschränkt, die einen Hinweis enthält auf die Resolution des vorigen Jahres, mit der Einladung an beide Parteien, wiederum zu versuchen, auf dem Verhandlungswege eine Einigung zu erzielen und im negativen Falle eines der in der vorjährigen Resolution genannten friedlichen Mittel anzurufen. Das friedliche Mittel wurde also nicht bestimmt, sondern es bleibt die Auswahl

unter ihnen offen; Oesterreich hat somit das nicht erreicht, was es eigentlich wollte. Andererseits wollte Italien überhaupt keine Resolution, oder wenn schon, daß dieselbe die beiden streitenden Parteien an den Haager Gerichtshof verweise (juridisches Gremium). Dieser Wunsch ist aber nicht in Erfüllung gegangen und die Auseinandersetzung vor den Vereinten Nationen endete somit ohne Sieger und Besiegte. Der Weg zurück zu den Vereinten Nationen bleibt somit offen und ist nicht versperrt. Aus dem eben Gesagten ergeben sich zwei Fragen:

1. Warum ist es zu keiner Einigung gekommen zwischen den beiden Partnern anlässlich der Treffen in Mailand, Klagenfurt und Zürich?

2. Sind die internationalen Instanzen ein geeignetes Mittel, die Südtirolfrage zu lösen?

Zur ersten Frage: Es kam zu keiner Einigung über das Kernproblem — die Autonomiefrage — bei den bilateralen Verhandlungen, weil Italien dort erklärte, daß eine Lösung der Autonomiefrage nur möglich sei innerhalb des bestehenden Autonomiestatutes, also ohne Abänderung desselben. Oesterreich hingegen verlangt gemäß der Forderung der politischen Vertreter des Südtiroler Volkes eine echte Autonomie für Südtirol, d. h. dem Lande Südtirol soll die Gesetzgebung gegeben werden und die Verwaltung auf allen jenen Gebieten, die für den ethnischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bestand des Südtiroler Volkes lebenswichtig sind; nur so könnte der Zweck des Pariser Abkommens erreicht werden.

Eine neue Gesetzgebung kann aber dem Lande Südtirol nur dann gegeben werden, wenn das bestehende Autonomiestatut durch ein neues ersetzt wird.

Und nun zur zweiten Frage: Die bisherigen Erfahrungen bei den Vereinten Nationen haben gezeigt, daß die internationalen Instanzen — in diesem Falle die Vereinten Nationen — Empfehlungen geben, die nicht allein schon die Lösung des Problems mit sich bringen, sondern nur ein Hilfsmittel darstellen zur Lösung der Frage; das heißt aber nicht, daß dieses Hilfsmittel nicht ein wirksames ist und sein kann, auch für die Zukunft.

Die italienische Regierung hat heuer den ernstlichen Versuch gemacht, mit den Südtirolern ins Gespräch zu kommen, indem sie die sogenannte 19er Kommission ernannt hat (Südtirolkommission), die die Aufgabe hat, die Probleme Südtirols zu studieren und der Regierung zu berichten. Wir können auch mit Satz „der Regierung zu berichten“ sagen „und der Regierung Vorschläge zu machen“. Der Parteiaus-schuß der Südtiroler Volkspartei hat am 7. August 1961 einstimmig dieser Kommission seine Zustimmung gegeben, und unter den 19 Mitgliedern derselben befindet sich, außer den 5 Parlamentaricern der Südtiroler Volkspartei, noch der Präsident der Handelskammer von

Bozen und der Präsident des Landesausschusses. Die Südtiroler Vertreter haben in der Eröffnungssitzung, die heuer im September erfolgte, erklärt, daß sie sich nicht gebunden fühlen können gegenüber Beschlüssen, die die Kommission ohne ihre Zustimmung faßt.

Die Vorschläge, die die Kommission der Regierung machen wird, sind allerdings für letztere nicht bindend, jedoch dürften dieselben, besonders wenn sie einheitlich gefaßt worden sind, ein stärkeres Gewicht haben. Das Parlament ist auch souverän und eine Aenderung bzw. Neufassung des Autonomiestatutes kann nur durch ein Verfassungsgesetz erfolgen und dies fällt in die alleinige Zuständigkeit des Parlamentes. Damit will ich lediglich sagen, daß auch bei einstimmigen Vorschlägen von seiten der Südtirolkommission die Regierung und das Parlament noch nicht gebunden sind. Dies muß hervorgehoben werden, damit kein übertriebener Optimismus und übertriebene Hoffnungen in die Arbeit der Kommission gesetzt werden, andererseits möchte ich aber den Pessimisten wiederum sagen, daß die Arbeiten innerhalb der Kommission bis jetzt in einem guten Klima verlaufen und daß die Probleme Südtirols endlich einmal, vielleicht das erste Mal, dort ernstlich unter die Lupe genommen und behandelt werden und daß eine gewisse Verständigungsbereitschaft derzeit da ist. Es wäre allerdings verfrüht, jetzt schon eine Prognose über den Ausgang dieser Besprechungen zu stellen.

Abschließend noch einige Gedanken über die Sprengstoffanschläge, die heuer die öffentliche Meinung Südtirols und nicht nur diese allein, so aufgewühlt haben. Ueber dieses Thema ist schon viel gesprochen und geschrieben worden. Von allen Seiten sind die Gewaltakte unmißverständlich verurteilt worden. Wir dürfen die Gewaltanwendung aber nicht nur oder deswegen verurteilen, weil sie uns schadet und schon geschadet hat; wenn wir diesen Standpunkt einnehmen würden, so müßten wir die Gewaltanwendung guthießen, falls sie uns nützen würde. Die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Fragen wird von uns grundsätzlich abgelehnt, ganz unabhängig vom Schaden oder Nichtschaden, die sie uns bringen kann. Wenn es anders wäre, würde die gesamte sittliche Ordnung, auf die die Welt sich stützen muß, zerstört, und falls die Anwendung der Gewalt als eine gültige Formel zur Lösung politischer Fragen in der Welt anerkannt würde, so müßte dies das Ende der Freiheit schlechthin und insbesondere aller kleinen Völker, zu denen auch wir zählen, bedeuten.

Wir lieben den Frieden und deswegen wollen wir mit allen Kräften eine echte Lösung anstreben, die uns diesen Frieden bringt.

Dr. Silvius Magnago

Landeshauptmann  
und Obmann der Südtiroler Volkspartei

# Gespräch mit dem Außenminister von Österreich

Dr. Kurt WALDHEIM

(1969/2)

Am 17. 3. 69

sprachen  
Hellmuth  
Ladurner,  
Reinhard Vigl  
u. Hartmuth  
Staffler mit  
Dr. Waldheim

SKOLAST: Herr Minister! Ihren Äußerungen in den letzten Monaten sowie den Pressemeldungen konnten wir entnehmen, daß die Südtirolverhandlungen in eine entscheidende Phase getreten sind. Rechnen Sie, Herr Minister, mit einem baldigen Abschluß der Kontroverse?

WALDHEIM: Die Südtirolverhandlungen befinden sich zweifellos in einer entscheidenden Phase. Über den Operationskalender konnte in den Expertenverhandlungen weitgehende Einigung erzielt werden. Hingegen bestehen noch gewisse Interpretationsschwierigkeiten hinsichtlich des Pakets, nach deren Bereinigung die Experten neuerlich zwecks endgültiger Festlegung des Operationskalenders zusammentreten werden.

SKOLAST: Welche Mehrheit erwarten Sie bei der diesbezüglichen Abstimmung im österreichischen Parlament?

WALDHEIM: Wir betreten uns, eine möglichst breite Zustimmung zu finden. Ob dies gelingt, wird vom Ergebnis unserer Verhandlungen abhängen.

SKOLAST: Inwieweit wird die Politik der Bundesregierung von der Tiroler Landesregierung mitgetragen und was hielten Sie von Erwägungen, über die bevorstehende Südtirol-Lösung vor der Abstimmung im Nationalrat durch

den Tiroler Landtag ein Votum abgeben zu lassen?

WALDHEIM: Die Bundesregierung geht bei den Südtirolverhandlungen in vollem Einvernehmen mit der Tiroler Landesregierung vor.

SKOLAST: FPÖ Abg. Dr. SCRINZI sagte in seinem Interview vom 5.11.1968 im Saizburger Volksblatt: „Im Zuge der fragwürdigen Kooperation ÖVP-DC war man von österreichischer Seite bereit, die Schwierigkeiten des italienischen Kabinetts nicht zu erhöhen.“ War dies der Fall? Will Österreich vielleicht weiterhin der DC, der „Schwesterpartei“ der ÖVP, durch Nachgeben einen Gefallen tun?

WALDHEIM: Das war nicht der Fall. Österreich läßt sich in seiner Südtirolpolitik ausschließlich von den Interessen der Südtiroler Volksgruppe leiten. Von einer Gefälligkeitspolitik dem Verhandlungspartner gegenüber kann keine Rede sein.

SKOLAST: Können Sie uns darlegen, inwieweit sich Faktoren wie die kommenden österreichischen Nationalratswahlen oder das EWG-Veto Italiens, die mit der Südtirolfrage an sich nichts zu tun haben, sich auf die Verhandlungen auswirken?

WALDHEIM: Wir sind bestrebt, die Südtirolpolitik aus der innenpolitischen Polemik herauszuhalten und lassen uns in unseren Verhandlungen mit Italien durch keinerlei Seitenaspekte wie z. B. die Frage des EWG-Vetos beeinflussen.

SKOLAST: In der letzten Zeit wurde sehr viel über den sogenannten Operationskalender gesprochen. Würden Sie uns bitte Inhalt, Termine und Bedeutung des Kalenders erklären?

WALDHEIM: Zum Verständnis des Operationskalenders muß man sich die Rechtsstandpunkte Österreichs und Italiens vergegenwärtigen: Wir sind der Auffassung, daß Italien mit der Verwirklichung des Pakets „Akte der Durchführung des Pariser Abkommens“ setzt. Italien dagegen erklärt, das Pariser Abkommen sei bereits erfüllt und das Paket stelle daher eine freiwillige Leistung dar. Demgemäß ist Italien nicht bereit, sich durch einen neuen völkerrechtlichen Vertrag zur Durchführung des Pakets zu verpflichten oder den Paketinhalt unter den Titel des Pariser Abkommens zu stellen. Diese Rechtsstandpunkte erwiesen sich bekanntlich als unvereinbar. Da es aber notwendig war, trotz dieser Unvereinbarkeit der Rechtsstandpunkte nach einer brauchbaren Lösung zu suchen, einigte man sich darauf, unter gegenseitiger Wahrung der Rechtsstandpunkte zu verhandeln. Dies aber bedeutet nichts anderes, als daß wir seit eh und je nach einer wirksamen politischen Verankerung suchen, die uns die größtmögliche Gewähr für die ordnungsgemäße Durchführung des Pakets gibt. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist der Operationskalender. Er sieht vor, daß Italien das Paket



Minderheitenfeststellung auf einen Blick.

tatsächlich verwirklicht, worauf Österreich den bei den Vereinten Nationen anhängigen Streit als beendet erklären würde. Nach Durchführung des Pakets würde ein Vertrag in Kraft treten der die Zuständigkeit des internationalen Gerichtshofes auch auf das Pariser Abkommen ausdehnt.

**SKOLAST:** Handelt es sich bei der Erklärung vor dem österreichischen Nationalrat um eine Endfertigungserklärung, d.h. daß jeder Anspruch für Österreich erloschen ist, oder um eine Streitbeendigungserklärung, d.h. daß der bei der UNO anhängige Streitfall beendet ist?

**WALDHEIM:** In der österreichischen Schlussklärung, die nach Verwirklichung des Pakets vorgezogen ist, würde „in Anbetracht der Verwirklichung des Pakets“ der vor den Vereinten Nationen anhängige Streit für beendet erklärt werden.

**SKOLAST:** Die Geheimverhandlungen, die viele Möglichkeiten für Spekulationen offenlassen, rufen das Mißtrauen der Südtiroler Bevölkerung hervor. Warum wird die Südtiroler Bevölkerung nicht fortlaufend über den Stand der Verhandlungen informiert?

**WALDHEIM:** Es gibt keine geheimen Verhandlungen, und das bisherige Ergebnis der Verhandlungen wurde von den Nachrichtenmedien bekanntgemacht und wiederholt analysiert. Im Zuge der Verhandlungen wurde stets enges Einvernehmen mit den gewählten Vertretern der Südtiroler Volksgruppe gepflogen.

**SKOLAST:** Können Sie uns bitte die Rolle des IGH bei der Verankerung darlegen?

**WALDHEIM:** Da die Verankerung des Pakets aus den bereits dargestellten Gründen politischen Charakter hat, stellt der IGH nicht das Instrument der Absicherung dar. Wenn einmal das Paket vollständig durchgeführt ist, dann können wir beim IGH — falls sich dies als notwendig oder zweckmäßig erweisen sollte — den Prozeß über die erwähnten Rechtsstandpunkte führen.

**SKOLAST:** Inwieweit war die sogenannte Krokus-Saragat Lösung nach Inhalt und in bezug auf Verankerung besser?

**WALDHEIM:** Ich habe zu dieser Frage am 6. März 1969 vor dem österreichischen Nationalrat ausführlich Stellung genommen und darf auf diese Erklärung verweisen. 1)

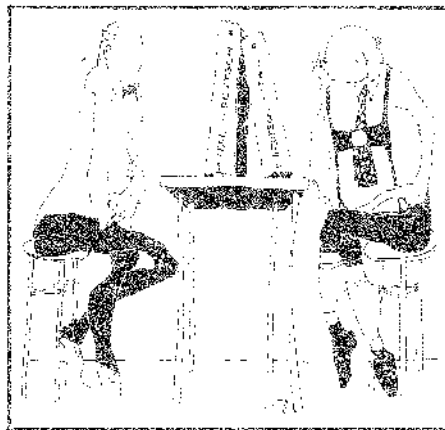
**SKOLAST:** Es wurde der Vorschlag gemacht, mit dem Abschluß der Kontroverse bis zur Errichtung der 15 Regionen mit Normalstatut zu warten, könnten Sie uns Ihre Stellungnahme zu diesem Vorschlag sagen?

**WALDHEIM:** Ich glaube nicht, daß die Zeit für uns arbeitet. Man sollte daher nach meiner Auffassung eine günstige Chance, für Südtirol eine weit bessere Autonomie als bisher zu erwirken, nicht gegen unsichere Hoffnungen aufs Spiel setzen.

**SKOLAST:** Es heißt in Südtirol, daß durch die lange Verhandlungszeit bereits einige Zugeständnisse überholt seien. Bis zur vollständigen Durchführung des Paketes kann dieses Problem noch akuter werden. Läßt sich diese Gefahr verhindern?

**WALDHEIM:** Es mag sein, daß seit der Ausarbeitung des Pakets die eine oder andere seiner Bestimmungen an

praktischer Bedeutung gewonnen oder verloren hat. Im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben gibt es eben keinen Stillstand. Welches Gewicht beispielsweise den neu geschaffenen Provinzkompetenzen für Industrieförderung, Handel, Fremden-



verkehr oder Landwirtschaft in der Praxis zukommt, wird naturgemäß von der künftigen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige abhängen. Wesentlich ist, daß Südtirol durch den im Paket klar formulierten Katalog neuer Zuständigkeitsbereiche eine beträchtlich verbesserte Autonomie erhält, auf deren Grundlage auch die mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen verbundenen Probleme bewältigt werden können.

**SKOLAST:** Berücksichtigt das Paket die sich ändernden Lebensbedingungen unserer Gesellschaft?

**WALDHEIM:** Diese Frage ist vor allem danach zu beurteilen, ob der Kompetenzkatalog des Pakets auch diejenigen Gebiete umfaßt, denen im Rahmen der zu erwartenden Änderungen der Lebensverhältnisse verstärktes Gewicht zukommt. Hier wäre etwa an die Sektoren der Wirtschaft und des Bildungswesens zu denken. Und gerade auch auf diesen Gebieten enthält das Paket Bestimmungen von weitreichender Bedeutung. Ganz allgemein berücksichtigt das Paket künftige Veränderungen: Ein Kontaktkomitee beim italienischen Ministerat wird für alle Fragen, die die Provinz Bozen betreffen, zuständig sein.

**SKOLAST:** Verbleibt Österreich die Möglichkeit, neue Probleme wieder zu behandeln oder könnte dies künftig nur zwischen Bozen und Rom geschehen?

**WALDHEIM:** Da durch die vorgesehene Regelung nicht etwa der Pariser Vertrag außer Kraft gesetzt wird, hat Österreich selbstverständlich auch in Zukunft die Möglichkeit, die Interessen der Südtiroler Volksgruppe entsprechend zu vertreten.

**SKOLAST:** Dr. JENNY behauptet in seinem Nachrichtenblatt vom 23.1.1969 Sie hätten verhindern wollen, das Südtirolproblem seinerzeit vor die Uno zu bringen. Welche Gründe hatten Sie dafür, wenn diese Behauptungen zutreffen?

**WALDHEIM:** Diese Behauptung ist frei erfunden und entbehrt jeder Grundlage. Nach ihrer Veröffentlichung im Alto Adige hat der bekannte Völkerrechtler Univ. Prof. Dr. Karl ZEMA-

NEK, der an den damaligen Besprechungen in New York persönlich beteiligt war, der Redaktion des Alto Adige nachstehend, am 8. Februar d.J. veröffentlichten Leserbrief zugesandt:

„Sehr geehrte Herrin, ich ersuche Sie um den baldigen Abdruck nachstehenden Leserbriefes:

Ihren Artikel vom 24. Jänner dieses Jahres „Ein Blick hinter die UNO-Kulissen — Waldheim wollte nicht“, den Sie dem Pressedienst der Sozialen Fortschrittspartei Südtirol vom 23. Jänner 1969 entnehmen, kann ich als Mitglied der österreichischen Delegation zur 15. Generalversammlung der Vereinten Nationen (1969) nicht un widersprochen lassen:

Die Behauptung, der damalige Gesandte Dr. WALDHEIM — er war übrigens zu dieser Zeit keineswegs österreichischer Beobachter bei den Vereinten Nationen — sei nämlich der Südtirol-Debatte im Oktober 1969 dafür eingetreten, das Problem von der Tagesordnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen abzusetzen, entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil: Jeder, der die damalige Situation aus eigener Anschauung kennt, wird bestätigen, daß gerade Dr. WALDHEIM, dank seiner langjährigen Erfahrungen und ausgezeichneten persönlichen Beziehungen bei den Vereinten Nationen, einen entscheidenden Beitrag zum Zustandekommen der schließlich einstimmig angenommenen UN-Resolution geleistet hat.

Richtig ist allerdings, daß Dr. WALDHEIM sich beharrlich für einen Resolutionstext einsetzte, der — in zutreffender Einschätzung der gegebenen Möglichkeiten — Aussicht hatte, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen auch angenommen zu werden. Der spätere Verlauf der Debatte über die vorgelegten Resolutionstexte hat seine Auffassung gerechtfertigt. Universitätsprofessor Dr. Karl ZEMANEK, Wien.“

Ich brauche diesen Erklärungen, die den Sachverhalt richtig wiedergeben, nichts hinzuzufügen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß ja auch der Lösungsversuch des Jahres 1964 keine Ideallösung gewesen wäre. Denn was wäre denn damals vorgesehen gewesen? Da wäre vorgesehen gewesen, daß an die Spitze die Streitbeendigungserklärung der Bundesregierung gesetzt worden wäre, unter der Voraussetzung, daß das Paket erfüllt wird. Während einer limitierten Zeit von fünf Jahren hätte ein internationales Schiedsgericht, und zwar nur in Form eines Feststellungsurteils, entscheiden sollen, ob erfüllt wurde oder nicht. Ich möchte aber hier erwähnen: Niemand hat eine Gewähr geben können, daß das Schiedsgericht tatsächlich zugunsten Österreichs entscheiden hätte. Es hätte möglicherweise auch anders entscheiden können. Aber es stellt sich auch die zweite Frage: Was wäre nach dem Ablauf der fünf Jahre geschehen? Es hätte zur Verwirklichung des Pakets jedenfalls die Frist eingehalten werden müssen, die ich gerade erwähnt habe, nämlich zirka drei bis vier Jahre, so daß das Schiedsgericht als solches vielleicht eineinhalb oder höchstens zwei Jahre zur Verfügung gehabt hätte. Sicherlich, es war damals das Bestmögliche, genauso, wie wir heute der Meinung sind, daß wir mit diesem Vorschlag das Bestmögliche zu erreichen versuchen.



# Landesversammlungs- litanei

Originalzitate, zusammengestellt von Papi ZELGER,  
gesammelt von Helmuth LADURNER,  
Gerold MERANER, Papi FONTANA  
(1970/1-2)

Der MAGNAGO hot gsogt, s' Parkett der italienischen Politik isch schlüpfriq. Und latz muan i, latz isch er wol als erschter selber ausgrutscht! (SPITALER, Eppan)

**Die Politik isch a niachterne Soch, gell! (VOLGGER, Rom)**

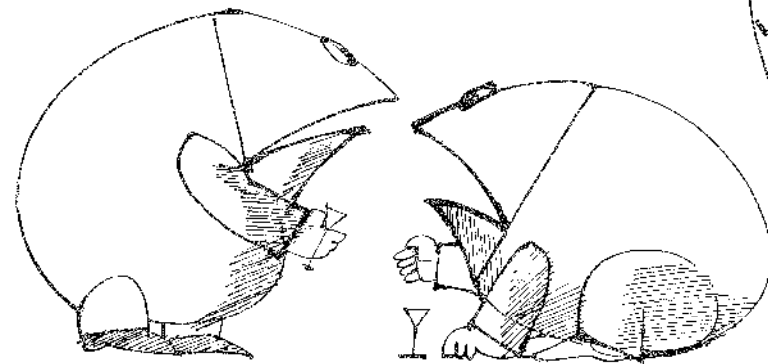
Der Tiroler wer verheiratet mit der Frau AUSTRIA und latz isch er verheiratet mit der Frau ITALIA. Und dei hot a poor ledige Kinder mitgebracht. Und latz sein si do! Und latz werd Testament gemacht und do solln die ledigen gleichviel kriegn wie die ehelign! (SCHWINGSHACKL, Pichl-Gsies)

Man hot ins a guate Kua versprochen und latz kriag mer a holbe Kua, a goldete, dei net molkt, und dei müaßmer tuier zohln! (SCHWINGSHACKL)

**Die Politik isch a niachterne Soch, gell! (VOLGGER, Rom)**

Das heutige Paket isch a Meisterwerk des Gebens mit der einen Hand und des Nehmens mit der anderen Hand. (A. BENEDIKTER, Bozen)

Mur der, dem gleich isch, ob mir morgen noch Südtiroler sein oder net, kann zu diesem Paket ja sagen. (H. GAMPER, Bozen)



„Die Politik isch a niachterne Soch, gell!“

**Die Politik isch a niachterne Soch, gell! (VOLGGER, Rom)**

Mir hobn uns die Hand greicht und uns auch tief in die Augn geschaut. (BRUGGER, Rom)  
I nimm an, daß i der General der verlorenen Schlacht sein werde. (BRUGGER)

**Die Politik isch a niachterne Soch, gell! (VOLGGER, Rom)**

Der Parteiausschuß hot für die arme Seele vom Paket den Beistand vom Heiligen Geist woll' nicht gebraucht! (ELLECOSTA, Bozen-Haslach. Vgl. Brief an die Ortsobmänner von ATZ, SKOLAST Nr. 4/1969)

I bedaure, daß man so eppes Blödes zur Abstimmung bringt. (WATSCHINGER, Winnebach)

**Die Politik isch a niachterne Soch, gell! (VOLGGER, Rom)**

Wenn man mir nun kommt und sagt: Ja, es ist schon viel, aber wir möchten halt ein Instrument gegen die Zuwanderung. Ja, mein lieber Peter, dann muß ich dir sagen: Ich hätte auch gern ein Instrument gegen die Zuwanderung. Wünschen würden wir es uns alle. Aber mit dem Wunsch allein, meine lieben Freunde, ist noch nichts getan. Die Meraner haben sich auch gewünscht, daß der Petersdom hier stünde; dann hätten sie noch mehr Fremde als

sie sowieso schon haben. Aber mit dem Wunsch allein ist es noch nicht getan: es braucht mehr: Es braucht jemand, der wünscht, und jemand, der gibt. (RIZ)

Das Paket enthält viele Knochen und wenig Fleisch und aus dem Fleisch kriechen Würmer heraus. (INNERBICHLER, Steinhaus)

**Die Politik isch a niachterne Soch, gell! (VOLGGER, Rom)**

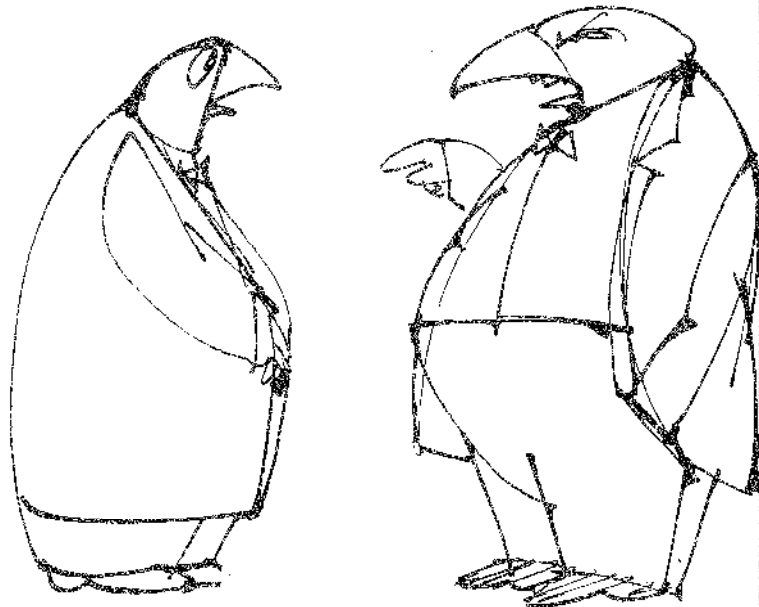
II

latz pock i anol aus! (MAGNAGO, Bozen)

Natürlich führt's Veto zu en Kuahond!! (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muuß es stimmen! (Viele)**

I hon do a sehr ruhiges und reines Gewissen, weil i mein Voik no nie angelogen, noch ihm etwas vorgemocht hon. (MAGNAGO)



„Das Entscheidende beim Paket isch, daß mir die deutsche Sprache sprechen!“

I hon gemolken und gemolken. Weiter ist es nicht mehr gegangen. (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muuß es stimmen! (Viele)**

Die Bilanzgarantie isch von der Opposition lei hochspielt worden, um die im Paket enthaltenen Maßnahmen zur Sau zu machen. (MAGNAGO)

Die Bilanzgarantie isch nur Sond in die Augn der Italiener. (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muuß es stimmen! (Viele)**

Im Paket steat nit drinnen, daß wir in Saturn an Schlogbam errichten dürfen; aber es gibt Maßnahmen, die eine Kontrolle über die Zuwanderung ermöglichen. (MAGNAGO)

Mir stimmen über in deutschen Text ab. Der muuß ober dem italienischen Regierungstext entsprechen; und dort, wo inser Text net eine wörtliche Übersetzung des Italienischen isch, muuß ober der gleiche inhalt, das heißt, die Substanz gewahrt sein! (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muuß es stimmen! (Viele)**

Das Paket isch zu wenig, um leichtn Herzens jo zu sagen, es isch aber zu viel, um leichtn Herzens na zu sagen. (MAGNAGO)

Keine Rose ohne Dornen. (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muuß es stimmen! (Viele)**

Die Partei kann net immer von Zukunftsmusik leben. (MAGNAGO)

Mir müaßn zugreifen, bevor der Strick reißt (MAGNAGO)

„Vogel friß oder stirb!“ sagen die Antipacktier. I ober sog enk: Wenn der Vogel frißt, dann lebt er! (MAGNAGO)

Ja wenn's der MAGNAGO sagt, dann muß es stimmen! (Viele)

Es wird behauptet, daß mit der Annahme von Paket und Operationskalender die Türen zugeschlagen werden. Die Türen bleiben offen, sowohl wenn wir nein sagen als auch wenn wir ja sagen. Aber wenn wir ja sagen, marschiert das Paket bei der Tür herein, sonst aber marschiert gar nix herein. (MAGNAGO)

Wollt es, daß im Passaier a Stauwerk gebaut werd? Wenn ja, dann müßt es gegen das Paket stimmen! (MAGNAGO)

Ja wenn's der MAGNAGO sagt, dann muß es stimmen! (Viele)

### III

Frage: Warum haben Sie für das Paket gestimmt?

Antwort: Sell hobn ja ondere ai (PLUNGER, St. Pauls)

Frage: Warum haben Sie für das Paket gestimmt?

Antwort: So guat kenn i mi in der Materie net aus. (PLUNGER)

Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren. (RIZ, Rom)

S' Paket isch a Kas, der Operationskalender isch no der größere Kas, aber stimmen mir hoit dafür! (Dipl. Ing. ODDr. ZANON, Meran)

I bin grundsätzlich dagegen, stimme aber dafür (RIZ)

Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren. (RIZ)

Das Entscheidende ist, daß wir die deutsche Sprache sprechen. (ZELGER, Bozen)

Die Jugend let guand, aber sie ist anders als mir. (ZELGER)

Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren. (RIZ)

Das Pfeifen ist Angelegenheit der Beamten und nicht Tiroler Art. (von FIORESCHY, Bozen)

Jedermann hat die Freiheit des Wortes. (von FIORESCHY)

Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren. (RIZ)

Gelassen hob i das Paket nit, aber wenns der MAGNAGO sagt, dann muß es stimmen! (DISSERTORI, Eppan)

Das Vetorecht ist aufgehauscht worden bis zur Bewußtlosigkeit. (RIZ)

Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren. (RIZ)

Wir haben unseren besten Mann nach Rom geschickt. (MITTERDORFER, Rom)

Wer gegen s' Paket isch, gehört nach Pergine! (RIZ)

Nach einam „Nein“ stünden wir vor einer totalen Finsternis. (RIZ)

Wir entscheiden hoit net, wer ein guater oder ein schlechter Südtiroler isch, sondern wer a vernünftiger Südtiroler isch. (MAIR-JENNER, Bozen)

Es war dies ein historischer Augenblick, weil das Südtiroler Volk zum ersten mal in demokratischer Weise über sein eigenes Schicksal entscheiden konnte. (ZELGER)

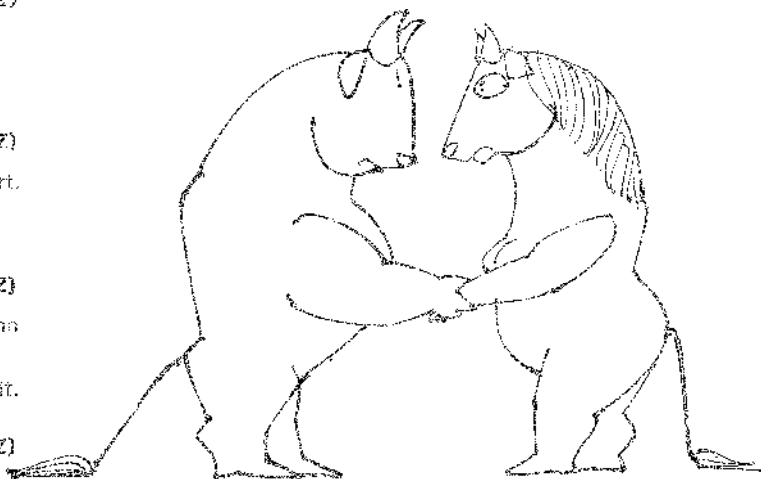
Wer gegen s' Paket isch, gehört nach Pergine! (RIZ)

Mander i bin hoit der Ansicht, wenn man eppes kriegt, dann soll mans nemmen! (MAGNAGO, VOLGGER)

Mander i bin hoit der Ansicht, wenn man eppes kriegt, dann soll mans nemmen!

Mander ...

Mander ...



„Mir hobn uns die Hand greicht und uns auch tief in die Augen gschaut.“

### IV

Wir haben Vertrauen, daß Regierung und Parlament auf schnellstem Wege alle Gesetze erlassen werden, damit die angekündigten Maßnahmen auch Gesetzeskraft erlangen. (VOLGGER, Rom)

Auch wir können Fehler begehen und wir werden sie begehen... Also Offenheit gegen Offenheit! (VOLGGER)

Wer gegen s' Paket isch, gehört nach Pergine! (RIZ, Rom)

Mir holten es in der Partei nicht mehr durch. Wenn mir net schnell entscheiden, reißen wir die ganze Partei auseinander. (MAGNAGO)

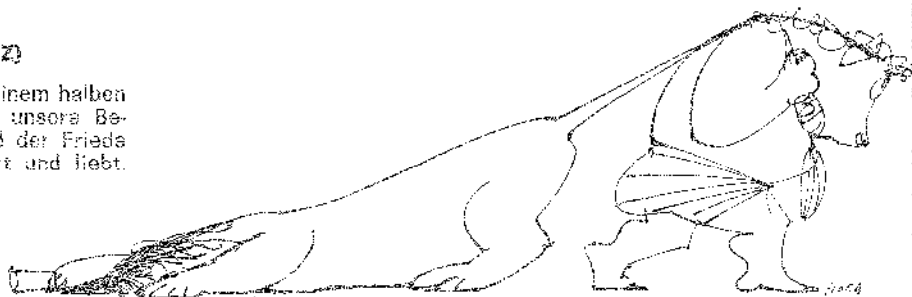
Die ganze Autonomie wird ins nix nützen, wenn unsere Einheit zerrissen werd. (OBERHOFER, Vinschgau)

Wer gegen s' Paket isch, gehört nach Pergine! (RIZ)

Wir hoffen, daß mit den Maßnahmen des Paketes nach einem halben Jahrhundert des Streites endlich Frieden einkehre für unsere Bevölkerung, gleichgültig welche Sprache sie spricht, daß der Frieden einkehre in unseren Bergen, die Ihr alle so bewundert und liebt. (VOLGGER)

### V

Mir bitten schon unsere Landeshoarn, sie möchten in ihrer rationalen Art no recht lang unser Land regieren! Weil mir glauben net, daß a ondere Leit als unsere anerkannten Politiker so schenke! die Südtiroler Eigenart und Einheit bewahren konnen oder daß jüngere unerfahrene Leit mit di Italiener so guat überert konnen.



Mit 52,9% gestimmt

## Minderheitenprobleme und die Situation in Südtirol

(1976/1)

Max Haller und Leopold Steurer führten das folgende Gespräch mit Claus Gatterer.

Claus Gatterer, geboren 1924 in Sexten, studierte Geschichte und Philosophie in Padua. Seit 1946 als Journalist und Schriftsteller tätig, zunächst in Innsbruck und Salzburg, anschließend in Wien. 1959 bis 1961 Stellvertreter der Chefredaktion beim „Express“, Wien. Von 1961 bis 1967 Ressortchef Ausland „Die Presse“, Wien. Seit 1964 Mitarbeiter von „Die Zeit“, Hamburg.

1971–1974 außenpolitischer Korrespondent im Österreichischen Rundfunk, seit 1974 Leiter des politischen Magazins „Teleobjektiv“ im Österreichischen Fernsehen.

In seinen Publikationen profilierte sich Gatterer als Minderheitenexperte und ausgezeichnete Kenner der Situation in Südtirol und Italien.

Er veröffentlichte folgende Bücher: „Unter seinem Galgen stand Österreich“ — Cesare Battisti, Portrait eines Hochverräters, Europa-Verlag 1967 „Im Kampf gegen Rom“. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Europa-Verlag 1968 „Schöne Welt — böse Leute“. Kindheit in Südtirol, Molden-Verlag 1969 „Erbfeindschaft Italien—Österreich“, Europa-Verlag 1972.

F. Betrachtet man die europäische Minderheitenszene, so kann man in den verschiedenen Ländern, z.B. Spanien, Frankreich, Belgien, Italien, Österreich, feststellen, daß sich in den Minderheitsgebieten verstärkt Bewegungen und separatistische Tendenzen bemerkbar machen. Worauf ist das zurückzuführen?

A. Ich sehe darin einen ganz natürlichen Prozeß. Wir haben in den Jahren zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg sehr viel rhetorische Minderheitenschutzproklamationen von Seiten der großen Nationalstaaten gehabt, in der Praxis aber überall eine Unterdrückung der Minderheiten, und das Jahr 1945 hat weitgehend das Jahr Null für fast alle Minderheiten bedeutet. In der Zwischenkriegszeit gibt es einmal die Iren, die ja selbständig geworden sind, und andererseits die Basken, die in der kurzen Zeit der Spanischen Republik einen fast selbständig-autonomen Staat erhielten, der dann vom Franco-Faschismus im Namen des kastilischen Zentralismus niedergewalzt wurde. Daraus erklärt sich der starke Widerstand der Basken heute, sowohl in Spanien als auch in Frankreich.

— 1945 hat praktisch eine einzige Minderheit profitiert, und das waren die Südtiroler.

— 1954, in einer neuen Phase, kommen durch das Londoner Memorandum die Italiener in Istrien und die Slowenen in Italien dazu.

Aber die Prozesse, die da zusammenwirken, sind im wesentlichen drei:

1. In der ersten Phase, nach dem ersten Weltkrieg, können wir ein eindeutiges Überwiegen des sogenannten Völkerrechts über das Menschenrecht feststellen, denn das eigentliche Minderheitenrecht ist ja das Menschenrecht. In dieser Phase gab es die Aussiedlung, Umsiedlungen, die Massennationalisierung, usw.
2. Die nationalen „risorgimenti“ begannen in dem Moment zugunsten der Minderheiten in Europa zurückzuwirken, als ein „risorgimentaler Nationalismus“ in der Dritten Welt aktuell wurde (Entkolonialisierung



- Befreiungskriege). Dies ist ein sehr interessantes Phänomen, z.B. die Südtiroler haben sich auf Algerien und auf Zypern berufen. In Briefen an die UNO von Seiten Südtiroler Terroristen heißt es: „In einer Zeit, wo jeder Negerstamm seine Unabhängigkeit bekommt, muß auch das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol angewendet werden“.

3. Das dritte wichtige Phänomen ist der Zusammenschluß in wirtschaftliche Großräume: EG auf der einen, Comecon auf der anderen Seite. Die notwendige innere Regionalisierung und Minderheitenproblematik wirken zusammen und lösen die gleich-

chen Impulse in die selben Richtungen aus. Das erleben wir in den verschiedensten europäischen Ländern, z.B. Korsika, Bretagne, Baskenland, Sizilien, Sardinien, Friaul, usw. Zudem ist noch eines festzuhalten: das Minderheitenproblem läßt sich überhaupt nicht an die Blockgrenze in Europa. Es ist in Osteuropa genauso virulent wie bei uns. Ein anderes Problem zeigt, mit welchem Bewußtsein der Minderheitenkampf geführt wird: nämlich die sogenannte Entdeckung der Großmuttersprache und ihre Reaktivierung (bei eingedeutschten Kärntner Slowenen ein sehr häufig zu beobachtendes Phänomen, ebenso z.B. im Elsaß und bei den Juden in der UdSSR).

F.: Die Minderheitsgebiete sind z.T. ökonomisch doch sehr unterentwickelt und bekommen daher die momentane Wirtschaftskrise doppelt zu spüren. Bekommt die Problematik durch das Zusammenreffen von nationalem und sozialem Konflikt nicht eine besondere Virulenz?

A.: Ich glaube, das hat mit der Krise nicht sehr viel zu tun, denn die Minderheitenprobleme sind erst so richtig in den Jahren des Wohlstandes akut geworden. Es ist zwar wahr, daß diese Minderheitsgebiete mehr oder weniger unterentwickelt sind, im Rahmen der nationalen Räume. Sicher bekommen die Minderheiten die ökonomische Unterdrückung von Seiten der Staatsnationen zu spüren und schon den höheren Lebensstandard derselben, doch gilt dies genauso für die bürgerliche Schicht innerhalb der Minderheit selbst. Im Baskenland z.B. erklärt sich daraus die Abspaltung der linken ETA, die einen systematischen Versuch von marxistischer Klassen- und nationaler Befreiungspolitik darstellt.

F.: Die nationalen und politischen Strömungen innerhalb der Minderheiten sind vielfältig und daraus resultieren verschiedene Verhaltensweisen gegenüber dem Staat und natürlich auch gegenüber den Parteien der Staatsnation...

A.: Minderheit ist nicht gleich Minderheit. Wir haben unter vielen europäischen Minderheiten, besonders unter den nachösterreichischen Nationalitäten, das Bestreben, sich in Einheitsparteien zu organisieren, die von den bürgerlichen Schichten getragen werden. Natürlich glauben diese bürgerlichen Träger solcher Parteien, mit der Lösung ihrer bürgerlichen Probleme, d.h. kapitalistischen Probleme, seien auch die Probleme der Minderheit gelöst. Gegen solche Scheinlösungen sind Oppositionsgruppen entstanden. Jedoch wird jedes oppositionelle Verhalten als Verrat gebrandmarkt und als Schwächung der nationalen Einheit verfolgt. Siehe das Verhalten der SVP gegenüber den kleinen Oppositionsgruppen. Meiner Meinung nach haben gerade diese Oppositionsgruppen eine ungemein wichtige Bedeutung

im Leben der Minderheit. Ohne diese Opposition gibt es überhaupt keine geistige Aktivierung und wir haben in Südtirol eine ausgesprochene geistige Sterilität, die dazu führt, daß sogar sämtliche Traditionswerte nach und nach zum Teufel gehen, weil diese Traditionswerte nur noch trübselt werden und nicht mehr bewußt sind. Und die ganze Südtiroler Philosophie läßt sich reduzieren auf einen einzigen Satz von Erich Koffer: „Herr, laß uns deutsch sein!“

*F.: Könnten Sie diesen nationalistischen Anspruch konkretisieren?*

A.: Ja, z.B. Raffemer, der immerhin erster Generalsekretär der Partei war und den man echt zu einem Hochverräter an der Volksgruppe gestempelt hat. Sehr interessant ist ja auch der Fall von Diel, der vom nationalen Flügel der Volkspartei zur Sozialdemokratie übergewechselt ist. Wobei ich darin keinen Widerspruch sehe, da Diel immer schon der Vertreter der Kleinbauern und Klembürger war. Als Vertreter dieser Schichten hat er offensichtlich erkannt, daß soziale und nationale Frage ineinander greifen, daß eben beide Fragen sich nur miteinander lösen lassen. Er hat zumindest immer Signale gesetzt, die aber die Partei, die ja Interessenvertreterin des Groß- und Mittelbürgertums ist, nicht begreifen wollte.

*F.: Sie haben in Ihrem Buch „Im Kampf gegen Rom“ einen sogenannten utopischen Katalog aufgestellt. Neben den Forderungen nach Abbau des Zentralismus Hinwendung zum Regionalismus und zur Basisdemokratie, sagen Sie, daß ein möglichst hohes Maß an Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit für alle zu schaffen sei, damit soziale Gegensätze nicht als Vorwand für nationale Konflikte (und umgekehrt) eingesetzt werden können. Kann man sagen, daß dieser Punkt für Südtirol im Moment sehr relevant ist?*

A.: Sicher. Sicher einer der relevantesten. Wir haben in Südtirol immer noch eine Situation, in der jederzeit ein soziales Problem zu einem Volkstumsproblem umgewandelt werden kann, in dem soziale Auseinandersetzungen als Volkstumskampf ausgegossen werden und zwar von beiden Seiten. Im Kampf um die „Semirural-Häuser“ in Bozen sehe ich die Wiederholung des alten, sehr ungluten, Spieles. In einer gewissen Weise fällt auch das Problem des Proportos hier hinein, das gerade in Südtirol in einer sehr starren Weise interpretiert wird. Wenn z.B. für die Besetzung eines Postens die Wahl besteht zwischen einem „blöden“ Südtiroler oder einem „gescheiterten“ Italiener, dann bekommt der „blöde“ Südtiroler den Posten nur, weil er eben ein Südtiroler ist. Dasselbe gilt auch für die umgekehrte Seite.

*F.: In diesem Zusammenhang der sozialen Auseinandersetzung ist auch die Arbeitnehmerfrage, gewerkschaftliche Organisation, Politisierung der*

*Arbeiter von sehr großer Bedeutung. Ist die SVP gezwungen, den Arbeitern mehr Spielraum zu lassen?*

A.: Die Widersprüche innerhalb der SVP, die bisher die Interessen der Hoteliers, der Unternehmer und größeren Bauern vertreten hat, treten in einem verstärkten Maße zutage. Alle paar Jahre, so in Intervallen, kommt die Arbeitnehmerfrage, wie ein gewisses Schnaggerl, aufs Tapet, da gründet man etwas, macht eine Tagung, Magnago hält eine Rede... und man vergißt wieder alles, aber jedesmal stellt sich die Frage drängender und dazu kommt noch die Furcht vor der KPI. Man hat auch in der SVP eingesehen, daß der Arbeiter in der Einsamkeit der Wahlzelle KPI wählen kann, und jetzt sitzt der Sichel-Hammer-Schreck dem Südtiroler Bürgertum im Genick.

*F.: Hier kann man auch das Brugger-Interview vom letzten Sommer ansprechen. Was sagen Sie dazu?*

A.: Brugger hat mit seinem Selbstbestimmungs-Interview, wenn man es so nennen kann, sicher eine vor allem im bäuerlichen Milieu weit verbreitete Volkstimmung zum Ausdruck gebracht. Ob er das aus taktischen oder langfristig strategischen Gründen getan hat, läßt sich meiner Meinung nach heute noch nicht beurteilen. Ich wür-

de dazu neigen, eine Absprache mit der DC auszuschließen, obwohl... sie durchaus möglich wäre. Ich würde sagen, der innenpolitische Kontext, nämlich Stärkung der DC, ist eindeutig gegeben. Die DC könnte nämlich wieder eine nationale Welle auslösen, indem sie, wie schon 1948, behauptet: wenn die KPI an die Regierung kommt, dann ist Südtirol für uns verloren. Ähnlich haben bereits 1918 die nationalen und faschistischen Kreise argumentiert. 1945 mußte die KPI in verschiedenen Fragen, unter anderem auch in der Südtirolfrage, eine ziemlich intransigente Haltung einnehmen, um nicht in den Ruch zu kommen, wegen der KPI seien die Grenzen des Vaterlandes gefährdet. Man kann also annehmen, daß die DC bei der nächsten Wahl nicht zögern wird, dieses Argument zu verwenden. Andererseits zeigen die Erklärungen von Magnago und Brugger von einer angeblichen Gefährdung der autonomen Rechte Südtirols durch die Kommunisten nur wieder einmal, daß die Südtiroler von der italienischen Innenpolitik so gut wie keine Ahnung haben, daß sie nicht wissen, daß seit 1945 die KPI die wirklich konsequent regionalistische Partei ist, und daß sie in den von ihr verwalteten Regionen einen sehr vernünftigen Regionalismus, der bis an den Rand des Föderalismus geht, praktiziert.



(Zeichn.: Elfriede Lei)

Dialog

## „Neues Linkes“ zum ethnischen Proporz

(1986/4)

### Volkzählung und Schädelverteilung

Für die Ethnoproblematik, ein variationsreiches Dauerthema in der hiesigen „öffentlichen“ Diskussion, gab es seit dem letzten Jahr eine deutliche Belebung; nicht nur die neue Terrorismus-Episode, die sich jetzt fortsetzt, auch einige kräftige Akzentuierungen der Sprachen- und Kulturpolitik der SVP-Mehrheiten in Richtung Trennung der Volksgruppen, wie z. B. das Verbot des Schüleraustauschs in Meran, die Ablehnung von interethnischen Mehrzweckzentren, das Veto gegen den Deutschunterricht an italienischen Kindergärten, ließen die Politik ums Volkstum nicht aus dem Rampenlicht rücken.

Der Widerstand gegen diesen „Primat des Ethnischen“ in allen Bereichen bis hin zur Wirtschaftspolitik fand dann in der beginnenden Kampagne gegen die „Option 1981“, die zur Verhinderung der „völkischen Spaltung“ Südtirols und der „ethnischen Einpferchung“ seiner Bewohner antrat, seinen deutlichsten und originellsten Ausdruck. Wortreiche Beiträge, sinnige Aktionen wie die Verteilung von Spracherhebungstformularen, Käfige auf dem Waitherplatz und eine Studententagung sollten auf die schwerwiegenden Konsequenzen der Volkszählung 1981, die bekanntlich um ein Jahr verschoben wurde, für die „Einheit Südtirols“ aufmerksam machen, auch wenn ehemalige Optimisten von 1959 der geschichtlichen Parallele wenig abgewinnen können; viele Linke und Sonstige, denen unser Klima der ethno-politischen Bevormundung nicht paßt, lieferten in eine Art inter-ethnische Aufbruchstimmung, was der „Dolomiten“ und den SVP-Volkstumsstreitern als Wahlkampfhit willkommen war und Gelegenheit bot, eifrig gegen die „neuen Unterwanderungsformen“, den „nouartigen Faschismus“ und das „neulinke Gejauhe“ zu gelfern.

Ein „Initiativkomitee gegen die Option 1981“, das sich als unabhängig versteht, gab hierzu eine hübsche Broschüre heraus, worin man über die Volkszählung, ihre Folgen und Hauptbetroffenen informiert und in virtuosem Impetus überreitet zur grundsätzlichen Kritik am Proporzsystem, am Sprachgruppenprinzip und anderen Paketaspekten und seinem jetzigen „assetto“. Da letztere nicht von allen Initiativlern zur „Retung vor der großen Schädelverteilung“ mitgetragen wird, soll diese Proporzkritik — man verzeihe mir meine Prokrustesmethoden — der „area“ der Neuen Linken zugeordnet werden. Diese wiederum, besetzt von einem in linken Gruppen selten erlebten Hang zur Aktivität, scheint die

Solidarisierung gegen die Diskriminierung von einigen Minderheitsgruppen bei der Volkszählung etwas zu offenkundig für einen Glaubensfeldzug für oder gegen den Proporz und das Sprachgruppenprinzip, für oder gegen eine wirklich interethnische Politik auszuwirken.

Ihre vermeintliche politische Konsequenz ist mir jedoch zu löcherig, denn oft stehen hinter dem pathetischen Duktus der Argumentation in oben genannter Broschüre willkürliche Prämissen, überwunden geglaubte Mißverständnisse, eine Vernachlässigung des Gesamtaspektes des Problems und letztlich eine schlichte Konzeptlosigkeit.

Man bedauert das Fehlen einer eigenen Minderheitentheorie, die man den Thesen konservativer deutscher oder italienischer „Minderheitsexperten“ entgegenstellen kann, man vermißt praktikable marxistische Ansätze zur Analyse unserer Probleme, man versucht auch die Bewußtseinslage der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler zu berücksichtigen und verwirft schließlich den Proporz, so daß der Eindruck entstehen muß, zehn Jahre Paket und zehn Jahre Diskussion um das Paket in der Linken seien hier spurlos vorübergegangen. Es zeigt sich eine laiale Felleinschätzung der Ethnopolitik überhaupt, die manchmal nur mehr als der Versuch der „Sammelpartei“ und auch italienischer Parteien, ihr Herrschaftsmodell zu stabilisieren, betrachtet wird. Gerade weil aber ethnische, soziolinguistische und gesellschaftspolitische Probleme bei uns in so engem Konnex stehen, weil Minderheitenschutz, Sprachgruppenprinzip und Bekenntnispflicht ein zusammenhängendes Ganzes bilden, weil ethnische Konfliktlinien undeutlich auftreten und oft manipuliert werden, müssen Teilprobleme, wie die mangelnde Berücksichtigung einzelner kleinerer Gruppen bei der Volkszählung, und ethnopolitischer Gesamtaspekt auseinandergehalten werden. Bevor ich mich jedoch mit der Kritik der Neuen Linken befasse, die nicht unbedingt so neu ist, sei eine kurze Vorgeschichte zur Proporzkritik eingeschoben.

### Bisherige Proporzkritik in Bruchstücken

Die Paketbestimmungen zum ethnischen Proporz — mit der Delegation von Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnissen das Kernstück des Pakets — sollte für die Paketgegner in der SVP eine Verschlechterung gegenüber den Vorschlägen der 19er-Kommission dar. Dieser knapp 48 Prozent starken Anti-Paket-Minderheit auf dem entscheidenden Parteitag der SVP vom November 1969 in Meran war die Zahl

der 6450 unter den Proporz fallenden öffentlichen Stellen, was 27 Prozent der gesamten Staatsstellen in Südtirol ohne die Lehrer entsprach, zu gering; mit ein Grund für das Nein zum Paket. Die entscheidenden Motive für den Proporz überhaupt, der im Pariser Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt wird, waren die Absicherung einer ehst diskriminierten und später noch durch bewußt geförderte Zuwanderung bedrohten Minderheit und die Erfüllung ihrer Ansprüche auf bestimmte öffentliche Leistungen und Ressourcen.

Auch im Parlament war der Proporz, vor allem zwischen 1970 und 1971, einer der umstrittensten Punkte. Ballarini (PSI) sprach sich gegen den Proporz aus, da negative Auswirkungen die Organisation und das Funktionieren der öffentlichen Dienste zu befürchten seien und eine strenge Pflicht zur Zweisprachigkeit die gesetzten Ziele besser erreichen könne. Auch für andere Stellungnahmen der meisten italienischen Parteien war es charakteristisch, daß man auf der Zielebene, z. B. der Ermöglichung des Zutritts deutscher Südtiroler zu den Staatsstellen, mit der SVP übereinstimmte, sich bei den dabei anzuwendenden Methoden jedoch unterschied.

Auch fragt sich, ob der damals von MSI-Almirante aufgebrachte Vergleich des Proporzsystems mit der Apartheid heute nicht allzu leichtfertig mit Termini wie „bbanizzazione“, „ghettizzazione“, Rassismus usw. weitergeführt wird oder zumindest, ob nicht die schwarzen Südafrikaner in einem Proporz einen ganz guten Sinn erblicken könnten?

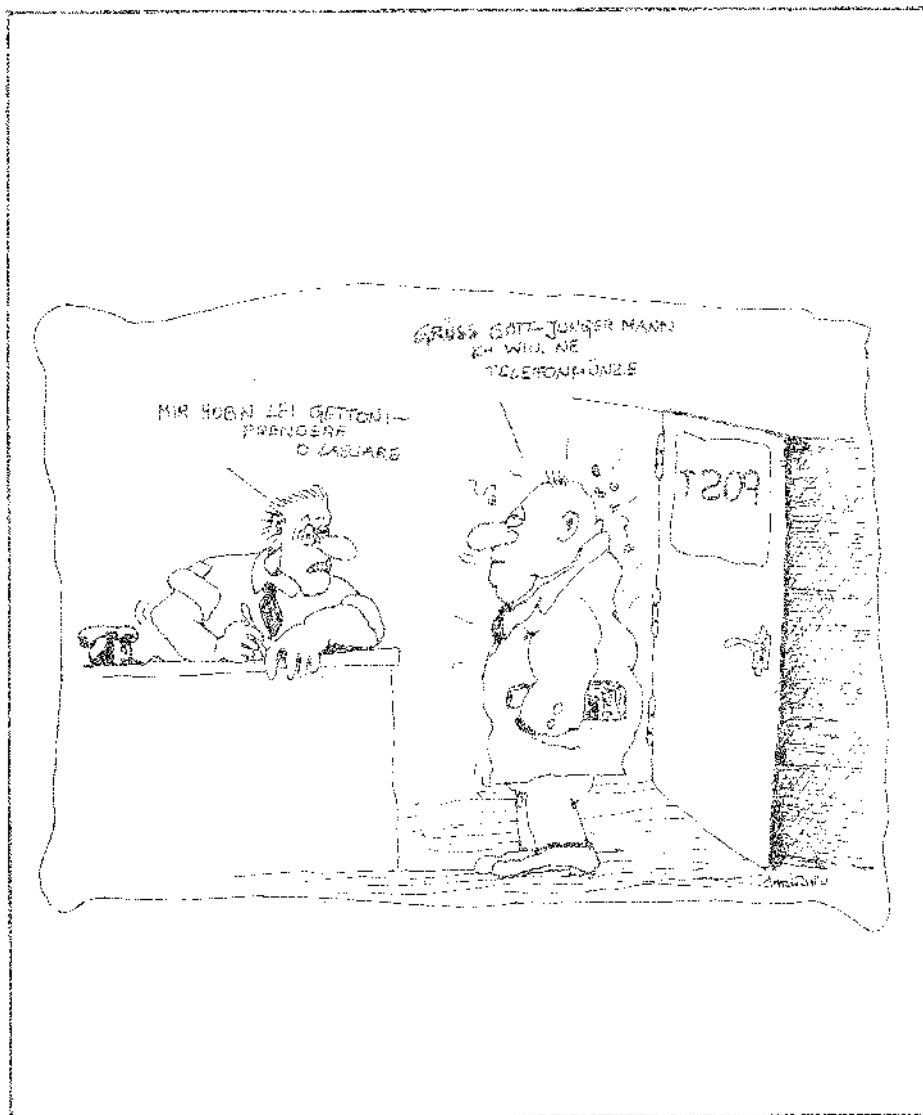
Weiters erklärte Beiardi (PSIUP) in der Parlamentsdebatte: „Es wird notwendig sein, daß bereits das Kind bei seiner Geburt sich in eine Sprachgruppe einschreibt, weil von dieser Einschreibung seine gesamte Zukunft vom ersten Schuljahresbesuch bis zum Eintritt in die öffentlichen Ämter abhängt“, womit er der „Einpferchung in eine Sprachgruppe von der Wiege bis zum Grab“ der heutigen Neuen Linken-Kritik vorgriff.

Im Zuge der sukzessiven Verabschiedung von Durchführungbestimmungen, die Proporzregelungen zur Anwendung brachten und schließlich das Proporzdekret selbst — nachdem die Zentralverwaltung das italienische Personal in Südtirol noch kräftig aufgestockt hatte — waren die italienischen Parteien und die konföderierten Gewerkschaften meist bedacht, auf eine „flexible Anwendung“ des Proporzess bzw. auf Übergangslösungen hinzuwirken, um die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes nicht zu beeinträchtigen. Da neben der Pflicht zur Zweisprachigkeit der Stellen- und Wohnungsproporz für die italienischen Südtiroler die fühlbarste Paket-Konsequenz darstellt, ist es zumindest verständlich, daß, angesichts der nur zögernd anlaufenden Bewerbung von deutschen Südtirolern, vorsehnelle Krit-

ik nicht ausbleibt. So fragwürdig jedoch eine Kritik am Proporz, die sich nur an Einzelfällen aufhängt (z.B. Anästhesisten-Frage) oder Mißstände unbegründet auf den Proporz zurückführt, so berechtigt ist eine Kritik an der informatorischen, bildungs- und wirtschaftspolitischen Vorbereitung der Proporzauflnahme seitens der herrschenden Parteien.

Obwohl nun alle maßgeblichen italienischen Parteien den Proporz als „transitorisches Instrument“ zur Beseitigung der vom Faschismus angerichteten Schäden anerkannten, blieb eine diffuse ambivalente Haltung zum Sprachgruppenprinzip und den davon anknüpfenden konkreten Folgen bestehen, wie etwa bei Ballardini (z.B. in PSI (Hrsg.), Die Sozialisten und das Südtirolproblem, S. 63 ff.), der einige Elemente der Neuen Linken-Kritik antizipierte und Einwände „nicht so sehr verfassungsmäßiger, als darüberhinausgehender Natur“ vorbrachte. Durch den Proporz würde nämlich eine Gruppe zum Träger eines Rechts, während nur Individuen formale Rechte haben könnten. Mit ethnischen Minderheiten seien aber nicht die Gruppen als solche, sondern die Bürger der einzelnen Minderheiten gemeint. Die Zuerkennung eines Rechts an eine solche Gruppe weise dem ethnischen Faktor eine ungerechtfertigte Rolle zu, denn „nur aufgrund derselben Sprache kann nicht einer Gruppe juristische Bedeutung zugemessen werden“. Diese Reduzierung von Minderheitenrechten auf formale Individualrechte übersieht, daß zahlreiche Grundrechte erst unter der Voraussetzung der Erhaltung der ethnischen Gruppe als solche ausgeübt werden können. Auch die Diskussion um formalen oder materiellen Minderheitenschutz, die Notwendigkeit und Implikationen einer „fördernden Volksgruppenpolitik“, der das Autonomiestatut in seinem Anspruch entsprechen soll, wurde hier als ethno-politischer Ausgangspunkt — wie jetzt bei der Neuen Linken — nur ungenügend verarbeitet.

Ballardini erachtet das Konzept des Prozesses prinzipiell schon deshalb für widersprüchlich, weil „die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Volksgruppe ein rein subjektiver Urteil unterliegt“ wie es die Bekenennungsmodalitäten vorsehen, während eigentlich eine Gruppenzugehörigkeit aufgrund objektiver Daten ermittelt werden müßte. Doch gerade dieses Bekenntnisprinzip respektiert — bei Anerkennung des Sprachgruppenprinzips — die Würde und Freiheit des einzelnen, der sich frei, nur nach seiner Gesinnung entscheiden kann und auch vor der Volksgruppe geschützt bleibt, diese also auch verlassen kann. Dies stellt, von der Frage der Notwendigkeit personenbezogener, ethno-politischer Maßnahmen und Regelungen einmal abgesehen, die „demokratischste“ Lösung dar, was natürlich nicht für bestimmte Proporzkriterien gilt, die an der Zahl der jeweiligen, in bestimmte Grenzen gewählten politischen Vertre-



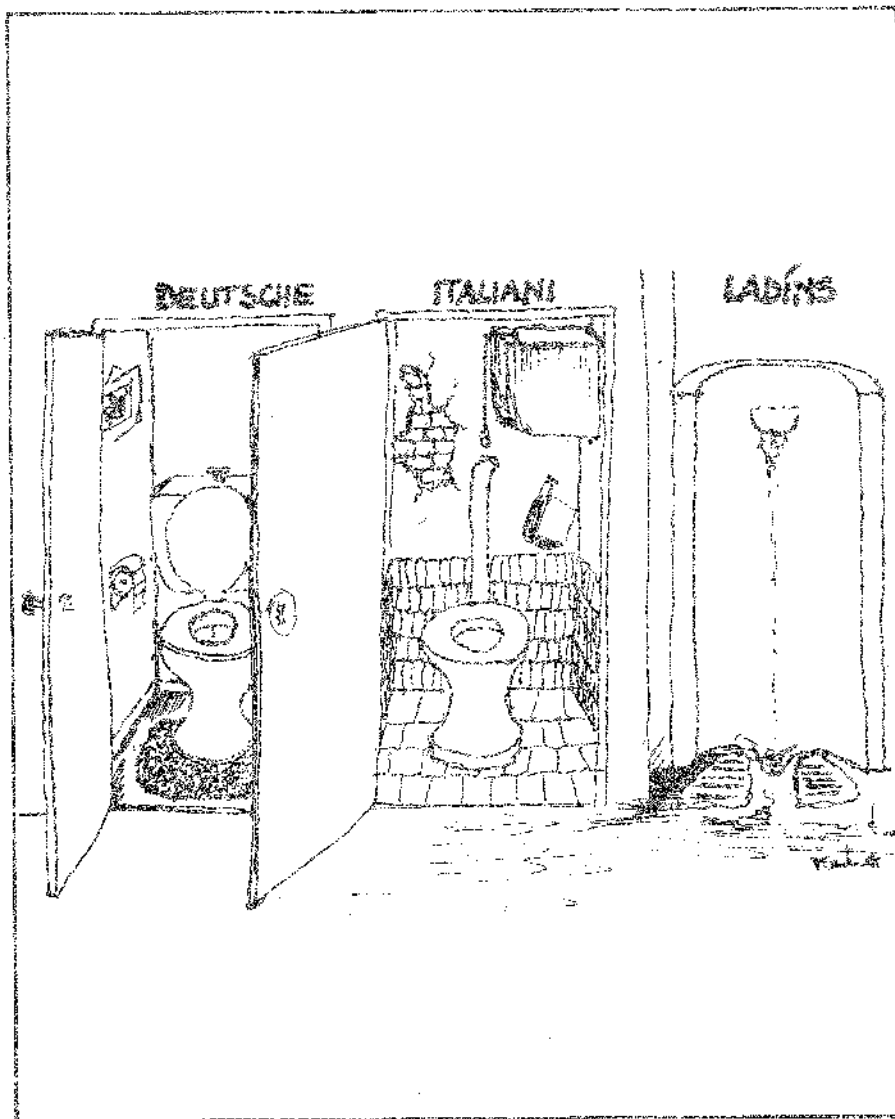
ter anknüpfen; diese schränken die demokratische Wahlfreiheit ein und diskriminieren „interethnische“ Listen.

Auch während der Südtiroldebatte im Parlament im Februar 1980 qualifizierte diesmal Boato (PR) den Proporz pauschal als Instrument der Politik des „divide et impera“ und gab einige seltsame Folgerungen aus dem bisherigen Autonomieprozeß wieder, die symptomatisch für einen Teil der italienischen, aber auch deutschen Linken sind: die Bilanz eines Jahrzehnts Autonomieverwirklichung sei negativ, denn sie habe Mechanismen ausgelöst, die Südtirol in Zustände wie im Baskenland oder in Nordirland führen können. Die Italiener in Südtirol, die an der Ausarbeitung der Autonomie nicht teilgenommen hätten, könnten sich damit auch nicht identifizieren, während auf deutscher Seite die SVP jeden inneren Dissens im ethnischen Kirt ersticke. Die deutsche Volksgruppe, zuerst Geißel des Staates, sei nun zur „Geißel der SVP“ geworden, wofür die Paket- und Proporzmechanismen entscheidend seien, die auf sozialer und politischer Ebene die ethnische Kompaktheit über sonst gleichgerichtete Interessen hinweg förderten und institutionalisierten. Man kann nicht überschätzen, daß

diese mechanistischen Analysebemühungen vom Trauma getrieben sind, es sei gerade die Verwirklichung des Pakets und dieses Pakets, die eine Liberalisierung der Südtiroler Gesellschaft nach nationaler Parteienkonzeptionen verhindere und die SVP stabilisiere; es ist allerdings reichlich abwegig, wenn auf diese Weise die Anwendbarkeit von wirksamen Maßnahmen des Minderheitenschutzes und der staatlichen Dezentralisierung von bestimmten politischen Bedingungen abhängig gemacht würden.

#### „Neue-Links“-Proporzkritik

Ausgegangen wird von der Diskriminierung einiger Minderheitengruppen durch die Sprachgruppenbekenntnispflicht bei der Volkszählung 1981, die es aus einer „patriotischen und positiven Grundhaltung zu Südtirol und allen seinen Bewohnern“ zu verhindern gilt. Die Möglichkeit einer „blockierten Existenz“, einer „vielfältigen multilingualen Gesellschaft“ müsse, als einzige Chance für die Zukunft Südtirols, aufrechterhalten bleiben; die Gefahren des Ethnozentrismus, einer rassistischen Entwicklung und des Vorrangs des Volkischen vor



jedem anderen menschlichen Belang müßten abgewendet und die Existenz einer „Vielzahl von Eigenarten“, von komplizierten, ständig neu entstehenden Identitäten, die in „keine juristischen Maschen paßten“, anerkannt werden.

Die Sprachgruppenhebung zwingt viele, die „einfach Südtiroler oder Mensch sein wollten“, zur Selbstaufgabe, Assimilierung und Artreue. Die Menschen und Bürgerrechte der Minderjährigen, Ladiner, Anderssprachigen und „Nicht-Bekanntswilligen“ (Fortunus von mir) würden durch dieses System, das keine Mittelwege oder Grenzonen kennt, verletzt. Letztlich würde dies im Proporz als Ausfluß des hier verfolgten Sprachgruppenprinzips — im Gegensatz zu dem z.B. in der Schweiz geltenden Sprachgebietsprinzip — einer Hauptsäule des Pakets. Wenn in der besagten Broschüre, neben der eingedruckten Darstellung der Rechtslage zur Volkszählung und der allgemeinen Folgen und jener für obige Gruppen, simplifizierende Analysen der Folgewirkungen der Paket-Autonomie zwar vermieden werden, so wird leider nicht zwischen Kritiken an dieser Autonomie und ihrem bald neun Jahre währenden Durchführungspro-

zess differenziert, weil sie zu so „zwanghaften“ Instrumenten wie der Sprachgruppenbekenntnispflicht führt, oder — weil wesentliche Normen daraus auf Trennungspolitik ausgelegt sind, oder — weil sie von konservativen Parteien angewendet und verwaltet wird.

Eine Sprachenerhebung bzw. -statistik in einem mehrsprachigen Gebiet wird auch von der Neuen Linken als „unproblematisch“ angesehen, die historisch richtige Einteilung in die deutsche, ladinische und italienische Sprachgruppe bräuchte auch keine besonderen Probleme mit sich, wenn nicht die Proporzbestimmungen eine „säuberliche Unterscheidung der drei anerkannten Sprachgruppen voraussetzen oder sie zur Folge hätten“. Ganz zur Auswahl. Dabei werden plötz- lich die Sprachgruppen als Träger der Landesautonomie ausfindig gemacht und ebenso, daß zahlreiche Bestimmungen „Konflikte und Konfliktregelungen zwischen den Sprachgruppen“ vorsehen. Sehr neu.

Als weiter nicht dargelegte Prämisse wird festgestellt, daß die Minderheiten in Südtirol sich als geschützt betrach-

ten dürften und ihre Stellung nach und nach ausgebaut und gefestigt hätten, so daß ihr Bestand derzeit nicht gefährdet erscheine. Die historische Diskriminierung der Südtiroler sei somit als erledigt zu betrachten, während die Italiener vor die Schwierigkeit gestellt seien, sich mit einer „klaren Kräfteverschiebung“ abzufinden und sich in der Auseinandersetzung Staat-Minderheit manchmal übergeben fühlten. Im Hintergrund das Bild der „minoranza dominante“.

Als die allgemeine Leitlinie für die Gerechtigkeit zwischen den Volksgruppen wird der ethnische Proporz ausfindig gemacht, wonach die Verteilung von Leistungen der öffentlichen Hand und andere Regelungen nunmehr erfolgen und was zur Notwendigkeit führe, jeden einzelnen Bürger nach seiner „eindeutigen Zugehörigkeit zu zeichnen“. Auf die Motive des Proporz im Sinne einer Wiedergutmachung erlittenen Unrechts und materiellen Absicherung wird jedoch bei der „unhistorischen“ Linken nicht eingegangen, ohne daß dies in der historistischen Art rechter Volkstumsideologen erfolgen müßte.

Bei Unterstellung einer inzwischen saturierten Minderheit, bei Verzicht auf einen ethnisch begründeten Privilegienabbau, bei Akzeptierung einer Art natürlichen Aufteilung von Arbeitsmarktsektoren, Siedlungsschwerpunkten und öffentlichen Ressourcen und letztlich der Negierung von Rechten ethnischer Gruppen als solcher wird es verständlich, daß der Proporz zum bürokratischen Machtinstrument zur Einpferchung der Volksgruppen in Käfige gerät. Nimmt man dagegen Vorstellungen einer ethnisch gemischten Gesellschaft ohne historische Verzerrungen und Benachteiligungen von Sprachgruppen, ohne „Bedrohung von außen“, mit einer sozioökonomischen Normalverteilung oder halt politisch akzeptierten oder „gewachsenen“ Asymmetrie zum Ausgangspunkt, wie es hier manchmal scheint, so müßte sich ein solches Korrektiv.

Die Neue Linke vernachlässigt jedoch nicht nur wichtige Prämissen, sondern auch praktische Konsequenzen des Proporz: z.B. ist bei den Sozialwohnungen der Bedarf der deutschen Volksgruppe mit Ausnahme von Bozen im Proporzmaßstab angeblich relativ größer.

Auch bleibt ausgeklammert, daß der Stellenproporz zudem deutschen und ladinischen Südtirolern eine relativ größere Chance gibt, bis 2008 in Bozen und anderen Städten Arbeit beim Staat zu finden, in einem echt zweisprachigen Umfeld zu arbeiten und zu leben, was gerade das Gegenteil einer Entflechtung bedeutet, ebenso auch, daß der Proporz bei der Aufteilung von Haushaltsmitteln für die soziale Fürsorge und kulturellen Beiträge, der auf Forderung der Italiener eingeführt wurde, um eine Benachteiligung durch die deutsche Mehrheitsvolksgruppe in

der Provinz zu verhandeln, wenn etwa streng nach dem Bedarf verfahren würde.

Zu Recht weist man aber darauf hin, daß die Proporzarithmetik gelegentlich absurde Auswüchse mit sich bringt, wie z. B. bei der Besetzung von Gremien und Kommissionen oder bestimmten Posten, und über die Nachteile eines bürokratisch-starrten Systems, das die Besonderheiten des Einzelfalles nicht mehr adäquat berücksichtigt. Allerdings vermeidet es die Neue Linke, den Proporz letztlich auch unter dem Aspekt effektiver Chancengleichheit zu sehen, die auch eine „ethnische Chancengleichheit“ miteinschließt. Nur oberflächlich betrachtet begründet nämlich der Proporz ungleiche Chancen für die einzelnen Sprachgruppenangehörigen z. B. bei den Stellenwettbewerben: auch der Bildungsrickstand, die mentalitätsmäßigen Vorbehalte, die Unterbezahlung bei gleichzeitigem Tourismusbloom und organisatorische Gründe müssen berücksichtigt werden. Die Neue Linke verkennt demnach die Funktionen, die dem Proporz im Prozeß des Strukturwandels hin zu einer stärkeren Tertiarisierung, eines Abbaus der jeweiligen übermäßigen Dominanz der Volksgruppen einmal im Tourismus und einmal bei den Staatsstellen, der weiteren Urbanisierung und des Aufholens des Bildungsrickstands der deutschen und ledinischen Bevölkerung und somit auch einer stärkeren Verflechtung der Lebensbereiche der Volksgruppen zukommt. Dies allein reicht natürlich zur Rechtfertigung des Proporz noch nicht aus.

#### Verzicht auf Ethnopolitik oder Proporzialent?

Zur Lösung der Frage der adäquaten Berücksichtigung der genannten Minderheitsgruppen bei der Volkszählung, wovon die Proporzkritik der Neuen Linken ausgeht, und zur Verhinderung der Sprachgruppenbekenntnispflicht als „gezieltes Spaltungsmoment“ gegenüber allen Lebensbereichen der Südtiroler Gesellschaft“ bringt das Initiativkomitee einige Vorschläge, wobei der „sehr stark von der SVP-Politik genährte Bewußtseinsstand der Südtiroler Bevölkerung nicht übergangen oder vergewaltigt werden soll. Eigenartig klingt hier die Unterstellung, es ginge dieser Bevölkerung bei der Volkszählung — angesichts des „schwierigen Überlebens von Minderheiten überhaupt“ — darum, das „Bekanntnis zum Volkstum auch in legal-bürokratischer Form hervorzukehren“ und „seinen Behauptungswillen auch individuell zu sanktionieren und zum Ausdruck zu bringen“.

Daß es, trotz des territorialen Schutzes durch die Autonomie, immer noch um Rechte geht, scheint dem Broschürenschreiber nicht weiter aufzufallen. Im aufopferungsvollen Widerstand gegen die „gesetzlich verankerte und politisch geförderte Blockbildung“ verneht man die — legitimen — Rechte einer Minderheit von Nicht-Bekanntniswilligen bzw. „Bastar-

den“ gegen eine erzwungene Volksgruppenzugehörigkeit mit einschneidenden Folgen. Dagegen stehen die international und verfassungsmäßig verankerten Rechte einer ethnischen Minderheit gegenüber dem italienischen Staat, die nur durch den Proporz mittelfristig effektiv erfüllt werden können. In diesem Licht hat die Einführung der Möglichkeit einer Mehrfachklärung — so ein Lösungsvorschlag — oder einer kollektiven, anonymen Sprachgruppenhebung, was das Proporzsystem zwangsläufig sprengen und seinen Zweck unterminieren würde, keine Realisierungschance und, in der Abwägung zwischen diesen beiden Rechten, auch keine Berechtigung. Der Proporz geht insgesamt zu Lasten einer Gruppe und diskriminiert nach ethnischen Kriterien, ohne jedoch solche sozioökonomischer Art außer Kraft zu setzen. Mißstände der Vergangenheit werden so jetzt und in den nächsten Jahren kondigiert. Natürlich kann die Faschismus- und Nachkriegszwangsandrohung nicht den Zugewanderten selbst angelastet werden, und auch nach der Faschistenzeit entschied bei den Staatsstellen und Wohnungen nicht nur die einseitige Begünstigung durch den Verwaltungsapparat, sondern auch die Bedürftigkeit, da neben bedürftigen Südtirolern immer noch bedürftigere Italiener aus Rest-Italien ankamen. Doch sollten die 1976 bestehenden „ethnischen Quoten“ weiterbestehen? Oder soll etwa den ethnischen Minderheiten die Schuld dafür zugewiesen werden, daß das Paket erst 30 Jahre nach Kriegsende zum Tragen kommt?

Die Neue Linke sieht moralische Rechte von Nicht-Bekanntnis-Willigen verletzt, konstruiert politische und sozioökonomische Wirkungen des Proporz in Richtung „völkische Spaltung“, plädiert für seine Abschaffung und anerkennt letztlich der ethnischen Minderheit ihre moralischen Rechte aus einer ungoten Vergangenheit und auf Absicherung, weil sich halt nicht mehr notwendig habe. Dies ist weder legitim noch demokratisch, und überdies werden die sozioökonomischen, politischen und psychologischen des Proporz falsch gedeutet. Sozioökonomisch gesehen kann der Proporz als sich langsam erpendelndes Teilungsprinzip dazu beitragen, einseitige „ethnische Verteilungen“ und Dualismen wie Stadt-Land, Tourismus—Staatsstellen, niedriges—hohes Bildungsniveau usw. abzubauen, ohne hegemonialen Parteien ständig die Chance zu geben, sich als die besten ethnischen Interessensvertreter zu profilieren.

Dem politischen Block bei den deutschen Südtirolern auf die Durchsetzung der Paket-Autonomie und damit des Proporz zurückzuführen ist reichlich widersinnig; schließlich hat die italienische Zentralregierung wohl selten eine aktive Autonomiepolitik betrieben. Das Autonomiestatut, das als Kompromißlösung zwischen Repräsentanten von Staat und Minderheit auf der Grundlage des Pariser Vertrags zustandekam, stellt den institutionellen

Rahmen für die Verwirklichung von Bedingungen dar, die den Bestand der Minderheit und ein „konstruktives Miteinander“ ermöglichen kann; die SVP hat hier unbestritten einige Verdienste, womit sich ihre Politik im Lande jedoch nicht entschuldigen läßt. Das Sprachgruppenprinzip als Charakteristikum unserer Autonomie und damit die Notwendigkeit der Zugehörigkeitserklärung bildet ein simples Instrument zur Berechtigung eines effektiven Minderheitenschutzes, wobei dem Proporz eine Reparations- und Schutzfunktion zukommt.

Der Prozeß der vielfältigen Überlappung und Integration der Volksgruppen kann durch den Proporz kaum behindert werden, weder im sozialen, noch im politischen. Gefährlich ist zwar, daß durch den Proporz in wichtigen Gremien eine Mehrheitsvolksgruppe in ihrer Geschlossenheit nahezu ungehinderte Entscheidungsgewalt ausüben kann, eine Entflechtung von oben, via Proporz — die Schul- und Kulturpolitik steht hier auf einem anderen Blatt — ist nicht haltbar. Man sollte eben eine Ethnopolitik, die die Rechte einer Minderheit wahrt und die Sprachen- und Kulturpolitik zum Schutz der Minderheit deutlich trennen, was der SVP kaum ins Konzept paßt.

So mühsam und künstlich man sich hierzuande bemüht, die Sozialpartnerschaft einzuführen, so dringend benötigen wir einen Grundkonsens der Volksgruppen in einigen wesentlichen Fragen der Bedingungen, die langfristig jeden ethnischen Konflikt zurückdrängen können. Eine staatliche Absicherung von jeweiligen Rechten, ein mittelfristiger Privilegienabbau und einseitige Regelungen in Fragen „ethnischer Verteilung“ sind entscheidend für die Entethnisierung von Konflikten und schaffen erst die Voraussetzung, Ersatzlösungen für den Proporz in manchen Bereichen zu überlegen. Die Befürchtung, die „Ethnisierung“ politischer Prozesse und Strukturen könne auch nach Paketschluß aufrechterhalten bleiben, indem Konflikte zwischen Gruppeninteressen zwecks Machtbehaltung wieder zu ethnischen Problemen reduziert werden, liegt das Mißverständnis zugrunde, der Autonomieprozeß und auch der Proporz stabilisierten die SVP. Gerade die Verzögerungen in der Paketverwirklichung, Rückschritte in den Beziehungen zum Staat und der Verzicht auf jede ethnopolitische Steuermung à la Neue Linke kann der Sammelparteideologie neuen Auftrieb geben, während der Proporz als verfassungsrechtlich verankerte Konfliktregelung die Entwicklung zu einer größeren Liberalisierung eher fördert.

Auch wenn das Autonomiestatut und seine Durchführungsbestimmungen nicht unbedingt als heilige Kuh angesehen werden muß, so wird die „Neue Linke“ Kritik am Proporz, ohne an strategische Maßstäbe zu denken, die Südtiroler Linke insgesamt nicht weiterbringen.





## Ein Studentenleben

Was tun Studenten, wenn sie gerade nicht studieren? Eine schwierige Frage. Wenn man die skolast-Jahrgänge durchschaut, kommt man langsam, langsam drauf, obwohl die nützlichen Hinweise – gerade im letzten Jahrzehnt – recht spärlich sind. Aber in den Gründerjahren ist man da schon deutlich genug. In den ersten Jahren des skolast gab es kaum einen Bericht einer Hochschulgruppe, der nicht mit einem Hinweis auf die hinweggeputzten Flaschen geschlossen hat, mit derselben ehernen Notwendigkeit, mit der wir unsere Schulaufsätze – als wir sie noch mit kurzen Hosen geschrieben haben – mit einem Bericht an die Mutter beendet haben.

Es ist aber recht eigenartig: was in den ersten Jahren Südtiroler Studentengeschichte offen bis verstohlen bejaht wird, geht später sang- und klanglos unter. Wir kommen zum Typus des stillen Säufers. Trinken bleibt Bedürfnis, ist aber nicht mehr salonfähig. Hier mit einer soziologischen Analyse anzusetzen und folgedessen ab Mitte der sechziger Jahre eine Verlagerung der Energie zum politischen Engagement hin zu diagnostizieren, wäre offensichtlich verkehrt. Denn durch ein stark brechendes, also volles Weinglas betrachtet, ist Engagement schon von Anfang

an erkennbar zu Beginn für Gott, Heimat und Studenteneinerkennung, später für Kultur, Pluralismus und Fortschritt.

Ein kurzer Abriss der Studentengeschichte soll das auch für frühere Zeiten beweisen. Mit dem Engagement mit haben sich auch bestimmte studentische Umgangsformen bis in unser Zeitalter herauf erhalten; man studierte die Warnung eines beherzten Paduaner Studenten an die Neuankömmlinge, sich nicht alles von den »anzianik« gefallen zu lassen. Das österreichische Pedant zu dieser italienischen »goliardia«, die sich, wie es scheint, vor allem darum kümmerte, »matricole« zu quälen, sind die Studentenverbindungen, deren einige sich im skolast den Südtiroler Studenten anbieten dürfen. Das führt, wie könnte es im Jahre 57 anders sein, dazu, daß die »akademischen Überheblichkeiten« vieler, vor allem schlagender Verbindungen aus katholischer Sicht abgelehnt werden.

Und so geht es weiter mit der akademischen Freizeit bis zu einem seltenen Dokument aus dem Jahre 81, wo die alternative Landflucht auch bei uns eingesetzt hat: der arkadische Süden!

am

# STUDENTISCHES BEWUSSTSEIN UND POLITISCHE HALTUNG

(1957/3)

Von Wolfgang R 3 4

Wenn gelegentlich gefragt wird: Wie verhält sich die Studentenschaft der Gegenwart zu politischen Fragen im allgemeinen und im besonderen, so ist, vor aller Antwort, festzustellen, ob eine allgemeingültige Antwort überhaupt erwartet werden darf, d. h. eine Antwort, die sich stützt auf eine Einsicht in die Struktur eines festumrissenen Standes und die aus diesem Grunde Gültigkeit besäße mindestens für den idealen Querschnitt dieses Standes. Den Studenten früherer Jahrhunderte kennzeichnete ein ausgeprägtes gruppenbildendes Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem eigenen Stande. Aus diesem Bewußtsein heraus nahm er vielfach sehr energisch Stellung zu Fragen öffentlichen Interesses. Es war daher oft nicht ratsam, die Haltung der Jugend zu vernachlässigen, eben weil es einen solchen eigenen Standpunkt der Jugend gab. Existiert ein derartiges Bewußtsein der Eigenständigkeit noch in der heutigen Studentenschaft?

Um zu dieser Frage Stellung nehmen zu können, müssen wir in einigen historischen Federstrichen die Entstehung und Entwicklung des studentischen Eigenbewußtseins flüchtig skizzieren, um dann die weitere Frage aufwerfen zu können, ob man heute recht tut, den Hochschüler als bloß abhängige Variable jener sozialen Schicht zu betrachten, der er entspringt, bzw. der er zuzuwachsen bestimmt ist.

## Studenten treten in Erscheinung

Eine Studentenschaft als selbständige Gesellschaftsklasse bildet sich bekanntlich in dem Augenblick, in dem die abendländische Universität als Institution ins Leben tritt. Lehr- und Forschungsstätten im Sinne der mittelalterlichen Universität entstanden auf europäischem Boden zuerst im maurischen Spanien, wenn auch selbstredend der Name Universität noch nicht an ihnen haftet. Im christlichen Kulturbereich ist dann die sich um 1200 konstituierende Pariser Universität die erste vollausgebildete Institution dieser Art. Es waren keineswegs alltägliche Umstände, außer denen sie ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit erlangt. Es bedurfte einer zweimaligen Waffen-ergreifung der Schüler der in bischöflicher Abhängigkeit stehenden Pariser Domschule, um dem König die Insignien und das Siegel als Zeichen der Autonomie, der eigenen Jurisdiktion abzunötigen. Eine recht militante Vereinigung also, die universitas professorum scholariumque! Nur ein blasser Schatten aus jenen Tagen, hat sich bis heute die studentische Anrede „Kommilitone“ erhalten. Daß jeder Student unmittelbar nur der Jurisdiktion der Universität unterstand und nicht ohne weiteres einem anderen Gericht unterstellt werden durfte, ist ein deutliches Zeichen dafür, wie stark ausgeprägt das Bewußtsein der Eigenständigkeit war, wie eifrigstrebend man über die Unabhängigkeit wachte!

Die Burschen — so genannt nach ihrer Unterbringung in Bursen, deren Bezeichnung von der gemeinsamen Kasse, der Bursa, abgeleitet ist — gliederten

sich an den Universitäten des Mittelalters nach Nationen, wie übrigens auch heute noch in Schweden üblich ist, wo man z. B. nur auf dem Unweg über die „Nation“ (worunter innerschwedische Landschaftseinteilungen zu verstehen sind) inskribieren kann. An den berühmten mittelalterlichen Hochschulen in Italien waren die deutschen Studenten in der Nation der Ultraromanen zusammengefaßt. An der Prager alma mater, der ersten deutschen Universität, in deren Geschichte sich in eigentümlicher Weise die Geschichte des deutschen Ostens spiegelt, existierten ursprünglich vier Nationen: Die tschechische, die polnische, die sächsische und die bairische. Diese vier Nationen besaßen bei Abstimmungen je eine Stimme, bis im Jahre 1409 die von Jan Hus entfesselte tschechisch-nationalistische Bewegung eine Aenderung zu Gunsten der Tschechen herbeiführte: Den Landesleuten des Reformators standen nun drei, den übrigen Nationen insgesamt aber nur eine Stimme zu. Aus Protest gegen diese manifeste Ungerechtigkeit verließen die Professoren und Führer deutscher Zunge Böhmen<sup>1)</sup>. Die Gründung der Leipziger Universität war eine Folge dieser secessio. Wie man sieht, war die „Nation“ wesentlich mehr als ein bloßes Wort. Die Landsmannschaften griffen vielmehr sehr wohl in das nationale Leben ein.

Nicht gering ist der Anteil, den die Universitäten an der lutherischen Reformation nahmen. Die studentische Jugend in Wittenberg, Erfurt, Heidelberg trat in der großen Mehrheit zu Luther hinüber. Und als der päpstliche Pronotar Leonard Eck daranging, in Erfurt die Bulle Exsurge Domine gegen Luther zu promulgieren, ließ sich die theologische Fakultät zu der Maßnahme hinreißen, die Studenten zu Gewalttätigkeiten gegen die „teufelische“ Bulle und gegen Eck selbst zu verleiten. Ähnlich war die Haltung der Studenten zu Wittenberg.

## Politisches Studententum

Keineswegs erlosch in der Neuzeit der Anspruch der Studentenschaft, als eigenständige Gruppe am politischen Leben teilzunehmen: An die Rolle der Studenten in den Kämpfen gegen Napoleon braucht eigentlich als an etwas durchaus Bekanntes kaum erinnert zu werden. Einleuchtend durch die Reden an die deutsche Nation, die Pichte in den Jahren nach Jena und Auerstadt hielt, begeistert durch die Dichtungen Heinrich Kleists, war diese akademische Jugend nun äußerster Einsatz für die Sache der Freiheit bereit. War es doch recht eigentlich die Generation des Deutschen Idealismus! Nach Erreichung des Ziels, nach dem Sturz Napoleons und nach dem Wiener Kongreß allerdings erkannte man, daß nur ein Teil der hochgespannten Hoffnungen und großen Erwartungen in Erfüllung gegangen war. Die Mitbestimmung in der Regierung, die Konstitution war dem Volke versagt worden. Die einsetzende Reaktion traf mit äußerster Schärfe das politische Studententum. Zwar kam auf dem Wartburgfest 1817, das sowohl der Erinnerung an die

Schlacht von Leipzig als dem Gedächtnisse der Reformation geweiht war, fast mehr das religiöse als das politische Moment zum Ausdruck, wenn auch dort die Gründung einer allgemeinen deutschen Burschenschaft beschlossen wurde, deren Zeichen die vereiniglichen Farben des alten Reichsbanners sein sollten: Schwarz, Rot, Gold. Aber die tiefe Enttäuschung in der Jugend, die geblutet hatte für das Vaterland und der das neue Vaterland von 1816 keinen Platz im öffentlichen Leben einzuräumen bereit war, führte zu immer radikaleren Richtungen. Eine Gruppe der „Schwarzen“ schien noch nicht radikal genug, eines ihrer Mitglieder, Karl Follen, der sich später in Jena habilitierte, gründete die Gruppe der „Unbedingten“, die noch überboten wurde durch die „Haarscharfen“, die Aufruhr, Tyrannenraub usw. zu den nötigen Mitteln zählten, durch die die Volkfreiheit zu erringen sei. Unter dem Einfluß solcher Strömungen entschloß sich der Student der Theologie Karl Ludwig Sand, den damals vielaufgeführten Lustspielmacher Kotzebue zu ermorden, der ein Feind der Liberalen und — in den Augen Sands — ein typischer Vertreter undeutscher Friedlichkeit war. Die Bluttat diente Metternich aber nur wieder zum Vorwande, seine antidemokratischen Maßnahmen zu verschärfen. Während der Zeit der Demagogieverfolgungen, als die Burschenschafter wohl öffentlich verboten waren, ihr Geist aber weiterlebte („Das Band ist zerrissen, war schwarz, rot und gold...“), kamen aus den Universitäten immer neue Kräfte, die auf eine Umwälzung der innenpolitischen Zustände im Sinne einer Konstitution hinarbeiteten. Das Revolutionsjahr 1848 sah wiederum auch die Studenten auf den Barrikaden. Aber nicht nur auf den Barrikaden! Als bedeutendstes Beispiel einer konstruktiv-aufbauenden Leistung aus studentischen Kreisen sei hier Hans Kudlich genannt, der Sebeiter der österreichischen Bauern von alten Grundlasten, der, wenn er wirklich vergessen sein sollte, sehr zu unrecht vergessen ist. Als er in den Wiener Reichsrat berufen wurde, war er, wenn auch in vorgerücktem Alter, noch Student. So groß war das Vertrauen, das dieser Mann sich erwarb, daß, wenn immer er aufstand, auch viele Vertreter der nicht-deutschen Teile der Monarchie sich erhoben, weil sie, in Unkenntnis des Deutschen, meinten, es werde abgestimmt. Und auf jeden Fall wollten sie so stimmen, wie Kudlich stimmte.

Ueber die politischen Strömungen unter den Studenten des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts schreiben zu wollen, müßte den Rahmen dieser Skizze sprengen. In Oesterreich insbesondere wurden damals die Universitäten zu Plattformen, auf denen die diametralsten Gegensätze, die die alte Monarchie zu sprengen drohten, aufeinander stießen — und das leider nicht immer nur im Sinne einer akademischen Auseinandersetzung! Es floß häufig Blut, es gab nicht selten auch Tote zu beklagen.

Angesichts einer so großen politischen Vergangenheit, in der der Student als Repräsentant einer fest umrissenen Gesellschaftsgruppe sehr aktiv teilnahm, drängt sich die Frage auf: Ist jenes Bewußtsein einer politischen Aufgabe noch in derselben Weise lebendig wie früher? Kann es über-

haupt noch in derselben Weise lebendig sein? Ja und nein. Es ist offenkundig, daß jede Zeit die ihr gemäße Form allgemeinen Bewußtseins entwickelt, von der dann auch das spezielle politische bedingt ist.

**Kein Interesse mehr an Politik?**

Sicher ist uns der Student als politischer Verschwörer, der Typ eines Cravillo Princip, kein Ideal mehr. Derartige Dinge sind in einer Epoche, der die Notwendigkeit des europäischen Zusammenschlusses aufzugehen beginnt, Unmöglichkeiten geworden. Aber ebensowenig darf der junge Akademiker in politische Indolenz versinken. Wenn er manchmal in dieser Gefahr zu schweben scheint, so dürfte das nicht so sehr das Zeichen einer prinzipiellen Abkehr vom politischen und sozialen Denken sein, als vielmehr der Ausfluß lediglich sekundärer Ursachen. Einmal ist der Student von heute beträchtlich jünger als in früheren Zeiten. Wer noch vor einigen Jahren an der Hochschule Gelegenheit hatte, Vergleiche anzustellen zwischen Studenten, die mit mehreren Jahren Verzögerung nach der Heimkehr aus Krieg und Gefangenschaft die Hörsäle bezogen, und solchen, die frisch von der Schulbank weg sich zur Universität wandten, konnte einen deutlichen Unterschied der Haltung feststellen. Die größere Indifferenz war nicht in jenen Kreisen, die allenfalls nach all den Erlebnissen, die sie in den Kasernen, an den Fronten, hinter Stacheldraht zu machen gezwungen waren, in verständlichem Ueberdruß an allem politischen Wesen sich im reinen Wissenschaftsbetrieb hätten abkapseln können; die Indifferenz war viel eher bei den Jüngeren, die gerade noch nicht hätten abgestumpft sein dürfen. Doch wäre eine solche Teilnahmslosigkeit gegenüber sozialen und politischen Fragen wohl in erster Linie auf das Leerbleiben von Erlebnisfeldern zurückzuführen, die erst von Erfahrungen gefurcht werden müssen, bevor eine aktive Reaktion erfolgen kann. Ein anderes Motiv für das Zurückgehen des politisch-sozialen Interesses liegt vielleicht in der größeren finanziellen Sicherheit, die weiten studentischen Kreisen heute vom Elternhaus geboten wird. Wenn nicht ein entsprechend bemessener Monatswechsel zu Gebote steht, bezieht heute nicht mehr häufig die Universität, während der Werkstudent der ersten Nachkriegsjahre nur allzu oft auf sich selbst gestellt — und allzu oft dabei sehr schlecht gestellt war. Die finanzielle Sicherung, so wünschenswert sie an sich sein mag, erzeugt ein Abhängigkeitsgefühl, das die Konsolidierung eines eigenständigen Bewußtseins nicht zuläßt. Materieller, politischer und geistiger Druck aber machen reif und geistig wach und zwingen zur Selbständigkeit. Vielleicht ist manchen von uns angesichts der jüngsten Ereignisse in Ungarn das Gefühl angekommen, daß die Sicherheit, von der wir uns umgeben fühlen, durchaus nicht selbstverständlich ist, sondern ein fast unverdientes Glück. Denn noch sind erst wenige Jahre vergangen, seit die Geschwister Scholl und ihr Kreis für die Freiheit des Denkens mit ihrem Leben eintraten. Und schon zwingt uns die Nachricht, daß es in vorderster Linie die Studentenschaft war, die der ungarischen Bewegung der vergangenen Monate Schwung verlieh und die auch in



Polen und selbst in Rußland ein ferment neuer Entwicklungen ist, zur Bestimmung auf die geistigen Fundamente unserer Freiheit und zu der Anerkennung, daß auch uns die Aufgabe prinzipieller geistiger Auseinandersetzung gestellt ist. Oder sollte sich das unterscheidende Merkmal des Studenten tatsächlich auf jene Freiheit der Ungebundenheit reduzieren lassen, wie man sie dem noch nicht voll Verantwortlichen zubilligt? Sollte die Idee der Freiheit im höheren Sinne keinen Platz im Denken der jungen Generation haben?

**Nicht Politik, aber politische Bildung**

Wir glauben es nicht. Und wir schreiben die vorangehenden Sätze nicht so sehr, um ein Faktum zu konstatieren, als vielmehr, um einer Gefahr vorzubeugen: Der Gefahr der politischen Letargie in der studentischen Jugend, die bedeutete, daß eine politisch nicht genügend verantwortungsbewußte Intelligenz im Heranwachsen wäre. Auf eine solche Gefahr kann aber nicht frühzeitig genug hingewiesen werden. Südtirol müßte eine politische viel aufgeschlossenerere Jugend haben als manoha andere Länder, sind doch bei uns die Verhältnisse so, daß man von Jugend an auf die Probleme der Politik gestoßen wird. Und wer wäre berufener, sich mit ihnen auseinanderzusetzen als gerade der Intelligenter, der Akademiker! Nun wird man aber vielleicht sagen: Der Student möge sich fernhalten von Fragen der Politik, selbst wenn er bereits zu politischem Interesse erwacht ist, ist er noch nicht genügend reif zur politischen Tätigkeit. Sehr richtig, wenn man damit sagen will, daß

eine auch noch so rege Studentenschaft von sich aus keine Politik machen könne und normalerweise auch nicht machen dürfe. Dennoch aber sollte man das politische Denken pflegen und schulen im Sinne der Vorbereitung und Heranführung an die spätere notwendige Betätigung. Die reife Besonnenheit des Alters ist gut; aber der Schwung der Jugend ist auch nicht schlecht. Und das ist die Antwort auf die Frage, warum es bedauerlich wäre, wenn die studentische Jugend aufhörte, aus studentischer Haltung heraus politisch zu fühlen: In der Jugend liegen Werte, die nur in der Jugend zu finden sind, Werte, die sich mit denen des erfahrenen Alters zusammenfinden sollten, damit von den anderen Jahrgängen immer neuer Idealismus und tatenwilliger Elan angeführt werden, andererseits die Jugend in die bestehenden Traditionen hineinwächst und die politische Kontinuität erhalten bleibt.

Der fahrende Scholast des Mittelalters trug ein Schwert und wußte es auch zu brauchen. Der moderne Akademiker sieht sich verwiesen auf die Waffen des Geistes allein. Doch über die Jahrhunderte hinweg reicht er jenem die Hand und nennt ihn, der eintrat für Freiheit und Recht, Kommilitone.

<sup>1)</sup> Nach 1918 bestanden in Prag zwei Universitäten nebeneinander, wobei die traditionellen Insignien an die neugegründete tschechische Universität übergangen, die deutsche sich mit Imitationen begnügen mußte. Nach der Annexion durch Hitler wurde die tschechische Universität wieder aufgehoben, ein Schicksal, das 1945 die deutsche traf.

## Brief und Gegenbrief aus ... Florenz

(1959/4)

Letztlich (Nr. 3, Juni 1959) veröffentlichten wir einen Brief aus Florenz. Er ist nicht unwidersprochen geblieben. Der Gegensatz ist aber nur ein scheinbarer. Denn wenn auch auf Anhieb beide Briefe einander vorbeluzureden scheinen, so will letztlich auch der „Gegenbrief“, was der erste „Brief“ schon bezweckte: das Versäumte aufzuzeigen, die Leute wachzurütteln. Es geht um die Bildung (und die ist nicht bloß eine innere, die in diesen entscheidenden Jahren des Hochschölers, in fremder Umwelt, gelernt oder nicht gelernt wird. Und an diesem Punkt geht es nicht mehr nur um Florenz, sondern um jede Hochschulgruppe anderswo. Das Anliegen ist ein allgemeines. Die Red.

„Es war einmal ein Student, der hatte seit der Schule soviel Kunstgeschichte vergessen, daß er beschloß, nie wieder in seinem Leben ein Museum zu betreten.“

„Ein anderer hatte in Deutschunter-

richt so viele Enttäuschungen erlebt, daß er beschloß, nie wieder ein Buch zu lesen, das nicht zur Vorbereitung der nächsten Prüfung diente.“

In der Geheimgeschichte der Florentiner Universität sind, seit Südtiroler dort studieren, bestimmt zahlreiche solche Sätze verzeichnet. Daß es Schriftleitungen gibt, die sich freuen, mit solchen Zeilen ihren spärlich belieferten Loksteil auffüllen zu können, wissen wir erst seit der letzten Nummer des fahrenden Skolasten.

Aber wenn es nichts wirklich Interessantes zu berichten gibt? Es braucht zwar schon gewaltige Scheuklappen, um in Florenz nichts Interessantes zu finden. Vielleicht hängt der Niedergang der kulturellen Aufgeschlossenheit der Hochschulgruppe Florenz mit der Schließung des seinerzeitigen Kulturzentrums, der „Casa del Vin Santo“ zusammen, vor der aus man in vorgezogener Stunde zum Baptisterium pilgerte, um dessen strahlendweiße Harmonie zu bewundern? Versucht's einmal Kollegen. Es gibt noch einige „betote“ in Florenz! Vielleicht bekommt auch nur der Geist in süßiger Form!

Rainer Seberich

davorzukommen. Eines sei noch gesagt, vieles, was man an „Grauslichkeiten“ der Matrikeln gehört hat und nie und da noch hört, ist übertrieben oder war eine Nachkriegserschöpfung. Wenn heute noch gewissen Matrikeln böse Streiche gespielt werden, dann sind diese meist selbst schuld, doch auch das sind Ausnahmen. F. Trenker

(1957/2)

### Akademische Überheblichkeiten

Die meisten Beiträge, die bisher in dieser Rubrik erschienen sind, verfolgen nicht allein den Zweck, eine Verbindung bzw. einen Verein vorzustellen und dessen Ideen und Ziele zu erläutern, sondern sie hatten auch die Aufgabe, neue Mitglieder zu gewinnen und zu werben. Natürlicher Weise waren und sind die Verfasser dabei bestrebt, die betreffende studentische Gemeinschaft und ihre Zielsetzung von der schönsten Seite zu zeigen.

Im Beitrag des Kollegen Karl Claus „Akademische Freiheiten“ über den „Ring freierwilliger Studenten“ — RfS (Skolast 1/5) werden als dessen Hauptanliegen die Pflege der „geistigen Freiheit“ und eine ausgeprägte Liebe zu Heimat und Volk hingestellt. Die Freiheit wird so stark betont, daß man den Eindruck gewinnen möchte, als wären alle jene unfrei, die nicht dem RfS angehören — ganz abgesehen davon, daß es unklar bleibt, was unter Freiheit gemeint ist. Die im Artikel erwähnte Lehr- und Lernfreiheit gehört zu den Grundrechten des Hochschulstudiums, und es dürfte wohl kaum eine studentische Vereinigung geben, die nicht deren Wahrung und Erhaltung auf ihre Fahnen geschrieben hätte. Wenn aber der RfS die Ansicht vertritt, daß Parteilichkeit an den Hochschulen nichts zu suchen habe, zugleich aber politische Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit ablehnt, so kann ihm hierin nur beigeplättet werden.

Die betont antiklerikale Haltung des RfS hingegen läßt sich mit der Freiheit nicht in Einklang bringen; denn wenn der Begriff der Freiheit auch den der Toleranz in sich birgt, so geht es nicht an, einer Glaubensgemeinschaft, wie es die Kirche ist, schlechthin negativ entgegenzutreten; zudem ist es längst üblich, wenn man glaubt, ständig den Gegensatz zwischen „Liberalen“ und „Schwarzen“ betonen zu müssen.

Als weiteres Hauptmerkmal des RfS wurde dessen ausgeprägte Liebe zu Heimat und Volk und vor allem auch sein besonderes Interesse für Südtirol aufgezeigt, ja, Kollege Claus meint sogar, daß man beim RfS „das größte Verständnis und die größte echte Anteilnahme“ an den Problemen unserer Heimat finden kann. Es ist dieses sein lebhaftes Interesse dem RfS zweifelsohne hoch anzurechnen, aber es sind sich auch andere dessen bewußt, was sie ihrer Heimat und ihrem Volke schuldig sind, ohne es laut in alle Welt zu schreien. Es ist wirklich stark übertrieben gesagt, daß „Südtiroler Studenten, die in Oesterreich studieren, im RfS die Belange ihrer Heimat am besten vertreten können“ — wie überhaupt der ganze Artikel des Kollegen Karl Claus von einer gewissen Überheblichkeit getragen zu sein scheint.

Marjan Cascutti

## ZUM EINSTAND

(1956/2)

Jedes Jahr im Sommer finden die Abschlußprüfungen an den klassischen und wissenschaftlichen Lyzeen, an den Handelsschulen, Lehrerbildungsanstalten und ähnlichen Instituten statt.

Eine große Anzahl von jungen Menschen beschließt einen Abschnitt ihres Lebens und tritt in einen neuen ein. Viele sind sich schon vor Abschluß der höheren Mittelschulen darüber im klaren, was sie studieren werden und auch welchen Beruf sie ergreifen werden. Diese vielen wählen im Laufe des Sommers eine Universität und schreiben sich auf dieser ein. Zu Beginn des akademischen Jahres betreten sie mit mehr oder weniger gemischten Gefühlen die Aulen ihrer Fakultät und hegen alle guten Vorsätze, um von Anfang an ihr Studium erfolgreich zu gestalten. Ja, sie sind sogar schon etwas stolz geworden und schmeicheln sich im Gefühle ihrer neuen Würde.

Diese frischgebackenen Studenten werden an den italienischen Universitäten „Matricole“ genannt. In den meisten Fällen auch „bässliche, grausige, ekelhafte Matricole“. Aus dem geht hervor, daß die eingeschessenen Studenten ihre neuen jungen Kollegen ziemlich von oben herab ansehen und oft sogar mit Verachtung. Geschichtlich gesehen hat das seinen Grund in dem mittelalterlichen Brauch, daß die Neulinge eine Zeitlang die Diener (lies: Pfeifen-deckel) der „Alten“ sein mußten, um von diesen in den Kreis der wirklichen Studenten aufgenommen zu werden. Gewiß hat das seine Berechtigung: Geistig der höheren Mittelschule noch nicht entwachsen, fühlen sich die „Matricole“ schon als richtige Studenten und kennen doch noch nicht das Universitätsleben, wissen nicht, wie sie nun arbeiten müssen und welche Verantwortung schon zu Beginn ihres Stu-

diums auf ihnen, als zukünftigen Akademikern, lastet. Aus diesem Grund geben ihnen die „Alten“ zu verstehen, daß sie ihnen noch nicht gleichberechtigt sind. Sie treiben ihre Späße mit ihnen, manche machen sie lächerlich und unterhalten sich dabei köstlich. Solange dies mit Humor, Witz, ohne Bosheit und Schmarotzerei geschieht, ist nichts dagegen einzuwenden. Leider aber herrschen an den meisten italienischen Universitäten in dieser Beziehung Mißstände und es gibt überall eine Gruppe von älteren Studenten, die oft weit über die eigentliche Dauer des Studiums an der Universität sind, die sich nur darum bemühen, die Matrikeln finanziell auszunutzen, mit einem Dialektwort zu „wurzen“. Es handelt sich dabei um das Zählen einer Unmenge von Zuckerwerk, Getränken, sogar ganzer Mahlzeiten, sowie teurer Zigaretten, Kinobesuche u. a. Nach erfolgter Wurzel wird der Matrikel ein sogenannter „Papyrus“ ausgestellt, der in den meisten Fällen mit unanständigen Zeichnungen und Sprüchen schlimmster Art bedeckt ist. Gegen diese Unsitte haben die Südtiroler Hochschüler (leider nicht alle) Stellung genommen und an dieser Stelle sei allen zukünftigen Matrikeln gesagt, daß es bestimmt nicht zum studentischen Leben gehört, einmal auf Kosten des Vaters eine Reihe von Schmarotzern auszunutzen, ein andermal einen möglichst unanständigen Papyrus als Ausweis bei jeder Gelegenheit herumzuzeigen.

In Anlehnung an die schon eingeschessenen Südtiroler Hochschüler der betreffenden Universität kann jede Matrikel es mit höflicher Festigkeit erreichen, daß sie mit derlei Unfug nicht belästigt wird. Natürlich gehört auch etwas Diplomatie, Geistesgegenwart und Schlagfertigkeit dazu. Wenn eine Matrikel trotz allen Bemühens doch so aufs Korn genommen wird, daß kein Davonkommen mehr möglich ist, dann bleibt nur noch eines: mitnachen und mit Humor trachten, möglichst billig

Um der kulturellen Arbeit unserer Hochschulgruppen Anregung und Auftrieb zu geben und um das Singen auch in unseren Kreisen wieder heimisch zu machen, veranstaltet die Südtiroler Hochschülerschaft zu Weihnachten, anlässlich der Vollversammlung, einen

## Sängerwettbewerb

Alle Hochschulgruppen können sich (auch verstärkt durch andere Mitglieder) daran beteiligen (mindestens 3 pro Hochschulgruppe). Der Gesang kann auch durch Instrumente begleitet werden.

Als Preis ist zu gewinnen:

### Ein Wanderpokal,

der nach zweimaligem Wiedererwerb endgültig der Gruppe verbleibt, sowie

### ein Preis von 10.000 Lire

zur freien Verfügung der ganzen Hochschulgruppe.

Zum Beweis ihres Könnens haben die Gruppen folgende Lieder einzustudieren:

1. Pflichtlied: „Von Liebsten duldet, den ich han“ (Volkslied aus dem 16. Jahrhundert, dreistimmiger Satz von Anton Mayr).
2. Zwei Volkslieder, auszuwählen aus folgenden:  
„Ein Jäger aus Kurpfaiz“  
„Fein sein, beisander bleib“  
„March, was kommt von draußen rein“  
„Im Krug zum grünen Kranz“  
„Kein schöner Land“  
„Von Zillertal außer“  
Die Lieder können einstimmig oder in freier Mehrstimmigkeit (mit und ohne Instrumente) gesungen werden. Gitarrebegleitung empfohlen.
3. Ein mehrstimmiger Gesang (auch Chorus, mit oder ohne Instrumente) nach freier Wahl.

Die Hochschulgruppen sind zur Teilnahme freundlichst eingeladen und werden ersucht, nach Möglichkeit bis 1. Dezember diese zu melden. Über etwaige ungeklärte Fragen gibt das Sekretariat Auskunft.



## Podere Toscana

(1981/1)

Da ist doch vor ein paar Tagen ein guter Freund, ich glaube er ist Schriftsteller oder Autor, gekommen und hat mich gefragt, da ich doch von Meran bin, ich soll doch so gut sein und etwas über (eventuelle) Alternativgruppen schreiben. Ja und dann habe ich mir den Kopf heiß gemacht, und er wäre auch bald zerbrochen vor lauter Denken und herumgefragt habe ich auch, aber gefunden habe ich nix.

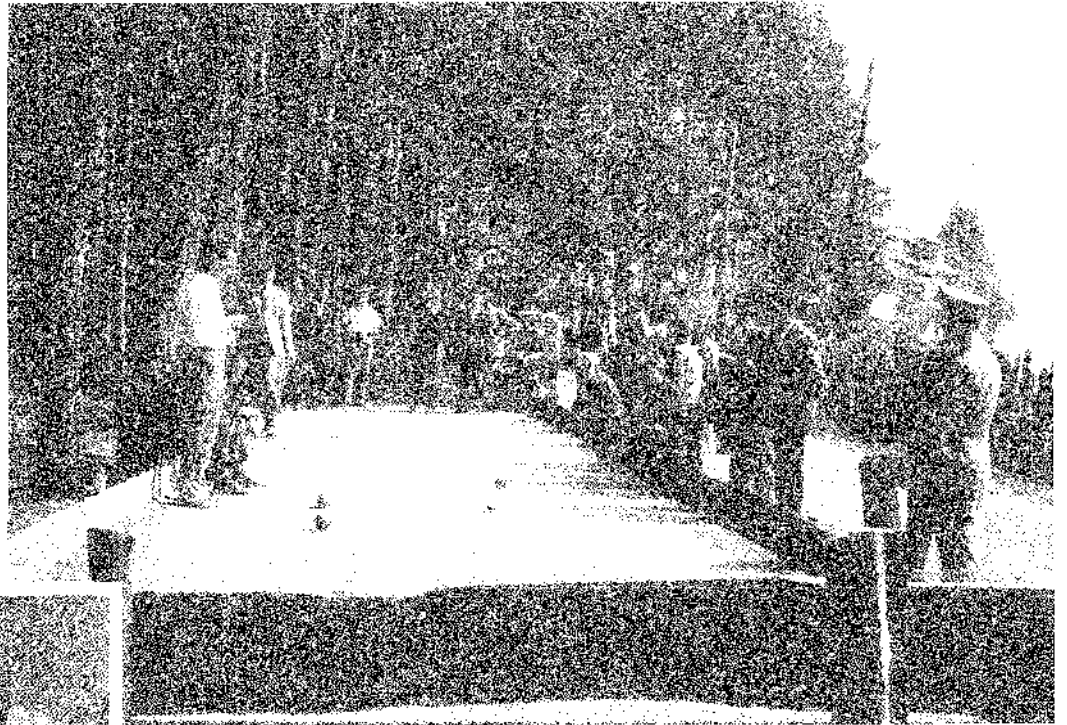
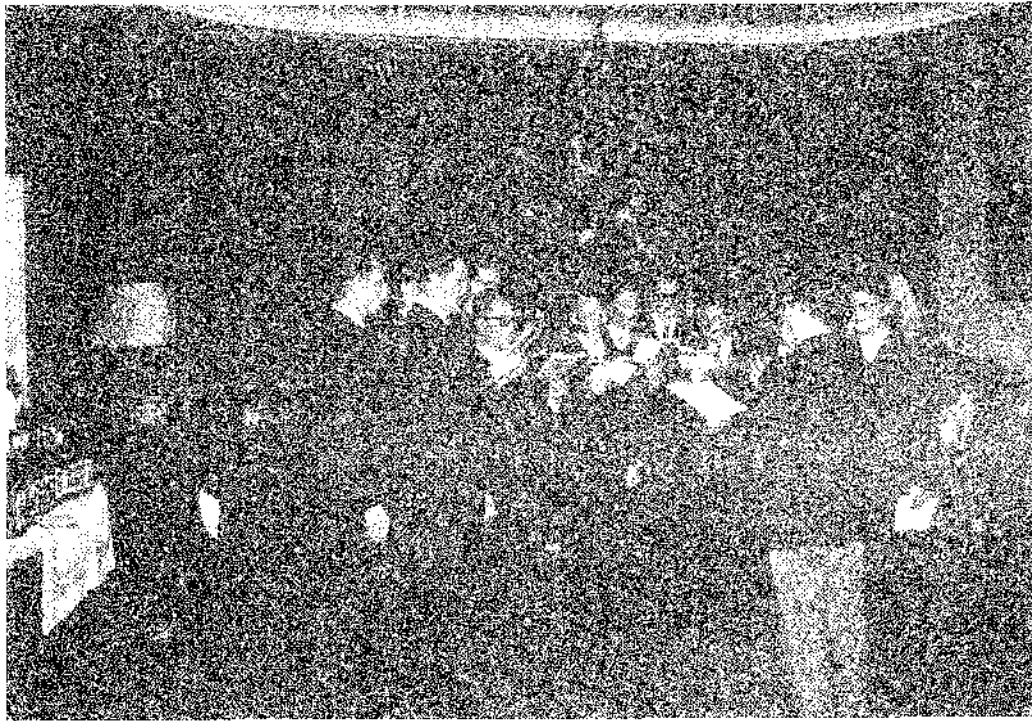
Es gibt zwar ziemlich ein paar Ex-Meraner, die sich für eine Alternative entschieden haben, aber das sind keine Meraner mehr, und leben tun sie da auch nicht mehr, weil sie ja ausgewandert sind. Ja, da fragt man sich sicher: Wohin wandern denn die ganzen Alternativ-Meraner? Und da denkt man: Sicher irgendwohin wo es keine Touristen gibt und wo sie sich ihre Pläne verwirklichen können. Richtig gedacht. Es gibt da weiter südlich noch ein paar Plätzchen, wo das Leder vom Stiefel noch nicht so eingefettet ist. Da kann man mit biologischem Dünger, ein bißchen Fantasie und Wasser allerhand aus dem kargen Lehmboden herausholen. Das klingt vielleicht alles ein bißchen leicht, aber die Leute da unten haben's gar nicht leicht, wenn man bedenkt, daß auf den meisten „Poderi“ über 20 Jahre niemand mehr gelebt und gearbeitet

hat. Unter den Einheimischen in der Toskana gibt es nämlich immer noch die Landflucht, weil man in der Stadt gut verdienen und ein schönes Auto haben kann. Auf vielen Poderi gibt es dann auch keinen Strom, aber da kann man sich ja mit Gaslicht und einem Autoradio versorgen. Ja und im Sommer gibt es dann die „Mostra Permanente“ und die gibt's jedes Monat einmal in Sorano, ganz in der Nähe von Pittigliano. Da treffen sich alle Alternativbauern und Handwerker und stellen ihre Produkte aus. Daß dann aus dieser Mostra ein großes Fest wird, kann man sich ja gut vorstellen. Da gibt es die besten Weine, die besten Sachen zum Essen, gute Musiker, die gute Musik machen, alle möglichen Dörfchen und Rauchsäulchen, und viele schöne Dinge, die man alle am liebsten kaufen würde.

Daß die Alternativler da unten lange Haare haben, stört keinen der alten Leute. Sie wissen, daß die Langhaarigen etwas aus ihrem Land machen und ihr eigener Nachwuchs wegen dem Geld in den Streß und die Hektik einer Stadt laufen.

Leider habe ich selbst kein Geld gehabt, letzten Sommer, sonst hätte ich mich auch da unten seßhaft gemacht.

Und falls sich jemand für die Toskana interessieren sollte, so muß er sich schleunigen. Da gibt's schon viele Spekulanten, die jetzt den Grund aufkaufen, um ihn dann bald schon um das Doppelte zu verkaufen. So long.



skolast

SH  
was ist das

## SHler über die SH

Nein, die SH-Geschichte ist in diesem Kapitel nicht nachzulesen. Entwicklung und Grundsätzliches zur Organisation sind teilweise in den übrigen Kapiteln, besser noch in den einleitenden Artikeln dieser Nummer zu finden, und bei weitem nicht alle SH-interne Angelegenheiten haben im »skolaste« ihren Niederschlag gefunden. Aber Teile bzw. Ausschnitte dessen was die in der SH Engagierten und die Verantwortlichen über die eigene Organisation und ihre Mitglieder anzumerken hatten, wurde versucht in einer Weise auszuwählen, die dennoch einen Überblick gestattet.

Bestimmte Themen kehren immer wieder. Die Mitarbeit der Mitglieder, die politisch-ideologische Ausrichtung, die Frage des Vertretungsanspruches der Südtiroler Studenten sind Bereiche, die konstant SHler zur Schreibmaschine greifen ließen. So gibt es schon in den ersten SH-Jahren ein öffentliches Lamento über das mangelnde Engagement der Studenten innerhalb der SH (Aufruf zum Artikelschreiben für den »skolaste«), das sich durchzieht, und in den letzten Jahren zum Teil der Einsicht

gewichen ist, daß Gründe für diese Haltung der Studenten außerhalb der SH zu finden sind.

Von außen an die SH herangetragen wurde in diesem Zusammenhang die Frage nach der Legitimation mit der die SH im Namen der Studenten Südtirols handelt. Gestellt wurde die Frage immer dann, wenn es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Hochschülerschaft und anderen Organisationen kam, und dann der formale Aspekt vor den inhaltlichen geschoben wurde.

Auch die internen Positionsunterschiede, die später zu »Fraktionsbildungen« führten, lassen sich weit zurückverfolgen. Auch diese Diskussion wurde nach außen getragen (Auseinandersetzungen mit der JGG in der SVP in den 70er Jahren).

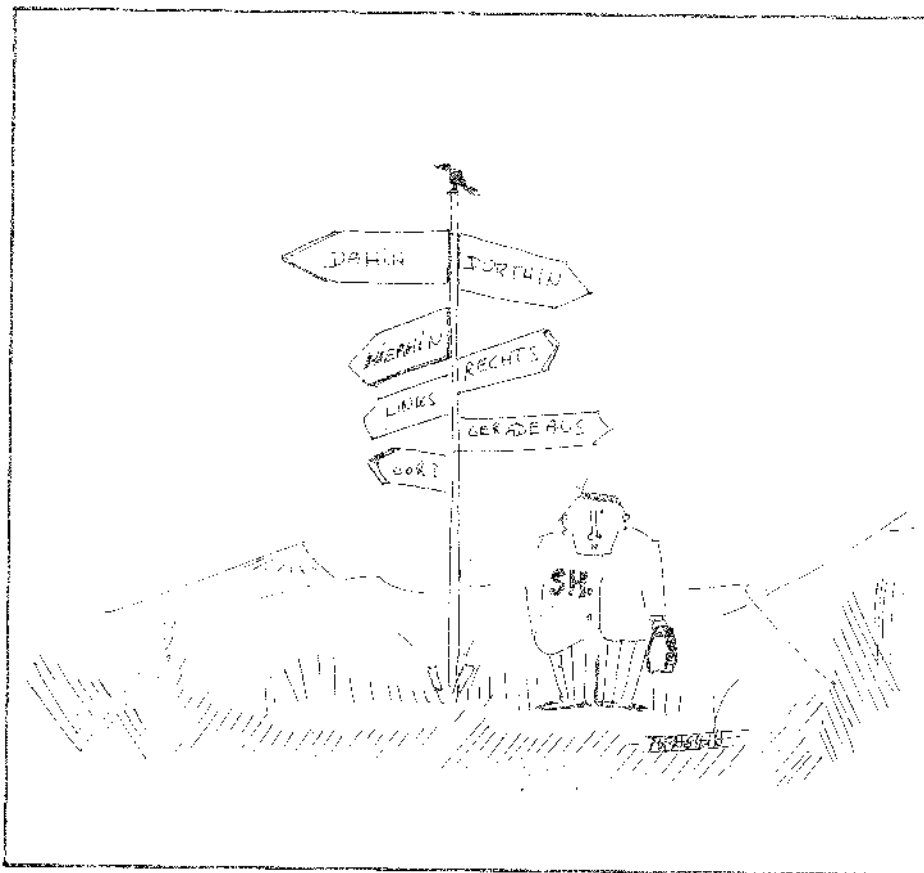
Dies der ungefähre Faden der folgenden Seiten.

Einiges mußte selbstverständlich beiseite gelassen werden: Statistiken, Berichte über Vorstands- und Ausschußsitzungen, ehemaligen Jubiläumsartikel zum 5-, 10- oder 25-jährigen und und und. Wer sucht könnte finden.

bs

# ZUSAMMENARBEIT UND FÖRDERUNG

(1952/2)



Wir haben einen Vorstand und haben Verbindungsmänner. Wer das Glück hat, gewählt zu werden, kann dann in seiner Hand eine Fülle von Macht konzentrieren: er ist dann beispielsweise in einer Person Schöpfer großer Programme, Verfasser unzähliger Rundschreiben und (meist unbeantwortet bleibender) Briefe, Stellen- und Wohnungsvermittler, Eintreiber von Mitgliedsbeiträgen, Auskunftsbüro, Organisator von Unterhaltungen und Ausflügen, Schreiber, Korrektor und Marktkleber beim Mitteilungsblatt, Kulturpolitiker und Laufbursche. Und die anderen? Sie fühlen sich heimat, dankbar und im sicheren Genusse des Rechts, an der Betreuung Kritik üben zu dürfen.

Hier soll nicht gefordert werden, daß jedes Vorstandsmitglied noch einen eigenen Bediensteten für die „niederen“ Arbeiten zugeweiht erhält; wer einen Brief schreibt, kann auch ruhig die Marke aufkleben und den Schreibtisch aufräumen — Vorstandsmitglieder sind ja keine Generaldirektoren! Wir wollten vielmehr auf die Gefahr hinweisen, daß die Hochschülerschaft zur Angelegenheit einer kleinen Gruppe von sehr aktiven Leuten wird, die aber isoliert dastehen. Mit dieser Erscheinung hat allerdings jeder Verein zu rechnen. Aber sind wir eigentlich ein Verein? Wir haben uns von Anfang an gewahrt, als solcher angesehen zu werden. Wir sprachen vielmehr von Interessengemeinschaft; es wäre aber wohl falsch, die Aufgabe der Hochschülerschaft lediglich in der Vertretung der Interessen des einzelnen zu sehen.

Gewiß gehört das dazu, doch ordnen sich die Einzelinteressen in ein Gesamtinteresse der Südtiroler Hochschüler ein, und das besteht in einer Aufgabe: der Aufgabe nämlich, in einigen Jahren zur Führungsschicht Südtirols zu gehören. Wir dürfen vor allem nicht vergessen, daß die Minderheitsituation vom einzelnen mehr verlangt und daß die gemeinsame Aufgabe ein gemeinsames Tun erfordert. Theoretische Diskussionen können die Geister entzweien. Auf die Einheit kommt es aber an, und diese verwirklicht sich weit besser in hilfsbereiter Zusammenarbeit bei konkreten Aufgaben als durch schematische Kritik an Methoden und Personen.

Wir sprachen oben von „Minderheit“. Der Leser wird schon das Adjektiv „völkisch“ dazugesetzt haben. Als Akademiker sind wir aber „Minderheit“ auch auf der sozialen Ebene, und das hat im Zeitalter der Massen und der sogenannten Demokratie ungute Auswirkungen. Die soziale und wirtschaftliche Stellung des Akademikers hat sich mangels eines Klassenbewußtseins verschlechtert, nach wie vor aber fällt ihm eine (oder eigentlich: die) Führungsaufgabe im geistigen und politischen Leben eines Volkes zu. Die weitgehende Absorbierung durch das Fachstudium steht aber der Vorbereitung auf diese Aufgabe hindernd im Weg, und als Individualist, der er im Wesen ist, vermag er sich nur schwer durchzusetzen. Einzelne besonders Begabte und Verantwortungsbewußte werden den Weg zu einem über das rein Fachliche hinausgehenden Wirken von selbst finden. Bei

unserer Lage als völkischer Minderheit kann man aber nicht auf diese natürliche Auslese sich beschränken und warten, hier braucht es planmäßige Aufbauarbeit und Förderung der geistigen Berufe, soll unser Volkstum nicht zugrunde gehen oder als bloßes ethnisches Reservat weitervegetieren, ohne Zukunft. Denn was sollte es eine Zukunft, eine Fortentwicklung geben, wenn nicht da eine Gruppe von Leuten ist, die den Weg weist?

Man scheint das Problem in der Vergangenheit etwas übersehen zu haben. Ansätze zu einer solchen planmäßigen Aufbauarbeit sind vorhanden: es gibt eine Landesplanungstelle, die sich gerade mit Fragen der Berufsstellung beschäftigt, wir arbeiten im Augenblick an der Fertigstellung der Hochschülerkartei. Die Maturantenberatung ist hier zu erwähnen, die auch neuer wieder durchgeführt werden wird, die Meraner Hochschülerwochen und ein guter Teil der Arbeit des Südtiroler Kulturstifts gehören hierher, ebenso wie unser Mitteilungsblatt, die im Sommer stattfindende Studententagung und die „Suden“ an einzelnen Hochschulorten. Dort regt sich auch mancher Keim zu persönlicher, eigener Kulturarbeit. Doch das alles muß oben im Keim ersticken, gelingt es uns jetzt nicht, weitere Kreise für diese Aufgabe zu interessieren und ein gewisses Gemeinschaftsbewußtsein aller Südtiroler Akademiker anzubahnen. Vor allem müssen auch Mittel bereitgestellt werden, die diese Aufbauarbeit erst ermöglichen.

Die kleinste studentische Verbindung hat ihre Altherrenschaft, Leute die die Jungen mit Rat und Tat unterstützen. Wir sind noch eine junge Vereinigung ohne Tradition, aber gerade deshalb haben wir die Hilfe umso nötiger. Oder haben wir vielleicht nicht gezeigt, daß wir die Unterstützung verdienen? Wir glauben es nicht, wir können mit gutem Gewissen um diese Hilfe bitten und hoffen, nicht an verschlossene Türen zu klopfen. Wir betreiben keine Schnorrerei, sondern suchen vor allem auch den Kontakt mit denen, die vor uns studiert haben, und werden ihnen Jahr für Jahr über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel Rechenschaft ablegen. Wir hoffen auch, daß sich nicht nur die Akademiker angesprochen fühlen, denen die Förderung der akademischen Jugend besonders nahe liegen müßte, da ja vielfach ihre Kinder ihr angehören oder angehören werden; sondern vielmehr alle, denen das Wohl unseres Landes am Herzen liegt.

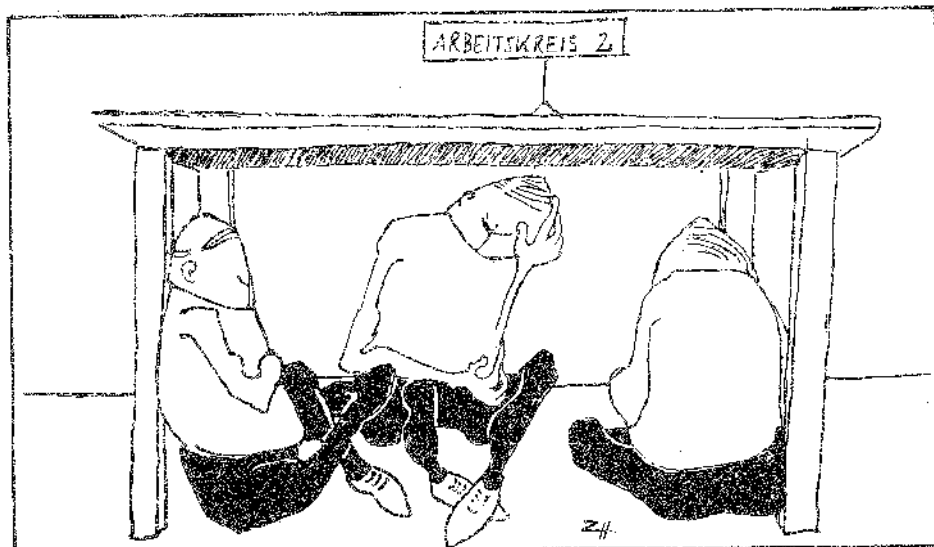
Die in Kürze beginnende Werbung von Förderern könnte zu einem Prüf- und Markstein der gesamten Hochschülerschaft werden. Unsere Mitglieder werden zeigen müssen, daß sie den Grundsatz ihrer Zusammenarbeit ernst nehmen (oder sollen wir etwa nur Vorstand und Verbindungsleute mit der Sammelbüchse losschicken?), die Akademiker und die Südtiroler überhaupt dagegen, daß ihnen die Bildung und Ausbildung unserer Jugend, der künftigen Träger Südtiroler Lebens, am Herzen liegt.

Rainer Seberich



# Wer sind die Dummen?

(1961/2)



Anlässlich der letzten Vollversammlung der Südtiroler Hochschülerschaft fiel unter anderem auch das Stichwort „Fahrender Skolast“. Leider erst gegen Ende unserer Vollversammlung, so daß verhältnismäßig wenige die Diskussion über unser Mitteilungsblatt verfolgen und vor allem die von einigen Kollegen vorgebrachte Klage erfahren konnten, daß die Mitarbeit der Südtiroler Hochschüler in letzter Zeit sehr, sehr zu wünschen übrig lasse, ja, daß sich „Der Fahrende Skolast“ immer mehr von seinem eigentlichen, ursprünglichen Ziel entferne, ein Mitteilungs- und Diskussionsblatt vor allem und in erster Linie der Südtiroler Hochschüler selbst zu sein.

Ich nehme gleich vorweg: Ich stehe ebenfalls auf diesem Standpunkt und hoffe nur, in diesem kleinen Artikel ein paar scharfe Worte gegen die auffallende Faulheit all jener Südtiroler Studenten zu finden, die nur deshalb von der Existenz des Fahrenden Skolasten wissen, weil er ihnen zugeschickt wird. Schaden kann das niemandem: Den Angegriffenen nicht, weil sie vielleicht (ich möchte lieber sagen: bloß vielleicht) ein wenig aus ihrer Lethargie aufgerüttelt werden, mir nicht, weil ich das leise Vorgefühl habe, daß mir sowieso niemand, scharf oder nicht scharf, antworten wird.

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, sei gleich darauf hingewiesen, daß ich die zumindest merkwürdige Auffassung vor allem jener nicht verstehe, noch viel weniger billigen kann, die meinen, daß es dumm sei, bei der Südtiroler Hochschülerschaft, also der eigenen Organisation, ein wenig mitzuarbeiten, in diesem Fall durch irgendeinen kleinen Artikel für den Fahrenden Skolasten. Meiner Ansicht nach ist es für jeden ein Armutszeugnis, wenn er die Mitarbeit an jener Organisation ablehnt und für „lächerlich und dumm“ findet, die ihm Stipendien vermittelt, Freiplätze für hochinteressante Tagungen zur Verfügung stellt, entscheidend am Zustandekommen des Studententitel-

abkommens beteiligt war usw. usw. Und es ist ein Armutszeugnis für jeden Südtiroler Hochschüler, wenn er über jene Kollegen, die bei der Südtiroler Hochschülerschaft mitarbeiten, von oben herab lächelt (ich möchte mich vorsichtig ausdrücken!) und diese seine etwas komische Ansicht bei einem guten Glas Bier und womöglich an jenem Tag in die liebe Welt hinausposaunt, an dem er gerade sein Stipendium eingestrichen hat. Nichts gegen Bier und Stipendium! Nicht wenige Südtiroler Studienkollegen werden sich wahrscheinlich schmunzelnd daran erinnern, daß ich nach entsprechendem Bierkonsum schon öfters beschwingt durch die Straßen Wiens gestiegen bin. Und schon gar nichts habe ich gegen das Stipendienwesen einzuwenden. Selbstverständlich sollen bedürftige Studenten, die ein erfolgreiches Studium nachweisen können, weitgehend unterstützt werden. Viel einzuwenden habe ich aber gegen jene, die im Einkassieren von Stipendien ihre Arbeit für die Südtiroler Hochschülerschaft als erschöpft und ausreichend ansehen.

Niemand möge nun den fürchterlichen Gedanken hegen, daß ich von der verschrobenen Ueberzeugung besessen bin, daß jeder Südtiroler Hochschüler, der ein Stipendium erhält, Artikel für den Fahrenden Skolasten schreiben soll. Ich kann mir gut vorstellen, daß es viele unter uns gibt, denen es bereits in der schön-schrecklichen Zeit, in der man der Matura entgegenzitterte, eine unsägliche Qual war, einen Aufsatz in der Deutsch-Schularbeit zusammenzubrauchen oder, wenn sich die Gelegenheit dazu bot, zusammenzuschwindeln, wodurch sich die Qual wesentlich verringerte (das kann ich aus eigener Erfahrung behaupten!). Ich möchte aber nicht wissen, wie viele von uns nicht aus diesem Grund, sondern aus purer Bequemlichkeit sich davor scheuen, über irgend etwas im Fahrenden Skolasten zu schreiben (über eine Reise, einen Film, einen Theaterabend usw.) oder seine Ansicht zu irgendeiner aktuellen Frage zu vertreten: Es gäbe ja wirklich so viel Stoff. Abschließend möchte ich nun

noch zu einem oft gehörten Vorwurf kurz Stellung nehmen. Man hört nicht selten die Klage (und am häufigsten interessanterweise gerade von jenen, die sonst mit dem Fahrenden Skolasten nicht viel zu tun haben), daß unser Blatt immer viel, viel zu spät herauskomme. Die Klage an und für sich ist sicherlich berechtigt; das wird niemand leugnen können. Man sollte sich aber so nebenbei ins Gedächtnis rufen, daß die Hauptschuld daran vor allem unsere eigene Faulheit trägt, da es doch sonnenklar ist, daß man ein Blatt gar nicht herausbringen kann, wenn am Einreichetermin viel zu wenig Artikel eingelaufen sind. Wie wäre es einmal wieder mit dem vielfach verschmähten: „Mea culpa...?“

Es würde mich nun freuen, wenn mir ein Südtiroler Hochschüler in der nächsten Nummer recht scharf antworten (er wäre von diesem Augenblick an mein bester Freund) und Punkt für Punkt den Beweis erbringen würde, daß meine Ansichten falsch sind. Ich fürchte nur, daß ihm diese Beweisführung nicht ganz leicht fallen wird...

Hansjörg Kucera

## Wünsche

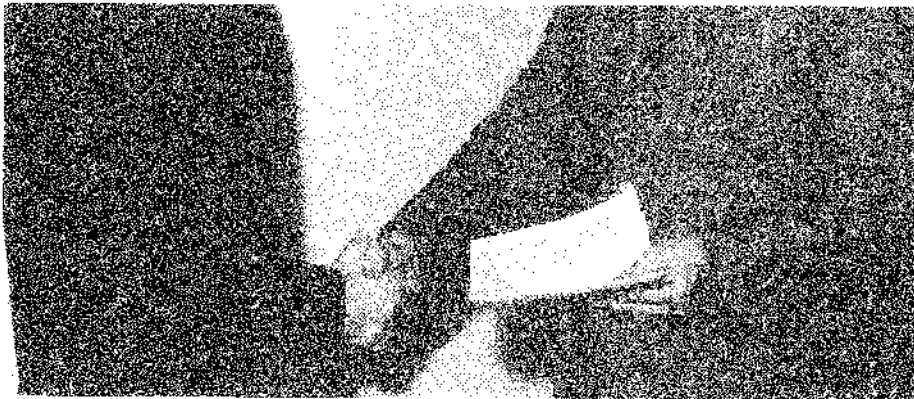
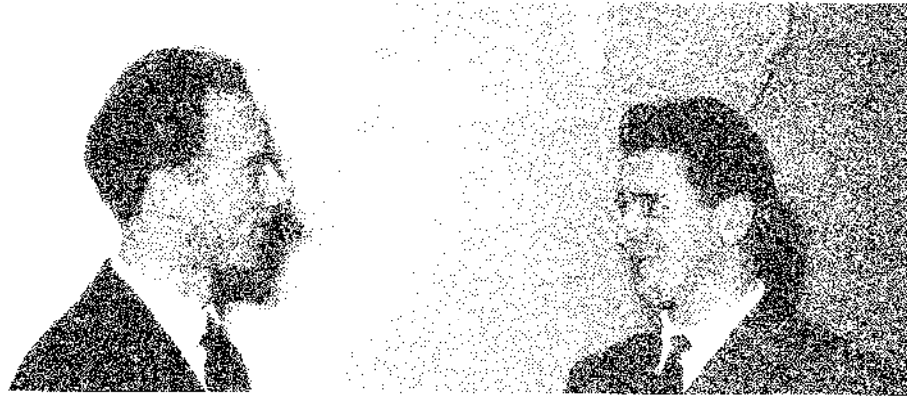
*Es gibt erfüllbare und unerfüllbare Wünsche, solche, die wahrscheinlich in Erfüllung gehen, andere, deren Erfüllung zweifelhaft ist. Die Einteilung wird dem freundlichen Leser überlassen:*

- Möge es einen Hochschüler geben, a) der den „Fahrenden Skolasten“ von vorn bis hinten liest, b) der für jede Nummer einen Beitrag schreibt.
- Möge jeder Hochschüler einen Abonnenten für die Hochschülerzeitung werben.
- Möge jeder Leser im Laufe des Jahres zur Ueberzeugung gelangen, daß die Gestaltung des Fahrenden Skolasten nicht nur die Nachahmung moderner Formen anstrebt, sondern sich notwendig aus dem modernen, d. h. zeitnahen Inhalt der Zeitung ergibt.
- Möge jeder Kritiker verstehen, daß Studentenzeitungen auch den Mut haben müssen, Anstoß zu erregen.
- Möge jeder Artikelschreiber bedenken, daß auch Herausgeber von Studentenzeitungen Verantwortung zu tragen haben.
- Mögen alle Südtiroler einsehen, daß 4 Berge und 3 Täler nicht die Welt sind.

Dr. Rainer Seberich  
„Verantwortlicher“ des F. Sk.

# VERSUCH EINER ANALYSIS DER KOMPLEXEN GRÖSSE SH

(1973/1)



Diesen als Sammelbecken der Meinungen und Interessen aller Südtiroler Studenten institutierten Vereine würde ich durchaus als Analogon zur SVP betrachten. Auch war ihr ein in jedem Fall genügend ähnlicher Lebenslauf beschieden: Kampf um Erwirkung von Ausnahmeregelungen im Sinne des Autonomiestatuts, Bemühungen bezüglich Studentenmatrikelanerkennung, Anstrengungen zur Erhaltung unseres Volkstums, voller Einsatz, um als Minderheit überleben zu können. All diese Maßnahmen waren getragen vom Gedanken der Zusammengehörigkeit aller Südtiroler, soziale oder ideologische Diskrepanzen mußten und konnten unter den gegebenen Umständen zurückstehen. Das gemeinsame Ziel, eine völlige Italicisierung verhindern zu müssen, hielt sowohl Sammelpartei als auch Sammelverein zusammen. Als aber durch immer weitere Zugeständnisse (Paket) durch Italien die Abwehrvorkehrungen reduziert werden konnten und nach neuen Richtlinien gesucht werden mußte, traten die in den Hintergrund gedrängten Probleme offen auf. All die Gruppen, die früher an einem Strang gezogen hatten, gingen nunmehr ihren eigenen Interessen nach, das Engagement im Verein sank zusehends.

Einige wenige «Konservative», die an der Nützlichkeit des Vereins nie gezweifelt hatten, versuchten den Betrieb weiterhin aufrecht zu erhalten und ihn politisch (neu) zu orientieren. Da das ursprüngliche Hauptanliegen der SH, die Anerken-

nung der österreichischen Studientitel, erfüllt war, sich aber nicht alle Studenten mit dem Geschäft der «großen Politik» identifizieren konnten, kam es auch, daß sehr viele Kollegen sich von der SH distanzieren, ihre Aktivität im Verein einfroren oder erst gar nicht beizutreten gedachten. Folge: obwohl die Anzahl der Studierenden in den vergangenen Jahren außergewöhnlich stark anwuchs, blieb die Mitgliederzahl in letzter Zeit gleich und ging heuer sogar zurück. Aber für diese negative Bilanz gibt es noch einen weiteren wesentlichen Grund: als Reaktor auf die Verpolitisierung in den sechziger Jahren griff nun eine lähmende Trägheit um sich, die den Anschein bewirkt, es habe außer den paar Verantwortlichen in der Zentrale kaum jemand ein großes Interesse am Verein, nicht die Delegierten im Ausschuss, geschweige denn die Studentenschaft -- trotz der im letzten Jahr von der großen Mehrheit der Mitglieder geforderten Aufrechterhaltung der studentischen Interessengemeinschaft SH.

Die Frage, ob diese offizielle SH als engagierte Minderheit das Recht habe, sich als Interessensvertretung aller Südtiroler Hochschüler zu bezeichnen und als solche in der Öffentlichkeit aufzutreten, scheint vielen Kollegen unter diesem Umständen als berechtigt; besonders auch deswegen weil gerade die Opposition im Ausschuss aus obengenannten Gründen stark unterrepräsentiert ist und sich (deswegen?) kaum äußert. Aber wenn auch diese Frage sehr naheliegend zu sein scheint, so

enthält dennoch in der Praxis jegliche Vereinsberechtigung.

Sie kann durch eine SH-spezifische Zwitterstellung leicht ad absurdum geführt werden: obwohl sich die Führung des Umstandes bewußt ist, daß der Verein auf einer schwachen Basis steht, handelt und verhandelt sie trotzdem im Namen aller Südtiroler Hochschüler. Dazu ist sie offiziell praktisch gezwungen, denn es ist ja so, daß die von der SH erhandelten Vorteile später allen Südtiroler Studenten zugute kommen und daß ihre Hilfestellungen von allen in Anspruch genommen werden können.

Ich finde es aber äußerst bemerkenswert, daß der Vertretungsanspruch der SH immer nur dann angewendet wird, wenn diese einzelnen nicht ins Konzept passende und für sie mit Konsequenzen verbundene Schritte unternimmt, aber andererseits mit einer Selbstverständlichkeit, die ich unverfroren und schuftig nennen möchte, von den Früchten der jahrzehntelangen Anstrengungen der SH profitiert, auch wenn man nicht Mitglied ist (ob aus Opposition oder um sich 1.500 Lire zu sparen, ist hier irrelevant).

Die Devise: «Ich trete aus Protest der SH nicht bei» mag für den einzelnen völlig begründet sein, ich aber halte sie nicht für die geeignete Alternative, weil ich in ihr nur einen Rückzug aus der klaren Opposition in eine Igeistaltung sehe. Eine solche Haltung erscheint mir aber überhaupt nicht dazu tauglich zu sein, die offizielle SH, sprich den Ausschuss in bestimmten, festgefahrener Ansichten zu einer Revision zu zwingen. Vielmehr kann nur durch eine bessere Zusammenarbeit, mehr Aktivität und eine klare Entscheidung in den Ausschusswahlen eine durchschlagkräftigere Opposition aufgebaut, durch den Beitritt aller Kollegen, und seien sie von der politischen Linie der Führung noch so enttäuscht, die Glaubwürdigkeit der Hochschülerschaft wiederhergestellt und auch gegenüber den öffentlichen Stellen, die das Fehlen einer nötigen Basis immer wieder zitieren, eine flexiblere und deshalb stärkere Stellung bezogen werden.

Auch bezweifle ich die Notwendigkeit einer «außervereinslichen Opposition», wenn sie auch manchmal als der zur Zeit einzig mögliche Ausweg erscheint. Eine «Anti-SH» würde als Studentenorganisation nur die gleichen Probleme behandeln können wie die SH, zudem wäre die so gepriesene Unabhängigkeit beider Vereine endgültig in dem Moment zu begraben, als beide infolge ihrer Polarität verschiedene Sponsoren gefunden haben. Nicht zuletzt würde eine große Zerstrittenheit unter den Hochschülern vorgeträuscht.

Georg Foltner

# Betrachtungen zur derzeitigen Beziehung zwischen SH und SVP (i. b. JG)

(1977/1)

Das Verhältnis zwischen SH und SVP war in den letzten Jahren ein nicht sehr gutes. Daß es ein gespanntes sein mußte, wird jedem nach der Lektüre dieses Artikels klar. Es sind nämlich ganz konkrete Fragen, wie z. B. Universität für Südtirol, die kulturelle Situation, Pluralismus, gar nicht zu reden von den teils schließlichen Ebnischungsversuchen der Jungen Generation im SH-interne Angelegenheiten, welche die Unterschiede unserer Standpunkte deutlich machen.

Am Sonntag, den 21. November 1976 hielt die Junge Generation der Südtiroler Volkspartei ihren 5. ordentlichen Landeskongreß ab.

Der Bericht des scheidenden Landesjugendreferenten Dr. Hans Benedikter über die Tätigkeit der JG nahm dabei einen Teil des Vormittags in Anspruch.

Für die Südtiroler Hochschülerschaft von einigem Interesse und Anlaß zu einer Analyse waren die Worte, die Benedikter für die Organisation der Hochschüler übrig hatte. Benedikter warf der SH „militante“ und meist „undifferenzierte Haltung“ gegenüber der SVP vor und erklärte, er werde sich nicht scheuen, „der oft ausgeprägten marxistischen Grundhaltung des SH-Vorstandes, bei der teilweise auch volkstumspolitische Positionen in Frage gestellt oder gefährdet werden, nach Kräften entgegenzuwirken“.

Es sei hier angemerkt, daß Benedikter von der SH eine differenzierte Haltung verlangt, jedoch selber in keiner Weise eine differenziertere zu bieten hat. Der gewesene Landesjugendreferent war nämlich nie instand, seine simplen Anschuldigungen und Behauptungen der SH gegenüber zu belegen; dies wäre ihm auch ungeheuer schwer gefallen. Benedikter, der sich vor Hochschülern in Florenz und Innsbruck gerne als „Linker“ und „Fortschrittlicher“ in der Partei feiern läßt, versteht es trefflich, zu generalisieren. Er, der angeblich nur mit sachlichen Argumenten operiert, möchte doch endlich zeigen, wo volkstumspolitische Positionen durch den SH-Vorstand in Frage gestellt oder gefährdet werden und er möge uns erklären, welche Indikatoren ihm auf eine marxistische „Grundhaltung“ des SH-Vorstandes schließen lassen.

Es liegt, nach all der Zeit, die tatenlos verstrichen ist, und nach all dem, was gesagt wurde, auf der Hand, daß der gewesene Landesjugendreferent gar kein wirkliches Interesse an einer sachlichen Diskussion hatte oder eine solche zumindest als unnötig erachtete. Viel einfacher war es für Benedikter und die deutsche Südtiroler Presse, die Südtiroler Hochschülerschaft als den marxistischen Feind schlechthin zu verurteilen.

Die Möglichkeiten dazu hatte man. Hiermit scheint leider bewiesen, daß Demokratie oft eine inverse Funktion der faktischen Macht ist. Alize offen-

sichtlich wurde die Macht eingesetzt, weil die SH in einigen Fragen und Problemen andere Positionen bezieht und vertritt. Sachfragen wurden von der Hochschülerschaft in den letzten Jahren mehrmals angegriffen. Man denke zum Beispiel an die Universitätsdiskussion, an die Minderheitenentwurf, an die Studententag über das Sanitätswesen.

Es ist unbestritten, daß in diesen Diskussionen verschiedene Standpunkte vertreten wurden. Wenn angeblich die eine oder andere Meinung zu kurz gekommen sein soll, so liegt die Schuld nicht an der SH; denn diejenigen, die trotz Einladung nicht anwesend waren, haben keinen Grund sich zu wundern oder in Resolutionen oder Pressemitteilungen zu protestieren, wenn sie nicht gehört wurden.

Was eine Partei intern beschließt, soll sie auch in der Öffentlichkeit diskutieren und begründen können. Beispiel bei der Universitätsdiskussion: Nachdem die SVP für „Nein“ zur Universität in Bozen beschlossen hatte, erübrigte sich für sie eine Teilnahme an der betreffenden Diskussion — und die SH war prompt der Buhmann im Land.

Die vielbeschworene gegenseitige (oft heißt es auch: „christliche“ ...) Toleranz manifestierte sich nur allzu oft in rein verbalen Bekundungen und Erklärungen, die obendrein bedauerlicherweise je nach Publikum variierten.

Es wäre unehrlich hier zu leugnen, daß die Südtiroler Hochschülerschaft als Ständesvertretung und Interessenvertretung manche Probleme anders behandelt als eine politische Partei. Man muß jedoch beachten, daß die SH in keiner Weise mit einer Partei zu vergleichen ist und deshalb auch eine Einordnung der SH in das Schema — weil einfache — ideologische Trivialschema: links — rechts unzulässig ist. Die Vertreter der SH haben deshalb keine Verantwortung ihre Tätigkeit nach einer Übereinstimmung mit dem Willen einer politischen Partei zu hinterfragen. Dieser Tatbestand der Unabhängigkeit ist eine grundlegende Voraussetzung, ohne die heute eine umfassende Studentenvereinsbildung nicht möglich ist. In der Gründungszeit der Hochschülerschaft vor 21 Jahren mag dies sicher anders gewesen sein. Heute hat das politische Bild in Südtirol weitgehend die Homogenität und ideologische

Gleichgerichtetheit von damals verloren. Abgesehen davon, wie man dies interpretiert, konstatiert auch die SVP: „Die SVP kann kaum mehr als echte Sammelpartei betrachtet werden“ (Grundsatzpapier; JG; 23. 11. 1975). Dieser Prozeß, der sich in ganz Südtirol abzeichnet, war insbesondere in der Hochschülerschaft und unter Akademikern besonders stark. In der SH ist man sich schon seit einiger Zeit nicht mehr einer (SVP-)Meinung. Dies bewog die JG und den Ex-Landesjugendreferenten H. Benedikter zu dem Versuch, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Es sei festgestellt: Im Ausschluß der SH sollen möglichst viele Meinungen vertreten sein, denn dies ist die Voraussetzung für den Weiterbestand einer Südtiroler Hochschülerschaft, die als offizielle Kontaktbene unter der Studentenschaft und nach außen hin zu den öffentlichen Stellen tätig wird. Sie hat nur dann Anspruch auf die Vertretung der Südtiroler Hochschüler, wenn sie ein Sammelbecken der Meinungen und Interessen der Studentenschaft bildet. Man muß sich aber bewusst sein, daß in der Vergangenheit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Südtiroler (und somit auch der Hochschüler) auf Grund äußerer Faktoren noch stärker war als heute und daß unter diesen Umständen ideologische Diskrepanzen in den Hintergründen treten konnten. Heute ist dies vielfach anders, denn mit wechselnden Problemen veränderten sich auch die Aufgaben und man sollte zur Kenntnis nehmen, daß die Hochschülerschaft als einheitliche, weltanschaulich homogene Interessengruppe — wie ehemals — nicht mehr existiert oder aber gar nie existierte, mit einigen wichtigen Sachbereichen als Ausnahme; dazu gehören der Einsatz für die unmittelbaren Interessen der Studenten, nämlich Stipendien, Studentenfelanerkennung, Information für Maturanten und Hochschüler und der Einsatz für die Erhaltung der Südtiroler Minderheit im Sinne des Autonomiestatuts.

Über obige Themen ist man sich durchwegs einer Meinung. Stein des Anstoßes ist jedoch das politische, insbesondere das bildungspolitische Engagement der SH (das übrigens in Wirklichkeit so groß nicht ist). Hier ist es die Aufgabe der „Opposition“, mehr Aktivität zu entwickeln und anstelle genereller Sätze im Detail zu Sachfragen Argumente zu liefern. Möglich wäre aber auch der Rückzug aus einer klaren Opposition in eine Igestellung — dann verbietet sich aber jede Beschuldigung „post-festum“. Schließlich mag manch einer die Gründung einer zweiten Studentenorganisation in Südtirol für angebracht erachten (als Anhängsel einer Partei). Dann ist folgendes zu sagen: Erstens würden dann zwei Organisationen dieselben Probleme bearbeiten und zweitens könnte die notwendige parteipolitische Unabhängigkeit überhaupt nicht mehr bestehen. Überhaupt stünde diese Reaktion in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen

## SH – quo vadis?

(1977/1)

Da ich als vormaliger Vorsitzender — nicht ex autoritate, sondern ganz einfach, weil ich weiß, wo die Sachen liegen, schon vor dem Erscheinen dieser SKOLAST-Nummier Gelegenheit hatte, in die einzelnen Beiträge Einsicht zu nehmen, und die Erscheinungsfrequenz des SKOLAST nicht die regelmäßige ist, habe ich es mir herausgenommen, schon in dieser Ausgabe den „Betrachtungen zur derzeitigen Beziehung zwischen SH und SVP (i. b. JG)“ des Kollegen Thomas Menghin einige Gegenbetrachtungen anzufügen.

Rein der Umstand, daß es die SH-Führung derzeit für wichtiger findet, Beziehungen zu irgendjemanden zu orten als eigene Standpunkte klarzulegen hier um „tums volk“ handelt. Anstatt sich mit Leuten herumzuschlagen, die gewisse Standpunkte für undiskutable Glaubenssätze hinstellen, wäre es besser, zur Tagesordnung überzugehen: und auf diese haben die Ausschußmit-

und daraus konsequent Taten folgen zu lassen, läßt die beunruhigende Frage nach den Prioritäten und damit nach der politischen Gerichtheit des Vorgehens aufkommen.

Ist es mit der viel zitierten und von den Wort- und Kapitalgewaltigen auch hienzulande so herbeigeschnitten „Tendenzwende“ zu erklären, daß man es auf einmal als infam erachtet, von einer konservativen Parteiorganisation und ihrem inoffiziellen Presseorgan als „militante Gruppe“ angesprochen zu werden? Die SH würde ihrer Aufgabe wohl eher nachkommen, würde sie diesem Ruf immer mehr gerecht, als daß sie versucht, ihn energisch zu widerlegen. Bedenklich genug, wenn man glaubt, durch die paar Attribute, mit denen der emeritierte JG-Chef die SH bedachte, würden Ansehen und Fortbestehen unseres Vereins demontiert. Wenn die JG es als ungeheuerlich Endet, wenn „volkstumpolitische Positionen in Frage gestellt werden“, so kann ich daraus nur schließen, daß es sich

glieder ganz klar eine geistige Frischluftzufuhr in die biesige stickige Kulturlandschaft gesetzt, als sie im Juni Renate Mumelter anstatt Markus Perwanger zur SH-Vorsitzenden gewählt haben.

Menghin wirft der Jungen Generation unguete Hand und funktionsunrühiges Konzept im Umgang mit der SH vor und erklärt in der Folge auch, wo diese liegen; fehlt nur noch, daß man präzise Gebrauchsanweisungen zum Instrument SH frei Haus in die Vintlerpassage Nr. 16 sendet.

Wenn Benedikter auf dem Landesjugend-Kongreß verkündete, „wir hier in Südtirol können ganz gut ohne Ideologie leben“, würde ich mich als SH und somit als Gesprächspartner ganz und gar nicht disqualifiziert fühlen; wer eine solche Behauptung aufstellt, dürfte selber erst gar nicht zum Wettkampf zugelassen werden.

Dasselbe wie zum Verhältnis der SH zur SVP-Jugend möchte ich zu dem zur DOLOMITEN sagen: der Vorstand, will er dem gerecht werden, was er dem Ausschuß als Programm vorstellte und zu dem er von diesem die Zustimmung erhielt, wird sich mit der Gognerschaft dieses erzkonservativen Blattes abfinden müssen. Es wäre naiv anzunehmen, daß die DOLOMITEN die Arbeit von fortschrittlichen oder sogar von Linken publizistisch honoriert.

Das „bildungspolitische Engagement der SH“ sei der Stein des Anstoßes. Was Menghin in Klammern erklärend hinzufügt „(das übrigens in Wirklichkeit so groß nicht ist)“, ist beängstigend: im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen zur Volkspartei wäre man bereit, auf diesem Gebiet und in dieser Linie zurückzustecken? Der SH-Vorstand möge nicht versuchen, seinem Allgemeinvertretungsanspruch dadurch gerecht zu werden, daß er dem gegenwärtigen Desinteresse und der sich breitmachenden Passivität unter den Studenten durch ein Einfrieren seiner Tätigkeit zu entsprechen versucht. Und „mehr Aktivität“ sollte man sich nicht von der „Opposition“ erwarten; Der Vorstand hat von den Studenten den Auftrag erhalten, Aktivität zu entwickeln, jetzt schiebe es dieser bitte nicht auf jene ab, von denen man ja nicht wollte, daß sie aktiv werden.

Ob die SVP „die Entwicklung unter Studentenschaft und Akademikern noch als unbedeutende Randerscheinungen abtun kann“, wird sie zur rechten Zeit selber beantworten; es soll nicht Aufgabe der Hochschülerschaft sein, dabei Hilfestellung zu leisten; als ob man nicht selber Sorgen... und Arbeit genug hätte! Wer im SH-Vorstand der Ansicht ist, durch Bravwerden und Verneiden von Spitzen nach allen Seiten hin könnte man attraktiver werden, wird eher als ihm lieb ist den Beweis dafür erhalten, daß man auf eine fesche SH sehr viel mehr verzichten kann als auf die jetzige



chen Divergenzen unter der Studentenschaft.

Erst wenn man sich auf Grund dessen, was eben angeführt wurde, zu einem neuen Verständnis der SH durchgerungen hat, kann man die Vertreter der SH und ihre Linie akzeptieren. Zweckmäßigerweise sollte sich die SVP weniger um den Ausschuß oder um den Vorstand der Hochschülerschaft sorgen, sondern sollte sich fragen, welches wohl die Ursachen sind, die einen (offensichtlich) großen Teil der Studentenschaft dazu bewegen, über

die Hochschülerschaft als Organisation Kritik an Teilaspekten der Politik der SVP zu üben. Denn dieser Tatbestand ist das eigentlich Interessante und er sollte Anlaß zum Nachdenken geben. Daß diese Kritik vor allem die SVP trifft, sollte niemanden verwundern, denn Politik wird in Südtirol nun mal (fast) ausschließlich von der SVP gemacht.

Es fragt sich, wie lange man diese Entwicklung unter der Studentenschaft und der Akademiker noch als unbedeutende Randerscheinung abtun kann.

## Editorial

(1979/2-3)

In der „Profil“-Nummer 4/April 1979 setzt sich die Junge Generation (JG) in der Südtiroler Volkspartei endlich einmal etwas seriöser mit der Südtiroler Hochschülerschaft (SH) auseinander, nachdem sie es im letzten Jahr mit einigen Glossen versucht hatte, die ein derart niederes und zum Teil stupides Niveau gehabt hatten, daß sich selbst eingefälschte SVP-Mitglieder darüber geängert hatten.

Autur der letzten SH-Analyse ist Dr. Reinhold Marsoner, Experte der JG in Sachen Hochschülerschaft, der sich bei dieser Arbeit sicherlich große Mühe gegeben hat, wiewohl das Ergebnis seiner Untersuchung eher enttäuschend ist.

Die etwas mehr als zwei „Profil“-Spalten lange SH-Analyse weist zwei zentrale Argumente auf: die SH als Vorfeldorganisation der KPI (2/3 des Artikels) und die SH als lächerliche Minderheit der Studenten, der die große Masse der Südtiroler Studenten feindlich gegenübersteht.

Zum ersten Punkt: Die JG, und in diesem Falle R. Marsoner, bleibt ihrer scheinbar altbewährten Strategie, sich mit andersdenkenden Personen und Gruppierungen auseinanderzusetzen, nach wie vor treu: sie hetzt, konstruiert Querverbindungen und arbeitet ausschließlich mit der antikommunistischen Planiertraupe. Diese Methode, die ebenso altbewährt wie unmoralisch ist, gipfelt in unserem Falle in der eindeutigen Feststellung, die SH sei ein Anhängsel, ein Befehlsempfänger und Handlanger der KPI.

Den ersten „Beweis“, den R. Marsoner dafür verwendet, ist eine Resolution des SH-Ausschusses vom Juli 1977, in der die landesweit durchgeführte Plakataktion der JG in der SVP zum Thema Kommunismus — unabhängig von jeder ideologischen Fragestellung — entschieden abgelehnt wird, um die demokratische Auseinandersetzung nicht im Klima der Intoleranz und Irrationalität zu führen.

Der Leser erinnert sich vielleicht noch an jene schwarzen Plakate mit viel Stacheldraht und dem Slogan: Freiheit statt Kommunismus, wogegen sich die SH in ihrer Resolution ausgesprochen hatte und wobei es insbesondere um die Methode der politischen Auseinandersetzung gibe.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an ein Interview, das Dr. Josef Innerhofer, Direktor der Diözesanzzeitung „Katholisches Sonntagsblatt“, dem SKOLAST gab (Nr. 3/1977). Bei der Frage, ob er der Meinung sei, daß „die antikommunistische Propaganda, wie sie von der SVP und ihrer Jungen Generation betrieben wird, alle Aspekte der Problematik erschöpfend behandelt und daher in Ton und Sub-

stanz richtig ist“, antwortete dieser: „Nein, man sollte mehr auf die Thematik eingehen und weniger hetzen.“

Zu dieser Aussage, die von offizieller kirchlicher Seite gemacht wurde und sich in der Substanz mit den Feststellungen der SH-Resolution zu dieser Thematik deckt, schweigt sich die JG allerdings aus, zumal der Kirche bei Gott kein kommunistischer Stempel aufgeärückt werden kann.

Im Zuge des Versuchs, die SH als Bestandteil der KPI dahinzustellen, durfte natürlich der „Offene Brief“ nicht fehlen, der laut R. Marsoner „mit großem Getöse und komödiantenhaftem Auftritt inszeniert wurde“.

Mich persönlich freut es natürlich immer wieder, wenn die JG auf den „Offenen Brief“ zu sprechen kommt, da man jedesmal merkt, daß sie nicht so recht weiß, wo und wie sie diesen auffassen soll, um dann, wenn sie es einmal tut, gleich wieder ins Fettnäpfchen zu treten.

Zwar war der Chefideologe der JG, Dr. Hans Benediktier („Wir brauchen keine Ideologie!“), mit seiner Behauptung bei der SVP-Landesversammlung 1978, alle 83 Unterzeichner des Briefes seien Trittbrettfahrer und nützliche Idioten des Kommunismus, arg unter die Räder gekommen; doch dessen ungeachtet behauptet dies die JG ein Jahr später prompt wieder.

Den „Offenen Brief“ als Beweis heranzuziehen, daß die SH „peinliche Gemeinsamkeiten mit der KPI habe“, spricht für sich und bedarf wohl keines weiteren Kommentars. Wer dennoch einen weiteren Beweis für das „Kommunistische Manifest der 83“ haben möchte, der wende sich bitte an Personen wie Otto Saurer, Hans Widmann, Robert Pöder, Elisabeth Baumgartner, Helmut Ladurner, Hartmuth Lindenmeyer usw., die alle das „Pamphlet“ unterzeichnet haben.

Übrigens — wie richtig die SH mit ihrer Initiative gelegen ist, das zeigt wohl am besten das Beispiel „Dolomiten“, die trotz ihrer Monopolstellung noch nie den Mut gehabt haben, sich mit dem „Offenen Brief“ auseinanderzusetzen, wo sie doch sonst alles, was nicht nach geistigen Lederhosen schmeckt, mit ihrer antikommunistischen Walze anplanieren.

In seiner SH-Analyse zitiert R. Marsoner auch offizielle Aussagen des KPI-Sekretärs D'Ambrósio, der „das berühmte Dokument der 83 und die Stellungnahmen der SH“ bei der letzten Landesversammlung „gleich zweimal lobend hervorhebt“.

In diesem Zusammenhang wird dann weiters behauptet, daß „die Wort- und Begriffswahl im Referat (D'Ambrósio) in frappierendem Maße an jene in den Resolutionen und Stellungnahmen der SH erinnert“.

Wenn sich also laut Profil die SH mit ähnlichen Begriffen wie die KPI für mehr Demokratie in Südtirol einsetzt, das Siegesdenkmal als faschisti-

ches Protzwerk ablehnt, gegen nationalistische Umtriebe eintritt, so ist sie philokommunistisch, weil die KPI ähnliche Dinge vertritt. Im gleichen Atemzug könnte die SH aber auch philo-SPS sein, die sich ja auch für mehr Demokratie in Südtirol einsetzt, oder gar philo-PDU, die an und für sich puncto Demokratie formal auch dasselbe vertritt.

Wenn die KPI Stellungnahmen der SH lobend hervorhebt, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, solange die KPI nicht versucht, die SH zu verurteilen, was aber für jede Partei gilt.

Im Grunde genommen geht es der JG aber nicht einzig und allein um die Politik der KPI, sondern vor allem darum, unter dem Deckmantel des Antikommunismus andersdenkende Personen und Kreise unseres Landes mundtot zu machen, ihnen ihr Anderssein auszureißen und die Toleranzplattform nur für politisch Gleichgesinnte gelten zu lassen.

Kritik an Demokratie, an der Kulturpolitik unseres Landes, am Gesellschaftssystem wird deshalb sogleich mit dem Halali zur Kommunisten- und Sympathisantenahetz verbunden. Wenn es so weitergeht, wird unter dem Deckmantel des Antikommunismus auch noch der letzte „Muckser“ in Südtirol ausradiert werden und womöglich noch für den Abbau demokratischer Grundwerte und für Maßnahmen in Richtung Polizeistaat plädiert, insbesondere wenn man Zitate des von der JG hoch in Ehren gehaltenen Otto von Habsburg kennt, der für eine zeitweilige Einführung einer Diktatur eintritt, falls Gefahr von links (vor allem) oder rechts drohe.

Ich will damit nicht behaupten, daß die JG nur unter diesen Aspekten zu betrachten ist, aber es gibt bestimmte Querverbindungen, die einfach nicht von der Hand zu weisen sind, wenn man die politische Heimat der JG näher betrachtet. Deshalb: Wehret den Anfängen!

Das letzte Drittel der SH-Analyse ist der Frage gewidmet, wen und wieviele Studenten die SH überhaupt vertritt. Diese Argumentation mußte natürlich kommen, denn von Zeit zu Zeit taucht die Frage der Repräsentativität immer wieder auf, besonders wenn es sich um solche Institutionen handelt, die den „herrschenden Machthabern“ nicht ihre gebührende Verachtung erweisen.

Ich will mich hier nicht viel mit Zahlenspielen beschäftigen, doch ist eingangs einmal festzuhalten, daß es keine genaue Statistik gibt, wieviele Südtiroler Studenten an in- und ausländischen Hochschulen studieren. Nach der letzten Schätzung des Amtes für Bildungsplanung in der Südtiroler Landesregierung (Schriftreihe des Assessorates für öffentlichen Unterricht und Kultur, Heft 1/1979 Reihe C - Seite 83—85) dürfte es ungefähr 2.000 bis 2.200 Südtiroler Studierende geben. Die SH hatte 1977 ca. 1.200 Mitglieder,

wobei die Mitgliederzahl in den letzten zwei Jahren sehr stark angestiegen ist. Es kann sich somit jeder selbst ausrechnen, wieviel Mitglieder die SH im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studenten vertritt.

Das Schöne an der ganzen Sache allerdings ist, daß die JG — und dies nicht erst seit gestern — immer von jener großen schweigenden Mehrheit der Studenten spricht, die in ihrer Gesamtheit in versteckter Gegnerschaft zur SH stehen. Nun, so wird sich einer fragen, wo ist sie denn, diese schweigende Mehrheit, diese Fata Morgana, oder schweigt sie etwa nur, weil sie gar keine Mehrheit ist?

Oberhaupt wird in dieser Hinsicht eine recht eigenartige Philosophie vertreten. Die JG und alles, was damit zusammenhängt, hat früher, als sie unter den Studenten noch etwas glaubwürdiger war, jeden Wahlzettel ihrer Gruppe als eine überwiegende Mehrheit der Studenten dahingestellt. Heute, weil sie in der SH überhaupt nichts zu melden hat, ist es genau umgekehrt: man versucht krampfhaft mit allen Mitteln die Frage der Vertretung als eines der wichtigsten Argumente für die Existenzberechtigung jeden Vereins hochzuspielen, — und in unserem Fall ganz besonders.

Auch kann man die Feststellung machen, daß gerade die JG, die mit aller Vehemenz das Subsidiaritätsprinzip vertritt und möglichst alles privaten Vereinen überträgt, gerade der SH vorwirft, nur ein privater Verein zu sein.

Im übrigen hat sich die SH nie angemaßt, in politischen Fragen im Namen aller Studenten zu sprechen, doch würde sie ihrer Funktion sicherlich nicht gerecht werden, wenn sie sich nur auf bestimmte korporative Aufgaben beschränken würde.

Abschließend möchte ich noch folgendes festhalten: Die SH vertritt seit ihrer Emanzipation, seitdem sie den Fittichen der SVP als Vorfeldorganisation entschlüsselt ist, summarisch betrachtet eine politisch progressive Linie. Diese politische Linie beruht auf dem Koexistenz aller Kräfte links von der Mitte. Es ist somit klar, daß es bestimmte ideologische Affinitäten mit den Parteien des fortschrittlichen Lagers gibt die niemand leugnet und auch niemand unter den Schein stellen will.

Was bei all diesen Überlegungen aber nach wie vor ganz entschieden unverstrichen werden muß, das ist die Forderung der SH, eine von allen Parteien unabhängige Organisation zu sein und zu bleiben und darauf zu achten, nicht zum Teppichabstreifer irgend einer Partei zu werden, unabhängig davon, ob diese Partei KPI, SVP oder wie immer heißt.

Albert Strahl

## Engagement in der SH

und was dazu im Tätigkeitsprogramm des Vorstandes 1981/82 steht  
(1981/3-4)

Tatsache aber ist, daß die meisten Studenten „das Geschehen“ in der SH betrachten, aber nicht mitarbeiten und nicht direkt Einfluß darauf nehmen, nicht mehr Einfluß als über die Wahl einiger Ausschußmitglieder. Das Delegierten-Denkmal (... die wir gewählt haben, werden schon machen, was notwendig ist...) ist auch unter den Studenten weit verbreitet. (Kein Wandel: strenge Studienvorschriften und die Konkurrenzlogik auf der Uni fördern dies.) Viele sind einfach zu bequem, zu faul, auch nur etwas in einer Studentenorganisation zu tun, was ihren Interessen entspricht (von denen die meisten teilhaben, studentischen für jeden offensichtlich sind). „Die SH ist ja wie eine Gewerkschaft“: Jeder kann die Dienste in Anspruch nehmen. „Und außerdem kann ich mich auch alleine durchschlagen.“

Ich bin mir im klaren darüber, daß Willensbildung und Mitarbeit in einer Organisation nicht mit der Quantität der daran beteiligten gemessen werden kann. (Das würde oft wohl zur Resignation führen.)

Kurz gesagt: Ich als Vorsitzender arbeite — fast umsonst — wie sonst ein Beamter in einem Dienstleistungsbüro. Einige Mitarbeiter verwenden einen bedeutenden Teil ihrer Energie für SH-Arbeit. Man nennt das „lebenamtlich“.

Warum arbeite ich in der SH?

Nur um Dienste zu leisten? Das könnte ich woanders auch und höhere oder noch ordentlicheren Lohn dafür. Für Selbstverwirklichung? Ich lache über das Wort. Mit einigen Mitarbeitern bin ich an die Spitze dieser Organisation verbannt, mit allzu geringer Anregung aus den Hochschulgruppen. Ich bin Teil eines Büros. Was ich dort mache, mache ich, weil die Organisation SH es erfordert. Etwas übertrieben, ist dies mein Eindruck nach den ersten Wochen SH-Arbeit.

Was ich an der SH nicht missen will:

Die SH hat eine Sammelfunktion für Studenten, ihr intellektuelles Potential. „Sie soll versuchen, das potentielle Gewicht der Studenten und Intellektuellen zu realisieren, indem diese über die SH ständig zu den politischen, kulturellen und sozialen Ereignissen Stellung nehmen. Die SH kann als Stelle angesehen werden, die eine politische Verwertung dieses Potentials anstrebt.“

Mit welchem Erfolg und ob auf eine Weise, die den engagierten Studenten zusagt. Das sind zwei wichtige Fragen, die nur in der Praxis beantwortet werden können. Weist ich sie am Ende des Geschäftsjahres nicht konkret und positiv beantworten kann: die SH wäre keine Studentenorganisation, sondern bloß ein Dienstleistungsverein für Hochschüler.

Die Frage stellt sich: Die weitere Mitarbeit der Studenten, wie ist sie möglich, wie soll ich sie anregen? Worte allein genügen nicht, um die Arbeit der SH in Bezug über die Vermittlung der Hochschulgruppen für die Studenten offener und interessant zu machen.

Diese verschiedenen Interessen müssen die Hochschüler selbst äußern. Wenn sie dies innerhalb der SH wollen: diese bietet ein allen offenes Forum, einen Diskussionsplatz (nicht nur für Studenten).

Ich selbst kann nicht und will auch nicht die Vertretung der Studenten aller politischen Richtungen sein. Und schon gar nicht jener, die die SH für die Ziele einer Partei vereinbaren wollen. Sicher ist aber, daß der Ausschuß und die Mitglieder des Vorstandes „ein“ Ausdruck dessen sind, was die deutliche Mehrheit der engagierten und informierten Studenten diskutiert.

Der Vorstand kann den Hochschülern Mitarbeit und Mitentscheidung nur ermöglichen, anbieten und sie dazu anregen. „Der Vorstand wird eine flexible Verteilung der Aufgaben anstreben. Er arbeitet darauf hin, Mitarbeiter zu einzelnen Aktivitäten zu gewinnen, die nicht dauernd im Vorstand mitteln. Dies, um eine stärkere Einbeziehung der interessierten Studenten in die Entscheidungsprozesse zu erreichen.“ Ich wünsche mir, daß Leute, die in der SH mitzudenken beabsichtigen, um ihre Interessen kundtun. Mit diesen können wir uns zu erweiterten Vorstandssitzungen treffen, gemeinsam die beabsichtigten Ziele anstreben und Aktionen durchführen.

Die SH stellt — laut ihren Statuten — eine klar strukturierte Organisation dar. Aufgrund der Überschaubarkeit ihrer Aufgaben und Tätigkeiten und deshalb, weil sie nicht — wie viele andere Institutionen — überbürokratisiert ist, ist es für Studenten mit einigem Willen zu einem Engagement leicht mitzutun und ihre Vorstellungen in der SH zu äußern und mit ihr zu realisieren versuchen.

Ich möchte meine Ansichten noch anders ausdrücken.

Die Möglichkeit zur Mitarbeit besteht. Wie steht es mit dem Interesse daran von seiten der Hochschüler, wie mit ihren Interessen überhaupt (wenigstens mit jenen, die man in Beziehung zur SH sehen und setzen kann)?

Allgemein ist in der jetzigen Jugendbewegung in Europa die Beschäftigung mit politischen, gesellschaftlichen Problemen in ihrer überlieferten und eher abstrakten Form zweitrangig. Dominant ist ein Engagement in jenen Fragen, die die Menschen dort in ihrem Leben berühren und betreffen: Dies zeigt sich im Wunsch nach einem fried-

leben und sicheren Leben, nach einem möglichst natürlichen Leben, nach erschwinglichen, den eigenen Bedürfnissen angepassten Wohnungen, nach offenen und selbstverwalteten Kultur- und Freizeitstrukturen.

Die Studenten betrifft am direktesten: eine gute finanzielle Unterstützung des Studiums, Beratung, Erleichterung der Bedingungen und Rahmenbedingungen für das Studium, Mitsprache bei den Entscheidungen in der Hochschulpolitik und Hochschulfürsorge, Kontakte zum Arbeitsmarkt u. a.

Die SH erfüllt in diesen Bereichen die Aufgaben im großen und ganzen in zufriedenstellender Weise. Aber auch hier sind noch viele Verbesserungen anzustreben (z. B. Betrag der Studienstipendien der Landesregierung, Arbeitsvermittlung). Im Bereich der Vertretung studentischer Interessen ergeben sich dauernd wieder neue Arbeiten und notwendige Initiativen.

Wie wäre es mit einem Engagement der SH in der Südtiroler Friedensbewegung? Haben Studenten, Intellektuelle und Künstler ein Interesse an Kultur-

und Kommunikationszentren in Südtirol, die sie selbst gestalten und führen können? Sehen sie die Notwendigkeit eines Kampfes dafür? Gerade angesichts der restriktiven Kulturpolitik der Landesregierung und der Inaktivitäten der traditionsmissbrauchenden Vereine? Wie können wir dem entgegenzutreten? Wie steht es in Südtirol mit der Freiheit der Meinungsäußerung? Was tut sich im Bereich Jugend und Freizeit? Wie ist hier eine Liberalisierung möglich gegen die Hegemonie der konservativen Kräfte? Friedliches und konstruktives Zusammenleben der Sprachgruppen? Wird eine Politik der Sicherung der Rechte der Minderheit, was notwendig ist, zu einer Zerspaltung der Südtiroler Gesellschaft mißbraucht? Sind die Studenten mit ihrer Schulzeit zufrieden? Soll die Lage im Unterrichtssystem für die nächste Generation so bleiben, wie sie ist? Wie wird Bildung in Südtirol überhaupt beurteilt? Wie sehen die Leute Studenten und Intellektuelle, welche Meinung darüber wird ihnen nahegelegt? Werden mit den bildungspolitischen Präkarmaßnahmen die Interessen der Leute,

die später unterrichtet werden, ignoriert? Haben die meisten Studenten nicht den Wunsch, ihre Bildung und Ausbildung nicht in einem engen Berufsrahmen zu veräußern? Wollen sie ihre Bildung zu einer Einflußnahme in allgemeinen gesellschaftlichen Fragen nutzen?

Für mich gilt: Ich will nicht nach meinem Studium an meinem Arbeitsplatz mehr oder weniger isoliert dableiben, sondern gemeinsamer mit anderen Interessensfreunden etwas unternehmen, mich kulturell und politisch engagieren. Die beste Vorbereitung darauf ist wohl, schon jetzt damit anzufangen.

Ich hoffe, daß mehrere Leser zu diesen Fragen Antworten suchen. Praktische und konkrete Antworten. Auch in jener Form, daß sie sich in der SH politisch engagieren.

Ich z. B. habe meine Motivation zu meiner Arbeit in der SH unter anderem aus einer Unzufriedenheit mit meiner Lage als Student und besonders mit meiner voraussichtlichen späteren Lage als „Kopfarbeiter“ in Südtirol bezogen. Ich glaube, Unzufriedenheit ist ein guter Grund zu einem Engagement.



## VORSTANDE DER SÜDTIROLER HOCHSCHÜLERSCHAFT

- Gründungsmitglieder: Paul Stacul, Paul Pichler, Franz v. Walther, Reinhard Authier, Eberhard Günther, Tilman Seyr, Walter Obrist, Theodor Platter, Rainer Seberich, Kurt Springer, Max Liebl, Günther Vintschgau, Ferdinand Trenker.
- 1956 Franz v. Walther (Präsident). Vorstand: Rainer Seberich (Kultur u. Zeitungswesen), Ferdinand Trenker (innere Angelegenheiten), Max Liebl (Finanzgebarung), Tilman Seyr (Maturantenberatung), Hugo Gamper (Hochschulwochen), Theo Platter (Studienreisen u. Geselliges), Hans Dalla Torre (Sport).
- 1957 Franz v. Walther (Präsident). Vorstand: Hans Kubner (Auslandstipendien), Ferdinand Trenker (innere Angelegenheiten), Kurt Springer (Finanzen u. Sport), Richard Thurner (Auslandsreferat), Hugo Gamper (Hochschulwochen u. Ferienkurse), Paul Pichler (Studienreisen u. Geselliges), Anton Töchterle (Inlandstipendien).
- 1958 Wilfried Wörndle (Präsident). Vorstand: Peter v. Hellberg (Inlandstipendien), Marjan Cesutti (Hochschulwochen), Hugo Seyr (innenreferent), Hans Silbernagl (besondere Vereinsangelegenheiten), Oswald Hager (Kultur u. Geselliges), Walter Obrist (Finanzen), Stephan Rabanser (Auslandstipendien), Hermann Sölva (Sport), Franz v. Walther (Sonderbeauftragter für Studententitelfragen).
- 1959 Günter Regensberger (Präsident). Vorstand: Wilfried Wörndle (Allgemeine Angelegenheiten), Karl Berger (Kultur u. Geselliges), Marjan Cesutti (Hochschulwochen), Matthias Frei (Soziales), Albin Hofer (Finanzen), Konrad Neulichedi (Presse), Hermann Sölva (besondere Angelegenheiten), Dieter Kamei (Sonderbeauftragter für Studententitelfragen).
- 1960 Albin Hofer (Präsident). Vorstand: Helmut Amor (Soziales), Luis Dalla Pozza (Finanzen), Klaus Gruber (innere Angelegenheiten), Dieter Kamei (Studententitel), Franz Wellenzohn (Hochschulwochen), Franz Zelger (Kultur u. Geselliges).
- 1961 Robert Tappeiner (Präsident). Vorstand: Klaus Gruber (innere Angelegenheiten), Leonhard Paptrichl (Soziales u. Hochschulwochen), Hansjörg Schwiembacher (Studententitel), Hans Wielander (Presse), Wolfgang Egger (Finanzen), Bruno Hosp (Kultur u. Geselliges).
- 1962 Hansjörg Kucera (Präsident). Vorstand: Klaus Gruber (innere Angelegenheiten), Heinz Callegari (Finanzen), Bruno Hosp (Kultur, Geselliges u. Sport), Hans Wielander (Presse), Josef Ties (Hochschulwochen), Helmut Gädner (Soziales), Hansjörg Schwiembacher (Interessenvertreter).
- 1963 Josef Ties (Präsident). Vorstand: Dietmar Pohl (Soziales), Hansjörg Bergmeister (Finanzen), Johann Gamper (Inneres), Othmar Markt (Kultur, Geselliges u. Sport), Volker Oberegger (Presse), Martin Gorse (Interessenvertretung).
- 1964 Albert Mayr (Präsident). Vorstand: Roland Bernabe (Inneres), Hubert Mahlknecht (Soziales), Wolfgang Kapfinger (Presse), Dieter Lauggas (Kultur), Erich Kofler (Sport), Ernst Baumgartner (Finanzen), Martin Gorse (Studienangelegenheiten).
- 1965 Alois Durnwalder (Präsident). Vorstand: Roland Bernabe (Soziales), Joachim Bonell (Studententitel), Walter Huber (Kultur, Sport u. Geselliges), Ludwig W. Regele (Studententitel Deutschland – Italien), Siegfried Stuffer (Presse), Armin Waldthaler (Inneres), Veit Wenter (Finanzen).
- 1966 Heinz Zanon (Präsident). Vorstand: Joachim Bonell (Studententitel Italien), Gerlinde v. Floreschy (Inneres u. Finanzen), Ludwig W. Regele (Studententitel Deutschland), Leo Tomasi (Sport u. Geselliges), Siegfried Stuffer (Kultur), Armin Waldthaler (Soziales), Josef Zelger (Presse).
- 1966/67 Otto Sauer (Präsident). Vorstand: Franz Vigi (Sport), Alois Durnwalder (Soziales), Gottfried Ebner (besondere Aufgaben), Gerlinde v. Floreschy (Finanzen), Hartmann Hinterhuber (Kultur), Joachim Bonell (Studententitel), Josef Zelger (Presse).
- 1968 Hellmuth Ladrner (Vorsitzender). Vorstand: Hansjörg Dell'Antonio (Inneres), Paul Zanon (Finanzen), Karin Gamper (Kultur), Siegfried Mayr (Soziales), Kurt Kadaway (Studententitel), Hans Notdurfter (Presse), Erich Sauer (Sport u. Geselliges), Heinz Staffler (ladinische Kultur), Armin Ganner (Studententitel Deutschland), Armin Pinggera (Studententitel Italien), Isidor Trompedeller (Presse u. Dolomiten-Beilage), Anton Holzgerthan (Sport).
- 1969 Hansjörg Dell'Antonio (Vorsitzender). Vorstand: Gerold Meraner (Soziales), Siegfried Nitz (Inneres), Gerhard Muzelter (Kultur), Friedrich Paul Mair (Finanzen), Hellmuth Staffler (Presse), Peter Langer (Studententitel), Herbert Mayr (Sport u. Geselliges), Georg Mair (Politische Information u. Bildung).
- 1970 Paul Zanon (Vorsitzender). Siegfried Mayr (Soziales), Gerold Meraner (politische Bildung), Walter Tappeiner (Inneres), Konrad Rabensteiner (Kultur), Hans Stocker (Finanzen), Gottfried Solderer (Presse), Hubert Sparen (Studententitel), Franz Hölzl (Sport u. Geselliges).
- 1971 Christian Alton (Vorsitzender)
- 1972 (bis Mai) Christian Alton (Vorsitzender)
- 1972 (ab Mai) Walter Tappeiner (Vorsitzender). Vorstand: Siegfried Siller (Inneres, Soziales u. Finanzen), Walter Guffler (Kultur), Oswald Peer (Studententitel), Franz Volgger (Presse).
- 1972/73 Walter Tappeiner (Vorsitzender). Vorstand: Sepp Kußtatscher (Kultur), Walter Guffler (Kultur), Oswald Peer (Studententitel), Josef Ladurner (Soziales, Sport u. Geselliges), Georg Pulterer (Inneres u. Finanzen), Helmut Gritsch (Presse).
- 1973/74 Sepp Kußtatscher (Vorsitzender). Vorstand: Walter Guffler (Kultur), Elnar Locher (Presse), Alois Pardeller (Soziales u. Finanzen), Oswald Peer (Studententitel), Hans v. Lutz (Sport u. Geselliges).
- 1974/75 Florian Kronbichler (Vorsitzender). Vorstand: Walter Guffler (Kultur), Sepp Kußtatscher (Presse), Alois Pardeller (Soziales u. Finanzen), Oswald Peer (Studententitel), Hansjörg Rinner (Sport u. Geselliges).
- 1975/76 Florian Kronbichler (Vorsitzender). Vorstand: Pepi Tinkhauser (Kultur), Paul Marsoner (Kultur), Hans Mayr (Presse), Thomas Menghin (Presse), Paul Seidner (Sport u. Geselliges), Florian Kronbichler (Studententitel).
- 1976/77 Renate Murnelter (Vorsitzende). Vorstand: Günther Waibl, Günther Pitscheider u. Rosmarie Spornberger (Kultur), Hans Mayr, Pepi Tinkhauser u. Thomas Menghin (Presse), Günther Pallaver (Studententitel u. Soziales), Richard Gasser u. Thomas Menghin (Finanzen), Sieglinde Gruber (Sport u. Geselliges).
- 1977/78 Günther Pallaver (Vorsitzender). Vorstand: Christoph v. Hartungen u. Rosmarie Spornberger (Kultur), Klaus Menapace u. Guido Denicolo (Presse), Walther Dietl (Soziales), Ugo Dietl (Finanzen, Sport u. Geselliges), Günther Pallaver (Studententitel).
- 1978/79 Günther Pallaver (Vorsitzender). Vorstand: Christoph v. Hartungen u. Rosmarie Spornberger (Kultur), Guido Denicolo u. Klaus Menapace (Presse), Markus Mayr (Soziales), Ugo Dietl (Finanzen, Sport u. Geselliges), Günther Pallaver (Studententitel).
- 1979/80 Reinhold Staffler (Vorsitzender). Vorstand: Thomas



- Benedikter u. Gottlieb Kaserer (Kultur), Sepp Mall, Sepp Fighler (Presse), Zita Marsoner, Luise Wörhart (Frauen), Markus Mayr (Soziales), Werner Hanni (Studentenrat), Reinhold Prünster (Finanzen u. Geselliges), Günter Staffler (Innen).
- 1980 (bis 1.1.1981) Reinhold Staffler (Vorsitzender). Vorstand: Thomas Benedikter, Judith Terzer (Kultur), Sepp Mall, Kurt Lanthaler (Presse), Brunhilde Platzer (Frauen), Markus Mayr (Soziales), Zita Marsoner (Finanzen u. Geselliges).
- 1981 (ab 1.1.) Markus Mayr (Vorsitzender). Vorstand: Reinhold Staffler (Soziales); ansonsten derselbe wie oben.
- 1981/82 Albert Strobl (Vorsitzender). Vorstand: Gertrud Brunner, Margareth Stocker (Soziales), Egon Kelderer (Kultur), Waltraud Plagg, Rudi Schöpf (Presse), Albert Strobl (Studentenrat u. Finanzen).
- 1982/83 Albert Strobl Vorsitzender. Vorstand: Egon Kelderer, Alex Maier (Kultur, Ulli Ferrara (Soziales), Albert Strobl (Finanzen u. Studentenrat), Martha Verdorfer (Presse). außerdem beim skolast: Andreas Feichter, Alex Maier, Wolfgang Maier, Ludwig Paulmichl, Benedikt Sauer, Margareth Stocker, Albert Strobl.
- 1983/84 Alex Maier (Vorsitzender). Vorstand: Albert Strobl (Finanzen u. Studentenrat), Thomas Benedikter (Kultur), die restlichen Referate übernahm der Vorstand gemeinsam. Skolast: Alex Maier, Wolfgang Maier, Ludwig Paulmichl, Benedikt Sauer, Margareth Stocker, Martha Verdorfer.
- 1984/85 Benedikt Sauer (Vorsitzender). Vorstand: Alex Maier (Innen), Gertrud Verdorfer (Soziales), Heinrich Zoderer (Kultur), Rudi Dalvai (Finanzen), Brunhilde Oberrauch (Geselliges), Wolfgang Maier (Presse).

## Liste der Studientagungen der SH

- 1957: I. ohne Titel; ist eine Auseinandersetzung mit der Geschichte Südtirols
- 1958: II. »Die soziale und wirtschaftliche Struktur Südtirols«
- 1959: III. »Jugend, Volk und Staat«
- 1960: IV. »Volkstum und Kultur in Südtirol«
- 1961: V. »Die Stellung des Südtiroler Akademikers im öffentlichen Leben«
- 1962: VI. »Südtirol und Europa«
- 1963: VII. »Südtirol seit 1945«
- 1964: VIII. »Probleme des Führungsnachwuchses in Südtirol«
- 1965: IX. »Wirtschaft und Gesellschaft in Südtirol«
- 1966: X. »Ziele und Möglichkeiten einer Kulturpolitik in Südtirol«
- 1967: XI. »Südtirol im Wandel«
- 1968: XII. »Zum Selbstverständnis der Südtiroler«
- 1969: XIII. »Kunst und Kultur«
- 1970: XIV. »Hochschule in Südtirol – für Südtirol«
- 1971: Klausurtagung: »Hochschüler – Hochschülerschaft«
- 1972: XV. »Das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol«
- 1973: XVI. »Die Sprache im Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol«
- 1974: XVII. »Universität Bozen«
- 1975: ausgefallen; Thema wäre »Ausbildung und Wirtschaft« gewesen
- 1976: XVIII. »Sanitätspolitik in Südtirol«
- 1977: XIX. »Jugend in Südtirol. Jugend und Freizeit«
- 1978: XX. »Probleme des Fremdenverkehrs in Südtirol«
- 1979: »Ausbildung und Arbeitsmarkt im akadem. Bereich« zusammen mit Arbeitnehmer in der SVP
- 1981: XXI. »Südtiroler Bildungspolitik: Ein Flickwerk auf Dauer? Probleme der Bildungspolitik in Südtirol«
- 1984: XXII. »Wolfsthubner Treffen« (»Jugend- und Kulturarbeit außerhalb der traditionellen Vereine«)
- 1985: XXIII. »Die sozialmedizinische Betreuung in Südtirol«

Wer ganz genau wissen will, was in sämtlichen *skolast*-Ausgaben von wem wozu verfaßt wurde

## skolast-Register

Zusammengestellt von Reinhold Staffler

- |   |  |
|---|--|
| I. Kultur – Kulturberichte                          | XVII. Sport, Spiel, Freizeit<br>(SH-Sport unter Rubrik „SH“)       |
| II. Bildung – Bildungspolitik                       | XVIII. Haus und Landwirtschaft<br>(ua. Bergbauern)                 |
| III. Universität                                    | XIX. Technik   |
| IV. Meraner Hochschulwochen                         | XX. Theologie, Religion, Glaube                                    |
| V. Studientagungen der Südtiroler Hochschülerschaft | XXI. Medien<br>(ua. Medienmonopol, RAI-TV und Rundfunk, Dolomiten) |
| VI. Sozialwissenschaften                            | XXII. Ladinien<br>(ua. allgemeine Beiträge in ladinischer Sprache) |
| VII. Naturwissenschaften<br>(ua. Ökologie)          | XXIII. Schöne Literatur  |
| VIII. Bildende Kunst                                | XXIV. Jugend   |
| IX. Darstellende Kunst                              | XXV. Skolast   |
| X. Literatur und Sprache                            | XXVI. Skolast-Gespräche<br>Skolast-Gespräche mit:                  |
| XI. Geschichte                                      | XXVII. Rezensionen   |
| XII. Philosophie – Wissenschaftslehre               | XXVIII. SH   |
| XIII. Psychologie                                   | XXIX. Allgemeines  |
| XIV. Psychiatrie                                    |  |
| XV. Pädagogik                                       |  |
| XVI. Erdkunde<br>(Reiseberichte)                    |  |

Demnächst

Eine SH-Publikation  
(Limitierte Auflage)

die

SH

dein Zaunpfahl

